



BIOGRAPHISCHES LEXIKON ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN SOZIALPOLITIK 1871 – 1945

1 SOZIALPOLITIKER IM DEUTSCHEN KAISERREICH 1871 – 1918



BIOGRAPHISCHES LEXIKON
ZUR GESCHICHTE DER
DEUTSCHEN SOZIALPOLITIK
1871 BIS 1945

BIOGRAPHISCHES LEXIKON
ZUR GESCHICHTE DER
DEUTSCHEN SOZIALPOLITIK
1871 BIS 1945

herausgegeben von
Eckhard Hansen und Florian Tennstedt

Band 1

SOZIALPOLITIKER IM
DEUTSCHEN KAISERREICH
1871 BIS 1918

bearbeitet von
Dirk Hainbuch und Florian Tennstedt
unter Mitarbeit von Karin Christl

Kassel 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar

ISBN print: 978-3-86219-038-6
ISBN online: 978-3-86219-039-3
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0002-30395>

© 2010, kassel university press GmbH, Kassel
www.upress.uni-kassel.de

Printed in Germany

INHALT

Vorwort	VII
Einleitung	IX
Übersicht: Sozialgesetze und beteiligte Sozialpolitiker	XXVII
Abkürzungsverzeichnis I (Allgemeines und Parteien)	XXXV
Abkürzungsverzeichnis II (Gesetze)	XXXIX
Abkürzungsverzeichnis III (Literatur)	XLI
Biographien	1
Übersicht: Personen und Tätigkeitsbereiche	181

Vorwort

Dieses „Biographische Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik“ knüpft an frühere sachthemenatische Arbeiten der Herausgeber an, in deren Rahmen immer auch biographische Materialien zu den beteiligten Personen ermittelt und unsystematisch gesammelt wurden. Insbesondere die editorische Arbeit an der „Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik“ der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Mainz, führte zur Sammlung vieler Informationen über Sozialpolitiker im Deutschen Kaiserreich, die über das hinausgingen, was für Annotierung der Quellen und Personenregister benötigt wurde. So entstand der Gedanke zu einem kleineren DFG-Projekt, das vor allem dazu dienen sollte, ergänzende Datenmaterialien systematisch zu sammeln und eine Publikationsform zu entwickeln, die in etwa den vorhandenen biographischen Sammelwerken entsprach. Das bewilligte DFG-Projekt für den vorliegenden ersten Band, das konkret von April 2007 bis März 2009 lief, reichte nicht aus, diese Aufgabe zu erfüllen – trotz der gesammelten Materialien und der Auskünfte vieler Stadtarchive, Kirchenarchive und Standesämter, für die wir herzlich danken. So wurden noch über einjährige Nacharbeiten erforderlich, an denen sich Sabine Stange und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kasseler Arbeitsstelle zur Edition der „Quellensammlung“ bereitwillig beteiligten. Besonderer Dank gilt Gisela Rust-Schmöle und Heidi Winter, für kritische Durchsicht der Texte mit nachfolgenden Verbesserungsvorschlägen danken wir auch Prof. Dr. Wolfgang Ayaß, Prof. Dr. Hansjoachim Henning und Gerda Tennstedt. Anregungen aus der DFG-Begutachtung nahmen wir in die Gestaltung der beiden Übersichten auf. Mit einzelnen Auskünften halfen uns Dr. Peter Albrecht (Braunschweig), Dr. Uwe Lohalm (Hamburg), Prof. Dr. Günther Schulz (Bonn) und Dr. Hartwin Spenkuch (Berlin). Auch ihnen gilt unser Dank.

Wir hoffen, dass dieses Lexikon bald durch den geplanten zweiten Band zu Sozialpolitikern der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus ergänzt werden und somit einen nützlichen Gesamtbeitrag zu einem gewichtigen Sektor der deutschen Geschichte leisten kann, der die vorhandenen Darstellungen der Entstehung und Entwicklung der Sozialpolitik in Deutschland ergänzt, neue Einsichten dazu vermittelt, aber auch zu weitergehenden Fragestellungen anregt.

Einleitung

I.

Die biographische Erfassung staatlicher und kommunaler Sozialpolitik wird strukturiert von Entwicklungslinien, die vor allem durch die Gesetzgebung geschaffen wurden. Vor 1871 hatte es nur in einzelnen deutschen Staaten eine einschlägige Gesetzgebung gegeben, diese war im Wesentlichen Armen- und Gewerbegesetzgebung. Sie überließ Gemeinden und Gewerbebetreibern sowie Gesellen und Arbeitern die Initiative zur Schaffung absichernder und partizipativer Einrichtungen – etwa zur Gründung von gewerblichen Unterstützungskassen. Bei Gründung des Deutschen Reiches von 1871 gab es daher keine eigenständigen Ressorts der Regierungen für soziale Politik so wie es auch kein „amtliches“ Konzept für eine systematisch betriebene staatliche Arbeiterpolitik gab; von der liberalen Bürokratie im Bereich von Handel und Gewerbe wurde eine solche auch eher abgelehnt, die Regelungen der liberalen Gewerbeordnung von 1869 erschienen ergänzungsbedürftig, grundsätzlich aber ausreichend.¹ Durch das Anwachsen der sozialistischen Arbeiterbewegung und manifestester Sozialkonflikte in den siebziger Jahren entstand ein immer stärkerer Druck der öffentlichen Meinung auf den Regierungs- und Verwaltungsapparat, die Arbeiter- und Arbeitsverhältnisse nicht weiter zu ignorieren oder nur mit polizeilichen Mitteln deren als gefährlich angesehene Auswirkungen zu bekämpfen. Kirchen, Parteien, Vereine und Verbände entwickelten Forderungen und Konzepte, wie den negativen Auswirkungen der Industriearbeit (und der sozialen Revolutionsgefahr!) politisch entgegenzuwirken sei.²

Vor allem im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe wurden diese Probleme in einem 1872 eingerichteten Referat für die Arbeiterfrage aufgegriffen und in erste, allerdings noch praktisch folgenlose Aktivitäten umgesetzt (preußisch-österreichische Konferenz zur Beratung der sozialen Frage).³ Nachdem auch der

¹ Vgl. zum Forschungsstand: Michael Stolleis, *Geschichte des Sozialrechts in Deutschland: Ein Grundriß*, Stuttgart 2003; Manfred G. Schmidt, *Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich*, 2. Aufl., Opladen 1998; zum internationalen Vergleich auch: Hansjoachim Henning, *Bismarcks Sozialpolitik im internationalen Vergleich*, in: Hans Pohl (Hrsg.), *Staatliche, städtische, betriebliche und kirchliche Sozialpolitik vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1991, S. 195 ff.; Gerhard A. Ritter, *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, München 1989; Ernest P. Hennock, *The Origin of the Welfare State in England and Germany, 1850-1914*, Cambridge 2007; Francis G. Castles, Stephan Leibfried u. a. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the Welfare State*, Oxford 2010.

² Ralf Stremmel u. a. (Bearb.), *Grundfragen der Sozialpolitik in der öffentlichen Diskussion: Kirchen, Parteien, Vereine und Verbände* (Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914 [GDS], I. Abt., Bd. 8), Darmstadt 2006.

³ Florian Tennstedt/Heidi Winter (Bearb.), *Grundfragen staatlicher Sozialpolitik* (Quellensammlung GDS, I. Abt., Bd. 1), Stuttgart u. a. 1993.

Reichstag in seinen ersten Legislaturperioden ergebnislos über die Arbeiterfrage debattiert hatte, formulierten 1877 alle Parteien sozialpolitische Anträge, deren Inhalt von dem gemeinsamen Tenor getragen war, dass der Staat bzw. der Gesetzgeber mit Schutzmaßnahmen gegen die menschenunwürdigen Arbeitsverhältnisse in den Fabriken intervenieren sollte.⁴ Im preußischen Handelsministerium lag zur gleichen Zeit die Ausarbeitung einer entsprechenden Fabrikgesetzgebung nach englischem und Schweizer Vorbild vor.⁵ Im preußischen Staatsministerium wurde 1878 ein noch umfassenderes Konzept einer Sozialreform (Bosse/von Stolberg-Initiative) entwickelt.⁶ Reichskanzler Bismarck bremste aber alle entsprechenden Bestrebungen ab, es kam nur zu einer obligatorischen Fabrikinspektion auf Reichsebene durch die Gewerbeordnungs-Novelle von 1878.

Den Ausgangspunkt der Entwicklung des deutschen Sozialstaates bilden dann die in den 1880er Jahren verabschiedeten Arbeiterversicherungsgesetze des Reiches mit gesetzlichem Zwang zur Absicherung der typischen Risiken des Erwerbslebens von Industriearbeitern: Krankheit, Arbeitsunfall und Invalidität/Alter mit von Arbeitern und Arbeitgebern selbst verwalteten („korporativen“) Trägern. Diese gemeinhin als Bismarcksche Arbeiterversicherung bezeichnete Gesetzgebung machte erste behördliche Reorganisationen notwendig und erforderte einen eigenen Mitarbeiterstab.⁷ Im Reichsamt des Innern wurde 1880 eine neue Abteilung gegründet, die den gesetzgeberischen Prozess in der Sozialpolitik des Reichs fortan federführend leitete.⁸ Dabei griff Bismarck weitgehend auf das fachkundige Personal aus dem preußischen Handelsministerium zurück. Als oberste Aufsichts- und Rechtsprechungsbehörde über die Verwaltung der neuen Träger wurde 1885 das Reichsversicherungsamt (RVA) gegründet, das zunächst nur im Rahmen der gesetzlichen Unfallversicherung tätig war, ab 1891 kamen dann noch Aufsichts- und Rechtsprechungsbefugnisse über die Invaliditäts- und Altersversicherung hinzu (ab 1900: Invalidenversicherung). Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung, die die großen Risiken der Arbeiterexistenz

⁴ Wolfgang Ayaß (Bearb.), Arbeiterschutz (Quellensammlung GDS, I. Abt., Bd. 3), 1996.

⁵ Wolfgang Ayaß (Bearb.), ebd.

⁶ Volker Mihr u. a., Sozialreform als Bürger- und Christenpflicht. Aufzeichnungen, Briefe und Erinnerungen des leitenden Ministerialbeamten Robert Bosse aus der Entstehungszeit der Arbeiterversicherung und des DGB (1878-1892), Stuttgart 2005.

⁷ Vgl. Walter Vogel, Bismarcks Arbeiterversicherung, Braunschweig 1951, S. 67 ff.; Lothar Gall/Ulrich Lappenküper (Hrsg.), Bismarcks Mitarbeiter, Paderborn u. a. 2009, S. 91 ff.

⁸ Volker Mihr u. a., Sozialreform als Bürger- und Christenpflicht ..., S. 87 ff., 185 ff. (Abschnitt: Zehn Jahre im Reichsamt des Innern 1881-1891). Diese „Abteilung II“, auch „wirtschaftliche Abteilung“ genannt, war von ihrer Einrichtung im Oktober 1880 bis 1917 die Zentralinstanz der Reichsregierung für sozialpolitische Innovationen überhaupt. Ihr Aufgabenbereich umfasste alle legislatorischen Vorarbeiten auf wirtschaftlichem, sprich: sozialem Gebiet, und zwar von der Gesetzesvorbereitung, -entwicklung und -ausarbeitung bis hin zur Vertretung der Gesetzentwürfe in Bundesrat, Reichstag und Reichstagskommissionen. Für die Beschaffung von Sachinformationen dienten Berichte der einzelstaatlichen Ressortministerien, Enqueten und Fachkonferenzen mit Vertretern der Träger der neuen Arbeiterversicherung. Kurzum, die „wirtschaftliche Abteilung“ war zuständig für alle Fragen auf dem Gebiet der Gewerbe- und Arbeiterverhältnisse, des Versicherungs-, Armen- und Genossenschaftswesens, soweit diese Reichssache waren. Das Reichsamt des Innern war außerdem die zentrale Aufsichtsinstanz für alle nachgeordneten Behörden, zu denen etwa das Bundesamt für Heimatwesen, das Reichsversicherungsamt, das Kaiserliche Statistische Amt (Statistisches Reichsamt), das Kaiserliche Gesundheitsamt bzw. Reichsgesundheitsamt und ab 1913 auch die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zählten.

absicherte – gegen Ende des Deutschen Kaiserreichs bürgerte sich auch der Begriff Sozialversicherung dafür ein –, bestimmte fortan die Sozialstaatsentwicklung im ganzen 20. Jahrhundert. Sozialpolitik wurde zum Ressort und der große Gegenstand der Innenpolitik in Deutschland und anderen Industriestaaten.

1890 ließ Kaiser Wilhelm II. ein umfassendes Programm präventiven Arbeiterschutzes und emanzipatorischen Arbeitsrechts verkünden.⁹ Die großen Reformgedanken schrumpften aber bereits in der Gesetzesvorbereitung, -beratung und -verabschiedung auf nur begrenzt innovative gewerbe- und bergrechtliche Regelwerke, deren Normen in der amtlichen und betrieblichen Praxis eher abgeschwächt als effektiv umgesetzt wurden.¹⁰ Daneben wurden auch (ab 1892) die Arbeiterversicherungsgesetze der 1880er Jahre novelliert, die großen Gesetzesnovellierungen sind bis zur Jahrhundertwende beendet.

Gleichsam im Windschatten dieser reichsgesetzlichen Sozialpolitik, in deren Aus- und Durchführung die Gemeinden mannigfach involviert waren, wurde von einigen Groß- und Mittelstädten eine eigenständige kommunale Sozialpolitik entwickelt und vorangetrieben. Deren Initiatoren waren im 1881 gegründeten „Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit“ sowie im 1873 gegründeten „Deutschen Verein für öffentliche Gesundheitspflege“ organisiert, durch die Teilnahme zahlreicher Behörden, insbesondere städtischer Verwaltungen wurde diesen Bestrebungen eine „nachhaltige Wirkung“ verliehen.¹¹ Reichsgesetzliche wie kommunale Sozialpolitik fanden nicht zuletzt das Interesse von Statistikern, deren Erhebungen begleiteten den politischen Prozess, boten Anregungen zu kritischem Vergleich.

Kenzeichnend für die sozialpolitische Entwicklung nach der Jahrhundertwende war eine Fortführung der Reformgesetzgebung, namentlich auf dem Gebiet der ausdifferenzierten Arbeiterversicherung, aber auch die Gewerbeordnung, innerhalb derer der Arbeiterschutz fortentwickelt wurde, wurde mehrfach novelliert. Bei der Arbeiterversicherung handelte es sich hauptsächlich um eine Abfolge von primär technischen Reformen sowie von Leistungsausweitungen in personeller und rechtlicher Hinsicht, sodann um die 1896 einsetzenden Bestrebungen einer vereinheitlichenden Kodifizierung der Arbeiterversicherungsgesetze, die mit der Reichsversicherungsordnung von 1911 schließlich glückten. Die Invalidenversicherung für Arbeiter wurde dann noch durch das Versicherungsgesetz für Angestellte¹² ergänzt; nur für den knappschaftlichen Bereich fehlte noch ein Reichsgesetz,¹³ auch das Risiko der Erwerbslosigkeit war auf Reichsebene nicht abgesichert.

Diese Zeit nach der Jahrhundertwende ist ganz wesentlich auch eine neue Implementierungsphase staatlicher Sozialpolitik. Hier agieren nicht wie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die wissenschaftlichen und sozialreformerischen Vordenker

⁹ Wolfgang Ayaß, u. a. (Bearb.), Grundfragen der Sozialpolitik (Quellensammlung GDS, II. Abt., Bd. 1), 2003.

¹⁰ Wolfgang Ayaß, Arbeiterschutz (Quellensammlung GDS, III. Abt., Bd. 3).

¹¹ So Alfons Fischer, Gesundheitspolitik und Gesundheitsgesetzgebung, Berlin u. Leipzig 1914, S. 78; vgl. auch Christoph Sachße/Florian Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 2, Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 bis 1929, Stuttgart u. a. 1988; Alfons Labisch/Florian Tennstedt, Der Weg zum „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934“, Düsseldorf 1985.

¹² Barbara Bichler, Die Formierung der Angestelltenbewegung im Kaiserreich und die Entstehung des Angestelltenversicherungsgesetzes von 1911, Frankfurt/M. 1997.

¹³ Martin H. Geyer, Die Reichsknappschaft, München 1987.

und die Politiker aus Parteien gemeinsam mit der Regierungsbürokratie, sondern die „Praktiker“, die Experten. Es beginnt die Zeit der Verbandspolitiker und der Lobbyisten, die nicht zuletzt aus dem Bereich der neuen sozialpolitischen Institutionen und ihrer reichsweit organisierten Verbände kamen. Gleichwohl zeigt sich nach wie vor eine Dominanz der Ministerialbürokratie des Reichs bei dem, was als gesetzgeberische Initiative „auf den Weg“ gebracht, und dem, was noch nicht für „reif“ für eine gesetzliche Regelung gehalten wurde, etwa ein gesetzliches Kassenarztrecht in der Krankenversicherung. Im Übrigen verdichtet die Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte wie der Schiedsgerichte die vorhandenen Regelungen.

Unsere quellennahen Forschungen haben gezeigt, dass der skizzierte Prozess gesellschaftlich-staatlicher Regulierung und der Diskurs um die Ausgestaltung (sozial-)politischer Entscheidungen ohne ergänzenden Rückgriff auf die Akteure nur begrenzt hinreichend beschrieben werden kann. Zwar war es, wie bereits Max Weber im analysierenden Rückblick herausgestellt hat, nicht Sache der Beamten, „Politik zu betreiben“¹⁴, aber bei diesem neuen Politikfeld war vieles noch so offen, dass auch persönliche Einstellungen und Meinungen innerhalb der Beamtenschaft eine Rolle spielten. Der öffentlich gewordene Konflikt des Referenten Theodor Lohmann mit dem Reichskanzler Bismarck¹⁵ ist dafür nur ein, wenn auch besonders ausgeprägtes Beispiel. Manche Initiative, manche Regelung ist nicht verstehbar, ohne die daran Beteiligten zu kennen, ihre Einstellungen und Interessen zu erfassen. Hinter manchen Sachregelungen, die in der aktuellen sozialpolitischen Diskussion in Frage gestellt werden, stehen historisch bestimmte Entscheidungssituationen und Personen, die entschlüsselt, „hinterfragt“ werden können. Dafür soll dieses Biographische Lexikon erste Hinweise geben.

Biographische Nachschlagewerke zur inneren Politik und Verwaltung gibt es vor allem im Hinblick auf Parlamentarier,¹⁶ kaum für die Ministerialbürokratie, hier bilden nur Bayern¹⁷ und Oldenburg¹⁸ sowie – auf Reichsebene für die äußere Politik

¹⁴ Max Weber, *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland*, in: ders., *Gesammelte politische Schriften*, 4. Aufl., Tübingen 1980, S. 351.

¹⁵ Vgl. dazu Florian Tennstedt, *Theodor Lohmann*, in: Lothar Gall/Ulrich Lappenküper (Hrsg.), *Bismarcks Mitarbeiter* (Anm. 7).

¹⁶ Die Situation ist hier durch die Arbeiten einzelner Forscher wie Bernd Haunfelder, Jochen Lengemann und Wilhelm H. Schröder als sehr gut zu bezeichnen, vgl. Wilhelm H. Schröder, *Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933*, Düsseldorf 1995; Bernd Haunfelder, *Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871-1933*, Düsseldorf 1999, ders., *Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstags 1871-1918*, Münster 2004, ders., *Die konservativen Abgeordneten des Deutschen Reichstags 1871-1918*, Münster 2009; Bernhard Mann, *Biographisches Handbuch für das preußische Abgeordnetenhaus 1867-1918*, Düsseldorf 1988; Elvira Döscher/Wolfgang Schröder, *Sächsische Parlamentarier 1869-1918*, Düsseldorf 2001; Jochen Lengemann, *MdL Hessen: 1808-1996, biographischer Index*, Marburg 1996. Hinzuweisen ist auch auf die Kölner Datenbank biosop, die weitere Daten zu sozialdemokratischen Parlamentariern enthält; vgl. neben diesen Handbüchern auch die vielen grundsätzlichen Hinweise zu Quellen und Methoden bei Wilhelm H. Schröder, *Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898-1918. Biographisch-statistisches Handbuch*, Düsseldorf 1986, S. 39 ff.

¹⁷ Walter Schärfl, *Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft von 1806 bis 1918*, Kallmünz 1955.

– das Auswärtige Amt¹⁹ eine Ausnahme. Außerdem gibt es einige Werke, die die Mittelinstanz der Verwaltung erfassen, die teilweise als Rekrutierungsbasis diente.²⁰ Ein Nachschlagewerk zum Führungspersonal der Sozialpolitik ist bislang ein Desiderat. Im Rahmen der nun vorgelegten Kurzbiographien ging es nicht nur darum, zerstreute Informationen zum sozialpolitischen Profil der Akteure zu sammeln, sondern auch weitere Details ergänzend zu ermitteln, um eine standardisierte, „gleichmäßige“ Form zu erreichen, die der anderer wissenschaftlicher biographischer Sammlungen entsprechen sollte. Die gewonnenen Erkenntnisse reichen damit über sozialpolitische Fragestellungen im engeren Sinn hinaus. Sie informieren z. B. auch über das klassische Thema der Rolle von Religiosität und Konfessionen, konkret etwa des Protestantismus bzw. der Protestanten, oder zum Aufstieg katholischer Beamter in der Reichsverwaltung bis zur Spitze von neuen kaiserlichen Ämtern – möglicherweise durch „Subalternpatronage“ (Max Weber).

Die Aufgabe dieses Lexikons ist es, verlässliche wie vergleichbare Grundlagen für weitere historisch orientierte Forschungen in biographischer wie sachlicher Hinsicht zu bieten, hier ein nützliches Hilfsmittel zu sein. Welche Person stand wo und hinter welcher Sache? Es soll die andernorts aufgezeigten Entwicklungslinien der Geschichte der deutschen Sozialpolitik personal ergänzen und verdichten, Einflussmöglichkeiten bzw. Handlungspositionen von ausgewählten Akteuren – zentral tätige Geheimräte wie auch eher randständige Statistiker – sichtbar werden lassen, deren Aufstiegsprozesse („Karrieren“) und Kontaktbereiche (Kommissions- und Vereinsarbeit) ausleuchten und schließlich auch den Blick auf die sozialpolitischen „Inspiratoren“, Wissenschaftler und Publizisten freigeben.²¹ Durch die nun mögliche Gesamtschau der formellen (politischen und behördlichen) und informellen (Verwandtschaftsbeziehungen, Vereins- und Verbandsmitgliedschaften, konfessionell-religiöse Zugehörigkeiten) Verflechtungen und Beziehungen des Führungspersonals wird das sozialkulturelle „Klima“ erfassbar, in dem die deutsche Sozialstaatlichkeit entstand und bis 1928 in einem personellen wie sachlichen Kontinuum fortentwickelt wurde,²² danach sind sachlich bedeutsame Brüche zu verzeichnen, die bedeutendsten erfolgten 1933, 1938/39 und 1945.

Die Absicht ist allerdings nicht, „punktgenaue“ Antworten darauf zu liefern, welche Regelung, welcher sozialpolitische Fortschritt auf wen im Detail zurückzuführen ist. Das bedarf bei der Fülle der Regelungen im Einzelfall (bis hin zur Genese

¹⁸ Albrecht Eckhardt und Matthias Nistahl (Hrsg.), Staatsdienerverzeichnis 1859-1930. Die höheren Beamten des Großherzogtums und Freistaats Oldenburg mit den Landesteilen Oldenburg, Lübeck und Birkenfeld, Oldenburg 1994.

¹⁹ Auswärtiges Amt/Maria Keipert u. a. (Hrsg.), Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes: 1871-1945, Paderborn 2000 ff.; bisher 3 Bde.

²⁰ Z. B. Horst Romeyk, Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz: 1816-1945, Düsseldorf 1994; Thomas Klein, Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867-1945, Darmstadt u. a. 1988.

²¹ Die besondere Schwierigkeit (und damit der Unterschied zu anderen Nachschlagewerken, die meist an Mitgliedschaftsverhältnissen anknüpfen) besteht darin, dass der Gegenstand „Sozialpolitiker“ in verschiedenen Kontexten erst „auf den Begriff“ gebracht werden muss.

²² Eine sozialwissenschaftliche Studie zur Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland, die biographische Informationen (auch über Ausschussarbeit) systematisch nutzt, ist Christine Trampusch, Der erschöpfte Sozialstaat. Transformation eines Politikfeldes, Frankfurt/M. 2009, S. 87 ff.

von Absätzen von Paragraphen)²³ ergänzender zusätzlich erklärender Studien, zu denen aber wesentliche „Einstiege“ geboten werden und für das Deutsche Kaiserreich in den bislang 32 Bänden der „Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867-1914“, die vor dem Abschluss steht, viel Material aufbereitet ist. Das „Biographische Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik“ soll ein erstes lexikalisches Nachschlagewerk, kein umfassendes Handbuch sein. Die Aufgabe ist es, einerseits schlicht zu informieren, andererseits analytisch-disziplinäre Forschungen zu erleichtern, ihnen gleichsam den Boden zu bereiten. Der vorliegende erste Band informiert über Herkunft, Karriere und Wirken von etwa 280 ausgewählten Akteuren in der konstitutionellen Monarchie. Der geplante zweite Band wird vor allem zeigen, welchen Einfluss Demokratie und Diktatur auf das Führungspersonal hatten, inwieweit die politischen Veränderungen auch auf dem sozialpolitischen Sektor erkennbare personelle Brüche und Wechsel zur Folge hatten, Akteure mit anderen sozialen Profilen zu den „Schaltstellen“ brachten und eine Gesamtanalyse ermöglichen.

II.

Für dieses Biographische Lexikon gelten als „Sozialpolitik“ alle *staatlichen* und *kommunalen* Maßnahmen, die auf eine Entwicklung von Integration und Partizipation von durch die Industrialisierung benachteiligten sozialen Gruppen, insbesondere der gewerblichen Arbeiter, abhoben; vorrangiges Mittel war dabei eine entsprechend aufgebaute und ausgestaltete Arbeiterversicherung, durch die der Staat als „wohltätige Instanz“ (Bismarck) erscheinen sollte.²⁴ Die im Deutschen Kaiserreich dafür ausgebauten und/oder geschaffenen Gesetze und Institutionen bilden den Anknüpfungspunkt für die mehrstufige Auswahl („Filter“) zur analytischen Bestimmung einer Person als Sozialpolitiker dieser Epoche. Die Auswahl der aufzunehmenden Personen orientiert sich an dem genannten Begriff von Sozialpolitik, denn in seinen historischen Formen ist der Begriff Sozialpolitik nur begrenzt eindeutig und für den angestrebten Zweck kaum operationalisierbar.²⁵ Das Biographische Lexikon operationalisiert „Sozialpolitik“ formal durch Festschreibung von Gesetzgebungsfeldern: Arbeiterversicherung, Arbeiterschutz, Arbeiterrecht und kommunale Wohlfahrtspflege.²⁶ Es soll Auskunft über die öffentlich²⁷, hervorgehoben tätigen Personen

²³ Die Finanzierungsverfahren der Alters- und Invaliditätsversicherung wurden z. B. nur in einem kurzen Absatz geregelt: § 20 Abs. 2 InvAltVersG v. 1889 bzw. § 32 Abs. 2 InvVersG v. 1899, entwickelt wurden diese Paragraphen nach Regierungsvorlagen in Kommissionssitzungen; bei den „Stammgesetzen“ wird die Genese der einzelnen Paragraphen bzw. Paragraphenteile in der „Quellensammlung“ dokumentiert.

²⁴ Vgl. zur Definition die Darstellung von Hansjoachim Henning, Bismarcks Sozialpolitik (Anm. 1).

²⁵ Vgl. dazu Franz Xaver Kaufmann, Der Begriff Sozialpolitik und seine wissenschaftliche Deutung, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 1, Baden-Baden 2001, S. 3-101.

²⁶ Bernd Baron von Maydell, Das Sozialrecht und seine Stellung im Gesamtsystem unserer Wirtschafts- und Rechtsordnung, Sozialrechtshandbuch SRH, 4. Aufl., Baden-Baden 2008, S. 37; ähnlich verfährt auch das in entsprechende „Bücher“ aufgeteilte Sozialgesetzbuch.

²⁷ Dieses Kriterium schließt die – gleichwohl einflussreichen – informell tätigen Berater des Reichskanzlers Bismarck wie Louis Baare, der sogar beauftragt wurde, einen eigenen Unfallversicherungsgesetzentwurf zu fertigen und Friedrich Albert Schäffle, der unbeauf-

(„Akteure“) geben, die durch Beteiligung am einschlägigen Gesetzgebungsprozess des Reichs sowie reichsweiten Organisationen, die sich der praktischen Sozialpolitik bzw. sozialpolitischen Fortschritten verschrieben hatten, ausgezeichnet waren. Eine Alternative zu dieser objektivierten Auswahl für ein epochenübergreifend angelegtes Werk ist nicht erkennbar.²⁸

Diese das Werk tragende Auswahl nach besonderer Beteiligung an sozialpolitischen Maßnahmen und in sozialpolitischen Organisationen – Indiz dafür sind hervorgehobenes Amt oder Mandat – wird in begrenztem Maße erweitert durch ergänzende „Setzungen“ der Bearbeiter, einen gewissen subjektiven Faktor, der die Auswahl nach formalisierten Kriterien erweitert.

Zusammengefasst: Eine Person wurde dann als aufzunehmender Sozialpolitiker ausgewählt, wenn sie über eine gewisse Dauer an der Abfassung von Vorschlägen zu sozialpolitischen Gesetzen, deren Gestaltung sowie ausführenden bzw. „ausfüllenden“ Maßnahmen mehrfach bzw. hervorgehoben teilgenommen hat. Der Einfluss wird indiziert durch die Organisation, in deren Rahmen die Person tätig wurde, dann durch eingenommene Position („leitende Stellung“, z. B. Staatssekretär bzw. Unterstaatssekretär, Vortragender Rat oder Referent auf Ministerialebene, Bürgermeister oder Beigeordneter auf kommunaler Ebene) oder durch die Abfolge und die Dauer einer innegehabten Rolle bzw. der ausgefüllten Position.

Organisationsbezogen gelten folgende staatliche – unmittelbare und mittelbare – sowie private Institutionen als solche von sozialpolitischem Gewicht:²⁹

1. Für die staatliche Sozialpolitik auf Reichsebene die konstitutionellen Körperschaften (Bundesrat und Reichstag), die sozialpolitische Gesetzesvorlagen initiierten, veränderten und verabschiedeten.
2. Von den mit sozialpolitischen Gesetzen befassten Ministerialinstanzen des Reiches das Reichskanzleramt, hier die Gewerbeabteilung, 1878 übergegangen auf das ausdifferenzierte Reichsamt des Innern, 1880 dann auf die genannte „Abteilung II“, die wirtschaftliche Abteilung; „aufgehoben“ im Reichswirtschaftsamt (1917-1918), dann Reichsarbeitsamt (1918); dann schließlich eigenständiges

trägt einen solchen anfertigte, aus. Der bei Bismarck einflussreiche Schäffle gehörte dem „Verein für Socialpolitik“ nicht an, vgl. zu seiner Biographie das Sammelwerk, 200 Jahre Wirtschafts- und Staatswissenschaften an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Leben und Werk der Professoren. Die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen und ihre Vorgänger (1817-2002), hrsg. Helmut Marcon/Heinrich Strecker, Stuttgart 2004.

²⁸ Auch in intensiven Vorstudien und -überlegungen zu einem ähnlich angelegten Werk, wie sie um 1985 von Lothar Machtan und Stephan Leibfried in Bremen entwickelt wurden, wurde in mancher Hinsicht so verfahren; eine Aufstellung über „für bedeutsam“ erachtete Sozialpolitiker, die auch auf entsprechende Benennungen in biographischen Enzyklopädien zurückgriff, ergab eine nahezu 80-prozentige Übereinstimmung mit der hier getroffenen Auswahl, die auch „Grenzfälle“ erfasst.

²⁹ Grundinformationen zu den meisten Institutionen bietet die Deutsche Verfassungsgeschichte von Ernst Rudolf Huber (Bde. 4-6 u. Reg. Bd., Stuttgart 1978 ff.) und die Deutsche Verwaltungsgeschichte von Kurt G. A. Jeserich u. a., Bd. 3 u. Reg. Bd., Stuttgart 1984/87, dort auch Hinweise auf die vorangegangene verwaltungsgeschichtliche Literatur. Die Deutsche Verfassungsgeschichte von Ernst Rudolf Huber bietet auch eine Fülle von zuverlässig recherchierten Kurzbiographien bis hin zu dem Berliner Polizeipräsidenten, die durch ein Register erschlossen sind, so dass die seminaristische Frage „Wer war das eigentlich?“ gut beantwortet werden kann.

Ressort als Reichsarbeitsministerium (ab 1919); von den nachgeordneten Behörden des Reichsamts des Innern das Reichsversicherungsamt (seit 1885)³⁰ und die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (seit 1912).

3. Die selbständigen Verwaltungsträger, die das Reich mit der Arbeiterversicherung schuf und als mittelbare Staatsverwaltung (körperschaftliche Selbstverwaltung) ausgestaltete, wurden als solche nicht einbezogen.³¹ Diese erfassen wir nur indirekt über ihre Haupt- bzw. Spitzenverbände der neuen Träger wie den Verband der deutschen Berufsgenossenschaften, den Zentralverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich, den ständigen Ausschuss der deutschen Landesversicherungsanstalten (nebst Vorgängern). Sie bildeten durchweg, zunächst auf Bezirks- und Provinzebene, dann aber auch – von den staatlichen Aufsichtsinstanzen teilweise erheblich behindert – auf Reichsebene Konferenzstrukturen. Die Verbände wurden schließlich – meist um die Jahrhundertwende und im Vorfeld der Reichsversicherungsordnung von 1911 – in den genannten Verbänden dauerhaft institutionalisiert: Geschäftsstellen wurden eingerichtet und Verbandszeitschriften gegründet, Gestaltungsarbeit nach innen und Lobbyarbeit nach außen geleistet. Die dezentrale Struktur der sozialpolitischen Träger erhielt durch sie ein Korrektiv.
4. Im Hinblick auf die traditionelle mittelbare Staatsverwaltung, die selbstverwalteten kommunalen Gebietskörperschaften, insbesondere die Magistrate der kreisfreien Städte, Kreise und Kommunalverbände wurde ebenfalls auf ein indirektes, vereinsbezogenes Kriterium zur Feststellung ihrer Sozialpolitik zurückgegriffen, nämlich die Aktivität in den genannten reichsweiten Deutschen Vereinen, die als entsprechende Fachvereine gegründet wurden und mit Jahrestagungen und Gutachten – beides Plattformen für Informationen über Innovationen – agierten.
5. Schließlich wurde der namengebende 1873 in Eisenach gegründete „Verein für Socialpolitik“ berücksichtigt, obgleich hier Mitwirkung bei praktischer Gestaltung nicht nachgewiesen werden konnte. Dafür setzten die dort tätigen „Literaten“ (Max Weber) programmatisch wichtige Punkte auf die Tagesordnung und sammelten empirisches Material für Reformen.

Die Auswahl der sozialpolitischen Gesetze im obigen Sinne zu 1. und 2. wurde begrenzt auf die sog. Stammgesetze (z. B. Gesetz betr. die Krankenversicherung der Arbeiter v. 15.6.1883); von den nachfolgenden Gesetzen und Gesetzesabänderungen wurden dann nur die größeren einbezogen, die – bei Gesetzesnovellen – oft zur neuen Bekanntmachung oder gar Neufassung der Gesetze führten (z. B. die Gesetzesnovelle zur Krankenversicherung v. 10.4.1892). Andererseits wurden aber auch vorangegangene, im Reichstag oder Bundesrat gescheiterte Gesetzentwürfe erfasst, sofern sie zu Kommissionsberatungen führten, so z. B. die erste und die zweite Unfallversi-

³⁰ Die 8 Landesversicherungsämter und 123 Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung wurden nicht berücksichtigt, letztere bestanden auch nur von 1900 bis zur RVO (1911).

³¹ Diese neuen Träger als solche haben wir nicht berücksichtigt, da sie regelmäßig nur ausführend-verwaltende Funktionen hatten, hinzu kommt ihre hohe Anzahl in der Gründungszeit – 20 000 Krankenkassen, 65 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften sowie 31 (Landes-)Versicherungsanstalten und 8 sog. besondere Kasseneinrichtungen der Alters- und Invaliditätsversicherung. Entsprechende biographische „Kerndaten“ enthält, soweit in den Quellen erwähnt, die „Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867-1914“.

cherungsvorlage. Die berücksichtigten sozialpolitischen Reichsgesetze und Gesetzentwürfe sind konkret ersichtlich aus der nachfolgenden *Übersicht* mit Erläuterungen und aus dem Abkürzungsverzeichnis II.

Die wiederholte bzw. mehrjährige Mitarbeit bei diesen sozialpolitischen Gesetzen bzw. Gesetzesvorhaben³² gilt bei dem Führungspersonal in Parlament und Ministerialbürokratie als Indikator für Engagement und Sachkompetenz und war dann regelmäßig für die hier erfolgte Aufnahme bzw. Zuschreibung als „Sozialpolitiker“ entscheidend.

Personenbezogen wurden dann in diesem Rahmen folgende Kriterien entwickelt bzw. zugrunde gelegt:

ad 1. Kriterien für die Aufnahme von Reichstagsabgeordneten waren:

- a) Mitarbeit in mindestens zwei „sozialpolitischen“ Reichstagskommissionen³³ aus verschiedenen Sessionen³⁴ als „einfaches“ Mitglied bzw. stellv. Vorsitzender oder als einer von mehreren Schriftführern bis zum Ende der Kommissionsarbeit oder
- b) Mitarbeit in mindestens einer „sozialpolitischen“ Reichstagskommission als Berichterstatter (Verfasser des gedruckten Kommissionsberichts über die Kommissionsarbeit für die 2. Lesung im Reichstagsplenum) oder Vorsitzender.³⁵

³² Diese Informationen, die für die Personenauswahl zentral waren, sind in den als Reichstagsdrucksachen veröffentlichten Kommissionsberichten zu den Gesetzesvorlagen enthalten. Diese sind durch die Bayerische Staatsbibliothek im Internet zugänglich: <http://www.reichstagsprotokolle.de/index.html>. Die Kommissionsberichte sind eigenständig gestaltet, sie enthalten teils andere, teils mehr Informationen als die nur archivalisch überlieferten Protokollniederschriften, die teilweise ungenau sind. Die gedruckten Kommissionsberichte enthalten die Namen der Mitglieder, der Bundesratsbevollmächtigten und der Bundesratskommissare aus den entsprechenden Ressorts (Ämter bzw. Ministerien), die den parlamentarischen Prozess begleiteten, vgl. auch die dieser Einleitung folgende erste Übersicht.

³³ In diesem Biographischen Lexikon sind aufgrund der Schwerpunktbildung nicht alle kleineren Gesetzesnovellen und gescheiterten Gesetzentwürfe – etwa zum Arbeiterschutz in den siebziger und achtziger Jahren – aufgeführt, auch wenn sie in einer Kommission behandelt wurden, vgl. die vollständige Aufstellung der Gesetze im Abkürzungsverzeichnis II.

³⁴ Die Kommission, die 1882/83 in 52 Sitzungen über das Krankenversicherungsgesetz beriet, befasste sich dann bis Sessionsschluss auch noch in 13 Sitzungen mit der (gescheiterten) zweiten Unfallversicherungsvorlage, vgl. die folgende Übersicht.

³⁵ Diese Funktionen wurden geschäftsordnungsmäßig übernommen, sie führten aber – sofern zuvor nicht vorhanden – notwendigerweise zu besonderer sozialpolitischer Kompetenz. Treffend ist wieder Max Webers Hinweis: „Die Parteien haben ihre Spezialexperten für jede Frage, wie die Bürokratie ihre zuständigen Beamten hat (...). Wer die Arbeit tut, hat den Einfluß. Die Arbeit aber vollzieht sich hinter den Kulissen, in den Kommissions- und Fraktionssitzungen“ (Parlament und Regierung ..., S. 345). Gleichwohl ist nicht zu verkennen, dass bei den im Lexikon aufgeführten Parlamentariern nicht nur Fachexperten erfasst wurden. Die Fluktuation unter den Ausschussmitgliedern war teilweise erheblich, für unsere Auswahl wurde daher nur auf die in den jeweiligen gedruckten Kommissionsberichten genannten Mitgliedernennungen zurückgegriffen. Mit dem Rückgriff auf den Indikator „Kommissionsmitarbeit“ – Kommissionsarbeit war mehr als nur „negative Politik“ (Max Weber) – wird nicht verkannt, dass es noch weitere Möglichkeiten für die Abgeordneten gab, sozialpolitisches Engagement zu entfalten, etwa durch Interpellation, Resolutionsanträge, Abänderungsanträge oder Reden im Plenum; beispielhaft sind diese Aktivi-

XVIII

- ad 2. Kriterien für die Aufnahme von höheren Beamten der Ministerialbürokratie waren:
- Mitarbeit als Bundesratsbevollmächtigter³⁶ oder Bundesratskommissar³⁷ bei mindestens zwei der genannten sozialpolitischen Reichsgesetze; außerdem
 - mindestens fünfjährige Dezernenten- bzw. Referententätigkeit in einem sozialpolitisch einschlägigen Reichsamt oder einzelstaatlichem Ressortministerium: Inneres, Handel und Gewerbe und öffentliche Arbeiten. Hinsichtlich dieser Fünfjahresfrist wurden – mit Ausnahmen – als „zurechenbar“ anerkannt: auch Finanzen, Justiz, Kultus sowie Landwirtschaft und Forsten. (Als nicht einschlägig angesehen wurden Kriegsministerien, Auswärtiges Amt und Reichspostamt, deren Bevollmächtigte nur zu technischen Fragen Stellung nahmen.)
- ad 3. Präsident/Direktor von (neuen) zentralen, aber den Reichsämtern bzw. Ministerien nachgeordneten Institutionen staatlicher Sozialpolitik, z. B. Reichsversicherungsamt, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sowie Vorsitzende und Geschäftsführer der sozialpolitischen Spitzen- bzw. Hauptverbände, also der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten bzw. Landesversicherungsanstalten, die wohl eine „Crew-Mentalität“ als Sozialpolitiker generierten, die noch weiterer Forschung bedarf.³⁸
- ad 4. Kriterien für die Aufnahme von kommunalen Sozialpolitikern, die ebenfalls mittels untergesetzlichem Recht und Infrastrukturmaßnahmen „vor Ort“ gestaltet, waren gegenüber deren Amtsaktivitäten nur mittelbare, nämlich besondere andauernde Wirksamkeit im „Deutschen Verein für öffentliche Gesundheitspflege“ und im „Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit“. Das Kriterium „hervorgehobene Aktivität“ in organisatorischer wie inhaltlicher Hinsicht wurde als erfüllt angesehen bei mehrjähriger Mitarbeit/Mitgliedschaft in Leitungsgremien wie Zentral- bzw. Hauptausschuss/Vorstand/Ausschuss *und* mindestens einem in den „Schriften“ oder der Vereinszeitschrift veröffentlichten Referat oder Gutachten.³⁹ Diese Personen bildeten auch den „Kern“ der

täten aufgeführt bei Wolfgang Ayaß, „Wir müssen anfangen, dann werden wir sehen ...“. Franz Hitze, das Zentrum und die Sozialpolitik bis zum Ende der Bismarckära, in: Karl Gabriel/Hermann-Josef Kracht (Hrsg.), Franz Hitze (1851-1921). Sozialpolitik und Sozialreform, Paderborn 2006, S. 37-56. – Reden im Plenum wurden hier nur beim Haftpflichtgesetz von 1871 berücksichtigt, da bei diesen keine Kommissionssitzungen stattfanden.

³⁶ Zu diesen gehörten die gesondert ermächtigten Gesandten der Einzelstaaten, die Staatssekretäre der Reichsämter, der federführende Ressortminister und/oder besonders beauftragte hohe Ministerialbeamte.

³⁷ Zu diesen gehörten die in den Reichstagskommissionen als Bundesratsvertreter mitwirkenden höheren Beamten des Reichsamts des Innern und der einzelstaatlichen Ressortministerien wie des preußischen Handelsministeriums. Sie waren als Referenten oder Dezernenten in der Regel fachlich bzw. sozialpolitisch besonders versierte Ministerialbeamte, von denen einer auch den Gesetzesentwurf ausgearbeitet hatte.

³⁸ Hansjoachim Henning, Die deutsche Beamtenschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 83.

³⁹ Vgl. für den „Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit“, seit 1919 „Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge“, die Festschrift: Forum für Sozialreformen. 125 Jahre Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Berlin 2005; für die Feststellung der Besetzung der Leitungsgremien herangezogen wurden hier die Vereinsschriften

um die Entwicklung der kommunalen Sozialpolitik verdienten Fachelite aus Honoratioren und Kommunalbeamten wie etwa Ludwig Seyffardt, Emil Münsterberg und Karl Flesch. Fast alle Vereinsaktivitäten korrespondieren mit den entsprechenden Verwaltungsaktivitäten in den Stadt- und Landgemeindeverwaltungen, deren „Schematismus“ aber unterschiedlicher war als bei Staatsbehörden, die Themen ihrer Referate und Gutachten geben erste Hinweise auf Schwerpunkte ihrer sozialen Aktivitäten vor Ort.

- ad 5. Der 1873 gegründete „Verein für Socialpolitik“ wurde gleichgestellt als „Aufnahmeverein“, d. h. mehrjährige Mitgliedschaft im Ausschuss/Vorstand *und* ein veröffentlichtes Referat oder Gutachten zu sozialpolitischen Fragen führten zur Kennzeichnung als Sozialpolitiker, d. h. Aufnahme in den biographischen Teil.⁴⁰ Hervorzuheben sind die staatswissenschaftlichen Vorlesungen und Seminare seiner Mitglieder, ihre Ausbildungsfunktionen für die sozialökonomisch und statistisch nicht adäquat ausgebildeten Beamten der zweiten Generation und die Gründerinnen aus den Kreisen der Frauenbewegung wie Alice Salomon.

Bei dieser institutionell-bezogenen, formalen Vorgehensweise hat sich, wie erwähnt, gezeigt, dass wir doch nicht ganz ohne „gegriffene Größen“ auskommen – es gibt gemeinhin „materiell“ als Sozialpolitiker zu bezeichnende Personen, die dem aufgelisteten Suchraster nicht entsprechen, in diesem Lexikon aber gesucht werden und daher ihren Platz finden sollten. Ihre Anzahl haben wir auf zwanzig Personen beschränkt, darunter aber zahlreiche Grenzfälle zu den anderen Kriterien. Beispiele dafür wären etwa der Frankfurter Metallindustrielle Richard Merton, der direkten wie indirekten Anteil an der Verwissenschaftlichung der Wohlfahrtspflege hatte und Führungspersonal anstellte, das dann u. a. auch im Rahmen des DV und der GfSR tätig war. Der freikonservative Politiker Rudolf Friedenthal, der das vor dem Zeitraum dieses Lexikons verabschiedete, aber gleichwohl für diesen grundlegende Gesetz über den Unterstützungswohnsitz konzipierte, der Begründer der sozialwissenschaftlich ausgerichteten Krankenkassenstatistik Paul Mayet und die Begründerin des sozialen Frauenberufs Alice Salomon.

Insgesamt stellt sich das methodische Problem der Gewichtung, da wir unsere Auswahl aus unterschiedlichen Grundgesamtheiten bzw. Aktionsfeldern getroffen

und der von Emil Münsterberg verfasste: Generalbericht über die Tätigkeit des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit während der ersten 25 Jahre seines Bestehens 1880-1905, Leipzig 1905 (Schriften DV H. 72), sowie dessen „Vorgänger“ von 1895 (Schriften DV H. 24).

⁴⁰ Die Ausschussmitglieder des „Vereins für Socialpolitik“ sind nicht für alle Jahre feststellbar, die Vereinsaktivitäten erstreckten sich seit den achtziger Jahren auch auf wirtschaftspolitische Themen. Die Ausweitung der Aufnahmekriterien auf andere sozialpolitische Vereine und Verbände wurde erwogen und „getestet“, aber wieder verworfen, weil sie sämtlich ungleich spezieller und nur kurzfristiger tätig waren, also z. B. Bund für Mutterschutz, Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose, Gesellschaft für soziale Reform, Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Bund deutscher Bodenreformer usw. Gleichwohl aber wurden die Mitgliedschaften und besonderen Aktivitäten in diesen und weiteren Vereinen sowie sozialpolitischen Gremien nach Durchsicht von Sitzungsprotokollen und Verbandszeitschriften, Mitgliederlisten und Nachrufen etc. so genau wie möglich erfasst und verzeichnet.

haben, quantitative Auswertungen sind daher weniger sinnvoll als systematischer Vergleich zur Hypothesenbildung.⁴¹

III.

Die *Auswahl der biographischen Informationen*, die bei historisch fundierten sozialpolitischen Forschungen vergleichbare Orientierung wie hilfreiche, verlässliche „Einstiege“ für weitere Arbeiten bieten sollen, ist wie nachstehend erfolgt:⁴² Den Anfang jeder Biographie bildet immer der Familienname einer Person, ergänzt um deren Vornamen, wobei der Rufvorname i. d. R. kursiv hervorgehoben ist. Dazu kommen akademische Doktorgrade, ggf. auch Ehrendoktorwürden. Daran schließt sich eine berufliche Klassifikation an, die auf dem beruflichen Lebensschwerpunkt basiert. Dem folgt – entsprechend den üblichen Standards – die Auflistung persönlicher Daten zur *Herkunft* in Form von Geburts- und Todesdaten bzw. -orten, Konfession, Eltern und deren Beruf bzw. Stand, Ehegatten und Kindern.⁴³ Für die sozialwissenschaftliche Auswertung sind der Beruf der Eltern wie die Konfession von besonderem Interesse.

⁴¹ Die „Aktivitätsindikatoren“ Kommissions- und Gremienmitarbeit/Mitgliedschaft sind nur Annäherungsversuche. Auch sind der konkrete Einfluss der berücksichtigten Vereine wie die Reichweite ihrer Aktivitäten in sozialpolitischer Hinsicht geringer einzuschätzen als die Mitarbeit bei Gesetzen durch Parlamentarier und leitende Beamte, die durch Rückgriff auf Bundesrats- und Reichstagsprotokolle ermittelt wurde, gleichwohl „produzierten“ alle in dieses Lexikon aufgenommenen Personen, waren somit auch in „materieller“ Hinsicht Sozialpolitiker.

⁴² Die zu leistende Rekonstruktion von Lebensläufen bedeutender Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker war geleitet vom Interesse an einer vollständigen, präzisen, objektiven Wiedergabe der Informationen einschließlich der Quellenverweise. Diese Anforderungen, aber auch die vorfindliche Quellenlage schlossen die Erhebung von „subjektiven Merkmalen“, die sich nicht in Mitgliedschaften niedergeschlagen haben, sowie weiteren Charakter- und Persönlichkeitsmerkmalen aus. Diese müssen in monographischen Biographien, wie sie für Robert Bosse und Theodor Lohmann bereits vorliegen, dargestellt werden, sie setzen generell eher selten überlieferte persönliche Zeugnisse (Korrespondenz) voraus.

⁴³ Fehlende Angaben zu Ehegatten und Kindern bedeuten nicht, dass die betreffende Person unverheiratet bzw. kinderlos war. Im Übrigen wurden die in der Literatur teilweise vorkommenden Auslassungen, Unstimmigkeiten und Verwechslungen, soweit möglich, korrigiert. Allerdings waren bei Familien- und Todesdaten einige Lücken auch von uns nicht zu schließen. Auch die Überlieferung der Konfession ist teilweise lückenhaft. Probleme bereitete häufig die Recherche der elterlichen Vorfahren, insbesondere der Mütter, hier trug die Findigkeit von Gisela Rust-Schmöle zur nunmehr erreichten Vollständigkeit bei.

Die Angaben über die unmittelbaren Vorfahren schienen uns u. a. deshalb aufschlussreich, da an ihnen sichtbar wird, inwieweit die sozialpolitische Aktivität mit sozialen Aufstiegsprozessen einherging. Dafür sind die Berufe der Väter und Großväter generell wichtig, die Lebensdaten der Eltern und Großeltern als solche weniger. Ohne elterliches oder „eingeherrtetes“ Vermögen, das retrospektiv kaum feststellbar ist, war eine Bildungskarriere schwer durchzuführen, teilweise auch eine Berufskarriere als höherer Beamter nicht. Für letzteres sind die im Rahmen eines anderen DFG-Projekts editierten Erinnerungen und Briefe von Robert Bosse (vgl. Anm. 6) sehr aufschlussreich. Die Nachkommen werden am Ende der Lebensdaten nur summarisch erwähnt. Als Minimalziel wurde versucht, die Anzahl der Kinder festzustellen und nach Geschlechtern auszudifferenzieren. Herausragende Nachkommen wurden, wieder ähnlich wie in der NDB, mit Namen und knappen biographisch-beruflichen Angaben hervorgehoben, im Übrigen halfen uns lebende Nachfahren mit Daten, die anderweitig nicht zu ermitteln waren.

Die Biographien selbst beginnen mit der vorberuflichen Zeit, d. h. der *Bildungskarriere*, also Schulbildung, fortgeführt durch Angaben zu Lehre/Studium, jeweils mit Angaben über die Orte⁴⁴, aber nicht über die akademischen Lehrer. Die Angaben von Mitgliedschaften in studentischen Verbindungen lassen vorläufige Einschätzungen zur politischen Grundhaltung (etwa bei Corps: konservativ) und – im Vergleich – zu Verbindungsnetzen zu.⁴⁵ Dann folgen Angaben zur Berufstätigkeit bzw. *Berufskarriere*, jeweils wieder mit Jahresdaten und Institutionen. Die gewählten juristischen Staatsprüfungen (Regierungsassessor oder Gerichtsassessor) erweisen sich als frühe Weichenstellungen für eine sozialpolitische Karriere in der unmittelbaren oder mittelbaren Staatsverwaltung. Die bei Beamten teilweise komplizierten Karrierestufen sind vereinfacht: Bei Räten (Referenten) in einem Ministerium haben wir auf die Angabe der jeweiligen Klasse und i. d. R. des Prädikats Vortragender Rat verzichtet.⁴⁶ Andererseits haben wir versucht, den Aktivitätsradius aus Geschäftsverteilungsplänen (Referat!) möglichst genau zu ermitteln. Die jeweilige Behörde ist erst am Schluss der dortigen Karriere angegeben. Trat also jemand als Regierungsassessor in ein Ministerium ein und verließ es erst als (Geheimer) Oberregierungsrat, fehlt bei der Rangstufe Regierungsassessor die Angabe des entsprechenden Ministeriums, auszeichnende Titel haben wir teilweise bei Auszeichnungen aufgeführt. Die Rangverhältnisse der Kommunalbeamten sind aus den Amtstiteln allein nur begrenzt erkennbar.

Sodann wird *politisches Engagement* in Parlamenten und Parteien dokumentiert und verdeutlicht. Dabei werden drei Kategorien parlamentarischer bzw. ständischer Vertretung unterschieden: 1. überregionale Institutionen aus vornationaler Zeit, wie das Paulskirchenparlament oder der Norddeutsche Reichstag, und nach der Reichsgründung 1871 der Deutsche Reichstag in Monarchie und Weimarer Republik; 2. einzelstaatliche bzw. regionale Institutionen wie Landtage und ständisch besetzte Kammern; 3. kommunale Institutionen wie Provinzialversammlungen und Gemeindevertretungen.

Ergänzt werden die Angaben über die beruflichen Laufbahnen durch solche über *Ehrenämter* bzw. Vorstands-, Beirats- usw. Ämter in Vereinen, Verbänden und anderen Organisationen, die im Hinblick auf ihre genaue Dauer leider nur selten zu ermitteln waren. Auch „einfache“ *Mitgliedschaften* sind hier verzeichnet, sofern sie nicht zu den sozialpolitischen Aktivitäten zu rechnen sind.

Differenziertes Standesbewusstsein war im Kaiserreich besonders ausgeprägt. Dieser Aspekt wird – im Anschluss an das Vorgehen von Thomas Klein⁴⁷ – mit einer Auflistung der besonderen *Auszeichnungen* (vor allem Orden) unterstrichen, die an jüdische Beamte und Politiker, Hanseaten und Sozialdemokraten allerdings grundsätzlich nicht verliehen wurden – andererseits wurden sie von diesen Gruppen wohl auch nicht begehrt. Die Ehrung mit auszeichnenden Titeln und Orden ab „Kronenorden 4. Klasse“ sowie die Nobilitierungen waren symbolischer und sichtbarer Ausdruck der Anerkennung für Aufsteiger aus bürgerlichen Kreisen in den deutschen

⁴⁴ Immatrikulationsverzeichnisse für das 19. Jahrhundert liegen bislang nur wenige vor, hervorzuheben ist das im Erscheinen begriffene der Universität Leipzig.

⁴⁵ Vgl. Hinweise von Hansjoachim Henning (Die deutsche Beamtenschaft ..., S. 83) zu möglichen Karriere fördernden Auswirkungen einer Korpsmitgliedschaft, die auch mittelbar sein konnte. Couleurwesen finden wir weniger bei Kommunalpolitikern als bei Staatsbeamten.

⁴⁶ Vgl. dazu: Hermann Lorenz, Die Amtstitel- und Rangverhältnisse der höheren, mittleren und unteren Reichs- und Preuß. Staatsbeamten (...), Berlin 1907.

⁴⁷ Vgl. Anm. 20.

Staaten, die Anlässe ihrer Verleihung sind gut dokumentiert. Sie wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und besonders unter Wilhelm II. zu einem integralen Bestandteil einer Laufbahn im preußischen Staatsdienst und als Reichsbeamter. 1867 ehrte der preußische König 4231 Personen, 1891 insgesamt 5740 und 1913 schließlich 35 922 mit Orden.⁴⁸ Insgesamt zeigen sich hier deutliche Grundmuster, unsere Hinweise bieten Ansatzpunkte für bislang wenig vorgenommene Nachforschungen über die Verleihungsanlässe in entsprechenden Akten der Heroldsämter und Geheimen Zivilkabinette, also konkrete Verdienste wie Routinen. Diese können verlorene Angaben – etwa in selten überlieferten Personalakten⁴⁹ – substituieren. Wegen der Häufung solcher besonderen Auszeichnungen in manchen Fällen wurden niedrige Auszeichnungen wie Medaillen nicht aufgenommen.

Die *sozialpolitischen Aktivitäten* einer Person werden anschließend institutionell geordnet erfasst, wobei unsere zentralen Aufnahmekriterien in ihrer jeweiligen konkreten Ausprägung an erster Stelle genannt werden, führen sie hier doch zur Klassifikation als „Sozialpolitiker“. Sie sind im Kontext mit den eingangs aufgeführten Informationen über parlamentarisch-politische Aktivitäten zu sehen, die auch über die parteipolitische Haltung/Mitgliedschaft informieren. Für konservative und nationalliberale Politiker konnte das Abgeordnetenmandat zum Ausgangspunkt einer politischen Karriere in Staatsämtern werden oder – häufiger – umgekehrt.⁵⁰ Auch in den „Deutschen Vereinen“ (und damit in den Kommunen) finden sich immer wieder Personen in entscheidenden Funktionen, die über parlamentarische Erfahrung verfügten. Hier gibt es freisinnige bzw. fortschrittsliberale Präferenzen. Danach folgen sozialpolitische Aktivitäten und Mitgliedschaften in entsprechenden Organisationen (Vereinen) auf nationaler, regionaler, lokaler und internationaler Ebene, insbesondere: Gesellschaft für soziale Reform (1901 gegr.), Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen bzw. Zentralstelle für Volkswohlfahrt (1891 gegr., 1906 Namensänderung), Verein Reichswohnungsgesetz bzw. Deutscher Verein für Wohnungsreform (1898 gegr., 1909 Namensänderung) u. a.⁵¹ Auffallend ist, dass die von uns aufgenommenen leitenden Ministerialbeamten nahezu durchweg nicht Mitglied von sozialpolitischen Vereinen waren, hingegen in konfessionell-missionarischen (Robert Bosse, Rudolf Jacobi, Theodor Lohmann), „begegnen“ konnte man ihnen wohl eher im Reichstag als im „Verein für Socialpolitik“. Besondere sozialpolitische Leistungen während der Lebenszeit der Personen erhalten teilweise am Ende dieses Abschnitts noch eine kurze Würdigung. Dazu zählen vor allem „Gründungen“, deren Auswir-

⁴⁸ Vgl. Alastair Thompson, Honours uneven: Decorations, the State and Bourgeois Society in Imperial Germany, in: Past & Present 1994, p. 171-204; die Verleihungen wurden im „Staatsanzeiger“ und alle zehn Jahre erscheinenden Ordenslisten, bei Beamten auch in alljährlich erscheinenden „Staatshandbüchern“ dokumentiert.

⁴⁹ Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau („Sonderarchiv“) enthält 11457 Personalakten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Reichsministeriums des Innern, die den Zeitraum 1873 bis 1945 umfassen. Diese dürften auch einige höhere Beamte des Reichsamts des Innern umfassen, sie waren uns aber nicht zugänglich; vgl. Götz Aly/Susanne Heim, Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau („Sonderarchiv“), Düsseldorf 1993.

⁵⁰ Andreas Biefang, Die andere Seite der Macht, Reichstag und Öffentlichkeit im „System Bismarck“ 1871-1890, Düsseldorf 2009, S. 162 ff. Beispiele für Letzteres sind Karl Gamp, Ernst Engel und Ludwig Jacobi.

⁵¹ Eine erste Information über diese und andere sozial- und gesundheitspolitischen Vereine und Institutionen vermittelt – neben den jeweiligen Vereinsschriften – die Darstellung von Alfons Fischer, Gesundheitspolitik und Gesundheitsgesetzgebung (Anm. 11), S. 73 ff.

kungen auch lange nach deren Tod noch Wirkung entfalteten, bestimmte Geschehen und Ereignisse wie „Heidelberger Erklärung“, „Haider Thesen“ etc. werden aufgeführt, aber nicht erläutert. Ergänzende Informationen finden sich in den Veröffentlichungen und der Literatur, in den meisten Fällen auch in der „Quellensammlung“.

Veröffentlichungen der Person sind im Anschluss vermerkt. Sie sind *mit* kennzeichnend für die Inhaber einer sozialpolitischen Führungsposition, sie sind beeinflussendes Medium. Von besonderem Interesse sind die sog. Referentenkommentare und Textausgaben. Sie bereiten die Gesetzesmaterialien, an denen die jeweiligen Verfasser beteiligt waren,⁵² systematisch „in Paragraphenform“ auf. Aufgrund der teilweise umfangreichen schriftstellerischen Aktivitäten einiger Personen konzentrieren sich unsere Angaben auf sozialpolitisch relevante Monographien inkl. Gesetzeskommentare, Veröffentlichungen im Rahmen der Schriftenreihen (inkl. Sammelbänden) des von uns besonders berücksichtigten „Vereins für Socialpolitik“ sowie der beiden „Deutschen Vereine“, die wir vollständig (auch die im Buchhandel nicht erschienenen) erfasst haben (Zeitschriftenaufsätze wurden in der Regel weggelassen). Dem schließen sich Angaben zu weiterführender *Literatur*, insbesondere auch ausführlichen biographischen Würdigungen in anderen Nachschlagewerken, berücksichtigten Quellen und Archivauskünfte an. Die mit „Q“ gekennzeichneten Hinweise sind solche, die in der „Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik“ dokumentiert (Anträge, Korrespondenzen, Mitteilungen) sind, über die jeweiligen Personenregister der einzelnen Bände sind diese und weitere konkret erschließbar. Den Abschluss bildet eine Angabe zu einem *Porträtbild* in den vorhandenen Printmedien, das zu fast jeder Person ausfindig gemacht werden konnte.

IV.

Das Biographische Lexikon ist als ein Beitrag zur Grundlagenforschung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik zu verstehen, die vom Deutschen Kaiserreich bis heute ein zentraler Bereich der Innenpolitik war und ist. Es soll schlicht unsere (Er-)Kenntnis erweitern, ein „offenes“ Hilfsmittel für an der Geschichte der Sozialpolitik ausgerichtete historische, rechtshistorische und sozialwissenschaftliche Forschungen sein. Hilfreich ist es sicher auch als Ausgangspunkt für von individualbiographischen oder kollektivbiographischen Impulsen getragene Forschungen. Das Biographische Lexikon veranschaulicht nun in knapper Form die personelle Seite von Politik und Verwaltung im Sozialsektor, bietet einen verlässlichen Überblick über die differenzierte Besetzung der sozialpolitischen Führungsebenen mit einer neuen Fachelite und die vom Staat wie Gemeinden für diese verfolgten Rekrutierungsmuster“.

Das Biographische Lexikon bietet die Möglichkeit, die soziale Verortung des sozialpolitischen Führungspersonals mit kennenzulernen, und beschreibt an konkreten Beispielen die gesellschaftliche Leistung der neuen sozialpolitischen Institutionen als soziale Mobilitätsschleuse.⁵³ „Sozialpolitik“ konnte „Dauerstation“ einer Karriere oder auch nur „Durchgangsstation“ sein. Affären wie Skandale beendeten sie auf

⁵² Bei Beamten aus dem Reichsamt des Innern, die Sozialpolitik nicht als „Durchgangsstation“, sondern als Daueraufgabe empfanden, finden sich diese Referentenkommentare besonders häufig, siehe die Artikel über Robert Bosse, Franz Caspar, Walter Spielhagen und Erich v. Woedtke.

⁵³ Vgl. Hansjoachim Henning, *Die deutsche Beamtenenschaft ...*, S. 37 ff.

Dauer, brachten Abstiege.⁵⁴ Die Sozialpolitik schuf neue, strategisch einflussreiche bürokratische Positionen, die Anreize für Personen schufen, entsprechende fachliche politische Fertigkeiten zu entwickeln, die notwendig waren, „damit solche Positionen abgesichert und gehalten werden“⁵⁵. Die Biographien verdeutlichen, dass das neue Arbeitsfeld Sozialpolitik „Schranken“ auch im vorherrschend protestantischen Milieu der (preußischen) Bürokratie überwinden konnte, etwa bei Katholiken⁵⁶. Der Vergleich ergibt aber insgesamt eine größere Offenheit der Gemeinden, denn sie ermöglichten auch ihren jüdischen Bürgern und solchen mit nichtjuristischen Berufen Aufstiege in Spitzenpositionen.⁵⁷ So werden die verschiedenen Karrieremuster im Staatssektor und im Kommunalsektor deutlich, nicht nur Herkunft wie politische Haltung der Akteure zeigen unterschiedliche Schwerpunkte, sondern auch der konfessionell-religiöse Hintergrund. Akademische Bildung war aber auch – mit Ausnahme der Krankenversicherung – im staatlichen wie kommunalen Sozialsektor eine ganz entscheidende Aufstiegsvoraussetzung. Akademischer Hintergrund der Eltern – häufig auch Pastoren und Studienprofessoren – war, soweit ersichtlich, zwingend für den Aufstieg in die Ministerialbürokratie; Vermögen, das durch Herkunft wie Heirat erlangt sein konnte, von Vorteil. Hier zeigen sich dann aber auch Grenzen der masenbiographischen Recherche.⁵⁸

Die neuen sozialpolitischen Träger bedeuteten erweiterte Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten in beamtenähnliche Positionen in der Sozialverwaltung.⁵⁹ Vor allem die Krankenkassen schafften dann auch Karrieremöglichkeiten für die bildungsfernen oder bildungsfern gehaltenen Schichten aus der Arbeiterschaft, die so vom Objekt der Arbeiterversicherungsgesetzgebung zu deren Subjekt wurden.⁶⁰

⁵⁴ Hier sind zu nennen Hermann Schack, Hermann Wagener und Erich v. Woedtke.

⁵⁵ G. Lowell Field, John Higley, *Eliten und Liberalismus*, Opladen 1983, S. 86.

⁵⁶ Hier sind zu nennen die Präsidenten Tonio Bödiker, Paul Kaufmann und Leopold Wilhelmi. Arnold Nieberding war schon vor dem Kulturkampf in der Ministerialbürokratie, Gustav Koenigs wurde wohl von v. Berlepsch „mitgebracht“. Franz Hoffmann trat infolge des durch Berlepschs Reformansätze ausgelösten besonderen Kräftebedarfs ins preußische Handelsministerium ein. Vgl. dazu auch Franz X. Kaufmann, *Christentum und Wohlfahrtsstaat*, *Zeitschrift für Sozialreform* 1988, S. 65-89 (84).

⁵⁷ Ein „technisch“ qualifizierter Nicht-Jurist konnte beim Staat nicht als Behördenchef ermittelt werden, obwohl Juristen von der Ausbildung her für die Einschätzung der erheblichen Finanzströme – etwa bei den Renten – nicht sonderlich qualifiziert waren; deutlich wird das an der Besetzung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, nicht der Mathematiker Adolf Beckmann, sondern Wilhelm Koch wurde Präsident; anderes mag gelten in den Sektoren Bau und Verkehr, für Hamburg vgl. die Karriere von Julius Petersen.

⁵⁸ Vgl. dazu die Hinweise in den autobiographischen Zeugnissen von Robert Bosse, abgedruckt bei Volker Mihr u. a., *Sozialreform* (Anm. 6).

⁵⁹ Die 113 Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung hatten 1108 Vorstandsmitglieder, ihre 939 Sektionen 5926 Vorstandsmitglieder, die 40 Versicherungsanstalten bzw. Kassen-einrichtungen der Invalidenversicherung hatten 269 Vorstandsmitglieder, 52 Vorstandshilfsarbeiter, um nur die höheren Positionen zu nennen (vgl. zu mehr Details: Götze/Schindler, *Jahrbuch der Arbeiterversicherung*, Berlin 1904, S. 7 ff.), insgesamt also ein neues bürokratisches Karrierefeld, das als solches aber kein Aufnahmekriterium für dieses Lexikon bildete, entsprechende Hinweise erfolgen aber bei den Biographien der leitenden Verbandsfunktionäre.

⁶⁰ Auch nicht akademisch Ausgebildete erhielten – was in der Selbstverwaltung als Integrations- und Partizipationsvehikel bereits seit 1883 angelegt war, aber erst nach 1892 verwirklicht wurde – Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten in der mittelbaren Staatsverwaltung.

Diese werden verstärkt im geplanten zweiten Band dieses Biographischen Lexikons nachgewiesen werden, allerdings würde man sie meist eher als „Sozialverwalter“ denn als Sozialpolitiker bezeichnen, Ausnahmen bestätigen hier aber auch die Regel. Von daher sind auch die Hinweise zur personalen Kontinuität in der sozialpolitischen Arbeitsebene aufschlussreich, die teilweise vom Kaiserreich bis zur Weimarer Republik gehen, die Nationalsozialisten brachen im Rahmen ihrer Machtergreifung diese Kontinuität wirkungsvoll durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.⁶¹

Die entsprechenden, systematisch erhobenen Informationen im Detail zu analysieren kann nicht Gegenstand dieses Biographischen Lexikons oder seiner Einleitung sein. Das setzt einerseits disziplinär begrenzt entwickelte Fragestellungen und andererseits Rückgriffe auf einen Vergleich zu anderen Politikfeldern etc. ermöglichende biographische Lexika zur Verwaltungselite (seitens des Reichs: Justiz und Finanzen vor allem) voraus, die bislang – abgesehen von der auswärtigen Politik – fehlen. Für Hypothesen bieten aber auch die hier recherchierten Biographien interessantes Material. Die bei vergleichbaren Nachschlagewerken⁶² mitunter vorgenommene gesamtstatistische Auswertung erscheint nicht sinnvoll. Als Folge des mehrdimensionalen, vieldeutigen Begriffs „Sozialpolitiker“ (anders als etwa „Reichstagsmitglied“) würde diese kaum zu aussagekräftigen Ergebnissen führen, sinnvoll erscheint hingegen die vergleichende Perspektive, die aber noch weitergehender Forschung bedarf, die unsere fortführt oder für andere Sektoren ergänzt.

Deutlich wird das in den Biographien von Franz Behrens, Julius Fräßdorf und Helmut Lehmann, die auch zentrale Ortskrankenkassenverbände gründeten und führten. Der Sozialdemokrat Julius Fräßdorf wurde kurz vor dem Ende des Deutschen Kaiserreiches noch königlich sächsischer Staatsminister. Vgl. jetzt insgesamt die quellenorientierte Darstellung von Wolfgang Ayaß, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Sozialversicherung bis zur Jahrhundertwende, in: Ulrich Becker u. a. (Hrsg.), Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart [FS Gerhard A. Ritter zum 80. Geburtstag], Bonn 2010, S. 17 ff. – Prominente weitere Aufstiege gibt es in der Weimarer Republik, sie werden aufgrund der Schwerpunktsetzung im geplanten Folgebund behandelt; ein bekanntes Beispiel für die Funktion der sozialen Selbstverwaltung als „Aufstiegskanal“ ist der spätere preußische Ministerpräsident Otto Braun, ehemals Rendant der Ortskrankenkasse Königsberg i. Pr. Die meisten Karrieren spielten sich aber innerhalb der sozialpolitischen Institutionen selbst ab, die eigene Angestellten- und Beamten-systeme („Dienstordnungen“) mit fachmännischer Schulung und Arbeitsteilung entwickelten und zu eigenständigen Bürokratien wurden. Den sozialdemokratisch-freigewerkschaftlichen Initiativen der sozialen Selbstverwaltung (Satzungsrecht) sind die sozialhygienischen und prophylaktischen Einrichtungen der Krankenkassen (Krankheitsvorsorge) wie teilweise auch die freie Arztwahl zu verdanken. Die Querelen beim Einstieg wie Aufstieg von bisherigen Außenseitern in die Krankenkassenverwaltungen verzeichnet die materialreiche, allerdings polemisch angelegte Monographie von Wilhelm Möller, Die Herrschaft der Sozialdemokratie in der deutschen Krankenversicherung, Berlin 1910.

⁶¹ Vgl. dazu Stephan Leibfried/Florian Tennstedt, Berufsverbote und Sozialpolitik, 3. Aufl., Bremen 1982.

⁶² Vgl. Bernhard Mann, Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1867-1918, Düsseldorf 1988, S. 14-41, hingegen aufschlussreich die Monographie des Projektmitarbeiters Thomas Kühne, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867-1914, Düsseldorf 1994.

Übersicht: Sozialgesetze und beteiligte Sozialpolitiker 1871-1916*

<i>Gesetz</i>	<i>Bundesrat/ Ministerialbeamte</i>	<i>Reichstag/Parlamentarier</i>
Arbeiterversicherung		
Gesetz, betr. die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei den Betrieben von Eisenbahnen, Bergwerken usw. herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen v. 7.6.1871 [„Haftpflichtgesetz“] (RGBl, S. 207)	[eine Kommission wurde nicht eingesetzt, aufgeführt sind die Plenarredner]	Achenbach; Bamberger, Bebel; Hammacher, Hirsch, Schulze-Delitzsch
Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen v. 7.4.1876 (RGBl, S. 125)	Lohmann; Nieberding	Ackermann; Bamberger; Duncker; Heyl zu Herrnsheim; Maltzahn-Gültz; Moufang; Oppenheim; Rickert; Wendt-Papenhausen; Wichmann
Antrag v. Stumm, betr. die Einführung obligatorischer, nach dem Muster der bergmännischen Knappschaftsvereine zu bildenden Altersversorgungs- und Invalidenkassen für alle Fabrikarbeiter v. 17.3.1879	Lohmann; Nieberding	Galen; Hammacher; Hertling; Moufang; Stötzel; Stumm-Halberg; Wichmann
Erste Unfallversicherungsvorlage (Gesetzentwurf: IV 1881 Nr. 41)	Boetticher; Heyden-Rynsch; Lohmann	Ackermann; Buhl; Eysoldt; Franckenstein; Frege-Weltzien; Hertling; Lieber; Maltzahn-Gültz; Marquardsen; Schorlemer-Alst; Stötzel; Wöllmer
Zweite Unfallversicherungsvorlage (Gesetzentwurf: II 1882/83 Nr. 19)	Boetticher; Bosse; Herrmann; Lohmann; Magdeburg; Woedtke	Buhl; Dönhoff-Friedrichstein; Eberty, Eduard; Franckenstein; Hirsch; Lieber; Lohren; Löwe; Maltzahn-Gültz; Moufang; Stötzel; Wendt-Papenhausen; Wichmann
Gesetz, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter v. 15.6.1883 (RGBl, S. 73)	Boetticher; Bosse; Herrmann; Lohmann; Magdeburg; Woedtke	Buhl; Dönhoff-Friedrichstein; Eberty, Eduard; Franckenstein; Hirsch; Lieber; Lohren; Löwe; Maltzahn-Gültz; Moufang; Stötzel; Wendt-Papenhausen; Wichmann
Gesetz, betr. die Abänderung des Gesetzes v. 7.4.1876 über die eingeschriebenen Hilfskassen v. 1.6.1884 (RGBl, S. 54)	Bödiker, Boetticher; Bosse; Gamp; Lohmann	Buhl; Dönhoff-Friedrichstein, Eberty, Eduard; Fritzen; Hertling; Hirsch; Lieber; Lohren; Löwe; Maltzahn-Gültz; Marschall v. Bieberstein, Moufang; Oechelhäuser; Schrader; Stötzel; Wendt-Papenhausen
Unfallversicherungsgesetz v. 6.7.1884 (RGBl, S. 69)	Bödiker; Boetticher; Bosse; Gamp; Herrmann, Schicker; Woedtke	Barth; Buhl; Dönhoff-Friedrichstein; Eysoldt; Franckenstein; Frege-Weltzien; Gebhard; Kayser; Löwe;

* Die Übersicht nennt nicht sämtliche Bundesratsvertreter und Kommissionsmitglieder, sondern nur die, die in dieses Lexikon aufgenommen wurden.

XXVIII

<i>Gesetz</i>	<i>Bundesrat/ Ministerialbeamte</i>	<i>Reichstag/Parlamentarier</i>
		Maltzahn-Gültz; Marquardsen; Marschall v. Bieberstein; Moufang; Saldern-Plattenburg; Schrader; Stötzel
Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung v. 28.1.1885 (RGBl, S. 159)	Boetticher, Bosse; Schicker; Woedtke	Buhl; Dönhoff-Friedrichstein; Franckenstein, Gebhard, Herrmann; Heydebrandt; Kayser; Löwe; Maltzahn-Gültz; Moufang; Schröder; Stötzel; Wendt-Papenhausen; Wichmann
Gesetz, betr. die Abänderung des Gesetzes v. 15.6.1883 über die Krankenversicherung der Arbeiter v. 28.1.1885 (RGBl, S. 162)	Bödiker; Lohmann	Gebhard; Grillenberger; Hitze, Kayser; Lohren; Struckmann
Gesetz, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen v. 5.5.1886 (RGBl, S. 132)	Boetticher; Bosse; Herrmann; Schicker; Woedtke	Buhl; Dönhoff-Friedrichstein; Franckenstein; Gebhard; Hertling; Heydebrandt; Maltzahn-Gültz; Saldern-Plattenburg; Schrader; Stötzel; Struckmann; Wendt-Papenhausen; Wichmann
Gesetz, betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen v. 11.7.1887 (RGBl, S. 287)	Boetticher; Bosse; Landmann; Schicker; Woedtke	Franckenstein; Gebhard; Maltzahn-Gültz; Schrader; Spahn; Stötzel; Struckmann; Wendt-Papenhausen; Wichmann
Gesetz, betr. die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschiffahrt beteiligten Personen v. 13.7.1887 (RGBl, S. 329)	Boetticher; Woedtke	Dönhoff-Friedrichstein, Franckenstein; Gebhard; Letocha; Maltzahn-Gültz; Saldern-Plattenburg; Schrader; Spahn; Stötzel; Struckmann
Gesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung v. 22.6.1889 (RGBl, S. 97)	Boetticher; Bosse; Landmann; Lohmann; Schicker; Wilhelmi; Woedtke	Böttcher, Eduard; Buehl; Franckenstein; Gebhard; Hitze; Lohren; Mantuffel; Marschall v. Bieberstein; Merbach; Oechelhäuser; Rickert; Saldern-Plattenburg; Schmidt, Reinhart; Schrader; Spahn; Stötzel; Struckmann; Sydow; Wendt-Papenhausen; Wichmann
Gesetz über die Abänderung des Gesetzes v. 15.6.1883, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter v. 10.4.1892 [Krankenversicherungsgesetz] (RGBl, S. 379)	Boetticher, Bosse, Landmann; Lohmann; Schicker, Sieffert; Vodel	Buhl; Dziembowski-Pomian; Eberty, Eduard; Gutfleisch; Hirsch; Hitze; Merbach; Molkenbuh; Möller; Spahn; Stötzel; Wendt-Papenhausen; Wichmann
Invalidenversicherungsgesetz v. 13.7.1899 (RGBl, S. 393)	Caspar; Herrmann; Hoffmann; Posadowski-Wehner; Schicker; Spielhagen, Woedtke	Fischer; Henning; Hitze; Hofmann; Müller-Meiningen; Richthofen-Damsdorf, Roesicke, Stadthagen; Stötzel; Trimborn
Gewerbliches Unfallversicherungsgesetz [sog. Mantelgesetz] v. 30.6.1900 (RGBl, S. 585)	Caspar; Herrmann; Posadowski-Wehner; Woedtke; Zacher	Beck, Fischer; Gamp; Hitze; Hofmann; Molkenbuh; Richthofen-Damsdorf; Roesicke; Schmidt, Reinhart; Stadthagen; Stoecker; Stötzel; Trimborn

<i>Gesetz</i>	<i>Bundesrat/ Ministerialbeamte</i>	<i>Reichstag/Parlamentarier</i>
Reichsversicherungsordnung v. 19.7.1911 (RGBl, S. 509)	Aurin; Boden; Caspar; Eucken-Addenhausen; Jaup; Lass; Nieser; Siefart; Spielhagen; Strößenreuther; Wiedfeldt	Arnstadt; Becker; Behrens; Delbrück; Doormann; Dröschler; Fleischer; Hallbauer; Hitze; Molkenbuh; Mugdan; Nacken; Pauli; Schirmer; Schmidt, Robert; Schultz; Sieveking; Steinbrück, Trimborn; Würmeling
Versicherungsgesetz für Angestellte v. 28.12.1911 (RGBl, S. 989)	Aurin; Caspar; Eucken-Addenhausen; Lass; Nieser; Reuß; Strößenreuther	Boden; Delbrück; Hallbauer; Hense; Köhler; Sieveking
Gesetz, betr. die Renten in der Invalidenversicherung v. 17.6.1916 (RGBl, S. 525)	Aurin; Caspar; Kaufmann; Strößenreuther	Arnstadt; Becker, Doormann; Fürst; Schmidt, Reinhart
 Arbeiterschutz		
Gesetz, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung v. 17.7.1878 (RGBl, S. 199)	Lohmann, Nieberding	Fritzsche; Gensel; Helldorf; Hertling; Heyl zu Herrnsheim; Hirsch; Kleist-Retzow; Lieber; Rickert; Stötzel; Stumm-Halberg; Wehrenpfennig
Gesetz[Entwurf], betr. die Abänderung der Gewerbeordnung 1885/86 (II 1885/86, Nr. 10, 29, 30, 41)	Boetticher; Lohmann	Galen; Hartmann; Hitze; Letocha; Lohren; Löwe; Merbach; Moufang; Schneider; Stötzel
Gesetz, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung v. 1.6.1891 (RGBl, S. 261)	Berlepsch; Boetticher; Koenigs; Landmann; Lohmann; Wilhelmi	Ballestrem; Bamberger; Bebel; Böttcher, Eduard; Böttcher, Friedrich; Galen; Grillenberger; Gutfleisch; Hartmann; Hirsch; Hitze; Kleist-Retzow; Letocha; Lieber; Merbach; Molkenbuh; Möller; Schicker; Schmidt, Reinhart; Stötzel; Stumm-Halberg; Wichmann; Wöllmer
Gesetz, betr. Kinderarbeit in gewerbl. Betrieben v. 30.3.1903 (RGBl, S. 113)	Caspar; Koch; Neumann; Schicker; Sittart	Fischer; Henning; Herrmann; Hertling; Heyl zu Herrnsheim; Hoffmann; Richthofen-Damsdorf; Stötzel; Trimborn
Gesetz, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung v. 30.5.1908 (RGBl, S. 356)	Caspar; Koch; Neumann; Nieser; Reuß; Schicker; Strößenreuther	Becker; Behrens; Boden; Doormann; Fischer; Fleischer; Frick; Henning; Hitze; Köhler; Pieper; Schack; Schmidt, Robert; Stadthagen; Trimborn
Hausarbeitsgesetz v. 20.12.1911 (RGBl, S. 976)	Caspar; Eucken-Addenhausen; Koch; Neumann, Nieser; Strößenreuther	Albrecht, Adolf; Arnstadt; Becker; Behrens; Fleischer; Hallbauer; Henning; Hitze; Pieper; Schirmer; Schmidt, Robert; Sieveking

XXX

<i>Gesetz</i>	<i>Bundesrat/ Ministerialbeamte</i>	<i>Reichstag/Parlamentarier</i>
Arbeiterrecht		
Gesetzentwurf, betr. die privatrechtliche Stellung von Vereinen v. 18.4.1871 (Sten.Ber.RT 1871, Bd. 3, Drucks. Nr. 45)	Eck	Stumm-Halberg; Völk; Schulze-Delitzsch
Gesetzentwurf, betr. die privatrechtliche Stellung von Vereinen v. 11.4.1872 (Sten.Ber.RT 1872, Bd. 3, Drucks. Nr. 13)	Achenbach	Bamberger; Schulze-Delitzsch, Völk
Gesetz[Entwurf] betr. die Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung [Gewerbegerichte] v. 10.2.1874 (I 1874 Nr. 21)	Lohmann, Nieberding	Oppenheim; Rickert; Schulze-Delitzsch; Struckmann; Stumm-Halberg
Gewerbegerichtsgesetz v. 29.7.1890 (RGBl, S. 141)	Boetticher; Landmann, Lohmann; Wilhelm	Ackermann; Bachem; Dziembowski-Pomian; Eberty, Eduard; Schneider
BerufsvereineGesetzentwurf 1890/92 (I 1890/92 Nr. 32) KomBer. I 1890/92 Nr. 770	Wilhelmi	Barth, Dönhoff; Hirsch; Hitze; Lieber; Molkenbuh; Schneider; Schrader; Spahn; Willmer
Gesetz, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung und des Krankenversicherungsgesetzes [„Handwerkergesetz“] v. 26.7.1897 (RGBl, S. 663)	Boetticher; Lohmann; Woedtke; Herrmann; Schicker; Fischer; Wilhelm; Sieffert; Hoffmann	Gamp; Hertling; Heyl zu Herrnsheim; Hitze; Kropatscheck; Letocha; Pauli; Wattendorf
Gewerbegerichtsgesetz v. 30.6.1901/29.9.1901 (RGBl, S. 353)	Fischer, Wilhelm; Hoffmann	Albrecht, Adolf; Beck; Dziembowski-Pomian; Fischer; Hitze; Pauli; Richthofen-Damsdorf; Trimborn
Gesetz, betr. Kaufmannsgerichte v. 6.7.1904 (RGBl, S. 266)	Caspar, Herrmann; Hoffmann; Meyeren; Posadowski-Wehner; Schicker; Spielhagen	Beck, Delbrück; Dröscher; Henning; Müller-Meiningen; Nacken; Trimborn; Wattendorf
ArbeiterkammerGesetzentwurf 1908	Boden, Caspar; Eucken-Addenhausen; Koch; Neumann; Nieser; Strößenreuther	Behrens; Fischer; Fleischer; Hitze; Köhler; Schack; Schirmer; Trimborn; Will
Vereinsgesetz v. 19.4.1908 (RGBl, S. 151)	Boden; Eucken-Addenhausen; Nieser; Schicker; Spielhagen; Strößenreuther	Dröscher; Fischer; Hitze; Köhler; Legien; Müller-Meiningen; Schirmer; Trimborn
Gesetz, betr. die Abänderung des Vereinsgesetzes v. 26.6.1916 (RGBl, S. 635)	Caspar; Nieser; Strößenreuther	Arnstadt; Becker; Behrens; Hallbauer; Hitze; Legien; Müller-Meiningen

Historische Erläuterungen zur Übersicht

Die innerhalb von knapp zehn Jahren entwickelte Arbeiterversicherungsgesetzgebung¹ wurde das – neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch – erfolgreichste, bis heute fortwirkende Gesetzgebungsprojekt des Deutschen Kaiserreichs bis zum 1. Weltkrieg. Das macht allein die Anzahl der Versicherten im Jahr 1913 deutlich, für die Rechtsansprüche aufgebaut wurden: Krankenversicherung 23 Mio., Unfallversicherung 10,6 Mio., Arbeiterrentenversicherung 17,5 Mio. und Angestelltenversicherung 1,7 Mio.

Die liberale Gewerbeordnung von 1869, das Lohnbeschlagnahmengesetz von 1869 und das Haftpflichtgesetz von 1871 bilden die reichsgesetzlichen Ausgangspunkte der sozialpolitischen Gesetzgebung, die sich – wie die der entsprechenden bürokratischen Ressorts – recht gut mit dem Konzept der Ausdifferenzierung erfassen lässt.

Die Gewerbeordnung regelte in ihrem VIII. Titel die Kranken-, Hilfs- und Sterbekassen für Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter nicht im Detail bzw. bestimmte nur, dass die Anordnungen der Landesgesetze in Kraft bleiben sollten. Das führte zu zahlreichen Unzuträglichkeiten, so dass die reichsgesetzliche Regulierung dieser Materie notwendig wurde. Das war der Ausgangspunkt der eigenständigen Krankenkassengesetzgebung wie – sehr vermittelt – auch der Alters- und Invaliditätsgesetzgebung des Reichs, da durch erstere die Multifunktionalität der Hilfskassen beschränkt wurde.

Die Krankenkassengesetzgebung setzt ein mit dem Hilfskassengesetz von 1876. Dieses enthielt einheitliche Regeln für die Gründung und Fortentwicklung der verschiedenen Krankenkassen für Arbeiter – ortstatuarische (obligatorische) Krankenkassen, Betriebskrankenkassen und gewerkschaftliche Hilfskassen –, sie allerdings nicht ausreichend förderte, ihre Ausbreitung blieb gering. Insgesamt endet damit die liberale Phase der Sozialpolitik, die im Reichstag von Hermann Schulze-Delitzsch und Max Hirsch 1869 – unterstützt von einer liberalen preußischen Ministerialbürokratie – mit der Gewerbeordnungsgestaltung eingeläutet worden war. Mit dem Hilfskassengesetz betrat der seit 1872 im preußischen Handelsministerium tätige Referent für die Arbeiterfrage Theodor Lohmann die sozialpolitische Bühne des Reichs, Arnold Nieberding verließ sie. Seit 1876 fertigte er alle entsprechenden Gesetzentwürfe. 1881 folgten durch eine weitere Gewerbeordnungsnovelle die dort geregelten Innungskrankenkassen. Einer qualitativen Verbesserung wie quantitativen Ausbreitung der Krankenkassentypen diente dann das *Gesetz, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter* von 1883, das nach kurzer Zeit mit dem dann verabschiedeten Unfallversicherungsgesetz mehrfach „ausgedehnt“ und 1892 entscheidend und 1903 erneut novelliert wurde. Das Hilfskassengesetz von 1884 wurde so angepasst, dass es fortan nur noch die Verhältnisse der freien bzw. freiwilligen Hilfskassen regelte, die obligatorischen waren im Krankenversicherungsgesetz „aufgehoben“.

Diese Krankenkassengesetzgebung rechnet zu Bismarcks Arbeiterversicherung, wurde aber von diesem selbst als „untergeschobenes Kind“ betrachtet. Immerhin kam sie bereits aus dem Reichsamt des Innern, der neuen Keimzelle des sozialpolitischen Ressorts. Der inzwischen dort tätige Theodor Lohmann begleitete mit seinem Vorgesetzten Robert Bosse und seinen Kollegen Eduard Magdeburg, Tonio Bödiker und Erich von Woedtke den parlamentarischen Prozess, ähnlich wie sein Chef Karl Heinrich von Boetticher. Die Kooperation zwischen diesen Regierungskommissaren bzw. Bundesratsvertretern in der Reichstagskommission lief über besonders engagierte Abgeordnete, als solche können bestimmt werden der Vorsitzende Georg A. Freiherr von Franckenstein, der auch bei den nachfolgenden sog. Bismarckschen Arbeiterversicherungsgesetzen dieses Amt innehatte, die Schriftführer Eduard Ebert und Arnold Lohren sowie der Berichterstatter Helmuth Freiherr von Maltzahn-Gültz. Seitens

¹ Die nachfolgenden Informationen sind neben den Biographien im ergänzenden Detail auch den entsprechenden Bänden der erwähnten „Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik“ zu entnehmen. Knappe Inhaltsangaben der aufgeführten Gesetze finden sich auch in der Monographie von Horst Peters, *Geschichte der sozialen Versicherung*, Bonn-Bad Godesberg 1974.

der bayrischen Staatsregierung war Josef Herrmann als Bundesratsvertreter tätig. Soweit ersichtlich begleiteten einige der im Verein für Socialpolitik vereinten Wissenschaftler wie Gustav Schmoller und Lujo Brentano diese Gesetzgebung, regten sie aber nicht an, auch ein gestalterischer Einfluss ist nicht feststellbar.

„Gewisse Mängel unseres Krankenversicherungsgesetzes“ – so rückblickend Robert Bosse – machten sich bereits früh bemerkbar, so dass das Reichsamt des Innern 1887 eine systematische Erhebung bei den Staatsregierungen veranstaltete und eine mehrtägige Konferenz einberief, zu der Praktiker geladen wurden. Seitens des preußischen Handelsministeriums wurde Dr. Emil Sieffert hinzugezogen, seitens einer preußischen Regierung der Düsseldorfer Dr. Gustav Koenigs. Die danach intern vorbereitete Novellierung richtete sich vor allem gegen die zentralen gewerblichen Hilfskassen und die dort wirkenden Sozialdemokraten als Ersatzkassen, sie wurde erst 1892 verabschiedet. Bei den Beteiligten aus der Ministerialbürokratie war Kontinuität gegeben: Karl Heinrich von Boetticher, Theodor Lohmann und Erich von Woedtke sind hier zu nennen.² Von den genannten Reichstagsakteuren der ersten Stunde wirkten keine mehr mit, da sie keine Abgeordneten mehr oder gar – wie Freiherr von Franckenstein – verstorben waren. In der Konsequenz führte diese Krankenkassennovelle zu einer von Arbeiterführern getragenen Krankenkassenbewegung.

Die Entstehungsgeschichte der *Invalditäts- und Altersversicherung*, mit der sich auch der Verein für Socialpolitik auf seiner Generalversammlung 1874 befasste, beginnt bald nach Verabschiedung des Hilfskassengesetzes von 1876, das Hilfskassen zur Alterssicherung ausklammert hatte, mit dem Gesetzentwurf Stumms von 1879 sowie der Kaiserlichen Sozialbotschaft vom 17.11.1881, die im Reichsamt des Innern von Robert Bosse entworfen, von Bismarck aber entscheidend redigiert wurde. Die engere Entstehungsgeschichte umfasst nur die knappe Spanne zwischen 1887 und 1889. Die Invaliditäts- und Altersversicherung ist das letzte Glied in der Kette der grundlegenden Arbeiterversicherungsgesetze, so dass seine „Gründungsväter“ in der Reichsbürokratie wie im Reichstag bereits von einem sozialpolitischen Erfahrungsschatz profitieren konnten, das geringe Interesse Bismarcks ergab zudem neue Handlungsmöglichkeiten für die Fachelite und größere Durchsetzungsmöglichkeiten für die Parlamentarier, insgesamt auch viel informelle Kooperationsmöglichkeiten, die als solche in der Reichsverfassung nicht vorgesehen waren.

Die konkrete Initiative ging vom Abteilungsdirektor im Reichsamt des Innern Robert Bosse und dem Referenten Erich v. Woedtke aus, gestützt wurde sie von deren Chef Karl Heinrich v. Boetticher. Bismarck favorisierte eine steuerfinanzierte Staatsbürgergrundrente, stellte sich aber nicht gegen die Versicherungslösung. Bosse und vor allem v. Woedtke mit seinem mathematischen Hilfsarbeiter Adolf Beckmann verfassten auch Grundzüge, Denkschriften und Gesetzentwürfe. Aus einer Subkommission des Bundesrats mit Adolf Freiherr Marschall v. Bieberstein, Robert Landmann, Theodor Lohmann, Eduard Böttcher und Karl Schicker ging das Konzept der Landesversicherungsanstalten als Träger hervor. Die Beratungen im Reichstag waren wiederum sehr intensiv und brachten weitere Innovationen, die sich in der Praxis bewährten, so – vorgeschlagen von Gustav Struckmann – die Möglichkeit der Übernahme von Heilverfahren bei Tuberkulose, die die entsprechende Fürsorge und Heilstätten voranbrachten, teilweise in persönlicher Kontinuität wie beim Reichstagsabgeordneten Herman Gebhard, der dann Präsident der LVA der Hansestädte wurde, die mehrere Heilstätten begründete. Im Pro und Kontra der Einstellungen zu diesem Gesetzentwurf zeigen sich personelle Kontinuitäten und Konstanten, die mit Fraktionszugehörigkeit nur teilweise erklärt werden können. Getragen wurde die Zustimmung von den Nationalliberalen, bekannt sind die Auseinandersetzungen innerhalb der Konservativen und des Zentrums, letztere führten zu einem tiefgreifenden Zerwürfnis zwischen dem Kommissionsvorsitzenden Georg Arbogast von Franckenstein und dem Fraktionsvorsitzenden Ludwig Windthorst (kein Sozialpolitiker!); Bismarck seinerseits bemühte sich in seiner letzten Reichstagsrede vergeblich, alle Konservativen positiv einzubinden, mit knapper Mehrheit wurde das Gesetz angenommen.

² Tonio Bödiker und Eduard Magdeburg waren inzwischen Behördenchefs geworden: des Reichsversicherungsamts bzw. des Rechnungshofs des Deutschen Reiches.

Mit dem Gesetz bzw. der Gründung der Landesversicherungsanstalten entstehen neue (sozialpolitische) Karrieremöglichkeiten – genannt seien nur noch Wilhelm Liebrecht, Augustin Düttmann, Peter Klausener und Theodor Schröder, mit der Einrichtung der entsprechenden Abteilung im Reichsversicherungsamt weitere: Otto Gaebel und Paul Kaufmann sind zu nennen. Die Debatte um eine Novellierung des Gesetzes begann 1895, zwei Problembereiche waren der Anlass: 1. die Diskussion um eine Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungsgesetze; 2. die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse der Träger der Versicherung nahm einen Verlauf, der den Erwartungen, die man bei den Beratungen über den Gesetzentwurf gehegt hatte, weitgehend widersprach.

Mehrere Konferenzen der Beteiligten – teils vom Reichsamt des Innern, teils vom Reichsversicherungsamt moderiert – entwickelten Reformvorschläge und mehrere Entwürfe zur Gesetzesnovellierung, die aber verworfen wurden. 1898 unterbreitete der Reichskanzler Bundesrat und Reichstag einen neuen vermittelnden Entwurf, der 1899 angenommen wurde. Dieser veränderte die Finanzierungsgrundlagen wie die Anspruchsgrundlagen für Invaliditätsrenten und ging dann mit weitgehend beibehaltenen Regelungen als 4. Buch in die RVO ein. Von der Ministerialbürokratie her bestand Kontinuität durch Erich v. Woedtker, Josef Herrmann, Karl Schicker, Franz Caspar und den Versicherungsmathematiker Adolf Beckmann; auf Seiten der Reichstagsabgeordneten gab es Kontinuität nur bei den Zentrumsabgeordneten Franz Hitze und Gerhard Stölzel.

Einen demgegenüber eigenständigen Entwicklungsweg nahm die *gesetzliche Unfallversicherung*, die entsprechende Materie war nicht in der Gewerbeordnung, sondern im Reichshaftpflichtgesetz von 1871 geregelt. Dieses wurde aber der Problematik der vom Industriebetrieb ausgehenden technischen Gefährdungen (Arbeitsunfälle) nicht gerecht, da es noch auf dem Verschuldungsprinzip gründete. Informelle Anregungen aus der Industrie aufgreifend, entwickelte Bismarck eigene Vorstellungen zur besseren Absicherung des Unfallrisikos durch eine staatliche Zwangsversicherung, die die Haftpflicht begrenzte, und schuf im Vorfeld die „Abteilung II“ im Reichsamt des Innern, Chef des Reichsamtes wurde Karl Heinrich v. Boetticher, Direktor der neuen, sog. wirtschaftlichen Abteilung zunächst der liberale Rudolf Jacobi, dann der konservative Robert Bosse. Das Personal dieser Abteilung wurde aus dem preußischen Ministerium für Handel u. Gewerbe rekrutiert – zunächst nebenamtlich. Referent wie auch Verfasser der ersten beiden Unfallversicherungsvorlagen wurde Theodor Lohmann, beide scheiterten, das Scheitern der zweiten hatte Theodor Lohmann mit provoziert. Aufgrund seiner zu Bismarck konträren Ansichten war er an der Schaffung der dritten Unfallversicherungsvorlage bzw. dem dann vom Reichstag verabschiedeten Unfallversicherungsgesetz nicht mehr beteiligt. Hier traten an seine Stelle der bislang mit Gewerbesachen beauftragte Referent Tonio Bödiker und der aus dem preußischen Handelsministerium geholte Referent Karl Gamp, der aber die Reichsbürokratie bald wieder verließ und eine parlamentarische Karriere bei der Konservativen Partei begann. Tonio Bödiker wurde dann der erste Präsident des Reichsversicherungsamtes und leitete Aufbau und Ausführung des von ihm konzipierten Projekts, konkret Gründung und Aufbau der Berufsgenossenschaften und ihres Verbandes, der aufgrund seiner flächendeckenden Organisation sogar in eine gewisse Konkurrenz zum Centralverband Deutscher Industrieller trat. Mit ihm tritt erstmals ein Katholik an die Spitze eines höheren Reichsamtes, ihm gelingt es durch seine Amtsführung auch die Anerkennung von Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten zu gewinnen und er steht so als Person für eine versöhnende Arbeiterpolitik. Für das Reichsversicherungsamt erstrebte Tonio Bödiker eine unabhängige Stellung, was zu zahlreichen Auseinandersetzungen mit dem Reichsamt des Innern führte, bei den Unfallversicherungsvorlagen der neunziger Jahre wirkte er als Bundesratsvertreter nicht mehr mit.

Die *Reichsversicherungsordnung* von 1911 beendete die 1895 begonnene Diskussion um eine Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungsgesetze, brachte einen Ausbau der Reichsversicherung. Die drei großen Versicherungszweige – Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung – wurden hier in einem Gesetz zusammengefasst und der Behördenaufbau mit seinen Aufgaben neu geordnet. Sie wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten verabschiedet, deren Einfluss auf die innere Verfassung und Verwaltung der Ortskrankenkassen durch neue

Verfahrensregeln eingeschränkt worden war. Durch die Erinnerungen Otto Heinemanns, des Geschäftsführers des 1908 gegründeten Betriebskrankenkassenverbandes, sind wir darüber informiert, in welchem hohem Maße die zuständige Reichstagskommission „Einbruchstelle“ des Lobbyismus geworden war – und seine Verbandsvorschläge zur Arztfrage Grundlage des Regierungshandelns wurden. Der Reichstagsabgeordnete und spätere Gründer des „nationalen“ Gesamtverbandes der Krankenkassen Deutschlands Franz Behrens spielte dabei ebenso eine Rolle wie der Centralverband Deutscher Industrieller. Insgesamt ein Zeichen dafür, dass im Wilhelminischen Deutschland neue Zeiten angebrochen waren, die sich in der Weimarer Demokratie fortgesetzt haben. – Das Versicherungsgesetz für Angestellte brachte den Angestellten eine eigenständige Rentenversicherung ohne Reichszuschuss, die durch eine eigenständige Reichsversicherungsanstalt durchgeführt wurde. Dem Gesetz war eine regelrechte Angestelltenbewegung vorausgegangen, die diese Versicherung forderte, auch die Sozialdemokraten stimmten diesem Gesetz zu.

Abkürzungsverzeichnis I (Allgemeines und Parteien)*

AG	Aktiengesellschaft
ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
Anhalt.	Anhaltinisch
Antr.	Antragsteller
ao.	außerordentlich
Bad.	Badisch
Bayer.	Bayerisch
Bd./Bde.	Band/Bände
BdL	Bund der Landwirte
Belg.	Belgisch
Ber.	Berichterstatter
BfAST	Beirat für Arbeiterstatistik
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
bkF	bei keiner Fraktion
BP	Bayerische Patriotenpartei
Braunschweig.	Braunschweigisch
BRvertr.	Bundesratsvertreter, -vertretung
Bulgar.	Bulgarisch
BVP	Bayerische Volkspartei
Chin.	Chinesisch
ChrsV	Christlich-sozialer Volksdienst
CSAP/CSP	Christlich-Soziale Arbeiterpartei/Christlich-Soziale Partei
CWV	Christlichsoziale Wirtschaftliche Vereinigung
Dän.	Dänisch
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DFrP	Deutsche Freisinnige Partei
diss.	ohne Konfession/ausgetreten
Diss.	Dissertation
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	(nationalliberale) Deutsche Partei (Württemberg)
Dr.	Doktor, siehe auch unter den Fachspezifizierungen
DRP	Deutsche Reichspartei
DSP	Deutschsoziale Partei
DSRP	Deutschsoziale Reformpartei
DSrP	Deutsche Staatspartei
DV	Deutscher Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit
DV*	Deutscher Verein ...
DVLP	Deutsche Vaterlandspartei
DVP	Deutsche Volkspartei

* Die Abkürzungen für die Parteien folgen dem Gebrauch in den Handbüchern über Parlamentarier sowie dem Lexikon zur Parteiengeschichte, hrsg. von Dieter Fricke, Leipzig 1983 ff., das über die bürgerlichen Parteien inkl. Führungspersonal zuverlässig informiert.

XXXVI

ebd.	ebenda, ebendort
Engl.	Englisch (Großbritannien)
ev.	evangelisch
F	Fortschrittspartei/Deutsche Fortschrittspartei
FK	Freikonservative Vereinigung
FoVp	Fortschrittliche Volkspartei
Franz.	Französisch
FrVg	Freisinnige Vereinigung
FrVp	Freisinnige Volkspartei
Fürstl.	Fürstlich
G	Gutachten
geb.	geboren
Geh.	Geheim/Geheimer
gen.	genannt
GewO	Gewerbeordnung
GfSR	Gesellschaft für Soziale Reform
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
H.	Heft
h. c.	honoris causa
Hann.	Hannoveranisch
Herzogl.	Herzoglich
Hess.	Hessisch
Hist.	Historisch
ing.	Grad der Ingenieurwissenschaften
Ital.	Italienisch
iur.	Grad der Rechtswissenschaften
Jap.	Japanisch
Jg.	Jahrgang
jüd.	jüdisch
K	Kinder
K	Kommunalpolitik/-parlament
K	Konservative Partei
Kaiserl.	Kaiserlich
kath.	katholisch
KfAST	Kommission für Arbeiterstatistik
KdA	Kammer der Abgeordneten
KdRR	Kammer der Reichsräte
Königl.	Königlich
Krs.	Kreis
KStV	Katholische Studentenverbindung
Kurhess.	Kurhessisch
Lipp.	Lippisch
LRP	Liberale Reichspartei
LT	Landtag
luth.	lutherisch

Luxemb.	Luxemburgisch
LV	Liberaler Vereinigung/Sezessionisten
M	Mutter
Mecklenburg.	Mecklenburgisch
med.	Grad der Medizin
mind.	mindestens
NeuK	Neukonservativ
Niederl.	Niederländisch
Norweg.	Norwegisch
NL	Nationalliberale Partei
Nls	Nachlass
Norddt.	Norddeutsch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
o.	ordentlich
Oldenburg.	Oldenburgisch
Österr.	Österreichisch
Päpstl.	Päpstlich
phil.	Grad der Geisteswissenschaften
Port.	Portugiesisch
Pr. AbgeH	Preußisches Abgeordnetenhaus
Pr. LT	Preußischer Landtag (Weimarer Republik)
Preuß.	Preußisch
Prof.	Professor
Q	Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik mit Angabe von Abteilung (röm. Ziffern) und Bandzahl (arab. Ziffern), siehe Übersicht am Schluss dieses Bandes
R	Referat
ref.	reformiert
rer. pol.	Grad der Staatswissenschaften
Reuß.	Reußisch
RJWG	Reichsjugendwohlfahrtsgesetz
RfA	Reichsversicherungsanstalt für Angestellte
<i>RT</i>	Reichstag
RT-Komm.	Reichstagskommission
Rumän.	Rumänisch
Russ.	Russisch
RVA	Reichsversicherungsamt
S	Sohn, Söhne
Sächs.	Sächsisch
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
sc. pol.	Grad der Staatswissenschaften
Schaumburg.	Schaumburgisch
Schriftf.	Schriftführer
Schwarzburg.	Schwarzburgisch
Schwed.	Schwedisch
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei

XXXVIII

span.	Spanisch
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
stellv.	stellvertretender
T	Tochter, Töchter
theol.	Grad der Theologie
Thür.	Thüringisch
Tle.	Teile
TNls	Teilnachlass
Türk.	Türkisch
Ungar.	Ungarisch
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
V	Vater
VfSP	Verein für Socialpolitik
Vors.	Vorsitzender
Waldeck.	Waldeckisch
Westf.	Westfalen, Westfälisch
Wirkl.	Wirklich
Wirkl. Geh. Rat	Wirklicher Geheimer Rat
WK	Wahlkreis
Württemb.	Württembergisch
WV	Wirtschaftliche Vereinigung
Z	Zentrum
ZfVW	Zentralstelle für Volkswohlfahrt
Zs.	Zeitschrift
ZWAK	Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen

Abkürzungsverzeichnis II (Gesetze)*

AkGE	1908	ArbeiterkammerGesetzentwurf 1908
BerufsVerGE	1890/92	BerufsvereinsGesetzentwurf 1890/92
GewGerG	1890	Gewerbegerichtsgesetz v. 29.7.1890 (RGBl, S. 141)
GewGerGE	1874	Gesetz[Entwurf], betr. die Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung v. 10.2.1874
GewGerNov	1901	Gewerbegerichtsgesetz v. 30.6.1901/29.9.1901 (RGBl, S. 353)
GewONov	1878	Gesetz, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung v. 17.7.1878 (RGBl, S. 199)
GewONov	1891	Gesetz, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung v. 1.6.1891 (RGBl, S. 261)
GewONov	1897	Gesetz, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung und des Krankenversicherungsgesetzes v. 26.7.1897 (RGBl, S. 663)
GewONov	1908	Gesetz, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung v. 30.5.1908 (RGBl, S. 356)
GewONovE	1885/86	Gesetz[Entwurf], betr. die Abänderung der Gewerbeordnung 1885/86
HaftpflichtG	1871	Gesetz, betr. die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken usw. herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen v. 7.6.1871 (RGBl, S. 207)
HausarbG	1911	Hausarbeitsgesetz v. 20.12.1911 (RGBl, S. 976)
HilfskG	1876	Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen v. 7.4.1876 (RGBl, S. 125)
HilfskGNov	1884	Gesetz, betr. die Abänderung des Gesetzes v. 7.4.1876 über die eingeschriebenen Hilfskassen v. 1.6.1884 (RGBl, S. 54)
InvAltVersG	1889	Gesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung v. 22.6.1889 (RGBl, S. 97)
InvVersG	1899	Invalidenversicherungsg v. 13.7.1899 (RGBl, S. 393)
InvVersG	1916	Gesetz betr. die Renten in der Invalidenversicherung v. 17.6.1916 (RGBl, S. 525)
KaufmG	1904	Gesetz, betr. Kaufmannsgerichte v. 6.7.1904 (RGBl, S. 266)
KindSchG	1903	Gesetz, betr. Kinderarbeit in gewerbl. Betrieben v. 30.3.1903 (RGBl, S. 113)
KrankVersG	1883	Gesetz, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter v. 15.6.1883 (RGBl, S. 73)
KrankVersGNov	1885	Gesetz, betr. die Abänderung des Gesetzes v. 15.6.1883 über die Krankenversicherung der Arbeiter v. 28.1.1885 (1b: 1892: Krankenversicherungsgesetz) (RGBl, S. 162)

* Die Abkürzungen folgen weitgehend dem Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, hrsg. von Georg Maas und Julius Magnus, Leipzig 1929.

XL

KrankVersGNov	1892	Gesetz über die Abänderung des Gesetzes v. 15.6.1883, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter v. 10.4.1892 (RGBl, S. 379)
KrankVersGNov	1903	Gesetz, betr. weitere Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes v. 25.5.1903 (RGBl, S. 233)
PensKassGE	1879	Antrag v. Stumm, betr. die Einführung obligatorischer, nach dem Muster der bergmännischen Knappschaftsvereine zu bildenden Altersversorgungs- und Invalidenkassen für alle Fabrikarbeiter v. 17.3.1879
RVO	1911	Reichsversicherungsordnung v. 19.7.1911 (RGBl, S. 509)
UnfKrankVersAusdG	1885	Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung v. 28.1.1885 (RGBl, S. 159)
UnfKrankVersGLandw	1886	Gesetz, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen v. 5.5.1886 (RGBl, S. 132)
UnfVersG	1884	Unfallversicherungsgesetz v. 6.7.1884 (RGBl, S. 69)
UnfVersG	1900	Gewerbliches Unfallversicherungsgesetz [sog. Mantelgesetz] v. 30.6.1900 (RGBl, S. 585)
UnfVersGBau	1887	Gesetz, betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen v. 11.7.1887 (RGBl, S. 287)
UnfVersGE	1881	Erste Unfallversicherungsvorlage (Gesetzentwurf)
UnfVersGE	1882/83	Zweite Unfallversicherungsvorlage (Gesetzentwurf)
VerG	1908	Vereinsgesetz v. 19.4.1908 (RGBl, S. 151)
VerGE	1871	Gesetzentwurf, betr. die privatrechtliche Stellung von Vereinen v. 18.4.1871 (Sten.Ber.RT 1871, Bd. 3, Drucks. Nr. 45)
VerGE	1872	Gesetzentwurf, betr. die privatrechtliche Stellung von Vereinen v. 11.4.1872 (Sten.Ber RT 1872, Bd. 3, Drucks. Nr. 13)
VerGNov	1916	Vereinsgesetznovelle v. 26.6.1916 (RGBl, S. 635)
VfA	1911	Versicherungsgesetz für Angestellte v. 28.12.1911 (RGBl, S. 989)

Abkürzungsverzeichnis III (Literatur)

ADB	Allgemeine Deutsche Biographie, Bde. 1-56, Leipzig 1875-1917
Andermann/Schnabel	Andermann, Kurt/Berthold Schnabel (Hrsg.), Beiträge zu Geschichte und Kultur einer Stadt im Weinland, Deidesheim 1995
Angerbauer	Angerbauer, Wolfram (Bearb.), Die Amtsvorsteher der Oberämter, Bezirksämter und Landratsämter in Baden-Württemberg 1810 bis 1972, Stuttgart 1996
Arndt	Arndt, Karl, Göttinger Gelehrte. Die Akademie der Wissenschaften zu Göttingen in Bildnissen und Würdigungen 1751-2000, Göttingen 2001
Asen	Gesamtverzeichnis des Lehrkörpers der Universität Berlin 1810-1945, Johannes Asen (Bearb.), Bd. 1, Leipzig 1955
Bachem	Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumsparlei, 9 Bde., Köln 1927-32
Bad. Beamte	Alphabetisches Verzeichnis der aktiven Hof- und Staatsbeamten der oberen Klassen des Gehaltstarifs des Großherzogtums Baden nebst kurzen Personalnachrichten, Karlsruhe 1912
Bad. Bio.	Badische Biographien, Alte Folge, Friedrich von Weech/Albert Krieger (Hrsg.), 6 Bde., Heidelberg 1875-1935
Bad. Bio. N. F.	Badische Biographien, Neue Folge, Bernd Ottnad (Hrsg.), Bde. 1-5, Stuttgart 1982-2005
Bautz	Bautz, Friedrich Wilhelm, Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 1 ff., Herzberg 1975 ff.
Bayer. LT	Kürschner, Joseph, Der bayerische Landtag 1893-1899, München 1893, Nachdruck 1989
BBL	Berliner Biographisches Lexikon, Volker Spiess (Hrsg.), Berlin 2003
Becht	Becht, Hans Peter, Badische Parlamentarier 1867-1874. Historische Photographien und Biographisches Handbuch, Düsseldorf 1995
Below	Deutscher Aufstieg. Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart der rechtstehenden Parteien, Georg von Below/Hans von Arnim, Berlin u. a. 1925
Best	Best, Heinrich, Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung, Düsseldorf 1996
Bio. AA	Biographisches Handbuch des Auswärtigen Dienstes 1871-1945, Auswärtiges Amt/Maria Keipert u. a. (Hrsg.), Paderborn 2000 ff.
Bio. Altpreuß.	Altpreußische Biographie, Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung (Hrsg.), Ernst Bahr/Gerd Brausch (Bearb.), 5 Bde., Königsberg und Marburg/L., 1941-2000
biosop	Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1876-1933 (Datenbank des Zentrums für Historische Sozialforschung Köln)
Biefang	Biefang, Andreas, Bismarcks Reichstag. Das Parlament in der Leipziger Straße. Fotografiert von Julius Braatz, Düsseldorf 2002
Boese	Boese, Franz, Geschichte des Vereins für Sozialpolitik, Berlin 1939
Boldt	Boldt, Gerhard, Leben und Wirken namhafter Praktiker des Bergrechts, in: Zeitschrift für Bergrecht Bd. 115, 1974, S. 21-125 (auch SD: Köln 1974)
Borchard	Borchard, Hans-Heinrich, 50 Jahre preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe 1879-1929, Berlin 1929

XLII

- Bosl Bosls bayerische Biographie: 8000 Persönlichkeiten aus 15 Jahrhunderten, Karl Bosl (Hrsg.), Regensburg 1983 und Ergänzungsband, Regensburg 1988
- Braunschweig. Bio. Braunschweigisches Biographisches Lexikon, 19. und 20. Jahrhundert, Horst-Rüdiger Jarck/Günther Scheel (Hrsg.), Hannover 1996
- Bremen Bio. Bremische Biographie 1912-1962, Wilhelm Lührs (Bearb.), Bremen 1969
- BWB Baden-Württembergische Biographien, Bernd Otnad (Hrsg.), Bd. 1 ff., Stuttgart 1994 ff.
- Das goldene Buch Das goldene Buch des deutschen Volkes an der Jahrhundertwende: eine Übersicht vaterländischer Kultur und nationalen Lebens in 76 Einzeldarstellungen aus der Feder hervorragender Fachmänner, über 1000 Bildnissen, Aussprüchen und Lebensbeschreibungen lebender deutscher Männer und Frauen, Julius Lohmeier (Bearb.), Leipzig 1899
- DBE Deutsche Biographische Enzyklopädie, Walther Killy/Rudolph Vierhaus (Hrsg.), 12 Bde., München u. a. 1995-2000
- DBJ Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog, Anton Bettelheim (Hrsg.), Bde. 1-18, 1896-1913, und Deutsches Biographisches Jahrbuch, Bde. 1-11, 1925-32
- Deutschbalt. Bio. Deutschbaltisches biographisches Lexikon 1710-1960, Olaf Welding u. a. (Bearb.), Wilhelm Lenz (Hrsg.), Nachdruck der 1. Aufl. Köln 1970
- Deutsches Geschlechterbuch Deutsches Geschlechterbuch Bde. 1-119 Görlitz, 1889-1944 und Bd. 120 ff., Limburg, 1956 ff.
- Döscher/Schröder Döscher, Elvira/Schröder, Wolfgang: Sächsische Parlamentarier 1869-1918. Die Abgeordneten der II. Kammer des Königreichs Sachsen im Spiegel historischer Photographien. Ein biographisches Handbuch, Düsseldorf 2001
- Drüll Drüll, Dagmar, Heidelberger Gelehrten Lexikon 1803-1932, Berlin 1986
- DVjög Deutsche Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege, 1869-1915
- Eberl/Marcon 150 Jahre Promotion an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen. Biographien der Doktoren, Ehrendoktoren und Habilitierten 1830-1980 Immo Eberl/Helmut Marcon, Stuttgart 1984
- Elsass Bio. Nouveau dictionnaire de biographie alsacienne, Christian Baechler (Bearb.), Strasbourg 2007
- Forum für Sozialreformen Forum für Sozialreformen, 125 Jahre Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Berlin 2005
- Fränkische LB Fränkische Lebensbilder, Neue Folge, Gesellschaft für fränkische Geschichte (Hrsg.), G. Pfeiffer (Bearb.), 12 Bde., Würzburg 1967-86
- Franken LB Lebensläufe aus Franken, Gesellschaft für Fränkische Geschichte (Hrsg.), Anton Chroust (Bearb.), 6 Bde., Würzburg 1919-60
- Frankfurter Bio. Frankfurter Biographie, Personengeschichtliches Lexikon, Wolfgang Klötzer (Hrsg.), 2 Bde., Frankfurt/M. 1994-96
- GdA Bio. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, G. Roßmann u. a. (Bearb.), Berlin 1970
- Götz Götz, Hannelore (Hrsg.), Hessische Abgeordnete 1820-1933, Biographische Nachweise für die Erste Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, Darmstadt 1995
- Gundlach Catalogus Professorum Academiae Marburgensis. Die akademischen Lehrer der Philipps-Universität Marburg von 1527-1910, Franz Gundlach, Marburg/L. 1927

Häming	Häming, Josef, Die Abgeordneten des Westfalenparlaments 1826-1978, Münster 1978
Hamburg. Bio.	Hamburgische Biographie Personenlexikon, Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hrsg.), Bde. 1-4, Hamburg 2001-2008
Hamburger	Hamburger, Ernest, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918, Tübingen 1968
Haunfelder Lib. Abg.	Haunfelder, Bernd, Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstags 1871-1918, Münster 2004
Haunfelder Pr. AbgeH	Haunfelder, Bernd, Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1849-1867, Düsseldorf 1994
Haunfelder Zentrum	Haunfelder, Bernd, Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871-1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien, Düsseldorf 1999
Haunfelder/Pollmann	Haunfelder, Bernd/Klaus Erich Pollmann (Hrsg.), Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867-1870, Düsseldorf 1989
HbRT	(Amtliches) Reichstags-Handbuch, hrsg. vom Reichstags-Bureau, VIII. Leg. Per., Berlin 1890/1916
HdStW	Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Johannes Conrad/Ludwig Elster (Hrsg.), 3. Aufl., Jena 1909-11 und 4. Aufl., Jena 1923-29
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Erwin von Beckenrath (Hrsg.), Bde. 1-12, Stuttgart 1956-68
Hentschel	Hentschel, Volker, Die deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongreß 1858 bis 1885, Stuttgart 1975
Hillger	Hillger, Hermann (Hrsg.), Kürschners Deutscher Reichstag, Biographisch Statistisches Jahrbuch, Berlin 1904, 1907, 1912 (Jahrgänge variieren)
Hirth	Deutscher Parlaments-Almanach, hrsg. v. Dr. Georg Hirth, 10.-16. Ausg., Leipzig 1874/1888
Horkenbach	Horkenbach, Cuno (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Bde. 1-4, Berlin 1930-35
Horst	Horst, Conrad/Haunfelder, Bernd, Preussische Parlamentarier 1859-1867. Ein Photoalbum, Düsseldorf 1986
IHG	Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, hrsg. von Ludwig Heyde, Berlin 1931/32, 2 Bde., ND, Frankfurt/M. 1992
Jungblut	Jungblut, Thomas, Die „altpreußischen“ höheren Verwaltungsbeamten und Landräte in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier 1850 bis 1914 im Rahmen der preußischen Personalpolitik, Hackenheim 1989
Klein	Klein, Thomas, Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867-1945, Darmstadt 1988
Kölner Bio.	Kölner Personen Lexikon, Ulrich Soénius/Jürgen Wilhelm, Köln 2008
Kosch	Kosch, Wilhelm, Biographisches Staatshandbuch: Lexikon der Politik, Presse und Publizistik, 2 Bde., Bern 1963
Kürschner Gelehrte	Kürschner, Joseph, Kürschners deutscher Gelehrtenkalender, bio-bibliographisches Verzeichnis deutschsprachiger Wissenschaftler der Gegenwart, Berlin 1925
Kürschners Literaturkalender	Kürschner, Joseph, Deutscher Litteratur-Kalender auf das Jahr, Leipzig 1883

XLIV

- Kurhessen LB Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck 1830-1930, Ingeborg Schnack (Hrsg.), 6 Bde., Marburg/L. 1939-58
- Labisch/Tennstedt Labisch, Alfons/Tennstedt Florian, Der Weg zum „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934“. Entwicklungslinien und –momente des staatlichen und kommunalen Gesundheitswesens in Deutschland, 2 Bde., Düsseldorf 1985
- LBW Taddey, Gerhard (u. a.), Lebensbilder aus Baden-Württemberg, Stuttgart 1994
- Lilla Lilla, Joachim, Der Reichsrat. Vertretung der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs 1919-1934. Ein biographisches Handbuch, Düsseldorf 2006
- Lengemann Lengemann, Jochen, Bürgerrepräsentation und Stadtregierung in Kassel 1835-2006, Marburg 2009
- Lowenthal Juden in Preußen, biographisches Verzeichnis, Ernst G. Lowenthal, Berlin 1982
- Lüdicke Lüdicke, Reinhard, Die Preußischen Kultusminister und ihre Beamten im ersten Jahrhundert des Ministeriums 1817-1917, Stuttgart 1918
- Maier Maier, Hugo, Who is who der Sozialen Arbeit, Freiburg/Br. 1998
- Mann Mann, Bernhard u. a., Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1867-1918, Düsseldorf 1988
- Marcon/Strecker 200 Jahre Wirtschafts- und Staatswissenschaften an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Leben und Werk der Professoren. Die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen und ihre Vorgänger (1817-2002), hrsg. Helmut Marcon/Heinrich Strecker, Stuttgart 2004
- MdR MdR, Biographisches Handbuch der Reichstage, Max Schwarz, Hamburg 1965
- MdR WR Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung und Ausbürgerung 1933-1945. Eine biographische Dokumentation, Martin Schumacher (Hrsg.), 3. Aufl., Düsseldorf 1994
- Mitteldeutsche LB Mitteldeutsche Lebensbilder, Bde. 1-5, Magdeburg 1926-30
- Nass. LB Nassauische Lebensbilder, Rudolf Vaupel/ Karl Wolf, 6 Bde., Wiesbaden 1940-61
- NDB Neue Deutsche Biographie, Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Bd. 1 ff., Berlin 1953 ff.
- Neubert Neubert, Franz (Hrsg.), Deutsches Zeitgenossenlexikon, biographisches Handbuch deutscher Männer und Frauen der Gegenwart, Leipzig 1905
- Krug von Nidda Krug von Nidda, Carl Ludwig Krug von, Wilhelm Polligkeit, Wegbereiter einer neuzeitlichen Fürsorge, Köln 1961
- Niedersachsen LB Niedersächsische Lebensbilder, Bde. 1-9, Edgar Kalthoff, Hildesheim 1976
- Oldenburg Beamte Die höheren Beamten des Großherzogtums und Freistaats Oldenburg mit den Landesteilen Oldenburg, Lübeck und Birkenfeld, Albrecht Eckhardt/Matthias Nistahl, Oldenburg 1994
- Oldenburg Bio. Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg, Hans Friedl u. a. (Hrsg.), Oldenburg 1992
- Opfermann Opfermann, Bernhard, Gestalten des Eichsfeldes: ein biographisches Lexikon, 2. Aufl., Heiligenstadt 1999
- Osnabrück Bio. Biographisches Handbuch zur Geschichte der Region Osnabrück, Rainer Hehemann (Bearb.), Osnabrück 1990

- Ostfries. Bio. Biographisches Lexikon für Ostfriesland, Ostfriesische Landschaft (Hrsg.), Martin Tielke (Bearb.), Bd. 1 ff., Aurich 1993 ff.
- Pachnicke Pachnicke, Hermann, Führende Männer im alten und neuen Reich, Berlin 1930
- Pagel Pagel, Julius, Biographisches Lexikon hervorragender Ärzte des 19. Jahrhunderts mit einer historischen Einleitung, Berlin 1901
- Pelda Pelda, Dieter, Die Abgeordneten des Preußischen Kommunallandtags in Kassel, 1867-1933, Marburg 1999
- Petermann Petermann, Werner, Die Mitglieder des Preußischen Oberverwaltungsgerichts 1875-1942, in: Neue Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte Bd. 1, Köln 1979
- Pommern LB Pommersche Lebensbilder, Adolf Hofmeister (Hrsg.) u. a., Bd. 1-3, Stettin 1934-39, Bd. 4 ff., Köln/Wien 1966 ff.
- Poschinger Poschinger, Heinrich von, Fürst Bismarck und der Bundesrat, 5 Bde., Stuttgart 1897
- ProtPrStM Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817-1934/38, 9 Bde., Hildesheim 1999 ff.
- Q Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik mit Angabe von Abteilung (röm. Ziffern) und Bandzahl (arab. Ziffern)
- Raberg Raberg, Frank (Bearb.), Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815-1933, Stuttgart 2001
- Reichshandbuch Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft: Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, 2 Bde., Berlin 1930-31
- Renkhoff Renkhoff, Otto, Nassauische Biographie. Kurzbiographien aus 13 Jahrhunderten, Wiesbaden 1992
- Rheinische Bio. Rheinische Lebensbilder, Georg Mölich u. a. (Hrsg.), Bd. 1-18, Köln 2000
- Romeyk Romeyk, Horst, Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816-1945, Düsseldorf 1994
- Roob Roob, Helmut/Scheffer, Günther (Hrsg.), Gothaer Persönlichkeiten, Gotha 2000
- Ruppel Ruppel, Hans Georg/Birgit Groß, Hessische Abgeordnete 1820-1933, Biographische Nachweise für die Landstände des Großherzogtums Hessen (2. Kammer) und den Landtag des Volksstaates Hessen, Darmstadt 1980
- RWWB Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. 1 ff.
- Sachsen LB Sächsische Lebensbilder, Gerhard Wiemers (Hrsg.), Bde. 1-3, Dresden 1930/41
- Sachße/Tennstedt Sachße, Christoph/Florian Tennstedt, Bettler, Gauner und Proleten, Armut und Armenfürsorge in der deutschen Geschichte, Frankfurt/M. 1998
- Schärl Schärl, Walter, Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft von 1806 bis 1918, Kallmünz 1955
- Schlesien LB Schlesische Lebensbilder, Friedrich Andreae etc. (Hrsg.), 6 Bde., Breslau, Würzburg etc. 1922-2004 ff.
- Schleswig-Holst. Bio. Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon, Olaf Klose (Hrsg.), Bde. 1-5, Neumünster 1970-79
- Schröder Schröder, Wilhelm Heinz, Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898-1918, biographisch-statistisches Handbuch, Düsseldorf 1986

XLVI

- Schröder Schröder, Wilhelm Heinz, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933, Düsseldorf 1986
- Schubert Schubert, Werner, Materialien zur Entstehungsgeschichte des BGB. Einführung, Biographien, Materialien, Berlin u. a. 1978
- Schütz Schütz, J. H., Praktische Sozialpolitiker aus allen Ständen, vom Throne bis zur Werkstätte, vom Palast bis zur Hütte, 2 Bde., Köln 1906-07
- Schulte Schulte, Wilhelm, Westfälische Köpfe, 300 Lebensbilder bedeutender Westfalen, Münster 1977
- Schwabe I Schwabe, Klaus (Hrsg.), Die preußischen Oberpräsidenten 1815-1945, in: Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 15, Boppard 1981
- Schwabe II Schwabe, Klaus (Hrsg.), Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1815-1933, Boppard 1983
- Schwaben LB Lebensbilder aus dem Bayerischen Schwaben, Götz Frhr. von Pöllnitz u. a. (Hrsg.), 14 Bde., München 1952
- Schwaben LB N. F. Lebensbilder aus dem Bayerischen Schwaben, Wolfgang Haberl u. a. (Hrsg.), Bde. 1-15, 1997
- Serlo Serlo, Walter, Die Preußischen Bergassessoren, 5. Aufl., Essen 1938
- SHL Bio. Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck, Bd. 1 ff., Neumünster 1982 ff.
- Steimel Steimel, Robert, Kölner Köpfe, Köln 1958
- Stettin LB Stettiner Lebensbilder, Elkhart Wendt, Köln 2004
- Tetzlaff Tetzlaff, Walter, 2000 Kurzbiographien bedeutender deutscher Juden des 20. Jahrhunderts, Lindhorst 1982
- Torunsky Torunsky, Vera (Bearb.), Die Abgeordneten der Rheinischen Provinziallandtage und Landschaftsversammlungen. Ein biographisches Handbuch, Bd. 1, Die Abgeordneten der Provinziallandtage und ihre Stellvertreter 1825-1888, Köln 1998
- Verwaltung I Männer der deutschen Verwaltung. 23 biograph. Essays, Köln 1963
- Verwaltung II Jeserich, Kurt/Helmut Neuhaus, Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1848-1945, Stuttgart 1991
- Wegmann Wegmann, Dietrich, Die leitenden staatlichen Verwaltungsbeamten der Provinz Westfalen 1815-1918, Münster 1969
- Wenig Wenig, Otto (Hrsg.), Verzeichnis der Professoren und Dozenten der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818-1968, Bonn 1968
- Wenzel Wenzel, Georg (Bearb.), Deutsche Wirtschaftsführer, Lebensgänge deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten, Hamburg 1929
- Wer ist's? Wer ist's?, Hermann A. L. Degener (Hrsg.), Leipzig 1906-35
- Westfalen LB Westfälische Lebensbilder, Gerhard Hohmann u. a. (Hrsg.), Bde. 1-17, Münster -2005
- Wininger Wininger, Salomon, Große jüdische National-Biographie, 7 Bde., Czernowitz 1925-35
- Zeitgenossen Lex. Deutsches Zeitgenossenlexikon. Biographisches Handbuch deutscher Männer und Frauen der Gegenwart, Franz Neubert (Hrsg.), Leipzig 1905
- Zeitgeschichte LB Zeitgeschichte in Lebensbildern: aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Rudolf Morsej u. a. (Hrsg.), Bde. 1-12, Münster 1973-2007

BIOGRAPHIEN

Achenbach, Heinrich Karl Julius von
Dr. iur.
Preuß. Staatsminister

* 23.11.1829 in Saarbrücken, † 9.7.1899 in Potsdam; ev.; V Eoban Heinrich A. (1795-1865), Bergamtsrendant; M Julie geb. Achenbach (1793-1883); ∞ 1859 Marina geb. Rollmann (1832-89); K 2 S, 1 T.

Gymnasium in Soest; -1851 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Bonn; 1853 Referendar; 1855 Dr. iur. in Bonn; 1856 Gerichtsassessor, -1858 Richter am Kreisgericht in Siegen; 1858-59 Hilfsarbeiter am Oberbergamt in Bonn; daneben Privatdozent für deutsches Recht in Bonn und Lehrer für Landwirtschaftsrecht an der Akademie in Poppelsdorf; 1859 Kreisrichter, 1862 ao. Prof. für Berg- und Zivilrecht in Bonn; 1864 Oberbergrat und Justitiar des Oberbergamts in Bonn; 1866 Geh. Bergrat und 1868 Geh. Oberbergrat im preuß. Handelsministerium; 1870 Geh. Oberregierungsrat im Reichskanzleramt; 1872 Unterstaatssekretär und Direktor der Unterrichts- und Medizinalabteilung im preuß. Kultusministerium; 1873 Unterstaatssekretär im preuß. Handelsministerium; 1873-78 Preuß. Handelsminister; 1878 Oberpräsident für Westpreußen in Danzig; 1879-99 Oberpräsident für Brandenburg in Potsdam.

Corps Guestphalia in Berlin
Corps Rhenania in Bonn

konservativer Politiker
FK, 1866 Mitbegründer der FK
RT 1874 WK 1 Arnberg (FK);
LT Preuß. AbgeH 1867-73 (FK); 1873-79 WK 1 Arnberg (bkF); 1879-98 WK 1 Arnberg (FK);
K 1851 stellv. Mitglied im Rheinischen Provinziallandtag.

Auszeichnungen

1888 nobilitiert; Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; 1887 Ehrenbürger von Siegen; Preuß. Roter Adlerorden Großkreuz mit Eichenlaub, Krone und Kette.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.: HaftpflichtG 1871; VerGE 1872; Mitbegründer des modernen liberalen preuß. Bergrechts; förderte die Verbesse-

rung der Fabrikgesetzgebung (GewONov 1878) und der Hilfskassengesetzgebung (HilfskG 1876) sowie die Neuregelung des Patentrechts, teilte Bismarcks Auffassung über ein Reichseisenbahnnetz nicht.

Veröffentlichungen

„Die Rechtsgültigkeit der Distriktsverleihungen in Preußen“, 1859; „Die Bergpolizeivorschriften des Rheinischen Haupt-Berg-Districtes“, 1859; „Die Haubergsgenossenschaften des Siegerlandes“, 1863; „Das französische Bergrecht und die Fortbildung desselben durch das Preußische Allgemeine Berggesetz“, 1869; „Das gemeine deutsche Bergrecht in Verbindung mit dem Preuß. Bergrechte unter Berücksichtigung der Berggesetze Bayerns, Sachsens, Österreichs und anderer deutschen Länder“, 1871; 1860-73 Mitbegründer und Mitherausgeber der „Zeitschrift für Bergrecht“, darin u. a.: „Über die Verbindlichkeit der Bergwerksbetreiber zur Entschädigung der beim Bergbau verunglückten Bergleute oder der Angehörigen derselben“, 1868, Bd. 9.

Literatur

NDB; Hirth 1874; ProtPrStM 6/II, 7; Serlo; Lüdicke; Boldt; TNIs Stadtarchiv Siegen; Q I. 1, 3, 4, 5, 6.

Bild

Das Goldene Buch, Staatswesen, S. 5.

Ackermann, Karl Gustav Dr. iur. h. c.
Rechtsanwalt

* 10.4.1820 in Elsterberg, † 1.3.1901 in Dresden; ev.-luth.; V Gustav Adolph A. (1791-1872), Gerichtsdirektor; ∞ 1848 Agnes Benediktine geb. Teubner (1824-91); K 1 T.

Gymnasium in Grimma; 1840-45 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig und Heidelberg; 1845-47 Kanzleisekretär in Königsbrück; 1847-49 Rechtsaktuar beim Stadtrat in Dresden; 1849-1901 Rechtsanwalt und Finanzprokurator im sächs. Finanzministerium; 1857 zugleich Syndikus der Dresdener Fondsbörse; 1865 zugleich Syndikus der Sächsischen Bank in Dresden; 1866 zugleich Direktor der Sächsischen Champagnerfabrik.

Corps Misna Leipzig

konservativer Politiker

1871 LRP; 1874-1911 DRP; 1877-93 K;
 1871 Mitbegründer der LRP; Anführer der
 sächs. K; 1875 Mitbegründer, 1875-91
 Vorstandsmitglied und 1894 Vorsitzender
 des sächs. konservativen Landesvereins;
 RT 1869-70; 1871-74 WK 6 Dresden
 (LRP); 1874-77 WK 6 Dresden (DRP);
 1877-93 WK 6 Dresden (K);
 1880-83 2. Vizepräsident;
 LT Sächs. LT 1869-71 WK 2 Dresden (K),
 1877-1901 5. städtischer WK (K); 1891-99
 Präsident;
 K 1853-98 Stadtverordneter in Dresden;
 1865-98 Vorsitzender ebd.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1854-64 Vorsitzender der sächs. Verfas-
 sungsdeputation; 1862-67 Mitglied der Han-
 delskammer Dresden; 1868- stellv. Kir-
 chenvorsteher der Annenkirche Dresden;
 1870-71 Vorsitzender der freiwilligen Hilfs-
 vereine.

Auszeichnungen

1884 Geh. Hofrat; 1897 Dr. iur. h. c.; 1878
 Ehrenbürger in Dresden.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: HilfskG 1876; UnfVersGE
 1881; GewGerG 1890.

Literatur

HbRT 1890; Döscher/Schröder; Haunfelder Lib.
 Abg.; Q I. 3, II. 3, 4.

Bild

Haunfelder Lib. Abg., S. 469.

Aders, Ewald Oskar
Landgerichtsdirektor

* 28.3.1831 in Elberfeld, † 8.10.1898 ebd.;
 V Jakob A. (1799-1832), Tuchhändler; M
 Sofie geb. Tönnies (1803-89).

Studium der Rechtswissenschaften; um
 1852 Referendar in Düsseldorf; 1864-73
 Gerichtsassessor und 1873-80 Landge-
 richtsrat in Düsseldorf; 1880-82 Land-
 gerichtsdirektor ebd.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1896-98 Mitglied im Hauptausschuss des
 DV; Aderssche Wohnungsstiftung zur Er-
 richtung preiswerten Wohnraums; Einrich-
 tung der Aders-Tönnies-Stiftung zur För-
 derung begabter Kinder; Förderung des
 Kinderspitals des Elberfelder Frauenvereins.

Veröffentlichungen

„Zufluchtstätten für weibliche Personen“ (mit
 Cuno und Schmidt), Schriften des DV H. 39
 1898.

Literatur

Stadtarchiv Wuppertal; Düsseldorfer Jahrbuch,
 Jg. 62 (1990).

Bild

Düsseldorfer Jahrbuch, Jg. 62 (1990), S. 191 f.

Adickes, Franz Bouchard Ernst Dr. iur.
h. c. et med. h. c.
Oberbürgermeister

* 19.2.1846 in Harsefeld bei Stade,
 † 4.2.1915 in Frankfurt/M.; ev.; V Wil-
 helm A. (1817-96), Amtsgerichtsrat; M
 Theodore geb. Chappuzeau (1822-98);
 ∞ 1873 Sophie Therese geb. Lambert
 (1848-1922); K 1 S, 3 T.

1860-64 Gymnasium in Hannover; 1864-67
 Studium der Rechtswissenschaften in Hei-
 delberg, München und Göttingen; 1870 Re-
 ferendar am Obergericht in Göttingen; 1873
 Ger.Ass. in Berlin; 1873-77 Beigeordneter
 in Dortmund; 1877-83 2. Bürgermeister von
 Altona; 1883-90 Oberbürgermeister von Al-
 тона; 1891-1912 Oberbürgermeister von
 Frankfurt/M. als Nachfolger Miquels.

Burschenschaft Alemannia Heidelberg.

parteilos

LT Herrenhaus 1883-1915.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der römisch-germanischen Kom-
 mission des Archäologischen Instituts;
 Mitbegründer und Kurator der Stiftungs-

universität Frankfurt/M.; Mitbegründer der Frankfurter Galerie.

Auszeichnungen

Wirkl. Geh. Rat; Dr. iur. et med. h. c. in Frankfurt/M.; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse Stern mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 1. Klasse; Preuß. Wilhelmsorden 1. Klasse; Kommandeur des Ital. St. Mauritius- und Lazarus-Ordens; Kommandeur des Ordens der Ital. Krone; Ehrenbürger der Stadt Frankfurt/M., Adickesallee ebd.

Sozialpolitische Aktivitäten

1894/95 Vorsitzender im DV* für öffentliche Gesundheitspflege, Ausschussmitglied 1890/91-94/95; Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1890, 1895, 1897, 1901, 1907, 1910-13; GV Okt. 1882; 1881 und 1887 vom Reichsamt des Innern berufener Sachverständiger zur Reform des Hilfskassen- bzw. Krankenversicherungsgesetzes; verdient um die städtebauliche Neugestaltung von Altona und der Förderung von Selbstverwaltungsstrukturen in Schleswig-Holstein. Reorganisierte das Armen- u. Stiftungswesen in Dortmund, baute Hafen- u. Kaianlagen in Altona. Mit städtebaulichen Verordnungen (u. a. die „Lex Adickes“) stärkte er die Rechte der Kommunen bei der Bodenpolitik, verhinderte unkontrollierte private Grundstücksspekulation, Umlegung von Grundstücken in Frankfurt/M., schuf die Voraussetzungen für eine großzügige Stadt- und Verkehrsplanung, die soziale Gesichtspunkte berücksichtigte, förderte familiengerechtes Siedlungswesen (Vermeidung von Slums), schuf eine gemeinnützige Rechtsauskunft und eine kommunale Arbeitsvermittlungsstelle.

Veröffentlichungen

„Inwieweit kann der Staat den Gemeinden die Armenlast erleichtern?“, Schriften des DV H. 2, 1881; „Versicherungszwang“, Schriften des VfSP Bd. 21, 1882; „Die unterschiedliche Behandlung der Bauordnungen für das Innere, die Außenbezirke und die Umgebung von Städten“, Referat 1893, DVjög XXVI, 13; „Die Notwendigkeit weiträumiger Bebauung bei Stadterweiterungen und die rechtlichen und technischen Mittel zu ihrer Ausführung“, Referat 1894, DVjög XXVII, 102; „Die kleinen Wohnungen in Städten, ihre Beschaffung und Verbesserung“, Korreferat 1908, DVjög XXXIII, 178; „Förderung des Baus kleiner Wohnungen durch die private Tätigkeit auf streng

wirtschaftlicher Grundlage“, in: Schriften des VfSP Bd. 96, 1901; „Die sozialen Aufgaben der deutschen Städte“ (mit Beutler), 1903; „Grundlinien durchgreifender Justizreform“, 1906; „Stellung und Tätigkeit des Richters“, 1906; „Zur Verständigung über die Justizreform“, 1907.

Literatur

NDB; Maier; Verwaltung I; Verwaltung II; Nls Staatsarchiv Hamburg; Jäger, „Der Schöpfer des modernen Frankfurt“, Forschung Frankfurt 2/2002.

Bild

Verwaltung II, S. 248 f.

Agahd, Konrad R. F.

Pädagoge

* 1.3.1867 in Neumark, † 18.11.1926 in Neukölln; ev.; V Hermann A. (1828-), Lehrer; M Christine geb. Stänicke (1826-); ∞ 1891 Anna geb. Meyer; K 2 T.

Schule in Neumark; Lehrerseminar in Dramburg; Lehrer in Virchow und Fehrbellin; 1890-1913 Lehrer in Rixdorf/Neukölln.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied im Vorstand des deutschen Lehrervereins.

Auszeichnungen

Preuß. Königl. Hausorden von Hohenzollern.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied der GfSR; 1918 Mitglied und danach Generalsekretär im Deutschen Erziehungsbeirat für verwaiste Jugendliche. Agahd war einer der Hauptagitatoren für die Ausweitung des Verbots der Kinderarbeit.

Veröffentlichungen

„Opfer“, in: Preuß. Lehrerzeitung, 1894; „Die Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder“, 1897; „Gesetz betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903“, 1905; „Gewerbliche Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben – eine Reform im Sinne des Reichsgesetzes betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903“, 1905; „Lehrermangel nach seinen Ursachen und Wirkungen“, 1907; „Kind und Gesellschaft“, 1908; „Soll die Lehrerschaft in

Jugendfürsorge-Organisationen mitarbeiten?“, 1908; Mitbegründer und Schriftleiter der Zeitschriften „Hänsel und Gretel“, 1912-; „Siegwart“, 1918-; „Treuhande“, 1920-.

Literatur

NDB; Radde u. a. (Hrsg.), *Schulreform – Kontinuitäten und Brüche*, 1993; *Wer ist's?*.

Bild

Radde, *Schulreform*, S. 173.

Albrecht, Karl Leopold *Adolf* Schneidermeister

* 14.7.1855 in Reudnitz b. Leipzig, † 18.4.1930 in Halle (Saale); ev./diss.; V Schneidermeister.

1862-69 Volksschule in Delitzsch; 1869-73 Schneiderlehre in Leipzig; 1874-84 Schneidergeselle, Wanderschaft; 1884-88 Schneidermeister in Leipzig; 1888 Gefängnishaft, anschl. Ausweisung aus Leipzig und Dresden; 1889- Schneidermeister in Halle.

sozialdemokratischer Politiker

SAPD, SPD, USPD

1874 SAPD; 1890-1917 und 1922-30 SPD; 1917-22 USPD; 1876-77 Vorsitzender der SAPD in Flensburg; 1878-88 Vorstandsmitglied der SAPD in Leipzig; 1917-22 Mitglied der USPD; 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats Halle und des Bezirks Merseburg;

RT 1898-1903 WK 2 Anhalt (SPD); 1905-18 WK 7 Magdeburg (SPD/USPD); 1920-24 WK 11 Magdeburg (SPD);

K 1895-1901 Stadtverordneter in Halle, 1919 Stadtrat ebd.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewGerGNov 1901 (nur Antr.); KrankVersGNov 1903; HausarbG 1911; 1874- Mitglied des Deutschen Schneiderverbands. Der Schwerpunkt seiner sozialpolitischen Aktivitäten lag beim Heimarbeiterschutz.

Literatur

HbRT 1912; Hillger 1912; Schröder.

Bild

HbRT 1912, S. 504.

Albrecht, Karl Wilhelm *Heinrich* Dr. phil., Dr. ing. h. c., Dr. sc. pol. h. c. Sozialpolitiker

* 16.3.1856 in Rastede/Oldenburg, † 9.11.1931 in Berlin; ev.-luth.; V Adolf A., Apotheker; M Dorothea geb. Schmidt; ∞ Elisabeth Magdalena geb. Hickethier (1864-1932); K 2 S, u. a. Gerhard A. Volkswirt, 2 T.

Gymnasium in Verden; 1875-79 Studium der Ingenieurwissenschaften in Hannover; 1884-88 Studium der Staatswissenschaften in Berlin; 1888 Dr. phil. ebd.; 1892 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter der ZfVW (Referat für das gemeinnützige Wohnungswesen); 1897 Vorsitzender des Verbands der auf der Grundlage gemeinschaftlichen Eigentums stehenden Baugenossenschaften; stellv. Geschäftsführer und 1907-20 Geschäftsführer der ZfVW; 1906-10 im Nebenamt Dozent an der Handelshochschule Berlin.

Verwaltungsratsmitglied der Preuß. Landespfandbrief Anstalt; Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bau- und Bodenbank AG.

Auszeichnungen

Dr. ing. e. h. Karlsruhe; Dr. sc. pol. Tübingen; Prädikat Professor (1897); Ehrenmitglied des Deutschen Vereins für Wohnungsreform; Ehrenmitglied des Vereins zur Förderung des Kleinwohnungswesens; Ehrenmitglied der Kommunalvereinigung für Wohnungswesen; Ehrenvorsitzender des Hauptausschusses des Vereins für Leibesübungen und Jugendpflege Berlin; Ehrenmitglied des Instituts für Wirtschaftswissenschaften Frankfurt/M.; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Ritter 1. Klasse mit Krone vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden.

Sozialpolitische Aktivitäten

Geschäftsführer und Vorstandsmitglied der ZfVW 1907-20; Mitglied des Organisationskomitees bzw. des Preisgerichts: 1883 Deutsche Ausstellung für Hygiene und Rettungswesen; 1889 Deutsche Ausstellung für Unfallverhütung; 1896 Berliner Gewerbeausstellung; 1900 Weltausstellung in Paris; 1902 Gewerbeausstellung in Düsseldorf; 1907 Internationale Ausstellung für Unfallverhütung, Gewerbehygiene und Arbeiterwohlfahrt in Budapest; 1911 In-

ternationale Hygieneausstellung in Dresden; Führer der deutschen Baugenossenschaftsbewegung; 1896 Gründer des Verbands der auf der Grundlage gemeinschaftlichen Eigentums stehenden Baugenossenschaften (später: Reichsverband deutscher Baugenossenschaften), der zur Grundlage für die weitere Entwicklung der deutschen Bauvereinsbewegung wurde, 1924 Zusammenfassung der baugenossenschaftlichen Revisionsverbände im Hauptverband deutscher Baugenossenschaften; Mitbegründer zahlreicher Baugenossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften.

Veröffentlichungen

„Handbuch der praktischen Gewerbehygiene“, 1896; „Das Arbeiterwohnhaus“, 1896; „Fünf Jahre praktisch-soziale Tätigkeit“, 1898; „Handbuch der sozialen Wohlfahrtspflege in Deutschland“, 1902; „Geld für Kleinwohnungen“, 1915; 1899-1928 Herausgeber des „Technischen Gemeindeblatts“; 1903-28 Herausgeber der „Zeitschrift für Wohnungswesen“; 1894-1920 Herausgeber der „Concordia“ Zeitschrift der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrt/Volkswohlfahrt.

Literatur

NDB; Reichshandbuch; Wenzel.

Bild

Faust, Geschichte der Genossenschaftsbewegung, 3. Aufl. 1977, Tafel 46.

Arnstadt, Albert

Landwirt

* 11.5.1862 in Großvargula/Krs. Langensalza, † 29.1.1947 ebd.; ev.; V Christian A., Landwirt; M Mathilde geb. Baumgart; ∞ 1898 Marie geb. Reelfs (-1911); K 2 S, 1 T.

1868-76 Volksschule; 1883-84 Landwirtschaftliche Winterschule in Merseburg; ab 1884 Landwirt in Großvargula; 1912-? stellv. Amtsvorsteher ebd.

konservativer Politiker

K, DNVP, NSDAP

1918 Mitbegründer der DNVP; 1931-45 Mitglied der NSDAP;

RT 1907-18 WK 3 Erfurt (K); 1919-20 WK 36 Thüringen (DNVP); 1920-24 WK 13 Thüringen (DNVP);
K 1892 Mitglied der Gemeindevertretung von Großvargula.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorstandsmitglied des Bundes der Landwirte; Vorstandsmitglied der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen; Vorstandsmitglied versch. landwirtschaftlicher Genossenschaften; 1912 Kirchenältester in Großvargula.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: HausarbG 1911; RVO 1911; VerGNov 1916; InvVersG 1916.

Literatur

HbRT 1912; Hillger 1907; MdR WR; Wer ist's?.

Bild

HbRT 1912, S. 457.

Achrott, Paul Felix Dr. iur. et phil.

Landgerichtsdirektor

* 13.5.1856 in Kassel, † 31.10.1927 in Berlin; jüd./ev.; V Sigmund A. (1828-1915), Textilfabrikant; M Anna geb. Herz (1833-90); ∞ 1901 Elisabeth geb. Gutkind.

Elementarschule in Kassel; Hausunterricht; -1874 Gymnasium in Kassel; Studium der Rechtswissenschaften 1874 in Leipzig, 1874-76 in Heidelberg und 1876-77 in Berlin; 1877 Dr. iur. in Leipzig; 1877 Gerichtsreferendar und 1883 Gerichtsassessor an den Amtsgerichten Köpenick und Berlin; 1884-85 Reise nach England; 1886 Dr. phil. in Leipzig; 1887 Amtsrichter in Landsberg/Warthe; 1888 Reise in die USA; 1889 Amtsrichter in Berlin; 1891 Hilfsrichter beim Landgericht in Berlin; 1892 Landrichter und 1899 Landgerichtsrat in Berlin; 1903-05 Landgerichtsdirektor in Elberfeld; 1905 Entlassung aus dem Staatsdienst auf eigenen Wunsch, danach Privatgelehrter und Grundstücksverwalter.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung; stellv. Vorsitzender im Frauenverein Octavia Hill in Berlin.

Auszeichnungen

Geh. Justizrat; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Russ. St. Annen-Orden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1886-1911 Mitglied im Hauptausschuss des DV; Stifter einer Wohlfahrtseinrichtung und des Marie von Boschan-Aschrott Altersheims in Kassel.

A. war im Justizdienst als Strafrechtler tätig, wurde bekannt durch seine Vorschläge zur Reform des StGB, die er 1910 zusammen mit Franz von Liszt veröffentlichte. Außerdem widmete sich A. publizistisch verschiedenen Themen auf den Gebieten Arbeiterfrage, Armengesetzgebung und -verwaltung. Besonderes Interesse zeigte er an den Grenzgebieten zwischen Armenpolizei und Strafrecht und propagierte die Systemelemente der englischen Armenfürsorge.

Veröffentlichungen

„Das englische Armenwesen“, 1886; „Die Wohnungsfrage vom Standpunkte der Armenpflege“ (mit Jacobi, Flesch, Hansen), Schriften des DV H. 11, 1890; „Der hauswirthschaftliche Unterricht armer Mädchen in Deutschland“ (mit Kalle, Weber, Huzel, Schrader, Röstel), Schriften des DV H. 12, 1890; „Die Behandlung der verwaorsten und verbrecherischen Jugend und Vorschläge zur Reform“, 1892; „Handhabung der Bestimmungen betreffend den Verlust des Wahlrechts bei Empfang öffentlicher Armenunterstützungen“ (mit Flesch und Berthold), Schriften des DV H. 26, 1896; „Die Entwicklung des Armenwesens in England seit dem Jahre 1885“, 1898; „Der Entwurf einer Strafprozessordnung und Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetze“, 1908; Herausgeber mit F. v. Liszt „Die Reform des Reichsstrafgesetzbuches“, 1910; „Der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch und die Armenpflege“ (Vorwort), Schriften des DV H. 95, 1911; „25 Jahre gemeinnütziger Tätigkeit für Kleinwohnungen“, 1914.

Literatur

NDB; Stadtarchiv Kassel; Kasseler Post vom 2.11.1927 und 7.8.1928.

Bild

Sachße/Tennstedt, S. 297.

Aurin, Ferdinand Georg Hermann

Dr. phil.

Ministerialbeamter

* 23.7.1863 in Frankfurt/O., † 10.12.1942 in Freiburg/Br.; diss.; V Johann Ferdinand A., Telegraphist; ∞ Elisabeth geb. Haas; K 3 T.

Gymnasium in Straßburg; -1888 Studium der Mathematik, Physik, Geographie und Staatswissenschaften in Straßburg, Freiburg/Br. und Berlin; 1888-92 Realschullehrer in Straßburg; 1889 Dr. phil. ebd.; 1892-1906 techn. Rechnungsbeamter der Rechnungsstelle im Reichsversicherungsamt; 1906 Hilfsarbeiter, 1908 Regierungsrat, 1913 Geh. Regierungsrat im Reichsamt des Innern (Referent für Invaliden-, Unfall- und Knappschaftsversicherung, Krankenversicherungsstatistik, Kaiser-Wilhelm-Spende u. Volkszählung); 1918 Geh. Regierungsrat im Reichswirtschaftsamt; 1919-25 im Reichsarbeitsministerium; 1920 Ministerialrat ebd.; 1925 Ruhestand; ab 1931 Dozent für Versicherungswissenschaft in Freiburg/Br.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: RVO 1911; VfA 1911; InvVersG 1916.

A. war beteiligt an der Schaffung der versicherungsmathematischen Grundlagen der RVO (Arbeiterunfall- bzw. -rentenversicherung), danach war er Referent für die Statistik zentraler Bereiche der Arbeiterversicherung incl. Knappschaft, sein besonderes Interesse galt der Entwicklung der Knappschaftsversicherung.

Literatur

Wer ist's?; Stadtarchiv Frankfurt/O.; Standesamt Freiburg/Br.

Bachem, Karl Joseph Emil Dr. iur.

Rechtsanwalt

* 22.9.1858 in Köln, † 11.12.1945 in Burgsteinfurt/Krs. Steinfurt; kath.; V Josef B., Verleger (1821-93); M Katharina geb. De-

gen (1831-1921); ∞ 1) 1891 Katharina geb. Roeckerath, 2) 1908 Tilla geb. Du Mont; K 1 S aus 1), 3 S, 3 T aus 2).

Gymnasium und Bürgerschule in Köln; 1877 Abitur in Bonn; 1877-80 Studium der Rechtswissenschaften und der Nationalökonomie in Bonn, Straßburg und Berlin; 1880 Referendar; 1880 Dr. iur. in Göttingen; 1887 Gerichtsassessor; 1887-1904 Rechtsanwalt in Köln, danach in Berlin; 1883-1929 Mitinhaber des Verlags J. P. Bachem in Köln; 1915-20 Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung“.

Zentrumspolitiker

Z

1888- Schriftführer des Zentralkomitees der rheinischen Zentrumspartei; 1893-1918 Vorstandsmitglied des Provinzialausschusses ders.; 1900-07 Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags; 1918- Vorstandsmitglied der rheinischen Zentrumspartei; 1912- Beisitzer im Landesausschuss der preußischen Zentrumspartei; 1914-18 Vorstandsmitglied des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei; 1915 Arbeitsausschuss zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkrieg.
RT 1889-1907 WK 11 Düsseldorf (Z);
LT Pr. AbgeH 1889-1904 WK 10 Düsseldorf (Z).

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Ritter vom Päpstl. St. Gregorius-Ordens.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewGerG 1890 Ber.; Krank-VersGNov 1903.

Veröffentlichungen

„Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei“ (10 Bde.), 1927-32; (mit Julius Bachem) „Die kirchenpolitischen Kämpfe in Preußen gegen die katholische Kirche, insbesondere der ‚große Kulturkampf‘ der Jahre 1871-1887“, 1910; „Zentrum, katholische Weltanschauung und praktische Politik“, 1914.

Literatur

NDB; HbRT 1903; Zeitgeschichte LB Bd. 1; Haunfelder Zentrum; Kiefer, Karl Bachem 1858-1945, 1989.

Bild

Biefang, S. 125.

Ballestrem, Franz Karl Wolfgang Ludwig Alexander Graf von
Rittmeister a. D.

* 5.9.1834 in Plawniowitz, Krs. Tost-Gleiwitz (Oberschlesien), † 23.12.1910 ebd.; kath.; V Karl Wolfgang Graf von B. (1801-79), Bergwerksbesitzer; M Bertha geb. von Leithold (1803-74); ∞ 1858 Hedwig Gräfin geb. von Saurma-Jeltsch (1838-1915); K 6 S, 3 T.

Privatunterricht; 1843-51 Adelskonvikt in Lemberg; Gymnasium in Groß Glogau, 1851-52 philosophische Lehranstalt in Namur/Belgien; 1853-55 Studium an der Bergakademie in Lüttich; 1855-71 preuß. Militärdienst; 1871 Kriegsverletzung und Abschied als Rittmeister; 1871-1910 Bergwerksbesitzer.

Zentrumspolitiker

Z

1872- Mitglied im Zentralvorstand der schlesischen Zentrumspartei; 1873-93 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags; 1890-93 1. Vizepräsident und 1898-1903 Präsident des Reichstags; 1892-1903 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Pr. AbgeH;
RT 1872-93 WK 2 Oppeln (Z); 1898-1907 WK 4 Oppeln (Z);
LT Pr. AbgeH 1892-93 WK 1 Osnabrück (Z); 1894-98 WK 5 Oppeln (Z); 1899-1903 WK 5 Oppeln (Z);
Herrenhaus 1903-10;
K Kreistag von Gleiwitz und Zabrze;
Schlesischer Provinziallandtag.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1890- Gründungs- und (bis 1910) Vorstandsmitglied des Volksvereins für das katholische Deutschland; 1872 2. Präsident des Deutschen Katholikentags in Breslau und 1887 in Trier; 1909 Ehrenpräsident des Deutschen Katholikentags in Breslau; 1872- Vorsitzender des Katholischen Volksvereins in Breslau.

Auszeichnungen

1900 Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; 1873 Päpstlicher Geh. Kämmerer di spada e cappa; 1893 Ehrenbailli und Großkreuz des souveränen Malteser-Ordens; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse mit Schwertern; Preuß. Kronenorden 1. Klasse; Bayer. Militärverdienstorden 4. Klasse; Großkreuz vom Päpstl. St. Gregorius-Orden; Großkreuz vom Päpstl. Piusorden; Großkreuz vom Souveränen Orden der Malteserritter.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1891 Vors.

Literatur

HbRT 1903; Haunfelder Zentrum; Schlesien LB Bd. 1.

Bild

Biefang, S. 28.

Bamberger, *Ludwig* Dr. iur.
Schriftsteller

* 22.7.1823 in Mainz, † 14.3.1899 in Berlin; jüd.; V August B. (1790-1858), Kaufmann u. Bankier; M Amalia geb. Bischoffsheim (1802-77); ∞ 1852 Anna geb. Belmont (-1874).

Gymnasium in Mainz; 1842-45 Studium der Rechtswissenschaften in Gießen, Heidelberg und Göttingen; 1845-48 hess. juristischer Vorbereitungsdienst in Mainz ohne Übernahme in den Staatsdienst; 1847 Staatsexamen; 1848 Revolutionär; 1848-49 Redakteur der „Mainzer Zeitung“; 1849 Teilnahme am Volksaufstand in der Pfalz; 1849 Flucht in die Schweiz und von dort nach England; 1849-51 Bankangestellter in London und Antwerpen; 1851-53 selbständiger Bankier in Rotterdam; 1852 in Abwesenheit zum Tode verurteilt; 1853-58 Prokurist und 1858-66 Leiter des Bankhauses Bischoffsheim u. Goldschmidt in Paris; 1859- politischer Publizist; 1866 Amnestie und Rückkehr nach Mainz; 1870 parlament. Vertreter einer deutschen Zentralnotenbank (Reichsbank), Mitbegründer der Deutschen Bank.

liberaler Politiker

NL, LV, DFrP, FrVg

1866/70-80 NL; 1880-84 LV; 1884-93 DFrP; 1893-99 FrVg; 1870 Mitglied im vorläufigen Ausschuss der vereinigten süddeutschen NL; 1871-73 und 1877-80 Vorstandsmitglied der NL; 1873-77 Mitglied im geschäftsführenden Zentralausschuss der NL; 1874 Mitglied im Zentralwahlkomitee der NL; 1871-80 Mitglied im Landesauschuss der NL in Preußen; 1871-78 Vorstandsmitglied der NL Fraktion des Reichstags; 1880 Mitbegründer der LV und 1880-84 Mitglied im geschäftsführenden Ausschuss der LV; 1884 Mitbegründer der DFrP; 1884-93 stellv. Vorsitzender im geschäftsführenden 13er Ausschuss; *RT* Mitglied der Nationalversammlung 1848/49 WK 10 Ghzt. Hessen (bkF), Mandat nicht wahrgenommen; Zollparlament 1868-70 WK 9 Hessen (NL); 1871-74 WK 9 Hessen (NL); 1874-81 WK 8 Hessen (NL/LV); 1881-84 WK 8 Hessen (LV); 1884-93 WK 8 Hessen (DFrP); *LT* 1848/49 Mitglied des Vorparlaments Rheinhessen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Teilnehmer am ersten Demokratenkongress in Frankfurt/M.; Präsident des zweiten Demokratenkongresses in Berlin; Gründer des Mainzer Demokratischen Vereins.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: HaftpflichtG 1871, ReRT; VerGE 1872 Ber.; HilfskG 1876 Vors.; GewONov 1891. B. zählt zu den bedeutendsten Vertretern des deutschen Liberalismus während der Reichsgründungsperiode. In erster Linie war er Finanzpolitiker, er war aber auch einer der wichtigsten liberalen Kritiker der Bismarckschen Arbeiterversicherung, zu den Gesetzentwürfen hielt er Grundsatzreden im Reichstagsplenarium.

Veröffentlichungen

„Die Arbeiterfrage“, 1876; „Deutschland und der Sozialismus“, 1878; „Gesammelte Schriften“, 5 Bde., 1897/98; „Erinnerungen“, 1899; Feder (Hrsg.), „Bismarcks großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers“, 1933.

Literatur

HbRT 1890; Haunfelder Lib. Abg.; TNIs Bundesarchiv Berlin; TNIs Staatsbibliothek Berlin, Preuß. Kulturbesitz; Q I. 4, 5, 8, II. 2.

Bild

Biefang, S. 30.

Barth, Theodor Wilhelm Dr. iur.
Politiker

* 16.7.1849 in Duderstadt, † 2./3.6.1909 in Baden-Baden; ev.; V Carl B., Apotheker; M Mathilde Juliane geb. Plathner; ∞ 1880 Henriette geb. Dreyer; K 2 S, 3 T.

Gymnasium in Hildesheim; 1868-71 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Heidelberg, Berlin und Leipzig; 1870 Dr. iur. in Leipzig; 1871-72 Rechtsanwalt in Bremen; 1872-76 Amtsassessor in Bremerhaven; 1876-83 Syndikus der Handelskammer Bremen; 1883- Bankkommissar der Reichsbankhauptstelle; 1883- Journalist in Berlin.

1879-83 stellv. Bundesratsbevollmächtigter für Bremen bzw. die drei Hansestädte.

liberaler Politiker

LV, DFrP, -1908 FrVg.
RT 1881-84 WK 2 Gotha (LV); 1885-93 WK 8 Liegnitz (DFrP); 1893-98 WK 8 Liegnitz (FrVg); 1901-03 WK 2 Merseburg (FrVg);
LT Pr. AbgeH 1899-1903 WK 14 Schleswig-Holstein (FrVg).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1876-83 Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger; 1902-09 Vorsitzender des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus; Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft.

Auszeichnungen

1907 Dr. of letters h. c. Harvard.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: BerufsVerGE 1890/92; UnfVersG 1884; Mitglied im ZWAK; Mitglied im Kongress Deutscher Volkswirte; Mit-

glied im Zentralausschuss des Vereins zur Förderung der Handelsfreiheit; engagierter Freihändler, später Abkehr vom „Manchesterium“, aber Gegner der Zwangsversicherung, befürwortete einen Ausgleich mit der SPD und setzte sich für eine Demokratisierung des Reichs ein.

Veröffentlichungen

„Der sozialistische Zukunftsstaat“, 1879; „Amerikanisches Wirtschaftsleben“, 1887; „Gegen den Staatssozialismus“, 1884; „Amerikanische Eindrücke“, 1907; „Liberalismus und Sozialdemokratie“, 1908; 1883 Mitbegründer und 1883-1907 Herausgeber der Zeitschrift „Die Nation“.

Literatur

NDB; HbRT [1893]; Haunfelder Lib. Abg.; NIs Bundesarchiv Berlin; Q II. 2.

Bild

Biefang, S. 132.

Baum, Marie Dr. rer. nat.
Sozialpolitikerin

* 23.3.1874 in Danzig, † 8.8.1964 in Heidelberg; ev.; V Wilhelm Georg B. (1836-96), Arzt; M Fanny Auguste geb. Lejeune-Dirichlet (1845-1912).

1893-99 Studium der Chemie und Biologie in Zürich; 1899 Dr. rer. nat. ebd.; 1899-1902 Chemikerin bei AGFA in Berlin; 1902-07 Inspektorin für Fabrikarbeit von Frauen und Jugendlichen in Baden sowie 1904-07 Inspektorin für Kinderarbeit; 1907-16 Geschäftsführerin des Vereins für Säuglingsfürsorge für den Regierungsbezirk Düsseldorf; 1915 zugleich Organisatorin der Kriegswohlfahrt in Danzig; 1916-19 zusammen mit Gertrud Bäumer Leiterin der Sozialen Frauenschule und des Sozialpädagogischen Instituts in Hamburg; 1919-26 Oberregierungsrätin (Referentin für Wohlfahrtspflege im badischen Arbeitsministerium); 1928-33 Dozentin für Sozial- und Staatswissenschaften in Heidelberg; 1931 Vortragsreise in die USA; 1933-45 Entzug der Lehrerlaubnis und Berufsverbot; 1946-52 Dozentin in Heidelberg.

sozialliberale Politikerin

DDP

RT Mitglied der Nationalversammlung 1919-20 WK Schleswig-Holstein (DDP).

Auszeichnungen

1949 Ehrenbürgerin der Universität Heidelberg.

Sozialpolitische Aktivitäten

1909-33 Mitglied im Hauptausschuss, 1921-31 Vorstandsmitglied des DV; Mitglied im Bund deutscher Frauenvereine; 1920 Mitbegründerin des Kinderdorfs Heuberg bei Stetten; 1946 Mitbegründerin der Elisabeth von Thadden Schule in Heidelberg.

B. ist verdient um die Erforschung des niedrigen Lebensstandards arbeitender Frauen und dessen Folgen für die Säuglingssterblichkeit. Sie strebte eine Verbesserung des rechtlichen Status der Frauen durch die breitere Einbindung in das Berufsleben an. Daneben konzipierte sie die Familienfürsorge als Möglichkeit, die verschiedenen Fürsorgezweige (Gesundheitsfürsorge, Jugendfürsorge etc.) zu integrieren.

Veröffentlichungen

„Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“ (mit Brugger, Finkelstein), Schriften des DV H. 74, 1905; „Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe: Bericht, erstattet an das großherzogliche Ministerium des Innern“, 1906; „Tagesvorschule oder Fortbildungsunterricht für weibliche Arbeiterinnen?“, 1907; „Die gewerbliche Ausbildung der Industriearbeiterin“, 1907; „Vormundschaft und Pflegschaft über vermögenslose Minderjährige“, 1909; „Der Einfluss der gewerblichen Arbeit auf das persönliche Leben der Frau“, 1910; „Die Familienfürsorge in Düsseldorf“, 1915; „Die Wohlfahrtspflege, ihre einheitliche Organisation und ihr Verhältnis zur Armenpflege“, Schriften des DV H. 104, 1916; „Wohnweise kinderreicher Familien in Düsseldorf-Stadt und -Land: eine statistische Studie“ (Hrsg.), 1917; „Grundriss der Gesundheitsfürsorge“ (Hrsg.), 1919; „Die Familienfürsorge“, Schriften des DV H. 12, 1927; „Das Familienleben in der Gegenwart: 182 Familienmonographien“ (mit Salomon), 1930; „Rhythmus des Familienlebens“ (mit Westerkamp), 1931; „Rückblick auf mein Leben“, 1950; „Familienfürsorge“, 1951.

Literatur

Schaffrodt (Bearb.), Nachlassverzeichnis Dr. Marie Baum (1874-1964), 2000; Schaffrodt (Bearb.), Marie Baum. Ein Leben in sozialer Verantwortung, Katalog, 2000.

Bild

Schaffrodt (Bearb.), Katalog S. 57.

Bebel, August Ferdinand Drechslermeister

* 22.2.1840 in Deutz bei Köln, † 13.8.1913 in Passugg (Graubünden/Schweiz); ev./diss.; V Johann Gottlob B., Unteroffizier (um 1808-44); M Wilhelmine Johanna geb. Simon (1804-53); ∞ 1866 Johanna Caroline Julie geb. Otto (1843-1910), Putzmacherin; K 1 T.

1845-47 Volksschule in Brauweiler; 1847-54 Armenschule, Bürgerschule in Wetzlar; 1854-57 Drechslerlehre in Wetzlar; 1858-60 Gesellenwanderschaft durch Süddeutschland und Österreich, 1860-64 Drechslergeselle in Leipzig, 1864-76 selbst. Drechslermeister in Leipzig; Juli 1872-75 Festungshaft, verurteilt wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung, 1876-84 Firmenmitinhaber in Leipzig, 1884-89 Handlungsreisender seiner Firma.

sozialdemokratischer Politiker

Sächs. Volkspartei, SDAP, SAPD, SPD
1861 Eintritt in den Leipziger Arbeiterbildungsverein, 1862 2. Vorsitzender ebd.; 1865-78 1. Vorsitzender ebd.; 1864-67 Mitglied des Ständigen Ausschusses des Verbands Deutscher Arbeitervereine, 1867-69 Präsident ebd.; 1866 Mitbegründer der Sächsischen Volkspartei; 1869 Mitbegründer der SDAP (Eisenacher Partei); 1875 beteiligt an der Vereinigung von ADAV und SDAP zur SAPD; 1875-78 Vorsitzender der zentralen Kontrollkommission; 1878-92 Parteikassierer und Leiter des zentralen Unterstützungskomitees; 1892-1913 einer der beiden Vorsitzenden der SPD; Mitbegründer der Zeitung „Der Sozialdemokrat“; langjähriger Mitarbeiter des „Vorwärts“;
RT 1867-72 WK 17 Sachsen (Sächs. Volkspartei/SDAP/SAPD); 1873-77 WK 17 Sachsen (SDAP/SAPD); 1877-81 WK 5 Sachsen (SAPD); 1883-93 WK 1 Hamburg (SAPD/SPD); 1893-98 WK 8 Elsass-Lothringen (SPD); 1898-1913 WK 1 Hamburg (SPD);

LT Sächs. II. Kammer 1881-91 WK 23 Land (SAPD/SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Zahlreiche Plätze u. Straßen nach August Bebel benannt, u. a. Bebelplatz in Kassel.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: HaftpflichtG 1871, ReRT; GewONov 1891; bestimmte maßgeblich die Haltung der SPD zu der vom Reich initiierten Sozialreform, Redner zu sozialpolitischen Gesetzesvorlagen, Antragsteller zum gewerbl. Arbeiterschutz, arbeitete 1877 mit Fritzsche einen eigenständigen Gesetzesentwurf für den Reichstag aus.

Veröffentlichungen

„Die Frau und der Sozialismus“, 1883; „Wie verhalten sich die Arbeiter gegenüber dem neuen Kranken-Versicherungsgesetz?“, 1884; „Aus meinem Leben“, 1910-14; Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, hrsg. v. H. Bartel u. a., 10 Bde., 1878-1997.

Literatur

NDB; HbRT 1912; Döscher/Schröder; GdA Bio.; Seebacher-Brandt, Bebel, 1988; Autorenkollektiv (Leitung Herrmann/Emmrich), August Bebel, 1989; biosop; TNIs Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam; TNIs Bundesarchiv SAPMO; TNIs Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Q I. 1, 2, 4, 5, 8, II. 1, 2, 3, 4, 6, III. 3.

Bild

Biefang, S. 28.

Beck, Anton Eugen

Verwaltungsbeamter

* 27.1.1857 in Karlsruhe, † 29.9.1922 ebd.; kath.; V Anton B. (1805-76), Regierungsrat; ∞ 1885 Elise (1861-); K 2 S 1 T.

1867-76 Gymnasium in Karlsruhe; 1876-81 Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg und Heidelberg; 1882-85 Rechtspraktikant; 1885-89 Referendar; 1889 Amtmann beim Bezirksamt in Lörrach; 1890-92 Amtmann und 1892-94 Oberamtman beim Bezirksamt in Karlsruhe; 1894-1902 Oberamtman und Vorstand des Bezirksamtes in Eberbach, 1902-08 desgl. in Bruchsal

und 1908-14 in Lahr; 1905 Geh. Regierungsrat; 1914-22 Geh. Oberregierungsrat und Präsident der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe.

liberaler Politiker

NL

1898-1918 im Zentralvorstand der NL; 1912-18 im geschäftsführenden Ausschuss der NL; 1912-14 Geschäftsführer und Vorstand der nationalliberalen Fraktion des Reichstags;

RT 1898-1914 WK 12 Baden (NL).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Bruchsal und Lahr; Vorsitzender der Zuchtgenossenschaft Lahr.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse; Ritter 1. Klasse vom Bad. Orden vom Zähringer Löwen.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: UnfVersG 1900; GewGerG-Nov 1901 Ber.; KaufmG 1904.

Literatur

HbRT 1912; Haunfelder Lib. Abg.; Bad. Beamte 1911; Angerbauer.

Bild

Angerbauer, S. 174.

Becker, Johannes

Redakteur

* 8.2.1875 in Elspe/Krs. Olpe, † 12.5.1955 in Ludwigshafen; kath.; V Schneidermeister.

1881-89 Volksschule in Elspe; 1889-1902 Fabrikarbeiter in Lüdenscheid; 1902-05 Sekretär der kath. Arbeitervereine in Hagen; 1906-07 Redakteur der Westdeutschen Arbeiterzeitung in Mönchengladbach; 1908-12 Schriftsteller in Berlin; 1913-19 Geschäftsführer des Gesamtverbands der Krankenkassen Deutschlands und Redakteur der Zeitung „Die Krankenversicherung“; 1919-25 Parlamentarischer

Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium; 1926-33 geschäftsführendes Präsidialmitglied des Gesamtverbands der Krankenkassen Deutschlands in Essen.

Zentrumspolitiker

Z

1919-26 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags;

RT 1907-18 WK 2 Arnsberg (Z); 1919-20 WK 18 Arnsberg (Z); 1920-24 WK 18 Westfalen Süd (Z); 1924-33 WK 18 Westfalen Süd (Z);

Mitglied der Nationalversammlung.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied des christlich-sozialen Metallarbeiterverbands; Mitglied im Gesamtverband christlicher Gewerkschaften Deutschlands; Mitglied des Windthorstbunds.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1908; HausarbG 1911; RVO 1911; VerGNov 1916; InvVersG 1916.

Veröffentlichungen

„Aufgaben der Arbeitervertreter in der Krankenversicherung“, 1929.

Literatur

HbRT 1912; Haunfelder Zentrum; Wer ist's?, 1909; MdR WR; Wenzel.

Bild

HbRT 1912, S. 469.

Beckmann, *Adolf* Johann Heinrich Dr. sc. pol.

Ministerialbeamter, Vizepräsident RfA

* 16.2.1859 in Aplerbeck/Krs. Hörde, † 15.2.1925 in Berlin; ev.; V Friedrich B.; M Luise geb. Becker; ∞ Anna geb. Striesche (1864-1944); K 4.

1878-82 Studium der Mathematik und Statistik in Berlin; Studium der Staatswissenschaften; Dr. sc. pol. in Berlin; 1883-85 Hilfsarbeiter, 1885-89 Sekretär und Kalkulator im Kaiserl. Statistischen Amt in Berlin; 1889-90 Geh. Sekretär und Kalku-

lator ebd.; 1890-91 kommissarischer und 1892 Vorsteher im Rechnungsbureau des Reichsversicherungsamts; 1897 Regierungsrat, 1904 Geh. Regierungsrat und 1907 Geh. Oberregierungsrat im Reichsamt des Innern (Referent für Berufs- u. Betriebsstatistik, Invaliditäts-, Knappschafts-, Krankenversicherungs- und Unfallstatistik, Angestelltenversicherung); 1912 Direktoriumsmitglied der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte; 1912-24 Vizepräsident des Direktoriums ebd.

Auszeichnungen

1918 Wirkl. Geh. Oberregierungsrat; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Ritter 1. Klasse vom Schwed. Wasaorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: InvVersG 1899; UnfVersG 1900; KrankVersGNov 1903; RVO 1911; VfA 1911; InvVersG 1916.

Im Reichsamt des Innern bearbeitete B. sämtliche sich auf die Arbeiterversicherung, insbesondere die Rentenversicherung, und auf die Beaufsichtigung der Privatversicherungsanstalten beziehenden mathematisch-statistischen und versicherungstechnischen Angelegenheiten. B. schuf die entsprechenden Grundlagen für das InvAltVersG, das InvVersG sowie die RVO und des VfA, in dessen Vorfeld setzte er sich für eine eigenständige Rentenversicherung der Angestellten ein und schuf das Heilverfahren der VfA.

Veröffentlichungen

(mit Niebour), „Tafeln zur Ermittlung der Invaliden- und Altersrenten“, 1913.

Literatur

ProtPrStM 8/II; Wer ist's?; „Der Deutsche“ vom 24.2.1925.

Bild

Reichsversicherungsamt, S. 71.

Behrens, Franz Karl Heinrich
Gewerkschaftssekretär

* 2.2.1872 in Marienhof (Dewitz)/Mecklenburg, † 3.9.1943 in Alt-Landsberg/Krs. Niederbarnim; ev.-luth.; V Wilhelm B., Zieglermeister; M Luise geb. Dill; ∞ 1897 Anna geb. Lehmann; K 2 S: Franz Richard (1895-1977), Schriftsteller, Herbert B.-Hangler (1898-1981), Maler, Grafiker und Schriftsteller.

1878-83 Volksschule in Dewitz; 1883-86 Volksschule in Stargard; 1886-89 Gärtnerlehre; 1889-95 Gärtnergehilfe in Berlin, Dresden und Halle (Saale) und Besuch der Fachschule für Gärtner in Berlin; 1895-1903 Sekretär des Geschäftsführers des Allgemeinen deutschen Gewerkevereins (ADG) und 1898-1902 Sekretär des Evangelischen Arbeitervereins in Berlin; 1903-05 Arbeitersekretär der Sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland; 1899-1905 Redakteur mehrerer Zeitungen; 1905-13 Generalsekretär und Zentralvorstandsmitglied des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund; 1913 Gründer und 1. Vorsitzender des Zentralverbands Christlicher Landarbeiter; 1920-33 stellv. Vorsitzender des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften; 1922 Mitglied des Kirchausschusses des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes.

Mitbegründer und Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Lebensversicherung gemeinnützige AG; Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Landvolksbank AG; Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Rentenbank Kreditanstalt; Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Volksbank AG; Mitglied im Kuratorium der Preußischen Hypotheken-Aktienbank in Berlin.

christlich-sozialer Politiker
CWV, DNVP [-1929], ChrsV
RT 1907-18 WK 1 Koblenz (CWV); 1919-30 WK 1 Ostpreußen (DNVP); 1932-33 Reichswahlvorschlag Christlich-sozialer Volksdienst; Mitglied der Nationalversammlung.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender der evangelisch-sozialen Schule e. V.; Mitglied im Kuratorium der Kaiser-

Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften; 1919 Mitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Dresden; 1924-26 (mind.) Mitglied im Zentralausschuss der Inneren Mission; 1927 Sachverständiger der Reichsregierung bei der Weltwirtschaftskonferenz in Genf.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1908; AkGE 1908 Ber.; HausarbG 1911; RVO 1911; VerGNov 1916; InvVersG 1916 Schriff.; B-DtR ZVW 1908. – 1912-33 Vorsitzender des Gesamtverbands Deutscher Krankenkassen; Ausschussmitglied der ZfVW; 1901-18 Ausschussmitglied der GfSR; Vorstandsmitglied im Bund Deutscher Bodenreformer; Mitbegründer und Vorsitzender des Verbands deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer; Schriftführer beim Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein; Vorsitzender des Ausschusses für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten in Berlin; Vorstandsmitglied im deutschnationalen Gärtnerverband; Vorsitzender des Zentralverbands der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter Deutschlands; stellv. Vorsitzender des Reichsbauern- und Landarbeiterverbands; Vorsitzender des Reichsausschusses land- und forstwirtschaftlicher Arbeitnehmerverbände; Vorsitzender des Internationalen Bunds christlicher Landarbeiterverbände.

Veröffentlichungen

Mitarbeiter u. a. der Zeitschrift „Deutsche Arbeit und Evangelische Soziale Stimmen“.

Literatur

HbRT 1912; Hillger 1912; Wenzel; IHG.

Bild

Hillger, S. 219.

Berlepsch, Hans Hermann Frhr. von
Dr. iur. et phil. h. c.
Preuß. Staatsminister

* 30.3.1843 in Dresden, † 2.6.1926 in Seebach/Mühlhausen; ev.; V August Frhr. von B. (1790-1867), Oberlandforstmeister; M Adolfine Auguste geb. Gräfin von der

Schulenburg (1803-78); ∞ 1876 Franziska geb. Freiin von Tiele-Winckler (1855-1927); K 4 S, 3 T.

1856-61 Klosterschule in Rossleben; 1861-64 Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und Berlin; 1864 Auskultator beim Stadtgericht; 1867 Regierungsreferendar in Erfurt; 1871-72 Unterpräfekt der Zivilverwaltung in Chartres; 1872 Regierungsassessor und Hilfsarbeiter im Landratsamt Beuthen; 1873 kommissarischer und 1874-77 Landrat in Kattowitz; 1877-80 leitender Staatsminister in Schwarzburg-Sondershausen; 1881-83 Vizepräsident der Regierung in Koblenz; 1884 Regierungspräsident in Düsseldorf; 1889 Oberpräsident der Rheinprovinz; 1890-96 Preuß. Handelsminister; 1890 Leiter der Internationalen Arbeiterschuttkonferenz.

Auszeichnungen

1905 Dr. phil. h. c. in Göttingen; 1908 Dr. iur. h. c. in Jena; 1913 Dr. h. c. in Kiel; Preuß. Roter Adlerorden 1. Klasse mit Stern und Schulterband; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse; Preuß. Wilhelmsorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1897, 1901, 1907, 1910-13; BRvertr.-RT-Komm.: GewONov 1891; Beirat ZfVW; 1900 Mitbegründer der Internationalen Gesellschaft für gesetzlichen Arbeiterschutz; 1901 Mitbegründer und bis 1920 Vorsitzender der Gesellschaft für Soziale Reform; 1885 Mitbegründer und (ab 1896) Ehrenvorsitzender des Bergischen Vereins für Gemeinwohl; 1897 Übernahme der Mitherausgeberschaft „Soziale Praxis“.

Als Preuß. Handelsminister führte er im Einklang mit Wilhelm II die Arbeiterpolitik mit neuen Akzenten fort. Vor allem förderte er den Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes, den Bismarck blockiert hatte. Die entsprechende Gewerbeordnungsnovelle 1891 beinhaltete das Verbot der Sonntagsarbeit und Arbeitszeitbegrenzungen für Fabrikarbeiterinnen.

Veröffentlichungen

„Soziale Entwicklungen im ersten Jahrzehnt nach Aufhebung des Sozialistengesetzes“, 1901; „Warum betreiben wir die soziale Reform? Nebst einem Bericht über die Tätigkeit d. Ges. f.

Soz. Ref. im Jahr 1903, 1904; „Sozialpolitische Erfahrungen und Erinnerungen“, 1925.

Literatur

NDB; ProtPrStM 7, 8/II, 9, 10; Romeyk; Verwaltung I u. II; Berlepsch, 'Neuer Kurs' im Kaiserreich?, 1987; Q II. 1, 3, 4; Nls GStA Berlin.

Bild

Verwaltung II, S. 240.

Berthold, Georg Hugo Dr. phil. Statistiker

* 12.2.1845 in Berlin, † 11.4.1899 ebd.; ev.; V Adolph B., Jurist; M Sophia geb. Markstein (-1849); ∞ 1879 Gabriele geb. Raschke (1852-nach 1892); K 3 S, 2 T.

Gymnasium in Berlin; 1867- Studium der Philologie in Berlin; 1875 Dr. phil. in Berlin; 1877-78 Hospitant des Königl. Preuß. Statistischen Bureaus in Berlin; 1884 Hilfsarbeiter bei der Armendirektion in Berlin; um 1889-92 Mitglied des städtischen Statistischen Amts in Berlin; Mitglied des städtischen Bureaus in Berlin (Bezirksvorsteher).

Sozialpolitische Aktivitäten

1884-99 Mitglied im Hauptausschuss des DV; Mitglied der Armenkommission in Berlin.

Veröffentlichungen

„Armenstatistik und Anstellung möglichst gleichmäßiger Erhebungen der auf die Armenpflege bezüglichen Tatsachen“ (mit Böhmert), Schriften des DV H. 2, 1881; „Bericht über die Arbeiten der statistischen Kommission“, Schriften des DV H., 1882; „Armenlast und Freizügigkeit“, 1882; „Vermehrt die Freizügigkeit die Armenlast?“, 1884; „Statistik der Arbeiterkolonien und ihre weiteren Ergebnisse“, Schriften des DV H. 6, 1885; „Die Wohnungsverhältnisse in Berlin“, 1886; „Die Entwicklung der deutschen Arbeiterkolonien“, Schriften des DV H. 3, 1887; „Weiterentwicklung der Arbeiterkolonien“, 1889; „Statistik der deutschen Arbeiterkolonien für 1887/1889 mit Rückblicken auf die Entwicklung und Bedeutung derselben seit 1882“, 1891; „Wohnungsverhältnisse der ärmeren Klassen in Berlin“, 1892; „Die deutschen Arbeiterkolonien 1889/91“, 1893; „Einrichtung, Ziele und Entwicklung der deutschen Arbeiterkolonien seit 1882-1893 nebst Individual-

statistik“, 1896; „Handhabung der Bestimmungen betreffend den Verlust des Wahlrechts bei Empfang öffentlicher Armenunterstützungen“ (mit Aschrott u. Flesch), Schriften des DV H. 26, 1896.

Literatur

Krug von Nidda.

Bitzer, Ludwig *Friedrich* Heinrich von
Dr. sc. pol. h. c.
Politiker und Publizist

* 5.2.1816 in Stuttgart, † 19.4.1885 ebd.;
ev.; V Johann Heinrich Friedrich B. (1781-
1834), Geheimschreiber und Registrator;
M Heinerike Christiane geb. Glaser; ∞ 1)
1846 Marie Caroline geb. Autenrieth
(-1847), 2) Marie Babette geb. Widenmann
(1823-1903); K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Stuttgart; 1834-38 Studium
der Kameralwissenschaft in Tübingen;
1839-44 juristischer Vorbereitungsdienst,
Oberamtsaktuar in Ellwangen, Schwäbisch
Gmünd und Ehingen; 1841 Reisen nach
Frankreich und England; 1842 Regierungs-
aktuar in Ulm; 1844-48 Regierungsassessor
in Ulm; 1848 Verwaltungsreferendar
(Hilfsbeamter) bei der Oberregierung in
Stuttgart; 1849-51 Ministerialassessor
ebd.; 1851-56 Oberregierungsrat (Referent
für Armen- und Gewerbewesen) ebd.;
1856-63 Ministerialkommissar bei der
Zentralstelle für Handel und Gewerbe in
Stuttgart; 1863-70 Rat im Departement des
Innern (Referent für Gewerbewesen) in
Stuttgart; 1870-71 Direktor im Departement
des Innern in Stuttgart; 1871-76
Staatsrat im königl. Geheimrat; 1876-85
Präsident des ev. Landeskonsistoriums.

konservativer Politiker

1876 Mitglied der DP
RT Zollparlament 1868 für Württemberg;
LT Württemb. Landtag 2. Kammer 1870-
76 WK Leonberg (Club der deutschen Partei);
1876-88 WK Freudenstadt (Club der
deutschen Partei).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitbegründer der ev. Jugendvereine; 1875
Mitglied der zweiten Landessynode der ev.

Kirche in Stuttgart; Regierungskommissar
bei der Lebens-, Versicherungs- und Ersparnisbank;
Mitbegründer der Württemb.
Hypothekenbank.

Auszeichnungen

1861 nobiliert; 1871 Wirkl. Staatsrat;
Dr. sc. pol. h. c. Tübingen; 1861 Orden der
Württemberg. Krone; 1878 Württemb. Friedrichsorden
1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied
1872, 1873; Mitglied im Kongress deutscher
Volkswirte; Mitbegründer der Anstalt in
Leonberg für gefallene Mädchen;
Mitbegründer der Anstalt in Oberurbach
für entlassene weibliche Strafgefangene;
Mitbegründer der Anstalt Schönbühl für
verwahrloste Knaben.

Veröffentlichungen

„Die Genesis der Volkswirtschaft“, 1866; „Kapital
und Arbeit“, 1871; „Bemerkungen über Einigungsämter“,
Schriften des VfSP Bd. 2, 1873;
„Regierung und Stände in Württemberg, ihre
Organisation und ihr Recht“, 1882.

Literatur

NDB; Eberl/Marcon; Kosch; Raberg.

Bild

Eberl/Marcon, S. 766 Nr. 18.

Boden, *Friedrich* Dr. ing. h. c.
Ministerialbeamter

* 23.8.1870 in Braunschweig, † 21.3.1947
in Berlin; ev.; V Friedrich August B.
(1833-86), Kaufmann; M Maria Georgine
geb. Witting (1837-1916); ∞ 1899 Marie
geb. Vorreyer; K 2 S, 1 T.

Gymnasium in Braunschweig; 1889-92
Studium der Rechtswissenschaften in
Freiburg/Br., Berlin und Jena; 1892 Regierungsrat
referendar, 1895 -assessor und 1905
Regierungsrat in Braunschweig; 1906-19
Bundesrats- und 1919-34 Reichsratsbevollmächtigter;
im Nebenamt Mitglied im
Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost,
stellv. Vorsitzender der Kalibrierungsstelle
und Mitglied des Reichsdisziplinarhofs.

1906-19 Bundesratsbevollmächtigter für Braunschweig; 1909-16 daneben stellv. Bevollmächtigter für Oldenburg im Bundesrat; 1913-18 daneben Gesandter und bevollmächtigter Minister am Preuß. Hof in Berlin; 1914 daneben Bundesratsbevollmächtigter für Anhalt; 1919 Bevollmächtigter und 1920-34 stellv. Bevollmächtigter für Braunschweig im Reichsrat; 1919-34 daneben stellv. Bevollmächtigter für Anhalt und 1923-33 Mecklenburg-Strelitz im Reichsrat; 1934 Vertreter von Braunschweig, Lippe und Schaumburg-Lippe bei der Reichsregierung in Berlin.

Corps Rhenania in Freiburg/Br.

Auszeichnungen

1915 Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; 1929 Dr. ing. h. c. der Technischen Hochschule in Braunschweig; Doyen der innerdeutschen Ländergesandten; Kommandeur vom Siamesischen Kronenorden; Preuß. Kronenorden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: VerG 1908; GewO-Nov 1908; AkGE 1908; RVO 1911; VfA 1911.

Literatur

Stadtarchiv Braunschweig; Lilla; Reichshandbuch.

Bild

Reichshandbuch, S. 161.

Boeckh, Georg Friedrich *Richard* Dr. oec. publ., Dr. phil.
Statistiker

* 28.3.1824 in Berlin, † 5.12.1907 ebd.; ev.; V August B. (1785-1867), Altphilologe; M Dorothea geb. Wagemann (1790-1829); ∞ 1855 Isabella geb. v. Tzschoppe (1829-1902); K 2 S, 3 T.

Studium der Rechts- und Staatswissenschaften; 1845 Auskultator am Kriminal- und Stadtgericht; 1847 Regierungsreferendar und 1852 Regierungsassessor in Potsdam; 1852-55 Statistiker im Königl. Preuß.

Statistischen Bureau in Berlin; 1855-61 Statistiker der Potsdamer Regierung; 1862-75 Statistiker im Königl. Preuß. Statistischen Bureau und Dozent im Statistischen Seminar ebd.; 1863-75 (nebenamtl.) Mitglied der Preuß. Statistischen Zentralkommission, 1861-70 deren Schriftführer, 1862 Lehrer am Statistischen Seminar; 1875-1903 Leiter des städtischen Statistischen Amtes in Berlin; 1862-81 Dozent, 1881 ao. Prof. und 1895 Honorarprof. für Statistik in Berlin.

Auszeichnungen

Geh. Regierungsrat; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Offizier vom Orden der Italienischen Krone.

Sozialpolitische Aktivitäten

1884-1903 Mitglied im Hauptausschuss des DV; 1884 Mitglied des hygienisch-demographischen Kongresses in Brüssel; B. übte nachhaltigen Einfluss auf die Mortalitätsstatistik in Deutschland aus. Einer Anregung von B. folgend wurde die Todesursache bei Säuglingen in den Totenschein aufgenommen. Die Sterblichkeitsstatistik für Preußen konnte B. dadurch erweitern, dass allgemein auch noch Alter, Geschlecht, Familienstand und Abstammung aufgenommen wurden; dadurch bot sie mehr als zuvor eine Grundlage für sozialpolitische und hygienische Forderungen. Auf der Basis der Reichsberufszählung von 1895 zog B. Rückschlüsse auf die zyklischen Veränderungen der Arbeitslosigkeit, die eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik ermöglichen sollten; Mitglied im Allgemeinen deutschen Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Ausland.

Veröffentlichungen

„Ortschaftsstatistik und historisch-geographisch-statistische Übersicht des Regierungsbezirks Potsdam mit der Stadt Berlin“, 1861; „Die geschichtliche Entwicklung der amtlichen Statistik des preußischen Staates“, 1863; „Deutsche Volkszahl und Sprachgebiet“, 1869; „Sterblichkeitstafel für den preußischen Staat im Umfange von 1865“, 1875; „Die statistischen Aufgaben der Gemeindebehörden mit besonderer Rücksicht auf Armenpflege und Armenstatistik“, Schriften des DV H. 4, 1883; „Die Bewegung der Bevölkerung der Stadt Berlin von

1869-78⁴, 1884; Herausgeber des „Statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin“, 1877-1902.

Literatur

NDB; HdStW; Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 31. Jg., 1909.

Bild

Das goldene Buch, Wissenschaft, S. 19.

Bödiker, Anton (*Tonio*) Wilhelm Laurenz Karl Maria Dr. iur. h. c., Dr. phil. h. c. et med. h. c.

Ministerialbeamter, Präsident RVA

* 5.6.1843 in Haselünne, † 4.2.1907 in Berlin; kath.; V Wilhelm B. (1814-92), Kreishauptmann; M Maria geb. Heyl (1822-1906); ∞ 1874 Johanna geb. Devens (1855-1929); K 2 S, 4 T.

Volksschule in Haselünne; 1857-61 Gymnasium in Meppen; 1861-64 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Heidelberg, Berlin und Göttingen; 1864-68 Auditor im Justiz- und Verwaltungsdienst an den Amtsgerichten in Osnabrück, Iburg und Haselünne; 1868-70 Hilfsarbeiter bei der Landdrostei in Osnabrück; 1870 Hilfsarbeiter der Finanzdirektion in Hannover und Regierungsassessor beim Amt in Hümling; 1870-71 Verwalter der Landratsämter in Schlochau und Lötzen; 1871 Hilfsarbeiter bei der Provinzialregierung und dem Oberpräsidium in Stettin; 1871-73 Hilfsarbeiter im preuß. Innenministerium (1872 Hilfsarbeiter Preuß. Statistisches Büro) und im Staatsministerium; 1873-81 Landrat in Gladbach; 1881 Geh. Regierungsrat im Reichsamt des Innern (zunächst Referent für GewO-Innungswesen, Befähigungsnachweise, ab 1883 auch Unfall-, Alters- u. Invaliditätsversicherung); 1884-97 Präsident des Reichsversicherungsamts; 1898-1903 Vorstandsvorsitzender bei Siemens & Halske in Berlin.

Corps Saxonia in Göttingen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Präsident des Internationalen Verbands zum Studium der Verhältnisse des Mittelstands; Vorstandsmitglied im Mitteleu-

ropäischen Wirtschaftsverein; Vorstandsmitglied des Deutschen Samaritervereins.

Auszeichnungen

Wirkl. Geh. Oberregierungsrat; 1889 Dr. phil. h. c. in Leipzig; 1896 Dr. iur. h. c. in Breslau; 1899 Dr. med. h. c. in Göttingen; Ehrenbürger in Rheydt; Denkmal in Haselünne; Bödiker-Medaille für besondere Verdienste um die Arbeiterversicherung; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern; Preuß. Wilhelmsorden; Komtur 2. Klasse vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Komtur 1. Klasse vom Württemb. Friedrichsorden; Komtur mit Stern vom Großherzogl. Sächs. Hausorden der Wachsamkeit oder vom weißen Falken; Kommandeur 1. Klasse mit Stern und Eichenlaub vom Bad. Orden vom Zähringer Löwen; Großkreuz vom Orden der Ital. Krone; Komtur mit Stern vom Österr. Franz-Joseph-Orden; Kommandeur 1. Klasse vom Schwed. Nordstern-Orden.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: UnfVersG 1884; HilfskGNov 1884; KrankVersGNov 1885. Deutscher Vertreter auf den Internat. Arbeiterversicherungskongressen 1891 in Bern, 1894 in Mailand (Ehrenpräsident), 1897 in Brüssel, 1900 in Paris, 1902 in Düsseldorf und 1905 in Wien; Mitglied im ZWAK; Vorstandsmitglied im Deutschen Verein für Volkshygiene; Vorstandsmitglied im Deutschen Lungenheilstättenverein.

B. hatte maßgeblichen Anteil an der Schaffung der gewerblichen Unfallversicherung, er verfasste und vertrat erfolgreich die dritte Unfallversicherungsvorlage, die 1884 als UnfVersG verabschiedet wurde und schuf als Präsident des neu geschaffenen Reichsversicherungsamts die berufsgenossenschaftliche Organisation und die Grundlagen einer als arbeiterfreundlich geltenden Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts (Rekursverfahren). Mit ihr legte er die Grundlage zu einer versöhnenden Arbeiterpolitik. Sein positives Wirken wurde auch von der Sozialdemokratie anerkannt, er hat sich besondere Verdienste um die Internationalisierung der Arbeiterversicherung erworben, war eine Hauptstütze der internat. Arbeiterversicherungskongresse

auch nach seinem Abschied aus dem Reichsdienst.

Sein Bestreben, die selbständige Stellung des Reichsversicherungsamts auszubauen, wurde durch das Reichsamt des Innern abgewehrt. Nach seinem Abschied versuchte er staatsbürokratische Verwaltungsgrundsätze auf das Industrieunternehmen Siemens & Halske zu übertragen und trug so zu dessen Modernisierung bei, allerdings war auch hier sein Gestaltungsspielraum begrenzt, dieses Mal durch die Familie Siemens.

Veröffentlichungen

„Die Kommunalbesteuerung (local taxation) in England und Wales“, 1873; „Das Gewerberecht des Deutschen Reiches“, 1883 „Die Unfallgesetzgebung der europäischen Staaten“, 1884; „Die Gewerbe- und Versicherungsgesetzgebung des deutschen Reiches“, 1887; „Über die Durchführung der Invaliditäts- u. Altersversicherung in Deutschland“, 1894; „Über den Einfluß der Unfallversicherung auf die bessere Heilung der Verletzten u. d. Wiedererlangung größerer Erwerbsfähigkeit“, 1894; „Die Arbeiterversicherung der europäischen Staaten“, 1895; „Die Reichsversicherungsgesetzgebung“, 1898; „Die wirtschaftliche und politische Bedeutung der deutschen Arbeiter-Versicherung“, 1902; „Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiter-Versicherung in Deutschland“, 1902; Mitbegründer der „Gewerblichen Zeitschrift, Organ für die nationale Industrie und das Wohl der Arbeiter“.

Literatur

NDB; Romeyk; Adolf, Tonio Bödiker (1843-1907), 2006; ProtPrStM 7, 8/II; Q I. 2, 3, II. 2, III. 2; TNIs Siemens-Archiv München.

Bild

Adolf, Tonio Bödiker.

Böhmert, Karl *Victor* Dr. iur.
Nationalökonom

* 23.8.1829 in Quesitz/Leipzig, † 12.2.1918 in Dresden; ev-luth.; V Karl Friedrich B. (1797-1882), Pfarrer in Roßwein; M Henriette Sophie geb. Gräbner (1802-71); ∞ 1861 Sophie Elisabeth geb. Löhning; K 3 S.

1842-48 Gymnasium in Meißen; 1848-52 Studium der Nationalökonomie und Rechtswissenschaften in Leipzig; 1852-55

Gerichtsaktuar in Meißen; 1855 Dr. iur. in Leipzig; 1855-57 Herausgeber der nationalökonomischen Wochenschrift „Germania“ in Heidelberg; 1857-60 Redakteur beim Bremer Handelsblatt; 1860-66 Syndikus der Bremer Handelskammer; 1866-75 o. Prof. für Nationalökonomie in Zürich; 1875-1903 o. Prof. für Nationalökonomie und Statistik in Dresden; 1875-95 zugleich Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Bureaus in Dresden.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitbegründer des deutschen Nationalvereins; Mitglied im Protestantenverein (Referent 1872).

Auszeichnungen

Geh. Regierungsrat; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse; Ritter 1. Klasse vom königl.-sächs. Verdienstorden; Komtur 2. Klasse vom königl.-sächs. Albrechts-Orden; Kommandeur vom Orden der Ital. Krone.

Sozialpolitische Aktivitäten

1881 Mitbegründer und 1886-1914 Mitglied im Hauptausschuss des DV; Mitglied im ZWAK; 1857 Mitbegründer des Kongresses deutscher Volkswirte in Bremen; 1888 Mitbegründer des Vereins Volkswohl; Mitbegründer und Vorsitzender des Dresdener Vereins gegen Armennot und Bettel; Mitbegründer und Vorsitzender des Bezirksvereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke in Dresden; Mitglied der Krankenkassenkommission der Technischen Hochschule in Dresden; Gründer des ersten sächs. Vorschussvereins in Meißen; 1873-1914 Mitherausgeber und Redakteur des „Arbeiterfreund“; 1877 Mitherausgeber der „Sozialkorrespondenz“; Mitherausgeber des „Volkswohl“; 1888-1905 Herausgeber der Schriften des Vereins „Volkswohl“.

B. war dem sozialen Interventionsstaat, dem sog. Staatssozialismus abgeneigt, stattdessen befürwortete er einen sozialen Rechtsstaat, der für Sicherheit, Rechtsschutz und Bildung zu sorgen und die kollektiven Freiheitsrechte zu garantieren hatte. Staatshilfe wollte er auf Arbeiterschutz begrenzen; außerdem befürwortete er Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Mit diesen liberalen Positionen engagierte er sich in

verschiedenen Vereinen, förderte Armenwesen u. Gemeinnützigkeit sowie die entspr. Statistik.

Veröffentlichungen

„Freiheit der Arbeit“, 1858; „Untersuchung und Bericht zur Lage der Fabrikarbeiter“, 1868; „Der Sozialismus und die Arbeiterfrage“, 1872; „Die Gewinnbeteiligung“, 1878; „Armenstatistik und Anstellung möglichst gleichmäßiger Erhebungen der auf die Armenpflege bezüglichen Tatsachen“ (mit Berthold), Schriften des DV H. 1, 1881; „Bericht über die Individual-Armenstatistik des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit und die ersten Hauptresultate derselben“, Schriften des DV H. 4, 1884; „Einige neuere Ergebnisse der Armenstatistik der Städte Berlin und Dresden“, Schriften des DV H. 4, 1884; „Die Fürsorge für vernachlässigte und mißhandelte Kinder“, Schriften des DV H. 4, 1884; „Fürsorge für arbeitende Kinder“, Schriften des DV H. 4, 1884; „Bericht über die weitere Bearbeitung der Armenstatistik des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit“, Schriften des DV H. 6, 1885; „Das Armenwesen in 77 deutschen Städten und einigen Landarmenverbänden.“, 1886; „Eine deutsche Stadt (Roßwein) in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von 1834-94“, 1895; „Deutschland am Scheideweg seiner Wirtschaftspolitik“, 2 Bde., 1902; „Gewinnbeteiligung der Arbeiter in Deutschland, Österreich und der Schweiz“, 1902.

Literatur

NDB; HdStW; Maier; Schmidt (Hrsg.), Am Born der Gemeinnützigkeit, 1909; Kranich, Victor Böhmert (1829-1918), Herbergen der Christenheit, Sonderbd. 4, 2000; Ertl, „Nachtwächterstaat“ oder „Praktisches Christentum“?, 2008, S. 99 ff.

Bild

Sachße/Tennstedt, S. 291.

Böttcher, Eduard Theodor Ministerialbeamter

* 10.1.1829 in Dresden, † 10.5.1893 ebd.; ev.-luth.; V Johann Andreas B., Bäckermeister; M Christiana Wilhelmine geb. Nitzschke; ∞ 1853 Liddy Marie geb. Scheffler; K 1 S, 1 T.

1839-45 Gymnasium in Dresden; 1845-47 Angestellter in einer Eisenhütte; 1847-51

Studium an der Bergakademie in Freiberg; 1851-52 Angestellter im Hüttenwesen; 1852 Hilfslehrer und 1853 Professor für Maschinenlehre und Mechanik an der Gewerbeschule in Chemnitz; 1866-76 Direktor ebd.; 1872 Rang eines Regierungsrats ebd.; 1869 zugleich Direktoriumsmitglied der Höheren Webschule in Chemnitz; 1876 Geh. Regierungsrat im sächs. Innenministerium; 1887 Direktor der Abteilung für Ackerbau, Gewerbe und Handel im sächs. Innenministerium.

1884 stellv. sächs. Bundesratsbevollmächtigter.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Preisrichter der Weltausstellungen 1862 und 1873; 1876-86 Vorsitzender der Obereichungskommission für Sachsen; 1883 Vorsitzender bei der Technischen Sektion der Prüfungskommission für Kandidaten des höheren Schulamts an der TH Dresden; 1886 Vorsitzender des sächs. Landesversicherungsamts.

Auszeichnungen

Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern; Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael 2. Klasse; Komtur 2. Klasse vom Königl. Sächs. Verdienstorden; Komtur 1. Klasse vom Württemb. Friedrichsorden; Komtur 2. Klasse vom Sachsen-Ernestinischen Hausorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: InvAltVersG 1889; GewONov 1891; 1884-87 vom Bundesrat gewähltes nichtständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts, erwarb sich besondere Verdienste um die Ausgestaltung der Gewerbeaufsicht und der Arbeiterversicherung in Sachsen.

Veröffentlichungen

„Dampfmaschinenlehre“ (Bearb.), 1858.

Literatur

NDB; Poschinger, Bd. 5; Q II. 2, 6, III.

Böttcher, Friedrich Dr. phil.
Redakteur

* 13.2.1842 in Mengerlinghausen, † 13.5.1922 in Berlin; ev.; V Philipp B., Fleischermeister.

1858-61 Gymnasium in Korbach; Studium der Geschichte, Philosophie, Staatswissenschaften und Theologie in Berlin, Freiburg, Jena und Leipzig; 1865 Dr. phil. in Leipzig; 1868-74 Redakteur verschiedener Zeitungen in Mecklenburg, Leipzig, Karlsruhe, Mannheim, Straßburg und Berlin; 1874-94 Herausgeber der „Nationalliberalen Korrespondenz“ in Berlin.

Burschenschaft Germania Leipzig
Burschenschaft Teutonia Freiburg.

liberaler Politiker
NL, 1919-22 DVP
1881-84, 1887-90 und 1893-1911 Mitglied im Zentralvorstand der NL; Mitglied im Zentralausschuss der NL; 1887 Mitglied im Zentralwahlkomitee der NL;
RT 1878-95 WK Waldeck (NL); 1890-95 Quästor.

Auszeichnungen
1903 Ehrenbürger von Mengerlinghausen.

Sozialpolitische Aktivitäten
RT-Komm.: UnfVersG 1884; GewONov 1891.

Veröffentlichungen
„Ora et labora“, 1889.

Literatur
HbRT [1893]; Haunfelder Lib. Abg.

Bild
Biefang, S. 130.

Boetticher, Karl Heinrich von
Dr. iur. h. c.
Staatssekretär (Reich)

* 6.1.1833 in Stettin, † 6.3.1907 in Naumburg (Saale); ev.; V Karl von B. (1791-1868), Regierungspräsident; M Henriette Wilhelmine geb. Freiin von Bodenhausen

(1797-1833); ∞ 1869 Sophie geb. Berg (1851-1939); K 5 S, 4 T.

Gymnasien in Danzig und Potsdam; 1852-55 Studium der Kameral- und Rechtswissenschaften in Würzburg und Berlin; 1857-61 Auskultator, Referendar und Assessor beim Kreisgericht in Potsdam; 1862-63 in Gumbinnen und Danzig; 1863-65 Regierungsassessor in Stralsund und Potsdam; 1865 Hilfsarbeiter im preuß. Handelsministerium; 1865-69 Ratsherr in Stralsund; 1869 Hilfsarbeiter und Regierungsrat im preuß. Innenministerium; 1870-71 Regierungsrat im preuß. Kriegsministerium; 1872 Geh. Regierungsrat im preuß. Innenministerium; 1870-73 Mitglied der Preuß. Statistischen Zentralkommission; 1873-76 Landdrost von Hannover; 1876-79 Regierungspräsident in Schleswig; 1879-80 Oberpräsident von Schleswig-Holstein; 1880-97 Staatssekretär des Reichsamts des Innern und 1881-97 stellv. Reichskanzler; 1888 Vizepräsident des preuß. Staatsministeriums; 1897-1906 Oberpräsident der Provinz Sachsen.

konservativer Politiker
K
RT 1878-79 WK 2 Schleswig-Holstein (K); LT Pr. AbgeH 1866-67 WK 1 Stralsund (K); 1867-70 WK 1 Stralsund (K); 1882-93 WK 1 Stralsund (bkF); Herrenhaus 1901-07.

Ehrenämter und Mitgliedschaften
1881-97 stellv. Vorsitzender des Bundesrats; 1876 Mitbegründer und -1907 Ehrenvorsitzender des Deutschen Beamtenvereins; Mitbegründer des preuß. Beamtenvereins in Hannover; 1884 Domkapitular in Naumburg; 1889 Senior des Domstifts ebd.

Auszeichnungen
Dr. h. c. Marburg; Ehrenbürger von Stralsund; Preuß. Staatsminister mit Prädikat Exzellenz; Schwarzer Adlerorden mit der Kette; Preuß. Wilhelmsorden; Stern der Komtur mit Schwertern vom Hausorden von Hohenzollern; Großkreuz vom Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael; Großkreuz vom Verdienstorden der Bayer. Krone; Großkreuz vom Königl. Sächs. Verdienstorden; Großkreuz mit silbernem Stern

vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Großkreuz vom Orden der Württemb. Krone; Großkreuz vom Anhalt. Hausorden Albrecht des Bären; Bad. Kreuz vom Verdienstorden vom Zähringer Löwen; Großkreuz vom Braunschweig. Hausorden Heinrich des Löwen; Großkreuz vom Großherzogl.-Hess. Ludwigsorden; Großkreuz vom Großherzogl.-Hess. Verdienstorden Philipp des Großmütigen; Lipp. Ehrenkreuz (Hausorden) I. Klasse mit goldener Krone; Großkreuz mit goldener Krone vom Mecklenburg. Hausorden der Wendischen Krone; Großkreuz mit goldener Krone und Kette vom Oldenburg. Haus- und Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig; Großkreuz vom Großherzogl.-Sächs. Hausorden der Wachsamkeit oder vom weißen Falken; Großkreuz vom Sachsen-Ernestinischen Hausorden; Schwarzburg. Ehrenkreuz I. Klasse; Großkreuz vom japanischen Verdienstorden der aufgehenden Sonne; Großkreuz vom Zivilverdienstorden vom Niederl. Löwen; Großkreuz vom Österr.-Ungar. Leopoldorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: UnfVersGE 1881; KrankVersG 1883; HilfskGNov 1884; UnfVersG 1884; UnfKrankVersAusdG 1885; GewONov 1885/86; UnfKrankVersGLandw 1886; UnfVersGBau 1887; UnfVersGSee 1887; InvAltVersG 1889; GewGerG 1890; GewONov 1891; KrankVersGNov 1892; GewONov 1897.

Von Boetticher war der wichtigste Mitarbeiter Bismarcks bei der Konzeptionierung und Durchführung der Arbeiterversicherungsgesetze, er entwickelte weniger eigenständige Vorstellungen als seine Referenten Bödiker, Bosse und Lohmann, vermittelte vor allem in juristischen und administrativen Konflikten sowie im Reichstag. Anders als Bismarck befürwortete er den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung; enger Freund und Förderer von R. Bosse.

Literatur

NDB; Hirth 1878; Poschinger, Bd. 4; Verwaltung II; GStA I. HA Rep. 77 185a Nr. 46 Bd. I; ProtPrStM 6/II, 7, 8/II; Nls Bundesarchiv Koblenz; Q I. 1, 2, II., III.

Bild

Verwaltung II, S. 224.

Bosse, Julius Robert Dr. theol. et iur. h. c. Preuß. Staatsminister

* 12.7.1832 in Quedlinburg, † 31.7.1901 in Berlin; ev.; V Johann Christoph B. (1787-1859), Unternehmer; M Dorothea geb. Sachse (1800-37); ∞ 1861 Alwine geb. Lindenbein (1835-1909); K 2 S, 5 T, u. a. Dorothea (1877-1963), verh. Frick.

Gymnasium in Quedlinburg; 1850-53 Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg, Halle (Saale) und Berlin; 1855 Referendar beim Appellationsgericht in Halberstadt; 1856 Hilfsrichter in Ermsleben; 1858-59 Regierungsassessor bei der preuß. Gesandtschaft in Stockholm; 1861-68 Kammerdirektor des Grafen von Stolberg-Roßla und Assessor des gräflichen Konsistoriums; 1866-68 Amtshauptmann in Uchte/Nienburg; 1870 Konsistorialrat in Hannover; 1872 Regierungsrat im Oberpräsidium und Justitiar des Provinzialschulkollegiums in Hannover; 1877 Geh. Regierungsrat im preuß. Kultusministerium; 1878 Geh. Regierungsrat und 1880 Geh. Oberregierungsrat im preuß. Staatsministerium; 1878-81 (nebenamtl.) Mitglied der Preuß. Statistischen Zentralkommission; 1881 Direktor der (II.) wirtschaftlichen Abteilung im Reichsamt des Innern; 1889 Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern; 1890 Staatssekretär des preuß. Staatsrats; 1891 Staatssekretär des Reichsjustizamts; 1892-99 Preuß. Kultusminister.

Corps Suevia Heidelberg
Corps Palaiomarchia Halle.

konservativer Politiker
LT Herrenhaus 1891-1901.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Komitee-Mitglied der Stadtmission in Berlin; Vorsitzender des Stadtausschusses der Inneren Mission in Berlin.

Auszeichnungen

Wirklicher Geheimer Rat mit Prädikat Exzellenz; 1889 Dr. iur. h. c. in Marburg; 1894 Dr. theol. h. c. in Halle (Saale); Ehrenbürger von Quedlinburg; Preuß. Roter Adlerorden Großkreuz mit Eichenlaub und Schwertern;

Preuß. Kronenorden 4. Klasse; Kreuz der Komtur vom Königl. Hausorden von Hohenzollern; Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael 2. Klasse; Komtur mit silbernem Stern vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Kommenthur mit Stern vom Orden der Württemb. Krone; Großkreuz mit goldener Kette vom Großherzogl. Bad. Orden vom Zähringer Löwen; Großkreuz vom Herzogl. Anhalt. Hausorden Albrecht des Bären; Großkreuz vom Bulgarischen Zivilverdienstorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: KrankVersG 1883; UnfVersG 1884; HilfskGNov 1884; Unf-KrankVersAusdG 1885; UnfKrankVersG Landw 1886; UnfVersGBau 1887; Inv-AltVersG 1889; KrankVersGNov 1892; Mitglied im VfSP; 1891-92 Vorsitzender der 2. Kommission für das BGB. In der Startphase von Bismarcks Arbeiterversicherungsgesetzgebung leitete er die entscheidenden Arbeiten in der sog. wirtschaftlichen Abteilung des Reichsamts des Innern, die faktisch die Sozialpolitik vorantrieb. B. gebührt ein ganz wesentlicher Anteil bei der Schaffung des InvAltVersG, das er auch kommentierte.

Veröffentlichungen

„Grundzüge konservativer Politik“ (anonym), 1868; „Zur Frage der Vorbildung im Verwaltungsdienst in Preußen“, in: „Die Vorbildung zum höheren Verwaltungsdienst in den deutschen Staaten, Österreich und Frankreich“; Schriften des VfSP Bd. 34, 1887; (mit v. Woedtke), „Das Reichsgesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889“, 1890.

Literatur

NDB; Schubert; Lüdicke; Mihr/Tennstedt/Winter (Hrsg.), Sozialreform als Bürger- und Christenpflicht, 2005 (mit Bibliographie); Nls GstA, Q I. 1, II. 1, 2, 6, III. 3; ProtPrStM 6/II, 7, 8/II, 9.

Bild

Mihr/Tennstedt/Winter, S. 1.

Brandts, Hubert Max (Maximilian)

Dr. rer. pol. h. c., Dr. iur. h. c.
Landesrat

* 8.2.1854 in Linnich, † 16.10.1905 in Düsseldorf; kath.; V Heinrich B., Kreisphysikus.

Studium der Rechtswissenschaften in Bonn, Tübingen und Straßburg; 1877-81 Gerichtsreferendar in Aachen; 1882 Assessor am Amtsgericht in Düsseldorf; 1883-97 Landesrat (Referent für Fürsorgeerziehung, psychiatrische Einrichtungen und Landarmenwesen) der Rheinischen Provinzialverwaltung; 1897-1903 Leiter der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz; 1903-05 Direktor der Provinzialfeuersicherungsanstalt.

Corps Arminia Bonn.

Auszeichnungen

1902 Dr. rer. pol. h. c. und Dr. iur. h. c. in Freiburg/Br.; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Offizier vom Belgischen Leopoldsorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

1894-1905 Mitglied im Hauptausschuss des DV; 1900 Ausschussmitglied im ZWAK; 1883 Mitglied und 1890 Vorstandsmitglied im Verein Arbeiterwohl; Mitglied im Vinzenzverein; 1893-99 Vorsitzender der Vinzenzkonferenz in Düsseldorf; B. gab 1889/90 entscheidende Anregungen (Verfasser einer Denkschrift 1890) für eine (Re-)Organisation der Caritas bzw. der kath. Wohlfahrtspflege; 1897 Vorkämpfer und Mitbegründer des Caritasverbands für das katholische Deutschland; Mitbegründer und Vorsitzender des Rheinischen Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnungswesens.

Veröffentlichungen

„Die neuen preußischen Verwaltungsgesetze für die Rheinprovinz“, 1887; „Die katholischen Wohlthätigkeits-Anstalten und -Vereine sowie das katholisch-soziale Vereinswesen insbesondere in der Erzdiözese Köln“, 1895; „Die Beteiligung größerer Verbände an der Armenlast: zwei Berichte“ (mit Rudolf), Schriften des DV H. 32, 1897.

Literatur

Nikles, Mehr Organisation, mehr Publikation: Maximilian Brandts und die Gründung des Deutschen Caritasverbands, in: Stimmen der Zeit, 122 (1997), S. 593-602; Maurer, Der Caritasverband zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, 2008.

Bild

Sachße/Tennstedt, S. 288.

Brentano, Ludwig Remigius *Lujo*

Dr. phil., Dr. iur., Dr. oec. et sc. pol. h. c. Universitätsprofessor und Publizist

* 18.12.1844 in Aschaffenburg, † 9.12.1931 in München; kath.; V Christian B. (1784-1851), Rentier und Dichter; M Emilie geb. Genger (1810-82); ∞ 1874 Valeska geb. Erbreich (1851-1918); K 1 T.

Gymnasien in Augsburg und Aschaffenburg; 1860-61 Studium in Dublin; 1862-63 Studium der Nationalökonomie in Münster; 1863-64 Studium in München; 1864-66 Studium in Heidelberg; 1866 Dr. iur. et phil. in Heidelberg; 1866 Studium in München; 1866-67 Studium in Göttingen; 1867 Dr. sc. pol. in Göttingen; 1876 Dr. phil. in Göttingen; 1867-68 Mitglied im Königl. Preuß. Statistischen Seminar in Berlin; 1868 Auslandsreise nach England; 1871 Habilitation und Privatdozent für Nationalökonomie in Berlin; 1871 ao. Prof. und 1873 o. Prof. in Breslau; 1886-88 o. Prof. in Straßburg; 1888-89 o. Prof. in Wien; 1889-91 o. Prof. in Leipzig; 1891-1916 o. Prof. für Nationalökonomie, Wirtschaftsgeschichte und Finanzwissenschaft in München.

liberaler Politiker

1918 Volkskommissar für Handel und Gewerbe in der bayer. Räteregierung von Kurt Eisner; 1918 Vorsitzender der Bayer. Sozialisierungskommission; 1918-19 Vorsitzender des Geistigen Arbeiterrats in München.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitbegründer des Deutschen Freihandelsbunds; Mitglied der Bayer. hist. Kommission; Mitbegründer des staatswissenschaftlichen Seminars in München; Mitglied der Akademien der Wissenschaften in Mün-

chen, Leipzig, Leningrad, Budapest und Rom; Mitglied der British Association for the advancement of science; Mitglied des internationalen statistischen Instituts in London; Mitglied der Academy of Political Science in New York City; Mitglied der Kaiserl. Russ. Akademie in St. Petersburg.

Auszeichnungen

Geh. Hofrat; Dr. sc. pol. h. c. in Bonn und Heidelberg; Dr. oec. h. c. in Dresden; Dr. h. c. der Handelshochschule in Nürnberg; Dr. h. c. in Manchester; Ehrenmitglied der Gesellschaft österr. Landwirte; Ehrenmitglied der ungar. Landwirtschaftsgesellschaft; Ehrenmitglied im Cobden Club; 3. Klasse vom bayerischen Verdienstorden vom heiligen Michael; Komtur 2. Klasse vom großherzogl.-hess. Verdienstorden Philipp des Großmütigen.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitbegründer des VfSP; Ausschussmitglied 1872, 1873, 1874/75, 1875/76, 1879, 1884, 1890, 1895, 1897, 1903, 1910-15; 1901-18 Ausschussmitglied der GfSR.

B. gilt als führender Vertreter eines sozialen Liberalismus innerhalb des Vereins für Socialpolitik, parteipolitisch engagierte er sich nicht. Ausgehend von der englischen Gewerkvereinsbewegung wurde er zum anerkannten Theoretiker des kollektiven Arbeitsvertrags, des sozialen Schieds- und Einigungswesens; die in „Richtungen“ zersplante deutsche Gewerkschaftsbewegung sollte vereinheitlicht, vom Staat anerkannt und mit bindender Verantwortung ausgestattet werden. Die Arbeiterschaft sollte durch Bildung aus ihrer sozialen Schwäche herausgeführt werden. Zu diesem Zweck schuf B. Vorlesungskurse für Arbeiter in den Volkshochschulen in München.

Veröffentlichungen

„On the history and development of guilds and the trade-unions“, 1870; „Die Arbeitergilden der Gegenwart“, 2 Bde., 1871-72; „Ueber Einigungsämter“, 1873; „Über Bestrafung des Arbeitsvertragsbruches“, Schriften des VfSP Bd. 7, 1874; „Die Reform des Lehrlingswesens“, Schriften des VfSP Bd. 10, 1875; „Über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung“, 1876; „Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht“, 1877; „Arbeiterversicherung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung“, 1879; „Arbeiterversicherungszwang“,

1881; „Gewerbliche Arbeiterfrage“, 1882 (in Schönbergs Handbuch); „Die Christlich-soziale Bewegung in England“, 1883; „Über die Ursachen der heutigen sozialen Not“, 1889; „Stellung der Gebildeten zur sozialen Frage“, 1890; „Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrages“, Schriften des VfSP Bd. 47, 1890; „Agrarpolitik“, 1897; „Der Schutz der Arbeitswilligen“, 1899; „Reaktion oder Reform? Gegen die Zuchthausvorlage“, 1899; „Wohnungszustände und Wohnungsreform in München“, 1904; „Arbeitsverhältnis in privaten Riesenbetrieben“, Schriften des VfSP Bd. 116, 1905; „Versuch einer Theorie der Bedürfnisse“, 1908; „Über Syndikalismus und Lohnminimum“, 1913; „Preisbewegung landwirtschaftlicher Güter in einigen Teilen Bayerns während der Jahre 1900 bis 1910“ (Einleitung), Schriften des VfSP Bd. 148, 1914; „Arbeitslohn und Arbeitszeit nach dem Kriege“, 1918; „Der Ansturm gegen den Achtstundentag“, Schriften des VfSP Bd. 163, 1923; „Konkrete Grundbedingungen der Volkswirtschaft“, 1924; „Das Wirtschaftsleben der antiken Welt“, 1929; „Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands“, 1931.

Literatur

NDB; HdStW; Maier; Reichshandbuch; TNls Bundesarchiv Koblenz; TNls Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg.

Bild

Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Titelbild.

Brinckmann, Justus Dr. iur. Schriftsteller und Museumsdirektor

* 23.5.1843 in Hamburg, † 9.9.1915 ebd.; ev.; V Carl Heinrich Ludwig B. (1809-55), Privatdozent und Jurist; M Mary geb. Justus (1814-65); ∞ 1) 1868 Ida geb. von Froschauer (1841-72), 2) 1874 Maria geb. von Froschauer (1848-99), 3) 1901 Christine Henriette geb. Hahn (1862-1934); K 6 S, 6 T, (aus 3) Albert Gideon B. (1877-1924), Museumsdirektor.

-1860 Gymnasium in Hamburg; Privatlehrer und Reisen nach Frankreich, Schweiz und Ägypten; Studium in Lausanne, Montpellier, 1865 Studium der Natur- und Rechtswissenschaften in Leipzig; 1865-66 Studium der Künste in Wien; Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Leip-

zig; 1867 Dr. iur. in Leipzig; 1868 Rechtsanwalt in Hamburg; 1869-70 in Venedig; 1870-71 Redakteur des Hamburgischen Korrespondenten in Paris; 1873 Sekretär der Gewerbekammer in Hamburg; 1877 Direktor des neuen Kunstmuseums in Hamburg.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Preisrichter auf den Weltausstellungen in Wien 1873, Antwerpen 1885 und Paris 1900; 1898-1915 Mitbegründer und Leiter des Internationalen Museumsverbands zur Abwehr von Fälschungen; 1889 Leiter der Hamburger Industrieausstellung; Mitbegründer und Schriftführer der Hamburger Kommission zur Beschaffung eines Kunstmuseums.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1875/76, 1877; die sozialpolitischen Aktivitäten beschränken sich auf den Verein für Socialpolitik und die Zeit seiner Tätigkeit als Sekretär der Hamburger Gewerbekammer.

Veröffentlichungen

„Lehrlingswesen“, Schriften des VfSP Bd. 11, 1875; „Die Communalsteuerfrage“, Schriften des VfSP Bd. 12, 1877.

Literatur

Hamburg. Bio.; Nls Staatsarchiv Hamburg.

Bild

Hamburg. Bio., S. 61.

Brinckmann, Karl Bürgermeister

* 9.9.1854, † 7.1.1901 in Berlin; ∞ Eva geb. Krieger; ev.; K Karl B. (1885-1954), Historiker.

1873-77 Studium in Königsberg; 1880 Rechtsanwalt in Tilsit; 1883 gewählter Bürgermeister von Tilsit, wegen freisinniger Parteibetätigung nicht im Amt bestätigt; 1894-1900 2. Bürgermeister von Königsberg; 1901 2. Bürgermeister von Berlin.

Corps Masovia in Königsberg.

Sozialpolitische Aktivitäten

1895-1901 Mitglied im Hauptausschuss des DV.

Veröffentlichungen

„Ehrenamtliche und berufsamtliche Tätigkeit in der städtischen Armenpflege“ (mit Zimmermann), Schriften des DV H. 18, 1894; „Die Armenpflege in ihren Beziehungen zu den Leistungen der Socialgesetzgebung“ (mit Uhlmann), Schriften des DV H. 29, 1897; „Die für das Armenwesen wichtigsten Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches“ (mit Cuno), Schriften des DV H. 45, 1899.

Literatur

Bio. Altpreuß.; ProtPrStM 7.

Bücher, Karl Dr. phil., Dr. iur. et rer. pol. h. c., Dr. ing. e. h.

Universitätsprofessor

* 16.2.1847 in Kirberg/Krs. Limburg, † 12.11.1930 in Leipzig; ev.; V Friedrich Theodor B. (1808-80), Bürstenfabrikant; M Christiane geb. Dorn (1805-71); ∞ 1882 Emilie geb. Mittermaier (1853-1909); K 1 S.

1853-61 Volksschule in Kirberg; 1861-63 Knabenanstalt (Fellersches Institut) in Dauborn; 1863-66 Gymnasium in Hadamar; 1866-67 Studium der Geschichte und Philologie in Bonn; 1867-68 Hauslehrer in Heppenheim; 1868-69 Studium der Geschichte, Philologie und Staatswissenschaften in Göttingen und 1869-70 in Bonn; 1870 Lehrer im International College in Godesberg/Bonn; 1871-72 Hauslehrer in Amsterdam; 1872 Dr. phil. in Bonn; 1872-73 Gymnasiallehrer in Dortmund und 1873-78 in Frankfurt/M.; 1878-80 Redakteur der Frankfurter Zeitung; 1881 Habilitation und Privatdozent für Nationalökonomie und Statistik in München; 1882-83 o. Prof. für Statistik in Dorpat und 1883-90 in Basel; 1890-92 o. Prof. an der Technischen Hochschule in Karlsruhe; 1892-1917 o. Prof. der Nationalökonomie in Leipzig; 1916 Mitbegründer des Instituts für Zeitungskunde in Leipzig.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1891 Mitglied der bad. hist. Kommission; Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Dresden und München; Mitglied im Verein für Geographie und Statistik in Frankfurt/M.; 1887 Präsident der Baseler Volkswirtschaftlichen Gesellschaft.

Auszeichnungen

Geh. Hofrat; Dr. iur. h. c. in Gießen; Ehrenmitglied des Vereins für Geschichte und Altertumskunde; Laveleye-Preis der belgischen Akademie der Wissenschaften; Ritter 1. Klasse vom Königl. Sächs. Verdienstorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1890, 1895, 1897, 1901, 1907, 1910-13; Mitglied im Beirat für Auswanderungswesen.

B. entwickelte 1910 das Gesetz der Massenproduktion. In der gewerblichen Entwicklung unterschied B. die fünf Stufen Hauswerk, Lohnwerk, Handwerk, Verlag und Fabrik.

Veröffentlichungen

„Die gewerbliche Bildungsfrage“, 1877; „Das gewerbliche Fortbildungswesen“, Schriften des VfSP Bd. 15, 1879; „Die Frauenfrage im Mittelalter“, 1882; „Basels Staatseinnahmen und Steuererteilung“, 1888; „Die Wohnungs-Enquête in der Stadt Basel“, 1891; „Die Entstehung der Volkswirtschaft“, 1893; „Die wirtschaftlichen Kartelle“, Schriften des VfSP Bd. 61, 1895; „Die Buchbinderei in Leipzig“, in: „Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland“, Schriften des VfSP Bd. 66, 1896; „Arbeit und Rhythmus“, 1896; „Einkommensverhältnisse der Leipziger Handwerker“, in: „Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland“, Schriften des VfSP Bd. 67, 1897; „Die Handwerkerfrage“, Schriften des VfSP Bd. 76, 1898; „Der deutsche Buchhandel und die Wissenschaft“, 1903; „Die berufsmäßige Ausbildung der volkswirtschaftlichen Beamten“, Schriften des VfSP Bd. 125, 1908; „Das Gesetz der Massenproduktion“, 1910; „Lebenserinnerungen 1847-1890“, Bd. 1, 1919; „Zur Frage der Pressreform“, 1922; Mitherausgeber der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ 1903-23.

Literatur

NDB; HdStW.

Bild

Meiers Großes Konversations-Lexikon 6. Aufl., 24. Bd., S. 968.

Bueck, Henry Axel
Geschäftsführer

* 12.12.1830 in Bischofsburg/Krs. Roessel, † 4.7.1916 in Berlin; ev.; V Johann Axel B. (- um 1835), Arzt; M Adelaide geb. Maréchaux (-1869); ∞ 1860 Luise geb. Sylla; K 1 S, 3 T.

1842-47 Oberrealschule in Königsberg; Ausbildung in der Landwirtschaft; 1860-73 Gutsbesitzer und Landwirt in Stannait-schen/Krs. Gumbinnen; 1866-73 nebenamtlicher Generalsekretär des Landwirtschaftlichen Zentralvereins für Litauen und Masuren; 1866-73 auch Versicherungsgutachter und -vertreter; 1873 Geschäftsführer des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (Langnam-Verein); 1874 Geschäftsführer der Nord-westlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller; 1876 Mitbegründer und 1887-1910 Generalsekretär des Zentralverbands Deutscher Industrieller zur Förderung und Wahrung nationaler Arbeit; 1882 Schriftleiter der Verbandszeitschrift „Stahl und Eisen“; 1887-1912 Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller; 1904 Mitbegründer und Geschäftsführer der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände.

liberaler Politiker

LT Pr. AbgeH 1894-98 WK 5 Düsseldorf (NL).

Auszeichnungen

Ehrenmitglied des Langnam-Vereins; Ehrenmitglied des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller; Ehrenmitglied des Landwirtschaftlichen Zentralvereins für Litauen und Masuren; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Offizier vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1884, 1890, 1895.

Bueck gehörte zu den maßgeblichen Befürwortern des Schutzzolls. Im Zentralverband Deutscher Industrieller prägte er fast alle Stellungnahmen zu den sozialpolitischen Gesetzesvorlagen.

Veröffentlichungen

„Deutsch-Österreichischer Handelsvertrag“, in: Verhandlungen der fünften Generalversammlung, Schriften des VfSP Bd. 15, 1879; „Die Einwirkung der Organisation unserer höheren und mittleren Schulen auf das soziale Leben und die Erwerbstätigkeit der Nation“, Schriften des VfSP Bd. 28, 1884; „Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrages“, Schriften des VfSP Bd. 47, 1890; „Der Centralverband Deutscher Industrieller 1876-1901“, 3 Bde., 1901; „Soziale Reform“, 1903; „Die Sozialpolitik des letzten Jahrzehnts“, 1910.

Literatur

NDB; Bührer (Hrsg.), Henry Axel Bueck. Mein Lebenslauf, 1997; ProtPrStM 10.

Bild

Gestalten der Bismarckzeit Bd. 1, S. 306.

Buehl, Wilhelm Adolf Alfred Dr. iur.
Senatssyndikus

* 25.11.1860 in Koblenz, † 15.11.1948 in Hamburg; ev.; V Wilhelm Adolf B. (1821-1903), Kaufmann; M Emilie geb. Zentner (1827-1916); ∞ 1887 Kaethe (Katharina Jakobine) geb. Brien (1862-1945); K 1 S, 1 T.

Hausunterricht; 1866-69 Knabenschule in Koblenz; 1869-78 Gymnasium in Koblenz; 1878 Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg und 1879 in Berlin; 1882 Dr. iur. in Heidelberg; Referendar in Koblenz und Köln; 1886-90 Gerichtsassessor der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Lüneburg; 1890 Übertritt in den hamburg. Staatsdienst, Staatsanwaltsgehilfe in Hamburg; 1891 Staatsanwalt; 1897-1905 Direktor des öffentlichen Armenwesens; 1905 Senatssekretär, 1907-28 Syndikus des Hamburger Senats; Staatsrat; Präsi-

dialmitglied der Oberschulbehörde ebd. und Verwaltung des Gewerbeschulwesens in Hamburg; Mitglied der Gefängnisdeputation in Hamburg; 1920 Vorsitzender der Kommission für Leibesübungen.

Corps Rhenania in Heidelberg.

Sozialpolitische Aktivitäten

1899-1919 Mitglied im Hauptausschuss des DV;

1906-19 Präsidialmitglied des Armenkollegiums in Hamburg; Mitglied des Waisenhauskollegiums ebd.; B. führte die von E. Münsterberg begonnenen Reformen des Armenwesens in Hamburg fort. Dabei setzte er sich für die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und privater Fürsorge durch ehrenamtliche Armenpfleger ein, die in Hamburg bis etwa 1938 fortgesetzt wurde.

Veröffentlichungen

„Arbeitseinrichtungen für Zwecke der offenen Armenpflege“, Schriften des DV H. 43, 1899; „Die einheitliche Gestaltung der Armen-Finanzstatistik“, Schriften des DV H. 48, 1900; „Vergleichende Armenfinanzstatistik deutscher Städte. Ein Beitrag zur einheitlichen Gestaltung der Armenstatistik“, Hamburg 1900; „Die geschlossene Armenpflege“ (mit Eschle), Schriften des DV H. 65, 1903; „Das Armenwesen“, Handbuch der Hygiene in 10 Bänden, hrsg. v. Th. Weyl, 4. Supplementband: Soziale Hygiene, Jena 1904; „Die heutigen Anforderungen an die öffentliche Armenpflege im Verhältnis zur bestehenden Armengesetzgebung“ (mit Schwander), Schriften des DV H. 73, 1905; Herausgeber: Blätter für das hamburgische Armenwesen 1897-1921.

Literatur

Krug von Nidda; Buehl/Loose (Bearb.), Aus der alten Ratsstube. Erinnerungen 1905-1918, 1973; Nls Staatsarchiv Hamburg.

Buhl, Franz Armand Dr. phil.
Weingutbesitzer

* 2.8.1837 in Ettlingen, † 5.3.1896 in Deidesheim; ev.; V Franz Peter B. (1809-62)

Fabrikbesitzer, Weingutbesitzer; M Josephine geb. Jordan (1813-72); ∞ 1865 Julie geb. Schellhorn-Wallbillich (1847-1901); K Franz Eberhard B. (1867-1921), MdL (Bayern) 1907-11.

Privatunterricht; um 1852 Gymnasium in Mannheim; Handelsakademie in Lübeck; Studium der Naturwissenschaften in Heidelberg; Dr. phil. in Heidelberg; 1862 Verwaltung des Familienbesitzes in Deidesheim; Ankauf von Schwefelgruben in Italien; Aufbau einer Düngemittelfabrik in Kaiserslautern; 1909 Weingut Forst (aus Familienerbe Julie B.).

liberaler Politiker

NL

1859-67 Nationalverein; 1873-77 Zentralausschuss der NL; 1887 Zentralwahlkomitee der NL; 1883-87 (mit Heinrich v. Marquardsen) Vorsitzender der nationalliberalen Fraktion des Reichstags; 1881-84; 1893-96 im Vorstand der NL; RT 1871-93 WK Homberg/Kusel (NL); 1887-90 1. Vizepräsident; LT Bayern KdA 1883-96; 1885-96 KdRR; K 1877-85 Mitglied des pfälz. Landrats; 1881-85 pfälz. Landratspräsident; 1881 Präsident des ständigen Ausschusses der Pfalz.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Präsident des Deutschen Weinbau-Verbands; 1866 Mitbegründer des Vereins zur Wahrung der Interessen des linken Rheinufers; Mitglied im landwirtschaftlichen Generalkomitee für das Königreich Bayern; Mitglied der pfälz. Handelskammer; Mitglied des Kreiskomitees für die Pfalz; Vorstandsmitglied des Gremiums für Handel und Gewerbe für den Bezirk Neustadt-Dürkheim; Vorstandsmitglied des landwirtschaftlichen Bezirkskomitees Neustadt; Distriktsrat und pfälzischer Landrat in Neustadt.

Auszeichnungen

Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael Ritter 1. Klasse; Königl. Sächs. Albrechts-Orden Komtur 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: UnfVersGE 1881; KrankVersG 1883; HilfskGNov 1884; UnfVersG 1884 Ber.; UnfKrankVersAusdG 1885 Ber.; UnfKrankVersGLandw 1886; InvAltVersG 1889; KrankVersGNov 1892. – 1882 war er stimmführender Antragsteller bei dem liberalen Entwurf eines Unfallentschädigungsgesetzes (Q II. 2 Nr. 37), 1884 unterstützte er das sog. Heidelberger Programm, das die dritte Unfallversicherungsvorlage Bismarcks seitens der nationalen und liberalen Parteien Süddeutschlands befürwortete und so zu deren Verabschiedung beitrug (Q II. 2 Nr. 151).

Literatur

NDB; HbRT 1890; Saarpfälzische Lebensbilder Bd. 1: Deutscher Westen; Haunfelder Lib. Abg.; Kosch; Andermann/Schnabel, Deidesheim 1995; Nls Bundesarchiv Koblenz; Q II. 2, 3, 6.

Bild

Biefang, S. 28.

Caspar, *Franz* Erich Dr. iur. h. c.
Unterstaatssekretär (Reich)

* 7.9.1849 in Stralsund, † 24.6.1927 in Berlin; ev.; V Eduard C. (1816-91), Rechtsanwalt und Notar; M Elisabeth geb. Groschke; ∞ 1878 Anna geb. Vonhoff; K mind. 2 T, 1 S, Erich C. (1879-1935), Historiker.

1859-66 Gymnasium in Berlin; -1869 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften; 1869 Auskultator und 1870-71 Referendar am Kreisgericht in Greifswald; 1872 Referendar beim Kammergericht in Berlin; 1874-75 Gerichtsreferendar in Paderborn; 1876 Gerichtsassessor und Hilfsrichter am Kreisgericht in Berlin; 1877 Kreisrichter in Brandenburg/Havel; 1880 Hilfsarbeiter und 1881 Regierungsrat im Reichsamt des Innern; 1885-89 Geh. Regierungsrat im Reichsversicherungsamt; 1889 Geh. Regierungsrat und 1892 Geh. Oberregierungsrat im Reichsamt des Innern (Referent f. Haftpflichtgesetz, Unfallversicherung, Reichsversicherungsamt u. Kaiserl. Gesundheitsamt); 1894-96 im Nebenamt Mitglied des Bundesamts für Hei-

matwesen; 1896 im Nebenamt Vorsitzender des Kaiserl. Oberseeamts; 1901-17 Direktor der (II.) wirtschaftlichen Abteilung im Reichsamt des Innern; 1906 deutscher Vertreter auf den internationalen Arbeiterschuttkonferenzen in Genf und Bern; 1917 Unterstaatssekretär der sozialpolitischen Abteilung im (neuen) Reichswirtschaftsamt; 1918 Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsamt; 1919 Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsministerium; 1919 Ruhestand.

1901-19 stellv. preuß. Bundesratsbevollmächtigter.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

stellv. Mitglied des Bezirksrats des Regierungsbezirks Potsdam.

Auszeichnungen

1912 Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; 1912 Dr. iur. h. c. Freiburg; Preuß. Wilhelmsorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: InvVersG 1899; UnfVersG 1900; KindSchG 1903; KrankVersGNov 1903; KaufmG 1904; GewONov 1908; AkGE 1908; HausarbG 1911; RVO 1911; VfA 1911; VerGNov 1916; InvVersG 1916.

C. hat als Direktor der sog. wirtschaftlichen Abteilung im Reichsamt des Innern bei sozialpolitischen Gesetzesnovellen entscheidenden Einfluss ausgeübt. Unter Posadowsky-Wehner und Bethmann Hollweg prägte er die Weiterentwicklung der Arbeiterversicherungsgesetze, insbesondere die der Unfallversicherung (1900) und war an der Vereinheitlichung und Zusammenführung der Arbeiterversicherungsgesetze entscheidend beteiligt. Er hatte maßgeblichen Anteil an der Entstehung der RVO, gilt als deren „Vater“, seit 1910 auch starker Anteil am VfA, insbesondere bei den Beratungen der preußischen Ministerien. „Er ist in fast vierzig Jahren zur Säule und Geschichte der Sozialpolitik wie des Reichsamts des Innern geworden.“ (A. Wermuth)

Veröffentlichungen

„Die Innungen für Gewerbetreibende“, 1882; „Unfallgesetz vom 6. Juli 1884“, 1901; „Gewerbeunfallversicherungsgesetz nebst Gesetz betreffend die Abänderung der Unfallversiche-

rungsgesetze vom 30. Juni 1900⁴, 1907; „Die Innungen für Gewerbetreibende nach den reichsgesetzlichen Vorschriften für den praktischen Gebrauch dargestellt“, 1927.

Literatur

Tennstedt, C. und die Entstehung der RVO, Die Sozialgerichtsbarkeit 1975; GSTA I. HA Rep. 77 tit. 185a Nr. 2 Bd. 10; BArch R 3901 Nr. 100122; ProtPrStM 7, 8/II, 9, 10.

Bild

Die Sozialgerichtsbarkeit 1975, S. 522.

Cohn, Gustav Dr. phil.

Universitätsprofessor

* 12.12.1840 in Marienwerder, † 17.9.1919 in Göttingen; jüd./ev.; V Viktor C., Kaufmann; M Nanny geb. Meyer.

Studium der Nationalökonomie und Staatswissenschaften in Berlin und Jena; 1866 Dr. phil. in Leipzig; 1867-68 Mitglied des Preuß. Statistischen Seminars in Berlin; 1869 Habilitation und Privatdozent in Heidelberg; 1871 Prof. am Polytechnikum in Riga; 1872-73 sozialpolitischer Redakteur der Frankfurter Zeitung; 1873 Reise nach England; 1875-84 Prof. für Nationalökonomie und Staatswissenschaften in Zürich; 1884-1918 o. Prof. für Staatswissenschaften in Göttingen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1892- Mitglied der Reichskommission zur Enquete über die Börse; Mitglied der American Economic Association Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Göttingen.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitbegründer im VfSP; Ausschussmitglied 1884, 1890, 1895, 1897, 1903, 1910-15; 1877; C. war ein Gegner des Manchesterliberalismus und des Sozialismus. Die sozialen Probleme der Arbeiter leitete er aus der zu hohen Geburtenrate innerhalb der Arbeiterklasse ab, die das Lohnniveau unter Druck bringen sollte. C. war ein Ver-

fechter der neuen induktiven Methode gegenüber der vorherrschenden Deduktion.

Veröffentlichungen

„Untersuchungen über die englische Eisenbahnpolitik“, 1874; „Das Verfahren bei Enqueten über soziale Verhältnisse“, Schriften des VfSP Bd. 13, 1877; „Internationale Fabrikgesetzgebung“, Schriften des VfSP Bd. 21, 1882; „Volkswirtschaftliche Aufsätze“, 1882; „Die Englische Eisenbahnpolitik der letzten zehn Jahre“, 1883; „System der Nationalökonomie“, 3 Bde., 1885-96; „Über akademische Fortbildung für den höheren Verwaltungsdienst in Preußen. Kritik und Reformvorschlag“, Schriften des VfSP Bd. 34, 1887; „Finanzwissenschaft“, 1889; „Die deutsche Frauenbewegung“, 1896; „Zur Geschichte und Politik des Verkehrswesens“, 1900; „Ethik und Soziologie“, 1916; „Universitätsfragen und Erinnerungen“, 1918.

Literatur

NDB; Hamburger; HdStW; Arndt (Hrsg.), Göttinger Gelehrte, 2001.

Bild

Arndt, Bd. 1, S. 275.

Cuno, Willi

Oberbürgermeister

* 22.9.1860 in Berlin, † 26.5.1951 in Hagen; ev.; V Rudolf C., Stadtwerksdirektor; M Agnes geb. Lerchner; ∞ 1891 Emmi geb. Scotti; K 1 S, 2 T.

1869-77 Gymnasium in Köln; 1877-81 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin; 1881-87 Referendar; 1887 Gerichts-assessor und danach Hilfsarbeiter der Stadtverwaltung in Berlin; 1888 Magistratsassessor in Berlin; 1898-1901 Stadtrat in Königsberg; 1901-07 Bürgermeister und 1907-27 Oberbürgermeister von Hagen.

1878 Akademische Turnerschaft.

liberaler Politiker

FrVp, FoVP, DDP
RT 1906-12 WK 4 Arnsberg (FrVp, FoVP);
K 1901-29 Westfälischer Provinziallandtag.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Ausschussmitglied im Verband Deutscher Gewerbeberichte; Vorsitzender des Vereins

zur Förderung des Berufs- und Fortbildungsschulwesens in der Provinz Westfalen.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse; 1927 Ehrenbürger von Hagen; Ehrenbürger der Universität Münster; 1928 Ehrenmitglied des DV; 1940 Großer Ehrenbrief des NS-Reichsbunds für Leibesübungen.

Sozialpolitische Aktivitäten

1896-1928 Mitglied im Hauptausschuss des DV, 1921-28 Vorstandsmitglied des DV; stellv. Beirat ZfVW; 1906-18 Ausschussmitglied der GfSR; Mitglied im Zentralausschuss für Volks- und Jugendsport; Pionier des Individualisierungsprinzips für Richtsätze der Armenfürsorge und deren wissenschaftliche Grundlegung bzw. Ausgestaltung (heute: Regelsätze); erarbeitete einen Gesetzesvorschlag zur weiteren Finanzierung der preußischen Fortbildungsschulen (lex Cuno).

Veröffentlichungen

„Grundsätze über Art und Höhe der Unterstützungen“ (mit v. Dehn-Rotfelser), Schriften des DV H. 19, 1894; „Fürsorge für arme Schulkinder durch Speisung, beziehungsweise Verabreichung von Nahrungsmitteln“, Schriften des DV H. 26, 1896; „Existenzminimum in der Armenpflege. Anrechnung der Leistungen der Privatwohlthätigkeit und Invalidenrenten“ (mit Schmidt), Schriften des DV H. 40, 1898; „Zufluchtstätten für weibliche Personen“ (mit Ewald Anders), 1898; „Die für das Armenwesen wichtigsten Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches“ (mit Brinkmann), Schriften des DV H. 45, 1899; „Die Organisation der Gemeinwesenpflege“ (mit Schmidt), Schriften des DV H. 47, 1900; „Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20.12.1911“, 1912; „Grundsätzliches bei der Aufstellung und Handhabung von Richtsätzen für die Unterstützung Hilfsbedürftiger“, Schriften des DV H. 12, 1927; „Die Richtsätze der öffentlichen Fürsorge“, Schriften des DV H. 19, 1933.

Literatur

Haunfelder Lib. Abg.; Krug von Nidda; HbRT 1907; Häming; Hist. Zentrum Hagen; TNIs Stadtarchiv Hagen; TNIs Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung Gumbach; ProtPrStM 10.

Bild

Sachße/Tennstedt, S. 296.

Dannenberg, Johann Franz Heinrich
Redakteur

* 16.10.1833 in Hamburg, † 16.8.1887 ebd.; ev.; V Schneidermeister; ∞ 1859; K 2 S, 2 T.

Kirchliche Elementarschule; Matrose; 1852 Sekretär, 1870 volkswirtschaftlicher Redakteur der freihändlerischen Hamburger Börsenhalle; 1874 Chefredakteur ebd. (als Nachfolger Julius v. Eckardts).

liberaler Politiker

K 1874-87 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (liberal), Spezialist für Gewerbesachen.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP, Ausschussmitglied 1874/75, 1877, 1884; Mitglied im Kongress Deutscher Volkswirte.

Veröffentlichungen

„Das deutsche Handwerk und die soziale Frage“, 1872; „Zur Frage wegen gewerblicher Schiedsgerichte und Einigungsämter“, Schriften des VfSP Bd. 2, 1873; „Bestrafung des Arbeitscontractbruchs“, Schriften des VfSP Bd. 9, 1875; „Reform der Gewerbeordnung“, in: Verhandlungen der fünften Generalversammlung, Schriften des VfSP Bd. 14, 1879.

Literatur

Hamburger Correspondent Nr. 227 v. 17.8.1887, Hamburger Börsenhalle v. 16.8.1887.

Dehn-Rotfelser, Ludwig von
Landesrat

* 24.1.1846 in Kassel, † 13.1.1929 ebd.; ev.; V Jakob Arnold Karl v. D.-R. (1808-81), kurhess. Finanzminister; M Emilie Luise Charlotte geb. Frein v. Wrede (1821-1902); ∞ 1874 Julie Georgine geb. Möller (1846-1914); K 1 S, 4 T.

-1863 Gymnasium in Kassel; Studium der Rechtswissenschaften in Marburg und Leipzig; 1874 Gerichtsassessor in Wetter und Marburg; 1876 Amtsrichter in Wetter; 1881 Hilfsarbeiter im preuß. Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizi-

nalangelegenheiten; 1882-1912 Landesrat und zuletzt stellv. Landeshauptmann des Bezirksverbands Hessen-Nassau in Kassel; 1912 Abschied, von 1914-17 wieder als Landesrat tätig („aktiviert“).

Corps Hasso-Nassovia in Marburg.

Auszeichnungen

Geh. Regierungsrat; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse; Waldeck. Verdienstkreuz für Militär- und Zivilpersonen 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1896-1902 Mitglied im Hauptausschuss des DV; war dort Fachmann für geschlossene Armenfürsorge, insbes. Taubstummenanstalten und Landeskrankenhäuser.

Veröffentlichungen

„Grundsätze über Art und Höhe der Unterstützungen“ (mit Cuno), Schriften des DV H. 19 1894.

Literatur

Kasseler Post 24.1.1926 und 18.1.1929.

Delbrück, Gottlieb Ernst *Clemens* von Dr. iur.
Staatssekretär (Reich)

* 19.1.1856 in Halle (Saale), † 17.12.1921 in Jena; ev.; V Ernst Friedrich D. (1814-92), Kreisphysikus; M Anna geb. Klenze (1826-79); ∞ Meta geb. Liedtke (1857-1914); K 3 S, 1 T.

Gymnasium in Halle; 1873-77 Studium der Rechtswissenschaften in Halle, Heidelberg, Greifswald und Berlin; 1882-85 Regierungsassessor in Marienwerder; stellv. Landrat in Deutsch-Krone und Schlochau; 1885-91 Landrat des Kreises Tuchel; 1892-96 Regierungsrat im Oberpräsidium in Danzig; 1896-1902 Oberbürgermeister von Danzig; 1902-05 Oberpräsident von Westpreußen; 1905-09 Preuß. Handelsminister; 1909-16 Staatssekretär des Reichsamts des Innern; 1909-16 zugleich Preuß. Minister ohne Geschäftsbereich im preuß. Staatsministerium, 1914-16 Vizepräsident

desselben; 1916-17 o. Honorarprof. in Jena; 1918 Leiter des Kaiserl. Zivilkabinetts.

Bundesratsbevollmächtigter.

konservativer Politiker

Mitbegründer der DNVP;
RT 1919-20 WK 36 Thüringen (DNVP);
1920-21 Reichswahlvorschlag (DNVP);
LT Herrenhaus 1896-1902.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1917 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Ausschusses zur Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft.

Auszeichnungen

1916 nobiliert; Ritter vom Preuß. Schwarzen Adlerorden; Preuß. Roter Adlerorden Großkreuz mit Eichenlaub und Brillanten; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Brillanten.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: KaufmG 1904; RVO 1911; VfA 1911.

Unter D. übernahm das preuß. Handelsministerium wieder die Führung der Handels- und Gewerbepolitik des Reichs. Von D. stammt die Sentenz „Ringens um die Seele des Arbeiters“, Gesetze allein täten es nicht; er initiierte gleichwohl die Novelle zum preuß. Berggesetz von 1906, die Missstände in Lohnzahlung und Arbeitszeit beseitigte und die Sanierung der Knappschaftsvereine einleitete.

1911-14 Planer und 1914-16 Leiter der wirtschaftlichen Mobilmachung in Deutschland.

Veröffentlichungen

„Die Ausbildung für den höheren Verwaltungsdienst in Preußen“, 1917.

Literatur

NDB; Verwaltung II; Nls (Familie Delbrück) GStA; ProtPrStM 9, 10.

Bild

Verwaltung II, S. 265.

Diefenbach, Friedrich
Dozent

* 14.7.1861 in Auerbach/Krs. Bergstraße, † 9.6.1949 in Heidelberg; ev.; V Johann Georg D. (1824-1906), Hotelier; M Caroline Emilie geb. Conrad (1832-1915); ∞ 1887 Maria Elisabeth geb. Kullmer (1864-1943); K 1 S, 5 T.

Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Leipzig, Berlin, Lausanne und Straßburg; 1882 Gerichtsreferendar in Straßburg, Referendar in Colmar; 1886 Gerichtsassessor, 1887 Amtsanwalt in Saarbürg; 1892 Amtsrichter in Schlettstadt; 1893 Staatsanwalt, 1899 Landrichter, Landgerichtsrat, 1908 Oberlandesgerichtsrat in Colmar; 1914-18 Bürgermeister von Colmar; 1919 privatwirtschaftliche Betätigung; 1922-24 nach Ausweisung Reichskommissar im Entschädigungsamt in Mannheim; 1925-31 Dozent für Verwaltungs- und Versorgungsrecht an der Universität Heidelberg, Leiter der Verwaltungskademie f. d. Pfalz.

Auszeichnungen
Geh. Justizrat.

Sozialpolitische Aktivitäten

1909-18 Mitglied im Hauptausschuss des DV; in seiner im Auftrag des DV ausgearbeiteten Schrift über ein Reichsarmengesetz forderte D. eine Kodifikation des formellen wie materiellen Rechts des Armenwesens nach Art. 9 WRV. Er definierte Armenpflege als Teil der Sozialpolitik, die durch individuelle und subsidiäre Maßnahmen gekennzeichnet ist, sie sollte sozial ausgestaltet werden, u. a. durch Rechtsansprüche, die damals nur in der Arbeiterversicherung eingeführt waren.

Veröffentlichungen

„Das bürgerliche Recht in Elsaß-Lothringen (Sachenrecht)“, 1899; „Ein Reichsarmengesetz“, 1920.

Literatur

125 Jahre DV; Krug von Nidda; Elsass Bio.; Eckart (Hrsg.), Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, 2006; Nls Bundesarchiv Koblenz.

Dietrich, Eduard Karl Robert Dr. med.,
Dr. theol. h. c.
Medizinalbeamter

* 10.10.1860 in Sittendorf/Krs. Sangerhausen, † 7.12.1947 in Berlin; ev.; V Eduard D. (1830-1905), Pfarrer; M Alma geb. Trinius (1835-96); ∞ 1) 1886 Anna Margarete geb. Dönitz (-1900), 2) 1906 Karoline Elisabeth geb. Aschenborn (1881-1963); K 3 S, 2 T.

Gymnasien in Erfurt und Nordhausen; 1879-85 Studium der Rechtswissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Medizin in Leipzig, Halle (Saale) und Göttingen; 1884 Dr. med. in Halle; 1885 Assistenzarzt in Halle; 1888 Kreiswundarzt in Möckern; 1889 Kreisphysikus in Liebenwerda und 1896 in Merseburg; 1900 Regierungs- und Medizinalrat beim Regierungspräsidium in Merseburg; 1900 Hilfsarbeiter, 1901 Geh. Medizinalrat und 1904 Geh. Obermedizinalrat im preuß. Kultusministerium; 1911 mit der Medizinalabteilung Wechsel zum preuß. Innenministerium; 1911-24 Personalreferent der Medizinalabteilung im preuß. Innenministerium; 1914 Wirkl. Geh. Obermedizinalrat; 1924-26 Ministerialdirektor (Abt. für Volksgesundheit) im preuß. Wohlfahrtsministerium; Dozent an der Akademie für praktische Medizin in Düsseldorf; 1926 Ruhestand.

1922 stellv. preuß. Bevollmächtigter zum Reichsrat.

Corps Hercynia Göttingen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied des Preuß. Landesgesundheitsrats; Mitglied der Preuß. Statistischen Zentralkommission; stellv. Vorsitzender der Preuß. Prüfungskommission für Ärzte; Mitglied der Gesellschaft für Natur- und Heilkunde; Mitglied der Berliner Medizinischen Gesellschaft; 1905 Gründungs- u. Vorstandsm. der Gesellschaft f. Soziale Medizin, Hygiene u. Medizinalstatistik; Mitglied im Donnerstagklub.

Auszeichnungen

1909 Prof.; 1928 Dr. theol. h. c. Berlin; Ehrenbürger von Kolberg; Ehrengrabstätte Berlin u. Ehrenmitglied der Medizinischen

Akademie in Düsseldorf; Ehrenmitglied der International Society of Medical Hydrology; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit Schleife; Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitarbeit an der Dienstanweisung für Kreisärzte, hat im Rahmen seiner Ministerialarbeit Entscheidendes zur Senkung der Säuglingssterblichkeit (Ausbau des Säuglingsschutzes, Einführung einer neuen Hebammenordnung) und zur Professionalisierung der Krankenpflege (Ausbildungsordnung, staatl. Abschlussprüfung für Pflegepersonal) beigetragen, 1922 Grundlagen der öff. Behindertenfürsorge.

Veröffentlichungen

„Beobachtungen über eine Infektionskrankheit des Überschwemmungsgebietes der schwarzen Elster“, 1892; „Staat und Krankenpflege“, 1898; „Ärztliche Rechts- und Gesetzeskunde“, (mit Rapmund) 1898; „Handbuch der Balneologie, medizinische Klimatologie und Balneographie“, 5 Bde. 1916-26; Mitbegründer und Mitherausgeber der „Deutschen Krankenpflieger Zeitung“; Mitherausgeber des „Zentralblatts für Gewerbehygiene und Unfallverhütung“, der „Zeitschrift für die Gesundheitsvorsorge“, der „Medizinischen Welt“ und des „Rheuma Jahrbuchs 1930/31“.

Literatur

NDB; Wer ist's?; Labisch/Tennstedt; Lüdicke; Pagel.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 398.

Dönhoff, Friedrich (*Fritz*) Albert Staatssekretär (Reich)

* 9.2.1863 in Wesel/Krs. Rees; † um 1943; ev.; V Alfred D. (-1875), Landrat; M Maria geb. Krüger; ∞ 1894 Johanna geb. Knaus (1868-).

Gymnasium in Düsseldorf; 1882-84 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Heidelberg, Berlin, Leipzig und Bonn; 1884 Gerichtsreferendar am Oberlandesgericht Köln; 1886 Regierungsreferendar in

Düsseldorf; 1889-90 Regierungsassessor in Arnsberg; 1890-94 Hilfsarbeiter im preuß. Handelsministerium; 1894-1900 Landrat in Solingen; 1900 Hilfsarbeiter, 1902 Geh. Regierungsrat und 1903-12 Geh. Oberregierungsrat in der Gewerbeabteilung im preuß. Handelsministerium; 1903 Reise nach England; 1904 Reisen nach Nordamerika und Indien; 1913 Wirkl. Geh. Oberregierungsrat, 1914-17 Ministerialdirektor (Leiter der Abt. IV für das gewerbliche Unterrichtswesen), 1917-18 Unterstaatssekretär und 1918-27 Staatssekretär im preuß. Handelsministerium; zugleich 1918 Vorsitzender des Preuß. Landesgewerbeamts; 1927 Ruhestand; 1924-30 zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Preuß. Bergwerk und Hütten AG; 1918-19 stellv. Bevollmächtigter für Preußen zum Bundesrat; 1919-28 stellv. Bevollmächtigter für Preußen zum Reichsrat.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der Geschäftsführung des Deutschen Industrie- und Handelstags; 2. Vorsitzender des Reichsverbands der Rheinländer.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Kommandeur 1. Klasse vom Norweg. Orden des heiligen Olaf.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: BerufsVerGE 1890/92.

D. wurde 1890 zur Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung bzw. der GewONov (mit Franz Hoffmann) in das preuß. Handelsministerium berufen und profilierte sich dort entsprechend; er hat maßgeblichen Anteil an der Ausführungsgesetzgebung zum Arbeiterschutz in Preußen.

Veröffentlichungen

„Hundert Jahre deutscher Gewerbeleiß“, 1921.

Literatur

Reichshandbuch; Romeyk; GStA I. HA Rep. 77 Nr. 491; Wenzel; ProtPrStM 10, 11/II, 12/II.

Bild

Rosenthal, Geschichte von Solingen, Bd. 3.

Dönhoff-Friedrichstein, *August* Graf von
Fideikommissbesitzer

* 26.1.1845 in Frankfurt/M., † 9.9.1920 in
Friedrichstein (Ostpreußen); ev.; V August
Heinrich Hermann von D. (1797-1874)
Preuß. Außenminister (1848); M Pauline
geb. Gräfin von Lehdorff (1825-89);
∞ 1896 Maria geb. von Lepel (1869-1940);
K 6, u. a. Marion.

-1864 Gymnasium in Königsberg; 1864-67
Studium der Rechtswissenschaften in
Bonn; 1866-70 Referendar am Kammerge-
richt; 1872 Legationssekretär der preuß.
Gesandtschaft in Dresden, danach im
Auswärtigen Amt in Berlin; 1874 Bot-
schaftssekretär in St. Petersburg; 1876 Le-
gationssekretär der preuß. Gesandtschaft in
München; 1876 Kommissär der Botschaft
in Wien; 1876-78 Legationssekretär der
Botschaft in London; 1878-79 Legations-
sekretär Gesandtschaft in Washington;
1879-81 Weltreise und danach (1892) Ab-
schied aus Reichsdienst; Tätigkeit als Fi-
deikommissbesitzer; Aufsichtsratsmitglied
verschiedener Industrie-, Bergbau- und Ei-
senbahnunternehmen.

Corps Borussia Bonn.

konservativer Politiker

K, DVLP

K, Austritt 1894; 1917-18 DVLP (Dt. Va-
terlandspartei);

RT 1881-1903 WK 4 Königsberg (K);

LT Herrenhaus 1874-1918;

K Kreistag Königsberg; Provinziallandtag
Ostpreußen.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden Großkreuz mit
Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 1. Klasse
mit Brillanten; Königl. Sächs. Albrechts-
Orden Komtur 2. Klasse; Russischer
St. Annen-Orden 3. Klasse; 1882 preuß.
Kammerherr; 1885 Charakter eines Legati-
onsrats; 1898 Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat
Exzellenz; 1901 preuß. Oberburggraf.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: KrankVersG 1883; Hilfsk-
GNov 1884; UnfVersG 1884; UnfVers-
AusdG 1885; UnfKrankVersGLandw
1886; UnfVersGSee 1887.

Literatur

HbRT 1898; Wer ist's?; Bio. AA; Q II. 2.

Bild

Biefang, S. 122.

Doormann, *Karl* Dr. phil.
Gymnasialprofessor

* 22.2.1858 in Rehhorst/Krs. Stormarn,
† nach 1.4.1923; ev.-luth.; V Volksschul-
lehrer; K mind. 1 T.

1872-78 Gymnasium in Ratzeburg; 1878-
82 Studium der Mathematik, Naturwissen-
schaften, Philosophie und Volkswirtschaft
in Göttingen und Berlin; 1882 Staatsprü-
fung und Dr. phil. in Göttingen; 1882-83
Gymnasiallehrer in Schweidnitz; 1883-99
Oberlehrer in Brieg; 1899-1900 Oberlehrer
in Bunzlau; 1900-23 Oberlehrer und Pro-
fessor in Königshütte.

liberaler Politiker

FrVp, FoVp

RT 1907-12 WK 4 Liegnitz (FrVp); 1912-
18 WK 4 Liegnitz (FoVp);

K 1896-99 Stadtverordneter in Brieg;
1905- Stadtverordneter in Königshütte.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1908; RVO 1911;
InvVersG 1916 Vors.

Veröffentlichungen

„Über Gesetz und Gesetzmäßigkeit“, 1888; „In-
nere Kolonisation“, 1913.

Literatur

HbRT 1912; Hillger 1912; Haunfelder Lib.
Abg.; Wer ist's?; Kunzes Kalender 1922-27.

Bild

Hillger, S. 114.

Dove, Heinrich Wilhelm von Dr. iur. h. c.
Landgerichtsrat/Syndikus der Handels-
kammer Berlin

* 11.12.1853 in Berlin, † 3.3.1931 ebd.;
ev.; V Heinrich Wilhelm D. (1803-79),
Univ. Prof., Meteorologe, Physiker; M
Luise geb. von Etzel (1810-77).

Gymnasium in Berlin; 1872-75 Studium
der Rechtswissenschaften in Göttingen,
Heidelberg und Berlin; 1875-80 Referen-
dar in Alt-Landsberg und Berlin; 1880-81
Assessor in Schneidemühl und Münster/
Westfalen; 1881-84 Amtsrichter in Rog-
asen; 1884-98 Landrichter und Landge-
richtsrat in Frankfurt/M.; 1898-1902 Syn-
dikus der Ältesten der Kaufmannschaft
Berlin; 1902-28 Syndikus der Handels-
kammer Berlin; Geh. Justizrat.

liberaler Politiker

FrVp, FoVp, DDP

Gründungsmitglied der DDP; 1912-18
2. Vizepräsident des Reichstags; 1913-18
zweiter stellv. Vorsitzender im Zentralaus-
schuss der FoVp; 1919-31 DDP; 1919-22
und 1925-29 des Parteiausschusses der
DDP;

RT 1903-18 WK 2 Merseburg (FrVp/FoVp),
1917/18 Interfraktioneller Ausschuss;

K 1902 Stadtverordneter in Berlin.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorstandsmitglied der Internationalen Ver-
einigung für Rechtswissenschaften.

Auszeichnungen

1922 Dr. iur. h. c. Berlin; nobilitiert;
Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit
Schleife; Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: KaufmG 1904; VerGNov
1916; Vorstandsmitglied im ZWAK.

Veröffentlichungen

„Das Handelsgesetzbuch für das Deutsche
Reich, Gutachten der Ältesten der Kaufmann-
schaft von Berlin über die Gebräuche im Han-
delsverkehr“, 1900.

Literatur

HbRT 1912; Hillger 1912; Haunfelder Lib.
Abg.; Wenzel.

Bild

Hillger, S. 130.

Dröschner, Wilhelm Dr. phil.

Landesamtsdirektor

* 25.11.1860 in Schwerin, † 11.2.1939 ebd.;
ev.-luth.; V August Wilhelm D. (1819-),
Heubinder; M Wilhelmine Dorothee Friede-
rike geb. Schröder (1821-); ∞ 1887 Hedwig
geb. Janssen (1866-); K 2 S, 1 T.

1866-70 Bürgerschule in Schwerin; 1870-
78 Realgymnasium ebd.; 1878-81 Studium
der Naturwissenschaften in Leipzig; 1881
Dr. phil.; 1884-85 Studium der Naturwis-
senschaften in Rostock; 1886 Oberlehrer-
examen; 1886-1900 Oberlehrer am Real-
gymnasium Schwerin; 1900-18 Direktor
des Großherzogl. Statistischen Landesam-
tes Schwerin.

konservativer Politiker

K, Bund der Landwirte

RT 1903-04 WK 2 Mecklenburg-Schwerin
(BdL, K), 1907-12 WK 2 Mecklenburg-
Schwerin (K).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender des Mecklenburgischen Fische-
reivereins; Vorstandsmitglied des Reichs-
verbands der dt. See- und Küstenfischer.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse; Preuß.
Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: KaufmG 1904 Schriftf.; VerG
1908 Schriftf.; RVO 1911 Ber. 1., 5. u. 6.
Buch.

Veröffentlichungen

Herausgeber der „Fischerei Zeitung“.

Literatur

HbRT 1907; Zeitgenossen Lex.; Wer ist's?;
Stadtarchiv Schwerin; Landeskirchliches Archiv
Schwerin.

Bild

Hillger, S. 349.

Düttmann, Augustin Bernhard Theodor
LVA-Vorsitzender

* 23.7.1857 in Vechta, † 18.1.1934; kath.;
V Theodor D. (1829-1906); M Otilia Frie-
derike geb. Deeken (1837-1929).

Studium in Tübingen, München und Göt-
tingen; 1880 Amtsauditor in Elsfleth, 1881
in Cloppenburg und 1883 in Jever; 1884
Amtsassessor ebd.; 1886 Sekretär der Re-
gierung in Eutin; 1890 Hilfsarbeiter im
Oldenburg. Departement des Innern; da-
nach 1890 Regierungsrat und -1924 Vor-
sitzender der Landesversicherungsanstalt
Oldenburg; 1909 Geh. Regierungsrat und
1915 Geh. Oberregierungsrat ebd.

Auszeichnungen

Ehren-Ritterkreuz 2. Klasse mit silberner
Krone; Preuß. Kronenorden 3. Klasse; Eh-
ren-Ritterkreuz 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1890 Mitbegründer der Invaliditäts- und Al-
tersversicherungsanstalt Oldenburg; 1911-
19 Mitglied des Ständigen Ausschusses der
Landesversicherungsanstalten und danach
(-1929) des 1919 gegründeten Verbands
Deutscher Landesversicherungsanstalten.

Veröffentlichungen

„Die Kranken- und Hauspflege auf dem Lande“,
1899; „Handausgabe des Invalidenversiche-
rungsgesetzes vom 13. Juli 1899“, 1901; „Das
Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbei-
terversicherung und dem Reichsversicherungs-
amt“, 1901; (mit Gebhard), Das Invalidenver-
sicherungsgesetz. Kommentar, 1901; „Handaus-
gabe des Krankenversicherungsgesetzes“, 1903;
„Textausgabe der Reichsversicherungsordnung
nebst Einführungsgesetz“, 1911; „Führer durch
die deutsche Arbeiterversicherung“, 1912; „Die
Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung“,
1912; „Versicherungsgesetz für Angestellte“,
1912; „Was Ludwig Müller von der Arbeiter-
versicherung hatte“, 1914; „Ein Ausbau der So-
zialversicherung und der Wohnungsfürsorge“,
1918; „Die Entwicklung der deutschen Sozial-
versicherung“, 1926; 1908-28 Herausgeber der
Zeitschrift „Der Versicherungsbote“; 1912-17
Herausgeber der Zeitschrift „Archiv für Reichs-
versicherung“.

Literatur
Oldenburg Beamte.

Duncker, Franz Günther
Verlagsbuchhändler

* 4.6.1822 in Berlin, † 18.6.1888 ebd.; ev.;
V Karl Friedrich Wilhelm D. (1781-1869),
Verlagsbuchhändler; M Fanny Delmar
(Wolff Levy) (1791-1869); ∞ 1849 Lina
geb. Tendering (1825-85); K 1 T.

Gymnasium in Berlin; Studium der Philo-
sophie und Geschichte in Berlin; Buch-
händler in Berlin; 1848-49 Hauptmann einer
revolutionären Bürgerwehreinheit; 1853
Besitzer und Herausgeber der liberalen
„Volkszeitung“; 1858-77 Buchhändler
in Berlin.

liberaler Politiker

F

1861 Mitbegründer und Mitglied im Zen-
tralwahlkomitee der F; 1866-67 stellv.
Vorsitzender im geschäftsführenden Aus-
schuss des gemeinsamen Zentralwahlko-
mitees aus F und NL; 1867-70 Vor-
standsmitglied im Wahlverein der F; 1867-
70 Geschäftsführer der Linken-Fraktion im
RT des Norddt. Bunds; 1874 Mitglied im
Geschäftsführenden Ausschuss der F;
1859 Mitbegründer und 1861-67 Ausschuss-
mitglied des Deutschen Nationalvereins;
RT 1867-77 WK 5 Berlin F;
LT Pr. AbgeH 1862 WK 5 Trier (F); 1862-
67 WK 5 Trier (F); 1867-76 WK 4 Berlin
(F); 1877 WK 4 Berlin (F).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1863-67 Ausschussmitglied des Deutschen
Abgeordnetentags.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitbegründer und Namensgeber des VfSP;
Ausschussmitglied 1872, 1873, 1874/75,
1875/76; 1865 Vorsitzender im Großen
Berliner Handwerkerverein; 1868 Mitbe-
gründer der Hirsch-Dunckerschen Gewerk-
vereine; VerGE 1872; HilfskG 1876.

Veröffentlichungen

„Über Invaliden- und Alterscassen“, Schriften
des VfSP Bd. 9, 1875.

Literatur

Haunfelder Lib. Abg.; Hirth 1877; NDB; Nls
Bundesarchiv Berlin.

Bild

Haunfelder Lib. Abg., S. 472.

Dziembowski-Pomian, Zygmunt (*Sigismund*) [auch: Pomian-Dziembowski] von Dr. iur.

Rechtsanwalt

* 5.10.1858 in Goranin/Krs. Konin, † 20.7.1918 in Posen; kath.; V Ladislaus von D. (1831-96), Gutsbesitzer; M Helene geb. Laszczynska (1832-1914); ∞ 1887 Valentine geb. von Kisielnicka (1861-1930); K 2 S, 1 T.

1871-75 Gymnasium in Posen; 1876-79 Studium der Rechtswissenschaften in Breslau und Marburg; 1880 Dr. iur. Göttingen; Gerichtsreferendar in Posen, Kassel und Breslau; 1886-1918 Rechtsanwalt (ab 1900 auch Notar) am Oberlandesgericht Posen.

polnischer Politiker

RT 1889-1903 WK 8 Posen (Pole); 1907-12 WK 4 Bromberg (Pole); LT Pr. AbgeH 1904-08 WK 5 Posen (Pole); K 1889- Stadtverordneter in Posen.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Stern und Eichenlaub.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewGerG 1890; KrankVersGNov 1892; GewGerG 1901.

Literatur

HbRT 1898; Schubert; Mann.

Bild

Biefang, S. 130.

Eberly, Eduard Gustav Stadtrat

* 12.6.1840 in Görlitz, † 24.7.1894 in Friedrichroda/Thüringen; jüd./ev. (1882); V Gustav E. (1806-87), Stadtgerichtsrat; ∞ Luise geb. Hirsekorn (- um 1926).

Gymnasium in Wittenberg; 1858-62 Studium der Rechtswissenschaften, Philosophie und Geschichte in Berlin und Heidelberg; 1862-72 Referendar und Assessor am Kreis- und Stadtgericht in Berlin; 1870 Hilfsrichter am Kammergericht in Berlin; 1870-71 Militärrichter in Kassel; 1871-72 juristischer Hilfsarbeiter in Kassel; 1872 Kreisrichter in Bentheim; 1873-76 besoldeter Stadtrat in Berlin; 1873-84 Vorsitzender der Armendirektion Abteilung Waisenverwaltung; 1875 Dezernent für Schlachtzwang, Schlachthäuser und Markthallen ebd.; 1876 und 1887 Syndikus des Berliner Magistrats; 1879-93 Vorsitzender der Gewerbedeputation, Dezernent für Arbeiterversicherung.

liberal-freisinniger Politiker

LV, DFrP

RT 1881-84 WK 3 Erfurt (LV); 1890-93 WK 10 Breslau (DFrP);

LT Pr. AbgeH 1886-93 WK 7 Liegnitz (DFrP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorstandsmitglied im Hauptverein für Knabenhandarbeit; Vorsitzender des Vereins Mädchenhort in Berlin; Vorstandsmitglied im Gesundheitsverein in Berlin; stellv. Vorsitzender im Berliner Verein für Volkserziehung; 1894 Stadtältester in Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: KrankVersG 1883; UnfVersG 1884; HilfskGNov 1884; GewGerG 1890; KrankVersGNov 1892; 1885-94 Mitglied im Hauptausschuss des DV, 1886-94 Vorstandsmitglied des DV; Vorstandsmitglied im ZWAK; stellv. Vorsitzender im Berliner Verein für häusliche Gesundheitspflege.

E. machte sich verdient um die nachhaltige Verbesserung der Hygienebedingungen in Berlin durch die Schaffung zentraler und überwachter Markthallen sowie Schlachthäuser. Die Einführung neuer Richtlinien in der Fleischverarbeitung erbrachte einen spürbaren Anstieg der Lebensmittelsicherheit. Als Magistratsdezernent für Arbeiterversicherung konnte E. Verbesserungen erreichen und auf dieser Grundlage auch die Kranken- und Unfallversicherungsgesetzgebung durch seine Kommissionstätigkeit im Reichstag nachhaltig mitgestalten.

Veröffentlichungen

„Die Gewerbeberichte und das gewerbliche Schiedsgerichtswesen in ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihrem gegenwärtigen Stande“, 1869; „Die Aufgaben der Berliner Kommunalverwaltung“, 1878; „Über Lebensmittelversorgung von Großstädten in Markthallen“, 1884; „Fürsorge für verwahrloste Kinder und jugendliche Personen, welchen noch keine Übertretung der Strafgesetze zur Last fällt“ (mit Albrecht Ohly), Schriften des DV H. 6, 1885; „Die Hauswirtschaft und der Markt“, 1886; „Fürsorge für bedürftige Genesende“, Schriften des DV H. 6, 1888; „Gewerbeberichte und Einigungsämter“, 1890; „Die Bestrebungen der Privatwohlthätigkeit und ihre Zusammenfassung“ (mit Franz Künzer), Schriften des DV H. 19, 1894.

Literatur

HbRT 1890; Krug von Nidda; Mann.

Bild

Biefang, S. 132.

Eberty, *Gustav* Wilhelm Dr. iur.
Richter

* 2.(od. 3.)7.1806 in Berlin, † 23.2.1887 ebd.; jüd./ev.; V Veitel Joseph E. (1775-1807), Kaufmann, Entrepreneur der Gold- und Silberwarenmanufaktur, M Jeanette geb. Friedländer (1786-um 1862); ∞ O. geb. Greve (gest. um 1893); K mind. 1 S, Eduard Gustav E. (1840-94), Jurist.

Gymnasium in Berlin; 1823 Taufe u. Konfirmation; 1825 Studium der Theologie, Philosophie, Geschichte und Rechtswissenschaften in Berlin und Heidelberg; 1835 Gerichtsassessor in Görlitz und danach in Halle (Saale), Graudenz und Marienwerder; zugleich 1842-46 Redakteur der Zeitschrift „Reform“; 1848 Gerichtsassessor in Wittenberg; 1861-79 Richter am Stadtgericht Berlin.

liberaler Politiker

F

RT 1874-77 WK 4 Berlin (F);
LT Pr. (kurzer) LT 1849 WK Wittenberg-Torgau; Pr. AbgeH 1862-66 WK 7 Merseburg; 1867-79 WK 4 Berlin (F).

Sozialpolitische Aktivitäten

1872 Mitbegründer des VfSP.

Veröffentlichungen

„Das Gefängniswesen in seinem Zusammenhange mit der Entwicklung der Strafrechtspflege“, 1858; „Gewerbeberichte und gewerbliche Schiedsgerichte“, 1869; „Denkschrift über gewerbliche Schiedsgerichte oder Mittel den Arbeitseinstellungen zu begegnen“, in: „Der Arbeiterfreund“, 1871.

Literatur

Hirth 1874; Haunfelder Lib. Abg.; Hamburger; Mann.

Eck, *Paul* Ludwig Alexander
Unterstaatssekretär (Reich)

* 9.6.1822 in Berlin, † 18.9.1889 in Baden-Baden; ev.

Gymnasium in Berlin; Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg und Berlin; 1842 Auskultator am Kammergericht in Berlin; 1844 Referendar am Oberlandesgericht in Naumburg; 1847 Assessor am Kammergericht in Berlin und danach am Landgericht in Trier; 1849 kommissarischer Kreisrichter in Brandenburg und danach Richter am Stadt- und Vormundschaftsgericht in Berlin; 1850 Justitiar und danach Regierungsassessor in Düsseldorf; 1852 Regierungsassessor und 1857 Regierungsrat beim Oberpräsidium in Koblenz; 1859 Hilfsarbeiter und 1860 Geh. Regierungsrat im preuß. Handelsministerium; 1867 Geh. Oberregierungsrat, 1871 Wirkl. Geh. Oberregierungsrat und Direktor der Zentralabteilung im Reichskanzleramt; 1876-89 Unterstaatssekretär ebd.; 1880-89 (nebenamtlich) Mitglied der Preuß. Statistischen Zentralkommission.

Corps Saxo Borussia Heidelberg.

Auszeichnungen

1880 Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; Preuß. Roter Adlerorden 1. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronorden 2. Klasse mit Stern und Eichenlaub; Kommandeur 2. Klasse vom Hannoverschen Guelphenorden; Bayer. Verdienstorden

vom heiligen Michael 1. Klasse; Kommenthur 1. Klasse vom Königl. Württemb. Friedrichsorden; Komtur 1. Klasse vom Großherzogl. Hess. Verdienstorden Philipp des Großmütigen; Groß. Komtur vom Großherzogl. Mecklenburg. Hausorden der Wendischen Krone; Schwarzburg. Ehrenkreuz 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: VerGE 1871.

E. war, neben R. Delbrück, die eigentliche Stütze im Geschäftsbetrieb des Bundes- bzw. Reichskanzleramts unter Bismarck. An der Konzeptionierung sozialpolitischer Gesetze war er nicht beteiligt. Er hat aber zahlreiche Referenten eingearbeitet und deren Gesetzesentwürfe minutiös redigiert, hatte also langjährigen Anteil an der formalen Gestaltung der sozialpolitischen Gesetzesentwürfe. Sein engeres Arbeitsgebiet war die Justizgesetzgebung.

Literatur

Jungblut; Poschinger, Bd. 1; Q I. 4, 5, 6, II. 2, 3, 6; ProtPrStM 5, 6/II, 7.

Elvers, Johann Friedrich *Rudolf* Dr. iur.
Landrat

* 6.9.1825 in Göttingen, † 30.5.1891 in Wernigerode; ev.; V Christian Friedrich E. (1797-1858), Richter; ∞ Mathilda (1833-); K 1 S, 1 T.

-1846 Gymnasien in Rostock und Kassel; 1846-49 Studium der Rechtswissenschaften in Marburg, Heidelberg und Berlin; 1849 Obergerichtsreferendar in Kassel; 1851 Dr. iur. in Göttingen; 1852 Habilitation und -1855 Privatdozent für römisches Recht in Göttingen; 1856 Kreisrichter in Höxter; 1862 Dirigent der Kreisgerichtsdeputation in Wernigerode; 1864-76 Reg. Rat und Konsistorialrat der Gräfl. Regierung zu Stolberg-Wernigerode; 1864-90 zugleich Vorsitzender des Gräfl. Stolberg-Wernigerödischen Konsistoriums in Wernigerode; 1876-90 Landrat in Wernigerode.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse; „Elversstein“ (Felsvorsprung bei Hasserode).

Sozialpolitische Aktivitäten

1885-89 Mitglied im Hauptausschuss des DV;

E. beschäftigte sich u. a. mit der Reform der Fürsorge für Wohnungslose (Spottname: Wernigeröder Vagabunden-Elvers). Seine Konzepte wurden teilweise von Bodelschwingh bzw. in dessen Arbeiterkolonien aufgegriffen.

Veröffentlichungen

„Der Unterstützungswohnsitz und das Landarmenwesen mit Rücksicht auf die vagabundierende Bettelerei“, Schriften des DV H. 3, 1882; „Zur Vagabondenfrage“, 1882.

Literatur

NDB; Breitenborn, Die Lebenserinnerungen des Fürsten Otto zu Stolberg-Wernigerode, 1996; LHA Sachsen-Anhalt, Wernigerode.

Bild

Breitenborn, S. 72.

Emminghaus, Arwed Karl Dr. iur.
Versicherungsdirektor

* 22.8.1831 in Nieder-Roßla/Apolda, † 8.2.1916 in Gotha; ev.; V Bernhard E. (1799-1875), Finanzrat; M Amalia geb. Sturm (1807-84); ∞ 1859 Karoline geb. Alberti (1830-1907); K 9, mind. 1 T.

Studium der Nationalökonomie und Rechtswissenschaften in Jena; 1855 Dr. iur. in Jena; 1855-58 Hilfsarbeiter im Finanzministerium von Sachsen-Weimar-Eisenach in Weimar; Geschäftsführer der landwirtschaftlichen Vereine von Sachsen-Weimar-Eisenach; 1858 Bürochef der Dresdner Feuerversicherungsgesellschaft in Bern; 1861 Redakteur des Bremer Handelsblatts; 1866-73 Prof. für Nationalökonomie der Technischen Hochschule in Karlsruhe; 1873-1903 Direktor der Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha; 1896- Mitglied im Preuß. Ver-

sicherungsbeirat; 1901-16 Mitglied im Beirat des Reichsaufsichtsamts für die Privatversicherung.

LT Preuß. Herrenhaus 1881-1916.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1865 Mitbegründer und Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

Auszeichnungen

1911 Ehrenbürger von Gotha; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Ritter 1. Klasse vom Bad. Orden vom Zähringer Löwen; Ritter 1. Klasse vom Großherzogl.-Sächs. Orden der Wachsamkeit oder vom weißen Falken; Komtur 2. Klasse vom herzogl. Sachsen-Ernest. Hausorden; Schwarzburg. Ehrenkreuz 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1881-99 Mitglied im Hauptausschuss des DV; Mitglied im Kongress deutscher Volkswirte; förderte die Einführung des Elberfelder Systems für Armenpflege in Gotha; 1874 Mitbegründer der Gesellschaft für Volksbildung in Gotha; 1895 Mitbegründer des Vereins zur Wohnungshilfe in Gotha; regte die Gründung des Verbands deutscher Lebensversicherer (gegr. 1896) und des Deutschen Vereins für Versicherungswissenschaft (gegr. 1898) an.

Veröffentlichungen

„Schweizerische Volkswirtschaft“, 2 Bde., 1860; „Lehrbuch der allgemeinen Landwirtschaft“, 1863; „Allgemeine Gewerkslehre“, 1868; „Das Armenwesen und die Armengesetzgebung in Europa“, 1870; „Mitteilungen der Geschäfts- und Sterblichkeitsstatistik der Lebensversicherungsbank für Deutschland 1829-78“, 1880; „Die Behandlung der Armenstiftungen“ (mit Flesch), Schriften des DV H. 1, 1886; „Die Grenzen der Wohlthätigkeit“ (mit Fuld), Schriften des DV H. 8, 1889.

Literatur

NDB; Krug von Nidda; Maier; Sachße/Tennstedt; Roob.

Bild

Sachße/Tennstedt, S. 292.

Endemann, Friedrich Carl Dr. med.
Sanitätsrat

* 10.4.1833 in Kassel, † 30.6.1909 ebd.; ev.; V Johann Konrad E., Obergerichtspräsident (1793-1878); M Charlotte Wilhelmine geb. Grau (1800-76); ∞ Mathilde geb. Wiegrebe (1831-98).

Privatunterricht; 1842-51 Friedrichsgymnasium Kassel; 1852-56 Studium der Medizin in Zürich, Marburg, Gießen, Göttingen und Wien; Assistenzarzt in Bad Nassau; Reisearzt des Grafen Kielmansegg; 1856 Dr. med.; 1859-1909 praktischer Arzt in Kassel; 1866 und 1870/71 Sanitätsarzt.

Corps Teutonia Marburg.

liberaler Politiker

NL

1893-1903 Zentralvorstand der NL;
RT 1891-93 WK Kassel 2 (NL); 1898-1903 WK Kassel 2 (NL);

LT Pr. AbgeH 1899-1903 WK Kassel 3 (NL);

K 1892-1906 Kommunallandtag Kassel (NL); 1893 Mitglied im Hauptausschuss des Kommunallandtags; Mitglied des Provinziallandtags und stellv. Vorsitzender des Provinzialausschusses für Hessen-Nassau; 1880 Mitglied im Bürgerausschuss; 1883 Mitglied der städtischen Verwaltung in Kassel; 1894 Stadtrat; 1895 Vizebürgermeister von Kassel; 1898 1. Beigeordneter und Vize-Oberbürgermeister von Kassel.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender der Ärztekammer für Hessen-Nassau; Vorsitzender Gemeindevertretung der Oberneustädter Kirche.

Auszeichnungen

1903 Ehrenbürger von Kassel; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse; Herzogl. Sächs. Ernestinischer Hausorden Ritter 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: KrankVersGNov 1903 Vors.

Literatur

NDB; HbRT 1898; Haunfelder Lib. Abg.; Lengemann, Bürgerrepräsentation, 2009; Handbuch für das Pr. Abgeordnetenhaus 1899; Blaubuch

der Teutonia zu Marburg 1825-1925, 1925; Artikel der Hessischen Allgemeinen vom 26.8.1989.

Bild

Biefang, S. 137.

Engel, Christian Lorenz *Ernst* Dr. rer. pol. Statistiker

* 26.3.1821 in Dresden, † 8.12.1896 in Radebeul/Dresden; ev.-luth.; V George Bernhard E., Weinhändler; M Christiane Rosina geb. Möbius; ∞ 1848 Johanna Friedericke Amalie geb. von Holleuffer (1824-90); K 2 S, 1 T.

1838-41 Lehre bei einem Weinhändler in Meißen; 1841-45 Studium des Berg- und Hüttenwesens in Freiberg und 1846-47 in Paris; 1846 Reisen nach Belgien und Frankreich; 1847-48 Beschäftigter in einer Glashütte; 1848-50 Sekretär und später Vorsteher der Kommission zur Erörterung der sächsischen Gewerbe- und Arbeiterverhältnisse in Freiberg; 1850 Geschäftsführer der deutschen Industrieausstellung in Leipzig; 1850-58 Ministerialsekretär des Sächsischen Statistischen Bureaus in Dresden und Baudirektor in Leipzig; 1853 Dr. rer. pol. in Tübingen; 1858-60 Mitbegründer und Direktor der Sächsischen Hypotheken-Versicherungsgesellschaft; 1860-82 Direktor des Preußischen Statistischen Bureaus in Berlin; Geh. Oberregierungsrat; 1861-82 Mitglied der Preuß. Statistischen Zentralkommission; 1862-96 Gründer und Lehrer am Statistischen Seminar ebd.; 1882 vorzeitiger Abschied auf eigenen Wunsch nach unbefugter Unterstützung liberaler parlament. Positionen (Zusammenarbeit mit Max Hirsch).

liberaler Politiker

NL

RT 1867-71 WK 1 Aachen (NL);

LT Pr. AbgeH 1867-70 WK 1 Aachen (NL).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins; Mitglied der Permanenten Statistischen Kommission; Teilnehmer an den Statisti-

schen Kongressen 1855, 1857, 1860, 1863, 1866, 1869, 1872 und 1876; Mitglied im Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes; Mitglied der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin; Mitglied der Gesellschaft für Geographie und Statistik in Frankfurt/M.; Mitglied der schweizerischen statistischen Gesellschaft in Bern; Mitbegründer des Internationalen Statistischen Instituts in London (u. a. zusammen mit von Neumann); Mitglied der Royal Statistical Society in London; Mitglied der Société de Statistique in Paris; Mitglied der ungarischen Akademie der Wissenschaften.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit Schleife; Komtur des Bayer. Verdienstordens vom heiligen Michael; Kommandeur 2. Klasse vom Braunschw. Hausorden Heinrich des Löwen; Komtur 2. Klasse vom Sachsen-Ernest. Hausorden; Ritter der franz. Ehrenlegion; Großoffizier vom Orden der ital. Krone; Kommandeur vom Ital. St. Mauritius- und Lazarus-Orden; Ritter vom Zivil-Verdienstorden vom Niederl. Löwen; Kommandeur 1. Klasse vom Norweger-Orden vom heiligen Olaf; Ritter vom österr. Leopold-Orden; Kommandeur vom port. Christus-Orden; Russ. St. Annen-Orden 2. Klasse; Russ. St. Stanislaus-Orden 1. Klasse; Ritter vom span. Orden Karl III.; Ritter vom schwed.-norw. Nordstern-Orden.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitbegründer im VfSP; Ausschussmitglied 1872, 1873, 1874/75, 1875/76, 1877; E. war einer der führenden Reformer und Organisatoren der deutschen amtlichen Statistik. Statistik sah E. als Grundlage aller Bereiche der Wissenschaft. Zur effizienteren Nutzung der Statistik in Preußen gründete E. 1860 die Preuß. Statistische Zentralkommission, deren Zweck eine einheitliche statistische Datenerhebung aller Zweige der Staatsverwaltung war; angegliedert an die Kommission wurde 1862 das Statistische Seminar zur Weiterbildung von Verwaltungsbeamten, das auch führende Kathedersozialisten besuchten (u. a. L. Brentano, G. F. Knapp, A. Held, G. Cohn). Die Arbeiterversicherungsgesetzgebung Bismarcks begleitete er durch eigene kritische Analysen und Statistiken, die daraus resultierenden Konflikte

mit dem preuß. Innenministerium führten zu seinem Abschied. E. gilt als Begründer des sog. Engelschen Gesetzes, nach dem höhere Einkommen den Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel relativ verringern.

Veröffentlichungen

„Die Methoden der Volkszählung“, 1861; „Nachrichten über die englische Bau- und Schuldentilgungsgenossenschaft“, 1864; „Beiträge zur Statistik“, 1870; „Der Preis der Arbeit“, 1872; „Über die Wohnungsnoth“, in: Verhandlungen der Eisenacher Versammlung zur Besprechung der socialen Frage am 6. und 7. October 1872, 1873; „Die moderne Wohnungsnot“, 1873; „Die Statistik der unter staatlicher Aufsicht stehenden gewerblichen Hilfskassen für Arbeitnehmer im preußischen Staate“ (Hrsg.), 1876; „Die Statistik der Einrichtungen für die Wohlfahrt der Arbeiter der größeren gewerblichen Anlagen im preußischen Staate“ (Hrsg.), 1876; „Das Zeitalter des Dampfes“, 1881; „Der Kostenwert des Menschen“, 1883; 1851-55 Herausgeber der „Statistischen Mittheilungen aus dem Königreich Sachsen“; 1853-55 Herausgeber des „Jahrbuchs für Statistik und Staatswirthschaft des Königreichs Sachsen“ und 1855- „Zeitschrift des statistischen Bureaus des Königlich sächsischen Ministeriums des Innern“; 1860-81 Herausgeber der „Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus“; 1862-82 Herausgeber des „Jahrbuchs für die amtliche Statistik des preußischen Staates“.

Literatur

HdStW; Hirth 1869; NDB; Eberl/Marcon; Boese; Blenck, Zum Gedächtnis an Ernst Engel, in: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, 1896; Knapp, Ernst Engel, in: Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie, 1925.

Bild

Eberl/Marcon, S. 650 Bild 15.

Erhardt, Alois Eduard Joseph von
Dr. iur. h. c.
Bürgermeister

* 16.6.1831 in Speinshart, † 26.5.1888 in Nymphenburg; kath.; V Blasius E. (1791-1872) Schullehrer; M Anna geb. Lingl (1806-); ∞ 1878 Antonia geb. Rottmanner.

-1856 Studium der Rechtswissenschaften in München und Erlangen; 1866 Rechtsanwalt

am Bezirksgericht Deggendorf und 1868 in München; 1870 rechtskundiger 1. Bürgermeister von München; 1887 Ruhestand.

liberaler Politiker

F

K 1869-70 Stadtverordneter in München (bayer. Fortschrittspartei).

Auszeichnungen

Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Ritter vom Verdienstorden der Bayer. Krone; nobilitiert; Ritter 1. Klasse vom Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael; Kommandeur vom Ital. Kronenorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

1873 Mitbegründer und 1876/77 sowie 1879/80 Vorsitzender des DV* für öffentliche Gesundheitspflege, Ausschussmitglied 1872/73-76/77, 1879/80-87/88; initiierte 1874-82 die Kanalisation von München und den Bau eines zentralen Schlachthofs ebd.; dezentralisierte das Armenwesen in München.

Literatur

Bosl; Scheibmayer, Letzte Heimat, Persönlichkeiten in Münchner Friedhöfen 1784-1984, 1985.

Ernst, Franz Jakob
Beigeordneter

* 15.3.1828 in Siegen, † 21.1.1894 in Elberfeld; ev.; V Johannes E. (1798-1872), Kaufmann; M Maria Elisabeth geb. Panthöfer (1800-33); ∞ Bertha geb. Schäfer.

Realschule in Siegen; kaufmännische Lehre; 1851 Kaufmann in Elberfeld; Handelsrichter in Elberfeld; 1878-94 Aufsichtsratsmitglied der Vaterländischen Lebensversicherungsgesellschaft in Elberfeld; 1879-94 Vorsitzender der städtischen Armenverwaltung ebd.

K 1870 Stadtverordneter in Elberfeld; 1879-85 unbesoldeter Beigeordneter in Elberfeld; Mitglied der Schuldeputation; Mitglied der Baupolizeikommission; Vorstandsvorsitzender einer Volksschule.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1881-94 Mitglied im Hauptausschuss des DV; 1880 Mitbegründer des Elberfelder Frauenvereins; Vorsitzender der Zentral-Waisenverwaltung; förderte die Errichtung eines Armen-, Epidemie- und Waisenhauses, eines Obdachlosenasyls und von Krankenanstalten in Elberfeld; Mitbegründer einer Anstalt für Wöchnerinnen; Mitbegründer des Vereins zur Unterstützung rheinischer Arbeiterkolonien in Elberfeld; Vorstandsvorsitzender des Neviandtstifts, ebd.; Bezirksvertreter des Vereins für Blindenfürsorge und des Vereins zur Fürsorge für entlassene Geisteskranke des Regierungsbezirks Düsseldorf.

Veröffentlichungen

„Arbeitsnachweis als Mittel vorbeugender Armenpflege“ (mit Jagielski), Schriften des DV H. 12, 1885.

Literatur

Stadtarchive Siegen und Wuppertal.

Eucken-Addenhausen, Georg Udo Viktor von Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 29.7.1855 in Aurich, † 1.5.1942 ebd.; ev.; V Karl Hillrich E. (1825-93), Rittmeister; M Karoline Henriette geb. von Frese (1831-1916); ∞ 1881 Mathilde Marianne geb. Oppermann (1860-nach 1941); K 3 S, 1 T.

Gymnasium in Aurich; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Marburg, München, Tübingen und Straßburg; 1877-81 Referendar in Aurich, Isenhagen, Göttingen, Wiesbaden, Hannover und Merseburg; 1879 Dr. iur. Jena; 1881 1. Bürgermeister von Jena; 1885 Oberbürgermeister von Eisenach; 1893 Verwaltungsdirektor des Bezirks Eisenach; 1902-05 Geh. Regierungsrat im Reichsamt des Innern (Referent f. Krankenversicherung, Hilfskassenwesen, Knappschaftskassen, Privatversicherungsamt, Kaiser-Wilhelm-Spende).

1905-19 Bundesratsbevollmächtigter und ao. Gesandter für Oldenburg in Berlin; 1905-14 zugleich stellv. Bevollmächtigter für Anhalt; zugleich 1907 stellv. Bevollmächtigter für Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe zum Bundesrat in Berlin; zugleich 1909-16 stellv. Bundesratsbevollmächtigter für Braunschweig ebd.; 1919 stellv. Bevollmächtigter für Oldenburg, Lippe-Detmold und 1919-20 Schaumburg-Lippe im Reichsrat.

1920-29 Vorstands- und Aufsichtsratsmitglied u. a. der Weser Verkehr GmbH, der Torfwerk Oldenburg AG, Midgard AG; 1931-42 Präsident der Ostfriesischen Landschaft.

Corps Borussia in Tübingen.

LT 1894-1902 Landtag von Sachsen-Weimar-Eisenach, Vizepräsident.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1902-32 Zentralausschussmitglied der Inneren Mission; 1904- Vorstandsmitglied im Deutschen Kriegerbund; 1905- Ausschussmitglied im Deutschen Verein für Versicherungswissenschaft; 1898-1902 Mitglied der thüring. Landessynode; 1932-Schirmherr der ostfriesischen Bauernhochschule; Präsident der Stände Ostfrieslands.

Auszeichnungen

1906 Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; nobilitiert; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit Schwertern; Preuß. Kronenorden 1. Klasse; Großkreuz vom Oldenburg. Haus- und Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig; Großkreuz vom Anhalt. Hausorden Albrecht des Bären mit Brillanten; Ritter 1. Klasse vom Großherzogl. Sächs. Hausorden der Wachsamkeit oder vom weißen Falken; Ritter 2. Klasse vom Herzogl. Sachsen-Ernestinischen Hausorden; Großkreuz vom Braunschweig. Hausorden Heinrich des Löwen; Lipp. Ehrenkreuz 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: KrankVersGNov 1903; VerG 1908; GewONov 1908; AkGE 1908; HausarbG 1911; RVO 1911; VfA 1911.

Veröffentlichungen

„Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883“ Textausgabe mit Anm., 1905; „Die öffentlich rechtliche Lebensversicherung“; „Das Reichsamt des Innern“, 1923; „Der Bundesrat“, 1923; „Reich und Länder im Lichte der Bismarck'schen Verfassung“, 1928; „Raiffeisen als Erzieher“; „Die ostfriesische Bauernhochschule“, 1930.

Literatur

Lilla; Reichshandbuch; Reimers, Aus den Akten des Wirklichen Geheimen Rats Georg von Eucken-Addenhausen 1855-1942, 1978; Nls Nds. Staatsarchive Oldenburg und Aurich.

Bild

Reichshandbuch, S. 406.

Eysoldt, Friedrich Arthur
Rechtsanwalt

* 1.8.1832 in Pirna, † 8.3.1907 in Laubegast; ev.; V Friedrich August E. (1803-77), Kaufmann; ∞ 1) Anna geb. Maukisch; 2) Bertha Wilhelmina geb. Richter (1845-1934); 3) Franziska geb. Staude; K aus 2) 1 T Gertrud E. (1870-1955), Schauspielerin.

Gymnasium in Meißen; 1852-55 Studium der Natur- und Rechtswissenschaften in Halle (Saale) und Leipzig; 1861 Rechtsanwalt in Königstein und 1862-80 in Pirna; 1862- zugleich Redakteur der Zeitung „Pirnaer Anzeiger“; 1880-1907 Rechtsanwalt und 1901-07 Notar am Oberlandesgericht Dresden.

liberaler Politiker

F, DFrP

Vorsitzender des sächs. DFrP Landesvereins;

RT 1869-70; 1871-81 WK 8 Pirna-Sebnitz (F); 1881-84 WK 8 Pirna-Sebnitz (F/DFrP); 1884-87 WK 8 Pirna-Sebnitz (DFrP);

1871- Schriftführer;

LT Sächs. LT 1873-79 12. städtischer WK (F);

K 1863-72 Stadtverordneter in Pirna.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender des Dresdener Freisinnigen Vereins; 1867- Vorsteher des Ge-

werbevereins Pirna; 1868 Sekretär des Komitees für Erbauung einer Eisenbahnlinie von Pirna zu den Kohlevorkommen in Karbitz-Dux.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: UnfVersGE 1881; UnfVersG 1884.

Literatur

NDB; Hirth 1884; Döscher/Schröder; Haunfelder Lib. Abg.

Bild

Döscher/Schröder, S. 240.

Falch, Karl Eberhard von Dr. med. h. c.
Theologe

* 24.9.1851 in Esslingen, † 29.10.1919 in Stuttgart; ev.; V Karl F., Seifensieder; M Friederike geb. Niethammer (-1915).

1857-65 Pädagogikum in Esslingen; 1865-69 ev. Seminar in Blaubeuren; 1869-73 Studium der Theologie in Tübingen; 1874 Vikariat in Heubach/Schwäbisch Gmünd; Pfarrverweser 1875 in Zwiefalten, 1879 in Baiersbronn und Rottenburg, 1881 in Friedrichshafen, 1882 Niedernhall, Rosswälden, Walheim, Asperg, Mössingen, 1883 in Obersontheim und Feuerbach; 1883 Geistlicher der Ev. Gesellschaft und Vorstand der Stadtmission in Stuttgart, sowie stellv. Vorsitzender des Vereins für Krankenpflegerinnen in Heilbronn; 1884 erster Sekretär der Ev. Gesellschaft in Stuttgart; 1885 zweiter Pfarrer ebd.; 1890-1918 Mitglied der Zentraleitung des Wohltätigkeitsvereins für Württemberg in Stuttgart; 1896 Regierungs-, 1902 Oberregierungsrat und 1918 Regierungsdirektor ebd.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1903 Kommissär bei der Württemb. Sparkasse.

Auszeichnungen

1918 Dr. med. h. c. Tübingen; Preuß. Kronenorden 3. Klasse; Ritter der Württemb. Krone; Ritter 1. Klasse vom Württemb. Friedrichsorden; Württemb. Olgaorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

1900-12 Mitglied im Hauptausschuss des DV; Beirat ZfVW; 1891 Mitglied im Zentralausschuss für Innere Mission; 1892-1918 stellv. Vorsitzender und 1919 Vorsitzender des Vereins für Krankenpflegerinnen in Stuttgart; 1890-1910 Herausgeber der Blätter für das Armenwesen; 1914-16 und 1919 Herausgeber der Blätter der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg.

Veröffentlichungen

„Hilfe in ausserordentlichen Notständen“, Schriften des DV H. 37, 1898.

Literatur

Krug von Nidda; Vöhringer, Dem Andenken an Regierungsdirektor Dr. Karl Eberhard von Falch, in: Blätter der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg H. 7/8, 1919.

Bild

Schippert, Aus Geschichte und Arbeit des Diakonissenmutterhauses der Olgaschwestern, 1928, S. 46.

Fischer, Ludwig Friedrich Alexander von Bürgermeister

* 5.12.1832 in Sulzbach, † 8.1.1900 in Augsburg; kath.

1842-50 Gymnasium in Augsburg; 1850-54 Studium der Rechtswissenschaften in München und Berlin; 1854-57 Akzessist am Landgericht Göggingen, Kreis- und Stadtgericht Augsburg; Akzessist bei der Kreisregierung Augsburg; 1857-62 Assessor Bezirksregierung Augsburg; 1862-66 zweiter und 1866-1900 1. Bürgermeister von Augsburg.

liberaler Politiker

F, LRP, DRP, NL

1871 Mitbegründer der LRP; 1887-90 Vorstandsmitglied der NL; 1887 Mitglied im Zentralwahlkomitee der NL;

RT 1869-70; 1871-74 WK 1 Schwaben (LRP); 1884-90 WK 1 Schwaben (DRP/NL); 1898-1900 WK 2 Oberfranken (NL);

LT Bayer. LT 1863-69 WK Immenstadt (F); 1869-81 WK Augsburg (F); 1881-86

WK Bayreuth (NL); 1887-1900 WK 1 Augsburg (NL).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1891 Präsidiumsmitglied im Alldeutschen Verband.

Auszeichnungen

Nobilitiert; 1899 Geh. Hofrat; Ehrenbürger in Augsburg; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Ritter vom Verdienstorden der Bayer. Krone; Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael 2. Klasse mit Stern; Kommandeur 2. Klasse vom Bad. Orden vom Zähringer Löwen.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewGerG 1890; GewGerNov 1901;

Maßgeblich beteiligt an der sog. Bayer. Sozialgesetzgebung von 1869 (Ber.) zu Armenpflege, Heimat u. Niederlassung.

Literatur

HbRT 1898; Haunfelder Lib. Abg.; Bayer. LT; Q I. 7.

Bild

Haunfelder Lib. Abg., S. 473.

Fischer, August Otto Dr. iur. Ministerialbeamter

* 21.1.1846 in Lausigk/Amtshauptmannschaft Borna, † 22.3.1915 in Berlin; ev.-luth.; V Friedrich August F. (1819- um 1870); Kantor und Lehrer; ∞ 1870 Marie geb. Rau.

Gymnasium in Leipzig; 1864-67 Studium der Kameral- und Rechtswissenschaften in Leipzig; 1867 Dr. iur. in Leipzig; 1881 Bürgermeister von Hainichen; 1873 Hilfsstaatsanwalt beim Bezirksgericht in Leipzig; 1874 zugleich Vorstand der Delegation des Amtshauptmanns in Crimmitschau; 1877 Regierungsrat bei der Kreisauptmannschaft Leipzig; 1882 Amtshauptmann in Freiberg, 1887 Oberregierungsrat ebd.; 1889 Amtshauptmann in Chemnitz; 1891 Geh. Regierungsrat und

stellv. Kreishauptmann in Dresden; 1892 Vortragender Rat im sächs. Innenministerium; 1898-1909 Ministerialdirektor ebd.

1893-1909 stellv. sächs. Bundesratsbevollmächtigter.

konservativer Politiker
LT Sächs. Landtag 1888-89 WK 15 (K).

Auszeichnungen

Wirkl. Geh. Rat; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Stern; Preuß. Kronenorden 1. Klasse; Komtur vom Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael; Komtur 1. Klasse vom Königl. Sächsischen Verdienstorden; Komtur 1. Klasse vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Ehrenkreuz 1. Klasse von Reuß ältere Linie.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: InvVersG 1899; UnfVersG 1900; KindSchG 1903; GewGerGNov 1901; VerG 1908; GewONov 1908; AkGE 1908; 1893-99 vom Bundesrat gewähltes, nichtständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts.

Veröffentlichungen

„Verfassungs- und Verwaltungsrecht des Deutschen Reiches und des Königreichs Sachsen“, 1902; Mitbegründer der „Zeitschrift für Praxis und Gesetzgebung der Verwaltung“.

Literatur

Wer ist's?; Döscher/Schröder.

Bild

Döscher/Schröder, S. 241.

Fleischer, Hermann *Paul* Dr. phil.
Volkswirt

* 6.1.1874 in Leipzig, † 20.1.1960 in Freiburg/Br.; ev./kath. (1901 konvertiert); V Moritz Hermann F., Schlosser; M Bertha geb. Landgraf; ∞ 1901 Rosa Maria Agnes geb. Just; K 6 S, 4 T.

1880-81 Volks- und Bürgerschule in Leipzig und Eisleben; 1881-87 Bürgerschule in Dresden-Löbtau; 1887-93 Lehrerseminar in Dresden; 1893-95 Hilfslehrer in Re-

chenberg; 1895-98 Lehrer an der Eisenbahnrealschule in Altenberg, Erzgebirge; 1898-1901 Studium der Philosophie, Naturwissenschaften, Pädagogik und Volkswirtschaft in Leipzig; 1901 Dr. phil. in Leipzig; 1901-19 Sekretär des Verbands katholischer Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschlands in Berlin; 1905-19 Redakteur des Verbandsorgans *Der Arbeiter* bzw. *Arbeiterpräses*; 1908- Dozent für Arbeiterfragen im Breslauer Priesterseminar; 1919- Volkswirt und Redakteur in Berlin; 1924-29 Redakteur der Zeitschrift *Arbeit und Eigentum*; 1929-31 Chefredakteur ders.; freiberuflicher Autor; 1933- Schriftsteller u. Volkswirt in Berlin; 1937 Schreibverbot; bis Ende der 40er Jahre in der Sowjetunion lebend, Umzug nach Freiburg/Br.; 1952-60 Rentner in Donaueschingen.

Zentrumspolitiker

Z

Mitglied der Nationalversammlung;
RT 1907-12 WK 11 Breslau (Z); 1919-24 WK 1 Ostpreußen (Z);
K 1919 Mitglied der vorläufigen Ostpreußischen Provinzialversammlung.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919-20 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien für die Abstimmung in Ost- und Westpreußen; 1920-24 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Stiftung; 1921-24 Vorsitzender des Untersuchungsausschusses über die Verletzung des Völkerrechts im 1. Weltkrieg.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1908; AkGE 1908; HausarbG 1911 Schriftf.; RVO 1911.

Als Sekretär des norddeutschen Verbands katholischer Arbeitervereine war er maßgeblich am Gewerkschaftsstreit im deutschen Katholizismus beteiligt, schlug die Errichtung von Fachsektionen innerhalb der kath. Arbeitervereine vor, war beteiligt an der Konstitution einer Gewerkschaftskommission in Berlin. 1917-18 Mitglied des Beirats des Reichskommissars für Übergangswirtschaft; 1911-18 Ausschussmitglied der GfSR; betrieb 1922 Hilfsaktion für die vom Hungertod bedrohten Kolonisten in Südrussland.

Veröffentlichungen

„Papst und Arbeiter“, 1904; „Leitsätze für die Behandlung der Arbeiterfrage“, 1905; „Ausspernung und Streik“, 1910; „Die Teilnahme der Frau an den öffentlichen Angelegenheiten“, 1910; „Der Kampf um die Reichsversicherungsordnung“, 1911; „Welche Gefahr droht Deutschland und seiner Arbeiterschaft von einem unbesiegt England“, 1916; „Freiwirtschaftlicher Staatssozialismus, organische Wirtschaftsordnung“, 1917.

Literatur

HbRT 1907; Kosch, Das kath. Deutschland, 1933; Wer ist's?; Haunfelder Zentrum; Brack, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900-1914, 1976.

Bild

Hillger 1907, S. 96.

Flesch, Karl Ferdinand Moritz Dr. iur.
Stadtrat

* 6.7.1853 in Frankfurt/M., † 15.8.1915 ebd.; jüd./1859 ev.; V Jakob Gustav F. (1819-92), Arzt; M Florentine geb. Creizenach (1832-94); ∞ 1884 Ida geb. Ebeling (1856-1934); K 5.

-1872 Gymnasium in Frankfurt/M.; 1872-75 Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg und Berlin; 1875 Dr. iur.; 1876 Referendar; 1880-84 Rechtsanwalt in Frankfurt/M.; Reisen nach England, Frankreich und Belgien; 1884-1915 als hauptamtlicher (besoldeter) Stadtrat und Leiter des städtischen Armen- und Waisenwesens in Frankfurt/M.; 1887 Mitbegründer und bis 1915 Vorsitzender des gewerblichen Schiedsgerichts; 1895 Mitbegründer und Vorsitzender der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle ebd.

Mitbegründer des Corps Corona Francofurtensis.

sozialliberaler Politiker

FrVp, FoVp

LT Pr. AbgeH 1908-10 WK 11 Wiesbaden (FrVp); 1911-15 WK 11 Wiesbaden (FoVp);

K 1884-1915 Stadtrat in Frankfurt/M.; Provinziallandtag; 1886-1915 Kommunal- landtag; Landesausschuss.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender der volkswirtschaftlichen Abteilung im Freien Deutschen Hochstift; Mitglied im Friedensverein in Frankfurt/M.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; R (Städtische Verwaltung und Sozialpolitik), 1909; G 1903; 1886-1908 Mitglied im Hauptausschuss des DV; stellv. Mitglied im Beirat ZfVW; Vorsitzender des Vereins Deutscher Arbeiternachweise; Mitglied im Reichsverein der liberalen Arbeiter und Angestellten; Mitbegründer des Verbands süddeutscher Gewerbevereine, des späteren Verband Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte; Mitbegründer des Sozialen Kongresses in Frankfurt/M.; Mitbegründer und bis 1915 Vorstandsmitglied im Ausschuss für Volksvorlesungen (später Volkshochschulen) ebd.; Mitbegründer sozialer Einrichtungen wie dem Witwerheim und dem Obdachlosenasyll ebd.; 1892 Mitbegründer des Vereins für Hauspflege zur Betreuung von Kindern kranker Mütter; Engagement im sozialen Wohnungsbau ebd.; 1895 Einrichtung einer Arbeitsvermittlungsstelle.

F. war ein bedeutender Kommunal- und Sozialpolitiker im Kaiserreich, dessen sozialpolitischen Konzepte und Errungenschaften bis in die Weimarer Republik Wirkung entfalteten. Dazu zählt besonders die Einführung des gewerblichen Schiedsgerichts in Frankfurt/M., das dem späteren Reichsgesetz über Gewerbevereine als Modell diente. Sozialpolitisch engagierte sich F. im Bereich der vorbeugenden Armenpflege durch die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter, zunächst (1892) in Frankfurt/M. durch Schaffung der Aktien-Baugesellschaft für kleine Wohnungen im Rahmen der Wohnungsfürsorge und der Erweiterung der Armenbetreuung. Nach seiner Wahl als Abgeordneter setzte sich F. für eine verbesserte vorbeugende Armenpflege durch systematische Wohnungsfürsorge (Wohnungsamt in Frankfurt 1912, moderner Wohnungsbau) eines neuen Arbeitsrechts in ganz Preußen ein.

Veröffentlichungen

„Die Wirkungen der Krankenversicherung auf die Armenpflege“, 1885; „Die Behandlung der Armenstiftungen“ (mit Emminghaus), Schriften des DV H. 1, 1886; „Die Wohnungsfrage vom

Standpunkte der Armenpflege“ (mit Kalle), Schriften des DV H. 6, 1888; „Der Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches in Bezug auf Armenpflege und Wohlthätigkeit“ (mit Beckmann, Ludwig-Wolf, Münsterberg), Schriften des DV H. 8, 1889; „Frankfurter Arbeiterbudgets“, 1889; „Die Wohnungsfrage vom Standpunkte der Armenpflege“ (mit Jacobi, Aschrott, Hansen), Schriften des DV H. 10, 1890; „In welchen Fällen ist die Abnahme von Kindern der Gewährung von Familienunterstützung in offener Pflege vorzuziehen?“, Schriften des DV H. 22, 1895; „Handhabung der Bestimmungen betreffend den Verlust des Wahlrechts bei Empfang öffentlicher Armenunterstützungen“ (mit Aschrott, Berthold), Schriften des DV H. 26, 1896; „Das Mietrecht in Deutschland“, 1901; „Zur Kritik des Arbeitsvertrags“, 1901; „Soziale Ausgestaltung der Armenpflege“ (mit Soetbeer), Schriften des DV H. 54, 1901; „Arbeiter Wohlfahrtseinrichtungen“, 1903; Mitherausgeber (mit Jastrow) des Verbandsorgans „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Monatsschrift des Verbands Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“.

Literatur

Frankfurter Bio.; Krug von Nidda; Maier; Weitensteiner, Karl Flesch – Kommunale Sozialpolitik in Frankfurt/M., 1906; Hermel, Karl Flesch (1853-1915) – Sozialpolitiker und Jurist, 2004.

Bild

Sachße/Tennstedt, S. 298.

Fräßdorf, Karl Julius Krankenkassenfunktionär

* 26.5.1857 in Schlaben/Krs. Guben,
† 26.3. 1932 in Dresden; diss.; V Töpfermeister; ∞ Klara Lina geb. Haase; K mind. 1 T.

1863-71 Volksschule in Neuzelle; 1871-74 Töpferlehre, danach Töpfergehilfe; 1875 Mitglied und 1876 Schriftführer im Allgemeinen Deutschen Töpferverein; 1877-80 Soldat in Meißen; danach Töpfergehilfe und Ofensetzer in Sachsen; 1882 Mitbegründer und Vorsitzender des Fachvereins für Töpfer sowie der Töpfer-Berufsgenossenschaft in Dresden; 1885-1932 Vorsitzender der Kranken- und Sterbekasse der Töpfer; 1918 kurzzeitig Staatsminister ohne Geschäftsbereich und danach Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Dresden.

sozialdemokratischer Politiker

1883-1923 SPD, 1926 SPD

RT 1903-07 WK 8 Sachsen (SPD);

LT Königl.-Sächs. Landtag 1895-1901 WK 3 Dresden (SPD); 1909-18 WK 46 Land (SPD); Sächs. Landtag 1919-22 (SPD); 1911-13 1. Vizepräsident, 1915-18 2. Vizepräsident; 1920-22 Landtagspräsident.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1902-27 Aufsichtsratsvorsitzender des Konsumvereins Vorwärts in Dresden.

Sozialpolitische Aktivitäten

1903-23 Vorsitzender und 1924-32 Ehrenvorsitzender des Zentralverbands/Hauptverbands der Deutschen Ortskrankenkassen; 1895-1932 Vorsitzender der Allg. Ortskrankenkasse Dresden; 1919-23 Vorstandsmitglied der Landesversicherungsanstalt Sachsen; Mitglied und 1900 Beisitzer im Schiedsgericht für Arbeiterversicherung ebd.; 1903-32 Vorsitzender des Verbands der Ortskrankenkassen in Sachsen; 1902- nicht ständiges Mitglied im Reichsversicherungsamt; Vorsitzender des Arbeiter-Vertreter Vereins der Kreishauptmannschaft Dresden.

Fräßdorf war ein maßgeblicher Vertreter des praktizierten Reformismus in der Sozialdemokratie, der einen Ausgangspunkt in der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen hatte; seine Ämterhäufung wie sein selbstbewusstes Auftreten führten zu seinem Spitznamen „Julius I.“.

Veröffentlichungen

(Hrsg.) „25 Jahre Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen“, 1919.

Literatur

HbRT 1903; Döscher/Schröder; biosop; Tennstedt, Soziale Selbstverwaltung; Möller, Die Herrschaft der Sozialdemokratie in der deutschen Krankenversicherung, 1910; Q III. 5.

Bild

Döscher/Schröder, S. 373.

Francke, *Ernst* Moritz August Martin
Dr. oec. pol.
Publizist

* 10.11.1852 in Coburg, † 23.12.1921 in Freiburg/Br.; ev.; V Karl Philipp F. (1805-70), Holsteiner Politiker u. Staatsrat; M Amalie geb. Niebuhr (1818-62); ∞ 1879 Emma geb. Mayer (1856-1913); K 2 S, 1 T.

Gymnasium in Kiel; Studium der Nationalökonomie, Naturwissenschaften und Philosophie in Göttingen, Straßburg und Leipzig; danach Hauslehrer in St. Petersburg; 1877-81 Redakteur „Fränkischer Kurier“ in Nürnberg; 1881- Studien in München; zugleich Chefredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“ und danach 1893-97 beim „Hamburger Korrespondenten“; 1893 Dr. oec. pol. in München; 1897-1921 Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift „Soziale Praxis“ in Berlin; 1919 zugleich Herausgeber der Münchener Neuesten Nachrichten; 1919- Aufsichtsratsmitglied der Knorr & Hirth GmbH.

liberaler Politiker
K Stadtrat in Schöneberg.

Ehrenämter und Mitgliedschaften
Vorsitzender des Volksbunds für Freiheit und Vaterland.

Auszeichnungen
1900 Verleihung des Prof. Titels durch das preuß. Kultusministerium; 1921 Ehrenmitglied des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Universität Frankfurt/M.; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit Schleife; Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten
1901 Mitbegründer und 1902-20 Generalsekretär, sowie 1920-21 Vorsitzender der GfSR; 2. Schriftführer des Vereins für Socialpolitik; 1904 Mitbegründer des Büros für Sozialpolitik in Berlin, zugleich Auskunftsstelle für Heimarbeit und Geschäftsstelle des Vereins für Rechtsauskunftsstellen; Mitglied im Vorstand u. Verwaltungsausschuss der ZfVW; Mitglied im vorläufigen Reichswirtschaftsrat; Vorsitzender im Ausschuss

der Kriegswitwen und -waisenfürsorge; Präsidiumsmitglied der Nationalstiftung für Hinterbliebene; stellv. Vorsitzender der Sozialisierungskommission; 1920 deutscher Vertreter im vorläufigen Ausschuss des Internationalen Arbeitsamts in Genf.

F. war die rechte Hand v. Berlepschs, der seit seinem Rücktritt praktische Agitation für soziale Reform betrieb. F. übernahm die Redaktion seiner Wochenschrift „Soziale Praxis“ und die Geschäftsführung seiner GfSR. „Es handelte sich darum, versöhnend und vermittelnd in die Interessenkämpfe der Arbeitgeber und Arbeiter einzugreifen (...), die ‚Soziale Praxis‘ wurde in F’s Händen das leitende Organ des praktisch-sozialen Fortschritts in Deutschland.“ (G. Schmoller).

Veröffentlichungen

„Die Schuhmacherei in Bayern“, 1893; „Der große Hafenstreik in Hamburg“, 1897; „Die Arbeitsverhältnisse im Hafen von Hamburg“, 1898; „Die Hausindustrie in der Schuhmacherei Deutschlands“, Schriften des VfSP Bd. 87, 1900; „Die Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter“ (Vorwort), Schriften des VfSP 104 I, 1902; „Internationaler Arbeiterschutz“, 1903; „Der gewerbliche Tarifvertrag in Deutschland“, 1904; Herausgeber der Zeitschrift „Soziale Praxis“ 1897-1921; Herausgeber der Zeitschrift „Auskunftsstelle für Kriegswohlfahrt“.

Literatur

NDB; DBJ 1921; Wer ist’s?; Schmoller, E. F., in: ders. Charakterbilder 1913, S. 291.

Bild

Soziale Praxis Jg. 1922, S. 273.

Franckenstein, *Georg* Arbogast Frhr. von und zu
Kämmerer

* 2.7.1825 in Würzburg; † 22.1.1890 in Berlin; kath.; V Karl Frhr. von und zu F. (1798-1845) Offizier; M Leopoldine geb. Gräfin Apponyi (1804-70); ∞ 1857 Maria Therese Wilhelmine geb. Prinzessin von Ottingen-Wallerstein (1832-91); K 3 S, 3 T.

Gymnasium in München; 1843-45 Studium der Philosophie und Rechtswissenschaften in München; 1845 Verwaltung

des Familienbesitzes (in Ullstadt, Ockstadt u. Offenburg).

Zentrumspolitiker

BP, Z

1868-72 Mitglied der Bayerischen Patriotenpartei; 1872-90 Mitglied der Zentrums-partei; 1874-90 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags; 1878-Mitglied der interfraktionellen Freien Wirtschaftlichen Vereinigung im Reichstag; 1881-90 Mitglied des Präsidiums und 1. Präsident der bayer. Kammer der Reichsräte;

RT 1868-71 WK 4 Mittelfranken (bkF);

1872-90 WK 3 Unterfranken (Z); 1879-87

Reichstagsvizepräsident;

LT Bayern KdRR 1847-90.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Bayer. Kämmerer; 1872 Präsident des Deutschen Katholikentags in Breslau; 1872-76 stellv. Vorsitzender des Mainzer Vereins der deutschen Katholiken.

Auszeichnungen

Bayer. Exzellenz; Preuß. Kronenorden 3. Klasse; Groß-Komtur des Bayer. St. Georg-Ordens; Großkreuz des Verdienstordens der Bayer. Krone; Großkreuz des Päpstl. St. Gregorius-Ordens.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: UnfVersGE 1881 Vors.; UnfVersGE 1882/83 Vors.; KrankVersG 1883 Vors.; HilfskGNov 1884 Vors.; UnfVersG 1884 Vors.; UnfKrankVersAusdG 1885; UnfKrankVersGLandw 1886 Vors.; UnfVersGBau 1887 u. UnfVersGSee 1887 Vors.; InvAltVers 1889 Vors.

Innerhalb des Zentrums maßgeblicher Befürworter der Arbeiterversicherungsgesetze Bismarcks, Vorsitzender aller RT-Kommissionen der grundlegenden Arbeiterversicherungsgesetze. Seine Zustimmung zum InvAltVersG führte zum Zerwürfnis mit Windthorst.

Literatur

Haufelder Zentrum; von Aretin, Franckenstein. Eine politische Karriere zwischen Bismarck und Ludwig II, 2003; Nls Freiherr v. Franckensteinsches Archiv in Ullstadt, Krs. Scheinfeld; Q II. 1, 2, 6.

Bild

Biefang, S. 187.

Frankenberg (und Ludwigsdorf),

Hermann Georg von

Stadtrat

* 10.3.1865 in Blankenburg, † 10.1.1931 in Köterberg/Holzminden; ev.; V Hermann Karl von F. (1822-90), Hauptmann a. D.; M Marie geb. Ernst (1836-96); ∞ 1891 Luise geb. Sommer (1869-1948); K 3 S, 1 T.

Gymnasium in Blankenburg; 1882-85 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig, Heidelberg und Berlin; 1889 Assessor der Kreisverwaltung in Blankenburg; 1890 befristeter und 1893-1923 ständiger Stadtrat in Braunschweig, Dezernent für Armenwesen und Sozialfürsorge; Vors. der Deputation des städt. Pflege-, Kranken- u. Armenhauses.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1918-20 stellv. und 1920-31 Vorstandsvorsitzender des Harzklubs.

Sozialpolitische Aktivitäten

1896 Teilnehmer der sog. Novemberkonferenz zur Reform der Arbeiterversicherung im Reichsamte des Innern; 1904 Mitglied im Hauptausschuss, 1912-18 Vorstandsmitglied, 1917- Schriftführer des DV.

Veröffentlichungen

„Braunschweigische Gesindeordnung“, 1900; „Die Beratung Bedürftiger in Rechtsangelegenheiten“ (mit Krug), Schriften des DV H. 70, 1904; „Die berufliche und fachliche Ausbildung in der Armenpflege“ (mit Levy), Schriften des DV H. 79, 1907; „Das Staats- und Verwaltungsrecht des Herzogtums Braunschweig“, 1909; „Kommentar zum 2. Buche der Reichsversicherungsordnung“, 1911; „Aufgaben der Armenpfleger“, 1912; „Aufgaben der Versicherungsämter“, 1912.

Literatur

Krug von Nidda; Kürschner Gelehrte 1931; Braunschweig. Bio.; Der Harz Jg. 1931; Nls Staatsarchiv Wolfenbüttel.

Bild

Der Harz Jg. 1931, S. 25.

Frege-Weltzien, Arnold Woldemar von
Dr. phil.
Landwirt

* 30.10.1848 in Abtnaundorf/Leipzig,
† 22.10.1916 in Dresden; ev.; V Richard
Woldemar von F. (1811-90), Universitäts-
professor; M Livia Virginia geb. Gebhardt
(1818-91); ∞ 1) Helene geb. von Weltzien-
Weisin (1850-97), 2) Agnes Maria geb.
von Plato (1867-1912); K 1 S, 4 T.

Pädagogium Halle (Saale); Studium der
Rechtswissenschaften und Landwirtschaft
in Halle, Bonn und Leipzig; Dr. phil. in
Leipzig; Reisen nach England, Russland
und Italien; 1890-1916 Landwirt in Abt-
naundorf.

konservativer Politiker

K
RT 1878-1903 WK 14 Sachsen (K); 1898-
1901 Reichstagsvizepräsident;
LT 1892- Mitglied der Sächs. 1. Kammer
der Ständeversammlung.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied des deutschen Landwirtschafts-
rats; Mitglied des Gesamtausschusses der
Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft;
Mitglied des sächs. Landeskulturrats; Vor-
sitzender der Ökonomischen Sozietät und
des landwirtschaftlichen Kreisvereins Leip-
zig.

Auszeichnungen

Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Komtur
vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Ritter
1. Klasse vom Königl. Sächs. Verdienst-
orden; Komtur vom Oldenburg. Verdienst-
orden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig;
Komtur 2. Klasse vom Herzogl. Sächs. Er-
nestinischen Hausorden; Schwarzburg. Eh-
renkreuz 2. Klasse; Waldeck. Verdienst-
kreuz 2. Klasse; Großoffizier vom Orden
der Ital. Krone mit Stern; Kommandeur der
Krone von Rumänien mit Stern; Türk.
Osmaniéorden 2. Klasse mit Stern.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: UnfVersGE 1881; UnfVersG
1884; Agrarpolitiker, Agrarsozialpolitiker
und führender Schutzzöllner.

Veröffentlichungen

„Zur Lohnbewegung der letzten hundert Jahre“,
1870.

Literatur

HbRT 1898; DBJ 1914/16.

Bild

Biefang, S. 122.

Freund, Richard Dr. iur.

Verwaltungsbeamter, LVA-Vorsitzender

* 30.1.1859 in Gleiwitz † 2.7.1941 in Ber-
lin; jüd.; V Samuel F. (1823-96), Sanitäts-
rat; M Emma geb. Milch.

Gymnasium in Gleiwitz; Studium der
Rechtswissenschaften in Breslau und Leip-
zig; 1879 Referendar in Gleiwitz; 1880
Dr. iur. in Breslau; 1881 Mitglied der Ver-
waltung in Lübeck; 1883 Assessor; 1884
juristischer Hilfsarbeiter der Kom-
munalverwaltung in Berlin; 1891 1. Vor-
sitzender des Berliner Gewerbegerichts;
1892-1923 Vorsitzender der Landesver-
sicherungsanstalt in Berlin.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied des Clubs von Berlin.

Auszeichnungen

Geh. Regierungsrat; Ehrenmitglied der
Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung
der Geschlechtskrankheiten; Ehrenmitglied
im Landesausschuss für Hygienische
Volksbelehrung; Ehrenmitglied des Deut-
schen Zentralkomitees zur Bekämpfung
der Tuberkulose; Preuß. Roter Adlerorden
4. Klasse; Offizierskreuz der Franz. Ehren-
legion; Offizierskreuz der Ital. Krone; Of-
fizierskreuz des Österr.-Ungar. Franz-Jo-
seph-Ordens.

Sozialpolitische Aktivitäten

1891-1906 Mitglied im Hauptausschuss
des DV; Beirat ZfVW; 1901-18 Aus-
schussmitglied der Gesellschaft für Soziale
Reform; Vorsitzender der Deutschen Ge-
sellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslo-
sigkeit; 1898-1919 Vorsitzender des Ver-
bands deutscher Arbeitsnachweise; Vor-

standsmitglied des Roten Kreuzes; Vorstandsmitglied im Volksheilstätten-Verein; 1890-1917 Vorsitzender des Berliner Zentralvereins für Arbeitsnachweis; 1894 Schlichter des großen Berliner Bier-Boykottes; 1896 Teilnehmer der sog. Novemberkonferenz zur Reform der Arbeiterversicherung im Reichsamt des Innern; maßgeblicher Anteil an der Diskussion zur Vereinfachung bzw. Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungsbranche; 1909 Mitbegründer von Beratungsstellen für Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten in Berlin.

Veröffentlichungen

„Zentralisation der Arbeiterversicherung“, 1888; „Das Reichsgesetz betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889“, 1890; „Das Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899“, 1899; „Berliner Arbeiterwohnungsfrage“, 1892; „Armenpflege und Arbeiterversicherung. Prüfung der Frage, in welcher Weise die neuere sociale Gesetzgebung auf die Aufgaben der Armengesetzgebung und Armenpflege einwirkt“, Schriften des DV H. 21, 1895; „Vereinfachung der Arbeiterversicherung“, 1896; „Der Arbeitsnachweis“, 1899; „Sozialdemokratie und Arbeiterschaft“, 1902; „Materialien zur Frage der Arbeitslosenversicherung“ (Hrsg.), 1903; „Arbeitsnachweis“ in „Soziale Kultur und Volkswohlfahrt“, 1913.

Literatur

Wer ist's?; Reichshandbuch; Maier.

Bild

Reichshandbuch, S. 480.

Frick, Johannes (Hans) Julius Maximilian Ministerialbeamter

* 15.8.1862 in Halle (Saale), † 29.4.1941 in Berlin; ev.; V Otto F. (1832-92), Pädagoge, Direktor der Franckeschen Stiftungen; M Anna Franziska geb. Schmidt (-1875); ∞ 1898 Dorothea geb. Bosse (1877-1963); K 4 S, 3 T, u. a. Robert F. (1901-90), Theologe, Direktor der Kaiserswerther Anstalten.

1884 Gerichtsreferendar; 1886 Regierungsreferendar; 1890 Regierungsassessor; 1893 Hilfsarbeiter im preuß. Innenministerium; 1894 Landrat in Einbeck; 1900

Hilfsarbeiter, Geh. Regierungsrat, 1904-13 Geh. Oberregierungsrat (Gewerbeabteilung, Zentralbüro) und 1920-27 Ministerialdirektor im preuß. Handelsministerium; 1927 Abschied; danach vertraglich tätig als komm. Beauftragter Preußens bei den Beratungen zu einem Arbeitsschutzgesetz bis 1928.

1919-28 stellv. preuß. Bevollmächtigter zum Reichsrat.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied des Reichsgesundheitsrats; Mitglied der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte.

Auszeichnungen

1915 Wirkl. Geh. Oberregierungsrat; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Österr.-Ungar. Franz-Joseph-Orden 2. Klasse mit Stern.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: GewONov 1908; Mitglied im Vorstand u. Verwaltungsausschuss der ZfVW.

Literatur

Kramer, „Die „Bosse“; ProtPrStM 10, 11/II, Q III. 3; Lilla.

Friedenthal, Karl Rudolf Dr. iur.
Preuß. Staatsminister

* 15.9.1827 in Breslau, † 7.3.1890 in Gießmannsdorf/Krs. Neiße; jüd./1832 ev.; V Naphtali Markus seit 1832 Karl F. (ca. 1799-1854), Kaufmann; M Amalie geb. Landsberger (1806-66); ∞ 1861 Fanny geb. von Rosenberg (1829-1912); K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Neiße; Studium der Rechtswissenschaften in Breslau, Heidelberg und Berlin; Dr. iur. in Berlin; 1854 Gerichtsassessor in Berlin, danach Bewirtschaftung seines Rittergutes; 1857-64 Landrat im Krs. Grottkau; 1864- Landwirt und Industrieller in Breslau; 1874-79 Preuß. Minister für landwirtschaftliche Angelegenheiten;

1877-78 zugleich (vertretender) Innenminister.

Corps Silesia in Breslau.

konservativer Politiker

DRP, FK

1867 Mitbegründer und Führer der Freikonservativen und der DRP

RT 1867-71 Mitglied im Zollparlament und im Norddt. RT; 1867-74 WK 12 (bkF/DRP); 1874-78 WK 3 (DRP); 1878-81 WK 11 (DRP);

LT Pr. AbgeH 1870-73 WK 10 Neiße (FK); 1873-76 WK 4 Posen (FK); 1877-79 WK 4 Posen (bkF); 1873-74 2. Vizepräsident; Herrenhaus 1879-90;

K 1856 Kreisdeputierter für den Kreis Neiße; Schlesischer Provinziallandtag und Vorsitzender im Agrarausschuss ebd.

Auszeichnungen

1879 Verleihung des erblichen Adels (abgelehnt); Preuß. Roter Adlerorden 1. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Stern und Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 3. Klasse; Komtur vom Bayer. Militärverdienst Orden; Komtur 2. Klasse vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Württemb. Olgaorden; Schweriner Militärverdienstkreuz 2. Klasse; Großkreuz vom Anhalt. Hausorden Albrecht des Bären; Lipp. Ehrenkreuz 1. Klasse (Hausorden).

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: UWG 1870 (Berichterstatter); F. hatte ganz maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung des UWG, sein Kommissionsbericht ist ein Glanzstück in Analyse und Formulierung; Gegner der Schutzzollpolitik Bismarcks; 1881-90 Mitglied im Hauptausschuss des DV; Mitglied des schlesischen Provinzialvereins für ländliche Arbeiterkolonien; 1868-81 Förderer der preuß. Verwaltungsreformen für mehr Selbstverwaltung auf lokaler Ebene; Mitinitiator und Förderer der Kreisgebietsreform 1872; Einrichtung der Karlstiftung in Gießmannsdorf für den Bau und Unterhalt je einer ev. und kath. Kirche, einer Kleinkinderschule, einer weiteren Schule und eines Krankenhauses; Förderer des Roten Kreuzes.

Veröffentlichungen

„Bericht des Vaterländischen Frauenvereins über die Gestaltung der Verbindung zwischen der behördlichen Armenpflege und der Tätigkeit der Frauenvereine“, Schriften DV H. 2, 1881.

Literatur

NDB; Hirth 1877; Hamburger; Haunfelder/Pollmann; Mann.

Bild

Haunfelder/Pollmann, S. 128.

Fritzen, Aloys

Landesrat

* 19.2.1840 in Kleve (Rheinprovinz), † 19.8.1916 in Düsseldorf; kath.; V Bernhard F. (1806-68), Architekt; M Josephine Bernardine geb. Ebben (1814-72) ∞ 1871 Maria geb. Gudden; K 3 S, 3 T.

Gymnasium in Kleve; Kollegium Augustinianum in Gaesdonck bei Goch; 1858-61 Studium der Rechtswissenschaften in Bonn und Heidelberg; 1861 Auskulturator, 1863 Referendar in Kleve; 1866 Landgerichtsassessor in Kleve; 1868-75 1. Beigeordneter in Düsseldorf; 1875-89 Landesrat der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz in Düsseldorf.

Zentrumspolitiker

Z

1901-03 Vorsitzender der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses; *RT* 1881-87 WK 1 Aachen (Z); 1889-1912 WK 9 Düsseldorf (Z);

LT Pr. AbgeH 1889-1903 WK 4 Münster (Z);

K 1890-1902 Rhein. Provinziallandtag.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied im Volksverein für das katholische Deutschland.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Ritter vom Päpstl. Piusorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: HilfskGNov 1884 Ber.

Literatur

HbRT 1907; Hillger 1907; Haunfelder Zentrum; Q II. 2.

Bild

Biefang, S. 126.

Fritzche, Friedrich Wilhelm
Redakteur

* 27.3.1825 in Leipzig, † 5.2.1905 in Philadelphia/USA; kath./diss.; V Wilhelm F., Schuhmachergeselle; M Dorothea geb. Segner; ∞ 1853 Friederike Wilhelmine geb. Kobolt; K 2 S.

Kinderarbeit in einer Zigarrenmanufaktur; 1839 Armenschule in Leipzig; 1840-45 Zigarrenarbeiter, 1845-48 Wanderschaft durch die Schweiz, Frankreich und Italien; 1848 Zigarrenarbeiter in Leipzig; Mitglied der Arbeiterverbrüderung; Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Freikorps; aktive Beteiligung (Barrikadenkämpfer in Dresden) an der Revolution 1848/49; 1849-50 Gefängnis (wegen Hochverrats); 1850 ff. Wanderschaft; 1857-64 Zigarrenarbeiter in Leipzig; 1865 Redakteur und Verleger des „Botschafters“; 1878 Ausweisung aus Berlin; 1881 Agitationsreise durch die USA; 1881 Emigration in die USA; Gastwirt in Philadelphia; Organisator der Vereinigten deutschen Gewerkschaften Philadelphias und Hrsg. „Der Hammer“; 1887 Initiator eines Bildungsheimes der Arbeiterschaft in Philadelphia; Initiator eines Bildungsheimes in Baltimore.

sozialdemokratischer Politiker

ADAV, SAPD, SDAP, SPD

1862 Mitglied im Leipziger Zentralkomitee; 1863 Gründungsmitglied und Vorstandsmitglied und 1865 Vizepräsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV); 1875 Teilnehmer des Gothaer Vereinigungskongresses, danach SDAP; RT 1868-71 WK 1 Düsseldorf (Lassalleaner/SAPD); 1877-81 WK 4 Berlin (SDAP).

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1878; 1848 Mitglied der Arbeiterverbrüderung; 1861-62

Mitglied des Gewerblichen Bildungsvereins in Leipzig; 1862 Mitbegründer des Arbeitervereins Vorwärts; 1863 Gründungsmitglied des Zigarrenarbeitervereins Leipzig; 1865-78 Gründungsmitglied und Geschäftsführer des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeiterverbands (ab 1869: Allg. Tabak- und Zigarrenarbeiterverein, ab 1872: Deutscher Tabakarbeiterverband); 1868 Gründungsmitglied und Vizepräsident des Allgemeinen Deutschen Arbeiterschäftsverbands (ab 1869: Allg. Tabak- und Zigarrenarbeiterverein, ab 1872: Deutscher Tabakarbeiterverband); 1868 Vorstandsmitglied des Berliner Rechtsschutzvereins für Arbeiter; arbeitete 1874 und 1877 (mit August Bebel) einen Arbeiterschutzgesetzentwurf aus, letzterer wurde auch im Reichstag eingebracht.

Veröffentlichungen

Hrsg. „Der Wanderer“, Hrsg. „Gewerkschafter“, Hrsg. und Redakteur „Der Botschafter“.

Literatur

Hirth 1878; Haunfelder/Pollmann; GdA Bio.; Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier; biosop; Reprint „Botschafter“ (Vorwort Buschak); Q I. 1, 3, 4, 5, 8.

Bild

Haunfelder/Pollmann, S. 131.

Fuchs, Karl Johannes Dr. rer. pol.
Universitätsprofessor

* 7.8.1865 in Nürnberg, † 4.12.1934 in Tübingen; V Johannes F. (1832-81), Kaufmann u. Magistratsrat; M Louise geb. Waydelin (1840-?); ∞ Bertha geb. Eimbcke (1863-1946).

Gymnasialbesuch in Nürnberg, Studium d. Rechts- u. Staatswissenschaften in München, Straßburg u. Berlin; 1888 Promotion, 1889 Habilitation u. Privatdozent für Staatswissenschaften in Straßburg; 1891 ao. und 1893 o. Prof. in Greifswald; 1897 o. Prof. in Freiburg/Br.; 1908 Prof. für Volkswirtschaftslehre in Tübingen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender der württemb. Volkswirtschaftlichen Gesellschaft; stellv. Vorsitzender im Deutschen Heimatschutz Bund; Mitglied der württemb. Kommission für Landesgeschichte.

Auszeichnungen

Geh. Rat; Ritter 1. Klasse des Bad. Ordens vom Zähringer Löwen.

Sozialpolitische Aktivitäten

Stellv. Vorsitzender im VfSP; Ausschussmitglied 1895, 1897, 1910, 1911; R (Wohnungsfrage), GV Sept. 1901; R (Gemeindebetriebe), 1909.

Veröffentlichungen

„Die Handelspolitik Englands und seiner Kolonien in den letzten Jahrzehnten“, Schriften des VfSP Bd. 57, 1893; „Die Wohnungsfrage“, Schriften des VfSP Bd. 98, 1901; „Gemeindebetriebe. Neuere Versuche und Erfahrungen über die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit in Deutschland und im Ausland“ (Hrsg.), Schriften des VfSP Bd. 128-130, 1908-12; „Die Entwicklung der Gemeindebetriebe in Deutschland und im Ausland“ und „Die Entwicklung und die allgemeine Bedeutung der Gemeindebetriebe und ihr Verhältnis zu den Privatbetrieben“, Schriften des VfSP Bd. 132, 1910.

Literatur

Eberl/Marcon; Marcon/Strecker.

Bild

Marcon/Strecker, S. 373.

Fürst, Johann Heinrich *Max* Dr. iur.

Ministerialbeamter

* 17.5.1854 in Breslau, † 8.3.1914 in Berlin; ev.; V Heinrich F., Stadtgerichtsrat; ∞ Marie geb. Glauer (- um 1934).

1874-76 Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg und Breslau; 1876 Referendar; 1877 Dr. iur. in Breslau; 1882 Hilfsarbeiter bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht in Breslau; 1882-85 Hilfsarbeiter beim Oberbergamt in Breslau; 1885 Hilfsarbeiter, 1887 Bergrat und 1888 Oberbergat der Abt. 1 beim preuß. Minis-

terium der öffentlichen Arbeiten; 1891 Geh. Bergrat und 1895 Geh. Oberbergat im preuß. Handelsministerium; 1900-07 Berghauptmann und Direktor des Oberbergamts in Halle (Saale); 1907 Ruhestand; danach Sachverständiger für Bergbaufragen der Darmstädter Bank in Berlin.

Corps Marcomannia Breslau
Corps Guestphalia Heidelberg.

Auszeichnungen

1905 Wirkl. Geh. Oberbergat; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern; Komtur 2. Klasse vom Großherzogl. Sächs. Verdienstorden der Wachsamkeit oder vom Weißen Falken; Kommandeur 1. Klasse vom Herzogl. Anhalt. Hausorden Albrecht des Bären; Großkreuz vom Herzogl. Braunschweig. Hausorden Heinrich des Löwen; Fürstl. Reußisches Ehrenkreuz; Schwarzburg. Ehrenkreuz 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: InvVersG 1899; F. war einer der Sekretäre der Internationalen Arbeiterschutz-Konferenz 1890, sodann war er Referent der preuß. Bergesetznovelle von 1892, die einige sozialpolitische Regelungen der Gewerbeordnungsnovelle von 1891 nachvollzog, er erläuterte sie in seiner Bearbeitung des Klostermannschen Kommentars zum preuß. Berggesetz.

Veröffentlichungen

Klostermann, „Das allgemeine Berggesetz für die Preußischen Staaten vom 24. Juni 1865, nebst Einleitung und Kommentar“, 5. Aufl. hrsg. v. Fürst, 1896; (mit Wilhelmi) „Das Reichsgesetz betr. die Gewerbeberichte v. 29.7.1890“, 1891.

Literatur

Serlo; Boldt; Berlepsch, 'Neuer Kurs' im Kaiserreich, 1987; ProtPrStM 8/II.

Fuss, August *Paul* Dr. med. h. c.
Bürgermeister

* 29.6.1844 in Posen, † 7.1.1915 in Berlin; V Gustav F., Geh. Revisionsrat; M Clara geb. Henning; ∞ 1872 Marta geb. Biber; K 1 S.

Gymnasium in Berlin; 1861-65 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin und Heidelberg; 1870 Gerichtsassessor in Forst und Beuthen; Staatsanwalt in Thorn; 1876 Stadtrat und Dezerent für Wasserversorgung, Kanalisation, Armenpflege und Schulwesen in Danzig; 1879 Landesrat Provinzialverwaltung Westpreußen in Danzig; 1888 Bürgermeister, 1890-1912 Oberbürgermeister von Kiel.

LT 1888-1912 Herrenhaus.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied im Kaiserl. Yachtclub.

Auszeichnungen

1907 Dr. med. h. c. Kiel; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael 3. Klasse; Kommandeur vom Engl. Königin Viktoria-Orden.

Sozialpolitische Aktivitäten

1897/98, 1903/04 und 1912/13 Vorsitzender des DV* für öffentliche Gesundheitspflege, Ausschussmitglied 1886/87-88/89, 1895/96-97/98, 1903/04-04/05, 1911/12-12/13, führte die Vollkanalisation in Kiel durch.

Veröffentlichungen

1897- Mitherausgeber der „Deutschen Vierteljahrschrift für öffentliche Gesundheitspflege“; „Ansprache aus Anlaß des 25jährigen Bestehens“ [des DVjög], DVjög XXXI, 12.

Literatur

Wer ist's?; DBJ 1915; Labisch/Tennstedt.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 411.

Gaebel, Otto Johann Vertraugott
Regierungsbeamter, Präsident RVA

* 13.11.1837 in Meseritz, † 2.7.1906 in Berlin; ev.; V Adolf Friedrich Julius G., Realschulprofessor (-1859); ∞ Margarete geb. Pilet, K 2 T, 1 S (Konrad).

-1853 Realschulbesuch in Meseritz, -1859 Gymnasialbesuch in Berlin; 1856-59 Stu-

dium der Rechtswissenschaften in Halle (Saale) und Berlin; 1859 Gerichtsreferendar; 1864 Gerichtsassessor; 1866 Leutnant; 1868 Staatsanwalt in Pleschen; 1874 Regierungsrat und 1884 Oberregierungsrat (Abteilungsdirigent) bei der Regierung/Oberpräsidium in Posen; 1886 Hilfsarbeiter, 1887 Geh. Regierungsrat, 1891 Direktor der Abt. f. Invaliditäts- u. Altersversicherung, 1896 Geh. Oberregierungsrat und 1897-1906 Wirkl. Geh. Oberregierungsrat und Präsident des Reichsversicherungsamts.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Kommandeur 2. Klasse vom Bad. Orden vom Zähringer Löwen; Kommandeur 2. Klasse vom Braunschweig. Hausorden Heinrich des Löwen; Komtur vom Großherzogl. Sächs. Hausorden der Wachsamkeit oder vom Weißen Falken.

Sozialpolitische Aktivitäten

G. leitete den Aufbau der Organisation der Invaliditäts- u. Altersversicherung bzw. der entsprechenden Anstalten und wurde anschließend Direktor dieser Abteilung des Reichsversicherungsamts; aktiv im ev.-kirchlichen Hilfsverein, Berliner Hauptverein für innere Mission u. a.; 1898-1906 Präsident des Zentralausschusses für die Innere Mission; Vorsitzender des Deutschen Samaritervereins vom Roten Kreuz. Teilnehmer der sog. Novemberkonferenz zur Reform der Arbeiterversicherung im Reichsamt des Innern 1896.

Führte als Präsident des RVA die versöhnende Arbeiterpolitik seines Vorgängers Tonio Bödiker weiter, u. a. Fortführung der freien Beweiswürdigung in der Unfallversicherung, Implementierung bzw. vereinheitlichte Interpretation des 1900 abgeänderten Erwerbsunfähigkeitsbegriffs.

Literatur

DBJ 1906; Tennstedt, Das Reichsversicherungsamt und seine Mitglieder, in: Entwicklung des Sozialrechts; Aufgabe der Rechtsprechung, 1984; Der Reichsbote Nr. 153 v. 4.7.1906.

Bild

Das Reichsversicherungsamt und seine Mitglieder, S. 57.

Galen, Ferdinand Heribert Graf von
Grundbesitzer

* 31.8.1831 in Münster, † 5.1.1906 in Dinklage/Oldenburg; kath.; V Matthias Graf von G. (1800-80); M Anna geb. Frein von Ketteler (1803-84); ∞ Elisabeth Friederike Sophia geb. Reichsgräfin von Spee (1842-1920); K 13: Clemens August von Galen (1878-1946), Kardinal und Bischof von Münster; Friedrich von Galen (1865-1918), MdR 1907-18.

Ritterakademie Bedburg, Gymnasium in Münster; Studium der Rechtswissenschaften in München, Löwen und Bonn; Reisen nach Frankreich, Spanien und Italien; 1854-58 Militärdienst, zuletzt Premierleutnant; seit 1858 Verwaltung der Familiengüter in Dinklage im Großherzogtum Oldenburg; 1870/71 Kriegsteilnehmer; 1880 Übernahme des Familienbesitzes.

Zentrumspolitiker

Z

1898-1906 Vorsitzender der westfälischen Zentrumspartei; 1898-1903 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags;

RT 1874-1903 WK 3 Oldenburg (Z);

LT Oldenburg 1872-75;

K Gemeinderat Dinklage.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1883 2. Präsident des Deutschen Katholikentags in Düsseldorf; 1893 Präsident des Deutschen Katholikentags in Würzburg; 1890-1900 Vorstandsmitglied des Volksvereins für das katholische Deutschland.

Auszeichnungen

Päpstl. Geh. Kämmerer; Preuß. Kronenorden 4. Klasse mit Schwertern; Ritter vom Bayer. Hausorden des Heiligen Georg; Ritter 2. Klasse mit Schwertern vom Oldenburg. Haus- und Verdienstorden; Ehrenritter des Malteserordens.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: brachte 1877 einen Arbeiterschutzgesetzentwurf für das Zentrum im Reichstag ein; PensKassGE 1879; GewONov 1885/86; GewONov 1891.

Literatur

HbRT 1898; Haunfelder Zentrum; Heitzer, Der Volksverein für das kath. Deutschland im Kaiserreich 1890-1918, 1979; Q I. 3, 4, II. 1, 3, III. 3.

Bild

Haunfelder Zentrum, S. 65.

Gamp, Karl Friedrich Oskar Frhr. von
Ministerialbeamter, Politiker

* 24.11.1846 in Massaunen/Krs. Friedland, † 13.11.1918 in Berlin; ev.; V Wilhelm Friedrich G. (1816-85), Rittergutsbesitzer; M Eveline geb. Müller (1823-72); ∞ 1890 Klara geb. Bayer (1854-1938); K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Rastenberg, 1865-68 Studium der Rechtswissenschaften in Königsberg und Berlin; 1868 Referendar in Königsberg u. Berlin; 1873 Gerichtsassessor; 1874 Regierungsassessor bei der Staatseisenbahnverwaltung; 1877-80 Hilfsarbeiter im preuß. Ministerium der öffentlichen Arbeiten; 1882 Hilfsarbeiter, Regierungsrat, 1883 Geh. Regierungsrat sowie 1886-95 Geh. Oberregierungsrat im preuß. Handelsministerium (nebenamtl. Reichsamt des Innern, Referent für Gewerbekammern, Unfallversicherung -1883/84-, Knappschaftsvereine - ab 1884-, Bergarbeiterverhältnisse -1889/90-); 1895 Abschied aus dem Staatsdienst auf eigenen Wunsch, Bewirtschaftung des Rittergutes Hebron-Damnitz/Krs. Stolp; Aufsichtsratsmitglied; politische Betätigung für die Reichspartei.

Corps Baltia in Königsberg.

konservativer Politiker

K

DRP, FK, 1907-18 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der DRP;

RT 1884-1918 WK 8 Marienwerder (DRP);

LT Pr. AbgeH 1894-1918 WK 8 Marienwerder (FK).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitbegründer des Alldeutschen Verbands.

Auszeichnungen

1907 nobiliert; 1895 Wirkl. Geh. Oberregierungsrat; Preuß. Roter Adlerorden

2. Klasse mit Stern und Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: UnfVersG 1884; HilfskGNov 1884; RT-Komm.: UnfVersG 1900;

G. hat Anteil an der dritten Unfallversicherungsvorlage nach dem Abgang von T. Lohmann im Herbst 1883. Bismarck schätzte dessen konservative Auffassungen zur Sozialpolitik und veranlasste dessen (vorübergehende) Abordnung in das Reichsamt des Innern zur produktiven, Bismarck genehmen Gestaltung der dritten Unfallversicherungsvorlage mit Berufsgenossenschaften und Umlageverfahren; als Reichstagsabgeordneter Haushaltsexperte u. Berichterstatter für Steuergesetze (Börse, Branntwein).

Veröffentlichungen

„Die wirtschaftlich-sozialen Aufgaben unserer Zeit auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiete“, 1880; „Der landwirtschaftliche Kredit und seine Befriedigung“, 1883.

Literatur

HbRT 1912; Mann; Wer ist's?; Bio. Altpreuß.; Q II. 2, 4, 6; ProtPrStM 7, 8/II, 9, 10.

Bild

Biefang, S. 181.

Gebhard, Herman August Wilhelm Karl
Verwaltungsbeamter

* 21.4.1843 in Braunschweig; † 6.10.1906 in Lübeck; ev.; V Johann Heinrich G. (1803-74), Amtsvogt; M Johanne Wilhelmine geb. Pfeiffer (1804-); ∞ 1874 Marianne geb. Zwilgmeyer (1847-1911); K 1 S, 3 T.

Bürgerschule in Wolfenbüttel und Schöningen; Gymnasium in Wolfenbüttel; 1863-66 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen und Berlin; 1866 Auslandsreisen; 1866-68 braunschweig. Justizdienst; 1866 Referendar; 1871 Assessor; 1869-73 Leiter des städtischen Polizeiamtes Wolfenbüttel; 1873-76 Assessor an der Herzogl. Polizeidirektion

in Braunschweig; 1876-80 hauptamtlicher Stadtrat in Braunschweig; 1880-90 Stadtdirektor in Bremerhaven; 1890-1906 Vorsitzender (Direktor) der Hanseatischen Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Altersversorgung in Lübeck.

liberaler Politiker

NL

1887 Zentralwahlkomitee NL; 1887-89 Vorstandsmitglied der NL; RT 1884-90 WK 19 Hannover (NL); K 1884-90 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender des Unterweser-Fischereivereins; Mitbegründer eines Kunstvereins und einer kunstgewerblichen Unterrichtsanstalt in Braunschweig.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse; Grabstätte auf Waldhöhe bei St. Andreasberg (Oderberg).

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: UnfVersG 1884; KrankVersGNov 1885 Ber.; UnfKrankVersAusdG 1885; UnfKrankVersGLandw 1886; UnfVersGBau u. UnfVersGSee 1887; InvAltVersG 1889.

Engagierte Mitarbeit bei der sozialpolitischen Gesetzgebung in Ausschuss u. Plenum. 1873 Mitbegründer des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in Braunschweig; 1891 Begründer einer gemeinsamen Geschäftsstelle der norddeutschen Versicherungsanstalten für die Invalidenversicherung der Seeleute in Lübeck, 1891 Mitbegründer und Vorsitzender des Nordwestdeutschen Konferenzverbands der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten; 1896 Teilnehmer der sog. Novemberkonferenz zur Reform der Arbeiterversicherung im Reichsamt des Innern; 1899 Vorsitzender des sog. Fünfer- bzw. Eisenacher Ausschusses der Invalidenversicherungsträger; engagierter Förderer der Kuren in Heilstätten in der Tuberkulosefürsorge; verhalf der LVA der Hansestädte zu einer Vorreiterrolle auf diesem Gebiet, gründete die Heilstätte Oderberg und Glückauf in St. Andreasberg; Konflikt

mit Reichsamt des Innern um geplante Rentenstellen bzw. Lastenausgleich zwischen Rentenversicherungsträgern.

Veröffentlichungen

„Führer durch das Gesetz zur Invaliditäts- und Altersversicherung“, 1889-92; „Die Arbeiterfamilie und die gesetzliche Altersversicherung“, 1891; „Die Versicherung der Seeleute“, 1891; „Die Reform der Invaliditäts- u. Altersversicherung“, 1893; „Fürsorge für Genesende“, 1900; (mit Düttmann) „Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899“, 1901.

Literatur

HbRT 1890; DBJ 1906; Haunfelder Lib. Abg.; Helms, Die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte in Lübeck 1891-1938, Zeitschrift d. Vereins für Lübeckische Geschichte u. Altertumskunde Bd. 38, 1958; Schleswig-Holst. Bio.; Q II. 2, 6.

Bild

Biefang, S. 207.

Gensel, Walter *Julius* Dr. iur.
Justizrat, Rechtsanwalt

* 18.12.1835 in Schellenberg bei Augustsburg/Erzgebirge, † 9.3.1916 in Leipzig; ev.; V Ernst Walter G. (1806-81), Rechtsanwalt; M Agnes Emilie geb. Gernhard (1809-94); ∞ 1864 Ottilie geb. Voigt (1835-87); K 2 S, 2 T.

1848-54 Gymnasium in Weimar; 1854-58 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig; 1863 Dr. iur. Leipzig; 1864-1916 Rechtsanwalt in Leipzig, 1900-16 Notar; 1866 Sekretär der Handels- und Gewerbekammer Leipzig; 1868-1900 Sekretär und Syndikus der Handelskammer Leipzig.

liberaler Politiker

NL

1888- um 1902 Vorsitzender, danach Ehrenvorsitzender des nationalliberalen sächsischen Landesvereins; 1877-78, 1887-90 und 1893-1911 Vorstandsmitglied der NL; RT 1877-78 WK 15 Sachsen (NL); LT Sachsen II. Kammer 1869-77 WK 9 Sachsen (NL); 1869-71 und 1875-77 zweiter Sekretär; K Stadtverordneter in Leipzig 1866-72.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1873- Mitglied der Deputation des Kongresses deutscher Volkswirte; Vorsitzender des Verbands deutscher Handelskammersekretäre; Vorstandsmitglied im Evangelischen Bund; 1898 Mitbegründer der Leipziger Handelshochschule; Vorsitzender des Finanzausschusses des Verbands der Leipziger Ev. Kirchen.

Auszeichnungen

Justizrat; Ehrenvorsitzender des Kunstgewerbevereins Leipzig; Ritter 1. Klasse mit Krone vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1878 Ber.; 1875-1907 Mitglied im VfSP; 1882 Mitbegründer und 1890 Vorsitzender des Sächs. Landesverbands der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung; 1890- Vorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft in Leipzig.

Veröffentlichungen

„Der deutsche Handelstag 1861-1901“, 2 Bde., 1902.

Literatur

Hirth 1877; Döscher/Schröder; Haunfelder Lib. Abg.; Q I. 3, 4, 8.

Bild

Döscher/Schröder, S. 245.

Gerhardt, *Christian*

Baunternehmer

* 30.3.1843 in Winterborn/Krs. Gummersbach, † 30.1.1912 in Elberfeld; ev.; V Caspar G., Maurer; M Wilhelmine Anne Catharine geb. Horn; ∞ Laura geb. Gräffe (1831-1906); K 2 S, 1 T.

Maurerlehre; Baugewerkschule in Holzminden; 1868 Baunternehmer in Lennep, 1874 in Barmen und 1875-1912 in Elberfeld.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied des Steuerausschusses in Elberfeld; Kirchmeister ebd.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Stellv. Vorsitzender und 1898-1910 Vorsitzender des Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften; Vorstandsmitglied des Verbands Deutscher Baugewerkmeister; 1901-12 stellv. nicht ständiges Mitglied im Reichsversicherungsamt; 1885-1912 Vorsitzender der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft; Mitbegründer und Vorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Provinzial Baugewerkverbands; Vorsitzender des Bergischen Baugewerbevereins bzw. 1883- der Baugewerbeinnung; Beisitzer des Gewerbegerichts in Elberfeld; Vorsitzender der Maurer-Innung ebd.; Mitglied der Prüfungskommission der Baugewerkschule ebd.

Literatur

Meyer-Kahrweg, Architekten, Bauingenieure, Baumeister, Bauträger und ihre Bauten in Wuppertal, 2003; Archiv in Wuppertal; Ev. Archiv Boppard.

Goltz, Karl Eduard Joachim *Rüdiger* Frhr. von der Dr. iur.
Landesdirektor

* 17.7.1837 in Kreitzig, Krs. Schivelbein, † 29.6.1910 in Stettin; ev.; V Karl Frhr. v. d. G. (1794-1865); M Rosalie geb. von Arnim (1805-78); ∞ 1868 Marie von Bassewitz (1846-71); K 2 S.

Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg und Berlin; 1859 Dr. iur. in Berlin; 1865 Landwirt; 1865-71 Landrat des Kreises Schivelbein; 1881-93 Landesdirektor der Provinz Pommern; 1893-1910 Vorsitzender im Provinzialausschuss ebd.

konservativer Politiker

K

RT 1871-74 WL 4 Köslin (bkF);
LT Pr. AbgeH 1870-73 WK 3 Köslin (K);
1873-79 WK 3 Köslin (NeuK); 1899-1900 WK 5 Köslin (K); 1870-79 Schriftführer; Herrenhaus 1900-10;

K Kreistag, Kreisausschuss Schivelbein; Pommerscher Provinziallandtag.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Stern und Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern.

Sozialpolitische Aktivitäten

1886-1905 Mitglied im Hauptausschuss des DV; 1882 Begründer von diakonischen Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge und einer Kleinkinderschule sowie einer Bücherei in Kreitzig.

Veröffentlichungen

„Die Reform der ländlichen Armenpflege“ (mit v. Reitzenstein), Schriften des DV H. 6, 1885.

Literatur

Hirth 1871; Pommern LB.

Bild

Pommern LB, Bd. 1, S. 281.

Graf, Johann Wilhelm Ludwig *Eduard*
Dr. med.
Arzt

* 11.3.1829 in Jöllenbeck, † 19.8.1895 in Konstanz; ev.; V Kantor u. Lehrer.

Studium der Medizin in Halle (Saale), Berlin und Greifswald; 1851 Dr. med. ebd.; 1853-54 Assistenzarzt in Danzig; danach praktischer Arzt in Imgenbroich-Eifel, Ronsdorf und 1860-95 Elberfeld; 1861-80 zugleich Hospitalarzt in Elberfeld; 1883 Sanitätsrat, 1895 Geh. Sanitätsrat.

Corps Guestphalia Halle
Corps Borussia Greifswald.

liberaler Politiker

NL

LT Pr. AbgeH 1883-95 WK 2 Düsseldorf (NL); 1894-95 2. Vizepräsident;
K 1867-78 Stadtverordneter in Elberfeld.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1867- Vorsitzender des Ärztevereins des Regierungsbezirks Düsseldorf; 1880 ao.

Mitglied im Reichsgesundheitsrat; Vorsitzender der Ärztekammer Rheinland.

Auszeichnungen

1894 Generalarzt 2. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1869 Mitbegründer und Vorsitzender des niederrheinischen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege; 1873 Mitbegründer und 1. Vorsitzender des deutschen Ärztevereinsbunds; 1873 Mitbegründer des DV* für öffentliche Gesundheitspflege, Ausschussmitglied 1882/83-84/85, 1888/89.

Veröffentlichungen

„Die königlichen Reserve-Lazarette in Düsseldorf während des Krieges von 1870-71“, 1872; „Das ärztliche Vereinswesen in Deutschland und der deutsche Aerzte-Vereinsbund“, 1890.

Literatur

Labisch/Tennstedt; Pagel.

Bild

Pagel, S. 625.

Grillenberger, Karl

Schlosser, Redakteur

* 22.2.1848 in Zirndorf b. Nürnberg; † 19.10.1897 in München; freireligiös; V Urban G., Volksschullehrer und Kantor; ∞ 1874 Margarethe geb. Reuter (1852-1934); K 1 S, 1 T.

1854-61 Volksschule in Zirndorf, Ansbach, München; 1861-65 Schlosserlehre in Schweinau/Nürnberg; 1866-69 Wanderarbeiter in Deutschland, Österreich und der Schweiz; 1870-73 Mitarbeiter bei der Cramer Klettschen Gewerfabrik in Nürnberg; 1873-74 Werkmeister in einer Gasfabrik in Forchheim und Mitarbeiter des Demokratischen Wochenblatts bzw. Sozialdemokratischen Wochenblatts; 1874-78 Redakteur im Nürnberg-Fürther Social-Demokraten; 1874-95 Geschäftsführer und Korrektor der Genossenschaftsdruckerei in Nürnberg; 1878-97 Geschäftsführer und Redakteur der Fränkischen Tagespost; 1879 nomineller Miteigentümer des in Zü-

rich erscheinenden Zentralorgans „Der Sozialdemokrat“; 1884 Mitbegründer der Metallarbeiterzeitung.

sozialdemokratischer Politiker

SDAP, SAP, SPD

1869-75 SDAP; 1875-90 SAP; 1890-97 SPD; 1884-97 Vorstandsmitglied der SPD-Reichstagsfraktion; 1884, 1887, 1890 Mitglied des Zentralwahlkomitees; 1872-74 Teilnehmer an den Parteikongressen der SDAP; 1875 Vereinigungskongress Gotha; RT 1881-97 WK 1 Mittelfranken-Nürnberg (SAP/SPD);

LT Bayer. Landtag 1893-97.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: KrankVersGNov 1885 Antr.; GewONov 1891; Mitglied der Internationalen Metallarbeitergenossenschaft; Mitglied des sozialistischen Arbeiterbildungsvereins; 1894 Mitinitiator des ersten deutschen Arbeitersekretariats in Nürnberg; 1871-72 Führer der Arbeitseinstellungen in der Nürnberger Gewerfabrik.

Literatur

HbRT [1893]; GdA Bio.; Fricke, Sie nannten ihn „Grillo“, in: MarBolek (Hrsg.), Soziale Demokratie – sozialistische Theorie, 1995; biosop; Q II. 2, 3, 4, 6, III. 3, 4, 6.

Bild

Biefang, S. 135.

Gutfleisch, Egidius Tobias Valentin Karl Dr. iur.

Rechtsanwalt

* 23.7.1844 in Lorsch, † 3.5.1914 in Gießen; kath.; V Johann Joseph G. (1811-82), Landrichter; M Elisabeth geb. Goth (1820-51).

Gymnasien in Bensheim und Darmstadt; 1862-65 Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg und Gießen; 1868 Dr. iur.; 1868-71 Gerichtsakzessist in Lorsch; Advokat am Hofgericht; 1871-1914 Rechtsanwalt in Gießen; 1876-1914 Aufsichtsratsmitglied der Gewerbebank in Gießen.

liberaler Politiker

LV, DFrP, FrVp, FoVp

RT 1881-84 WK 1 Gießen (LV/DFrP);
1890-93 WK 2 Friedberg;
LT Hess. LT 1887-93 (DFrP); 1899-1910
(FrVp); 1910-11 (FoVp);
K 1863- Stadtverordneter in Gießen; 1878
Mitglied im Kreisausschuss; Mitglied im
hess. Provinziallandtag.

Ehrenämter und Mitgliedschaften
Vorstandsmitglied im Hess. Anwaltsverein.

Auszeichnungen
Geh. Justizrat; Ritter 1. Klasse mit Krone
vom Hess. Verdienstorden Philipp des
Großmütigen.

Sozialpolitische Aktivitäten
RT-Komm.: GewONov 1891; Krank-
VersGNov 1892.

Literatur
HbRT 1890; Haunfelder Lib. Abg.; Q II. 2, III. 3.

Bild
Biefang, S. 132.

Härtel, Bernhard Richard
Verbandspräsident, Redakteur

* 9.12.1835 in Altenburg/Thüringen, † 26.9.
1903 in Leipzig; diss.; ∞ 1860 Wilhelmine
Rosette geb. Kirchhof (1823-86); K 1 S.

1849- Setzerlehre in Leipzig; 1862- (nach
1866) Vorsitzender des Leipziger Fortbil-
dungsvereins für Buchdrucker; 1866 Mitbe-
gründer und 1868-79 Präsident des Deut-
schen Buchdruckerverbands; 1866-90 besol-
deter Redakteur der Verbandszeitung „Kor-
respondent für Deutschlands Buchdrucker
und Schriftgießer“ in Leipzig; nach 1890-
1903 Expedient dess. in Leipzig.

sozialliberaler Politiker.

Sozialpolitische Aktivitäten
Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied
1872; 1868 Leiter des zweiten Buch-
druckerkongresses; 1873 Verhandlungs-
führer im Buchdruckerstreik in Leipzig;
setzte dort den ersten zentralen Tarif-
vertrag der deutschen Geschichte durch.

Veröffentlichungen

„Über Einigungsämter“, Schriften des VfSP
Bd. 2, 1873; „Die Reform des Lehrlingswe-
sens“, Schriften des VfSP Bd. 10, 1875.

Literatur

Der Verband der Deutschen Buchdrucker, 1916,
S. 313; Ausgabe des „Korrespondent“ vom 26.9.
1928 Nr. 77, S. 1; Zoller/Schuster (Hrsg.), Aus
Gestern und Heute wird Morgen, 1992, S. 35.

Bild

Der Verband der Deutschen Buchdrucker, S. 313.

Halbach, Hermann Dr. rer. pol.
Krankenkassenfunktionär

* 23.9.1881 in Barmen, † 31.3.1949 in Es-
sen; ev.; V Ernst H. (-1888), Maschinen-
fabrikant; M Emma geb. Beckerhaus; ∞ 1)
1910 Margarete Eleonore geb. Martin
(1880-1969), gesch.; 2) Maria Louise geb.
Ehlig (1895-1983).

-1901 Oberrealschule in Barmen; -1906 Stu-
dium der Staatswissenschaften in Bonn, Gie-
ßen, Berlin und Münster; 1906 Dr. rer. pol.
in Münster; 1907-46 Geschäftsführer des
(Ende 1904 gegründeten) Verbands der
rheinisch-westfälischen Betriebskrankenkas-
sen, ab 1932 erster Geschäftsführer ebd.;
1907-12 zugleich bei Fried. Krupp in Essen
beschäftigt.

Sozialpolitische Aktivitäten

1907-46 Geschäftsführer des Verbands zur
Wahrung der Interessen der deutschen Be-
triebskrankenkassen (Reichsverband der
Betriebskrankenkassen); Gründer u. (1908-
44) Schriftleiter „Die Betriebskrankenkas-
se“; 1919-45 Hauptgeschäftsführer (Direk-
tor) der Hütten- und Walzwerksberufsges-
nossenschaft.

Veröffentlichungen

Zahlreiche Artikel in „Die Betriebskrankenkas-
se“; Herausgeber der „Sozialversicherungs-Kor-
respondenz“.

Literatur

Wenzel; Historisches Archiv Krupp; Die Be-
triebskrankenkasse 37. Jg., 1949, S. 50.

Hallbauer, Anton Johannes Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 20.4.1856 in Leipzig, † 25.4.1939; ev.; V Anton H., Eisenbahndirektor; M Agnes geb. Breithaupt; ∞ E. Margarete geb. Höring.

Bürgerschule in Leipzig; Gymnasium in Leipzig und Dresden; Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg und Leipzig; 1881-83 Referendar am Amtsgericht Großenhain; 1883-85 Hilfsarbeiter in einer Rechtsanwaltskanzlei in Dresden; 1886 Akzessist bei der Kreishauptmannschaft Dresden; 1887-90 Bezirksassessor bei der Amtshauptmannschaft Ölsnitz; 1890-94 Regierungsassessor bei der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt; 1894-96 Regierungsrat bei der Kreishauptmannschaft Leipzig; 1896-98 Amtshauptmann in Rochlitz; 1898-1904 Amtshauptmann in Chemnitz; 1904-09 Geh. Rechnungsrat, 1909-20 Geheimer Regierungsrat mit dem Rang eines Ministerialdirektors an der sächsischen Vertretung in Berlin.

Corps Saxonia Leipzig.

1909-19 stellv. Bundesratsbevollmächtigter für Sachsen; 1919 Vertreter Sachsens im Staatenausschuss (Vorläufer des Reichsrats); 1919-20 stellv. Reichsratsbevollmächtigter für Sachsen.

Auszeichnungen

Ritter 1. Klasse vom Königl. Sächs. Verdienstorden; Ritter 1. Klasse mit Krone vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Preuß. Kronenorden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRVertr.-RT-Komm.: HausarbG 1911; RVO 1911; VfA 1911; VerGNov 1916.

Literatur

Wer ist's?; Lilla; Stadtarchiv Leipzig; Q IV. 3, 4.

Hammacher, Friedrich Adolf Dr. iur. h. c.
Bergwerksbesitzer

* 1.5.1824 in Essen; † 11.12.1904 in Berlin-Charlottenburg; ev.; V Johann Friedrich H. (1795-1857), Essigbrauereibesitzer;

M Johanna geb. Lucanus (1794-1839); ∞ 1851 Franziska geb. Rollmann (1821-95); K 1 S, 4 T.

Gymnasium in Essen; 1841-44 Studium der Rechtswissenschaften in Bonn und Berlin; 1844-45 Auskultor in Essen; Referendar am Oberlandesgericht Münster; 1848 Verhaftung wegen Hochverrats und bis 1849 in Haft; 1851 Entlassung aus dem Staatsdienst; Berater und Gutachter einer Anwaltskanzlei in Mülheim; Mitbegründer und Verwalter mehrerer Montangesellschaften; 1856 Dr. iur. (in absentia); 1864 Gründungsmitglied der Westdeutschen Versicherungsbank; Gründungsmitglied der Deutschen Unionsbank Berlin; Aufsichtsratsmitglied verschiedener Bergwerksgesellschaften (sog. Gewerkschaften); 1884 Italienreise, 1888 Reise in das Osmanische Reich; 1890-96 Verwaltungsratsmitglied der „Nationalzeitung“ AG.

Corps Guestphalia Bonn.

liberaler Politiker

F, NL

1848 Mitglied der Essener Demokratischen Partei; Mitglied im Deutschen Nationalverein; 1863-67 Mitglied der Deutschen Fortschrittspartei, 1867- Mitglied und 1898-1904 Vorsitzender der National-liberalen Partei; RT 1869-74 WK 4 Merseburg (NL); 1877-79 WK 10 Schleswig-Holstein (NL); 1881-98 WK 6 Düsseldorf (NL); LT Pr. AbgeH 1863-98 WK 5 Düsseldorf (NL); K Stadtverordneter in Essen 1858-59, 1866-72.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1858 Mitbegründer und 1858-90 Vorsitzender des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund; 1871 Mitbegründer der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung; 1873-1904 Mitglied des Zentralverbands Deutscher Industrieller, 1880-1904 Ausschussmitglied ebd.; Mitglied und 1879-86 stellv. Vorsitzender im Deutschen Handelstag; 1882 Mitbegründer und 1885-87 Vizepräsident des Deutschen Kolonialvereins; 1887 Mitbegründer und 1887-92 Vizepräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft;

1896 stellv. Vorsitzender und 1898-1904 Vorsitzender der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwest-Afrika; Vizepräsident des Hauptverbands Deutscher Flottenvereine im Ausland.

Auszeichnungen

Ehrenbürger der Städte Essen, Duisburg-Ruhrort, Meiderich und Mülheim.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: HaftpflichtG 1871, Re-RT; PensKassGE 1879 Vors.; Mitglied im VfSP; betrieb (zusammen mit Maltzahn-Gültz) die Einbeziehung der Land- und Forstarbeiter sowie der Staats- und Kommunalbeamten in die gesetzliche Krankenversicherung; 1889 Schlichter im Ruhrbergarbeiterstreik; 1901-05 Vorsitzender der Kommission betr. Sozialpolitik des Deutschen Handelstages.

Literatur

NDB; HbRT [1893]; Haunfelder Lib. Abg.; Bein/Goldschmidt, Friedrich Hammacher, 1932; Nls Bundesarchiv Berlin; Q I. 1, 6, 8, II. 4.

Bild

Haunfelder/Pollmann, S. 151.

Hartmann, Karl *Alwin* Dr. iur.
Staatsanwalt

* 1.10.1840 in Pulsnitz/Oberlausitz, † 24.11.1921 in Plauen/Vogtland; ev.-luth.; V Karl H. (1808-88), Bürgermeister von Löbau; M Pauline geb. Weissbach; ∞ 1870 Selma geb. Gruhle (-1910).

Gymnasium in Zittau; Fürstenschule St. Afra in Meißen; Gymnasium in Görlitz; Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig; 1864 Referendar in der Rechtsanwaltschaft des Bezirksgerichts Löbau und den Gerichtsämtern Ebersbach und Bernstadt; 1865 Dr. iur. in Leipzig; 1869-74 Assessor am Bezirksgericht Bautzen und den Staatsanwaltschaften Dresden und Chemnitz; 1874 Staatsanwalt in Annaberg; 1878 Staatsanwalt in Plauen; 1879 Oberstaatsanwalt beim Landgericht in Plauen; 1894-1910 Präsident des Landgerichts

Plauen; Mitglied des sächsischen Staatsgerichtshofs.

1897-1910 Justitiar bei der Reichsbankstelle Plauen; 1914-18 Reichsbevollmächtigter bei der Darlehenskasse Plauen.

Corps Lusatia Leipzig.

konservativer Politiker

K

RT 1881-93 WK 23 Sachsen (K).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der ev. Landessynode Sachsens; Vorsitzender des Disziplinarhofs für Richter.

Auszeichnungen

Königl. Sächs. Verdienstorden Komtur 2. Klasse; Königl. Sächs. Albrechts-Orden Komtur 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1885/86; GewONov 1891; wirkte aktiv an den Arbeiterschutzesinitiativen des Reichstags in den 1880er Jahren mit; KfAST 1894.

Literatur

HbRT 1890, Wer ist's?; Q II. 4, III. 3.

Bild

Biefang, S. 122.

Hase, Georg *Oskar* Immanuel von
Dr. phil.
Verleger

* 15.9.1846 in Jena, † 26.1.1921 in Leipzig; ev.; V Karl August von H. (1800-90), Universitätsprofessor; M Pauline Amalie geb. Härtel (1809-85); ∞ 1873 Johanna Marie geb. Zarncke (1856-1911); K 7 S, 2 T.

Gymnasium in Jena; Lehre in Eisenach und Meiningen; Studium der Geschichte und Kunstgeschichte in Bonn und Jena; 1869 Dr. phil. in Jena; Reisen nach Frankreich und die Schweiz; 1873 Prokurist und 1875-1921 Teilhaber des Buchverlags Breitkopf & Härtel.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Offizier vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Ritter 1. Klasse vom Großherzogl. Sächs. Orden der Wachsamkeit oder vom Weißen Falken.

Sozialpolitische Aktivitäten

1885-90 Vorsitzender des Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften; 1886-89 Vorsitzender der Buchdruckerberufsgenossenschaft; 1884 Mitbegründer und -1901 Vorsitzender des Zentralvereins für das Deutsche Buchgewerbe; 1894-97 Vorsitzender des Vereins der Buchhändler in Leipzig.

Veröffentlichungen

„Entwicklung des Buchgewerbes in Leipzig“, 1887; „Verband der Berufsgenossenschaften“, 1888; „Emil Strauß, ein deutscher Buchhändler am Rhein“, 1906.

Literatur

NDB; Wer ist's?; Q II. 2 u. 6.

Bild

Schulze, Der deutsche Buchhandel und die geistigen Strömungen der letzten hundert Jahre, 1925, S. 219.

Hasenclever, Wilhelm

Lohgerber, Redakteur

* 19.4.1837 in Arnberg, † 3.7.1889 in Schöneberg b. Berlin; V Johann Christoph H. (1784-1857), Gerber; M Helene geb. von Dahl; ∞ um 1877 Clara geb. George (1856-?), Zigarrenhändlerin, K 1 S, 1 T.

Besuch des Gymnasiums in Arnberg bis zur Sekunda, Lehre als Lohgerber bei seinem Vater, Wanderschaft durch Deutschland und Oberitalien; 1862-63 Redakteur der „Westfälischen Volkszeitung“ in Hagen; 1864 Teilnehmer am deutsch-dänischen Krieg; 1865-70 Mitarbeiter bzw. Redakteur des „Social-Demokraten“, Apr. 1870-Juni 71 des „Agitator“ und Juli 1871-Sept. 76 des „Neuen Social-Demokraten“ (d. h. an dem jeweiligen ADAV-Zentralorgan) und Jan. 1873-Dez. 75 an den „Sozialpolitischen Blättern“; 1867-69 zugleich

Geschäftsleiter der Lohgerberei seiner Schwester in Halver (Westf.), dann Wohnsitz in Berlin; 1866-68 und 1870-71 Sekretär, 1868-70 Kassierer im zentralen ADAV-Vereinsvorstand mit Sitz in Berlin; Okt. 1875-Sept. 76 Redakteur des „Hamburg-Altonaer Volksblatts“, Okt. 1876-Okt. 78 (Verbot) Redakteur des „Vorwärts“ in Leipzig; Vorstandsmitglied der SDAP-Reichstagsfraktion (1884-88); 1879-81 Vorstandsmitglied der Genossenschaftsdruckerei und Herausgeber des „Der Reichsbürger“ in Leipzig; Juni 1881 Ausweisung aus Leipzig, Sept. 1884 aus Berlin; seit 1881 Schriftsteller in Wurzen, Halle (Saale), Dessau und Weimar; 1879-88 Mitglied der faktischen SDAP-Parteileitung, insbesondere als Mitglied des zentralen Unterstützungskomitees in Leipzig (1879-81); seit Ende 1887 schwer erkrankt, Aufenthalt in einer Anstalt in Schöneberg.

Juli 1871-Aug. 75 Präsident im zentralen ADAV-Vereinsvorstand mit Sitz in Berlin, seit 1874 in Bremen; Aug. 1875-Aug. 76 einer der Vorsitzenden im zentralen SAPD-Parteivorstand mit Sitz in Hamburg.

sozialdemokratischer Politiker

ADAV, SAPD, SDAP

RT 1869-71 WK 6 Düsseldorf; 1874-77 WK 8 Schleswig-Holstein, 1877-78 WK 7 Berlin, 1879-87 WK 6 Breslau, 1887-88 WK 6 Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

Plenarredner zu Krankenversicherungsgesetz u. Unfallversicherungsvorlagen, grundsätzliche Befürwortung der Arbeiterversicherung, insbesondere Agitation zugunsten der Hilfskassen; bezog die gesetzliche Krankenversicherung in seine Wahlagitation ein (Flugblatt).

Veröffentlichungen

„Erlebtes. Skizzen u. Novellen“, 1879.

Literatur

GdA Bio; Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier; biosop, Q II. 5.

Bild

Bernstein, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, 1. Teil, 1907, S. 176.

Hauser, Wilhelm Dr. med.
Arzt

* 21.9.1849 in Peterstal, † 2.1.1923; kath.; V Andreas H. (1801-79); M Katharina geb. Spinner (1813-82); ∞ Anna geb. Frank.

Studium der Medizin; 1875 praktischer Arzt; 1881 Bezirksassistentarzt in Gernsbach; 1882 Bezirksarzt in Triberg; 1890 Bezirksarzt für Donaueschingen und 1890-98 Kreisoberbearzt für die Kreise Villingen und Konstanz; 1898-1904 Medizinalreferent (Obermedizinalrat) im bad. Ministerium des Innern und Kreisoberbearzt für die Kreise Karlsruhe, Baden und Offenburg; 1899 zugleich Bezirksarzt für den Landbezirk Karlsruhe; 1901 zugleich Vorsteher der Landesimpfanstalt in Karlsruhe; 1904 Medizinalreferent im bad. Ministerium des Innern; 1910 Geh. Obermedizinalrat.

Auszeichnungen

Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Ritter 1. Klasse vom Bad. Orden vom Zähringer Löwen mit Eichenlaub.

Sozialpolitische Aktivitäten

1899-1914 Mitglied im Hauptausschuss des DV.

Veröffentlichungen

„Die Fürsorge für Wöchnerinnen und deren Angehörige“ (mit Münsterberg), Schriften des DV H. 30, 1897; „Die Kranken- und Hauspflege auf dem Lande“ (mit Düttmann), Schriften des DV H. 44, 1899; „Über die Armenkinderpflege. Vortrag mit erläuternden Zusätzen und Erklärungen“, 3. Aufl., 1894; „Die Säuglingssterblichkeit, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung“, 1901.

Literatur

Erzbischöfliches Archiv Freiburg; Bad. Beamte.

Heim, Ludwig Dr. med.
Universitätsprofessor

* 13.2.1857 in Eichstätt, † 5.2.1939 in Erlangen; ev.; V August H., Arzt; M Eva geb. Stengel; ∞ 1928 Kunigunde geb. Metzger.

-1876 Gymnasium in Nürnberg; 1876-81 Studium der Medizin in Erlangen; 1880

Dr. med.; 1881 Studium der Medizin und Hygiene in München; 1881-86 Militärarzt, 1886- Assistenzarzt, 1894 Stabsarzt und 1897 Oberstabsarzt im Bayer. Militär; 1887-89 zugleich beim Reichsgesundheitsamt; 1890 zugleich Privatdozent für Hygiene in Würzburg; 1897- ao. und 1902 o. Universitätsprofessor und 1898- Direktor des hygienisch-bakteriologischen Instituts in Erlangen; 1914-18 Generalarzt; 1929 Ruhestand.

Auszeichnungen

Bayer. Militärverdienstorden 2. Klasse; Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1913/14 Vorsitzender im DV* für öffentliche Gesundheitspflege, Ausschussmitglied 1912/13 und 1913/14.

Pionier der Gewerbehygiene; H. gelang als erstem der Nachweis von Milzbrandsporen an Tierhaaren und Tierhaarprodukten wie Bürsten und Pinseln. Auch in der Bekämpfung der Cholera konnte H. bedeutende Beiträge in der Grundlagenforschung erbringen, neuer Nachweis von Choleravibrionen.

Veröffentlichungen

R „Der Wert der jetzigen Desinfektionsmaßnahmen im Licht der neueren Forschungen“, R 1914, DVjög XLVI; „Lehrbuch der Bakteriologie“, 1894; „Lehrbuch der Hygiene“, 1903; „Die Bekämpfung des Staubes im Hause und auf der Straße“, R 1906, DVjög XXXIX, 109; „Anleitung zur Mikrophotographie“, 1931; „Die Nachkommen des Julius Jakob Heim 1675-1759, eine Familiengeschichte“, 1934.

Literatur

Bosl; Wer ist's?; Neubert; Pagel; Reichshandbuch; Friedrich-Alexander-Universität Erlangen. Nekrologe 1935-40, 1941; Pittroff, Die Lehrer der Heilkunde der Universität Erlangen, 1964.

Heinemann, Otto
Krankenkassenfunktionär

* 26.9.1864 in Eschwege, † 4.4.1944 in Schwelm; ev.; V Friedrich H. (1838-81), Metzger; M Catherina Amalie geb. Schilling (1844-1929); ∞ 1898 Johanna geb.

Walter (1875-1962); K 1 S, 2 T, Gustav Walter H. (1899-1976), 1969-74 Bundespräsident.

1870-78 Volksschule in Eschwege; 1878-81 Lehre bei der Steuerkasse des Landkreises Eschwege; 1881 Schreiber in Niederhone; danach 1881-84 und 1887-88 Schreiber der Güterexpedition (Privatbahn) in Eschwege; 1888-89 Buchhalter der Kreissparkasse Eschwege; 1890-95 Spar- und Stadtkassenkontrolleur in Schwelm und im Nebenamt Kontrolleur des Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverbands; 1895-1900 Kommissar der Allgemeinen Ortskrankenkasse Schwelm; 1900 Büroassistent, 1910 2. Bürovorstand, 1913-31 1. Bürovorstand und Leiter des Büros für Arbeiterangelegenheiten (B. F. A.) bei Fried. Krupp in Essen; 1923 Prokurist.

liberaler Politiker

Nationaler Verein, DDP

K 1905-18 Stadtverordneter in Essen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied und 1911 Ehrenmitglied im Turnverein Eschwege; Mitbegründer der Montagsgesellschaft in Schwelm; 1900-18 Vorstandsmitglied des Nationalen Vereins in Essen.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1907-35 Geschäftsführer (geschäftsführendes Vorstandsmitglied) des Verbands zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen; als Lobbyist bei RVO-Beratung tätig; Mitwirkung beim „Berliner Abkommen von 1913“; richtete 1902 bei Fried. Krupp eine Ärztekommision für die Betriebskrankenkasse ein, die eine Moderatorenrolle zwischen Kassenvorstand und behandelten Ärzten einnahm, gab den Anstoß zur Gründung des Verbands der rheinisch-westf. Betriebskrankenkassen und wurde deren erster Geschäftsführer, dieser wurde 1907 „Mutterverband“ des reichsweiten Betriebskrankenkassenverbands, Referent für Ärztesfragen, H. war Mitglied des Schiedsamtes beim OVA Düsseldorf, des Reichsschiedsamts beim Reichsversiche-

rungsamt Berlin, des Reichsgesundheitsamts Berlin, des preuß. Landesgesundheitsamts, nichtständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts.

Veröffentlichungen

„Der Stand der deutschen Sozialversicherung“ 1924; 1915-16 Herausgeber der Zeitschrift „Die Betriebskrankenkasse“.

Literatur

Henkels (Hrsg.), Otto Heinemann. Kronenorden 4. Klasse, 1969.

Bild

Henkels (Hrsg.), Otto Heinemann, S. 80 f.

Held, Adolf Dr. rer. pol. et phil.

Universitätsprofessor

* 10.5.1844 in Würzburg, † 25.8.1880 bei Thun/Schweiz; ev.; V Josef von H. (1815-90), Universitätsprofessor; M Mathilde geb. Pfretzschner; ∞ 1869 Elise geb. Uellenberg.

-1865 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Würzburg und München; 1866-67 Statistisches Seminar in Berlin bei E. Engel; 1867 Lehrer für Nationalökonomie an der Landwirtschaftlichen Akademie in Poppelsdorf; 1866 Dr. rer. pol. in Würzburg; 1867 Habilitation und Privatdozent in Bonn; 1868 ao. Prof. und 1872-79 o. Prof. der Kameralistik in Bonn; 1879 o. Prof. für Nationalökonomie in Berlin.

Auszeichnungen

Preuß. Kronenorden 4. Klasse mit dem roten Kreuz.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1873, 1874/75, 1875/76, 1877; Schriftführer des VfSP 1874-80.

B

„Careys Sozialwissenschaft und das Merkantilsystem. Eine literaturgeschichtliche Parallele“, 1866; „Die Einkommenssteuer. Finanzwissenschaftliche Studien zur Reform der direkten Steuern in Deutschland“, 1872; „Die Steuerfrage“, in: „Personalbesteuerung“, Schriften des

VfSP Bd. 3, 1873; „Die deutsche Arbeiterpresse der Gegenwart“, 1873; „Bestrafung des Arbeitsvertragsbruchs“, Schriften des VfSP Bd. 9, 1875; „Sozialismus, Sozialdemokratie und Sozialpolitik“, 1878; „Einkommenssteuer“, Schriften des VfSP Bd. 11, 1875; „Verschiedene Ansichten betreffend die Haftpflichtfrage“ (posthum), Schriften des VfSP Bd. 19, 1880; „Zwei Bücher zur socialen Geschichte Englands“, hrsg. v. G. F. Knapp, 1881.

Literatur

NDB; HdStW.

Bild

„Zwei Bücher zur socialen Geschichte Englands“, Titelbild.

Helldorff, Otto Heinrich von Rittergutsbesitzer

* 16.4.1833 in Bedra/Krs. Querfurt, † 10./11.3.1908 ebd.; ev.; V Heinrich Ferdinand von H. (1799-1873), Landrat; M Julie Charlotte geb. Gräfin von der Schulenburg (1806-44); ∞ 1867 Klara geb. Stammann (1844-1918); K 1 T.

Pädagogium in Halle (Saale); Gymnasium in Eisenach; Studium der Rechtswissenschaften und Nationalökonomie in Bonn, Leipzig, Heidelberg und Berlin; 1854 Auskultor am Appellationsgericht in Naumburg (Saale); 1856 Regierungsreferendar und 1861-67 Regierungsassessor in Merseburg; 1866 Kriegsteilnehmer; 1867-74 Landrat des Kreises Wetzlar; 1874-1908 Verwaltung des Familienbesitzes in Bedra, Leiha, Schalkendorf und Petzkendorf.

konservativer Politiker

K

1876 Mitbegründer (Hauptinitiator) und 1876-92 Vorsitzender der Deutschkonservativen Partei; 1876-81 und 1884-92 Vorsitzender der konservativen Fraktion des Reichstags; Mai 1892 Parteiaustritt; RT 1871-74 WK 1 Koblenz (K); 1877-81 WK 2 Merseburg (K); 1884-90 WK 2 Merseburg (K); 1890-93 WK 7 Marienwerder (K); LT Herrenhaus 1890-1908.

Auszeichnungen

1876 Preuß. Kammerherr; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ring; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit dem Stern; Preuß. Kronenorden 4. Klasse mit rotem Kreuz im weißen Feld am Erinnerungsband; 1884 Mitglied d. preuß. Staatsrats.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1878; 1872 Mitbegründer des VfSP; 1876-90 Vermittler von Bismarcks Intentionen, auch zu Schutzzoll und Arbeiterversicherung, bei der konservativen Reichstagsfraktion.

Veröffentlichungen

„Über Fabrikgesetzgebung, Schiedsgerichte und Einigungsämter“ (mit Jacobi u. a.), Schriften des VfSP Band 2, 1873.

Literatur

NDB; Hirth 1887; DBJ 1908; Below; Schubert.

Bild

Biefang, S. 152.

Henning, Adolf Wilhelm Rentier

* 17.10.1837 in Berlin, † um 1924; ev.

-1858 Gymnasium in Berlin; 1864-94 Rittergutsbesitzer und Landwirt in Bathow/Krs. Kalau; nach Verkauf des Gutes Rentier in Berlin.

konservativer Politiker

K

Mitglied im Bund der Landwirte; RT 1898-1912 WK 10 Frankfurt/O. (K); LT Pr. AbgeH 1899-1918 WK 8 Frankfurt (K); 1904-18 Quästor; K Mitglied des Kalauer Kreistags.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender von Vereinigungen der Inneren Mission; 1886 Leiter des Generalsekretariats des Verbands deutscher Sittlichkeitsvereine; Mitglied der Luckauer Kreisynode.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: InvVersG 1899; KindSchG 1903; KaufmG 1904; GewONov 1908; HausarbG 1911 Vors.

Vorsitzender des Rettungshausverbands der Provinz Brandenburg; Vorstandsmitglied der landwirtschaftlichen Provinzialgenossenschaftskasse für Brandenburg; Mitglied des Beirats der ZfVW.

Veröffentlichungen

„Die öffentliche Sittenlosigkeit und die Arbeit der Sittlichkeitsvereine“, 1897; „Denkschrift über das Kellnerinnenwesen“, 1899.

Literatur

HbRT 1907; Hillger 1907; Wer ist's?.

Bild

Hillger, S. 56.

Hense, Fritz Dr. iur.

Ministerialbeamter

* 3.1.1876 in Warburg, † 13.11.1934 in Helmarshausen/Weser; kath.; V Joseph H. (1838-1912), Gymnasialprofessor.

-1895 Gymnasium in Paderborn; -1897 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig, Freiburg, Marburg und München; 1902 Dr. iur.; Amts- und Landgericht Paderborn; Landgericht in Essen; 1903 Hilfsarbeiter bei der Berginspektion in Ibbenbüren und danach bei der Bergwerksdirektion in Saarbrücken; 1904 Hilfsarbeiter beim Oberbergamt in Halle (Saale) und danach Hilfsarbeiter bei der Bergwerksdirektion in Saarbrücken; 1905 Hilfsarbeiter beim Oberbergamt in Breslau; 1906 Hilfsarbeiter im preuß. Handelsministerium; 1908 Bergwerksdirektor; 1912 Oberbergat; 1914 Mitglied des Oberbergamts in Dortmund; 1918 stellv. Direktor und Justitiar des Allgemeinen Knappschaftsvereins in Bochum; 1926 Direktor bei der Ruhrknappschaft in Bochum; 1927-34 Direktor bei der Reichsknappschaft in Berlin.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: VfA 1911; Sachverständiger für Fragen der Knappschaftsversicherung, schuf mit Max Reuß die grundlegenden Vorarbeiten für das Preuß. Knappschaftsgesetz 1912. H. war einflussreiches Mitglied im Ausschuss zur Schaffung des Reichsknappschaftsgesetzes von 1923 sowie der Novelle von 1926, er errang erhebliche Verdienste bei der Sicherung des Fortbestandes der Reichsknappschaft in der Weltwirtschaftskrise.

Veröffentlichungen

„Das Reichsknappschaftsgesetz vom 23. Juni 1923 nebst Einführungsgesetz“ (mit Reuß), 1923.

Literatur

Serlo; Boldt; Glückauf 1934, S. 1236.

Bild

Glückauf 1934, S. 1236.

Herkner, Heinrich Dr. rer. pol., Dr. iur. h. c.

Universitätsprofessor

* 27.6.1863 in Reichenberg/Böhmen, † 27.5.1932 in Berlin; kath./diss.; V Andreas H. (-1865); M Julia geb. Trenkler; ∞ 1) 1888 Hedwig geb. Lotz (1867-); 2) Else geb. Suer; K 1 S, 2 T.

Gymnasium in Reichenberg; landwirtschaftlicher Volontär in Wien; 1882-83 Studium der Staatswissenschaften in Wien, 1883-84 in Leipzig, 1884-85 in Berlin, 1885 in Freiburg/Br. und 1886-87 in Straßburg; 1887 Dr. rer. pol. Straßburg; 1888-89 Reisen in die Niederlande, Frankreich und England; 1889 Habilitation und Privatdozent für Nationalökonomie in Freiburg/Br.; 1890 ao. Prof. und 1892 o. Prof. der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule in Karlsruhe; 1898-1907 o. Prof. für Nationalökonomie in Zürich; 1908 o. Prof. an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg; 1912 o. Prof. an der Universität Berlin.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1920- Mitglied im vorläufigen Reichswirtschaftsrat; 1928 Mitglied im Reichswirtschaftsrat.

Auszeichnungen

Geh. Regierungsrat; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1897 und 1910, stellv. Vorsitzender 1911 und 1917-29 Vorsitzender ebd.; 1920 Mitglied im vorläufigen Reichswirtschaftsrat.

Veröffentlichungen

„Die oberelsässische Baumwollindustrie und ihre Arbeiter“, 1887; „Die oberelsässische Baumwollindustrie und die deutsche Gewerbeordnung“, 1891; „Die sociale Reform als Gebot wirtschaftlichen Fortschrittes“, 1891; „Die Arbeiterfrage“, 1894; „Das Vereins- und Koalitionsrecht der Arbeiter“, Schriften des VfSP Bd. 76, 1898; „Die Bedeutung der Arbeitsfreude in Theorie und Praxis der Volkswirtschaft“, 1905; „Probleme der Arbeiterpsychologie unter besonderer Rücksichtnahme auf Methode und Ergebnisse der Vereinerhebungen. Bericht, Schriften des VfSP Bd. 138, 1912; „Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten“ (Hrsg.), Schriften des VfSP Bd. 155, 1916; „Die Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft“ (Hrsg.), Schriften des VfSP Bd. 156, 1917; „Die Arbeiterfrage“, 2 Bde., 1922; „Zukunft der Sozialpolitik: Der VfSP in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, Schriften des VfSP Bd. 163, 1923; „Sozialpolitische Wandlungen in der wissenschaftlichen Ökonomie“, 1932.

Literatur

Boese; HdStW; NDB.

Bild

Boese, S. 160 f.

Herrmann, Josef Ritter von
Ministerialbeamter

* 23.2.1836 in Weiden/Oberpfalz., † 6.1. 1914 in München; kath.; V Eduard H., Stadtschreiber; M Margareta geb. Dienstl; ∞ 1867 Mathilde geb. Dorn; K 2 S.

Gymnasium in Amberg; 1854-58 Studium der Rechtswissenschaften in München; 1858-60 Rechtspraktikant am Landgericht in Weiden und am Bezirksgericht in München; 1860 Akzessist bei der Regierung von Oberbayern; 1863 Assessor am Bezirksamt in Memmingen und 1864 in Pegnitz; 1868 Regierungsassessor im bayer. Innenministerium; 1873 Vorsteher im Bezirksamt München; 1876 Regierungsrat, 1879 Oberregierungsrat, 1882 Ministerialrat und 1895 Ministerialdirektor im bayer. Innenministerium; 1884-86 und 1895-1906 bayer. Staatsrat und davon 1903-06 im ao. Dienst im bayer. Innenministerium; 1878-86 und 1895-1906 stellv. bayer. Bevollmächtigter zum Bundesrat.

liberaler Politiker

LT Bayer. Landtag 1887-99 WK Weiden/Opf.; 1893-99 Schriftführer.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Stern; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern; Komtur vom Verdienstorden der Bayer. Krone; Ritter 2. Klasse vom Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael; Komtur 2. Klasse vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Kommentur 2. Klasse vom Württemb. Friedrichsorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: KrankVersG 1883; UnfVersG 1884; UnfKrankVersAusdG 1885; UnfKrankVersGLandw 1886; GewONov 1897; InvVersG 1899; UnfVersG 1900; KindSchG 1903; KrankVersGNov 1903; KaufmG 1904; 1884-86 und 1895-1906 vom Bundesrat gewähltes, nichtständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts; mit R. Landmann maßgeblicher Vertreter Bayerns bei den sozialpolitischen Gesetzesvorlagen des Reichs im Bundesrat.

Literatur

Bayer. Beamte; Bosl.

Bild

Der Bayerische Landtag, S. 82.

Hertling, Georg Friedrich Freiherr von Dr. phil., Dr. rer. pol. h. c. Universitätsprofessor

* 31.8.1843 in Darmstadt, † 4.1.1919 in Ruhpolding; kath.; V Jakob Maximilian Frhr. von H. (1805-51), Hofgerichtsrat; M Georgine geb. von Guatia (1816-83); ∞ 1869 Anna geb. von Biegeleben (1845-1919); K 1 S, 5 T.

Gymnasium in Darmstadt; 1861-64 Studium der Philosophie und Philologie in Münster, 1861-62 in München und 1862-63 in Berlin; 1864 Dr. phil. in Berlin; 1864-66 Reise nach Italien; 1867 Habilitation in Bonn; 1867-80 Privatdozent für Philosophie in Bonn; 1880-82 ao. Prof. in Bonn; 1882-1912 o. Professor für Philosophie in München; 1912-17 bayer. Ministerpräsident; 1917-18 Reichskanzler und preuß. Ministerpräsident.

KStV Aenania München, KStV Arminia Bonn, KStV Walhalla Würzburg, KStV Askania-Burgundia Berlin, KStV Ottonia München.

Zentrumspolitiker

BP, Z

1896 Sprecher der Zentrumsfraktion des Reichstags in äußeren und finanzpolitischen Angelegenheiten; 1897-1912 Vorstandsmitglied und 1909-12 Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstags; RT 1875-90 WK 3 Koblenz (Z); 1896-1903 WK 4 Schwaben (Z); 1903-12 WK 2 Münster (Z); LT Bayern KdRR 1891-1918(Z).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1876 Mitbegründer und bis 1919 Präsident der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland; 1896-1919 Mitglied der bayer. Akademie der Wissenschaften; 1889 Präsident des Deutschen Katholikentags in Bochum; 1895- Vorsitzender der Gesellschaft für christliche Kunst; förderte die Gründung der kath.-theologischen Fakultät in Straßburg und führte 1898-1902 die Verhandlungen dazu mit dem Heiligen Stuhl; 1915-18 Ehrenvorsitzender Arbeitsausschuss zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkrieg.

Auszeichnungen

1906 Bayer. Geheimer Rat mit Prädikat Exzellenz; Dr. rer. pol. h. c.; Ritter vom Verdienstorden der Bayer. Krone; Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael 3. Klasse; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern; Großkreuz vom päpstlichen St. Gregorius-Orden; Schwarzer Adlerorden; 1914 Standeserhöhung (Graf).

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1878; PensKassGE 1879 Ber.; UnfVersG 1881; KrankVersG 1883; HilfskGNov 1884; UnfKrankVersGLandw 1886; GewONov 1897 Vors.; KindSchG 1903 Vors.; KrankVersGNov 1903 stellv. Vors.; 1880 Mitbegründer und 2. Vorsitzender des Arbeiterwohl, Verband katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde; Kontaktmann Theodor Lohmanns in der Zentrumsfraktion.

Veröffentlichungen

„Aufsätze und Reden sozialpolitischen Inhalts“, 1884; „Kleine Schriften zu Zeitgeschichte und Politik“, 1897; „Recht, Staat und Gesellschaft“, 1906; „Erinnerungen aus meinem Leben“, 2 Bde., 1919/20.

Literatur

NDB; HbRT 1912; Zeitgeschichte LB; Haunfelder Zentrum; Bio. AA; TNls Bundesarchiv Koblenz; TNls Archiv des Erzbistums München und Freising; Q I. 2, 3, 5, II. 1, 2, 3, 6, IV. 4.

Bild

Morsey, S. 48/49.

Heydebrand und der Lasa, Wilhelm

Adam Sigismund von Dr. iur.

Ministerialbeamter

* 26.8.1849 in Nassadel/Krs. Namslau, † 14.3.1908 ebd.; ev.; V Ferdinand Ernst v. H. (1820-68), Landwirt; M Caroline geb. von Spiegel (1826-1902); ∞ 1881 Davida geb. von Herder (1860-1931); K 2 S, 2 T.

Studium der Rechtswissenschaften; 1873 Referendar am Kammergericht Berlin; 1879 Dr. iur.; 1879-81 Landwirt; 1881-83 Landrat von Namslau; 1884-87 Geh. Regierungsrat und 1888-89 Geh. Oberregierungsrat im

preuß. Landwirtschaftsministerium; 1889-94 Regierungspräsident in Königsberg; 1895-1902 Regierungspräsident in Breslau.

konservativer Politiker

K

RT 1884-89 WK 4 Breslau (K);

LT Pr. AbgeH 1879-81 WK 3 Breslau (K), 1882-86 WK 3 Breslau (K), 1889 WK 3 Breslau (K);

K 1879-81 Kreistag in Namslau; Provinziallandtag in Schlesien.

Auszeichnungen

Wirkl. Geh. Rat; 1901 Wirkl. Geh. Oberregierungsrat mit Prädikat Exzellenz; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub und Krone; Komtur 1. Klasse am Stern vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: UnfKrankVersAusdG 1885; UnfKrankVersGLandw 1886.

Literatur

Mann; GStA I HA Rep. 77 tit. 849 Nr. 9 (1898); ProtPrStM 7, 8/II, 9.

Bild

Biefang, S. 175.

Heyden-Rynsch, *Hermann* Theodor Frhr. von der
Ministerialbeamter

* 23.2.1829 in Dortmund, † 29.3.1917 in Berlin; ev.; V Bernhard von der H. (1797-1869), Kreisgerichtsrat; M Wilhelmine geb. Rumpff (1804-1904); ∞ 1) 1857 Sophie geb. Bilefeldt (1833-63), 2) 1866 Mathilde geb. von Sydow (1848-1925); K aus 1) und 2) 5 S, 2 T.

Gymnasium in Dortmund; -1852 Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg, Bonn und Berlin; 1856 Hilfsarbeiter beim Bergamt Bochum und Oberbergamt Dortmund, danach 1856 Gerichtsassessor an den Bergämtern in Bochum und Essen, sowie am Oberbergamt in Dortmund; 1861 Berg-hypothekenrichter am Oberbergamt in Dortmund; 1863 ebd.; 1865 Hilfsarbeiter, 1866

rechtskundiger Rat, 1868 Oberbergat und 1875 Geh. Oberbergat im preuß. Handelsministerium und im Ministerium der öffentlichen Arbeiten; 1871-79 nebenamtlich in der Abt. f. Elsass-Lothringen bzw. des Reichskanzleramts f. Elsass-Lothringen tätig; 1880-84 Geh. Bergat im Reichsamt des Innern (Referent für Knappschaftsvereine); 1885-96 Berghauptmann und Direktor am Oberbergamt in Halle (Saale); 1896 Ruhestand.

1896-1917 Aufsichtsratsmitglied und 1903-14 Vorsitzender der Harpener Bergbau AG.

Corps Vandalia in Heidelberg.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1871-85 Mitglied der Prüfungskommission an der Bergakademie in Berlin; Mitglied der Gesetzlosen Gesellschaft in Berlin.

Auszeichnungen

1894 Wirkl. Geh. Oberbergat; 1909 Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Stern und Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern; Kommandeur 1. Klasse vom Würtemb. Friedrichsorden; Kommandeur 1. Klasse vom Anhalt. Hausorden Albrecht des Bären; Schwarzburg. Ehrenkreuz 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: UnfVersGE 1881; stellv. Vorsitzender des Schiedsgerichts der Sektion IV der Knappschaftsberufsgenossenschaft.

H.-R. war in der Debatte um die Finanzierung der Knappschaften engagierter Verfechter des sog. Knappschaftsprinzips bzw. des Umlageverfahrens, das auf Bismarcks Weisung hin in der Unfallversicherung Anwendung fand.

Veröffentlichungen

„Über die Grundprinzipien des Knappschaftskassenwesens“, 1881.

Literatur

NDB; Boldt; Wer ist's?; Q I. 6; ProtPrStM 6/II, 7.

Bild

Boldt, Anhang.

Heyl zu Herrnsheim, Cornelius Wilhelm
Freiherr Dr. iur. h. c.
Lederfabrikant

* 10.2.1843 in Worms, † 25.9.1923 in Pfauenmoos/St. Gallen (Schweiz); ev.; V Daniel Friedrich Cornelius H. z. H. (1818-44), Fabrikant; M Karoline Friederike geb. Frommel (1822-89); ∞ 1867 Sophie geb. Stein (1847-1915); K 4 S, 3 T.

Gymnasium in Worms; 1852-56 Privatschule in Darmstadt; 1856-58 Realgymnasium (Knabenanstalt der Herrnhuter Neuwied); 1862 Reisen nach England, Frankreich und Italien; danach Leitung der großväterlichen Lederfabrik und Ausbau ders.

liberaler Politiker

F, NL, DVP

1907-09 2. Vorsitzender der NL Fraktion des Reichstags; 1898-1911 Zentralvorstand der NL; 1905-11 geschäftsführender Ausschuss der NL; 1898- Interfraktionelle Wirtschaftliche Vereinigung; RT 1874-78 WK 7 Hessen (F/NL); 1879-81 WK 7 Hessen (NL); 1893-1918 WK 7 Hessen (NL, seit 1909 bkF); LT Hessen 1. Abgeordnetenversammlung 1877-1918; 1905-18 3. Präsident der 1. hess. Abgeordnetenversammlung; K Stadtverordneter in Worms.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der Handelskammer Worms; Mitglied der hess. Landessynode; Mitglied des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins; Präsident des Fischereivereins für das Großherzogtum Hessen; Vorsitzender des Verkehrsvereins.

Auszeichnungen

1886 nobiliert; 1913 Dr. iur. h. c. Gießen; Ehrenbürger von Worms und Oppenheim; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern; Preuß. Kronenorden 3. Klasse mit rotem Kreuz auf weißem Feld am Erinnerungsband; Württemb. Olgaorden; Komtur 1. Klasse vom Württemb. Friedrichsorden; Bad. Orden vom Zähringer Löwen Kommandeur 1. Klasse; Hess. Verdienstorden Philipp des Großmütigen Komtur 1. Klasse; Russ. St. Stanislaus-Orden 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: HilfskG 1876; GewONov 1878; GewONov 1897 stellv. Vors.; Kind-SchG 1903 stellv. Vors. KfAST/ BFAST 1899-1900; 1884 maßgeblich an der Vorbereitung und Durchsetzung der Heidelberger Erklärung beteiligt; Mitglied des VfSP, Präsident des hess. Wohnungsvereins für Minderbemittelte.

Literatur

NDB; HbRT 1912; Götz; Haunfelder Lib. Abg.; Kriegbaum, Die parlamentarische Tätigkeit des Freiherrn C. W. Heyl zu Herrnsheim, 1962; NL Stadtarchiv Worms ; Q I. 3, 5, 6.

Bild

Kriegbaum, S. 3.

Hieber, Johannes von Dr. phil.

Staatspräsident, Gymnasialprofessor

* 25.6.1862 in Waldhausen/Lorch, † 7.11.1951 in Uhingen; ev.; V Johannes H. (1802-86), Landwirt; M Margarethe geb. Kellenbenz (1823-88); ∞ 1890 Mathilde Auguste geb. Schmid (1871-1946); K 3 S, 3 T: Walter H. (1895-1976), Professor an der TH München und Begründer der Metallcarbonyl-Chemie.

1869-70 Volksschule in Waldhausen; 1870-76 Lateinschule in Schorndorf; 1876-80 Zögling in den ev.-theologischen Seminaren in Schöenthal und Urach; 1881-85 Studium der Theologie und Philosophie in Tübingen; 1885 erste theol. Staatsprüfung; Dr. phil.; 1885 Vikar in Süßen; 1885-87 Stadtvikar in Aalen; 1887-88 Stadtvikar in Heilbronn; 1889 2. theol. Staatsprüfung; 1888-90 Repetent in Tübingen; 1890-92 Stadtpfarrer in Tuttingen; 1892-1910 Professor für Religion, hebräische Sprache und philosophische Propädeutik am Karls-gymnasium Stuttgart; 1910-18 Direktor des Königlich Württemb. Ev. Oberschul-amtes; 1918 Württemb. Staatsminister (Kirchen- und Schulwesen); 1919 Kultusminister im Volksstaat Württemberg; 1920-24 Württemb. Staatspräsident und Kultusminister

Burschenschaft Normannia Tübingen.

liberaler Politiker

Deutsche Partei [Württemberg]/NL, DDP, DVP

1893-1911 und 1917/18 im Zentralvorstand der NL; 1898-1903 Vorstand der nationalliberalen Fraktion des Reichstags; 1901-04 stellv. Vorsitzender der nationalliberalen Fraktion (DP) in Württemberg; 1904-10 Fraktionsvorsitzender (DP) in Württemberg; 1905-11 und 1917/18 im geschäftsführenden Ausschuss der NL; 1905-11 3. Vorsitzender der NL; 1917 Mitbegründer des Landesverbands der DVP; 1918 Gründungsmitglied der DDP; 1918/19 Provisor. Hauptvorstand der DDP; 1919-22, 1925-30 im Parteiausschuss der DDP; 1919-29 stellv. Vorsitzender ebd.; 1929-30 Ehrenvorsitzender der DDP; 1930-33 Ehrenvorsitzender der DStp; 1945 Vorstandsmitglied der Demokratischen Volkspartei Württemberg-Baden (DVP); RT 1898-1910 WK 2 Württemberg (NL); 1921-24 WK 1 und 14 (DDP); LT Württemberg 1900-10, 1912-18 (DP); 1920-30 (DDP); 1930-32 (DStp.); 1919 Mitglied der verfassungsgebenden Württembergischen Landesversammlung.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1894- Mitglied der ev. Landessynode Württemberg; 1897-1910 Vorsitzender des württemb. Hauptvereins des Ev. Bundes und seit 1899 Mitglied des Zentralvorstandes ebd.; 1919- Mitglied der württemb. ev. Landeskirchenversammlung.

Auszeichnungen

1910 nobiliert; 1912 Ehrenbürger der Stadt Welzheim; 1922 Ehrenbürger von Waldhausen; 1922 Ehrendoktor der landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim; 1924 Ehrensator der Universität Tübingen; 1927 Dr. iur. h. c. Tübingen; Komturkreuz vom Orden der Württemb. Krone; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: KaufmG 1904 Ber.; VerG 1908 Vors.; 1902-09 Ausschussmitglied der GfSR.

Veröffentlichungen

„Der Toleranzantrag des Zentrums“, 1899; „Das Gesetz über die Kaufmannsgerichte“, 1904.

Literatur

HbRT 1907; Hillger 1907; Zeitgenossen Lex.; Wer ist's?; Raberg; Haunfelder Lib. Abg.

Bild

Raberg, S. 354.

Hirsch, Max Dr. phil.
Gewerkschaftsführer

* 30.12.1832 in Halberstadt, † 26.6.1905 in Bad Homburg; jüd.; V Alexi H. (um 1800-62), Kaufmann; M Brunette, geb. Ilberg (um 1807-72); ∞ Agathe geb. Finkelstein (1845-1934), K 2 S, 1 T.

Gymnasium in Magdeburg; 1850-55 Studium der Philosophie, Rechtswissenschaften und Nationalökonomie in Tübingen, Heidelberg und Berlin; 1855 Dr. phil. in Greifswald; 1855 Reisen durch Frankreich und Nordafrika; 1859 Verlagsbuchhändler in Leipzig, Frankfurt/M. u. Berlin; 1862 Geschäftsführer des väterlichen Landesproduktegeschäfts in Magdeburg; 1867-1905 Schriftsteller in Berlin; 1868 Reisen nach England und Schottland, 1869-1905 besoldeter Anwalt des Verbands der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) und Hrsg. des Vereinsorgans „Der Gewerkverein“.

liberaler Politiker

F, DFrP, FrVp

RT 1869-71 WK 23 Sachsen (F), 1877-78 WK 1 Berlin (F), 1881-84 WK Reuß jüngere Linie (F), 1890-93 WK 3 Merseburg (DFrP); LT Pr. AbgeH 1899-1905 WK 1 Berlin (FrVp).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1862 Gründer des demokratischen Wochenblatts „Der Fortschritt“; 1878 Mitbegründer und Generalsekretär des wissenschaftlichen Zentralvereins zur Vereinigung von Bildungsreform und Lebensreform und dessen Anstalt für populärwissenschaftliche Vortragszyklen, der Humboldtakademie (Volkshochschule) in Berlin; 1891 Schrift- und Geschäftsführer der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Friedenskonferenz; 1892 Mitglied

und 1897-1900 Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: HaftpflichtG Interpellation 1870; GewONov 1878; KrankVersG 1883; HilfskGNov 1884; GewONov 1891; KrankVersGNov 1892; BerufsVerGE 1890/92; 1873 Gründungsausschuss des VfSP; 1901-04 Ausschussmitglied der GfSR; 1864-67 Mitglied des Ständigen Ausschusses des Verbands Deutscher Arbeitervereine; 1868 mit Franz Duncker Initiator der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) und damit einer liberalen Gewerkschaftsbewegung; 1871 Mitbegründer und Ausschussmitglied der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung; aktiver Förderer der freien Hilfskassen der Gewerksvereine, die von ihm gegründete und propagierte Invalidenkasse der deutschen Gewerksvereine scheiterte.

Veröffentlichungen

„Über Alters- und Invalidenkassen für Arbeiter“ (mit Kalle, Ludwig-Wolf), Schriften des VfSP Band 5, 1874; „Über Bestrafung des Arbeitsvertragsbruches“ (mit Schmoller, Brentano, Roscher), Schriften des VfSP Band 7, 1874; „Soziale Briefe aus England“ (Artikelserie 1869, Abdruck bei Hermann Müller, Lithographen); „Die gegenseitigen Hilfskassen und die Gesetzgebung“, 1875; „Das Krankenversicherungsgesetz vor dem Reichstage“, 1883; „Die Grundzüge der Alters- und Invaliditätsversicherung und die Arbeiter“, 1888; „Die hauptsächlichlichen Streitfragen der Arbeiterbewegung“, 1886; „Arbeiterstimmen über Unfall- und Krankheitsverhütung“, 1889; „Arbeiterschutzgesetzgebung“, 1892; „Die Arbeiterfrage und die deutschen Gewerksvereine“, 1893; „Die Entwicklung der Arbeiterberufsvereine in Großbritannien und Deutschland“, 1896; Q I. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, II. 1, 2, 3, 4, 6, III. 3.

Literatur

NDB; HbRT 1890; Haunfelder Lib. Abg.; Magdeburger Biographisches Lexikon; Engelhardt, Nur vereinigt sind wir stark, Bd. 1, 1977, S. 418 f.; TNls Bundesarchiv Berlin.

Bild

Biefang, S. 133.

Hirschberg, Ernst Dr. phil.
Statistiker

* 8.3.1859 in Königsberg/Pr., † 22.6.1906 in Berlin; jüd.; V Moritz H.; M Bertha.

Gymnasium in Königsberg; Studium der Rechts- und Kameralwissenschaften in Königsberg; 1882 Dr. phil. in Königsberg; ca. 1892-94 Direktionsassistent im städtischen Statistischen Amt in Berlin; 1898-1906 Leiter des städtischen statistischen Bureaus der Stadt Charlottenburg; 1902 Vizedirektor und 1903 Direktor des städtischen Statistischen Amtes in Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

1904-06 Mitglied im Hauptausschuss des DV; Schriftführer des Vereins für Arbeitsnachweis in Berlin.

Veröffentlichungen

„Arbeiterversicherungszwang“, 1882 (Diss.); „Die Selbsthilfe des Arbeiterstandes als Grundlage seiner Versicherung“, 1883; „Trennung der Alters- und Invalidenversicherung“, 1889; „Die amtliche Statistik und die Arbeiterfrage im Deutschen Reich“, 1892; „Beiträge zur Statistik der Brotpreise“, 1893; „Die Maßnahmen gegenüber der Arbeitslosigkeit“, 1894; „Die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin“, 1897; „Das Maurer- und Zimmerhandwerk in der Amtshauptmannschaft Döbeln“, Schriften des VfSP Bd. 67, 1897; „Zwangsmassregeln gegen nährpflichtige Angehörige“ (mit Jakstein, Münsterberg), Schriften des DV H. 36, 1898; „Arbeitslosenversicherung und Armenpflege“, 1903; Hrsg. der Bde. 27-29 für 1900-04 des „Statistischen Jahrbuches der Stadt Berlin“; Hrsg. von zehn Bänden der „Charlottenburger Statistik“.

Literatur

Bio. Altpreuß.

Hitze, Franz Dr. theol., phil. et iur. h. c.
Universitätsprofessor

* 16.3.1851 in Hanemicke/Krs. Olpe, † 20.7.1921 in Bad Nauheim; kath.; V Augustin H. (1811-75), Landwirt; M Wilhelmine geb. Sondermann (1817-77).

Volksschule in Rhode, 1865-68 Rektoratschule in Olpe; 1868-72 Gymnasium Theodorianum in Paderborn; 1872-77 Studium

der Theologie in Würzburg; 1878 Priesterweihe in Paderborn; 1878-80 Kaplan am deutschen Campo Santo in Rom; 1880-1921 Generalsekretär des „Arbeiterwohl“, Verband katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde, zugleich Redakteur der Zeitschrift „Arbeiterwohl“ in Mönchengladbach; 1893-1903 ao. und 1903-19 o. Prof. für christliche Gesellschaftswissenschaft in Münster.

KStV Unitas Würzburg.

Zentrumspolitiker

Z

1898-1921 Mitglied des Provinzialkomitees der westfälischen Zentrumspartei; 1902-18 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags; 1914-20/21 Vorstandsmitglied des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei; 1919 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung; 1920-21 Beisitzer im Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags; 1920-21 Ehrenvorsitzender der Deutschen Zentrumspartei und Vorstandsmitglied der Reichspartei;
RT 1884-98 WK 5 Aachen (Z), 1898-1918 WK 10 Düsseldorf (Z), 1919-20 WK 23 Düsseldorf (Z), 1920-21 Reichswahlvorschlag (Z);
LT Pr. AbgeH 1882-1913 WK 11 Düsseldorf (Z).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied des Zentralkomitees der Katholiken Deutschlands; 1890 Mitbegründer und 1890-1914/15 des Volksvereins für das katholische Deutschland; Ausschussmitglied des Vereins gegen den Missbrauch alkoholischer Getränke.

Auszeichnungen

1893 Dr. theol. h. c. Münster; Dr. phil. h. c.; Dr. iur. h. c.; Ehrenpräsident der kath. Gesellenvereine; Ehrenvorsitzender des Verbands katholischer Arbeitervereine; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: KrankVersGNov 1885; GewONov 1885/86 Antr.; InvAltVersG 1889; GewONov 1891 Ber.; KrankVersGNov 1892; BerufsVerGE 1890/92; GewONov 1897; InvVersG 1899; UnfVersG 1900;

GewGerNov 1901; VerG 1908; GewONov 1908; AkGE 1908; HausarbG 1911; RVO 1911; VerGNov 1916; InvVersG 1916. – KfAST/BfAST 1894-1918.

Ausschussmitglied des VfSP; 1890-1908 und 1909-21 Vorstandsmitglied und 1908 stellv. Vorstandsmitglied des ZWAK; 1890-1921 Mitbegründer und Vorstandsmitglied der ZfVW, Schriftführer ebd.; 1897 Mitbegründer des Deutschen Caritasverbands; Mitbegründer und 1901-13 Vorstandsmitglied (Beisitzer) der GfSR; Mitglied der Görres-Gesellschaft; Mitbegründer und Vorsitzender des Westfälischen Kleinwohnungsvereins; Präsidiumsmitglied der Zentralstelle zur Bekämpfung der Tuberkulose; Vorstandsmitglied des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrtspflege; Ausschussmitglied des deutschen Wohnungsvereins; Teilnehmer der sog. Novembekonferenz zur Reform der Arbeiterversicherung im Reichsamt des Innern 1896.

Wegbereiter der modernen katholischen Soziallehre; er drängte den deutschen Katholizismus von der Analyse und Reflexion zur verantwortlichen und methodisch geschulten, praxisorientierten Behandlung der sozialen Frage; hatte wesentlichen Anteil an der konkreten Ausgestaltung und Verbesserung der Regierungsvorlagen zur Sozialgesetzgebung; bedeutendster Sozialpolitiker des Zentrums.

Veröffentlichungen

„Die soziale Frage und das Bestreben zu ihrer Lösung“, 1877; „Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft“, 1880; „Quintessenz der sozialen Frage“, 1880; „Pflichten und Aufgaben der Arbeitgeber“, 1888; „Schutz der Arbeit“, 1890; „Was jeder über die Invaliditätsversicherung wissen muss“, 1891; „Schutz dem Arbeiter“, 1891; „Normal-Arbeitsordnung“, 1901; „Arbeiterfrage“, 1891/1904; „Zur Würdigung der deutschen Arbeitersozialpolitik“, 1912; „Geburtenrückgang und Sozialreform“, 1913/17; „Die Arbeitersozialpolitik in Deutschland unter Kaiser Wilhelm II“, 1914.

Literatur

HbRT 1912; Haunfelder Zentrum; Zeitgeschichte LB; Müller, Franz Hitze und sein Werk, 1928; Pfeiffer, Der Sozialreformer Franz Hitze (1851-1921), 1998; Gabriel (Hrsg.), Franz Hitze (1851-1921). Sozialpolitik und Sozialreform, 2006; Q IV. 3, 4.

Bild

Haunfelder, S. 75.

Hobrecht, James Friedrich Ludolf

Dr. med. h. c.

Verwaltungsbeamter

* 31.12.1825 in Memel, † 8.9.1902 in Berlin; ev.; V Ludolf H., Verwaltungsbeamter; M Isabella geb. Johnson; ∞ 1853 Henriette geb. Wolff; K 3 S, 4 T.

-1841 und 1843-44 Gymnasium in Königsberg; zwischenzeitlich landw. Lehre; 1842-45 Ausbildung als Landvermesser, danach Landvermesser in Ostpreußen und Westfalen; 1847-49 Studium an der Bauakademie in Berlin; 1850 Regierungsbauführer in Königsberg; danach Gutsbesitzer; 1853-56 Studium an der Bauakademie in Berlin; 1856-58 beim Eisenbahnbau; 1858 2. Prüfung als Baumeister für Wasser-, Wege- und Eisenbahnbau; 1859- Regierungsbaumeister beim Polizeipräsidentium Berlin; 1862 Stadtbaurat in Stettin; 1869 Baurat und 1885-97 Stadtbaurat und leitender Techniker in Berlin; Geh. Baurat; Reisen nach Japan und Ägypten; 1897 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1879 Mitglied der technischen Baudeputation Berlin; 1892 Mitglied der Akademie des Bauwesens Berlin. 1871-88 Vorsitzender, 1873-77 und 1887-88 Vorstandsmitglied sowie 1895 Ehrenmitglied im Berliner Architektenverein.

Auszeichnungen

1881 Ehrenbürger in Darmstadt; 1883 Dr. med. h. c. Halle (Saale); 1897 Stadttältester in Berlin; Geh. Baurat; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse; Ritter 1. Klasse vom Hess. Verdienstorden Philipp des Großmütigen; Ritter 1. Klasse vom Anhalt. Hausorden Albrecht des Bären; Offizier vom Ital. Kronenorden; Türk. Medschidie-Orden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1873 Mitbegründer des DV* für öffentliche Gesundheitspflege, Ausschussmitglied 1872/73-73/74, 1884/85, erarbeitete -1861 den Bebauungsplan von Berlin; schuf die städtische Kanalisation von Berlin und Stettin; verhinderte in seiner Amtszeit den Bau einer Berliner U-Bahn.

Veröffentlichungen

„Über öffentliche Gesundheitspflege“, 1868; „Gutachten über die Offerte der Herren Barry und von Etlingen betreffend die Entwässerung Berlins“, 1870; „Organisation eines deutschen Gesamtverbands für öffentliche Gesundheitspflege“, 1872; „Die Canalisation von Berlin“, 1884; „Die modernen Aufgaben des großstädtischen Straßenbaus mit Rücksicht auf die Unterbringung der Versorgungsnetze“, 1890; „Beiträge zur Beurteilung des gegenwärtigen Standes der Kanalisations- und Berieselungsanlage“, 1893.

Literatur

NDB; DBJ 1902.

Bild

Kieling, Berliner Baubeamte, S. 48 f.

Hoffmann, Franz Joseph Dr. iur.

Ministerialbeamter

* 20.4.1864 in Münster, † 7.2.1931 in Berlin; kath.; V August H. (1834-81), Universitätsprofessor; M Anna geb. Waldeck (1840-).

-1880 Gymnasium in Münster; Studium in Freiburg u. Leipzig; 1887 Regierungsreferendar in Marienwerder; 1890 Regierungsassessor und 1891 kommissarischer Verwalter des Landratsamts Geestemünde; 1892 Hilfsarbeiter; 1894 Regierungsrat; 1900 Geh. Regierungsrat und 1913 Geh. Oberregierungsrat (immer Gewerbeabteilung) im preuß. Handelsministerium; 1919-29 preuß. Ministerium für Volkswohlfahrt; 1920 Ministerialrat.

1920-29 stellv. Bevollmächtigter für Preußen zum Reichsrat.

Auszeichnungen

Wirkl. Geh. Oberregierungsrat; Preuß. Kronenorden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: GewONov 1897; InvVersG 1899; GewGerNov 1901; KindSchG 1903; KrankVersGNov 1903; KaufmG 1904; 1910-19 vom Bundesrat gewähltes, nichtständiges Mitglied des RVA; H. wurde

(zusammen mit Dönhoff) als Hilfsarbeiter zur Bearbeitung der Arbeiterschutzgesetzgebung in das preuß. Handelsministerium berufen, spezialisierte sich dort als Referent aber auch auf die Arbeiterversicherungsgesetzgebung; konservative Grundhaltung in der Reformdebatte zur Krankenversicherung (Einschränkung der Selbstverwaltungsrechte der Ortskrankenkassen gegen sozialdemokratischen Einfluss); zur gesetzlichen Krankenversicherung veröffentlichte er 1908 einen kompendiösen Kommentar; als die Abt. III (Gewerbeabteilung) des preuß. Handelsministeriums die Angelegenheiten der sozialen Versicherung an das neu gegründete Volkswohlfahrtsministerium abgab, trat er zu diesem über.

Veröffentlichungen

„Die Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens auf Grund des Reichsgesetzes vom 26. Juli 1897“, 1897; Invalidenversicherungsgesetz v. 19.7.1899 nebst Ausführungsbestimmungen, 2. Aufl., 1900; „Krankenversicherungsgesetz und Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen“, 1903; „Reichsgesetz betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, mit den Ausführungsbestimmungen des Reichs und Preußens“, 1904 „Vorschriften für den Geschäftsbetrieb der Gesindevermieter und Stellenvermittler“, 2. Aufl., 1907; „Das Krankenversicherungsgesetz mit dem Hilfskassengesetz und den Ausführungsbestimmungen. Erläutert“, 1908; „Kommentar zur Reichsversicherungsordnung“, Bd. 1 und 2, 1913; „Die Gewerbeordnung mit den gesamten Ausführungsbestimmungen für d. Dt. Reich u. Preußen, 1898; „Die Beaufsichtigung der Krankenkassen“, 1915; „Kriegsgesetze für die Krankenversicherung“, 1917; „Der Vaterländische Hilfsdienst“, 1918.

Literatur

Stadtarchiv Münster; GStA I. HA Rep. 77 tit. 849 Nr. 8 (1891) und Rep. 77 Nr. 1204; Prot-PrStM 11; TNls GStA; Q II. 5.

Hofmann, Heinrich Christian Wilhelm Amtsgerichtsrat

* 11.1.1857 in Weyer/Oberlahnkreis, † 12.8.1937 in Wiesbaden; ev.; V Lehrer.

1870-75 Gymnasium in Weilburg/Lahn; 1875-76 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und 1876-78

in Berlin; 1879-85 Gerichtsreferendar in Selters, Diez, Limburg und Frankfurt/M.; 1885 Gerichtsassessor in Diez und Neustadt/Krs. Marburg; 1886 Hilfsrichter in Neustadt, dann Amtsrichter in Rennerod; 1899-1908 Amtsgerichtsrat ebd.

liberaler Politiker

NL

RT 1893-1903 WK 5 Wiesbaden (NL);

LT Pr. AbgeH 1894-1908 WK 2 Wiesbaden (NL).

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: InvVersG 1899 Ref.; UnfVersG 1900; KrankVersGNov 1903 Ber.; Vorsitzender des Schiedsgerichts für Invaliditäts- und Altersversicherung für den Kreis Westerbürg.

Literatur

HbRT [1893]; Haunfelder Lib. Abg.; Wer ist's?; Renkhoff.

Hollander, Eduard von Dr. theol. h. c. Bürgermeister

* 29.2.1852 in Riga, † 29.10.1935 in Damsdorf/Brandenburg; ev.-luth.; V Eduard v. H. (1820-97), Bürgermeister von Riga; M Olga geb. Drachenhauer (1822-53); ∞ 1881 Elisabeth Charlotte geb. v. Hollander (1860-nach 1930); K 1 S.

Gouv. Gymnasium in Riga; 1870-76 Studium der Rechtswissenschaften in Dorpat; 1876 Ratsauskultator und Gildennotar in Riga; 1877 zugleich Notar der Kirchen und Stiftungen in Riga; 1878 zweiter Notar und danach Assessor am Vogteigericht in Riga; 1882-89 Sekretär der zweiten Sektion des Landvogteigerichtes in Riga; 1876-83 Schriftführer, Vizepräsident und Präsident des Gewerbevereins in Riga; 1890-92 Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg; 1892 Referendar; 1896 Assessor und Amtsanwalt; 1897 stellv. Amtsrichter in Donaueschingen; 1898-1919 3. Bürgermeister von Mannheim (Dezer-

nent f. Armenwesen u. Krankenhausverwaltung).

Landsmann der Fraternitas Rigensis.

Auszeichnungen

1922- Ehrenmitglied im DV; 1919 Dr. theol. h. c. in Heidelberg; Ritter 1. Klasse mit Eichenlaub vom Bad. Orden vom Zähringer Löwen.

Sozialpolitische Aktivitäten

1901-21 Mitglied im Hauptausschuss, 1912-21 Vorstandsmitglied und stellv. Vorsitzender, 1912-21 Schriftführer des DV.

Veröffentlichungen

„Die Fürsorge für Erhaltung des Haushalts, insbesondere durch Hauspflege“, Schriften des DV H. 55, 1901; „Die gesetzliche Regelung der Aufgaben der öffentlichen Armenpflege“ (mit Sperling u. Thode), Schriften des DV H. 97, 1912.

Literatur

Deutschbalt. Bio.; Krug von Nidda; Baltischer Beobachter vom 15.12.1935.

Bild

Geschichte der Stadt Mannheim Bd. 2, S. 525.

Huzel, Karl August von
Verwaltungsbeamter

* 11.7.1841 in Tübingen, † 18.1.1904 in Ludwigsburg; ev.; V Oberreallehrer.

Gymnasium in Tübingen, Studium Regiminalwiss. ebd.; 1867 2. höhere Dienstprüfung, 1867-70 Assistent bzw. Aktuar versch. Oberämter, 1870-74 Hilfsarbeiter/Sekretär OB Stuttgart, 1874 Sekretär Innenministerium; 1876-83 Amtsvorsteher Oberamt Blaubeuren; 1883-90 Oberamtmann (seit 1887 Regierungsrat) in Schwäbisch-Hall; 1890-1900 Mitglied des Vorstands der württemb. Invaliditäts- u. Altersversicherungsanstalt, 1900-04 Präsident der Kreisregierung in Ludwigsburg.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1879-1904 Mitglied d. Württemb. Ev. Landessynode, zeitweise Ausschussmitglied.

Sozialpolitische Aktivitäten

1883-94 Mitglied im Hauptausschuss des DV, 1881 Einführung eines Naturalverpflegungssystems für wandernde Arbeiter in Oberschwaben; 1885 Mitbegründer des Württemb. Sparkassenverbandes; 1884-90(?) Vorsitzender des Verwaltungsausschusses der Gemeindekrankenversicherung und der Krankenpflegeversicherung Hall.

Veröffentlichungen

„Über die Einrichtung von Bezirks-(Kreis-) Armenhäusern“ (mit Ziller), Schriften des DV H. 6, 1885; „Aufsicht über öffentliche Armenpflege“ (mit v. Reitzenstein), Schriften des DV H. 8, 1889; „Das System der communalen Naturverpflegung armer Reisender zur Bekämpfung der Wanderbettelei“, 1883; „Die Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung) mit Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Verhältnisse“ (Des Landsmanns Winterabende, Bd. 50), 1892; (Hrsg.) Zeller, Handbuch der gesamten württemb. Gemeindeverwaltung, 3. neu bearb. Aufl., 1891 (1. u. 2. Aufl. von Zeller).

Literatur

Krug von Nidda, Angerbauer.

Bild

Förtsch, Gesundheit, Krankheit, Selbstverwaltung 1995, S. 56.

Jacobi, Ludwig Hermann Wilhelm
Regierungsbeamter

* 31.3.1816 in Schwedt/Krs. Angermünde, † 11./12.10.1882 in Berlin; ev.; V Wilhelm J. (1773-1845), Regierungsbeamter; M Anna Christiane geb. Burghardt (1782-1862); ∞ 1845 Amalie geb. Junk (1824-66); K 3 S, 3 T.

1822- höhere Bürgerschule in Danzig; 1828-34 Gymnasium in Danzig; 1834-37 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Bonn; 1837 Auskultator beim Kreisgericht in Schroda; 1838 Regierungsreferendar in Danzig; 1840 Regierungsassessor ebd.; 1842-44 Regierung Gumbinnen, u. a. Regierungsassessor in Elbing; 1844-48 Generalkommission in Münster; 1848 Hilfsarbeiter im preuß. Handelsministerium; 1849-60 Regierungsrat im

Dezernat für Gewerbe-, Berg- und Hütten- sachen in Arnberg; 1860-63 Geheimer Regierungsrat im preuß. Innenministerium in Berlin, von dort strafversetzt an die Regierung in Liegnitz, dort als Gewerbe- dezernent bis 1882 tätig; 1861-69 neben- amtl. Mitglied der preuß. Statistischen Zentralkommission.

liberaler Politiker

NL

RT 1871-77 WK 6 Liegnitz (NL); 1881-82 WK 1 Liegnitz (NL);
LT Pr. AbgeH 1867-82 WK 5 Liegnitz (NL), 1878-82 Petitionskommission.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1861-69 Mitglied der Statistischen Zentral- kommission in Berlin; Vorsitzender des Liegnitzer Vereins zur Unterstützung der Kriegerfamilien.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; 1873 Gründungsaus- schuss des VfSP; Mitbegründer der Berliner Beamtenvereinigung, galt auch nach seiner Versetzung nach Liegnitz im preußischen Handelsministerium als Fachmann für Versicherungsfragen und wurde bei Reformen der Gewerbeordnung als Sach- verständiger gehört.

Veröffentlichungen

„Das Berg-, Hütten- und Gewerwesen des Regierungsbezirks Arnberg“, 1857; „Über Fabrikgesetzgebung, Schiedsgerichte und Einigungsämter“, Schriften des VfSP Bd. 2, 1873; „Die Gewerbegesetzgebung im Deutschen Reiche“, 1874; Herausgeber der „Monatsschrift für Deutsche Beamte“.

Literatur

NDB; Hirth 1881; Haunfelder Lib. Abg.; Mihr/ Tennstedt/Winter (Hrsg.), Sozialreform als Bür- ger- und Christenpflicht, 2005, S. 372 ff.

Bild

Monatsschrift für Dt. Beamte 1882, S. 402.

Jacobi, Karl *Rudolf* von Dr. iur.
Staatssekretär (Reich)

* 8.9.1828 in Jeggau/Gardelegen, † 24.7. 1903 in Zinnowitz/Usedom; ev.; V Friedrich Wilhelm J. (1801-41), Pastor; M Karoline Marianne geb. Greif (-1867); ∞ Gertrud Luise geb. Pernice (1834-1910); K 2 S, 2 T, u. a. Georg Gottfried (1864-1947), Ministerialbeamter.

Lateinschule in Halle (Saale); Studium der Rechtswissenschaften in Halle und Berlin; 1854 Dr. iur. in Halle; Gerichtsreferendar in Halle und Magdeburg; 1856 Hilfsarbeiter, 1866 Regierungsrat, 1867 Geh. Regierungsrat, 1870 Geh. Oberregierungsrat des preuß. Handelsministeriums; 1873/74 1. Vortragender Rat u. Geh. Oberregierungsrat im preuß. Staatsministerium (als Nachfolger Hermann Wageners); 1874 Ministerialdirektor, 1879-81 Unterstaatssekretär des preuß. Handelsministeriums, zugleich 1877-81 Präsident des Reichspatentamts; 1880-81 im Nebenamt Direktor der II. (wirtschaftlichen) Abt. im Reichsamt des Innern; 1881-86 Präsident der Preuß. Zentralbodenkreditgesellschaft; 1886 Unterstaatssekretär des preuß. Handelsministeriums; 1886-88 Staatssekretär des Reichsschatzamts; Mitglied des Preuß. Gerichtshofs zur Entscheidung von Kompetenzzkonflikten.

2. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Discontogesellschaft.

1873-81 und 1886 Bevollmächtigter für Preußen zum Bundesrat.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1884-86 Präsident des Komitees der Berliner Missionsgesellschaft; 1890 Mitglied im Kolonialrat; Vermittler zwischen Auswärtigem Amt und ev. Missionsgesellschaften; 1898 Mitglied im ordentl. Beirat für Auswandererwesen.

Auszeichnungen

1888 nobiliert; Wirkl. Geh. Rat mit Prädi- kat Exzellenz; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Stern und Eichenlaub.

Sozialpolitische Aktivitäten

Von 1866-80, der liberalen Phase der preuß. Sozialpolitik, war er neben T. Loh-

mann der maßgebliche Experte für Gewererecht und Arbeiterversicherungsrecht in der preuß. Ministerialbürokratie, 1873 Teilnehmer der preuß.-öster. Konferenz zur Beratung der sozialen Frage; J. war 1881 beteiligt bei der Gestaltung der ersten Unfallversicherungsvorlage und der Einrichtung der II. (wirtschaftlichen) Abteilung im Reichsamt des Innern, über die Bismarck fortan seine sozialpolitischen Initiativen laufen ließ. J. wurden „Unparteilichkeit u. strenge Sachlichkeit“ nachgerühmt; er steht für die „Fraktion“ engagierter Protestanten im preuß. Handelsministerium, in das er in seiner Laufbahn viermal (neu) eintrat! 1878 Mitglied des Aufsichtsrats der Wilhelmsspende, nebenamtlicher Landarmendirektor der Kurmark.

Literatur

DBJ 1903; Poschinger Bd. 3; GSTA I. HA Rep. 120 A I 3 Nr. 24; Q I. 1, 2, 3, 4, 5; ProtPrStM 4, 5, 6, 7, 8/II.

Bild

Das Reichspatentamt 1877-1927, S. 32 f.

Jastrow, Igna(t)z Dr. phil., Dr. rer. pol. h. c. Universitätsprofessor

* 13.9.1856 in Nakel/Krs. Wirwitz, † 2.5.1937 in Berlin; jüd.; V Salomon J., Getreidehändler; M Rosalie geb. Michel; ∞ 1888 Anna geb. Seligmann (1858-1943); K 2 T, Elisabeth, Kunsthistorikerin; Lotte Beate (1894-1970), Mitbegründerin der Jugendgärten.

Knabenschule in Nakel, Gymnasium in Rogasen, Studium der Geschichts-, Rechts- und Staatswissenschaften in Breslau und Berlin; 1878 Dr. phil. in Göttingen; 1879-80 Assistent bei Leopold von Ranke; Gymnasiallehrer in Berlin; 1885 Habilitation in Berlin; 1905-14 ao. Prof. für Verwaltungswissenschaft an der Universität Berlin; 1906 ao. Prof. und 1906-09 Rektor an der Handelshochschule in Berlin; 1920-24 o. Prof. an der Universität Berlin.

sozialliberaler Politiker

K 1898/99 Stadtverordneter (Freisinnige Vereinigung); 1899-1910 Stadtrat in Char-

lottenburg (zuständig für Arbeitsnachweis, Armenfürsorge u. Arbeitslosenfürsorge).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1903/09 Volkswirtschaftlicher Beirat der Ältesten der Kaufmannschaft Berlin; Vorstandsvorsitzender des Verbandes märkischer Arbeitsnachweise.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP u. DV; 1898 Mitbegründer des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise; Mitbegründer und Herausgeber der Zeitschriften „Blätter für Soziale Praxis“/„Soziale Praxis“ (1894-97), „Das Gewerbegericht“ (1894-1912), „Der Arbeitsmarkt“ (1897-1907) und dem „Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie“; J. prägte den Begriff Sozialliberalismus; Kritiker der Amtsführung des Preuß. Handelsministers v. Berlepsch („Ministerbeleidigung“ 1894), 1911 Mitbegründer der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, J. schuf die Grundlagen für die moderne Arbeitsmarktpolitik.

Veröffentlichungen

„Die Sozialdemokratie und der moderne Staat“, 1890; „Sozialliberal – Die Aufgaben des Liberalismus in Preußen“, 1893; „Preußisches Steuerbuch, ein Wegweiser durch die neuen Steuergesetze“, 1894; „Die Einrichtung von Arbeitsnachweisen und Arbeitsnachweisverbänden“, 1900; „Der öffentliche Arbeitsnachweis in der Mark Brandenburg“, 1902; „Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft“, Bd. 1, 1902; „Berufsgenossenschaften“, Bd. 1, Schriften des VfSP Bd. 109, 1903; „Arbeitsmarkt“, Schriften des VfSP Bd. 113, 1903; „Arbeitslosenversicherung und Liberalismus“, 1910; Studien über Wirtschaft und Staat, 6 Bde., 1912-21; „Wohlfahrtspflege nach dem Kriege“, 1918; „Deutschlands Volksvermögen im Kriege“, 1919; „Die Reform der staatswissenschaftlichen Studien“ (Hrsg.), darin: „Verwaltungswissenschaft, 2. Teil: Einzelne Fächer“, Schriften des VfSP Bd. 160, 1920.

Literatur

NDB; Maier, Ignaz Jastrow, 2010.

Bild

Maier, S. 8.

Jaup, Bernhard

Ministerialbeamter, Präsident

* 28./29.5.1860 in Mainz, † 2.4.1944 in Wernigerode; ev.; V Bernhard J. (1827-95), Kreisassessor/Ministerialrat; M Louise geb. Gros (1832-1917); ∞ 1891 Gertrud geb. Gaebel (Tochter von Otto G.); K 1 S, 2 T.

Studium der Rechtswissenschaften in Gießen und Leipzig; 1887 Regierungsassessor in Darmstadt und Worms; 1888 Regierungsassessor im Reichsamt des Innern; 1892-94 Reg. Rat ebd. (Referent f. Gewerbeinspektion u. HandwerkerGesetzgebung); 1894-1901 ständiges Mitglied und Senatsvorsitzender im Reichsversicherungsamt, dessen Präsident Bödiker eine staatliche Aufsicht über die Privatversicherung vorgeschlagen hatte; 1901 Direktor im neu gegründeten Kaiserl. Aufsichtsamt für Privatversicherung; 1906 Geh. Regierungsrat und 1910 Geh. Oberregierungsrat im Reichsamt des Innern (Referent für Knappschaftsvereine u. Berggesetzgebung); 1914-22 Präsident des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung; 1922 Ruhestand.

Auszeichnungen

1918 Wirkl. Geh. Oberregierungsrat; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit Schleife; Preuß. Kronenorden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: RVO 1911.

Veröffentlichungen

(u. a. Hrsg.) „Reichsversicherungsordnung nebst Einführungsgesetz, IV. Bd. 4. Buch, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung“, 1912.

Literatur

Wer ist's?; Deutsches Geschlechterbuch Bd. 54; Q II. 4, IV. 3, 4.

Kalle, Friedrich (Fritz) Dr. phil. h. c.
Fabrikbesitzer

* 12.1.1837 in Paris, † 31.7.1915 in Wiesbaden; ev.; V Jakob Alexander K. (1796-1865), Kaufmann; M Wilhelmine geb. Thurneyßen (1816-92); ∞ 1864 Anna geb. Kerdyk (1843-1921); K 1 S, 2 T.

Realgymnasium in Wiesbaden; Studium der Bergbaukunde in Berlin und Freiberg; 1858 Bergreferendar, Leiter eines Grubenunternehmens; 1865 Eintritt in die chemische Fabrik (Anilinfarben) der Familie in Biebrich/Rhein; 1873-76 Fabrikbesitzer in Biebrich und 1879-82 in Wiesbaden.

liberaler Politiker

NL

1887-90 Vorstandsmitglied der NL; RT 1884-90 WK 3 Hessen (NL); LT Pr. AbgeH 1873-76 WK 6 Wiesbaden (NL); 1879-82 WK 4 Wiesbaden (NL); K 1891-1903 Stadtrat in Wiesbaden; 1893-1911 Bezirksausschuss für den Reg.-Bez. Wiesbaden.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1871 Mitbegründer des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins; 1877 Mitbegründer und Vorsitzender des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands; 1881 Mitglied im preuß. Volkswirtschaftsrat.

Auszeichnungen

1907 Geh. Reg. Rat; 1913 Dr. h. c. in Erlangen; 1899 Prof. e. h.; Ehrenbürger der Stadt Wiesbaden; Preuß. Wilhelmsorden; Preuß. Kronenorden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1874/75, 1875/76, 1879, 1890, 1895, 1897, 1901; 1871 Mitbegründer der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung; 1879 Begründer der „Concordia“, Verein zur Förderung des Wohls der Arbeiter; 1881-95 Mitglied im Hauptausschuss des DV; 1895 Begründer des Wiesbadener Systems (medizinische Schulkontrollen); Vorsitzender der Armendeputation in Wiesbaden; Einrichtung sozialer Institutionen und einer Mitbestimmung für die Fabrikarbeiter.

Veröffentlichungen

„Eine deutsche Arbeiter-Invaliden-, Wittwen- und Waisen-Casse, in: Über Alters- und Invalidenkassen für Arbeiter“, Schriften des VfSP Bd. 5, 1874; „Über Alters- und Invalidenkassen“, Schriften des VfSP Bd. 9, 1875; „Die Wohnungsfrage vom Standpunkte der Armenpflege, Schriften des DV, H. 6, 1888; „Der Haushaltungsunterricht“, Schriften des DV, H. 14, 1891.

Literatur
NDB; Hirth 1887; Renkhoff.

Bild
Biefang, S. 257.

Kaufmann, Paul Dr. iur., Dr. med. h. c.,
Dr. rer. pol. h. c.
Ministerialbeamter, Präsident RVA

* 28.6.1856 in Bonn, † 20.1.1945 in Berlin; kath.; V Leopold K. (1821-98), Oberbürgermeister; M Elisabeth geb. Michels (1833-1900); ∞ 1884 Maria geb. Jansen Du Mont (1862-1945); K 4 T.

-1873 Gymnasium in Bonn; 1874-77 Studium der Rechtswissenschaften in Bonn und Berlin; 1877 Gerichtsreferendar; 1883 Gerichtsassessor am Kammer- und Landgericht in Berlin; 1884 Dr. iur. in Göttingen; 1885 Hilfsarbeiter, 1887 Regierungsassessor, 1889 Regierungsrat, 1892 Geh. Regierungsrat im Reichsversicherungsamt; 1896 Vortragender Rat, 1900 Geh. Oberregierungsrat im Reichsamt des Innern (Referent für Invaliditäts- u. Altersversicherung/Invalidenversicherung, Witwen- u. Waisenversicherung, Zusammenlegung der Arbeiterversicherung); 1906-23 Präsident des Reichsversicherungsamts; 1919-22 zugleich Präsident des Reichsmilitärversorgungsgewerksamts bzw. 1922-23 des Reichsversorgungsgewerksamts; 1923 Ruhestand und danach publizistisch tätig.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der Reichskommission für das Römisch-Germanische Museum in Mainz und das Germanische National Museum in Nürnberg; Vorsitzender im Reichsverband der Rheinländer im unbesetzten Deutschland; Mitglied der Kommission für das Kupferstichkabinett; Mitglied im Kunstbeirat für das Kunstgewerbe Museum.

Auszeichnungen

Wirkl. Geh. Oberregierungsrat; Dr. med. h. c. in Berlin; Dr. rer. pol. h. c. in Bonn; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern; Bayer. Verdienstorden vom heil-

ligen Michael 2. Klasse; Komtur 2. Klasse vom Hess. Verdienstorden Philipp des Großmütigen; Kommandeur 1. Klasse vom Päpstlichen St. Gregorius-Orden.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: InvVersG 1899;
K. förderte als Kommissar des Reichsamts des Innern die Angleichung der Kriterien für die Bewilligung von Invalidenrenten der versch. Landesversicherungsanstalten, als Präsident des RVA engagierte er sich für den Ausbau der Unfallverhütungsvorschriften sowie den Ausbau der Beratung und der Hilfsfürsorge durch die Invalidenversicherung.

Veröffentlichungen

„Die deutsche Arbeiterversicherung im Kampf gegen die Tuberkulose“, 1912; „Licht und Schatten bei der deutschen Arbeiterversicherung“, 1913; „Zusammenwirken der gewerblichen Berufsgenossenschaften mit dem Roten Kreuz auf dem Gebiet der ersten Hilfe“, 1914; „Schadenverhütendes Wirken in der deutschen Arbeiterversicherung“, 1914; „Krieg, Geschlechtskrankheiten und Arbeiterversicherung“, 1916; „Die neuen Beratungsstellen für Geschlechtskranke“, 1917; „Wiederaufbau und Sozialversicherung“, 1920; „Neue Ziele der Sozialversicherung“, 1921; „Aus rheinischen Jugentagen“, 1921; „Welche Wege führen zu einer zeitgemäßen Reform unserer Sozialversicherung“, 1922; „Zur Umgestaltung der deutschen Sozialversicherung“, 1924.

Literatur

NDB; Kürschner Gelehrte 1931; Nls Stadtarchiv Bonn; ProtPrStM 8/II; Q IV. 4.

Bild

Reichsversicherungsamt, S. 8 f.

Kayser, Karl Ludwig Heinrich Dr. iur.
Verwaltungsbeamter

* 8.9.1849 in Nierstein, † 30.1.1925 in Oppenheim; ev.; V Ludwig Heinrich K., Pfarrer; M Luise Wilhelmine.

1867-69 Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg und Gießen; 1882 Kreisassessor in Dieburg; Amtmann und danach Kreisamtmann in Bingen, Groß-Gerau und Darmstadt; 1894 Regierungsrat; 1896 Rat

der Provinz Starkenburg; 1898-1919 Kreisrat in Worms; 1911-15 Mitglied des hess. Verwaltungsgerichtshofes.

Auszeichnungen

Ehrenkreuz des Großherzogl.-Hess. Verdienstordens Philipp des Großmütigen; Ernst-Ludwig-Eleonorenkreuz für Verdienste in der Wohlfahrtspflege.

Sozialpolitische Aktivitäten

1898-1907 Mitglied im Hauptausschuss des DV.

Veröffentlichungen

„Die Gewährung von Wohnungsmiete als Art der Armenunterstützung“ (mit Jakstein), Schriften des DV H. 31, 1897; „Natural- und Geldunterstützung“ (mit Martius), Schriften des DV H. 42, 1899; „Die Stellung der ehrenamtlichen Organe in der Armenpflege“ (mit Hildebrand), Schriften des DV H. 49, 1890.

Literatur

Krug von Nidda; Hess. Staatsarchiv Darmstadt; Standesamt Nierstein-Oppenheim.

Kayser, Max

Redakteur

* 9.5.1853 in Tarnowitz (Schlesien); † 29.3.1888 in Breslau; jüd./diss.; ∞ ja; K 1 S.

Höhere Schule in Breslau; Kaufmännische Lehre in Breslau; 1869-71 Handlungsgehilfe; 1871-73 Redakteur der „Demokratischen Zeitung“ in Berlin; 1873-74 Redakteur der „Süddeutschen Volksstimme“ in Mainz, der „Freien Presse“ in Chemnitz und des „Volksboten“ in Dresden; besoldeter Agitator der SDAP; 1874-78 Mitarbeiter mehrerer 1878-79 verbotener Zeitungen u. a. 1874-78 Redakteur des „Dresdener Volksboten“ bzw. 1877 der „Dresdener Volkszeitung“; 1878 Ausweisung aus Dresden; 1879 Redakteur der „Freireligiösen Warte“ in Breslau; 1879-80 Redakteur des „Schlesischen Erzählers“ in Breslau; 1880 Redakteur des „Schlesischen Beobachters“ ebd.; 1880-87 Mitinhaber eines Tabak- und Zigarrengeschäfts in Dresden; 1881-84 Ausweisung aus mehre-

ren Städten u. Verurteilung wegen Pressvergehen zu insges. 18 ½ Monaten Gefängnis; 1883-86 Redakteur des „Sächsischen Wochenblatts“ ebd.; schwer erkrankt.

sozialdemokratischer Politiker

SDAP, SAP

1869 SDAP; SAPD; Delegierter beim Gothaer Einigungskongress; RT 1878-84 WK 9 Sachsen (SAPD); 1884-87 WK 22 Sachsen (SAPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

bis 1871 Vorstandsmitglied kaufmänn. Vereine in Breslau, 1871-73 Vorstandsmitglied des Demokratischen Arbeitervereins und des Demokratischen Vereins Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: UnfVersG 1884; KrankVersGNov 1885 Antr.; UnfKrankVersAusdG 1885; befürwortete grundsätzlich die staatliche Sozialreform, insbesondere das KrankVersG, stärkte durch seine parlamentarische Arbeit die Stellung der freien Hilfskassen, von Bebel als sozialreformerischer Opportunist kritisiert.

Literatur

Hirth 1884; Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands; Müller, 45 Führer aus den Anfängen und dem Heldenzeitalter der Breslauer Sozialdemokratie, 1925; Q II. 2, 3, 4, 5.

Bild

„Vaterlandslose Gesellen“. Kurze Biographien der verstorbenen hervorragenden Sozialisten des 19. Jahrhunderts, 1901, S. 58.

Klausener, Peter

Verwaltungsbeamter

* 24.11.1844 in Aachen, † 25.9.1904 in Düsseldorf; kath.; V Kaufmann; ∞ Elisabeth geb. Biesenbach (1864-1944); K mind. 1 S, Erich K. (1885-1934 ermordet, „Röhm-Putsch“); Ministerialbeamter.

Studium der Rechtswissenschaften; Gerichtsassessor in Aachen; 1874 Friedensrichter in Malmedy; 1877 Richter in Posen; 1878-80 Regierungsassessor in Düsseldorf; kommissarischer Landrat in Düs-

seldorf u. Moers; 1880-1901 Landesrat bei der Provinzialverwaltung in Düsseldorf; 1896 stellv. Landeshauptmann; 1902 Geh. Regierungsrat und 1904 Geh. Oberregierungsrat in Düsseldorf und stellv. Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Komtur vom Oldenburg. Haus- und Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig.

Sozialpolitische Aktivitäten

1891 Aufbau der Invaliditäts- u. Altersversicherungsanstalt der Rheinprovinz; Teilnehmer der sog. Novemberkonferenz zur Reform der Arbeiterversicherung im Reichsamt des Innern 1896; Mitbegründer des Südwestdeutschen (Konferenz-)Verbands der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten; 1899 Mitglied des Fünfer-Ausschusses der Invalidenversicherungsträger (sog. Eisenacher Ausschuss); Mitbegründer und Förderer des Rheinischen Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnens; 1886 Vorsitzender des Rheinischen Vereins für kath. Arbeiterkolonien, Mitbegründer der Arbeiterkolonien Elkenrode, Urft und Weeze (St. Petrus-Heim), 1901 Gründer der Anstalt für verwahrloste Knaben („St. Raphaelshaus“) in Dormagen; Mitglied des Ausschusses des Düsseldorfer Vereins für Arbeitsnachweis sowie für Beschäftigung und Verpflegung von Arbeitssuchenden. „Auf allen Etappen der Straße der Wohlfahrtseinrichtungen, welche die Rheinprovinz durchzieht, findet man die Spuren seines segensreichen Schaffens“ hieß es auf seinem Totenzettel.

Literatur

DBJ 1904; Geschichte der LVA Rheinprovinz; Großfeld, Westfälische Jurisprudenz, 2000.

Bild

Schütz, Praktische Sozialpolitiker aus allen Ständen, 1906, S. 297.

Kleist-Retzow, Hans *Hugo* von
Oberpräsident a. D.

* 25.11.1814 in Kieckow/Krs. Belgard;
† 20.5.1892 ebd.; ev.-luth.; V Hans Jürgen von K.-R., Gutsbesitzer und Landrat (1771-1844); M Auguste Friederike Leopoldine geb. von Borcke (1778-1847); ∞ 1851 Charlotte geb. Gräfin zu Stolberg-Wernigerode (1821-85); K 4.

Hausunterricht; 1828-34 Gymnasium in Schulpforta/Naumburg; 1835-36 Studium der Rechtswissenschaften und Geschichte an der Universität Berlin; 1836-38 desgl. in Göttingen und 1838 erneut in Berlin; 1838 Auskultator in Berlin; 1840 Referendar in Berlin; 1841-43 Referendar in Frankfurt/O.; 1844 Assessor am Oberlandesgericht ebd.; 1844-85 Verwaltung der väterlichen Güter in Pommern; 1844-51 Landrat des Kreises Belgard; 1851 Regierungspräsident in Köslin; 1851-58 Oberpräsident der Rheinprovinz; 1858 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.

konservativer Politiker

Kreuzzeitungspartei, K

Mitglied der sog. Kreuzzeitungspartei 1851-67; 1861 Mitbegründer und (bis 72) Mitglied d. Preuß. Volksvereins; Mitglied der Deutsch-Konservativen Partei 1876-92; nach dem Tod von Friedrich J. Stahl 1861 Fraktionsvorsitzender Kreuzzeitungspartei/K;

RT 1850 Erfurter Unionsparlament, Staatenhaus (Konservativer Flügel);

1877-92 WK 2 Minden (K);

LT Preuß. Vereinigter Landtag 1847-48; Pr. AbgeH 1849-52 WK 3 Köslin (Reaktionär-Konservativ/Kreuzzeitungspartei);

Herrenhaus 1858-92;

K Mitglied des Belgarder Kreistags; Mitglied des pommerschen Provinziallandtags und des Provinzialausschusses.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1848 Vorsitzender des sog. Junker-Parlaments (Verein zur Wahrung der Interessen des Grundbesitzes und Förderung des Wohlstandes aller Klassen); 1879-92 stellv. Vorsitzender des Vorstandes der preuß. Generalsynode; stellv. Vorsitzender des Synodalausschusses; Mitglied des Kreissynodalausschusses.

Auszeichnungen

1883 Wirklicher Geheimrat mit Prädikat Exzellenz; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit dem Stern und Eichenlaub; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub und Johanniter Kreuz; Kreuz der Komtur vom Preuß. Hausorden von Hohenzollern; Rechtsritter des Johanniterordens; Großkreuz vom Luxemburg. Orden der Eichenkrone; Großoffizier vom Belg. Leopold-Orden.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1878; GewONov 1891.

Veröffentlichungen

1848 Mitgründer der „Neuen Preußischen Zeitung“ („Kreuzzeitung“).

Literatur

NDB; HbRT 1890; Pommern LB Bd. 2, 1936; Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon 1992; v. Petersdorff, Kleist-Retzow, 1907; Kraus (Hrsg.), Konservative Politiker in Deutschland 1995; Q II. 3, III. 3.

Bild

Biefang, S. 105.

Klüpfel, Ludwig

Geschäftsführer

* 27.11.1843 in Tübingen, † 10.12.1915 in Stuttgart; ev.; V Karl K. (1810-94), Bibliothekar; M Sophie geb. Schwab (1819-88); ∞ 1882 Elisabeth geb. Baur (-1896); K mind. 2 S, 1 T.

Gymnasium in Tübingen; Seminar in Blaubeuren; Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen; 1867- Justizdienst in Württemberg, u. a. 1867 Gerichtsaktuar in Rottweil; 1870-76 Finanzassessor der Staatseisenbahn Württemberg; 1877 Angestellter, 1881 Prokurator und 1888-1910 stellv. Vorsitzender bei Krupp in Essen; 1910 Ruhestand, danach -1915 Aufsichtsratsmitglied ebd.

K 1901-10 Stadtverordneter in Essen; Mitglied im Rheinischen Provinziallandtag.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied im Zweigverein der Deutschen Kolonialgesellschaft in Essen; Mitglied im Verein deutscher Eisenhüttenleute; Vorstandsmitglied des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen; Vorstandsmitglied der Nordwestdeutschen Gruppe deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit Schleife; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Chin. Doppelter 2. Klasse 3. Stufe; Türk. Osmaniéorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1904 Mitbegründer und -1910 Vorsitzender des Verbands rheinisch-westfälischer Betriebskrankenkassen; 1907 Mitbegründer und -1910 Vorsitzender des Verbands zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen; Leiter der Wohlfahrts-einrichtungen der Firma Krupp; Ausschussvorsitzender der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz; 1910-15 Vorsitzender der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft.

Literatur

Dickhoff, Essener Köpfe; Historisches Archiv Krupp; Die Betriebskrankenkasse 8. Jg. Nr. 24, 1915.

Bild

Dickhoff, S. 127.

Klumker, Christian Jasper Dr. phil.

Sozialwissenschaftler

* 22.12.1868 auf der Insel Juist, † 19.7.1942 in Hedemünden/Hann. Münden; ev.-luth.; V Christian K. (1837-1907), Pfarrer; M Julia geb. Bacmeister (1837-72); ∞ 1897 Elisabeth geb. Schneider; K 3 S, 1 T.

1883-88 Gymnasium in Emden; 1888-94 Studium der Theologie in Leipzig, Erlangen und Göttingen; 1891-94 Predigerseminar im Kloster Loccum; 1895-97 Studium der Nationalökonomie, Geographie und Geschichte in Leipzig; 1896 Leiter der Abteilung für

Armenpflege am Institut für Gemeinwohl in Frankfurt/M.; 1897 Dr. phil. in Leipzig; 1900-11 hauptamtlicher Geschäftsführer der Zentrale für private Fürsorge in Frankfurt/M.; nebenamtlicher Geschäftsführer des Instituts für Gemeinwohl ebd.; 1901 nebenamtlicher Dozent an der Frankfurter Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften; 1911 hauptamtlicher Dozent für Armenwesen ebd. und ab 1914 an der dortigen, neu gegründeten Universität; 1919 Extraordinarius und 1920-35 Lehrstuhl für Armenwesen und soziale Fürsorge ebd.

nationalsozialer Politiker.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied im Verein deutscher Studenten.

Sozialpolitische Aktivitäten

1902-33 Mitglied im Hauptausschuss, 1918-33 Vorstandsmitglied des DV; 1901 Mitbegründer und Vorsitzender des Archivs deutscher Berufsvormünder; Mitglied im Verein Kinderschutz; Mitbegründer eines Seminars für praktische Fürsorge an der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften.

K. war ein bedeutender Förderer und Theoretiker der Jugendfürsorge; wirkte am Reichsjugendwohlfahrtsgesetz 1922 mit; Vorkämpfer der Amts- bzw. Berufsvormundschaft.

Veröffentlichungen

„Armenstatistik deutscher Städte 1896/97“; „Die Bedeutung der Berufsvormundschaft für den Schutz des unehelichen Kindes“, 1905; Hrsg. der 3. Auflage von Roschers „Armenwesen“, 1906; „Berufsvormundschaft. Generalvormundschaft“ (mit Petersen), Schriften des DV H. 81, 1907; „Säuglingsschutz und Kinderfürsorge in den europäischen Staaten“, Bd. I und II, 1912; „Deutsche Versorgungsanstalten und Heime für Alte, Sieche und Invalide“, 1913; „Das Fürsorgewesen“, 1916; „Die öffentliche Kinderfürsorge eine Kulturaufgabe unseres Volkes“, 1917; „Fürsorgewesen. Einführung in das Verständnis der Armut und Armenpflege“, 1918; „Vom Werden deutscher Jugendfürsorge. Zugleich eine Geschichte der deutschen Berufsvormundschaft“, 1931.

Literatur

NDB; Maier; Neises, Christian Jasper Klumker, 1968.

Bild

Neises, Titelbild.

Knapp, Georg Friedrich

Dr. phil., Dr. iur. h. c.

Universitätsprofessor

* 7.3.1842 in Gießen, † 20.2.1926 in Darmstadt; ev.; V Ludwig Friedrich K. (1814-1902), Chemiker; M Karoline Elisabeth geb. Liebig (1819-90); ∞ Lydia geb. von Karganof (1855-1919); K 2 T, Elly Heuss-Knapp, Ehefrau von Bundespräsident Theodor Heuss.

1861-64 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und Berlin; 1864-65 desgl. in Göttingen; 1865 Dr. phil. ebd.; 1865-66 Statistisches Seminar in Berlin bei Ernst Engel; 1867-69 Direktor des statistischen Büros in Leipzig; 1869-74 ao. Prof. für Nationalökonomie und Statistik in Leipzig; 1874-1919 o. Prof. für Nationalökonomie in Straßburg; 1919 Ausweisung aus Frankreich.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Korrespondierendes Mitglied der bayer. Akademie der Wissenschaften.

Auszeichnungen

Preuß. Pour le mérite für Wissenschaft und Kunst; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitbegründer des VfSP; Ausschussmitglied 1872, 1873, 1874/75, 1875/76, 1882, 1890, 1895, 1897, 1901, 1907, 1910-13; Reformator der deutschen amtlichen Statistik (Heranziehung der Mathematik, „zählbare“ Wirklichkeit), betonte die Rolle des Staats bei der ökonomischen und sozialen Entwicklung; Agrarhistoriker Preußens und (umstrittener) Geldtheoretiker, bedeutender Korrespondent im VfSP („Integrationsfigur“).

Veröffentlichungen

„Ermittlung der Sterblichkeit“, 1867; „Sterblichkeit in Sachsen“, 1869; „Theorie des Bevölkerungswechsels“, 1874; „Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens, 2 Tle., 1887; „Die ländliche Arbeiterfrage“, Schriften des VfSP Bd. 58, 1893; „Grundherrschaft und Rittergut“, 1897; „Staatliche Theorie des Geldes“, 1905; „Einführung in

einige Hauptgebiete der Nationalökonomie, 1925; Hrsg. „Mittheilungen des Statistischen Bureaus der Stadt Leipzig“, 8 Hefte, 1868/74, 1925.

Literatur

NDB; HdStW; Q I. 8; TNIs GStA PK Berlin; TNIs im Familienarchiv Heuss, Basel.

Bild

Knapp, Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie, 1925, Titelbild.

Koch, Wilhelm Ludwig
Ministerialbeamter, Präsident RfA

* 23.12.1863 in Marienborn/Krs. Büdingen, † 5.12.1942 in Berlin; ev.; V Friedrich K. (-1890), Gutspächter; ∞ 1891 Charlotte geb. Döpping; K 2 S.

Gymnasium in Hanau; Studium der Rechtswissenschaften in Bonn; 1885 Gerichtsreferendar in Höchst; 1888 Regierungsreferendar und 1890 Regierungsassessor in Wiesbaden; 1892 Regierungsassessor in Danzig und Mitglied des Bezirksausschusses ebd.; 1893 kommissarisch im Kaiserl. Statistischen Amt in Berlin beschäftigt; 1896-1912 Regierungsrat (1900: Vortragender Rat) im Reichsamts des Innern (Referent f. GewO: Arbeiterschutz/Arbeitszeit bis 1904, danach f. Arbeiterausschüsse, Lehrlinge, Arbeitskammern, Fortbildungsschulen, Korreferent für Angestelltenversicherung); 1912-22 Präsident der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Corps Hansea Bonn.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied des Vorstands einer Kirchengemeinde in Berlin-Dahlem.

Auszeichnungen

Wirkl. Geh. Oberregierungsrat; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: KindSchG 1903; GewONov 1908; AkGE 1908; HausarbG 1911;

Vorstand ZfVW; beteiligt an der Schaffung und Durchführung des VfA (u. a. Aufbau der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte).

Literatur

GStA I. HA Rep. 77 tit. 849 Nr. 8 und Rep. 77 Nr. 1462; Angaben der Familie; Q III. 3.

Köhler, Ludwig (Louis) Ferdinand von
Dr. rer. pol., Dr. iur. h. c.
Württemb. Staatsminister

* 20.10.1868 in Elberfeld, † 26.9.1953 in Ludwigsburg; ev.; V Louis Ferdinand K., Generaldirektor; M Juliane Therese geb. Schaefer; ∞ 1892 Josephine Crescentia geb. Hofmeister (-1933); K 3 T.

1876-86 Gymnasium in Elberfeld; 1887-90 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Tübingen, Bonn und Berlin; 1890 Dr. rer. pol. in Tübingen; 1890-91 Referendar beim Oberamt in Tübingen; 1891 Referendar bei der Kreisregierung in Ludwigsburg; 1892 stellv. Amtmann in Ulm und danach in Heilbronn; 1893 Hilfsarbeiter, 1897 Regierungsrat, 1904 Ministerialrat und 1911 Ministerialdirektor im württemb. Innenministerium; 1897-99 zugleich Regierungsrat bei der Kreisregierung in Reutlingen; 1915-18 Abteilungsleiter für Handel und Gewerbe beim deutschen Generalgouvernement in Belgien; 1918 Württemb. Staatsminister für Inneres; 1919-20 Privatdozent, 1920-21 o. Honorarprof. und 1921-36 ao. Prof. für öffentliches Recht und Sozialwissenschaft in Tübingen.

1908 stellv. württemb. Bundesratsbevollmächtigter in Berlin; 1914 württemb. Geschäftsträger in Berlin.

Corps Rhenania in Tübingen.

liberaler Politiker

DVP

K 1928-36 Gemeinderat in Tübingen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1899 Vorstandsvorsitzender der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Neckar-

Kreis; 1918 Mitbegründer der Württemb. Gesellschaft; Mitglied im Deutschen Hochschulverband; Mitglied in der Notgemeinschaft für die deutschen Universitäten.

Auszeichnungen

1909 nobiliert; Dr. iur. h. c. Rostock; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 1. Klasse; Komtur vom Verdienstorden der Bayer. Krone; Kommentur des Ordens der Württemb. Krone; Ritter 1. Klasse mit Schwertern vom Württemb. Friedrichsorden; Württemb. Olgaorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: VerG 1908; GewO-Nov 1908; AkGE 1908; VfA 1911.

Veröffentlichungen

„Das württembergische Gewerberecht 1805 bis 1870“ (Diss.), 1890; „Grundzüge der deutschen Sozialversicherung“, 1927; „Geschichte der Revolution in Württemberg“, 1930; „Grundlehren des deutschen Verwaltungsrechts“, 1935.

Literatur

BWB; Eberl/Marcon; Kosch; LBW; Nls Hauptstaatsarchiv Stuttgart.

Bild

LBW, S. 484 f.

Köhne, Paul Dr. iur.
Amtsgerichtsrat

* 22.5.1856 in Danzig, † 11.1.1917; jüd.; V Kaufmann.

Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig 1875 ff.; 1883 Gerichtsassessor; 1892 Richter am Amtsgericht in Luckenwalde; 1895-1914 Richter am Amtsgericht Berlin I (Mitte); seit 1898 als Amtsgerichtsrat.

Auszeichnungen

Geh. Justizrat; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1910-17 Mitglied im Hauptausschuss des DV; 1900 Leiter der Vorbereitungskom-

mission für den Internationalen Kongress für Armenpflege und Wohltätigkeit in Paris; 1909 Mitbegründer und Vorsitzender des Deutschen Jugendgerichtstags; 1912 Vorsitzender der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge in Berlin; seit etwa 1910 Kommissionsmitglied und Referent des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstags; Mitglied des 1906 gegründeten Archivs Deutscher Berufsvormünder; Mitbegründer und stellv. Vorsitzender des Hortvereins in Berlin; 1917 Mitbegründer der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen;

K. war Pionier des Jugendstrafrechts und der Jugendgerichtsbarkeit nach dem Vorbild nordamerikanischer Staaten. Er forderte eine Vereinigung der erstinstanzlichen Zuständigkeit für alle Strafsachen Jugendlicher beim Jugendschöffengericht unter Vorsitz des Vormundschaftsrichters. Bestrafung sollte nur erfolgen, wenn Besserung durch Erziehungsmaßnahmen nicht zu erwarten war; entsprechende Bestrebungen wurden seit 1909 in Deutschland nach und nach aufgegriffen, zuerst in Frankfurt u. Köln.

Veröffentlichungen

„Das Reichsgesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter“, 1892; „Der deutsche Strafprozess und seine Reform“, 1895; „Das deutsche Vormundschaftsrecht“, 1898; „Die Nachlassbehandlung, das Erbrecht, Familienrecht und Vormundschaftsrecht“, 1902; „Zwangs-(Fürsorge-)Erziehung und Armenpflege“ (mit Schiller, Schmidt), Schriften des DV H. 64, 1903; „Entwurf zu einem Reichsgesetz betreffend der Ahndung und Verfolgung strafbarer Handlungen, welche von jugendlichen Personen begangen werden, nebst Begründung“, 1908.

Literatur

Beiträge zur Entwicklung der deutschen Fürsorge, 1955; Hasenclever, Jugendhilfe und Jugendgesetzgebung seit 1900, 1978.

Bild

„Die Woche“ Nr. 13, 1909, S. 534.

Koenigs, Adolph *Gustav* Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 11.1.1845 in Dülken/Krs. Kempen,
† 1.11.1896 in Berlin; kath.; V Franz Wil-
helm (1819-82), Fabrikant; M Wilhelmine
geb. Mevissen (1809-73); ∞ Alwine geb.
Bossier; K mind. 1 T, 2 S, u. a. Gustav
(1882-1944, hingerichtet) Staatssekretär
im Reichsverkehrsministerium.

Mitbegründer der nationalliberalen Partei
in Düsseldorf als sog. Mittelpartei zwi-
schen Freisinn u. Zentrum;
1865 Auskultator und 1867 Referendar am
Landgericht Köln; 1867 Regierungsrefe-
rendar in Köln; 1868 Regierungsreferendar
und 1872 -assessor in Koblenz; 1872-74
Hilfsarbeiter im preuß. Handelsministe-
rium; 1875-76 Reise in die USA, Japan,
China, Indien, Ägypten und Italien zum
Studium der Kultur-, Wirtschafts- und In-
dustrieverhältnisse; 1876-77 Hilfsarbeiter
im preuß. Handelsministerium; 1877 Re-
gierungsassessor, 1881 Regierungsrat und
1889 Oberregierungsrat bei der Regierung
in Düsseldorf (Referent für Handels- u.
Gewerbesachen, Kranken-, Sterbe- u. ge-
werbl. Unterstützungskassen, Fabrik- u.
Gewerbeschulen u. a.); 1891 Geh. Regie-
rungsrat und 1896 Geh. Oberregierungsrat
im preuß. Handelsministerium.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1880 Mitglied des Vorstands der Düssel-
dorfer Kunst- u. Gewerbeausstellung.

Auszeichnungen

Roter Adlerorden 4. Klasse

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: GewONov 1891.
K. bemühte sich auch nebenamtlich um die
Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse u.
der Verbesserung der Lage der Arbeiter im
Regierungsbezirk Düsseldorf, 1876 Mit-
glied des Vereins zur Wahrung der gemein-
samen wirtschaftlichen Interessen in Rhein-
land u. Westfalen. Mitbegründer des Cen-
tral-Gewerbevereins für Rheinland u. West-
falen des Westdeutschen Vereins für Kolo-
nisation u. Export.

K. war ein Vertrauter T. Lohmanns, der ihn
förderte und auf seine Reformvorschläge bei

Fragen der Krankenversicherung und des
Arbeiterschutzes zurückgriff; K. galt auch
als die rechte Hand Berlepschs während
dessen Jahre als Regierungspräsident in
Düsseldorf und Preuß. Handelsminister.

Veröffentlichungen

„Zur Ausbildung u. Stellung der Beamten in
Preußen“, 1875; mit H. A. Bueck Hrsg. der „Ge-
werblichen Zeitschrift“; „Die Durchsetzung des
schweizer Fabrikgesetzes“, 1891.

Literatur

GStA I. HA Rep. 77 tit. 849 Nr. 10 (1886);
Rep. 77 Nr. 1508; Q II. 3, 4, III. 3, 4; ProtPrStM
7, 8/II.

Krautwig, Peter Joseph Franz Dr. med.
Stadtarzt

* 11.10.1869 in Bonn, † 26.4.1926 in
Adenau; kath.; V Bäcker.

Gymnasium in Bonn; 1888-93 Studium der
Medizin in Bonn; 1893 Dr. med.; 1894-97
Assistenzarzt in Bonn und München; 1897-
Arzt in Köln; 1901 Kreisassistentarzt für
Köln; 1901 zweiter Gerichtsarzt; zugleich
ärztlicher Leiter des Kölner Marienheims
und der Kölner Krippe in Mühlheim; 1902
Gefängnis-, Polizei- und Sittenarzt; 1905
ärztlicher Beigeordneter in Köln; zugleich
1919 o. Prof. für soziale Hygiene in Köln.

Corps Ripuaria Bonn.

Fachpolitiker

Z

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender der Vereinigung Deutscher
Kommunal-, Schul- und Fürsorgeärzte; Vor-
sitzender des Deutschen Vereins ärztlicher
Kommunalbeamter; Vorsitzender des Ver-
bands für Schulgesundheitspflege; Mitglied
des Reichsgesundheitsrats; Mitglied des
Preuß. Landesgesundheitsrats; Mitglied des
Wohlfahrtsausschusses des Deutschen Städ-
tetags.

Sozialpolitische Aktivitäten

1905- Dezerent für Gesundheitswesen in
Köln; Mitbegründer der Kleinkinder- und

Tuberkulosefürsorge in Köln; Mitbegründer des Krankenhauses in Köln-Lindenburg; 1914 Mitbegründer der Schule für kommunale Wohlfahrtspflegerinnen; 1920 Mitbegründer des Gesundheitsfürsorgeamtes in Köln.

Veröffentlichungen

„Versuche über die Wirkung des Essigäthers“ (Diss.), 1893; Naturwissenschaft und Gesundheitswesen in Köln“, 1908; „Organisation der Wohlfahrtspflege der Städte“, 1913.

Literatur

Labisch/Tennstedt; Pagel; Steimel; Guss, Krautwig in seiner Bedeutung für die Entwicklung der Sozialhygiene (Diss. med. Köln), 1941.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 444.

Künzer, Franz E(duard)

Bürgermeister

* 16.4.1864 in Marienwerder, † nach dem 15.4.1944; ev.; V Eduard K., Professor; M Mathilde geb. Marquardt; ∞ Clara geb. Mitzlaff; K 2 S, 2 T.

Gymnasium in Strasburg/Westpreußen und Marienwerder; Studium der Rechtswissenschaften in Breslau, Straßburg und Berlin; 1884-88 Referendar in Tiegenhof, Danzig und Marienwerder; 1889-90 Gerichtsassessor in Marienwerder; 1890 juristischer Hilfsarbeiter beim Magistrat in Danzig und danach beim Landesdirektor der Provinz Sachsen in Merseburg; 1892 zweiter Vorsitz. d. Schuldeputation und 1913-19 1. Bürgermeister von Posen; 1920-24 Geschäftsführer des Deutschen Sparkassenverbands.

liberaler Politiker

Vorsitzender des NL Provinzialverbands der Provinz Posen; 1912-17 Mitglied des Zentralvorstands der NL.

LT Pr. AbgeH 1913-18 WK 2 Posen (NL).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1894 Vorstands- und 1895 Ausschussmitglied des Deutschen Sparkassenverbands; Vorsitzender des Sparkassenverbands der Provinz Posen.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1897-1909 Mitglied im Hauptausschuss des DV.

Veröffentlichungen

„Die Bestrebungen der Privatwohlthätigkeit und ihre Zusammenfassung“ (mit Eberty), Schriften des DV H. 19, 1894; „Über die ländlichen Kolonien für Heilstättenentlassene“, in: Die Verhandlungen des deutschen Zentralkomitees zur Errichtung von Heilstätten, 1902.

Literatur

Sparkassenzeitung vom 15.4.1944.

Lammers, August

Redakteur und Schriftsteller

* 23.8.1831 in Lüneburg, † 28.12.1892 in Bremen; ev.; V (1789-1875), Kaufmann; M (1802-84); ∞ 1857 Minna geb. Meyer; K 1 S, 1 T.

Gymnasium in Lüneburg; 1850-52 Studium der Philologie, Geographie und Geschichte in Göttingen; 1852-54 Redakteur der „Weserzeitung“ in Bremen; 1854-57 Redakteur der Allgemeinen Zeitung in Hildesheim; 1857-59 Redakteur der Zeitung für Norddeutschland in Hannover; 1859-61 Redakteur der „Weserzeitung“ in Bremen; 1861 Redakteur der „Zeit“ in Frankfurt/M.; 1862-64 Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“ in Frankfurt/M.; 1864-66 Redakteur der „Elberfelder Zeitung“; 1866-83 Redakteur des „Bremischen Handelsblatts“.

liberaler Politiker

Mitbegründer des Nationalvereins; LT Pr. AbgeH 1877-79 WK 2 Düsseldorf (NL).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorstandsmitglied im Protestantenverein; Mitglied der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft für Nordwestdeutschland; Mitglied der Gesellschaft für die Moorkultivierung; 1870 Mitbegründer des Vereins gegen das

Moorbrennen in Bremen; Mitglied der deutschen Seefischerei-Gesellschaft; Mitglied der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

Auszeichnungen

Ehrenmitglied der Lübecker Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitbegründer und 1881-92 Mitglied im Hauptausschuss des DV; Mitglied im ZWAK in Preußen; Mitbegründer des Kongresses deutscher Volkswirte; Mitglied der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung; 1882 Mitbegründer und Vorsitzender des Deutschen Sparkassentags; Mitglied des Deutschen Frauenvereins; Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Knabenhandarbeit; Mitbegründer und Geschäftsführer des Deutschen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke; Mitbegründer und Vorstandsmitglied des DV* für öffentliche Gesundheitspflege; 1878 Mitherausgeber der Zeitschrift Nordwest in Bremen.

Vorkämpfer für Reformen im Armenwesen nach dem Vorbild des Elberfelder Systems, 1878 Berichterstatter im Pr. AbgeH über den Gesetzentwurf betr. die Unterbringung verwahrloster Kinder.

Veröffentlichungen

„Die Armenpflege im nordwestlichen Deutschland“, in: Zeitschrift des Centralvereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen“, 1860; 1868 Herausgeber des „Bremischen Protestantenblattes“; „Die geschichtliche Entwicklung des Freihandels“, 1869; „Deutschland nach dem Kriege. Idee zu einem Programm nationaler Politik“, 1871; „Die Schutzzölle“, 1878; „Die Bettelplage“, 1880; „Beteiligung der Frauen an der öffentlichen Armenpflege“, Schriften des DV H. 1, 1880; „Die Unfallversicherung in ihrer Rückwirkung auf die Armenpflege“, Schriften des DV H. 2, 1881; „Die Bekämpfung der Trunksucht, Staatsarmenpflege“, 1881; „Ziele und Bahnen der deutschen Armenpflege, Sparen und Versichern“, 1882; „Trunksucht als Ursache der Verarmung“, Schriften des DV H. 4, 1883; „Branntwein- und Kaffeeschenken, Armenbeschäftigung“, 1884; „Öffentliche Kinderfürsorgen“, 1885; „Trunksucht und Armenpflege“, Schriften des DV H. 6, 1888; Herausgeber der „Mäßigkeits-Blätter“ des Deutschen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke“, 1883.

Literatur

NDB; Hentschel; Krug von Nidda; Emminghaus, August Lammers, 1907.

Bild

[Bode] August Lammers. Vorsitzender des Deutschen Vereins für Knabenhandarbeit † am 28. Dezember 1892, Nordwest 16. Jg. 1893, S. 4.

Landmann, Robert Ritter von Dr. iur. h. c. Bayer. Staatsminister

* 12.1.1845 in Großweingarten/Bez. Amt Schwabach, † 11.3.1926 in München; kath.; V Anton L. (1810-72), Oberförster; M Maximiliane geb. Schmaus (1824-1906); ∞ 1878 Gabriele geb. von Auer (1853-1925); K 1 S, 1 T.

Gymnasium in München; 1856-62 Zögling des Holländischen Instituts in München; 1862-66 Studium der Rechtswissenschaften in München; Hilfsarbeiter im Bezirksamt in München; 1869 Auskultator; Sekretär der Handels- und Gewerbekammer in Augsburg; 1871 zugleich Redakteur für Staatswissenschaft bei der „Allgemeinen Zeitung“ in Augsburg; Reisen nach Italien, Frankreich und Österreich; 1876 Rechtspraktikant im bayer. Innenministerium; 1877 Bezirksamtsassessor, 1879 Regierungsassessor, 1883 Regierungsrat und 1893 Ministerialrat ebd.; 1882 Kommissar der Landesausstellung in Nürnberg; 1895-1902 Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten (Kultusminister); 1902 Ruhestand.

1886 stellv. Bevollmächtigter für Bayern zum Bundesrat.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1886-90 Mitglied der Reichskommission zur Untersuchung der Rheinstromverhältnisse.

Auszeichnungen

Exzellenz; 1895 Dr. iur. h. c. Würzburg; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse; Ritter vom Verdienstorden der Bayer. Krone; 1899 nobilitiert; Großkreuz vom Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael; Of-

fizier vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Kommandeur 1. Klasse vom Anhalt. Hausorden Albrecht des Bären.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: UnfVersGBau 1887; InvAltVersG 1889; GewGerG 1890; GewONov 1890/91; KrankVersGNov 1892; 1886-95 vom Bundesrat ernanntes, nicht-ständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts; mit Josef v. Herrmann maßgeblicher Vertreter Bayerns bei den sozialpolitischen Gesetzesvorlagen des Reichs; Mitgestalter der Arbeiterversicherungsgesetze.

Veröffentlichungen

„Die Arbeiterversicherungsgesetzgebung für das Deutsche Reich in ihrer Anwendung für das Königreich Bayern“, 1891/93; „Kommentar zur Gewerbeordnung für das Deutsche Reich“, 1893/95.

Literatur

Poschinger Bd. 5; Verwaltung II; Q II. 3, 4, 6, III. 3; Nls (Familie L.) Bayerisches Hauptstaatsarchiv München.

Bild

Verwaltung, S. 224.

Lange, Karl

Bürgermeister

* 3.2.1831 in Königsberg/Pr., † 30.1.1897 in Bochum; ev.; verh.; K 4 S, 2 T.

Bürgermeister von Bernau; Stadtverwaltung in Königshütte; Kreissekretär in Hagen i. W.; 1875-97 Bürgermeister von Bochum.

konservativer Politiker

FK

K 1892-93 Westfälischer Provinziallandtag für Bochum-Stadt.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied in kommunalen Vereinen in Bochum; stellvertretender Vorsitzender im ev. Schulvorstand in Bochum.

Sozialpolitische Aktivitäten

1890-97 Mitglied im Hauptausschuss des DV; führte in Bochum das Elberfelder

System ein; Errichtung eines Hospitals, eines Obdachlosenasyls und einer Einrichtung zur Versorgung alleinstehender Männer und Waisen in Bochum.

Veröffentlichungen

„Die Wohnungsnot der ärmeren Volksklassen in Bochum“, Schriften des VfSP Bd. 31, 1886; „Die Fürsorge für Obdachlose“ (mit v. Reitzenstein), Schriften des DV H. 16, 1892.

Literatur

Häming; Stadtarchiv Bochum.

Bild

Häming, S. 414.

Lass, Ludwig Dr. iur.

Verwaltungsbeamter

* 19.10.1860 in Kirchhain bei Marburg, † 28.6.1935 in Berlin; V Friedrich Wilhelm L.; M Catharina geb. Staffel; ∞ 1890 Agnes geb. Nowotny; K 2.

Gymnasium in Kassel; 1881- Studium der Rechtswissenschaften in Marburg und Berlin; 1884- Referendar am Amtsgericht Wetter, Landgericht Kassel, Staatsanwaltschaft in Marburg, Rechtsanwalt in Kassel, Amtsgericht Hofgeismar und Oberlandesgericht Kassel; 1888 Dr. iur. in Marburg; Assessor in Kassel und Marburg; 1890 Dozent für Zivilprozess- und Privatrecht in Marburg; 1893 Privatdozent für Gewerbe- und Zivilrecht in Berlin; 1893 Hilfsarbeiter, 1894 Regierungsassessor, 1895 Regierungsrat und ständiges Mitglied, 1906 Geh. Regierungsrat und Senatsvorsitzender, 1911 Senatspräsident im Reichsversicherungsamt; 1912 Geh. Regierungsrat, 1916 Geh. Oberregierungsrat im Reichsamt des Innern (Referent RfA, RVO -1., 2., 6. Buch- VfA, Jugendfürsorge, Sparkassen, Genossenschaftswesen, Dienstboten u. Hausangestellte u. a.); 1912 nebenamtlich Vorsitzender des Oberschiedsgerichts für Angestelltenversicherung; 1918-23 Präsident des Oberschiedsgerichts für Angestelltenversicherung; 1901-18 nebenamtlich Prof. und 1919-23 Honorarprof. für Versicherungs-, Arbeits- und

Konkursrecht in Berlin; 1923-24 Leiter eines Senats am Reichsversorgungsgericht; 1924 Ruhestand.

Auszeichnungen

1916 Geh. Oberregierungsrat; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: RVO 1911; VfA 1911.

Grundlegende Abhandlungen zum neuen sozialen Recht, hatte Anteil an der höchstgerichtlichen Rechtsprechung zur Arbeiterversicherung und trug zu deren Popularisierung bei.

Veröffentlichungen

„Haftpflichtrecht und Reichsversicherungsgesetzgebung“, 1890; „Versicherungsmarke und Quittungskarte, ihre rechtliche Natur und Bedeutung für die Reichs-Invaliditäts- und Altersversicherung“, 1891; „Das Prozeßrecht in Unfallversicherungssachen“, 1899; „Einrichtung und Wirkung der Deutschen Arbeiterversicherung“ (mit Zahn), 1900; „Strafrecht der Berufsgenossenschaft“, 1901; „Grundriß der Deutschen Arbeiterversicherung“, 1903; „Arbeiterversicherungsrecht“, in: von Holtzendorffs Kohlers Encyclopädie, 1903; „Die Deutsche Arbeiterversicherung als soziale Einrichtung“, 1904; Die Stellung der Ausländer im Deutschen Arbeiterversicherungs- und Haftpflichtrecht“, 1906; „Die Staatsverträge über Arbeiterversicherung“, 1908; „Die Rechtsprechung des Oberschiedsgerichts für Angestelltenversicherung“, 1921.

Literatur

Wer ist's?; Gundlach; Asen.

Legien, Carl Rudolph

Drechsler, Gewerkschaftsführer

* 1.12.1861 in Marienburg (Westpreußen), † 26.12.1920 in Berlin; ev./diss.; V (-1870), Steueraufseher.

Aufgewachsen im Waisenhaus Thorn; 1867-75 Schule des Waisenhauses und Bürgerschule in Thorn; 1875-80 Drechslerlehre in Thorn; zwei Jahre Wanderschaft; 1884-88 Drechslergeselle; 1888-92 Zentralvorstandsmitglied der Zentralkran-

kenkasse der Drechsler in Hamburg; 1887-ehrenamtlicher und ab 1889 besoldeter Vorsitzender der „Vereinigung der Drechsler Deutschlands“; 1891-1919 Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg bzw. ab 1903 in Berlin; 1919-20 Vorsitzender des ADGB-Bundesvorstands in Berlin.

sozialdemokratischer Politiker

SAPD, SPD

1885 Eintritt in die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands;

RT 1893-98 WK 7 Schleswig-Holstein (SPD); 1903-18 WK 7 Schleswig-Holstein (SPD); 1919-20 WK 14 Schleswig-Holstein (SPD).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1886 Gründungsmitglied des Drechsler-Fachvereins in Hamburg und 1886-87 Vorstandsmitglied dess.; 1887-88 nebenamtlicher Vors. im Hauptvorstand des Drechslerverbands in Hamburg und 1889-91 hauptamtlicher Vorstand dess.; 1889 Teilnehmer am Gründungskongress der II. Internationalen in Paris und den Kongressen 1896, 1900, 1907 und 1910; 1903-13 Sekretär der Internationalen Zentralstelle der gewerkschaftlichen Landeszentralen; 1913-20 Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes; 1914-18/20 Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft; 1917-20 Mitglied des Arbeitsbeirats des „Volksbund für Freiheit und Vaterland“; 1918 Vorsitzender der sog. Arbeitnehmerseite der „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“; 1920 stellv. Vorsitzender des vorläufigen Reichswirtschaftsrates; 1920 Aufruf zum Generalstreik gegen die Kapp-Putschisten.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: VerG 1908; AkGE 1908 Vors.; VerGNov 1916; Vorstandsmitglied der Zentralkrankenkasse (Hilfsskassen) der Drechsler.

Veröffentlichungen

1891- Hrsg. „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Organ der Generalkommission; „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis. Denkschrift der Generalkommission“,

1899; „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“, 2. Aufl., 1911.

Literatur

HbRT 1912; Schröder; GdA Bio; IHG Bd. 2; Leipart, Carl Legien; Führer, Carl Legien 1865-1921, 2009; Nls Bundesarchiv Berlin.

Bild

HbRT 1912, S. 515.

Lehmann, Helmut Erich Johannes
Krankenkassenfunktionär

* 1.12.1882 in Berlin, † 9.2.1959 ebd.; V Schriftsteller.

1888-97 Schulbesuch in Strasburg und Berlin; 1897-99 Zimmermannslehre in Schöneiche; 1900 Mitglied im Zentralverein der Büroangestellten und 1901-03 tätig in dessen Ortsverwaltung Berlin; 1903-07 Abteilungsleiter der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin; 1907-13 Redakteur der Deutschen Büroangestellten Zeitung; 1907-14 zugleich Sekretär des Verbands der Büroangestellten; 1914-24 Sekretär und 1924-33 geschäftsführender Vorsitzender des Hauptverbands Deutscher Krankenkassen; 1933 u. 1944/45 inhaftiert, beteiligt am Widerstand; 1945 stellv. Leiter der Sozialversicherung von Berlin und danach 1945/46 Vizepräsident der Zentralverwaltung für Arbeits- und Sozialfürsorge; 1946-59 Präsident der Volkssolidarität; zugleich seit 1950 Vorsitzender des Zentralvorstands für Sozialversicherung.

Aufsichtsratsmitglied der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

sozialdemokratischer Politiker

SPD, SED

1903-46 SPD; 1946-59 SED;
1946- Mitglied im Parteivorstand der SED;
1949-59 Mitglied im Zentralkomitee der SED, davon 1949-50 des Politbüros;
RT 1949/50-59 Mitglied der DDR Volkskammer;
LT 1946-49 Mitglied im Landtag von Thüringen;

K 1918 Mitglied im Arbeiter- und Soldatenrat Dresden; 1918-25 Mitglied der Gemeindevertretung von Cossebaude.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1905-07 nebenamtl. Redakteur der Deutschen Büroangestellten-Zeitung, 1921-33 Mitglied des Beirats des Zentralverbands der Angestellten; 1946 Mitglied der Verfassungskommission der SED, maßgeblich beteiligt am Zusammenschluss SPD/KPD zur SED. 1947- Mitglied im Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds; 1948-49 Mitglied im Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden; 1948-49 Mitglied im Volksrat.

Auszeichnungen

Karl-Marx-Orden; Vaterländischer Verdienstorden in Gold; Held der Arbeit; Orden des Staatsbanners von Nordkorea.

Sozialpolitische Aktivitäten

1904 Mitbegründer und Vorsitzender des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlin; 1921-33 Mitglied im Beirat des Zentralverbands der Angestellten; galt in der Weimarer Republik als „Krankenkassenkönig“; schuf 1948/49 die einheitliche zentralisierte Sozialversicherung der SBZ/DDR, die stufenweise dem FDGB übertragen wurde.

Veröffentlichungen

1905- Redakteur und Herausgeber der Zeitschrift „Die arbeitende Jugend“; „Ärzte u. Krankenkassen“, 1928; „Die Sozialversicherung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“, 1948.

Literatur

NDB; Reichshandbuch; GdA Bio; Hoffmann, Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR 1996; Nls Bundesarchiv, SAPMO.

Bild

Tennstedt, Soziale Selbstverwaltung Bd. 2, 1977, S. 144.

Lent, Eduard Dr. med.
Arzt

* 16.11.1831 in Wesel, † 25.4.1911 in Köln; ev.; V Johann Heinrich Wilhelm L. (1792-1868), Richter; M Bertha Adelheid geb. Natrop (1803-63); ∞ 1859 Betsy geb. Heymann; K 1 S, 3 T.

-1851 Gymnasium in Hamm; 1852- Studium der Medizin in Heidelberg, Würzburg und Berlin; 1855 Dr. med. in Berlin; 1857- Arzt in Köln; 1876 Sanitätsrat; 1889 Geh. Sanitätsrat.

liberaler Politiker
NL

K 1873-1911 Stadtverordneter in Köln.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1900 stellv. Vorsitzender im Geschäftsausschuss der deutschen Ärztevereine; 1895 Ausschussvorsitzender der Preuß. Ärztekammern; 1886 Vorstandsmitglied und 1896 Vorsitzender der Rheinischen Ärztekammer; 1895 Mitbegründer und Vorsitzender des Vereins zur Förderung des Museums für Naturkunde; 1904 Kurator der Akademie für praktische Medizin in Köln; -1911 Vorsitzender des Vereins der Bahnärzte in Köln.

Auszeichnungen

1905 Ehrenmitglied des Niederrheinischen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege; 1900 Prädikat Prof.; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit der Zahl 50.

Sozialpolitische Aktivitäten

1873 Mitbegründer und 1890/91 Vorsitzender des DV* für öffentliche Gesundheitspflege, Ausschussmitglied 1872/73-74/75, 1878/79-79/80, 1889/90-92/93, 1896/97-1898/99, 1905/06-06/07, 1861 Mitbegründer und 1862-1911 Vorstandsmitglied des Vereins der Ärzte in Köln; 1869 Mitbegründer und -1911 Geschäftsführer des Niederrheinischen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege; 1880 ao. Mitglied im Kaiserl. Gesundheitsamt; 1889 Mitbegründer und Vorstandsmitglied im Verein für Volkswohl in Köln; 1900-11 Mitglied im Reichsgesundheitsrat.

Veröffentlichungen

„Flussverunreinigung“ KR, 1877, DVjög X, 92, „Örtliche Lage der Fabriken in Städten. Inwiefern hat sich ein Bedürfnis herausgestellt, von der Bestimmung des § 23 Abs. 3 der deutschen Gewerbeordnung Gebrauch zu machen“, R 1888, DVjög XXI, 42; 25 Jahre DV für öffentliche Gesundheitspflege, R 1898 DVjög XXXI,1; „Bericht über die 2. Cholera-Epidemie in Köln 1867“, 1868; 1871-82 Herausgeber des „Korrespondenzblatts des Niederrheinischen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege“ und 1882- des „Zentralblatts für allgemeine Gesundheitspflege“.

Literatur

Labisch/Tennstedt; Pagel; Steimel; Limper, Leben und Werk Eduard Lents, 1940; Ev. Kirchenarchiv Wesel.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 452.

Letocha, Paul
Amtsgerichtsrat

* 17.1.1834 in Radzionkau/Krs. Tarnowitz (Schlesien), † 5.2.1911 in Ziegenhals/Krs. Neisse (Schlesien); kath.; V Antoni L., Metzger; M Marianne geb. Włodarczyków.

Gymnasium in Gleiwitz; 1854-57 Studium der Rechtswissenschaften in Breslau und Berlin; 1857-62 Auskultator und Referendar in Ratibor, Breslau und Bromberg; 1862 Gerichtsassessor; 1863-65 Hilfsrichter in Berlin und Staatsanwalt in Posen; 1865-73 Kreisrichter in Alt-Landsberg; 1873-82 Kreisrichter in Storkow; 1882-1902 Amtsgerichtsrat in Berlin.

Corps Silesia Breslau.

Zentrumspolitiker

Z

1898-1903 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des preuß. Abgeordnetenhauses; 1903 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags;
RT 1884-1903 WK 6 Oppeln (Z);
LT Pr. Abgeh 1882-1903 WK 5 Oppeln (Z);
K 1882-1911 Schlesischer Provinziallandtag.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1894 3. Präsident des Deutschen Katholikentages in Köln.

Auszeichnungen

Preuß. Kronenorden 4. Klasse; Geh. Justizrat.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: UnfVersGSee 1887; GewO-Nov 1891; GewONov 1897; – KfAST 1895-1903.

Literatur

HbRT 1890; Haunfelder Zentrum; Schubert; Q II. 3, III. 3.

Bild

Haunfelder Zentrum, S. 83.

Levy, Albert Dr. phil.

Geschäftsführer

* 10.12.1862 in Köln, † 13.3.1922 in Berlin; jüd.; ∞ 1888 Else geb. Rheinhold; K 4.

-1882 Gymnasium in Köln; Studium der Rechtswissenschaften, Geschichte und Philosophie in Heidelberg und Berlin; 1889 Dr. phil. in Berlin; Vorsitzender der Zentrale für private Fürsorge in Berlin.

liberaler Politiker

K 1900- Stadtverordneter in Berlin; Mitglied der Armendirektion der Stadt Berlin; 1900-13 Mitglied der Stiftungsdeputation ebd.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorstandsmitglied der jüd. Gemeinde in Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

1902-22 Mitglied im Hauptausschuss des DV, 1911-22 Vorstandsmitglied ebd.; 1892 Mitbegründer und 1899 Leiter der Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur; Mitbegründer und Vorsitzender der Zentrale für private Fürsorge; Mitglied im Beirat der ZfVW; 1906-18 Ausschussmitglied der Gesell-

schaft für Soziale Reform; 1917-22 Mitglied des Verwaltungsrats der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden; 1913-Begründer zahlreicher Heilerziehungsheime; Mitglied der Bahnhofshilfe in Berlin; Dozent an der sozialen Frauenschule in Berlin; Mitbegründer der Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft, trat für die Heranziehung von Frauen und Arbeitern in der Familienfürsorge ein.

Veröffentlichungen

„Die Wohlfahrtseinrichtungen Berlins und seiner Vororte“, 1899; „Die berufliche und fachliche Ausbildung in der Armenpflege“ (mit v. Frankenberg), Schriften des DV H. 79, 1907; „Die Beschaffung der Geldmittel für die Bestrebungen der freien Liebestätigkeit“, Schriften des DV H. 98, 1912.

Literatur

Krug von Nidda; Lowenthal; Maier; Tetzlaff; Hering (Hrsg.), Jüdische Wohlfahrt im Spiegel von Biographien, 2006.

Bild

Hering, Jüdische Wohlfahrt, S. 268.

Lieber, Philipp *Ernst* Moritz Dr. iur.

Jurist

* 16.11.1838 in Camberg/Nassau, † 31.3.1902 ebd.; kath.; V Moritz L. (1790-1860), Rechtsanwalt; M Josefa geb. Hilt (1813-77); ∞ 1873 Josephine geb. Arnold (1853-1932); K 12.

1849-54 Gymnasium in Aschaffenburg, 1854-58 Gymnasium in Hadamar; 1858-61 Studium der Philosophie und der Rechtswissenschaften in Würzburg, 1858-59 in München, 1859-60 in Bonn und 1860-61 in Heidelberg; 1861 Dr. iur. in Heidelberg; 1861-63 Privatgelehrter in Heidelberg und München; 1863-71 Leiter eines Teehandelsgeschäfts; 1871-1902 Berufspolitiker.

Zentrumspolitiker

Z

1870 Gründungsmitglied der Zentrumsfraktion des Pr. AbgeH; 1871 Gründungsmitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags; 1885-1902 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Pr. AbgeH; 1885-1902

Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags; 1893-1902 nicht nomineller, aber faktischer Führer des Zentrums; RT 1871-1902 WK 3 Wiesbaden (Z); LT Pr AbgeH 1870-85 WK 9 Wiesbaden (Z); 1886-88 WK 8 Wiesbaden (Z); 1889-1902 WK 3 Wiesbaden (Z); K Provinziallandtag Hessen-Nassau 1886-1902; Mitglied des Provinzialrats und stellv. Mitglied des Provinzialausschusses Hessen-Nassau in Kassel; Kreistag Limburg 1886-; Stadtverordnetenvorsteher in Camberg.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1890-1902 Gründungs- und Vorstandsmitglied des Volksvereins für das katholische Deutschland; 1885 Präsident des Katholikentags in Münster.

Auszeichnungen

1900 Päpstl. Geheimkämmerer; Preuß. Kronenorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1878; UnfVersG 1881; KrankVersG 1883; HilfskGNov 1884; GewONov 1885/86 Antr.; GewONov 1891; BerufsVerGE 1890/92; 1901 Gründungsmitglied der GfSR.

Literatur

HbRT [1893]; Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus, 1899; Cardauns, Ernst Lieber, 1927; Haunfelder Zentrum; Nassauische Lebensbilder; Zeitgeschichte in LB; Q I. 3, 4, II. 2, 3, 4, III. 3.

Bild

Haunfelder Zentrum, S. 84.

Liebrecht, Wilhelm Dr. med. h. c. und Dr. ing. h. c.
Verwaltungsbeamter, LVA-Präsident

* 24.3.1850 in Hannover, † 24.3.1925; kath.; V Christian Daniel L. (1799-), Buchhalter; M Johanne Henriette Auguste Friederike geb. Spellerberg (1822-).

1892-1918 Landesrat und Vorsitzender der Invaliditäts- und Altersversicherungsan-

stalt Hannover; danach 1919-24 Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Hannover.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1914-18 Rechtskonsulent des Königl. Schauspiels Hannover; 1922 Verwaltungsratsvorsitzender des Preuß. Beamtenvereins in Hannover.

Auszeichnungen

1908 Geh. Regierungsrat; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit der Zahl 50; Preuß. Wilhelmsorden; Ritterkreuz 3. Klasse vom Hausorden von Lippe-Detmold; Ehrenkreuz 2. Klasse von Schaumburg-Lippe; Waldeck. Verdienstkreuz 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1904 Anreger und Mitglied im sog. Siebener-Ausschuss der Konferenz der Invalidenversicherungsanstalten; 1908 Mitglied des sog. Elfer-Ausschusses; 1911 Anregung zur Bildung eines gemeinsamen Konferenzverbands der Invalidenversicherungsanstalten und des ständigen Ausschusses, dessen Geschäftsführer L. (danach Mitglied des ständigen Ausschusses, des Verbands Deutscher Landesversicherungsanstalten) wurde; 1904 Vorsitzender im Hauptausschuss und 1908-14 Vorstandsvorsitzender des Vereins für Wohnungsreform; Vorsitzender des Hauptvereins für Volkswohlfahrt, Hannover; 1890 Mitbegründer u. 1890-1902 Vorstandsmitglied im Volksverein für das kath. Deutschland; Mitglied im Beirat der ZfVW; erwarb sich erhebliche Verdienste bei der Nutzbarmachung der Kapitalmittel der Invalidenversicherungsanstalten für die Förderung des Arbeiterwohnungsbaus bzw. die Wohnungsreform.

Literatur

Dreissig Jahre Wohnungsreform 1898-1928, 1928; Schäfer.

Bild

Dreissig Jahre Wohnungsreform, S. 32.

Loening, Edgar Friedrich Dr. iur. et phil.,
Dr. theol. h. c.
Universitätsprofessor

* 14.6.1843 in Paris (als Löwenthal),
† 19.2.1919 in Halle (Saale); jüd./1847 ev.;
V Karl Friedrich L. (bis 1857 Löwenthal,
Zacharias) (1810-84), Verleger; M Anna
Luise (Nanette) geb. Reinach (1812-92);
∞ 1874 Anna Maria geb. Wessowitz
(1853-1930); K mind. 1 S.

1857-63 Gymnasium in Frankfurt/M.;
1863-67 Studium der Rechts- und Staats-
wissenschaften in Heidelberg, Bonn und
Leipzig; 1867 Dr. iur. in Leipzig; 1867-70
Privatdozent und 1868 Habilitation in Hei-
delberg; 1870-71 Hilfsarbeiter in der Ver-
waltung des Generalgouverneurs des El-
sass in Straßburg; 1872 ao. Prof. in Straß-
burg; 1877 o. Prof. für Staats- und Völker-
recht in Dorpat; 1883 o. Prof. in Rostock;
1886 o. Prof. für Kirchen-, Verfassungs-
und Verwaltungsrecht in Halle.

liberaler Politiker
LT Herrenhaus 1901-18 (NL).

Auszeichnungen

1893 Geh. Justizrat; Preuß. Roter Adleror-
den 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kron-
enorden 2. Klasse; Russ. St. Stanislaus-
Orden 2. Klasse mit dem Stern.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied
1897, 1910, 1911.

Veröffentlichungen

„Die Verwaltung des Generalgouvernements im
Elsaß“, 1874; „Geschichte des deutschen Kir-
chenrechts“, 2 Bde., 1878; „Lehrbuch des deut-
schen Verwaltungsrechts“, 1884; „Das Vereins-
und Koalitionsrecht der Arbeiter im Deutschen
Reiche“, in: Schriften des VfSP Bd. 76, 1898; „Ar-
menwesen“, in: Hdb. d. polit. Oekonomie, hrsg.
v. Schönberg, 4. Aufl., 1898; „Grundzüge der
Verfassung des deutschen Reiches“, 1901; „Ver-
fassung und Verwaltungsorganisation der Städ-
te“, Schriften des VfSP Bd. 125, 1908; 1890
Mitherausgeber der 1. und 2. Aufl. des HdStW.

Literatur

NDB; HdStW; Stolleis, Junges Deutschland,
Jüdische Emanzipation und liberale Staats-
rechtslehre in Deutschland, S. 49-66, in: Sit-

zungsberichte der wissenschaftlichen Gesell-
schaft an der Johann Wolfgang Goethe-Univer-
sität Frankfurt am Main, Bd. 32 Nr. 3, 1994.

Bild

Das goldene Buch, Wissenschaft S. 18.

Löwe, Ludwig
Fabrikbesitzer

* 27.11.1837 in Heiligenstadt/Eichsfeld;
† 11.9.1886 in Berlin; jüd.; V Joseph Levi,
ab 1863: Löwe (1811-83), Volksschulleh-
rer, Kantor und Versicherungsagent in Hei-
ligenstadt; M Adelheid (-1856); ∞ 1867
Sophie geb. Lindenheim (1847-76); K 1 S,
1 T.

Gymnasium in Heiligenstadt; kaufmänni-
sche Lehre; Auslandsreisen; Privatsekretär
von Ferdinand Lassalle; 1858 Eröffnung
eines Wollwarenkommmissionsgeschäftes in
Berlin; 1864 Besitzer einer Agentur für
Werkzeugmaschinen in Berlin; 1869 Reise
nach USA zum Studium der Nähma-
schinenproduktion; 1869-70 Gründung der
Firma Ludwig Löwe & Co. für Fabrikation
von Nähmaschinen, Fertigung auch von
Werkzeugmaschinen, 1872 Umstellung auf
Waffenproduktion; 1874 Beginn der Mu-
nitionsherstellung; Waffenfabrik „Deut-
sche Waffen- und Munitionsfabriken“
(1896); Begründer der austauschbaren Fer-
tigung im deutschen Maschinenbau.

liberaler Politiker

F, DFrP

1861 Teilnehmer der zweiten Generalver-
sammlung des Nationalvereins in Heide-
lberg; 1861- F;
RT 1878-86 WK 1 Berlin (F/DFrP);
LT Pr. AbgeH 1877-84 Berlin 1 (F); 1884-
86 Berlin 1 (DFrP);
K 1863-86 Stadtverordneter in Berlin.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1863-66 Mitglied des Vereins zur Wah-
rung der verfassungsmäßigen Pressfreiheit
in Preußen; Mitglied der Repräsentanten-
versammlung der Berliner jüdischen Ge-
meinde.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: KrankVersG 1883; HilfskG-Nov 1884; UnfVersG 1884; UnfKrankVersAusdG 1885; GewONov 1885/86. – Gründete zahlreiche soziale Einrichtungen und Unterstützungskassen; Mitglied des Komitees zur kulturellen Förderung der Ostjuden.

Literatur

NDB; Hirth 1884; Matschoß, Männer der Technik; Winger, Große Jüdische National-Biographie Bd. 4, 1929; Kullnick, Berliner und Wahlberliner, 1960; Staatshandbuch; DBJ; Buchheim (Hrsg.), Biographien bedeutender Unternehmer, 1991; Haunfelder Lib. Abg.

Bild

Buchheim, Biographien bedeutender Unternehmer, S. 95.

Lohmann, Theodor Christian

Dr. theol. h. c.

Unterstaatssekretär (Preußen)

* 18.10.1831 in Winsen a. d. Aller/Krs. Celle, † 31.8.1905 in Tabarz; ev.-luth.; V Ernst Heinrich L. (1797-1856), Kaufmann; M Johanna geb. Hardegen (1797-1832); ∞ 1862 Luise geb. Wyneken (1839-79); K 2 S, 1 T.

Gymnasium in Celle; 1850-54 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen; 1859-61 Amtsassessor in Hameln, Bruchhausen und Lehe; 1861 Hilfsarbeiter bei der Landdrostei Osnabrück; 1862 Hilfsarbeiter und 1863 Regierungsassessor im Kultusministerium von Hannover; 1866 Referent im ev.-luth. Landeskonsistorium in Hannover, nach Beteiligung an Auseinandersetzung um die hann. Kirchenverfassung „strafversetzt“; 1870 Regierungsassessor in Minden; 1871 Regierungsrat, 1873 Geh. Regierungsrat, 1877 Geh. Oberregierungsrat im preuß. Handelsministerium; 1881-91 Vortragender Rat in der II. (wirtschaftlichen) Abteilung im Reichsamt des Innern (Referent Krankenversicherung u. Gewerbeordnung – Generalia-, Gewerbegebiete, Koalitionsrecht, 1881/83 auch Unfallversicherung, 1881/84 auch Knappschaftskassen, 1881/86 auch Fabrikgesetzgebung, Arbeiterschutz); 1891 Ministerial-

direktor und 1892-1905 Unterstaatssekretär, Leiter der Gewerbeabteilung im preuß. Handelsministerium; 1900-05 Leiter der Zentralabteilung (Abt. II) und des Zentralbüros im preuß. Handelsministerium; im Reichsamt des Innern nebenamtlich u. a. zuständig für Stat. Reichsamt, Abt. f. Arbeiterstatistik u. Zentralstelle für Wohlfahrtseinrichtungen.

1881-84 preuß. Bundesratsbevollmächtigter; 1884-1905 stellv. preuß. Bundesratsbevollmächtigter.

(Christl.) Burschenschaft Germania in Göttingen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1880-97 Mitglied im Zentralaussschuss der Inneren Mission; Präsident der Gesellschaft zur Beförderung des Christentums unter den Juden in Berlin; Mitglied der Berliner Gesellschaft zur Beförderung der ev. Missionen unter den Heiden (Berliner Missionsgesellschaft).

Auszeichnungen

1899 Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; 1901 Dr. theol. h. c. in Kiel; Preuß. Roter Adlerorden 1. Klasse; Preuß. Wilhelmorden; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern; Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael mit Stern; Komtur 1. Klasse vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Komture mit Stern vom Württemb. Kronenorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: GewONov/GewGerGE 1874; HilfskG 1876; GewONov 1878; PensKassGE 1879; UnfVersGE 1881; KrankVersG 1883; HilfskGNov 1884; KrankVersGNov 1885; GewONovE 1885/86; InvAltVersG 1889; GewGerG 1890; GewONov 1891; KrankVersGNov 1892; GewONov 1897.

1902 Vorsitzender im ZWAK; 1890 Preuß. Delegierter der Internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Berlin.

L. war der führende Experte der preuß. Ministerialbürokratie bzw. der des Reiches für die Arbeiterfrage, seine im Grundsatz liberalen Vorstellungen waren auf eine Stärkung der Arbeiterrechte gerichtet, nicht zuletzt durch einsichtige Arbeitgeber.

Er hatte maßgeblichen Anteil an der Schaffung und Verwirklichung der Fabrikin- spektion und der gesetzlichen Krankenver- sicherung unter Bismarck sowie des ge- werblichen Arbeiterschutzes unter v. Ber- lepsch. Über Grundfragen der Ausgestal- tung der Unfallversicherung kam es zum Konflikt mit Bismarck; die Invaliditäts- und Altersversicherung lehnte er ab; der Schwerpunkt seiner Aktivitäten verlagerte sich ab 1890 wieder in das preuß. Handels- ministerium, dessen äußeren Aufgaben- kreis er absteckte und inneren Gehalt gab, er war „Erzieher“ und „Mentor“ einer Ge- neration von Beamten dort. „Er ist es, der all unserem Tun die Richtung gibt“ (Han- delsminister Theodor Möller).

Veröffentlichungen

„Über bürgerliche und kirchliche Armenpflege“, 1865; „Kirchengesetze der ev.-luth. Kirche des vormaligen Königreichs Hannover“, 1871; „Die Fabrikgesetzgebung der Staaten des europä- ischen Kontinents“, 1878; (anonym) „Die Auf- gabe der Kirche und ihrer Inneren Mission ge- genüber den wirtschaftlichen und gesell- schaftlichen Kämpfen der Gegenwart“, 1884.

Literatur

NDB; Poschinger Bd. 5; Verwaltung II; Roth- fels, Theodor Lohmann und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik (1871-1905), 1927; Machtan (Hrsg.), Mut zur Moral Bd. 1, 1994; Zitt, Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik, 1997; Nls Bundesarchiv Berlin; Q I, II, III; ProtPrStM 6/II, 7, 8/II, 9.

Bild

Zitt, S. 535.

Lohren, Arnold

Textilindustrieller

* 15.1.1836 in Krefeld, † 18.6.1901 in Ber- lin; kath.

Technische Gewerbeschule Krefeld; 1856- 59 Technische Fachschule (Gewerbeaka- demie) und zugleich Universität in Berlin; 1859-63 Reisen nach England, Frankreich und Italien; 1864-80 Gründer und Leiter der „Berlin-Neuendorfer Kammgarn-Spin- nerei“ in Neuendorf bei Potsdam; 1882- 1901 Rentier in Berlin.

konservativer Politiker

DRP, FK

RT 1881-90 WK 6 Potsdam (DRP);

LT Pr. AbgeH 1882-93 WK 4 Potsdam (FK);

K -1879 Kreistagsabgeordneter für Teltow; 1881-1901 Stadtverordneter in Potsdam.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitbegründer und 1876-81 Vorstandsmit- glied des Zentralverbands Deutscher Indus- trieller, bis 1889 Ausschussmitglied ebd.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm: KrankVersG 1883; HilfskG- Nov 1884; KrankVersGNov 1885; GewO- Nov 1885/86 Ber.; GewONov 1887 Antr.; InvAltVersG 1889.

Veröffentlichungen

„Die Arbeitseinstellungen oder der Kampf zwi- schen Kapital und Arbeit und die Mittel zur Ver- söhnung“, 1872; „Entwurf eines Fabrik- und Werkstätten-Gesetzes zum Schutz der Frauen- und Kinderarbeit hergeleitet vom Standpunkt der ausländischen Konkurrenz“, 1877; „Fabrik- und Werkstättengesetze“, 1877; „Das System des Schutzes nationaler Arbeit“, 1880; „Socialpoliti- sche und wirthschaftliche Ansichten. Aphorismen aus einer dreijährigen Abgeordnetenzeit“.

Literatur

Hirth 1884; DBJ 1901; Q I. 3, 8, II. 2, 3, 4, 6.

Bild

Biefang, S. 179.

Lohse, Otto Joseph Dr. iur.

Verwaltungsbeamter

* 26.8.1865 in Köln, † 1.6.1946 in Ham- burg; kath.; V Otto L. (1816-93), Geh. Oberregierungsrat u. Baurat; ∞ Maria geb. Windscheid.

Studium der Rechtswissenschaften in Bonn und Leipzig; 1891 Gerichtsassessor; 1895 Landrichter in Hamburg; 1905-20 Direktor des öffentlichen Armenwesens in Hamburg; 1920 Senatssyndikus, 1921-31 Staatsrat.

Auszeichnungen

1931 Ehrenmitglied des DV.

Sozialpolitische Aktivitäten

1906-31 Mitglied im Hauptausschuss des DV, 1921-22 1. Vorsitzender des DV; 1914 Mitbegründer der „Hamburgischen Kriegshilfe“; 1919/20 Aufbau eines einheitlichen Wohlfahrtsamts für Hamburg; Förderung der Kindererholung und Behindertenfürsorge.

Veröffentlichungen

„Kinderheil- und Erholungsstätten“, Schriften des DV H. 80, 1907; „Zwangsmassregeln gegen Arbeitsscheue und gegen säumige Nährpflichtige“ (mit Samter), Schriften des DV H. 88, 1909.

Bild

Internetauftritt Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge.

Ludwig-Wolf, Leo Friedrich

[eigentlich: Wolf, Leo Friedrich Ludwig]
Bürgermeister

* 2.12.1839 in Werdau/Sachsen, † 14.6.1935 in Leipzig; ev.-luth.; V Gerichtsamtmann.

1860- Studium der Staatswissenschaften in Leipzig; Ratsreferendar in Plauen; 1870-73 Stadtrat in Meerane; 1873-77 Bürgermeister von Großenhain/Sachsen; Rechtsanwalt; 1883-1908/09 Stadtrat und Vorsitzender des Armendirektoriums in Leipzig.

liberaler Politiker

K Stadtrat in Leipzig und Meerane; Bürgermeister von Großenhain.

Auszeichnungen

1911-35 Ehrenmitglied des DV; Königl. Sächs. Albrechts-Orden Ritter 1. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1874/75, 1875/76, 1879, 1882, 1890, 1895, 1897, 1901, 1907; Schatzmeister 1886-1918; 1885-1918 Mitglied im Hauptausschuss des DV, 1886-1918 Vorstandsmitglied, 1886-92 Geschäftsführer/Schriftführer, 1886-1918 Geschäftsführer/Schatzmeister und 1901-11 Vorsitzender des DV; kommunalisierte u. reorganisierte das Leipziger Armenwesen

nach dem Konzept der Leipziger „Gemeinnützigen Gesellschaft“, der er angehörte.

Veröffentlichungen

„Wie sind die Schieds- und Einigungsämter einzurichten?“, Schriften des VfSP Bd. 2, 1873; „Alters- und Invaliden-Pensionskassen“, Schriften des VfSP Bd. 5, 1874; „Die Kommunalsteuerfrage“, Schriften des VfSP Bd. 12, 1877; „Bericht über die Frage der Armenbeschäftigung“, Schriften des DV H. 4, 1883; „Die Organisation der offenen Krankenpflege“, Schriften des DV H. 4, 1887; „Die Brodpreise in der Stadt Leipzig 1885“, Schriften des VfSP Bd. 37, 1888; „Der Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches in Bezug auf Armenpflege und Wohlthätigkeit“ (mit Beckmann, Flesch, Münsterberg), Schriften des DV H. 8, 1889; „Ausübungen vormundschaftlicher Funktionen durch die Armenbehörden“ (mit Ebeling), Schriften des DV H. 16, 1892; „Erstattung von Unterstützungen durch die Unterstützten selbst und durch ihre Angehörigen“ (mit Münsterberg), Schriften des DV H. 41, 1899; „Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte“, Schriften des VfSP Bd. 120 Königreich Sachsen (mit Häpe, Heinze, Hübschmann), 1905; „Wie ich nach Eisenach kam und was ich dort fand“, Schriften des VfSP Bd. 163, 1923.

Literatur

Forum für Sozialreformen; Krug von Nidda.

Bild

Forum für Sozialreformen, S. 699.

Luppe, Hermann Dr. iur.

Oberbürgermeister

* 6.8.1874 in Kiel, † 3.4.1945 ebd.; ev.; V Gustav L. (1844-99), Oberrealschuldirektor; M Marie geb. May; ∞ 1901 Hulda geb. Lamp (1879-1945); K 1 S, 2 T.

1880-92 Gymnasium in Kiel; 1892-95 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Genf, Leipzig, Berlin und Kiel; 1895-99 Referendar in Kiel; 1896 Dr. iur. in Kiel; 1900-09 Magistratsassessor; 1907 Syndikus des Magistrats der Stadt Frankfurt/M.; 1909-13 besoldeter Stadtrat u. a. für Baupolizei, Steuern und Badeanstalten ebd.; 1913-20 2. Bürgermeister ebd.; 1920-33 Oberbürgermeister von Nürnberg; Honorarprofessor der Handelshochschule

Nürnberg; 1933 inhaftiert und zwangspensioniert; 1938 Gestapo-Haft.

liberaler Politiker

1910-18 FoVP; DDP, Mitbegründer der DDP; stellv. Landesvorstand der DDP in Bayern; Mitbegründer und Vorsitzender des Rep. Reichsbundes;

RT Mitglied der Nationalversammlung 1919-20 WK 19 Hessen-Nassau (DDP);

K 1900-08 Referent für Jugendfürsorge, soziale Fürsorge, Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsgerichtsbarkeit in Frankfurt/M.; -1907 stellv. Vorsitzender des kommunalen Gewerbegerichts ebd.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorstandsmitglied des Deutschen Städte- tages; 2. Vorsitzender des Demokratischen Vereins in Frankfurt/M.; 1920-33 Mitglied im Verwaltungsausschuss des Germanischen Museums.

Auszeichnungen

Ehrenbürger von Nürnberg; Ehrenbürger der Universität Erlangen; Ehrenbürger der Stadt Gyula in Ungarn.

Sozialpolitische Aktivitäten

1916 Mitglied im Hauptausschuss, 1921-33 des Vorstands und davon 1922-33 stellv. Vorsitzender des DV; Mitglied im Reichsausschuss für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene; Vorstandsmitglied des Arbeit- geberverbands dt. Gemeinden u. Kommunalverbände; Mitglied im Verwaltungsrat des Reichsarbeitsamts; 1921 Mitglied der Sozialisierungskommission; Vorstandsmitglied der Reichsschulkonferenz; Mitbegründer der Kriegshinterbliebenenfürsorge; Leiter der Kriegs- fürsorge in Frankfurt/M.; Leiter des Wohlfahrtsausschusses in Frankfurt/M.; wichtiger Gestalter der städtebaulichen Entwicklung in Frankfurt/M.; Mitbegründer des ersten kommunalen Gesundheitsamts in Bayern; förderte zahlreiche soziale Projekte in Nürnberg, u. a. ein Altersheim und einen landwirtschaftlichen Betrieb für Arbeiterfürsorge.

Veröffentlichungen

„Behandlung erwerbsbeschränkter und erwerbsunfähiger Wanderarmen“ (mit Sell), Schriften des DV H. 85, 1908; „Kommentar zur Gewerbeordnung“, 1910; „Das Wesen und die Aufga-

be der Kriegshinterbliebenenfürsorge“, 1918; „Die Neuordnung der Wohlfahrtspflege in Frankfurt/M.“, 1918; „Lexikon des Arbeitsrechts“, 1910 (Mitarbeit).

Literatur

NDB; Frankfurter Bio.; Reichshandbuch; Verwaltung II; Wenzel; Fränkische LB, Bd. 9; TNIs Bundesarchiv Koblenz, TNIs Stadtarchiv Nürnberg.

Bild

Fränkische LB, Bd. 9.

Magdeburg, Eduard Ludwig Karl von Ministerialbeamter

* 11.10.1844 in Biebrich, † 15.1.1932 in Potsdam; ev.; V Heinrich M. (1811-85), Hofkammerrat; M Karoline geb. Künzli (1816-1900); ∞ 1879 Cecilie Elisabeth geb. von Homeyer (1853-1941); K 1 S, 1 T.

1854-63 Gymnasium in Wiesbaden; 1863-66 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Heidelberg und Berlin; 1867 Referendar am Amtsgericht in Diez/Lahn; 1868 Regierungsreferendar und 1871 Regierungsassessor bei der Königl. Regierung in Potsdam; 1870-71 Verwalter der Unterpräfektur Château-Thierry (Departement der Aisne); 1871 Regierungsassessor bei der Landdrostei in Osnabrück; 1871-72 Hilfsarbeiter bei der Präfektur bzw. 1872 Regierungsassessor beim Bezirkspräsidium von Lothringen in Metz; 1875-79 Landrat des Kreises Sonderburg; 1879 Hilfsarbeiter im preuß. Innenministerium; 1881 Hilfsarbeiter im Reichsamt des Innern, II. (wirtschaftliche) Abteilung; 1881 Geh. Regierungsrat ebd. (Referent UWG, Knappschaftsvereine); 1884 Vizepräsident und 1886 Regierungspräsident in Kassel; 1886 Unterstaatssekretär im preuß. Handelsministerium; 1892-98 Oberpräsident von Hessen-Nassau; 1898 Präsident der Ober-Rechnungskammer in Berlin; 1909 zugleich Präsident des Reichsrechnungshofs.

1881- Protokollführer im Bundesrat; 1887-90 Bevollmächtigter für Preußen zum Bundesrat; 1891 stellv. Bevollmächtigter für Preußen zum Bundesrat.

Auszeichnungen

1904 nobiliert; 1886 Wirkl. Geh. Oberregierungsrat; 1895 Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; Preuß. Roter Adlerorden 1. Klasse mit Eichenlaub; Fürstl. Waldeckisches Verdienstkreuz 1. Klasse; Großkreuz vom Orden der Ital. Krone; Russ. St. Annen-Orden 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: KrankVersG 1883; M. war entscheidend an der Konzeptionierung der dritten Unfallversicherungsvorlage (entwarf die Grundtypen der gewerblichen Berufsgenossenschaften) beteiligt, er bereitete 1881 eine konsequente Reform des Unterstützungswohnsitzgesetzes (UWG) vor, die aber nicht das Studium eines Referentenentwurfs überschritt, also nicht verwirklicht wurde; regte 1885 in Kassel die Gründung eines Hilfsvereins für entlassene Strafgefangene an, aus dem der heutige „Verein für soziale Hilfe“ hervorging.

Literatur

Klein; Poschinger Bd. 5; von Ditfurth, Zur Geschichte der Königlich Preußischen Ober-Rechnungskammer, 1909; Tennstedt, Berufsgenossenschaften als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung, FS Otto Ernst Krasney, 1997; ProtPrStM 7, 8/II, 9, 10.

Bild

von Ditfurth, S. 123.

Maltzahn-Gültz, *Helmuth* Frhr. von

Dr. iur. et theol. h. c.

Rittergutsbesitzer

* 6.1.1840 in Gültz/Krs. Demmin, † 21.3. 1923 ebd.; ev.-luth.; V Carl Axel von M.-G. und Hermannshöh (1808-41), Landrat; M Auguste geb. von Lützwow (1820-91); ∞ 1867 Anna geb. von Rohrscheidt (1847-1913); K 3 S, 2 T.

-1856 Gymnasium und Predigerseminar in Wittenberg; 1856 Studium der Rechtswissenschaften in Erlangen, Heidelberg, Berlin; 1860 Auskultor am Stadtgericht in Berlin; 1862 Reise nach England (zusammen mit R. v. Puttkammer); Regierungre-

ferendar in Koblenz; 1866 Kriegsteilnehmer; 1867 Regierungsassessor; seit 1868 Verwaltung des Familienbesitzes; 1870/71 Kriegsteilnehmer; 1888 Staatssekretär des Reichsschatzamts und preuß. Bevollmächtigter zum Bundesrat; Vorsitz im Bundesratsausschuss für Zölle und Steuern; 1893 Abschied; 1899-1911 Oberpräsident der Provinz Pommern.

Corps Vandalia Heidelberg.

konservativer Politiker

K

RT 1871-88 WK 1 Stettin (K);

K Demminer Kreistag; Pommerscher Provinziallandtag; Pommerscher Provinzialausschuss.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der pommerschen Provinzialsynode; Mitglied der preuß. Generalsynode; Vorsitzender der sog. „Augustkonferenz“ (Organisation der pommerschen landeskirchlichen Lutheraner); Mitglied (Kommandator) des Johanniterordens; Kanzler der Pommerschen Genossenschaft des Johanniterordens; Vorsitzender der Gesellschaft für pommersche Geschichte und Altertumskunde; Vorsitzender der Historischen Kommission für die Provinz Pommern; Mitglied des preuß. Staatsrats.

Auszeichnungen

Dr. iur. h. c., Dr. theol. h. c. Greifswald; Erblandmarschall von Altpommern; Großkreuz mit Eichenlaub vom Preuß. Roten Adlerorden; Preuß. Kronenorden 1. Klasse; Kreuz der Ritter vom Preuß. Hausorden von Hohenzollern; Großkreuz vom Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael; Großkreuz vom Württemb. Friedrichsorden; Großkreuz vom Bad. Orden vom Zähringer Löwen; Großkreuz vom Anhalt. Hausorden Albrecht des Bären; Großkreuz vom Braunschweig. Hausorden Heinrich des Löwen; Ehrenkreuz vom Hess. Verdienstorden Philipp des Großmütigen; Großkreuz vom Mecklenburg.-Schwerin. Greifenorden; Russ. St. Stanislaus-Orden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: HilfskG 1876; UnfVersG 1881; KrankVersG 1883 Ber.; HilfskGNov

1884; UnfVersG 1884; UnfKrankVers-AusdG 1885; UnfKrankVersGLandw 1886; UnfVersGBau 1887; UnfVersGSee 1887.

Literatur

NDB; Hirth 1887; Zeitgenossen Lex.; DBJ 1923; Pommern LB Bd. 2, 1936; Kullnick, Berliner und Wahlberliner, 1960; ProtPrStM 7, 8/II, 9, 10; Poschinger, Bd. 5; Q I. 5, II. 1, 2, 4, 5.

Bild

Biefang, S. 149.

Manteuffel, *Otto* Carl Gottlieb Frhr. von Landrat

* 29.11.1844 in Berlin; † 4.3.1913 ebd.; ev.; V Otto Theodor von M. (1805-82), preuß. Innen- und Außenminister, Ministerpräsident; M Bertha geb. von Stammer (1805-91); ∞ Helene Johanne Luise Isidore geb. von Brandenstein (1847-1934).

Gymnasium in Berlin; Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und Halle (Saale); 1866 und 1870/71 Kriegsteilnehmer; 1872-96 Landrat Krs. Luckau; 1896-1911 Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

Corps Saxonia Göttingen.

konservativer Politiker

K

1892 veranlasste M. eine Revision des Parteiprogramms von 1876; 1892-97 Führer der konservativen Fraktion des Reichstags; *RT* 1877-98 WK 10 Frankfurt/O. (K); *LT* Herrenhaus 1883-1913; 1887 Mitbegründer der kons. Fraktion im Herrenhaus; 1891-1908 1. Vizepräsident des Herrenhauses; 1908-11 Präsident des Herrenhauses; *K* Brandenburgischer Provinziallandtag; Mitglied des Kommunallandtags der Niederlausitz.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied im Deutschen Flottenverein; Vorstandsmitglied des Bundes der Steuer- und Wirtschaftsreformer; Mitglied der Brandenburgischen Provinzialsynode; Mitglied

der Preuß. Generalsynode; Vorsitzender des ev.-kirchlichen Hilfsvereins; Mitbegründer des Bundes der Landwirte; Vorsitzender der Frauenhilfe.

Auszeichnungen

1904 Wirkl. Geh. Rat; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub, Brillanten und Stern; Preuß. Kronenorden 1. Klasse; Ritter 2. Klasse mit Schwertern vom Anhalt. Hausorden Albrecht des Bären; Ritter 1. Klasse mit Schwertern vom Herzogl. Sächs. Ernestinischen Hausorden; Kommandator des Johanniterordens.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: InvAltVersG 1889 Ber. Teilnehmer der sog. Novemberkonferenz zur Reform der Arbeiterversicherung im Reichsamt des Innern 1896.

Literatur

NDB; HbRT [1893]; Below; Wer ist's?; Schuber; ProtPrStM 8/II, 9, 10; Q II. 6.

Bild

Biefang, S. 123.

Marquardsen, *Heinrich* von Dr. iur.

Universitätsprofessor

* 25.10.1826 in Schleswig, † 30.11.1897 in Erlangen; ev.; V Johann Nikolaus, Gutsbesitzer und Weinhändler; ∞ 1854 Luise Wiss; K 2 S.

Landwirtschaftliche Ausbildung; Gymnasium in Schleswig; Studium der Rechtswissenschaften in Kiel und Heidelberg; 1848 Dr. iur. in Heidelberg; 1848-51 Reisen nach England und Belgien; 1852 Privatdozent für Staats-, Straf- und Völkerrecht in Heidelberg; 1857-61 ao. Prof. und 1861-97 o. Prof. für Staatsrecht in Erlangen.

Burschenschaft Teutonia Heidelberg.

liberaler Politiker

NL

1873-77 Mitglied im Zentralaussschuss der NL; 1878-84, 1887-90 und 1893-97 Mitglied im Zentralvorstand der NL;

1878- Vorstandsmitglied und 1883-87 mit Franz Buhl Vorsitzender der NL-Reichstagsfraktion; 1864- Ausschussmitglied und 1869-84 Vorsitzender der F in Bayern; 1884-97 Vorsitzender des Bayer. Landesverbands der NL;

RT 1868-70 Zollparlament; 1871-81 WK 2 Erlangen (NL); 1881-93 WK 7 Heppenheim (NL); 1893-97 WK 5 Homburg (NL); LT Bayer. LT 1869-81 WK Erlangen (NL); 1881-87 WK Fürth (NL); 1887-92 WK Kempten (NL).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1864-65 Vorsitzender der Schleswig-Holstein Bewegung in Erlangen.

Auszeichnungen

1888 nobilitiert; Verdienstorden vom heiligen Michael.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: UnfVersGE 1881; UnfVersG 1884; wesentlich beteiligt an der „Heidelberger Erklärung“.

Veröffentlichungen

„Reichspreßgesetz vom 7. Mai 1874 mit Einleitung und Commentar“, 1874; Herausgeber des „Handbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart“, 4 Bde., 1883-94; 1855 Mitbegründer der „Kritischen Zeitschrift für die gesamte Rechtswissenschaft“.

Literatur

HbRT [1893]; Haunfelder Lib. Abg.; Nls Bundesarchiv Berlin; Q II. 2.

Bild

Biefang, S. 131.

Marschall von Bieberstein, Hermann
Adolf Frhr.
Ministerialbeamter

* 12.10.1842 in Karlsruhe, † 24.9.1912 in Badenweiler; ev.; V August Friedrich M. v. B. (1804-88), Oberhofrichter; M Ida geb. Freiin von Falkenstein (1810-57); ∞ 1887 Marie Luise geb. Freiin von und zu Gemmingen (1862-1949); K 3 S, 1 T; Adolf (1893-1946), Diplomat.

-1861 Gymnasien in Frankfurt/M. und Karlsruhe; 1861-65 Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg und Freiburg; 1865 Rechtspraktikant; 1866 Hofjunker; 1867 Referendar; 1871 Amtsrichter in Schwetzingen, Staatsanwalt in Mosbach und Kammerjunker; 1872 Staatsanwalt beim Kreis- und Hofgericht in Mannheim, 1875 Kreisgerichtsrat ebd.; 1876-83 Kaiserl. Kommissar der Reichsbankhauptstelle in Mannheim; 1879 zugleich Landgerichtsrat und 1882 erster Staatsanwalt in Mannheim; 1883 Kammerherr; 1885 Geh. Legationsrat; 1883-90 ao. Gesandter und bevollmächtigter Minister für Baden am Preuß. Hof und zugleich stellv. Bundesratsbevollmächtigter für Baden in Berlin; 1890-97 Staatssekretär des Auswärtigen Amts und 1894-97 zugleich Preuß. Staatsminister; 1897-1912 Botschafter in Konstantinopel; 1912 Botschafter in London.

konservativer Politiker

K

RT 1878-81 WK 10 Baden (K);

LT Bad. 1. Kammer 1875-83 (Grundherr).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1879 Mitbegründer des liberalen Reformvereins in Baden; 1907 Vertreter Deutschlands auf der zweiten Haager Friedenskonferenz.

Auszeichnungen

1890 Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; Bad. Kammerherr; Preuß. Roter Adlerorden 1. Klasse; Preuß. Kronenorden 1. Klasse; Großkreuz vom Verdienstorden der Bayer. Krone; Großkreuz vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden mit goldenem Stern; Großkreuz vom Württemb. Friedrichsorden; Großkreuz vom Anhalt. Hausorden Albrecht des Bären; Großkreuz vom Bad. Militär Carl Friedrich Verdienstorden; Großkreuz vom Bad. Orden vom Zähringer Löwen; Großkreuz vom Großherzogl. Hess. Verdienstorden Philipp des Großmütigen; Großkreuz vom Großherzogl. Sächs. Hausorden der Wachsamkeit oder vom weißen Falken; Großkreuz vom Sachsen-Ernestinischen Hausorden; Großkreuz vom Mecklenburg.-Schwerin. Greifenorden; Schwarzburg-Lipp. Ehrenkreuz 1. Klasse mit goldener Krone.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: UnfVersG 1884; HilfskGNov 1884; UnfKrankVersGLandw 1886; InvAltVersG 1889; 1884-90; nicht-ständiges Mitglied des RVA; als bad. Vertreter maßgeblich an der Ausgestaltung der Unfallversicherung und des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes beteiligt.

Literatur

NDB; Hirth 1878; Bio. AA; Bad. Bio. N.F.

Bild

Biefang, S. 180

Mayet, Paul Dr. rer. pol. Statistiker

* 11.5.1846 in Berlin, † 20.1.1920 ebd.; ev.; V Louis M. (1808-73), Geh. Rechnungsrat, M Rosamunde geb. Heun (1826-1903), ∞ 1875 Clara geb. Schröder (1843-1910).

Schulbesuch in Berlin, 1865/66 Studium in Lausanne, 1866-70 Studium der Psychologie, Philosophie, Statistik u. Mathematik in Berlin u. Leipzig (ohne Abschluss), seit 1871 praktisch-ökonom. Betätigung (Papierindustrie), 1874 Versicherungsvolontär, 1876-93 Aufenthalt in Japan, 1876-79 Lehrer an der Med. Akademie in Tokio, 1879-82 hauptamtl. Berater des jap. Finanzministeriums, 1884-93 Lehrer für deutsche Sprache u. Geschichte, durchgehend Entwicklung sozialer Reformprojekte, Gutachtertätigkeit für das jap. Innenministerium, 1889 Dr. rer. pol. Tübingen, 1894-1911 wiss. Hilfsarbeiter, (ab 1898) Referent für Krankenversicherungs- und Bevölkerungsstatistik im Kaiserl. Statistischen Amt, daneben 1903-07 Bearbeitung der „Krankheits- u. Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend. Untersuchungen über den Einfluß von Geschlecht, Alter und Beruf“ (1910 veröffentlicht), 1907 Plan einer Mutterschaftsversicherung, 1914 Plan für Kriegskrankenkassen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied des Kgl. Preuß. Statistischen Büros; 1905-14 Vorsitzender der Gesellschaft

für soziale Medizin, Hygiene u. Bevölkerungsstatistik, 1918 stellv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Mutter- u. Kinderrecht.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Kl.; Kommandeur d. jap. Verdienstordens der aufgehenden Sonne und des Ordens des heiligen Schatzes.

Sozialpolitische Aktivitäten

M. entwickelte die Krankenversicherungstatistik maßgeblich weiter, er ist ein Vorkämpfer des Mutterschutzes wie er (teilweise) 1914 in der sog. Reichswochenhilfe verwirklicht wurde.

Veröffentlichungen

„Die japanische Staatsschuld“, Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens, 17. Heft, 1879, S. 259 ff. (auch engl.); „Landwirtschaftliche Versicherung in organischer Verbindung mit Spar-Anstalten, Boden-Credit und Schulden-Ablösung“, 1888 (Diss.); „Krankheits- u. Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig u. Umgebung“, 1910; „Der Schutz von Mutter und Kind durch reichsgesetzliche Mutterschafts- und Familienversicherung“, 1911, „Uneheliche Mütter, ihre Not u. Rettung“, 1919; (Autobiographie:) „Deutsches Wirken in Japan der Meiji-Zeit I. Dr. Paul Mayet“, Nippon 1935, S. 217.

Literatur

Shoya/Tennstedt, Sozialreform im Meiji-Japan und im Wilhelminischen Deutschland. Das Wirken von Paul Mayet, Zeitschrift f. Sozialreform 1978, S. 641-662.

Bild

Nippon 1935, S. 217; Meissner, Deutsche in Japan 1961, S. 21.

Merbach, Kurt Hüttenbeamter

* 14.1.1839 in Freiberg/Sachsen; † 30.5.1912 ebd.; ev.; V Franz Theodor M. (1811-47), Oberhüttenvorsteher; ∞ 1867 Margarethe geb. Merbach.

Gymnasium in Freiberg; 1856 Bergakademie in Freiberg; 1862 Gehilfe an den

Königl. Hüttenwerken Freiberg; 1865 Vizehüttenmeister; 1869 Hüttenmeister; 1875 Oberhüttenmeister; 1876 Oberhüttenverwalter; 1892 Oberhüttenamtsdirektor; Oberbergtrat; Geheimer Bergtrat; 1908 Ruhestand.

Corps Montania Freiberg.

konservativer Politiker

DRP

RT 1884-98 WK 9 Sachsen (DRP);

K Stadtverordneter und Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung in Freiberg; Gemeinderat in Hilbersdorf.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der Sächsischen Blaufarbenkommission; Mitglied des Sächsischen Eisenbahnrates; Vorstandsmitglied der Deutschen Gerberschule.

Auszeichnungen

Ehrenbürger von Freiberg; Komtur 2. Klasse vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Ritter 1. Klasse vom Königl. Sächs. Verdienstorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONovE 1885/86; Inv-AltVersG 1889; GewONov 1891; Krank-VersGNov 1892; – KfAST 1895/96.

Literatur

HbRT (1893); Schiffer, Aus dem Leben alter Freiburger Bergstudenten; Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen im Königreich Sachsen, 1912; Q II. 3, 6, III. 3.

Bild

Biefang, S. 125.

Merton, Wilhelm Dr. phil. h. c., Dr. ing. h. c.

Kaufmann

* 14.5.1848 in Frankfurt/M., † 15.12.1916 in Berlin; jüd./1899 ev.-ref.; V Ralph M. (1817-83), Kaufmann; M Sara Amelie geb. Cohen (1818-51); ∞ 1877 Henriette Caroline Emma geb. Ladenburg (1859-1939); K 4 S, 1 T, Richard M. (1881-1960), Kaufmann.

Gymnasium in Frankfurt/M.; kaufmännische Ausbildung im Familienbetrieb ebd.; Volontär bei der Deutschen Bank ebd.; danach Kaufmann in London; 1876 Teilhaber des Familienbetriebs in Frankfurt/M.; 1881 Mitbegründer der Metallgesellschaft ebd.; 1897 Mitbegründer der Metallurgischen Gesellschaft AG; 1906 Mitbegründer der Berg- und Metallbank; 1910 Mitbegründer der Schweizerischen Gesellschaft für Metallwerte.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Kurator der Universität in Frankfurt/M.; Mitglied im Präsidium der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer.

Auszeichnungen

1906 Dr. phil. h. c. Marburg; 1913 Dr. ing. h. c. Aachen; Preuß. Wilhelmsorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

1890 Mitbegründer des Instituts für Gemeinwohl in Frankfurt/M.; 1891 Mitbegründer der Gesellschaft für Wohlfahrts-einrichtungen für Errichtung und den Betrieb von Volksküchen, Speisehallen und Kantinen; 1895 Mitbegründer der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstelle in Frankfurt/M.; 1901 Mitbegründer der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften in Frankfurt/M.; 1901 Mitbegründer der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung in Frankfurt/M.; 1902 Mitbegründer des Instituts für Gewerbehygiene und des Sozialen Museums ebd.; Mitglied im DV und des Beirats der ZfVW.

Veröffentlichungen

1893 Mitbegründer der Zeitschrift „Blätter für Soziale Praxis“; Mitbegründer der Zeitschrift „Metallstatistik“.

Literatur

DBJ 1925; Frankfurter Bio.; NDB; Achinger, Wilhelm Merton in seiner Zeit, 1965.

Bild

Frankfurter Bio. Bd. 2, S. 43.

Meyer, Franz Ferdinand Karl *Andreas*
Ingenieur

* 6.12.1837 in Hamburg, † 17.3.1901 in Bad Wildungen; ev.; V Ferdinand Wilhelm M. (1800-62), Kaufmann; M Bertha geb. Pralle (1809-66); ∞ 1868 Antonie Mathilde geb. Göbler (1848-1920); K 3 S, 5 T.

1846-53 Gymnasium in Hamburg; 1854-58 Polytechnikum in Hannover; 1859-60 Ingenieur der Staatseisenbahn von Hannover; 1860- Ingenieur in Bremerhaven; 1862 Ingenieur der Schiffahrts- und Hafendeputation, 1868 Bezirksingenieur der Baudeputation, 1872-1901 Oberingenieur in Hamburg.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender des Architekten- und Ingenieurvereins in Hamburg; Vorsitzender des Vereins für Kunst und Wissenschaft ebd.; Vorsitzender des Landesvereins vom Roten Kreuz ebd.

Sozialpolitische Aktivitäten

1888/89 Vorsitzender im DV* für öffentliche Gesundheitspflege, Ausschussmitglied 1877/78-78/79, 1884/85-93/94, 1896/97-97/98, 1897 ao. Mitglied im Kaiserl. Gesundheitsamt; 1901 Mitglied im Reichsgesundheitsrat; plante und gestaltete die Speicherstadt in Hamburg; plante seit 1880 eine Wasserfilteranlage in Hamburg, die aber erst nach der letzten Cholera-Epidemie in Hamburg (1892) realisiert wurde; oberster Stadtplaner während des rasanten Anstiegs der Bevölkerung in Hamburg (1868: 270 000 Einwohner, 1900: 750 000 Einwohner).

Die praktischen Erfolge von Meyer lagen in seinen Planungen für Hamburg: Die baulichen Einrichtungen des Hafens, die Zollanschluss wie Freihandel Rechnung trugen, die Planung und – allerdings verspätete – Einrichtung (1893) einer Wasserfilteranlage sowie die Planung für die Umgestaltung der Eisenbahnanlagen. 1894-95 plante und errichtete er die erste Abfallverbrennungsanlage in Deutschland.

Veröffentlichungen

„Über Öffentliche Badeanstalten“, R 1879, DVjög XII, 180; „Baumpflanzungen und Gartenanlagen in Städten“, R 1890, DVjög XXIII, 179; Systematische Untersuchungen über die

„Selbstreinigung der Flüsse“, R 1891 DVjög XXIV, 111; „Beseitigung des Kehrichts städtischer Abfälle, besonders durch Verbrennung“, KR 1894, DVjög XXXII, 11; „Mitteilungen über den Stand der Kehrichtverbrennung in Deutschland“ R 1897, DVjög XXX, 9.

Literatur

DBJ 1904; NDB; Beselin, Franz Andreas Meyer, 1974; Nls Staatsarchiv Hamburg.

Bild

Beselin, S. 1.

Meyeren, Gustav *Gottlieb* Karl Wilhelm von
Ministerialbeamter

* 1.3.1864 in Berlin, † 3.1.1939 ebd.; ev.; V Wilhelm von M. (1835-1909); M Theresie Natalie geb. Fritze (1835-1917); ∞ 1902 Sophie Marie Luise geb. von Jeinsen (1879-1923).

Gymnasium in Berlin; -1885 Studium der Rechtswissenschaften in Bonn, Tübingen und Berlin; 1886-87 Referendar bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht Berlin; 1887-90 Regierungsreferendar bei der Regierung in Danzig und dem Magistrat in Elbing; 1891-92 Regierungsassessor Landratsamt Fulda; 1892-93 stellv. Staatskommissar zur Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung am Oberpräsidium in Königsberg; 1894 Hilfsarbeiter im preuß. Handelsministerium; 1898 Landrat in Burgdorf; 1902 Geh. Regierungsrat, 1905 Geh. Oberregierungsrat (Mitglied des Zentralbüros, Gewerbeabteilung) und 1914-29 Ministerialdirektor im preuß. Handelsministerium (Leiter der III. bzw. Gewerbeabteilung); 1914 daneben stellv. Vorsitzender und 1918 Vorsitzender der preuß. Technischen Deputation für Gewerbe.

1919-29 stellv. Bevollmächtigter für Preußen zum Reichsrat.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1912 Delegierter auf der Internationalen Schiffahrtskonferenz in Philadelphia/USA; 1915 Mitglied der ev. preuß. Generalsynode Preußens; Vorsitzender des Jerusalemsvereins.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit Schleife; Preuß. Kronenorden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: KaufmG 1904.
1913-39 Vorsitzender des Zentralverbands deutscher Arbeiterkolonien.

Veröffentlichungen

„Die Regelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien“, 1896; „Das Reichsgesetz betr. Kaufmannsgerichte vom 6. Juli 1904“, 1905; „Wasserleitung und Kanalisation als öffentliche Gemeindeanstalten“, 1933.

Literatur

GStA Rep. 77 tit. 849 Nr. 3 (1889) (Prov. Westpreußen); Angaben der Familie; ProtPrStM 10, 11/II, 12/II.

Möller, *Theodor* Adolf von Dr. ing. h. c.
Preuß. Staatsminister

* 10.8.1840 in Kupferhammer/Bielefeld,
† 6.12.1925 in Brackwede; ev.; V Friedrich Wilhelm M. (1805-78), Fabrikant; M Friedericke geb. Woermann (1808-48); ∞ 1872 Eleonore geb. Tiemann (1853-1935); K 4 S, 2 T.

Gymnasium in Bielefeld; 1856-57 Handelsschule in Osnabrück; 1857-60 kaufmännische Ausbildung bei Karl Woermann in Hamburg; 1860-63 Studienaufenthalt in England; 1864- Maschinenfabrikbesitzer in Bielefeld; 1881 Mitbegründer und Aufsichtsratsvorsitzender der Aktiengesellschaft für Kohledestillation in Essen; 1901-05 Preuß. Handelsminister.

Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Commerz- und Discontobank; Aufsichtsratsmitglied der Ravensberger Spinnerei; Aufsichtsratsmitglied der Westfälischen Bank.

liberaler Politiker

NL

1898-1901 Vorstandsmitglied der Reichstagsfraktion der NL;
RT 1890-95 WK 6 Dortmund (NL); 1898-1901 WK 6 Düsseldorf (NL);

LT Pr. AbgeH 1894-98 WK 2 Minden (NL); 1899-1901 WK 5 Düsseldorf (NL); Herrenhaus 1914-18.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1895 Mitglied Zentralverband Deutscher Industrieller; 1871 Mitglied und 1882 Vorstandsmitglied im Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen; Mitbegründer des Vereins für Eisengießereien und Maschinenfabriken in Dortmund; Mitbegründer der Handelskammer Bielefeld; 1891 Mitglied im Bezirkseisenbahnrat für Köln.

Auszeichnungen

1905 nobilitiert; 1900 Geh. Kommerzienrat; Exzellenz; Dr. h. c. Pennsylvania; Dr. h. c. Pittsburg; Preuß. Roter Adlerorden 1. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse; Schaumburg-Lipp. Ehrenkreuz 1. Klasse; Russ. Weißer Adlerorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1891; Krank-VersGNov 1892; Mitglied im VfSP; Vorstand ZfVW; 1905- Mitglied im Verwaltungsausschuss der ZfVW; 1897 Mitglied im Wirtschaftsausschuss im Reichsamts des Innern; gründete Spar- und Konsumverein sowie eine freiwillige Krankenkasse für seine Arbeiter; förderte als Preuß. Handelsminister die Initiativen von Theodor Lohmann zur Verbesserung der Bergarbeiterverhältnisse, u. a. die Berggesetznovelle von 1905, die Arbeiterausschüsse im Bergbau obligatorisch machte und die finanzielle Ordnung des Knappschaftswesens regelte.

Literatur

NDB; HbRT 1898; Borchard; Haunfelder Lib. Abg.; Walther (Hrsg.), Aus dem Leben von Theodor Adolf von Moeller, 1958; Q II. 2, III. 3, IV. 1, 2.

Bild

Biefang, S. 131.

Molkenbuhr, Hermann

Zigarrenmacher, Parteisekretär

* 11.9.1851 in Wedel/Krs. Pinneberg;
 † 22.12.1927 in Berlin; ev./diss.; V Hinrich
 M. (1814-70), Schneidermeister; M Anna
 Margaretha geb. Biesterfeld (1815-85);
 ∞ 1) Friederike Charlotte Dorothea geb.
 Köster (1852-1918), 1886 geschieden,
 2) 1909 Sabine Plumm geb. Nicola (1865-
 1943); K 3 S aus 1).

1857-62 Volksschule in Wedel; 1862-64
 Arbeiterabendschule in Ottensen; 1862-64
 Arbeiter in einer Zichorienfabrik; 1864-90
 Zigarrenarbeiter; 1875 Gründungsmitglied
 des „Hamburg-Altonaer Volksblattes“;
 1881-84 Ausweisung aus Hamburg, Auf-
 enthalt in den Vereinigten Staaten als Zi-
 garrenmacher, dort Mitglied der Socialistic
 Labor Party; 1890-1904 Redakteur des
 „Hamburger Echo“; 1904-27 Parteisekretär
 im Zentralen SPD-Parteivorstand in Berlin.

sozialdemokratischer Politiker
 ADAV, SDAP, SAPD, SPD
 1872-75 Mitglied im ADAV in Ottensen;
 1874 Bevollmächtigter ebd.; 1875 Dele-
 gierter auf dem Gothaer Einigungs-Kong-
 gress; 1894-1927 Vorstandsmitglied der
 SPD; 1921 Vorsitzender der Programm-
 kommission des Görlitzer Programms;
 1925 Mitglied der Programmkommission
 des Heidelberger Programms;
 RT 1890-93 WK 6 Schleswig-Holstein
 (SPD); 1893-98 WK 1 Hamburg (SPD);
 1898-1907 WK 2 Düsseldorf (SPD); 1907-
 18 WK 17 Sachsen (SPD); 1919-20
 WK 30 Sachsen (SPD); 1920-24 WK 33
 Chemnitz-Zwickau (SPD);
 K 1912-18 Mitglied des Provinziallandtags
 von Brandenburg; 1907-15 Stadtverordneter
 in Berlin-Schönfeld; 1915-19 Stadtrat ebd.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1891; Krank-
 VersGNov 1892; BerufsVerGE 1890/92;
 UnfVersG 1900; RVO 1911; KfAST/
 BfAST 1894-1906; 1913-18; 1889 Dele-
 gierter des internationalen Sozialistenkon-
 gresses in Paris (Beschluss über den
 Kampf für eine internationale Arbeiter-
 schutzgesetzgebung mit dem Achtstun-
 dentag als Kernstück); war der Fachmann
 seiner Fraktion für Sozialpolitik.

Veröffentlichungen

„Der Hamburger Streik“, 1897; „Zum Kampfe
 gegen die Reichsversicherungs-Ordnung“, 1911.

Literatur

HbRT 1912; Schröder; Braun, Hermann Mol-
 kenbuhr (1851-1927), 1999; ders./Eichler
 (Hrsg.), Arbeiterführer, Parlamentarier, Partei-
 veteran. Die Tagebücher des Sozialdemokraten
 Hermann Molkenbuhr 1905 bis 1927, 2000;
 ders. (Hrsg.), Ich wollte nach oben! Die Erinne-
 rungen von Hermann Molkenbuhr 1851 bis
 1880, 2006; Q III. 3; NLS Archiv der sozialen
 Demokratie FES, Bonn.

Bild

Biefang, S. 136.

Moufang, Franz Christoph Ignaz

Dr. theol. h. c.

Priester

* 12.2.1817 in Mainz, † 27.2.1890 ebd.;
 kath.; V Wilhelm Karl M. (1779-1845),
 Geschäftsmann; M Katharina Wilhelmine
 geb. Lennig (1789-1860).

Gymnasium in Mainz; 1834-38 Studium
 der Medizin und danach der Theologie in
 Bonn, München, Gießen und am Bischöf-
 lichen Seminar in Mainz; 1839 Priesterwei-
 he; 1839-43 Kaplan in Seligenstadt/Mainz;
 1844 Pfarrverwalter in Bensheim; 1845-51
 Pfarrverwalter/Pfarrer in Mainz; 1845-51
 zugleich Gymnasiallehrer in Mainz; 1849-
 51 redaktionelle Tätigkeit; 1850-90 Mithera-
 usgeber und Redakteur der Zeitschrift „Ka-
 tholik“; 1851-77 Regens des Bischöflichen
 Priesterseminars in Mainz und Professor für
 Moral- und Pastoraltheologie; 1854 Dom-
 kapitular in Mainz; 1868-69 beteiligt an der
 Vorbereitung des I. Vatikanischen Konzils;
 1877-86 Kapitularvikar und Bistumsverwe-
 ser; 1884-90 Regens in Mainz; 1886 päpst-
 licher Hausprälat.

Zentrumspolitiker

Z

Gründungsmitglied der Zentrumsfraktion
 des Reichstags;
 RT 1871-74 WK 5 Koblenz (Z); 1874-77
 WK 9 Hessen (Z); 1878-81 WK 9 Hessen
 (Z); 1881-90 WK 6 Köln (Z);

LT Hessen Erste Kammer der Landstände 1863-77 (Vertreter von Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1850-85 Katholikentage.

Auszeichnungen

1864 Dr. theol. h. c., Würzburg.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: HilfskG 1876; PensKassGE 1879; UnfVersG 1884; KrankVersG 1883; GewONov 1884 Vors.; HilfskGNov 1884; UnfKrankVersAusdG 1885 Vors.; GewONov 1885/86 Vors.; Mitarbeiter des Bischofs Ketteler, 1882 Mitglied der Haider Konferenz, die sozialkonservative Thesen herausgab; Vorstandsmitglied des Vereins Arbeiterwohl.

Veröffentlichungen

„Die Handwerkerfrage“, 1864; „Aktenstücke betreffend die Jesuiten in Deutschland“, 1872; „Die sociale Frage und der Verein der deutschen Katholiken. Gedanken, ausgesprochen auf der 2. General-Versammlung“, 1874; „Die Mittel zur Besserung der socialen Lage der Arbeiter, 1871.

Literatur

Hirth 1887; Haunfelder Zentrum; Hessische Biographien Bd. 1, 1918; Götz; Götten, Der Mainzer Domkapitular Christoph Moufang 1817-1890, 1967; Nls Dom- und Diözesanarchiv Mainz; Q I. 4, 5, 6, 7, 8, Q II. 2, 3, 4.

Bild

Haunfelder Zentrum, S. 89.

Müller-Meiningen, *Ernst* Dr. iur.
Oberlandesgerichtsrat

* 11.8.1866 in Mühlhof, Bezirksamt Schwabach, † 1.6.1944 in München; ev.; V Friedrich Justus M. (1830-93), Volksschullehrer; M Pauline geb. Barthel (1837-1917); ∞ 1903 Frida geb. Steinhard (1879-1941); K 2 S, 1 T; Ernst M.-M. jr. (1908-2006), Redakteur der Süddeutschen Zeitung, Gründungsmitglied des Deutschen Presserats.

1877-86 Gymnasium in Nürnberg; 1886-90 Studium der Staatswissenschaften in

München; 1892 Dr. iur. in Erlangen; Verwaltungspraktikant in Nürnberg und Füssen/Lech; 1894-95 Rechtsanwalt in Nürnberg; 1895-96 staatsanwaltlicher Hilfsarbeiter ebd.; 1896 Staatsanwalt in Schweinfurt; 1898 Amtsrichter in Fürth; 1903 Landgerichtsrat in Aschaffenburg; 1911 Oberlandesgerichtsrat in München; 1919-20 Bayer. Justizminister und stellv. Ministerpräsident; 1928 Senatspräsident am Oberlandesgericht München; 1934 Abschied.

liberaler Politiker

FrVp; FoVp; DDP (1918-25); Gründungsmitglied der DDP in Bayern 1918-25 (befürwortete Wahl Hindenburgs zum RP); 1910-18 Vorsitzender der Bayerischen Fortschrittlichen Volkspartei; 1919-25 Mitglied der DDP; 1925-33 Ehrenmitglied der DVP;
RT 1898-1918 WK 1 Sachsen-Meiningen (FrVp/FoVp);
LT Bayern KdA 1905-18 Hof (Stadt), - Bayern 1919-24.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Präsidiumsmitglied des Münchener Goethebundes; 1919-24 Vorsitzender des Notbundes geistiger Arbeiter in Bayern; Vorsitzender der Turnabteilung des TSV 1860 München.

Sozialpolitische Aktivitäten

InvVersG 1899; KaufmG 1904 (Schriftf.); VerG 1908; VerGNov 1916 Ber. – 1910 führte er die drei linksliberalen Parteien zusammen.

Veröffentlichungen

„Hat der Staat das Recht die Standesherrn zur Einkommenssteuer heranzuziehen?“ (Dissertation), 1892; „Das Volk gegen den Sozialismus“, 1892; „Das Reichsgesetz zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs vom 27. Mai 1896, Kommentar“, 1897; „Das deutsche Urheber- und Verlagsrecht“, 2 Bde., 1907; „Vereinsgesetz vom 19. April 1908, nebst den Ausführungsbestimmungen der sämtlichen deutschen Bundesstaaten“, 1908; „Gegenwart und Zukunft des deutschen Liberalismus“, 1909; „Der Weltkrieg und das Völkerrecht“, 1915; „Die Verfassungsreform im Reiche und die bayerische Politik“, 1917; „Die Feldgrauen und wir zu Hause“, 1917; „Aus Bayerns schwersten Tagen“, 1923; „Parlamentarismus, Betrachtungen, Lehren und

Erinnerungen aus deutschen Parlamenten“, 1926; „Bolschewismus – Faschismus oder Freistaat!“, 1931.

Literatur

HbRT 1912; Amtliches Handbuch der Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags 1912; Reimann, Ernst Müller-Meiningen senior und der Linkliberalismus in seiner Zeit, 1968; Haunfelder Lib. Abg.

Bild

HbRT 1912, S. 502.

Münsterberg, Emil Dr. iur. Stadtrat

* 13.7.1855 in Danzig, † 25./26.1.1911 in Berlin; jüd.; V Moritz M. (1825-80), Kaufmann; M Rosalie geb. Bernhardi (-1857); ∞ 1883 Emma von Spangenberg (1857-1920); K Else (1884-1955), Übersetzerin von Jane Addams; ∞ 1913 William Harbutt Dawson, engl. Sozialreformer.

-1874 Gymnasium in Danzig; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Zürich, Leipzig und Göttingen; 1877 Dr. iur. in Berlin; 1877 Gerichtsreferendar in Danzig, Neuenburg (Westpreußen) und Königsberg; 1882 Gerichtsassessor in Danzig, als solcher komm. beschäftigt beim Magistrat der Stadt Danzig und 1883-85 bei der Berliner Armendirektion, Sprachstudien in Italien u. der Schweiz, kameralistische Studien an der Universität Berlin, 1885 Hilfsarbeiter für Armenstatistik des Magistrats in Berlin; 1887-90 Amtsrichter in Menden; 1890-92 Bürgermeister von Iserlohn; 1892-96 Berater bei der Durchführung von Reformen im Hamburger Armenwesen; Konflikt mit der Hamburger Bürgerschaft; 1898-1900 unbesoldeter und 1901-11 besoldeter Stadtrat (Dezernent Armenwesen) in Berlin.

liberaler Politiker

NL.

Auszeichnungen

1900 Mitglied des Preisgerichts für Armenpflege und Wohltätigkeit der Weltausstellung in Paris; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1886-1911 Mitglied im Hauptausschuss des DV, 1892-1911 Vorstandsmitglied sowie Schriftführer und 1911 Vorsitzender; Mitbegründer und Vizepräsident der Internationalen Armenpflegekongresse; 1900 Vertreter Deutschlands auf der Weltausstellung in Paris für den Bereich Armenpflege und Wohltätigkeit; 1904 Fachreferent für Armenpflege auf einem Kongress in St. Louis (USA); 1906 Referent auf dem Internationalen Armenpflegekongress in Mailand; 1907 Festredner der Charity Organisation Society in New York; 1908 einziger ausländischer Sachverständiger der englischen Kommission zur Reform der Armenpflege; 1910 Präsident des Internationalen Armenpflegekongresses in Kopenhagen (mit Loubet); 1893 Mitbegründer der Blätter für das Hamburgische Armenwesen; 1895 Einrichtung der Auskunftsstelle für Wohltätigkeit in Hamburg; 1896 Mitbegründer der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen; Vorstandsmitglied im Armenverein in Berlin; Mitbegründer der Abteilung für Armenpflege und Volkswohlfahrt, später umbenannt in Zentralstelle für Wohltätigkeit in Berlin; maßgeblicher Förderer der Umgestaltung der Armenverwaltung in Iserlohn; arbeitete als Hilfsarbeiter der Armenverwaltung in Berlin die städtische Armenstatistik aus; wirkte an der Umgestaltung des Hygiene- und Armenwesens nach der großen Cholera-Epidemie 1892 in Hamburg mit (Einführung des Elberfelder Systems ehrenamtlicher Fürsorge); reformierte maßgeblich das Berliner Armenwesen; (Dezentralisierung, Förderung der Privatwohltätigkeit, Mitwirkung bei der Ausbildung von Frauen zur Armenpfliegerfähigkeit; 1902: „Anweisung, betreffend die Verwaltung der offenen Armenpflege“); bedeutendster Theoretiker und Praktiker zur Armutsthematik im Kaiserreich.

Veröffentlichungen

„Bericht über den Stand der Individual-Armenstatistik mit Beziehung auf die seitens des Reichs veranlaßte Erhebung für das Kalenderjahr 1885“, Schriften des DV H. 6, 1885; „Deutsche Armengesetzgebung und das Material zu ihrer Reform“, 1887 (erweiterte Dissertation von 1877); „Der Entwurf eines Bürger-

lichen Gesetzbuches in Bezug auf Armenpflege und Wohlthätigkeit“ (mit Beckmann, Flesch, Ludwig-Wolf), Schriften des DV H. 8, 1889; „Das Landarmenwesen“, Schriften des DV H. 10, 1890; „Die Verbindung der öffentlichen und der privaten Armenpflege“ (mit Rothfels), Schriften des DV H. 14, 1891; „Notstandspflege“, 1893; „Kommunale Sozialpolitik“, 1895; „Die Fürsorge für Obdachlose in den Städten“ (mit v. Massow), Schriften des DV H. 22, 1895; „Die Gründe meines Ausscheidens aus dem Hamburgischen Staatsdienst“, 1896; „Zentralstelle für Armenpflege und Wohlthätigkeit“, 1897; „Die Armenpflege. Einführung in die praktische Pflgeethätigkeit“, 1897; „Die Fürsorge für Wöchnerinnen und deren Angehörige“ (mit Wilhelm), Schriften des DV H. 30, 1897; „Das ausländische Armenwesen. Übersicht über die neueren Bestrebungen auf dem Gebiet der Armenpflege in den für uns wichtigsten Staaten des Auslandes“, Schriften des DV H. 35, 1898; „Zwangsmassregeln gegen nährpflichtige Angehörige“ (mit Hirschberg, Jakstein), Schriften des DV H. 36, 1898; „Ausländische Armenpflege“, 1898; „Erstattung von Unterstützungen durch die Unterstützten selbst und durch ihre Angehörigen“ (mit Ludwig-Wolf), Schriften des DV H. 41, 1899; „Bibliographie des Armenwesens“, 1900, mit zwei Nachträgen 1902 u. 1906; „Das ausländische Armenwesen. Übersicht über die neueren Bestrebungen auf dem Gebiet der Armenpflege in den wichtigsten Staaten des Auslandes. Neue Folge“, Schriften des DV H. 52, 1901; „Das Elberfelder System“, Schriften des DV H. 63, 1903; „Generalbericht über die Tätigkeit des deutschen Vereins für Armenpflege u. Wohlthätigkeit während der ersten 25 Jahre seines Bestehens 1880-1905, nebst Verzeichnissen der Vereinsschriften und alphabetischem Register zu den Vereinsschriften“, Schriften des DV H. 72, 1905; „Amerikanisches Armenwesen“, Schriften des DV H. 77, 1906. – Regelmäßige Berichte über die Jahresversammlungen des DV im Jahrbuch für Gesetzgebung usw. („Schmolers Jahrbuch“ 1888-1911

Literatur

Maier; NDB; Sachße/Tennstedt; Müller, Die theoretischen und allgemeinen Fürsorgelehren Emil Münsterbergs, 1933; Grietenbruch, Emil Münsterberg – Bürgermeister in Iserlohn, Hohenlimburger Heimatblätter für den Raum Hagen und Iserlohn, 1980, S. 388-390; Tennstedt, Stadtrat Dr. Emil Münsterberg. Soziale Arbeit 1984, S. 258-265.

Bild

Sachße/Tennstedt, S. 294.

Mugdan, Otto Dr. med.

Arzt

* 11.1.1862 in Breslau; † 15.9.1925 in Berlin; jüd., ab 1893 ev.; V Joachim M. (1822-1900), Textilkaufmann; M Nanny geb. Heymann (1828-92); ∞ Philippine geb. Rosental (1865-1942).

1872-79 Gymnasium in Breslau; 1879-82 Studium der Medizin in Breslau und 1882-85 Erlangen; 1884 Dr. med.; 1885-1925 Praktischer Arzt und Kinderarzt in Berlin; nach 1920 Dozent an der Sozialhygienischen Akademie in Charlottenburg.

liberaler Politiker

FrVp, FoVp, DDP, DVP
1903-10 FrVp; 1910-18 FoVp; 1918-20 DDP; 1920-25 DVP;
RT 1903-12 WK 9 Liegnitz (FrVp);
LT Pr. AbgeH 1912-18 WK Berlin 1 (FoVP); 1914-18 Schriftführer ebd.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1901-21 Mitglied des Aufsichtsrats des Verbands der Ärzte Deutschlands („Hartmannbund“); Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des Deutschen Ärztevereinsbundes; 1900 Vorstandsmitglied der Ärztekammer für den Stadtkreis Berlin und die Provinz Brandenburg; Mitbegründer des Berliner Ärztevereins zur Einführung freier Arztwahl.

Auszeichnungen

1912 Sanitätsrat und 1918 Geh. Sanitätsrat in Berlin; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.; RVO 1911 Ber. Unfallversicherung; 1909-18 Ausschussmitglied der GfSR;

1913 Teilnehmer der Verhandlungen zum Berliner Abkommen über die Stellung der Ärzte in der Krankenversicherung.

Veröffentlichungen

„Das Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juli 1883 in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892 und mit der Krankenversicherung zusammenhängenden Bestimmungen anderer Reichsgesetze nebst einem Anhang enthaltenden Ent-

wurf eines Kassenstatuts“, 1900; „Kommentar für Aerzte zum Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz nebst dem Gesetz, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900“, 1902; „Die Reichsversicherungsordnung“, 1911.

Literatur

NDB; HbRT 1907; Hillger 1907; Wer ist's?; DBI; Hamburger; Haunfelder Lib. Abg.; Q IV. 3.

Bild

Hillger 1907, S. 119.

Nacken, Heinrich *Joseph* Hubert
Kaufmann, Bürgermeister

* 8.10.1860 in Aachen, † 25.5.1922 in Eschweiler/Krs. Aachen; kath.; V Joseph N. (1814-85), Kaufmann; M Maria Laura geb. Bosson (-1900); ∞ 1896 Therese geb. Nacken (1869-1933); K 2 S, 3 T.

Gymnasium in Aachen; 1882-85 Studium der Rechtswissenschaften in Bonn, Innsbruck und München; 1884/85 Einjährig-Freiwilliger; 1885-88 Gerichtsreferendar in Eschweiler und Aachen; 1889- Geschäftsführer des Familienbetriebs in Eschweiler, zugleich Beigeordneter von Eschweiler, ab 1910 stellv. Bürgermeister.

Corps Bavaria München.

Zentrumspolitiker

Z

1906- Mitglied des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei; 1912-22 Vorsitzender der Zentrumspartei im Kreis Aachen;

RT 1903-18 WK 2 Aachen (Z); 1919-20 WK 20 Köln-Aachen (Z); 1920-22 WK 23 Köln-Aachen (Z);

K Kreistag Aachen; Stadtverordneter in Eschweiler.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

stellv. Mitglied des Landesausschusses der preußischen Handelskammern; Vorstandsmitglied des Feuerwehrverbands Rheinland; stellv. Vorsitzender der Handelskammer Stolberg für die Kreise Aachen-Land, Düren und Jülich.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: KaufmG 1904; RVO 1911 Ber.; Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung.

Literatur

HbRT 1912; Hillger 1912; Haunfelder Zentrum; Handbuch der verfassungsgebenden Nationalversammlung 1919; Horkenbach.

Bild

HbRT 1912; Hillger 1912, S. 232.

Nasse, *Erwin* Dr. phil.
Universitätsprofessor

* 2.12.1829 in Bonn, † 4.1.1890 ebd.; ev.; V Christian N. (1778-1851), Arzt, Universitätsprofessor; M Henriette geb. Weber (1788-1878); ∞ 1858 Hermina Clara geb. van Hogendorp (1836-1912); K 6 S, 2 T, u. a. Dietrich (1860-98), Chirurg.

1846-51 Studium der Staatswissenschaften und Philologie in Bonn, Göttingen und Berlin; 1851 Dr. phil. in Bonn; 1854 Habilitation in Bonn; 1856 o. Prof. für Staatswissenschaften in Basel und 1856-60 in Rostock; 1860-90 o. Prof. für Staatswissenschaften in Bonn.

konservativer Politiker

LT Pr. AbgeH 1869-79 WK 4 Koblenz (FK), Mitglied der Budgetkommission; 1889-90 Mitglied des Herrenhauses; K Stadtrat in Bonn.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Korrespondierendes Mitglied des Institut de France.

Auszeichnungen

Geh. Regierungsrat; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit Schleife.

Sozialpolitische Aktivitäten

1873 Mitbegründer und 1874-90 Vorsitzender des VfSP; Ausschussmitglied 1872, 1873, 1874/75, 1879, 1882.

Veröffentlichungen

„Bemerkungen über das preußische Steuersystem“, 1861; „Die preußische Bank und die Ausdehnung ihres Geschäftskreises in Deutschland“, 1866; „Armenpflege und Selbsthilfe“, 1868; „Über Personalbesteuerung“, Schriften des VfSP Bd. 3, 1873; „Münzreform“, Schriften des VfSP Bd. 11, 1875; „Die Kommunalsteuerfrage“, Schriften des VfSP Bd. 12, 1877; „Die Universitätsstudien der preußischen Verwaltungsbeamten und die Gesetze vom 9. Mai 1869 und 11. März 1879“, in: „Die Vorbildung zum höheren Verwaltungsdienst in den deutschen Staaten“, Schriften des VfSP Bd. 34, 1887.

Literatur

NDB; HdStW; Boese.

Bild

Boese, S. 32 f.

Neumann, Friedrich Julius von
Dr. iur., Dr. iur. h. c. et oec. publ. h. c.
Nationalökonom

* 12.10.1835 in Königsberg i. Pr.,
† 17.9.1910 in Freiburg/Br.; ev.; V Franz
Ernst N. (1798-1895), Universitätsprofessor
(Physik); M Florentine geb. Hagen
(1800-38); ∞ 1868 Florentine geb. Tamnau
(1846-1927).

Altstädtisches Gymnasium in Königsberg;
1854-58 Studium der Rechts- und Staats-
wissenschaften in Königsberg und Leipzig;
1858 preuß. Staatsdienst; 1864 Dr. iur. und
Regierungsassessor in Königsberg; 1865
Habilitation in Königsberg; 1865-71 Pri-
vatdozent in Königsberg; 1871-73 o. Prof.
für Staatswissenschaften und Statistik in
Basel; 1873-76 o. Prof. für Kameralistik in
Freiburg/Br.; 1876-1908 o. Prof. für Nati-
onalökonomie und Volkswirtschaftslehre
in Tübingen.

Mitglied der Deutschen Partei.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1896 ao. Mitglied des Statistischen Lan-
desamtes für Württemberg; 1899-1907/08
Mitglied der Bibliothekskommission der
Universität Tübingen.

Auszeichnungen

1896 nobilitiert; 1877 Dr. oec. publ. h. c.;
1905 Dr. iur. h. c. in Tübingen; Ehrenkreuz
vom Orden der Württemb. Krone; 1906
Kommentur 2. Klasse vom Württemb.
Friedrichsorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied
1874/75, 1875/76, 1879, 1882, 1890, 1895,
1897, 1901, 1907, 1910; N. forderte die
Gewinnbeteiligung der Arbeiter und ent-
wickelte Methoden zur Erhebung sozialer
Daten. Bevölkerungsstatistik sah er als
Grundlage der Sozialpolitik an, propagierte
progressive Einkommensteuer u. Vermö-
genssteuer.

Veröffentlichungen

„Gestaltung der mittleren Lebensdauer in Preu-
ßen, seit 1816“, 1864 (Diss.); „Die Durch-
führung und Reform der deutschen Fabrik-
gesetzgebung“, Schriften des VfSP Bd. 2, 1873;
„Von der Gewinnbeteiligung der Arbeiter“,
Schriften des VfSP Bd. 6, 1874; „Die pro-
gressive Einkommenssteuer im Staats- und Ge-
meindehaushalt“, Schriften des VfSP Bd. 8,
1874; „Zur Reform der deutschen Fabrikgesetz-
gebung“, 1874; „Die progressive Einkommens-
steuer“, 1874; „Die Steuer“, Bd. 1, 1887;
„Grundlagen der Volkswirtschaftslehre“ Bd. 1,
1889; „Handbuch der politischen Ökonomie“
(Mitarbeiter), 1889; „Naturgesetz und Wirt-
schaftsgesetz“, 1892; „Die Gemeindesteu-
erreform, in bes. Bezug auf sächsische Verhält-
nisse“, 1895; „Die persönlichen Steuern vom Ein-
kommen, verbunden mit Ertrags- oder Vermö-
genssteuern“, 1896; „Steuerreformfrage“, 1896;
„Die Gestaltung des Preises“, 1896; „Der Perso-
nalkredit des ländlichen Kleingrundbesit-
zers in Schleswig-Holstein“, Schriften des
VfSP Bd. 70, 1897; „Vermögenssteuern und
Wertzuwachssteuern als Ergänzung der Einkom-
menssteuer, insbesondere in Württemberg“,
1910.

Literatur

NDB; HdStW; Marcon/Strecker.

Bild

Marcon/Strecker, S. 291.

Neumann, Wilhelm Carl Louis
Ministerialbeamter

* 18.3.1862 in Hannover, † 7.7.1919 in Berlin; ev.-luth.; V Gottlob N. (1815-73), Bankdirektor; M Auguste geb. Riepe (1829-1906).

1881-84 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin u. Straßburg; 1884 Gerichtsreferendar in Celle, Hannover u. Münden a. Deister; 1886 Regierungsreferendar in Merseburg u. Halle (Saale); 1890 Regierungsassessor in Merseburg und Bromberg, ab 1894 beurlaubt für preuß. Handelsministerium; dort 1894-99 Hilfsarbeiter, 1900 Regierungsrat und 1901-03 Geh. Regierungsrat, 1904-13 Geh. Oberregierungsrat und 1914-18 Wirkl. Geh. Oberregierungsrat (Gewerbeabteilung) im preuß. Handelsministerium.

Corps Rhenania Straßburg.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: KindSchG 1903; GewONov 1908; AkGE 1908; HausarbG 1911.

Als Dezernent für Sozialpolitik der III. Abt. des preuß. Handelsministeriums bestimmte er wesentlich die sozialpolitischen Initiativen Preußens in der Ära Bethmann Hollweg.

Literatur

Stadtarchiv Hannover; GStA I HA Rep. 77 tit. 849 Nr. 11 (1892); und Rep. 77 Nr. 1893; Q III. 3, IV.

Nieberding, Rudolf *Arnold*

Dr. iur. et rer. pol. h. c.
Staatssekretär (Reich)

* 4.5.1838 in Konitz/Westpreußen, † 10.10.1912 in Berlin; kath.; V Karl N. (1805-92), Schuldirektor; M geb. Hoppe.

-1856 Gymnasium in Recklinghausen;
1856- Studium der Rechts- und Staatswis-

senschaften in Breslau, Heidelberg und Berlin; 1863 Regierungsassessor in Breslau; 1866 Hilfsarbeiter im preuß. Handelsministerium; 1872 Hilfsarbeiter, 1873 Regierungsrat, 1875 Geh. Regierungsrat und 1878 Geh. Oberregierungsrat im Reichskanzleramt; 1879-92 im Reichsamt des Innern (ab 1881 Referent [1885-89 für Bergwesen] I. Abt., 1889-92 Direktor der II. Abteilung, 1889 Direktor der Normal-Eichungskommission); 1893-1909 Staatssekretär des Reichsjustizamts.

1893-1909 zugleich preuß. Bundesratsbevollmächtigter.

Auszeichnungen

1893 Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; 1896 Dr. iur. h. c. in Breslau; 1908 Dr. rer. pol. h. c. in Tübingen; Preuß. Roter Adlerorden Großkreuz mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: GewGerGE 1874; HilfskG 1876; GewONov 1878; PensKassGE 1879.

Als Gewerbereferent im Reichskanzleramt hatte er maßgeblichen Anteil an den (liberalen) Arbeitergesetzen der siebziger Jahre (u. a. Hilfskassengesetz, Gewerbeordnungsnovellen), zeitweise war er „Gegenpart“ zu T. Lohmann; im Reichsjustizamt besonders verdient um die Redaktion und Verabschiedung des BGB und die Reform der Strafprozessordnung; Konflikt mit Wilhelm II., der N.s liberale Grundeinstellung beklagte.

Veröffentlichungen

„Wasserrecht und Wasserpolizei im preußischen Staate“, 1866; „Reichs-Gewerbe-Ordnung mit den für das Reich erlassenen Ausführungsbestimmungen“, 1889 (Pseudonym: Th. Ph. Berger); „Zur Einführung des BGB in den Reichstag“, 1896.

Literatur

NDB; Schubert; Deutsche Justizminister 1877-1977, 1977; Q I. 2, 3, 4, 5, 6, IV. 3; ProtPrStM 6/II, 7, 8/II, 9.

Bild

Deutsche Justizminister, S. 48.

Nieser, Friedrich (*Fritz*) Franz Joseph
Dr. iur., Dr. rer. pol. h. c.
Ministerialbeamter

* 22.10.1861 in Mannheim, † 8.6.1945 in
Tübingen; ev.; V Ludwig N., Privatge-
lehrter; M Julie geb. Haas; ∞ 1891 Anna
geb. Haas.

1871-81 Gymnasium in Mannheim; 1881-
85 Studium der Rechtswissenschaften in
Heidelberg und Berlin; 1886 Dr. iur. in
Heidelberg; 1886 Referendar und 1889
Assessor im bad. Staatsdienst; 1890 Amt-
mann in Baden-Baden; 1893 Amtmann am
Bezirksamt in Karlsruhe; 1895 Oberamt-
mann und Amtsvorstand in Schopfheim;
1898 Hilfsarbeiter im bad. Ministerium des
Innern in Karlsruhe; 1900 Ministerialrat
und Vortragender Rat 1906 Geh. Oberre-
gierungsrat und 1909 Ministerialdirektor
ebd.; 1907 Kollegialmitglied im bad. Mi-
nisterium des Innern; 1907 im Nebenamt
ständiges Mitglied des Kaiserl. Auf-
sichtsamts für Privatversicherung; 1922
stellv. Mitglied am Reichsdisziplinarhof in
Leipzig; 1925 Ruhestand;
danach Aufsichtsratsmitglied der Rhein-
ischen Hypothekenbank; daneben 1906-15
stellv. bad. Bevollmächtigter zum Bundes-
rat in Berlin; 1915-19 bad. Bevollmäch-
tigter zum Bundesrat in Berlin, Gesandter
und bevollmächtigter Minister am preuß.
und sächs. Hof; 1919-25 bad. Bevoll-
mächtigter zum Reichsrat, gleichzeitig Ge-
sandter bei der preußischen und sächsi-
schen Regierung; danach Aufsichtsrats-
mitglied der Rhein. Hypothekenbank.

Auszeichnungen

1917 Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzel-
lenz; 1924 Dr. rer. pol. h. c. Heidelberg;
Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse; Preuß.
Kronenorden 2. Klasse; Ritter vom Orden
der Württemb. Krone mit dem Löwen; Rit-
ter 1. Klasse vom Bad. Orden vom Zährin-
ger Löwen; Ritter 2. Klasse vom Herzogl.
Sachsen-Ernestinischen Hausorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: VerG 1908; GewO-
Nov 1908; AkGE 1908; HausarBG 1911;
RVO 1911; VfA 1911; VerGNov 1916.

Literatur

Bad. Bio. N. F. Bd. 3; Lilla; Reichshandbuch;
Angerbauer; Wenzel; NIs GLA Karlsruhe.

Bild

Reichshandbuch, S. 1330.

Noetel, *Heinrich* Friedrich Ernst
Verwaltungsbeamter

* 30.7.1861 in Pleschen, † 20.1.1946 in
Dresden; ev.; V Konrad N. (1830-1902),
Reichsgerichtsrat; M Hedwig geb. Wendt
(1834-1912); ∞ 1890 Marie geb. Ulrichs
(1859-1947) K 2 S, u. a. Konrad (1903-
47), Komponist, 4 T, u. a. Hedwig, Sozial-
fürsorgerin.

Gymnasium in Aurich; 1880-83 Studium
der Rechts- und Staatswissenschaften in
Tübingen, München und Berlin; 1883-88
Gerichtsreferendar in Aurich, Halle (Saale)
und Naumburg; 1888 Gerichtsassessor in
Bromberg und Posen; 1890 Landesrat und
1893-1919 stellv. Landeshauptmann bei
der Provinzialverwaltung in Posen; 1921-
26 Direktor des Oberversicherungsamts
und des Militärversorgungsgerichts in
Dortmund.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1927-33 Mitglied der rheinischen Provin-
zialsynode; Mitglied der Generalsynode;
-1933 zugleich Mitglied im Rechtsaus-
schuss der Ev. Kirche in Preußen.

Äuszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit
Schleife; Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1893-1919 Vorsitzender des ständigen
Ausschusses des Deutschen Verbands der
landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaf-
ten; stellv. Vorsitzender der landwirt-
schaftlichen Berufsgenossenschaft Posen;
erwarb sich erhebliche Verdienste um die
Verbandsbildung und die Entwicklung der
Unfallverhütung bei der landwirtschaft-
lichen Unfallversicherung.

Veröffentlichungen

„Handbuch für die Verwaltung des Provinzialverbands Posen“, 1902; „Landwirtschaftliche Unfallversicherung“, 1913; „Ausführungsbestimmungen zur landwirtschaftlichen Unfallverhütung“, 1913; „Die Kirchenordnung für die ev. Gemeinden der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz vom 6. XI. 1923“, 1928.

Literatur

NDB; Tennstedt, Heinrich Noetel und die Anfänge der Unfallverhütung in der deutschen Landwirtschaft; Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft 1976, S. 103-116.

Bild

Soziale Sicherheit, S. 103.

Oechelhäuser, Justus *Wilhelm* von

Dr. phil. h. c.

Generaldirektor

* 26.8.1820 in Siegen, † 25.9.1902 in Niederwalluf/Rheingaukreis; ev.; V Johannes Wolf O. (1787-1869), Papierfabrikbesitzer (Erfinder der Strohpapiermaschine); M Marianne Charlotte geb. Schenk (1797-1831); ∞ 1849 Emma geb. Reinbach (1823-76); K Wilhelm (1850-1923), Generaldirektor der Dt. Continental Gesellschaft; (zusammen mit Hugo Junkers) Erfinder des Groß-Gasmotors, Adolf (1852-1923), Prof. an der TH in Karlsruhe.

Volksschule; 1828 Lateinschule in Siegen; 1835 Lehrling in der Papierfabrik des Vaters; 1843-44 Einjährig Freiwilliger und Besuch von Vorlesungen zu Physik, Chemie und Psychologie in Königsberg, Privatunterricht in Mathematik; 1844-45 im Auftrag des preuß. Finanzministeriums Reisen nach England und Frankreich zum Studium der lokalen Papierindustrie; 1846-48 Papier- und Maschinenproduktion; 1848 Redakteur in Frankfurt/M.; 1848-49 Sekretär des Reichsministeriums für Handel und Marine der provis. Zentralgewalt in Frankfurt/M.; 1849-50 Assessor des Reichshandelsministeriums und der Zentralbundeskommission ebd.; 1849 im Auftrag des Reichshandelsministeriums auf den Gewerbeausstellungen in Paris und Gent; 1850 inoffizieller diplomatischer Vertreter

Preußens in der Schweiz und offizieller Vertreter der Zentralbundeskommission; 1851 Mitglied der Zollvereinskommission auf der Weltausstellung in London; 1851-56 Geschäftsführer des Zollvereinsländischen Eisenhütten- und Bergwerksvereins in Berlin; 1852-56 Bürgermeister von Mülheim a. d. Ruhr; 1856-66 Direktor, ab 1866-90 Generaldirektor und ab 1890 Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Continental-Gasgesellschaft in Dessau; 1889 Mitgründer einer Versuchsanstalt für Gaskraftmaschinen.

liberaler Politiker

NL

RT 1878-93 WK 2 Anhalt (NL);

LT Pr. AbgeH 1852-53.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Gründer und Vorstandsmitglied der Deutschen Shakespeare Gesellschaft; Gründer des Vereins der Anhaltischen Arbeitgeber; Mitglied des Kolonialrats; Mitbegründer der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft.

Auszeichnungen

1883 nobiliert ohne Führung des Adelstitels; 1874 Geh. Kommerzienrat; 1893 phil. h. c. Erlangen; Ehrenbürger der Stadt Dessau; Preuß. Kronenorden 4. Klasse mit rotem Kreuz auf weißem Felde am Erinnerungsband; Ritter 1. Klasse mit Krone vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Ritter 1. Klasse vom Großherzogl. Sächs. Hausorden der Wachsamkeit oder vom weißen Falken; Komtur 2. Klasse vom Herzogl. Sächs. Ernestinischen Hausorden; Kommandeur 2. Klasse vom Anhalt. Hausorden Albrecht des Bären; Russ. St. Annen-Orden 2. Klasse; Russ. St. Stanislaus-Orden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: HilfskGNov 1884; InvAlt-VersG 1889; O. sah als wichtigstes Produkt seiner parlamentarischen Arbeit das GmbH-Gesetz von 1892 an, das er seit 1884 gefordert hatte; er führte in Mülheim das sog. Elberfelder System ein, 1874 in der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft ein Sozialstatut für Arbeit (Krankheit, Unfall und Invalidität) und 1880 eine Pensions-

kasse für die Angestellten (Beamten), Mitglied im Vorstand u. Verwaltungsausschuss ZfVW; er förderte als Reichstagsabgeordneter wie als Schriftsteller die staatliche Sozialpolitik, einschließlich des Arbeiterschutzes, forderte Arbeiterausschüsse und Koalitionsfreiheit.

Veröffentlichungen

„Die wirtschaftliche Krisis“, 1876; „Die Nachteile des Aktienwesens und die Reform der Aktiengesetzgebung“, 1878; „Die Tarifreform von 1879“, 1880; „Die Arbeiterfrage“, 1886; „Die sozialen Aufgaben der Arbeitgeber“, 1887; „Die Durchführung der sozialen Aufgaben im Verein der Anhaltischen Arbeitgeber“, 1888; „Soziale Tagesfragen“, 1889.

Literatur

NDB; HbRT 1890; Güthling (Hrsg.), Siegerländer Lebensbilder, 1954; Nassauische Lebensbilder, Bd. 5, 1955; Schulte; Salewski, Personalien und Dokumente zur Vorgeschichte der deutschen Eisenbahnverbände, 1974; Haunfelder Lib. Abg.; von Geldern, Wilhelm Oechelhäuser als Unternehmer, Wirtschaftspolitiker, Sozialpolitiker und Kulturpolitiker, 1971.

Bild

Biefang, S. 131.

Oppenheim, Heinrich Bernhard Dr. iur. Schriftsteller

* 20.7.1819 in Frankfurt/M., † 29.3.1880 in Berlin; jüd.; V Simon Daniel O. (1766-1860), Bankier, M Henriette, geb. Gumpel (1792-1859).

Gymnasium in Frankfurt/M.; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen, Heidelberg und Berlin; 1841/42 Dr. iur.; habilitiert und bis 1845 Privatdozent für Staatswissenschaften und Völkerrecht in Heidelberg; 1848/49 aktiver Revolutionär, gründete u. a. den Republikanischen Club, war Leiter des Demokratischen Clubs in Berlin; 1848-49 Redakteur der Zeitschrift „Reform. Organ der demokratischen Partei“ in Berlin; 1849 Beteiligter an den Verfassungskämpfen in Baden; 1849 Redakteur der amtlichen „Karlsruher Zeitung“; 1849-60 Exil in der Schweiz, England und Frankreich, dort als

Publizist tätig; 1861-64 Gründer und Redakteur der „Deutschen Jahrbücher für Politik und Literatur“ in Berlin; danach freier politischer Publizist.

liberaler Politiker (NL)

Nationalverein; NL; 1867 Mitbegründer der NL und Mitglied im geschäftsführenden Ausschuss Wahlkomitee der NL; 1867-68, 1871-73 und 1877-80 im Vorstand der NL; 1874- Zentralwahlkomitee der NL; 1873-77 Mitglied im geschäftsführenden Zentralausschuss der NL; RT 1874-77 WK Reuß ältere Linie (NL).

Sozialpolitische Aktivitäten

1848 Delegierter auf dem zweiten Demokratenkongress in Berlin; dort Mitglied der „Kommission für die soziale Frage“; RT-Komm.: GewGerGe 1874 Ber.; HilfskG 1876 Ber. – Mitglied und Referent des Kongresses Deutscher Volkswirte; prägte 1872 in polemischer Absicht den Begriff „Kathedersozialisten“ für die Gründer des Vereins für Socialpolitik, insbes. Adolph Wagner.

Veröffentlichungen

„System des Völkerrechts“, 1845; „Philosophie des Rechts und der Gesellschaft“, 1850; „Deutsche Jahrbücher für Politik und Literatur“, 1862-65; „Über politische und staatsbürgerliche Pflichterfüllung“, 1864; „Über Armenpflege und Heimatrecht“, 1870; „Der Kathedersozialismus“, 1873; „Die Hilfs- und Versicherungskassen der arbeitenden Klassen“, 1875.

Literatur

Hirth 1874; ADB; Hamburger; Haunfelder Lib. Abg.; Hentschel, Nationalpolitische und sozialpolitische Bestrebungen in der Reichsgründungszeit. Das Beispiel Heinrich Bernhard Oppenheim (Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte Tel Aviv 1979, S. 299-345); Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/M.; Q I. 4, 5, 6, 8.

Bild

Leipziger Illustrierte Zeitung Bd. 74, S. 371 (Ausg. Nr. 1922 v. 1.5.1880).

Pauli, August
Tischlermeister

* 21.5.1852 in Potsdam, † um 1923 in Bielefeld; ev.; V Michael P. (1812-83), Tischlermeister und Viktualienhändler; M Auguste geb. Todt (1818-); ∞ 1877 Emma geb. Hauchwitz (1858- um 1945); K 1 S, 3 T.

1858-66 Bürgerschule in Potsdam; 1866-69 Tischlerlehre in Potsdam; 1877 Tischlermeister; 1881 Inhaber eines mittleren Tischlereibetriebs.

konservativer Politiker
K, DNVP

RT 1898-1912 WK 7 Potsdam (K); 1912 WK 1 Mecklenburg-Schwerin (K); K 1890-1923 Stadtverordneter in Potsdam; 1903-23 stellv. Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung Potsdam; 1920-23 Alterspräsident der Stadtverordnetenversammlung; 1919-22/23 Stadtrat von Potsdam (DNVP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Generalsekretär der Deutschen Mittelstandsvereinigung; Vorsitzender des Brandenburgischen Bezirksverbands der Tischlerinnungen.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewGerGNov 1901; GewO-Nov 1897; RVO 1911; BfAST 1908-1918.

Literatur

HbRT 1912; Hillger 1907; Wer ist's?; Stadtarchiv Potsdam.

Bild

HbRT 1912, S. 462; Hillger, S. 43.

Paulssen, Arnold Rudolf Otto Dr. iur.,
Dr. med. h. c.
Staatsminister (Thüringen)

* 25.11.1864 in Sömmerda/Krs. Weißensee, † 19.3.1942 in Weimar; ev.; V Cons-

tantin P. (1829-68), Kaufmann; M Adeline geb. Seuberlich (1839-99); ∞ 1891 Bertha geb. Saeltzer (1864-1931); K 2 S, Hans Constantin (1892-1984), Industrieller.

Gymnasium in Weimar; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg/Br., Halle (Saale), Jena und Berlin; 1891 Gerichtsassessor und Hilfsarbeiter am Hofmarschallamt in Weimar; 1892 Gerichtsassessor und 1894 Richter am Landgericht in Weimar; 1895 Finanzrat im Großherzogl. Sächs. Staatsministerium (Departement der Finanzen) und Geh. Referendar des Großherzogs von Sachsen-Weimar-Eisenach; 1908-12 Geh. Staatsrat und Vorsteher des Ministeriums für Äußeres und Inneres; 1919-20 Vorsitzender im thüringischen Staatsrat; 1920-21 Staatsminister und zugleich Minister für Finanzen, Kultus und Justiz im Freistaat Sachsen-Weimar-Eisenach; 1921 Vorsitzender des thüringischen Staatsministeriums und Minister für Volksbildung und Justiz; 1921 Wartestand; 1927-28 Minister für Inneres und Wirtschaft in Thüringen; 1928 Ministerpräsident und 1929-30 Minister für Inneres, Volksbildung und Wirtschaft in Thüringen; daneben 1916-42 Aufsichtsratsvorsitzender der Gothaer Lebensversicherungsbank AG; Mitglied der Vertretung der Gothaer Feuerversicherungsbank AG.

1899-1907 stellv. Bundesratsbevollmächtigter für das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach und die thüringischen Staaten in Berlin; 1913-19 Bevollmächtigter der Thüringischen Bundesstaaten (außer Sachsen-Meiningen) und Referent für kulturelle Fragen und direkte Steuern beim Bundesrat in Berlin; 1921 zugleich Reichsrat für Thüringen.

Corps Hasso Borussia Halle
Corps Guestphalia Jena und Berlin.

liberaler Politiker
DDP, DVP

LT Weimarer Landtag 1919-21; Landtag von Thüringen 1920-21.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1923-35 Vorsitzender im Landesausschuss für das Deutsche Volksofer; 1923-30 Vorstandsvorsitzender des Nietzsche Ar-

chivs in Weimar; Vorstandsmitglied der Deutschen Schillerstiftung; stellv. Ausschussmitglied der Wartburgstiftung; Ausschussmitglied der Kaliberufungsstelle.

Auszeichnungen

1915 Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; 1912 Dr. med. h. c. in Jena; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Stern; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern; Bayer. St. Michaelsorden 2. Klasse mit Stern; Kommandeur 2. Klasse vom Bad. Orden vom Zähringer Löwen; Ehrenkreuz 1. Klasse Reuß ältere Linie; Komtur vom Großherzogl. Sächs. Hausorden der Wachsamkeit oder vom weißen Falken; Komtur 1. Klasse vom Sachsen-Ernestinischen Hausorden; Schwarzburg. Ehrenkreuz 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: UnfVersG 1900; KindSchG 1903; 1899-1907 nichtständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts.

Veröffentlichungen

„Die letzte Steuerreform im Großherzogtum Sachsen-Weimar“, 1898.

Literatur

NDB; Wer ist's?; Lilla; Reichshandbuch; Verwaltung II; Nls Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar.

Bild

Reichshandbuch, S. 1385.

Petersen, August *Johannes* Dr. phil.
Direktor der öffentlichen Jugendfürsorge

* 21.3.1862 in Steinbek, † 28.10.1912 in Hamburg; ev.-luth.; V Carl P. (1815-1903), Pastor; ∞ Emma geb. Ullner, K 4.

1872-80 Gymnasium in Hamburg; -1884 Studium der Chemie, Mathematik u. Französisch in Leipzig, Heidelberg und Kiel; 1884 Dr. phil.; Staatsprüfung höheres Lehramt; 1887-94 Realschuloberlehrer in Hamburg und 1895-1900 in Eimsbüttel; 1901-10 Direktor des Hamburger Waisen-

hauskollegiums; 1910-12 Direktor der Behörde für öffentliche Jugendfürsorge in Hamburg (Nachfolgebehörde des Waisenhauskollegiums).

Sozialpolitische Aktivitäten

1906-12 Mitglied im Hauptausschuss des DV; Referent beim Deutschen Fürsorgerat; 1893 Armenpfleger und Bezirksvorsteher des VIII. Armenkreises in Hamburg; schuf entsprechend den neuen gesetzlichen Aufgaben (BGB) des Waisenhauskollegiums nach 1900 (Gemeindegewerksrat, Zwangserziehung, Berufsvormundschaft, Pflegekinderaufsicht, Jugendgerichtshilfe) für dieses einen erweiterten Aufgaben- und Wirkungskreis und wurde so der Organisator der öffentlichen Jugendfürsorge in Hamburg, die er in der „Behörde für öffentliche Jugendfürsorge“ zusammenfasste. Die öffentliche Jugendfürsorge wurde damit von der Armenpflege getrennt und in ein neues Verhältnis zur freien Jugendpflege gebracht, der pädagogische Ansatz in der Jugendfürsorge erhielt seinen eigenen institutionellen Rahmen wie er dann 1922 im RJWG reichsweit verwirklicht wurde.

Veröffentlichungen

„Die hamburgische Waisenpflege im Jahre 1904“, 1904; „Berufsvormundschaft. Generalvormundschaft“ (mit Klumker), Schriften des DV H. 81, 1907; „Die öffentliche Fürsorge für die hilfsbedürftige Jugend“, 1907; „Die öffentliche Fürsorge für die sittlich gefährdete und gewerblich tätige Jugend“, 1907; „Die hamburgische öffentliche Jugendfürsorge“, 1911; „Gedanken über die Organisation der Jugendfürsorge“, 1912.

Literatur

Nachruf für Dr. Johannes Petersen, in: Fortschritte des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge, 1913; Uhlendorff, Geschichte des Jugendamtes, Entwicklungslinien öffentlicher Jugendhilfe 1871 bis 1929, 2003; Maier, S. 405; Staatsarchiv Hamburg 354-7, A 24; 361-3, A 310.

Bild

Klumker, Vom Werden deutscher Jugendfürsorge, 1931, S. 56.

Pieper, August Dr. phil. et Dr. theol.
Theologe

* 14.3.1866 in Eversberg/Krs. Meschede,
† 25.9.1942 in Paderborn; kath.; V Friedrich P. (1837-1904), Landwirt; M Pauline geb. Kotthoff (1846-1919).

1875-79 Bürgerschule in Geseke; 1879-83
Gymnasium in Warburg; 1883 Jesuiten-
kolleg Feldkirch; 1883-86 Studium der
Philosophie in Rom; 1886 Dr. phil. in
Rom; 1886-90 Studium der Theologie in
Rom; 1889 Priesterweihe; 1890 Dr. theol.
in Rom; 1891 Kaplan in Bochum; 1892-
1903 Generalsekretär und 1903-19 Gene-
raldirektor des Volksvereins für das kath.
Deutschland; 1899-1906 Diözesanpräses
der kath. Arbeitervereine der Erzdiözese
Köln; 1903- Schriftleiter der Vereinszeit-
schrift „Der Volksverein“; 1904-19 Ver-
bandspräses der kath. Arbeitervereine der
Erzdiözese Köln; 1928 Ruhestand.

Zentrumsolitiker

Z

1924-32 Beisitzer im Reichsvorstand der
Dt. Zentrumsparlei;
RT 1907-18 WK 11 Düsseldorf (Z);
LT Pr. AbgeH 1907-18 Köln 2 (Z).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Generaldirektor und zeitgleich Mitglied
des Gesamtvorstands des Volksvereins für
das katholische Deutschland.

Auszeichnungen

Päpstl. Hausprälat; Preuß. Roter Adleror-
den 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1908 Schriftführer;
HausarbG 1911 Ber. – BfAST 1909-18; P.
war Leiter der Zentralabteilung des Volks-
vereins für das katholische Deutschland,
der Sozialen bzw. Sozialpolitischen Kor-
respondenz und der Sozialen Auskunftsstel-
le; 1908-22 Vorstandsmitglied der Zentral-
stelle für Volkswohlfahrt; 1901- mind.
1918 Mitglied im Ausschuss der GfSR; dt.
Delegierter der Internationalen Vereinigung
für gesetzlichen Arbeiterschutz; Delegierter
der Internationalen Vereinigung für Sozial-
len Fortschritt.

Veröffentlichungen

„Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen“, 1902;
„Jugendfürsorge und Jugendvereine“, 1910; „Von
der Arbeiterbewegung zum Arbeiterstande“,
1920; „Organische und mechanische Auffassung
des Gemeinschaftslebens“, 1921; „Kapitalismus
und Sozialismus als seelisches Problem, 1924;
„Berufsgedanke und Berufsstand im Wirtschafts-
leben“, 1924; „Sinn und Aufgaben des Volksver-
eins“, 1925; „Was geht den Geistlichen seine
Volksgemeinschaft an?“, 1926 (Bibliogr. bei
Bautz) Mitbegründer der „Westdeutschen Arbei-
terzeitung“; Herausgeber der „Präsides-Kor-
respondenz“ (ab 1922 „Führer-Korrespondenz“);
Herausgeber des „Arbeiter-Taschenbuchs“.

Literatur

HbRT 1912; Hillger 1912; Haunfelder Zentrum;
Reichshandbuch; Wer ist's?; Schulte; Zeitge-
schichte LB Bd. 4; TNls Landesarchiv NRW
Abt. Westfalen (Münster); TNls Stadtarchiv
Mönchengladbach.

Bild

HbRT 1912, S. 478; Zeitgeschichte LB Bd. 4,
S. 121.

Pistor, Moritz Karl Friedrich Dr. med.
Medizinalbeamter

* 27.9.1835 in Brüssow/Krs. Prenzlau,
† 16.5.1924 in Hannover; ∞ 1873 Lucie
geb. Rohnert.

-1855 Gymnasien in Berlin; Studium der
Medizin in Berlin, Würzburg und Greifswald;
1859 Dr. med. in Greifswald; Reise
nach Österreich-Ungarn; 1861 Hilfsarzt in
Danzig; 1861-67 Arzt in Brüssow; 1867
Kreisphysikus in Demmin; 1869 Reise
nach England; 1873 Regierungs- und Me-
dizinalrat in Oppeln und 1881 in Frank-
furt/O.; 1882 Mitglied der wissen-
schaftlichen Deputation für das Medizi-
nalwesen am Polizeipräsidium Berlin;
1887 Geh. Medizinalrat; 1891 Hilfsarbeiter
und 1896 Geh. Obermedizinalrat im preuß.
Kultusministerium; 1904 Ruhestand.

Corps Neoborussia Berlin
Corps Nassovia Greifswald.

Auszeichnungen

Ehrenpräsident des Vereins der Ärzte Ober-
schlesiens; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klas-

se mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern; Großkreuz mit Stern vom Norweg. Orden vom heiligen Olaf.

Sozialpolitische Aktivitäten

1894/95 Vorsitzender des DV* für öffentliche Gesundheitspflege, Ausschussmitglied 1893/94-94/95, maßgebliche Mitwirkung bei der Reform des preuß. Medizinalwesens durch das Kreisarztgesetz von 1899; Mitglied der Cholerakommission; Direktoriumsmitglied der Hufelandschen Stiftungen für notleidende Ärzte und Arzttwitwen.

Veröffentlichungen

R Über die Anforderungen der Hygiene an Kost- und Logishäuser, R 1879 DVjög XII, 55; „Die Verbreitung der Cholera im Regierungsbezirk Oppeln von 1831-74“, 1881; „Deutsches Gesundheitswesen“, 1890; „Anstalten und Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens in Preußen“, 1890; „Das Apothekenwesen in Preußen nach deutschem Reichs- und preußischem Landesrecht“, 1894; „Das Gesundheitswesen in Preußen nach dem Reichs- und preußischen Landesrecht“, 2 Bde., 1896-98; 1885-1911 Mitherausgeber und Redakteur der „Deutschen Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege“ (DVjög).

Literatur

Labisch/Tennstedt; Neubert; Pagel.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 467.

Porsch, Felix Dr. iur., Dr. theol. h. c. Politiker

* 29.4.1853 in Ratibor, † 8.12.1930 in Breslau; kath.; V Emil P. (-1869), Staatsanwalt; M Anna geb. Klause; ∞ 1896 Elisabeth („Lili“) geb. Müller-Netscher (1867-1919).

Grundschule in Ratibor; Gymnasium in Groß Glogau; Studium der Rechtswissenschaften in Breslau, Berlin, Tübingen und Leipzig; 1875 Gerichtsreferendar und 1878 Gerichtsassessor in Breslau; 1876 Dr. iur. Breslau; 1879-1930 Rechtsanwalt und Notar in Breslau; zugleich 1882-1914 Konsistorialrat im Bistum Breslau.

Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank; stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Germania und der Schlesischen Volkszeitung.

Corps Winfridia Breslau.

Zentrumspolitiker

Z

1890-93 Vorstandsmitglied der Reichstagsfraktion des Z; 1898-1903 stellv. Vorsitzender der Fraktion des Z im Pr. AbgeH; 1908-30 Vorsitzender der Preuß. Z; 1920-25 Vorstandsmitglied des Z; 1922-30 Ehrenvorsitzender des Z;

RT 1881-93 WK 11 Breslau (Z); 1887 Schriftführer;

LT Pr. AbgeH 1883-85 WK 8 Breslau (Z); 1886-1918 WK 8 Breslau (Z); 1903-18 1. Vizepräsident ebd.; 1919-21 Verfassungsgebende Landesversammlung (Z); 1. Vizepräsident ebd.; Pr. LT 1921-30; 1921-24 1. Vizepräsident und 1925-30 2. Vizepräsident ebd.;

K 1881-1903 Stadtverordneter in Breslau.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1890-1928 Vorstandsmitglied im Volksverein für das kath. Deutschland; 1889 Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken; 1892 und 1904 Präsident des Deutschen Katholikentags; Vorstandsmitglied der Görresgesellschaft; Vorstandsmitglied des Augustinus Vereins zur Förderung der kath. Presse; 1882 Mitbegründer des Kath. Juristenvereins; 1898-1908 Mitglied im Kolonialrat; Mitglied im Albertus-Magnus-Verein; 1879- Vorstandsmitglied des Breslauer Zentrumvereins.

Auszeichnungen

Päpstl. Geheimkämmerer; 1911 Dr. theol. h. c. Breslau; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit Schleife; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Ritter vom Päpstl. St. Gregorius-Orden; Kommendator 1. Klasse vom Päpstl. Piusorden; Päpstl. Kreuz Pro Ecclesia et Pontifice.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewGerG 1890; InvAltVersG 1889.

Veröffentlichungen

„Die Bedeutung des Beweises durch Indizien im geistlichen Gerichtsverfahren“ (Diss.), 1876; „Vierzig Jahre Zentrum“ (mit Hertling), 1911.

Literatur

NDB; HbRT 1890; Haunfelder Zentrum; Zeitgeschichte LB Bd. 1; Lengers-Scherzberg, Felix Porsch 1853-1930, 1989.

Bild

Haunfelder Zentrum, S. 94.

Posadowsky-Wehner, *Arthur* Graf von Frhr. von Postelwitz Dr. iur., Dr. med. h. c., Dr. theol. h. c. Staatssekretär (Reich)

* 3.6.1845 in Glogau, † 23.10.1932 in Naumburg (Saale); ev.; V Eduard Adolf von P.-W. (1799-1848), Gerichtsrat; M Amalie geb. von Ploetz (1811-80); ∞ 1871 Elise geb. von Möller (1840-1914); K 1 S, 2 T.

-1864 Gymnasium in Glogau; 1864-67 Studium der Rechts- und Verwaltungswissenschaften in Berlin, Heidelberg und Breslau; 1867 Dr. iur. in Breslau; 1867-69 Auskultator und danach Referendar am Stadtgericht in Breslau; 1869-71 Landwirt auf Gut Welna im Kreis Gnesen (Provinz Posen); 1871-73 Regierungsreferendar bzw. -assessor in Posen; 1873-77 Landrat in Wongrowitz und 1877-85 in Rawitsch; 1885-89 provisorischer Verwaltungsleiter der Provinz Posen; 1889-93 Landesdirektor bzw. ab 1890 Landeshauptmann der Provinz Posen; 1893-97 Staatssekretär des Reichsschatzamts in Berlin; 1897-1907 Staatssekretär im Reichsamt des Innern und stellv. Reichskanzler; 1907 entlassen; 1915-17 stellv. Landrat des Kreises Elbing.

1926-30 stellv. Bevollmächtigter für Preußen zum Reichsrat.

konservativer Politiker

FK, DNVP, Volksrechtspartei

RT 1912-18 WK 3 Minden (bkF); 1919-20 Mitglied der Nationalversammlung WK 13 Merseburg (DNVP);

LT Pr. AbgeH 1882-85 WK 6 Posen (FK); Pr. LT 1928-32 Landeswahlvorschlag, (Volksrechtspartei); Herrenhaus 1907-18; K Provinziallandtag von Posen; Leiter der Landarmendirektion und der Provinzialhilfskasse für Posen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der preuß. ev. Landessynode; 1901-07 Domherr und 1907-32 Dechant des Hochstifts Naumburg; Kurator der Reichsbank.

Auszeichnungen

Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; Preuß. Staatsminister; 1907 Dr. med. h. c. Gießen; 1908 Dr. theol. h. c. Berlin; Ehrenvorsitzender des Germanischen Nationalmuseums; Ehrenvorsitzender des Samariterbunds; Preuß. Schwarzer Adlerorden mit Kette; Preuß. Roter Adlerorden Großkreuz mit Eichenlaub und Kette; Preuß. Kronenorden 1. Klasse; Preuß. Wilhelmorden; Rechtsritter des Johanniter Ordens; Bayer. St. Hubertusorden; Großkomtur vom Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael; Großkreuz vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden mit goldenem Stern und Krone; Großkreuz vom Orden der Württemb. Krone; Großkreuz vom Württemb. Friedrichsorden 1. Klasse; Großkreuz vom Großherzogl. Sächs. Hausorden der Wachsamkeit oder vom weißen Falken; Großkreuz vom Anhaltinischen Hausorden Albrecht des Bären; Großkreuz vom Bad. Orden vom Zähringer Löwen; Großkreuz vom Braunschweig. Hausorden Heinrich des Löwen; Großkreuz vom Hess. Verdienstorden Philipp des Großmütigen; Großkreuz vom Mecklenburg. Hausorden der Wendischen Krone; Großkreuz vom Oldenburg. Haus- und Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig; Großkreuz vom Sachsen-Ernestinischen Hausorden; Lipp. Ehrenkreuz 1. Klasse; Waldeckisches Verdienstkreuz 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: InvVersG 1899; UnfVersG 1900; KrankVersGNov 1903; KaufmG 1904; wendete sich als Staatssekretär des Innern erfolgreich gegen eine Beschränkung der Selbstverwaltungsrechte

der Arbeiter in der gesetzlichen Krankenversicherung;

Mitglied der Gesellschaft für Soziale Reform; 1897- Vorsitzender im Deutschen Verein zur Errichtung von Lungenheilstätten (Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose); Mitbegründer der Dauerausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg.

Veröffentlichungen

„Die Errichtung einer Landescurtur-Rentenbank für die Provinz Posen“, 1882; „Die Altersversorgung der Arbeiter“, 1883; „Die ausländische Konkurrenz und ihre Folgen für die Landwirtschaft“, 1885; „Die Wohnungsfrage als Kulturproblem“, 1910.

Literatur

NDB; Lilla; HbRT 1912; Reichshandbuch; Verwaltung I; Verwaltung II; von Wiese, Posadowsky als Sozialpolitiker, 1909; Nls Bundesarchiv.

Bild

Verwaltung I, S. 216 f.

Potthoff, Heinz Dr. phil.
Regierungsrat

* 9.5.1875 in Bielefeld, † 4.3.1945 in Berlin; ev.; V Hermann P. (-1890), Fabrikbesitzer; M Emilie geb. Müller; ∞ 1876 Rose geb. Uebel (1876-).

Realgymnasium in Bielefeld; 1893-95 kaufmännische Lehre in Barmen; 1895-97 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, 1898-1900 in Leipzig und 1901 in Berlin; 1900 Dr. phil. in Leipzig; 1901-05 Geschäftsführer des Handelsvertragsvereins in Berlin; 1906-10 Syndikus des Deutschen Werkmeister-Verbands in Düsseldorf; 1914- Redakteur und Mitherausgeber der Zeitschrift „Arbeitsrecht“; 1918-20 Referent für Arbeitsrecht im bayer. Ministerium für soziale Fürsorge; 1928-33 Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium; 1933- Schriftleiter des Verlags Heß in Stuttgart.

Burschenschaft Rhenania in München.

liberaler, später sozialdemokratischer Politiker

1903-10 Hospitant der FrVg; 1910-12 Mitglied der FoVp; 1919-30 Mitglied der DDP; 1930-33 Mitglied der SPD;
RT 1903-12 WK Waldeck-Pyrmont (FrVg/FoVp).

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; 1906-18 Ausschussmitglied GfSR; 1908 maßgeblich am Entwurf eines Reichsarbeitsgesetzes beteiligt; freier Mitarbeiter am bayer. Arbeitsgesetzbuch; P. war ein Wegbereiter der Arbeitsrechtsbewegung.

Veröffentlichungen

„Die Leinenleggen in der Grafschaft Ravensberg (Diss.)“, 1900; „Die Wirtschaftskrise 1900 ff. in der deutschen Leinen-, Hanf-, Jute- u. Wäscheindustrie“, in: Schriften des VfSP Bd. 105, 1903; „Soziale Not und Organisation der technischen Angestellten“, 1904; „Die Vertretung der Angestellten in Arbeitskammern“, 1906; „Die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten“, 1906; „Die sozialen Aufgaben des Liberalismus“, 1911; „Probleme des Arbeitsrechts“, 1912; „Untersuchungen über das Versicherungswesen in Deutschland“, in: „Untersuchungen über das Volkssparwesen“, Schriften des VfSP Bd. 137/IV, 1913; „Wörterbuch des Arbeitsrechts“, 1920; „Die sozialen Probleme des Betriebes“, 1925; „Einfluß der Reichsverfassung auf das Arbeitsrecht“, 1925; „Kommentar zur Arbeitszeit“, 1927; mit Jadesohn/Meissinger „Rechtsprechung des Arbeitsrechts 1914-1927“, 1927; „Arbeitsrecht. Das Ringen um werdendes Recht“, 1931; Herausgeber der „Volkswirtschaftlichen Blätter“; Herausgeber des „Beamtenjahrbuchs“; Mitherausgeber der Zs. „Arbeitsrecht, Zeitschrift für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten“, 1914-33.

Literatur

NDB; HbRT 1903; Hillger 1903; Haunfelder Lib. Abg.; Seelig, Heinz Potthoff (1875-1945), 2008; Q IV. 3, 4.

Bild

Hillger, S. 373.

Pütter, Ernst

Verwaltungsdirektor

* 21.1.1864 in Greifswald, † 31.8.1942 in Berlin; V Carl Theodor P. (1803-73), Universitätsprofessor; M Bertha geb. von Hennings (1826-94); ∞ 1) Hertha geb. Fleischer, 2) Olga geb. Schultz; K 2 S, 3 T.

Gymnasien in Greifswald und Berlin; Studium der Rechtswissenschaften; Gerichtsreferendar in Hameln und Hannover; Regierungsreferendar in Posen und Greifswald; 1891 Ratsherr in Greifswald; 1894 Stadtrat in Halle (Saale); 1904-29 Verwaltungsdirektor der Charité in Berlin.

Auszeichnungen

Geh. Regierungsrat; Ehrenmitglied der Gesellschaft Deutscher Tuberkulose-Fürsorgeärzte; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse; Württemb. Olga-Medaille.

Sozialpolitische Aktivitäten

1901-08 Mitglied im Hauptausschuss des DV; richtete die ersten Fürsorgestellen für Tbc bzw. Lungen- und Alkoholranke 1898 in Halle und 1904 in Berlin ein; Präsident des Zweigvereins zur Bekämpfung der Schwindsucht in Halle; Mitglied des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Krebskrankheit; Mitglied der Cäcilien-Hilfe; Mitglied des Vereins für Kindererholungsheime; 1904-24 Vorsitzender im Zentralkomitee der Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungen-, Alkohol- und Krebsranke in Berlin.

Veröffentlichungen

„Das Ziehkinderwesen“, Schriften des DV H. 59, 1902; „Trunksucht und städtische Steuern“, 1903; „Die Bekämpfung der Tuberkulose innerhalb der Stadt“, 1907; „Die Bedeutung der Auskunfts- und Fürsorgestellen für die Bekämpfung der Tuberkulose, des Alkoholmissbrauchs und der Krebskrankheit“, 1912; „Einrichtung, Verwaltung und Betrieb der Krankenhäuser“, 1926; „Die Behandlungsrichtung in den Fürsorgestellen für Lungenranke“, 1927; „Erinnerungen an die Charité in Berlin“, 1928.

Literatur

Krug von Nidda; Reichshandbuch; Pütter, Erinnerungen an die Charité, 1928.

Bild

Erinnerungen an die Charité, S. 80.

Reitzenstein, Friedrich Frhr. von

Dr. sc. pol. h. c.

Bezirkspräsident

* 26.3.1834 in Berlin, † 4.2.1897 in Freiburg/Br.; ev.; V Karl Frhr. von R. (1797-1878), preuß. Generalleutnant; M Sophie geb. von Jasmund (1812-92); ∞ Claudia geb. Freiin von Reitzenstein (1840-1926); K 2 S.

-1850 Gymnasium; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin und Halle (Saale); 1854-55 Kammergerichtsauscultator in Neisse; 1856 Regierungsreferendar in Königsberg; 1860-61 Hilfsarbeiter beim Magistrat der Stadt Görlitz; 1861-66 Regierungsassessor in Königsberg, Marienwerder und Potsdam; 1866-71 2. Bürgermeister von Königsberg; 1871-77 Oberregierungsrat der Präfektur in Metz; 1877-80 Bezirkspräsident von Lothringen in Metz; 1881-97 als Pensionär Schriftsteller zu Themen der Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege in Freiburg/Br.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied im ev. Gemeinderat Freiburg/Br.

Auszeichnungen

Dr. sc. pol. h. c. in Tübingen.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1886, 1890, 1895; 1884-97 Mitglied im Hauptausschuss des DV, 1886-97 Vorstandsmitglied und stellv. Vorsitzender ebd.; gutachtliche Tätigkeit; Mitglied des ev. Arbeitervereins; Mitglied des Arbeiterbildungsvereins; Mitglied im Schutzverein für entlassene Strafgefangene; 1892 Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Anstalt für Arbeitsnachweis in Freiburg/Br.; Mitglied des Vereins gegen Haus- und Straßenbettel.

Veröffentlichungen

„Das Communalsteuer-System Frankreichs und die Reform in Preußen“, Schriften des VfSP Bd. 12, 1877; „Die Armengesetzgebung Frankreichs in den Grundzügen ihrer historischen Ent-

wicklung“, 1881; „Versicherungszwang und Armenverbände“, Schriften des VfSP Bd. 21, 1882; „Die Landwirtschaft und ihre Lage in Frankreich“, in: „Agrarische Zustände in Frankreich und England“, Schriften des VfSP Bd. 27, 1884; „Die Reform der ländlichen Armenpflege“ (mit v. d. Goltz), Schriften des DV H. 6, 1885; „Die ländliche Armenpflege und ihre Reform“, Schriften des DV, 1886; „Die Beschäftigung der Arbeitslosen“, Schriften des DV H. 4, 1887; „Aufsicht über öffentliche Armenpflege“ (mit Huzel), Schriften des DV H. 8, 1889; „Die Fürsorge für Obdachlose“ (mit Lange), Schriften des DV H. 16, 1892; „Arbeiterversicherung, Armenpflege und Armenreform. Sondergutachten über die Frage: In welcher Weise wirkt die neue soziale Gesetzgebung auf die Armengesetzgebung und Armenpflege ein?“, 1895; „Der Arbeitsnachweis. Seine Entwicklung und Gestaltung im In- und Auslande“, 1897.

Literatur

NDB; Eberl/Marcon; Krug von Nidda.

Reuß, Max Dr. ing. h. c. Ministerialbeamter

* 26.6.1856 in Gernrode, † 17.6.1927 in Berlin; ev.; V Pastor.

Studium der Rechtswissenschaften; 1878 Referendar; 1884 Assessor; 1884 Amtsgericht in Angermünde; 1885 Hilfsarbeiter bei der Berginspektion in Ibbenbüren; 1885 Hilfsarbeiter, 1891 Bergrat und Oberbergrat, 1897 Geh. Bergrat beim Oberbergamt in Dortmund; 1901 Hilfsarbeiter, 1902 Geh. Bergrat und Vortragender Rat, 1905 Geh. Oberbergrat (Referat für preuß. Knappschaftswesen), Dozent für Bergrecht, Bergakademie Berlin; 1920 Ministerialrat, 1921 Ministerialdirigent im preuß. Handelsministerium (hier mit der Vorbereitung des Reichsknappschaftsgesetzes beauftragt); 1922 zugleich o. Honorarprof. an der Technischen Hochschule in Berlin; 1924-25 Vorsitzender des Knappschaftssenats des Reichsversicherungsamts; 1925 Ruhestand und danach weiterhin Honorarprof. der TH Berlin.

Auszeichnungen

1924 Dr. ing. h. c.; 1925 Ehrenbürger der TH Berlin; Preuß. Roter Adlerorden

2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Komtur 2. Klasse vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Komturkreuz mit Stern vom Österr.-Ungar. Franz Josef-Orden.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: GewONov 1908; VfA 1911; schuf im Anschluss an Vorarbeiten des Allg. Knappschaftsvereins die Grundlagen für das Preuß. Knappschaftsgesetz von 1912 und des Reichsknappschaftsgesetzes von 1923, das eine erhöhte Fürsorge für die Bergarbeiter brachte.

Veröffentlichungen

„Verordnung über das Verfahren von den auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichten vom 2. November 1885 mit Erläuterungen“, 1886; „Das Preußische Berggesetz (Das Allgemeine Berggesetz für die Preußischen Staaten vom 24. Juni 1865) in der gegenwärtig geltenden Fassung“, 1922; „Das Reichsknappschaftsgesetz vom 23. Juni 1923 nebst Einführungsgesetz“ (mit Hense), 1923.

Literatur

Serlo; Boldt, S. 98; Geyer, Die Reichsknappschaft, 1987; ProtPrStM 11/II.

Bild

Boldt, Anhang.

Richthofen-Damsdorf, Karl Friedrich Frhr. von Oberregierungsrat a. D., Rittergutsbesitzer

* 8.10.1842 in Berlin, † 29.2.1916 in Kohlhöhe/Krs. Striegau; ev.; V Karl Otto Johannes Theresius von R. (1811-88); M Sophie Freiin geb. von Lützow (1816-55); ∞ Margarethe Ida Angelika geb. von Webern (1861-1933); K 3 S.

1858-62 Joachimsthalsches Gymnasium in Berlin; 1862-67 Studium der Staatswissenschaften und Geschichte in Göttingen und Berlin; 1869 Auskultator in Berlin; 1873 Gerichtsassessor in Berlin; 1877 Regierungsassessor beim Provinzialschulkollegium in Hannover; Regierungsassessor in Stettin; 1882 Regierungsrat in Erfurt; 1887-88 Oberregierungsrat in Danzig;

1888 Übernahme der Familiengüter in den Kreisen Striegau und Liegnitz, u. a. Damsdorf und Jenkau.

konservativer Politiker

K

RT 1898-1912 WK 9 Breslau (K).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied des Johanniterordens; Ausschussmitglied des Bundes der Landwirte.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: InvVersG 1899 stellv. Vors.; UnfVersG 1900 stellv. Vors.; GewGerG-Nov 1901 Vors.; KindSchG 1903 stellv. Vors.

Literatur

HbRT 1907; Hillger 1907; Wer ist's?; Q III. 3.

Bild

Hillger, S. 94.

Rickert, Heinrich Edwin

Redakteur u. Verleger

* 27.12.1833 in Putzig (Westpreußen), † 3.11.1902 in Berlin; ev.; V Postvorsteher; ∞ Annette geb. Stoddart (1839-89); K 1 T, 2 S u. a. Heinrich (1863-1936), Philosoph (Hauptvertreter des Neukantianismus).

Gymnasien in Danzig und Thorn; 1852-56 Studium der Volkswirtschaft in Breslau und Berlin; 1858-63 Redakteur der Danziger Zeitung; 1863-76 und 1878-1902 Verleger ders.; nach 1863 Herausgeber und Miteigentümer ders. Gründer des Danziger Vorschussvereins und Aufsichtsratsvorsitzender des daraus entstandenen Danziger Bankvereins.

liberaler Politiker

NL, LV, DFrP, FrVg

1859- Nationalverein; 1861 Teilnehmer an der 2. Generalversammlung in Heidelberg;

1867 Mitbegründer der NL; 1874-80 Zentralwahlkomitee NL; 1867 und 1877-80 Vorstandsmitglied; 1877-80 ebd. Geschäftsführer; 1880 Mitbegründer der Liberalen Vereinigung; 1884 Fusion mit der Fortschrittspartei zur DFrP, 1884-90 Stellv. Vorsitzender des geschäftsführenden Siebener bzw. Dreizehner Ausschusses der DFrP; 1890-93 mitverantwortlich für Wahlaufufe; seit 1893 Freisinnige Vereinigung; 1893-1902 Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der FrVg; RT 1874-84 WK 3 Danzig (NL/LV); 1884-90 WK 8 Potsdam (DFrP); 1890-1902 WK 3 Danzig (DFrP/FrVg); LT Pr. AbgeH 1870-79 Danzig 2 (NL); 1881-82 Danzig 2 (LV); 1882-85 Danzig 2 (NL); 1886-88 Danzig 2 (DFrP); 1889-93 Danzig 2 (DFrP); 1894-1902 Danzig 2 (FrVg); K 1863-76 Stadtverordneter in Danzig; 1876-78 Mitglied und Landesdirektor des Provinziallandtags für die Provinz Preußen bis zur Teilung der Provinz 1878.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1883-1902 Vorsitzender der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung; Mitbegründer und Vorsitzender des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus; betrieb maßgeblich die Gründung der TH Danzig (1904); Mitbegründer des Bauernvereins Nord-Ost.

Auszeichnungen

Ehrenbürger von Danzig.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewGerGE 1874 Ber.; HilfskG 1876 Ber.; GewONov 1878 Vors.; InvAltVersG 1889. – Mitglied und Referent des Kongresses deutscher Volkswirte; 1867-76 unbesoldeter Stadtrat Danzig, zuständig für Armenwesen.

Veröffentlichungen

Hrsg. des „Deutschen Reichsblatts“.

Literatur

NDB; HbRT [1893]; Pachnicke 1930; Mann; Haunfelder Lib. Abg.; Haunfelder Pr. AbgeH; Kürschners Literaturkalender 1890; Q I. 1, 3, 4, 5, 6, II. 2, 6.

Bild

Biefang, S. 133.

Riedel, Emil Frhr. von
Dr. iur. et med. h. c.
Bayer. Staatsminister

* 6.4.1832 in Kurzenaltheim/Mittelfranken, † 13.8.1906 in München; ev.; V Rudolf Heinrich R. (1797-1853), Pfarrer; M Amalie Charlotte geb. Hermann (1803-81); ∞ 1) 1861 Aline Ernestine geb. Steurer (1834-62), 2) 1865 Malwine geb. Rüber (1842-1926); K aus 2) 1 S, 1 T.

-1844 Schulbesuch in Kurzenaltheim; 1850-54 Studium der Rechtswissenschaften in München; 1854 Rechtspraktikant am Landgericht Uffenheim, 1855-56 am Landgericht Ansbach und am Bezirksgericht ebd.; 1857 Akzessist bei der Regierung von Mittelfranken; 1859 Assessor am Landgericht in Kulmbach und danach im bayer. Innenministerium; 1862 Ministerialsekretär, 1866 Ministerialassessor, 1869 Oberregierungsrat, 1872 Ministerialrat und 1877 Ministerialdirektor ebd.; 1877-1904 Bayer. Staatsminister der Finanzen.

1871-1904 zugleich Bevollmächtigter für Bayern zum Bundesrat.

Auszeichnungen

1888 nobiliert; 1890 Standeserhöhung (Freiher) Exzellenz; 1882 Dr. iur. h. c. Würzburg; 1904 Dr. med. h. c. München; Ehrenbürger von Ambach-Holzhausen, München und Reichenhall; Preuß. Roter Adlerorden Großkreuz; Preuß. Kronenorden 1. Klasse; Großkreuz vom Verdienstorden der Bayer. Krone; Großkreuz vom Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael; Kapitular des Bayer. St. Hubertus Orden; Großkreuz vom Orden der Württemb. Krone; Großkreuz vom Bad. Orden Berthold des Ersten; Großkreuz vom Großherzogl. Sächs. Hausorden der Wachsamkeit oder vom Weißen Falken; Großkreuz vom Herzogl. Sachsen-Ernestinischen Hausorden; Schwarzburg. Ehrenkreuz 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: GewONov 1877.
Entwarf die gesetzlichen Grundlagen der (liberalen) bayer. Sozialgesetzgebung von 1868, insbesondere der modernisierten Armen- bzw. Heimatgesetzgebung, die auf-

grund der bayer. Reservatsrechte in der Reichsverfassung bis 1915 galt. Als Finanzminister schuf er eine neue bayer. Finanzverfassung; in der Krise von 1886 (Absetzung Ludwig II) spielte er eine entscheidende Rolle, seine Kommentare zur bayer. Armen- und Heimatgesetzgebung sind Standardwerke.

Veröffentlichungen

„Das bayer. Gesetz über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt vom 16. April 1868“, 1868; Das bayer. Gesetz über öffentliche Armen- und Krankenpflege vom 29. April 1868“, 1870; „Die Reichsverfassung und die wichtigsten Administrativgesetze des Deutschen Reiches“, 1871; „Das Polizeistrafgesetzbuch für Bayern vom 26. Dezember 1871“, 1872.

Literatur

NDB; Bayer. Beamte; Bosl; Poschinger Bd. 2; Armenfürsorge und Daseinsvorsorge (Ausstellungskatalog), 1992; Q I. 3, 5, 7.

Bild

Quellensammlung I. Abt. Bd. 7.

Roesicke, Richard Adolph Maximilian Karl
Brauereidirektor

* 24.7.1845 in Berlin, † 21.7.1903 ebd.; ev.; V Adolf R. (1817-86), Brauereibesitzer; M Pauline geb. Goschenhofer (1816-88); ∞ Luise geb. Heuer (1851-1921); S Dr. Adolf R. (Chemiker).

1856-61 Gymnasium in Berlin; 1861-64 Kaufmännische Lehre in Frankfurt/M.; 1864-1903 Generaldirektor der Schultheiß-Brauerei in Berlin; 1869-71 Auslandsaufenthalt; ab 1877 Erwerb anderer Brauereien, u. a. der Waldschlösschen-Brauerei in Dessau; 1879-86 Handelsrichter in Berlin.

liberaler Politiker

bkF, FrVg
RT 1890-1903 WK 1 Anhalt (bkF).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1890-98 Vorsitzender des Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften; Mitbegründer des Vereins Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin; Vor-

standsmitglied verschiedener wirtschaftlicher Verbände; 1889 Leiter der Unfallverhütungsausstellung in Berlin.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: InvVersG 1899 (stellv. Vors. ab 22.4.1899); UnfVersG 1900 Vors.; GewGerGNov 1901 Vors.; KindSchG 1903 stellv. Vors.; KrankVersGNov 1903; 1886-93 stellv. nichtständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts; Teilnehmer der sog. Novemberkonferenz zur Reform der Arbeiterversicherung im Reichsamt des Innern 1896; 1899 Ausschussmitglied des ZWAK; 1901 Mitbegründer, 1902-03 Schatzmeister und Ausschussmitglied der GfSR; Vorstandsmitglied der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrt, Handelsrichter.

Veröffentlichungen

„Arbeiterschutz“, 1887; „Über das Verhältnis der Arbeitgeber zu ihren Arbeitnehmern. Vortrag“, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, Bd. 17, 1893, S. 1-22.

Literatur

NDB; HbRT 1890; Pachnicke, DBJ 1903/05; Nls Bundesarchiv Koblenz; Q II. 2, 6, III. 2, 3.

Bild

Biefang, S. 137.

Röstel, Hugo

Apotheker

* 10.10.1832 in Landsberg an der Warthe, † 21.1.1895 in Berlin; ev.

1855-57 Studium der Pharmazie in Berlin; 1873 Apotheker in Landsberg; 1879-89 Stadtrat ebd.

liberaler Politiker

NL

LT 1873-79 WK 2 Frankfurt/O. (NL); K Provinziallandtag; Kreistag.

Sozialpolitische Aktivitäten

1881-95 Mitglied im Hauptausschuss des DV; stellv. Vorsitzender im Verein für Arbeitsnachweis in Berlin.

Veröffentlichungen

„Organisation der freien Wohltätigkeit, Anlehnung derselben an die öffentliche Armenpflege“, Schriften des DV H. 1, 1880; „Fürsorge für arme schwächliche und kranke Kinder“, Schriften des DV 5 H., 1884; „Zur Statistik der deutschen Ferienkolonien und Kinderheilstätten in Sol- und Seebädern“, Schriften des DV H. 6, 1885; „Bericht über den gegenwärtigen Stand der Sommerpflege für arme Kinder“, Schriften des DV H. 8, 1889; „Der hauswirthschaftliche Unterricht armer Mädchen in Deutschland“ (mit Kalle, u. a.), Schriften des DV H. 12, 1890.

Literatur

Krug von Nidda; Mann.

Roscher, Karl Franz Georg Dr. iur. Ministerialdirektor

* 18.7.1846 in Göttingen, † 9.11.1920 in Dresden; ev.; V Wilhelm R. (1817-94), Professor für Nationalökonomie; M Konstanze geb. Neuendorff; ∞ 1882 Sophie Luise Frieda geb. von Weidenbach (1856-1940); K 3 T (adoptiert).

Nikolaigymnasium in Leipzig; 1862-65 Fürstenschule in Meißen; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen und Leipzig; 1870-72 im sächs. Justizdienst; 1872-79 Sekretär der Handels- und Gewerbekammer in Zittau; 1879 Hilfsarbeiter und später Regierungs- und Oberregierungsrat im sächs. Ministerium des Innern; 1892 Geh. Regierungsrat ebd.; 1903 Ministerialdirektor der Abteilung Ackerbau, Gewerbe und Handel ebd.; 1912 Ministerialdirektor und Vorsitzender der technischen Deputation im sächs. Innenministerium.

Stellv. Bevollmächtigter zum Bundesrat.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der Handelskammer Dresden.

Auszeichnungen

Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; Komtur 1. Klasse vom Königl. Sächs. Verdienstorden; Komtur 1. Klasse vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1872, 1873, 1874/75, 1875/76, 1879, 1882, 1890.

Veröffentlichungen

„Der Bruch des Arbeitsvertrages“, in: „Über Bestrafung des Arbeitsvertragsbruches“, Schriften des VfSP Bd. 7, 1874; „Zur Kritik der neuesten wirtschaftlichen Entwicklung im Deutschen Reiche“, 1876; „Die Beteiligung der evangelischen Geistlichen an der sozialen Bewegung unserer Zeit“, 1878; „Die Notstände der Großindustrie und die Innere Mission“, 1886; „Der gewerbliche Unterricht“, 1892.

Literatur

NDB; HdStW.

Roth, Karl Gottfried
Steinhauermeister und Bauunternehmer

* 14.9.1828 in Klarenthal/Krs. Saarbrücken, † 22.4.1897 in Wiesbaden; V Georg Michael R.; M Christiane Catherine geb. Seewald; ∞ Wilhelmine Henriette geb. Strauch (1833-1920); K 2 S, 5 T.

Gründer und Inhaber des Bauunternehmens Roth in Wiesbaden.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1875/76, 1877.

Veröffentlichungen

„Reform des Lehrlingswesens“, Schriften des VfSP Bd. 10, 1875.

Literatur

Herrmann, Gräber berühmter und im öffentl. Leben bekanntgewordener Personen auf Wiesbadener Friedhöfen, 1928.

Roth, Wilhelm August Dr. med.
Universitätsprofessor

* 19.6.1833 in Lübben, † 12.6.1892 in Dresden.

1851-55 Studium der Medizin in Berlin; 1855 Dr. med. ebd.; danach Militärarzt; 1856 Unterarzt, 1857 Assistenzarzt, 1861 Stabsarzt am Friedrich Wilhelm Institut Berlin; 1863 Stabsarzt am Invalidenhaus und an der Zentral-Turnanstalt ebd.; 1867-70 Oberstabsarzt und Dozent an der Kriegsakademie Berlin; 1870 Generalarzt der Königl. Sächs. Armee und Leiter des Sanitätskorps und der -direktion; 1874-80 zugleich Dozent, 1880 ao. und 1881 o. Prof. für Gesundheitspflege am Polytechnikum Dresden; 1890 Generalmajor.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vizepräsident des Königl. Sächs. Landesmedizinalkollegiums; 1872 2. Vorsitzender des Vereins für Erdkunde in Dresden; Mitglied des Tonkünstlervereins ebd.; Mitglied im Deutschen Kolonialverein.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Bayer. Militärverdienstorden; Ritter 1. Klasse vom Königl. Sächs. Verdienstorden mit Kriegsdekoration; Kommandeur 2. Klasse vom Württemb. Friedrichsorden; Offizier vom Belg. Leopoldsorden; Kommandeur 2. Klasse vom Dän. Dannebrogorden; Großoffizier vom Jap. Verdienstorden der aufgehenden Sonne; Kommandeur vom Ital. St. Mauritius- und Lazarus-Orden; Ritter vom Civilverdienst-Orden vom Niederl. Löwen; Russ. St. Annen-Orden 2. Klasse; Russ. St. Stanislaus-Orden 2. Klasse; 1894 Denkmal im Vorgarten des Garnisonslazarets in Dresden.

Sozialpolitische Aktivitäten

1878/79 Vorsitzender im DV* für öffentliche Gesundheitspflege, Ausschussmitglied 1877/78, 1878/79, 1882/83, Mitbegründer der modernen Militärhygiene; 1870 Mitbegründer der Militärärztlichen Gesellschaft in Dresden.

Veröffentlichungen

„Militärische Studien“, 3 Bde., 1867-68; „Handbuch der Militärgesundheitspflege“, 3 Bde., 1872-77; 1872- Herausgeber der „Jahresberichte über die Leistungen und Fortschritte auf dem Gebiete des Militär-Sanitätswesens“; „Über die Behandlung der Hygiene als Lehrgegenstand“, R 1878, DVjög XI, 76; „Wie lassen sich Fortschritte auf dem Gebiete der Heizung und Ventilation erzielen und dieselben am besten im Interesse der Gesundheitspflege verwerten?“, R 1880, DVjög XIII 102, 122; „Über die Förderung des hygienischen Unterrichts“ Thesen 1884, DVjög XVII, 22.

Literatur

Labisch/Tennstedt; Pagel.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 480.

Ruland, Franz *Heinrich* Dr. iur.
Jurist

* 20.9.1852 in Bonn, † 4.3.1930 in Tecklenburg; kath.; V Rechtsanwalt.

Gymnasium in Bonn, Studium der Rechtswissenschaften in Bonn, Innsbruck und Leipzig; 1882-1918 Rechtsanwalt beim Landgericht Colmar/Elsass; 1920 in Frankfurt/M. ansässig.

LT Landtag von Elsass-Lothringen 1911-12.

Auszeichnungen

Geh. Justizrat; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1897-1921 Mitglied im Hauptausschuss des DV, 1904-21 Vorstandsmitglied sowie stellv. Vorsitzender und 1911-21 Vorsitzender; 1921-30 Ehrenvorsitzender ebd.; stellv. Mitglied im Beirat ZfVW; Vorkämpfer der Reform der freiwilligen Armenpflege in Elsass-Lothringen, d. h. Ersetzung der französischen Gesetze von 1793 und 1796 durch eine öffentlich finanzierte Armenpflege für das ganze Reichsland; Mitglied im Armenrat in Colmar.

Veröffentlichungen

„Das System der Armenpflege in Alt-Deutschland und in den Reichslanden“, Schriften des DV H. 27, 1896; „Die wechselseitige Unterstützung von Reichsangehörigen in den einzelnen Bundesstaaten“ (mit Fleischmann), Schriften des DV H. 38, 1898; „Zur Reform der Armengesetzgebung in Elsaß-Lothringen“, 1906.

Literatur

Elsass Bio.; Regierung und Landtag von Elsass-Lothringen 1911-16; Wolfram (Hrsg.), Regierung und Verwaltung von Elsass-Lothringen 1871-1918, Bd. 2, 1937.

Bild

Wolfram (Hrsg.), Regierung und Verwaltung Bd. 2, S. 243.

Saldern-Plattenburg, *Siegfried* Alexander
Carl Heinrich von
Rittergutsbesitzer

* 4.6.1843 in Plattenburg/Krs. Westprignitz, † 14.7.1913 in Bad Wildungen; ev.; V Adolph Friedrich von S. (1802-62) Landrat; M Friederike Alexandrine Leopoldine geb. von Buch (1820-55); ∞ Nanny geb. von Rohr (1848-1914); K 2 S, 1 T.

Klosterschule in Rossleben (Gymnasium); Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und Berlin; 1866-72 Rittmeister; 1872-1913 Bewirtschaftung Fideikommiss Plattenburg; Ritterschaftsdirektor.

Corps Saxonia Göttingen.

konservativer Politiker

K

RT 1884-90 WK 1 Potsdam (K);
LT Pr. AbgeH 1900-13 WK 1 Potsdam (K);
K Kreistag Westprignitz.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender des landwirtschaftlichen Vereins Perleberg.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: UnfVersG 1884; UnfKrank-VersGLandw 1886; UnfVersGSee 1887; InvAltVersG 1889.

Literatur

Hirth 1887; Q II. 2, 6.

Bild

Biefang, S. 160.

Salomon, Alice Dr. phil., Dr. med. h. c. Sozialpädagogin

* 19.4.1872 in Berlin, † 30.8.1948 in New York; jüd./anglikanisch; V Albert S. (1834-86), Kaufmann; M Anna geb. Potocky-Nelken (1838-1914); ledig.

1878-87 höhere Töchterschule in Berlin; 1902-06 Gasthörerin für Nationalökonomie an der Universität Berlin; 1906 Dr. phil. ebd.; 1908-25 Gründerin und Direktorin einer sozialen Frauenschule in Berlin; 1933 von den Nationalsozialisten aller Ämter enthoben und Berufsverbot; 1937 Ausweisung und Emigration in die USA.

Auszeichnungen

1932 Dr. med. h. c. in Berlin; 1928- Ehrenmitglied des DV; Ehrenpräsidentin des International Council of Woman; Preuß. Silberne Staatsmedaille; Alice-Salomon-Fachhochschule in Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

1910-28 Mitglied im Hauptausschuss des DV, 1921-28 Vorstandsmitglied; Vorstand ZfVW; 1909-33 Schriftführerin und 1920-33 Vizepräsidentin des Internationalen Frauenbunds; Vorstandsmitglied und 1910-20 stellv. Vorsitzende im Bund Deutscher Frauenvereine; 1917 Vorsitzende der Konferenz der sozialen Frauenschulen Deutschlands; 1925 Mitbegründerin der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit; 1893 Mitglied und 1900 Vorsitzende der Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit in Berlin; 1899 Einrichtung von einjährigen Kursen für soziale Arbeit zur Weiterbildung für Frauen, ab

1908 in Form einer nichtkonfessionellen Frauenschule in Berlin; Salomon war eine Vermittlerin zwischen den Theorien der geistigen Mütterlichkeit und der deutschen Frauenbewegung, dem Kathedersozialismus und der englischen Sozialphilosophie vom sozialen Frieden.

Veröffentlichungen

„Mutterschutz und Mutterschaftsversicherung“, Schriften des DV H. 84, 1908; „Soziale Frauenbildung“, 1908; „Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Ein Lehrbuch für Frauenschulen“, 1909; „Leitfaden der Wohlfahrtspflege“, 1921; „Die Ausbildung zum sozialen Beruf“, 1927; „Das Familienleben der Gegenwart: 182 Familienmonographien“ (hrsg. zusammen mit Marie Baum), 1930; Herausgeberin der Forschungsreihe „Bestand und Erschütterung der Familie in der Gegenwart“.

Literatur

Krug von Nidda; Maier; NDB; Reichshandbuch; Muthesius (Hrsg.), Alice Salomon, die Begründerin des sozialen Frauenberufs in Deutschland, 1958; Berger, Alice Salomon: Pionierin der sozialen Arbeit und der Frauenbewegung, 2005; Schüler, Frauenbewegung und soziale Reform: Jane Addams und Alice Salomon im transatlantischen Dialog, 1889-1933, 2004.

Bild

Muthesius (Hrsg.), Alice Salomon, S. 118 f.

Sander, Friedrich Emil Dr. med. Arzt

* 30.6.1833 in Wichlinghausen/bei Barmen, † 4.5.1878 in Hamburg; ev.; V Immanuel Friedrich S. (1797-1859), Pfarrer; M Maria geb. Siebel (1807-40).

Gymnasium in Elberfeld; 1850-53 Studium der Theologie in Halle (Saale) und Bonn; 1853-57 Studium der Medizin in Bonn, Würzburg, Berlin und Leipzig; 1857 Dr. med. in Berlin; 1858 Assistenzarzt in Danzig und desgl. 1859-60 in Berlin; 1861 Arzt in Barmen; 1876 Sanitätsrat und 1878 Direktor am städtischen Krankenhaus in Hamburg.

liberaler Politiker

K 1865-75 Stadtverordneter in Barmen;

Mitglied im Verein der Ärzte des Regierungsbezirks Düsseldorf.

Sozialpolitische Aktivitäten

1873 Mitbegründer des DV* für öffentliche Gesundheitspflege, Ausschussmitglied 1875/76; 1869 Mitbegründer des nieder-rheinischen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege.

Veröffentlichungen

„Die englische Sanitätsgesetzgebung“, 1869; „Ueber Geschichte, Statistik, Bau und Einrichtung der Krankenhäuser“, 1875; „Untersuchungen über die Cholera in ihren Beziehungen zu Boden und Grundwasser, zu sozialen und Bevölkerungsverhältnissen, sowie zu den Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege“, 1873; „Handbuch der öffentlichen Gesundheitspflege“, 1877; Städtische Wasserversorgung KR, 1876; DH DVjöG XII.

Literatur

Labisch/Tennstedt; Pagel.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 486.

Schack, Wilhelm

Verbandsgeschäftsführer

* 19.5.1869 in Hamburg, † 3.1.1949 ebd.; ev.-luth.; V Handwerksmeister.

1876-84 Nicolaikirchenschule in Hamburg; 1884-87 Handelsschule und kaufmännische Lehre in Hamburg; 1887-95 Handlungsgehilfe; 1896-1909 Geschäftsführer des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbands (DNHV), die Geschäftsführung gab er infolge des von ihm ausgelösten sog. Triolen-Skandals ab.

konservativer Politiker

DSRP, DSP, WV

RT 1905-09 WK 2 Sachsen-Weimar (WV); K 1899-1907 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1908; AkGE 1908; – BfAST 1908/09; 1902-09 Ausschussmitglied der GfSR; Sch. baute den DNHV auf,

er machte ihn zum größten kaufmännischen Verein; Steigerung der Mitgliederzahl von 500 auf 120 000. Er gab ihm ein entschiedenes gewerkschaftliches Gepräge; geschickt vertrat er im Reichstag die Interessen der Handlungsgehilfen; als Politiker und Verbandsgeschäftsführer vertrat er einen entschiedenen Antisemitismus; endgültig moralisch disqualifizierte ihn aber der Triolenskanal, der zu seinem Rückzug aus dem öffentlichen Leben führte.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied des Organisationskomitees des (antisozialistischen) Deutschen Arbeiterkongresses.

Veröffentlichungen

„Das Recht des Handlungsgehilfen“, 1900; „Kaufmännische Schiedsgerichte“, 1901; „Der Arbeitsnachweis im Handelsgewerbe“, 1902; „Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe“, 1902.

Literatur

HbRT 1907; Hillger 1907; Wer ist's?; IHG.

Bild

Hillger, S. 355.

Schicker, Maximilian Karl von

Ministerialbeamter

* 2.3.1847 in Füssen, † 5.6.1909 in Stuttgart; kath.; V Josef Sch., Landrichter; ∞ 1876 Augusta geb. Gerstmayr; K 4.

Gymnasium in Augsburg; 1866-70 Studium der Philosophie, Rechts- und Staatswissenschaften in München; 1873 Rechtsanwalt in Augsburg; 1874 Hilfsarbeiter bei der Regierung in Augsburg; 1875 Amtmann in Stuttgart und Heidenheim; 1876 Hilfsarbeiter, 1878 Regierungsassessor, 1881 Regierungsrat, 1886 Oberregierungsrat, 1890 Ministerialrat, 1894 Regiergungsdirektor und 1896 Ministerialdirektor im württemb. Innenministerium; 1896 Ministerialdirektor, 1898 Präsident und 1904 Staatsrat im württemb. Innenministerium; daneben: Ministerialkommissar der Königl. Württemb. Zentralstelle für Handel und Gewerbe, Mitglied des Landesamts für

Heimatwesen, Vorsitzender des Schiedsgerichts, Mitglied der Katasterkommission, Vorsitzender des Landesversicherungsamts für Württemberg.

1882-94 stellv. Bundesratsbevollmächtigter für Württemberg.

Auszeichnungen

1891 nobiliert; Prädikat Exzellenz; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Stern; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern; Komtur vom Verdienstorden der Bayer. Krone; Komtur 2. Klasse vom Königl. Sächs. Verdienstorden; Komtur vom Orden der Württemb. Krone; Komtur 1. Klasse vom Württemb. Friedrichsorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: UnfVersG 1884; UnfKrankVersAusdG 1885; UnfKrankVersGLandw 1886; UnfVersGBau 1887; InvAltVersG 1889; GewONov 1891; KrankVersGNov 1892; GewONov 1897; InvVersG 1899; UnfVersG 1900; KindSchG 1903; KrankVersGNov 1903; KaufmG 1904; VerG 1908; GewONov 1908;

Mitglied BfAST; 1895-1909 vom Bundesrat gewähltes nichtständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts.

Veröffentlichungen

„Die Rechtsverhältnisse der selbstständigen Gewerbetreibenden zu ihren Arbeitern nach dem Reichsgesetz vom 17. Juli 1878 und der Hilfskassenzwang nach dem Reichsgesetz vom 8. April 1876“, 1878; „Die Reichsgesetze über die Krankenversicherung der Arbeiter und über die eingeschriebenen Hilfskassen“, 1884; „Die Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich in der auf Grund des Gesetzes vom 1.7.1883 veröffentl. Fassung nebst den Ausführungsvorschriften des Reiches“, 1884; „Das Polizeistrafrecht und Polizeistrafverfahren im Königreich Württemberg“, 1887; „Die Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, in ihrer Gestaltung nach dem Gesetze vom 1. Juni 1891“, 3. Aufl., 1892; „Die Organisation des Handwerks, Reichsgesetz vom 26. Juli 1897“, 1898; „Die Gewerbeordnung für das Deutsche Reich nach dem neuesten Stande mit Erläuterungen und Ausführungsvorschriften“, 1901.

Literatur

Schubert; DBJ; Zeitgenossen Lex.; Poschinger Bd. 5.

Schirmer, Karl

Schlosser und Schriftsteller

* 10.10.1864 in Winterstetten/Krs. Donaukreis; † 3.1.1942 in München-Pasing; kath.; V Dorfschmied; ∞ 1892 Maria.

Volksschule; 1878-80 Schlosserlehre; Gewerbeschulen in Köln, Zürich und München; 1880-88 Wanderschaft in Deutschland, Belgien, Holland und der Schweiz, Arbeiter in Maschinenfabriken sowie in Bau- und Kunstschlossereien; 1888-97 Kunstschlosser in München; 1897 allgemeine Volkswirtschafts- und Statistikstudien als Gasthörer an der Universität München; 1897- politischer Redakteur, u. a. bei „Arbeiter“, „Neue Bayerische Zeitung“, „Bayerische Post“; 1897- Arbeitersekretär der kath. Arbeitervereine Münchens; 1900 Gründungsmitglied des Bayerischen Postverbands und 1900-03 Sekretär dess.; 1903 Mitbegründer und Herausgeber der „Sozialpolitischen Blätter“, 1902-08 Verleger der „Bayerischen Blätter“.

Zentrumspolitiker

Z, BVP

1893 Gründungsmitglied des Arbeiterwahlvereins der Zentrumspartei in München; 1904- nebenamtlicher Sekretär der bayer. Zentrumspartei; 1914- Mitglied des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei; 1919 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion der Dt. Nationalversammlung; 1918 stellv. Vorsitzender der Bayer. Volkspartei; 1919-20 3. Vorsitzender ders.; RT 1907-18 WK 4 Oberpfalz (Z); 1919-20 WK 25 Niederbayern (BVP); 1920-24 WK 29 Franken (BVP); 1924-28 WK 26 Franken (BVP); LT Bayer. Landtag KdA 1899-1907 WK 1 München (Z).

Sozialpolitische Aktivitäten

VerG 1908; AkGE 1908; HausarbG 1911; RVO 1911; Gründungsmitglied zahlreicher kath. Arbeitervereine und christlicher Gewerkschaften; 1895 Mitbegründer des Vereins Arbeiterschutz.

Veröffentlichungen

„Wohnungselend bei Minderbemittelten“, 1899; „Verhältnisse des bayerischen Post- und Telegrafens-Personals“, 1900; „Das bayerische Land-

tagswahlgesetz“, 1907; „Das Reichsvereinsgesetz“, 1908; „Die Hilfsdienstpflicht im Kriege“, 1907; „Lorenz Huber und seine Zeit“, 1931.

Literatur

HbRT 1912; Hillger 1912; Bosl; Haunfelder Zentrum; Horkenbach; MdR Weimar; Kosch; IHG.

Bild

Hillger 1912, S. 260.

Schlosser, *Georg* Dr. theol.
Pfarrer

* 25.4.1846 in Darmstadt, † 9.6.1926 in Frankfurt/M.; ev.; V Johann Peter Georg Sch. (1817-78), Buchhalter; M Anna Margaretha geb. Scheerer (1821-76); ∞ 1875 Marie geb. Rendtorff (1855-1947); K 6 S, 4 T.

Grundschule und Gymnasium in Darmstadt; 1863 Studium der Theologie in Gießen, 1864 in Erlangen, 1864-66 in Gießen und 1866 in Berlin; 1870-73 Diakonatsverwalter und Lehrer in Gernsheim; 1870-71 Feldprediger; 1873-75 Vikar in Gießen; 1875-77 Verwalter einer Pfarrstelle in Gießen; 1877-1906 zweiter, 1906-14 erster Pfarrer in Gießen.

Mitglied im Wingolf.

Auszeichnungen

Geh. Kirchenrat; Ehrenbürger von Gießen.

Sozialpolitische Aktivitäten

1895 Mitglied im Hauptausschuss des DV, 1912-21 Mitglied im Vorstand; 1919 Mitglied im Arbeitsausschuss und 1921-26 Ehrenvorsitzender ebd.; Ehrenmitglied ebd.; Mitbegründer des Oberhessischen Vereins für Innere Mission; Mitbegründer des Allgemeinen Vereins für Armen- und Krankenpflege; Mitbegründer des Evangelischen Arbeitervereins in Gießen; Pionier der Gefängnissozialarbeit in Deutschland.

Veröffentlichungen

„Die Fürsorge für die confirmierte weibliche Jugend des Arbeiterstandes“ (Vortrag auf der Konferenz für innere Mission am 8.-9. Oktober

1874 zu Frankfurt/M.), 1875; „Über Fürsorge für arme aufsichtslose Kinder“, Schriften des DV H. 6, 1885; „Die Fürsorge für entlassene Sträflinge“ (mit Herse), Schriften des DV H. 16, 1892.

Literatur

NDB; Krug von Nidda; Stadtarchiv Gießen; Jahrbuch der Kirchengeschichtlichen Vereinigung in Hessen und Nassau, Bd. 26, 1975; Diehl (Hrsg.), *Hassia Sacra*, Hessen-darmstädtisches Pfarrer- und Schulmeister-Buch, 1921.

Bild

Jahrbuch der Hessischen Kirchengeschichtlichen Vereinigung, 1975, S. 1.

Schmidt, *Georg* Dr. iur.
Bürgermeister

* 22.12.1857 in Großgerau, † 21.12.1912 in Mainz; ev.; ∞ Klotilde geb. Heimburg (-1941); K 4 S, 1 T.

-1881 Studium der Rechtswissenschaften in Gießen; 1881- Beigeordneter in Worms; 1894-1912 1. Beigeordneter in Mainz; 1904 stellv. Bürgermeister von Mainz.

Auszeichnungen

Ritterkreuz 1. Klasse vom großherzoglich-hess. Verdienstorden Philipp des Großmütigen.

Sozialpolitische Aktivitäten

1899 Mitglied im Hauptausschuss des DV; 1894 Leiter der Armenverwaltung und Jugendfürsorge („Sozialdezernent“) in Mainz; Vorsitzender folgender städtischer Deputationen: Armenwesen, Arbeitsamt, Hospitäler, Hygiene und Jugendfürsorge. Mitglied der Kommission für die Verwaltung der Lungenheilstätte in Mainz; Ausschussmitglied für Invalidenversicherung ebd. S. initiierte die Neustrukturierung der Armenverwaltung ab 1895. Unter seiner Leitung wurde die Jugendfürsorge mit der Einrichtung des Städtischen Erziehungsbeirats und der Städtischen Zentrale für Jugendfürsorge aus der allgemeinen Armenverwaltung gelöst, reformiert und zu einer eigenen Verwaltung für die Kinder- und Jugendfürsorge, neben dem Oberbürgermeister Hein-

rich Gaßner (1847-1905) der wichtigste Träger der Mainzer Sozialpolitik.

Veröffentlichungen

„Existenzminimum in der Armenpflege. Anrechnung der Leistungen der Privatwohlthätigkeit und Invalidenrenten“ (mit Cuno), Schriften des DV H. 39, 1898; „Die Organisation der Gemeindegewerkschaftspflege“ (mit Cuno), Schriften des DV H. 47, 1900; „Das öffentliche Armenwesen der Stadt Mainz. Mit besonderer Berücksichtigung der im Jahr 1895 begonnenen Neuordnung“, 1907; „Die Praxis der Zwangserziehung“, in: Soziale Praxis Jg. 8, 1908; „Die Organisation der Jugendfürsorge“, Schriften des DV H. 92, 1910.

Literatur

Krug von Nidda; Brüchert-Schunk, Städtische Sozialpolitik vom Wilhelminischen Reich bis zur Weltwirtschaftskrise, eine sozial- und kommunalhistorische Untersuchung am Beispiel der Stadt Mainz 1890-1930, 1994; Uhlendorff, Geschichte des Jugendamtes, Entwicklungslinien öffentlicher Jugendhilfe 1871 bis 1929, 2003; Stadtarchiv Mainz; Mainzer Journal vom 29.9.1894; Mainzer Anzeiger vom 21.12.1912.

Bild

Klumper, Vom Werden deutscher Jugendfürsorge, 1931, S. 48.

Schmidt, Reinhart

Fabrikbesitzer

* 14.6.1838 in Sprockhövel/Krs. Schwelm, † 21.10.1909 in Elberfeld; ev.; V Peter Ludwig Sch. (1804-81), Kaufmann; M Elise Friederike Franziska Henriette geb. zur Nieden (1803-58).

Realgymnasium in Elberfeld; technische Ausbildung; 1869 Gründer einer Fabrik für Briefumschläge, Ausbau seines Unternehmens zu einem der führenden in seiner Branche im Deutschen Reich.

liberaler Politiker

F, DFrP, FrVp

1882-84 Geschäftsführer bzw. Vorsitzender der Dt. Fortschrittspartei f. Elberfeld-Barmen; 1884 Vorsitzender der DFrP; Vorsitzender der FrVp in Elberfeld; 1893-1909 Vorsitzender des Zentralen Ausschusses der FrVp; 1895-98 1. Vizepräsident des Reichstags; 1898-1900 2. Vizepräsident;

RT 1881-84 WK 2 Düsseldorf (F); 1887-93 WK 1 Düsseldorf (DFrP); 1893-1907 WK 8 Hessen (FrVp);

LT Preußen AbgeH 1890-93 WK 4 Arnberg (DFrP); 1899-1909 WK 4 Arnberg (FrVp);

K Provinziallandtag; 1878-85 und 1892-1909 Stadtverordneter in Elberfeld.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender der interparlamentarischen Union für Schiedsgericht und Frieden; (1899 gegründete internationale Vereinigung von Parlamenten mit dem Ziel der Sicherung des Friedens, der Förderung der Demokratie und der Menschenrechte).

Auszeichnungen

Ehrenbürger von Elberfeld; Kommerzienrat; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: InvAltVersG 1889; GewONov 1891; InvVersG 1899 Vors.; UnfVersG 1900; KfAST/BfAST 1895-1906. Teilnehmer der sog. Novemberkonferenz zur Reform der Arbeiterversicherung im Reichsamt des Innern 1896. 1901-04 Mitglied im Ausschuss der GfSR; Zweiter Vors. des Elberfelder Vereins für Gemeinwohl (Ortsgruppe des Bergischen VfG).

Literatur

HbRT 1903; Zeitgenossen Lex. 1905; Wuppertaler Biographien, Folge 4, 1962; Haunfelder Lib. Abg.; Q II. 3, 6, III. 3.

Bild

Biefang, S. 227.

Schmidt, Robert

Klaviermacher, Reichsminister

* 15.5.1864 in Berlin, † 16.9.1943 in Berlin-Tempelhof; diss.; V Hermann Sch., Kellertischlermeister; M J. geb. Stephan; ∞ 1889 Marie geb. Bauersfeld.

1871-78 Volks- und Fortbildungsschule in Berlin; 1879-83 Klaviermacherlehre in Berlin; 1883-93 Klaviermacher; Besuch

der Humboldt Akademie; 1893-1902 Redakteur des „Vorwärts“ in Berlin; 1903-10 Leiter des Zentralarbeitersekretariats in Berlin; 1910-19 Leiter der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands; 1918-19 Unterstaatssekretär im Kriegs- und Ernährungsamt in Berlin; 1919 Reichsernährungsminister; 1919-20 und 1921-22 Reichswirtschaftsminister; 1921 Sozialpolitischer Sekretär im Bundesbüro des ADGB in Berlin; 1923 Vizekanzler; 1923 Reichsminister für Wiederaufbau; 1929-30 Reichswirtschaftsminister.

sozialdemokratischer Politiker
SPD

1883 Parteieintritt; Anführer der halbanarchistischen, sog. Jungen in den 1890er Jahren, später Vertreter reformistischer Positionen; 1925 kooptiertes Mitglied der Kommission für das Heidelberger Programm; *RT* 1893-98 WK 5 Berlin (SPD); 1903-18 WK 5 Berlin (SPD); 1919-20 WK 3 Berlin (SPD); 1920-24 Reichswahlvorschlag (SPD); 1924-30 WK 18 Westfalen-Süd (SPD); Mitglied der Nationalversammlung.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1914-34 Mitglied der „Deutschen Gesellschaft“.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: *GewONov* 1908 Koref.; *HausarbG* 1911; *RVO* 1911. – *BfAST* 1908-18; 1890-93 Vorsitzender des freigewerkschaftlichen Klaviermacherverbands in Berlin; 1893 trat er mit diesem zum Deutschen Holzarbeiterverband über, wurde hier Vorsitzender des Verbandsausschusses und der Presskommission; 1902-08 Mitglied der Generalkommission, 1908 Mitglied der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands.

Als erster Sekretär des 1903 gegründeten Zentralarbeitersekretariats war er mit der Prozessvertretung von Arbeitern vor dem RVA beschäftigt und hat sich von dort aus zum führenden Sozialpolitiker des ADGB entwickelt, dessen entsprechende Abteilung er seit 1910 leitete, auch publizistisch war er auf dem Gebiet der Sozialpolitik tätig.

Literatur

HbRT 1912; Schröder; Wer ist's?; Horkenbach; IHG; GdA Bio; biosop; Wenzel; Q IV. 3.

Bild

HbRT 1912, S. 518; HbRT 1920, S. 55.

Schmoller, *Gustav* Friedrich von
Prof. Dr. oec. pol., Dr. iur. et phil. h. c.
Universitätsprofessor

* 24.6.1838 in Heilbronn, † 27.6.1917 in Bad Harzburg; ev.; V David Friedrich Ludwig Sch. (1795-1865), Leiter des Kameralamtes in Heilbronn; M Maria Theresia geb. Gärtner (1804-46); ∞ 1869 Lucia geb. Rathgen (1850-1928); K 1 S, 1 T.

Gymnasium, 1856-57 Ausbildung in der Kanzlei des Vaters in Heilbronn; 1857-61 Studium der Geschichte, Philologie und Staatswissenschaften in Tübingen; 1861 Dr. oec. pol. in Tübingen; 1861 Referendar im Kameralamt in Heilbronn; Referendar im Württemb. Statistischen Bureau; 1864 ao. Prof. für Staatswissenschaften in Halle (Saale); 1865 o. Prof. ebd.; 1872 o. Prof. für Staatswissenschaften in Straßburg; 1882-1917 o. Prof. für Staatswissenschaften in Berlin.

konservativer Politiker

LT Herrenhaus 1899-1912 für die Universität Berlin;
K Stadtverordneter in Halle.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1884 preuß. Staatsrat; 1887 Historiograph der brandenburgischen Geschichte; Mitglied der preuß. Akademie der Wissenschaften; Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Wien und St. Petersburg; Mitglied der bayer. Akademie der Wissenschaften; Mitglied der dän. Gesellschaft der Wissenschaften; Mitglied der ital. Akademie der Wissenschaften in Rom.

Auszeichnungen

1908 nobilitiert; Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; 1896 Dr. iur. h. c. in Breslau; 1903 Dr. phil. h. c. in Heidelberg; 1899 Ritter des Ordens pour le mérite für

Wissenschaft und Kunst; Ritter des Bayer. Maximiliansordens für Wissenschaft; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit dem Stern mit der Zahl 50; Ritter 1. Klasse vom Oldenb. Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig.

Sozialpolitische Aktivitäten

1872 Mitinitiator der Eisenacher Versammlung; 1873 Mitbegründer und 1890-1917 Vorsitzender des VfSP; Ausschussmitglied 1872, 1873, 1874/75, 1875/76, 1877, 1886, 1890, 1895, 1897, 1899, 1905; Mitglied des DV; Ausschussmitglied der Zentralgenossenschaftskasse.

Sch. war Begründer und Hauptvertreter der sog. jüngeren hist. Schule der Nationalökonomie. Er legte den wissenschaftlichen Schwerpunkt auf hist.-empirische Forschungen als Grundlage der nationalökonomischen Theorie. Sch. befürwortete die soziale Intervention des Staates zugunsten der Arbeiter; zeitweilige Zusammenarbeit mit L. Brentano und A. Wagner.

Veröffentlichungen

„Geschichte der deutschen Kleingewerbe“, 1870; „Über Bestrafung des Arbeitsvertragsbruches“, Schriften des VfSP Bd. 7, 1874; Herausgeber (zusammen mit Sering) der „Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen“; „Zur Reform der Gewerbeordnung“, Schriften des VfSP Bd. 15, 1879; „Zolltarifvorlage“, Schriften des VfSP Bd. 16, 1879; „Die preußischen Kolonien des 17. und 18. Jahrhunderts“, Schriften des VfSP Bd. 32, 1886; „Innere Kolonisation“, Schriften des VfSP Bd. 33, 1887; „Zur Litteraturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaften“, 1890; „Über einige Grundfragen der Sozialpolitik und der Volkswirtschaftslehre“, 1900; „Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“, 2 Tle., 1901/04; „Über das Maschinenzeitalter im Zusammenhang mit Volkswohlstand und sozialer Verfassung“, 1903; „Das Verhältnis der Kartelle zum Staat“, Schriften des VfSP Bd. 116, 1905; „Charakterbilder“, 1912; „Die soziale Frage“, 1918 (aus dem Nachlass); Herausgeber des „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich“ 1881-1913 bzw. „Schmollers Jahrbuch“ 1913-17; Herausgeber der „Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte“, 1887-; Mitherausgeber der „Acta Borussica“, 1887-1917.

Literatur

NDB; HdStW; Eberl/Marcon; TNIs Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin;

TNIs Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden; Q I. 8.

Bild

Schumann, Baden-Württembergische Portraits Bd. 2, S. 216.

Schnegelberger, Karl

Verlagsbuchhändler

* 21.3.1854 in Kupferzell/Krs. Jagst, † 7.4.1900 in Wiesbaden; ev.; V Andreas Sch., Hofgärtner; M Marie geb. Dürr; ∞ Klara geb. Vogel (1856-1909); K 2 S, 1 T.

1882-85 Teilhaber der Firma Dietzel, Schwend und Schnegelberger in Wiesbaden (Buchdruckerei und Verlag der „Mainzer Nachrichten“, Druck der „Wiesbadener Zeitung“); 1885 Alleininhaber der Firma und Chefredakteur der „Wiesbadener Zeitung“, 1888 der „Wiesbadener Hotel- und Fremdenzeitung“ und des „Wiesbadener Intelligenzblatts“, zugleich 1885-Chefredakteur der Baden-Badener, Emser und Hamburger Hotel- und Fremdenzeitung; 1893 Eröffnung einer neuen Druckerei und Verlagsbuchhandlung; 1897-1900 Herausgeber verschiedener hess. Adressbücher.

Auszeichnungen

Württemb. Olgaorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

1894 Mitbegründer und -1895 Vorsitzender des Zentralvereins von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich (später: Hauptverband Deutscher Krankenkassen); 1893-1900 Vorsitzender der Gemeinsamen Ortskrankenkasse Wiesbaden; 1890-95 Vorsitzender der freien Vereinigung von Krankenkassen im Regierungsbezirk Wiesbaden.

Literatur

Renkhoff; Tennstedt, Soziale Selbstverwaltung Bd. 2, 1977; Stadtarchiv Wiesbaden.

Bild

Tennstedt, Soziale Selbstverwaltung Bd. 2, S. 87.

Schneider, Fritz Dr. oec. publ.
Schriftsteller

* 8.8.1838 in Breslau, † 28.4.1921 in Potsdam; ev.; V Karl Ernst Christoph Sch. (1786-1856), Universitätsprofessor (Philologe) in Breslau; M Emmelie geb. Wilgenroth; ∞ Johanna Maria Elisabeth geb. Loesener (1854-1920); K 2 T.

1848-58 Gymnasium in Breslau; 1858-60 Studium der Philologie und Geschichte, 1860/61 der Volkswirtschaft, 1861 der Rechtswissenschaften in Breslau und 1861-63 desgl. in Berlin; 1867 Dr. oec. publ. in Tübingen; 1862-68 erster Sekretär von Schulze-Delitzsch und erster Mitarbeiter desselben im Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (später Deutscher Genossenschaftsverband); 1868-84 Vertreter von Schulze-Delitzsch auf den genossenschaftlichen Verbandstagen; 1883 und 1896 Scheitern bei der Wahl zum Anwalt der Deutschen Genossenschaften; 1884-1918 Revisor verschiedener Unterverbände der Allgemeinen Deutschen Genossenschaften und mehrerer Kommunkassen.

Burschenschaft Raczek Breslau.

liberaler Politiker
DFrP, FrVp
RT 1884-87 WK 7 Potsdam (DFrP); 1890-98 WK 1 Erfurt (DFrP/FrVp);
K 1877-85 Stadtverordneter in Potsdam; 1882-88 Mitglied des brandenburgischen Provinziallandtages.

Ehrenämter und Mitgliedschaften
Mitbegründer der Volksbibliothek in Potsdam.

Sozialpolitische Aktivitäten
RT-Komm.: GewONovE 1885/86; GewGerG 1890; BerufsVerGE 1890/92 Ber.

Veröffentlichungen
Mitherausgeber der Schriften von Schulze-Delitzsch „Schriften und Reden“.

Literatur
HbRT [1893]; Biefang; Eberl/Marcon; Haunfelder Lib. Abg.

Bild
Biefang, S. 134.

Schönberg, Gustav Friedrich von Dr. iur. et phil. et. sc. pol.
Universitätsprofessor

* 21.7.1839 in Stettin, † 3.1.1908 in Tübingen; ev.; V Christian Friedrich Sch., Bauunternehmer; M Laura (Elionore) geb. Kunzmann; ∞ Marie Emilie geb. Freiin von Babo (1853-1900); K 1 S, 2 T.

-1847 Elementarunterricht in Stettin; 1847 Vorschule und Gymnasium in Stettin; 1857-58 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn und desgl. 1858-60 in Berlin; 1860 Dr. iur. in Berlin; 1860-62 Auskultator am Appellationsgericht in Stettin; 1862-65 Referendar ebd.; 1865 Assessor ebd.; 1865-67 Statistisches Seminar in Berlin; 1867 Dr. phil. und Habilitation in Halle (Saale); 1867-68 Dozent für Nationalökonomie und Landwirtschaftsrecht an der landwirtschaftlichen Akademie in Proskau; 1869-70 o. Prof. der Nationalökonomie und Statistik in Basel; 1870-72 o. Prof. für Kameralistik in Freiburg/Br.; 1872-1908 o. Prof. für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft in Tübingen; 1903-08 Mitglied des Staatsrats.

Burschenschaften Germania und Derendingia.

K Gemeinderat in Tübingen 1889-1907 (Deutsche Partei).

Ehrenämter und Mitgliedschaften
Mitbegründer landwirtschaftlicher Genossenschaften in Schlesien; 1872 Mitglied des Beirats der Bad. Landeskommission für die Wiener Weltausstellung; Mitglied des Tübinger Bürgervereins; Mitglied des Tübinger Kirchenkonvents; Mitglied des Schulrats für Tübingen.

Auszeichnungen
1877 persönlich nobilitiert; 1873 Dr. oec. publ. h. c.; 1907 Ehrenbürger der Stadt Tübingen; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Ehrenkommenturkreuz des Hausordens

von Hohenzollern; Komturkreuz vom Orden der Württemb. Krone; Komturkreuz 2. Klasse des Friedrichsordens; Bad. Orden vom Zähringer Löwen Ritter 1. Klasse mit Eichenlaub; Bad. Orden vom Zähringer Löwen Kommandeur 2. Klasse; Kommandeur des Sternes von Rumänien; Großoffizier des Ordens der Rumänischen Krone.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1875/76, 1879, 1884, 1890, 1895, 1897, 1903.

Veröffentlichungen

„Die Landwirtschaft und das Genossenschaftswesen“, 1868; „Die Landwirtschaft der Gegenwart und das Genossenschaftsprinzip“, 1869; „Die Volkswirtschaft der Gegenwart im Leben und in der Wissenschaft“, 1869; „Arbeitsämter – Eine Aufgabe des Deutschen Reiches“, 1871; „Die Frauenfrage“, 1872; „Die Volkswirtschaftslehre“, 1873; „Die deutsche Freihandelschule und die Partei der Eisenacher Versammlung vom Oktober 1872“, 1873; „Die sittlich-religiöse Bedeutung der sozialen Frage“, 1876; „Zur Handwerkerfrage“, 1886; „Die Sozialpolitik des Deutschen Reiches“, 1886; „Handbuch der Politischen Ökonomie“ (3. Aufl.), 1882; 1887- Mitherausgeber der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“.

Literatur

NDB; HdStW; Eberl/Marcon; Marcon; Tennstedt, Der politische Ökonom Gustav Schönberg, in: Soziale Arbeit zwischen Ökonomisierung und Selbstbestimmung (Festschrift Ortman), 2007, S. 257 ff.

Bild

Eberl/Marcon, S. 776 Tafel 19.

Schorlemer-Alst, *Burghard* Franz Ludwig Frhr. von Dr. phil. h. c.
Rittergutsbesitzer

* 20.10.1825 in Schloss Herringhausen/Krs. Lippstadt, † 17.3.1895 in Alst/Krs. Steinfurt; kath.; V Friedrich Wilhelm Freiherr von Sch. (1786-1849), Rittergutsbesitzer; M Josephine Freiin von Pelden, gen. von Cloudt zu Lauersforth (1788-1863); ∞ 1852 Anna Gräfin zu Droste-Vischering, geb. Reichsfreiin von Imbsen (1820-91); K

3 S: Clemens (1856-1922), 1910-17 preußischer Landwirtschaftsminister.

Privatunterricht; 1840-42 Militärbildungsanstalt in Dresden; 1842 preußische Armee, Standorte Trier, Düsseldorf, Bonn; 1849 Feldzug in Baden und in der Pfalz; 1852 Abschied aus dem Militärdienst; 1852 Erwerb von Gut Alst bei Leer; 1852-95 Landwirt.

Zentrumspolitiker

Z

1870 Gründungsmitglied der Zentrumsparterie; 1870- Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der westfälischen Zentrumsparterie; 1871-89 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des preuß. AbgeH; 1873 Vorstandsmitglied des Provinzialkomitees; 1874-85 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags; 1884- Vorstandsmitglied des Zentralwahlkomitees; 1876 Vorstandsmitglied des Wahlvereins des westfälischen Zentrums; RT 1870-71 WK 2 Münster (bkF); 1874-81 WK 1 Münster (Z); 1881-84 WK 5 Arnsberg (Z); 1884-87 WK 1 Münster (Z); 1890 WK 5 Arnsberg (Z); LT Pr. AbgeH 1870-89 WK 2 Münster (Z); Herrenhaus 1891-95; K Westfälischer Provinzialalltag 1887-95; Kreistag von Münster 1857-95; 1. Beigeordneter des Amts Horstmar/Steinfurt, Gemeindevorsteher von Leer/Steinfurt.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1862 Gründungsmitglied des ersten Bauernvereins Preußens im Krs. Steinfurt; 1871 Gründungsmitglied des Westfälischen Bauernvereins, 1871-95 Vorsitzender dess.; 1865 stellv. Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Hauptvereins Regierungsbezirk Münster, 1867-95 Vorsitzender dess.; 1870-76 Vorsitzender des landwirtschaftlichen Provinzialvereins für Westfalen und Lippe, ab 1877 Ehreuvorsitzender dess.; 1863-95 Mitglied des preußischen Landesökonomiekollegiums; 1884 Gründungsmitglied der ländlichen Zentralkasse; Aufsichtsratsmitglied der Münster-Eschede Eisenbahn; 1870 Mitbegründer des Realkreditinstituts der Westfälischen Landschaft; 1870 Mitbegründer der Landwirtschaftlichen Versuchsstation in Münster; 1884-95 preuß. Staatsrat.

Auszeichnungen

Päpstl. Geheimkämmerer; 1880 Dr. phil. h. c. Münster; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse mit rotem Kreuz im weißen Felde mit Erinnerungsband; Malteserorden; Komtur vom päpstl. St. Sylvesterorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: UnfVersGE 1881; eigentlicher Verfasser des sog. Antrags Galen zur GewO (Arbeiterschutzantrag) von 1877; befürwortete den preußischen Volkswirtschaftsrat wie auch die Schaffung korporativer Vereinigungen als konservative Zielvorstellung einer ständisch organisierten Gesellschaft; 1881 Zerwürfnis mit Windthorst über die Unfallversicherungsvorlage, die er befürwortete.

Veröffentlichungen

„Die Lage des ländlichen Grundbesitzes in Westfalen bezüglich der Verschuldung und Kreditnot, wie der Mittel zu deren Abhilfe. Nebst einem Anhang über das Versicherungswesen“, 1868; „Das Reichsgesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889“, 1890.

Literatur

HbRT 1890; Haunfelder Zentrum; Preuß. Staatshandbuch 1894/95; Schulte, RWWB Bd. 1; TNIs Westfälisch-Lippescher Landschaftsverband Münster; TNIs Archiv der Freiherren von Schorlemer in Schloss Herringhausen über Lippstadt; Q I. 7, 8, II. 1, 3.

Bild

Haunfelder, S. 103.

Schrader, Karl Wilhelm

Eisenbahndirektor

* 4.4.1834 in Wolfenbüttel, † 4.5.1913 in Berlin; ev.; V Ludwig Sch. (1799-1861), Arzt; M Caroline geb. von Bar (-1836); ∞ 1872 Johanne Juliane Henriette geb. Breymann (1827-99), Frauenrechtlerin.

Gymnasium in Wolfenbüttel; 1853-56 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen und Berlin; 1856-60/61 juristischer Vorbereitungsdienst im Herzogtum

Braunschweig; 1861 Hilfsarbeiter und bis 1871 Mitglied der Generaldirektion der Eisenbahnen des Herzogtums Braunschweig, Justitiar der Kaiserlichen Oberpostdirektion; 1872-83 Mitglied der Direktion der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn in Berlin; 1883-1913 in der Privatwirtschaft tätig (u. a. 1883 Mitglied der Direktion der Deutschen Bank); Mitglied des Verwaltungsrates der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft; 1888-89 Direktor bei der Deutschen Bank; 1895-1913 Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank.

liberaler Politiker

LV, DFrP, FrVg, FoVp

1880-84 LV; 1884-93 DFrP; 1893-1910 FrVg; 1910-13 FoVp; Vorsitzender des Wahlvereins der Liberalen; Mai 1890 Vorsitzender, Juni 1890-93 stellv. Vorsitzender der DFrP; 1893-1910 Vorsitzender der Fraktion der FrVg des Reichstags; 1910-13; 2. stellv. Vorsitzender der FoVp; RT 1881-84 WK 1 Braunschweig (LV); 1884-90 WK 3 Danzig (DFrP); 1890-93 WK 2 Braunschweig (DFrP); 1898-1903 WK 2 Frankfurt/O. (FrVg); 1903-12 WK 1 Anhalt (FrVg).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitbegründer und 1905-13 Präsident des Protestantenvereins; Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Schutzverbands gegen agrarische Übergriffe; Mitbegründer des Vereins für häusliche Gesundheitspflege; Mitbegründer des Berliner Vereins für Volkserziehung.

Auszeichnungen

Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: HilfskGNov 1884; UnfVersG 1884; UnfKrankVersAusdG 1885; UnfKrankVersGLandw 1886; UnfVersGBau 1887; UnfVersGSee 1887; InvAltVersG 1889; BerufsVerGE 1890/92 Vors. – 1881-96 Mitglied im Hauptausschuss des DV; Vorstandsmitglied des ZWAK.

Veröffentlichungen

„Die Stellung der politischen Parteien zur Sozialreform und zur Arbeiterfrage“, in: „Die Nation“, 1884.

Literatur

Hirth 1887; HbRT 1907; Wer ist's?; Pachnicke, NDB; Braunschweigisches Jahrbuch Bd. 55, 1971; Lyschinska, Henriette Schrader-Breymann. Ihr Leben, 1922, Bd. I; Nls Niedersächsisches Landesarchiv - Staatsarchiv Wolfenbüttel; Q II. 1, 2, 4, 6, III. 3.

Bild

Biefang, S. 134.

Schröder, Johann Georg *Theodor*

Dr. iur., Dr. med. h. c.

Verwaltungsbeamter, LVA-Präsident

* 8.3.1860 in Kassel, † 2.10.1951 in Helmarshausen; ev.-luth.; V Wilhelm Sch. (1809-67), Kaufmann; M Anna Elisabet geb. Ritz (1816-1912); ∞ 1900 Johanna (Jana) geb. Feik (1860-1936).

1869-78 Gymnasium in Kassel; 1878-82 Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und Berlin; 1888 Assessor und 1889 Landesrat in Kassel; danach Mitglied und stellv. Landeshauptmann der Bezirkskommunalverwaltung Hessen-Nassau in Kassel; 1891 Dr. iur. in Göttingen; 1910 Geh. Regierungsrat; -1918 2. Vorsitzender und 1919-28 Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau; Geschäftsführer und 1919-28 Vorsitzender der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Hessen-Nassau; 1928 Ruhestand.

Corps Hannovera Göttingen.

liberaler Politiker

NL

LT Preuß. AbgeH 1904-18 WK 3 Kassel (NL), 1911-18 Quästor;

K 1919-24 Provinziallandtag Hessen-Nassau; 1919-24 Beigeordneter in Kassel.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919-29 Mitglied im vorläufigen Reichswirtschaftsrat; Mitglied im Reichsgesundheitsrat; 1914-18 Hauptgeschäftsführer des Deutschen Roten Kreuzes in Kassel.

Auszeichnungen

1927 Dr. med. h. c. Marburg; 1950 Ehrenbürger in Kassel; Preuß. Roter Adleror-

den 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1911-19 Mitglied des Ständigen Ausschusses der Invalidenversicherungsträger; 1919 Mitbegründer und -1933 Vorsitzender des Reichsverbands der Landesversicherungsanstalten; 1919-37 Vorsitzender bzw. ab 1925 Präsident und danach Ehrenvorsitzender des (Reichs-)Verbands der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften; stellv. Mitglied im Beirat der ZfVW in Berlin; 1893 und 1897 Mitglied der Kommission zur Unfallverhütung; Vorsitzender des Verbands der Wohnungsbaugenossenschaften; Vorsitzender des Verbands der Baugenossenschaften von Hessen-Nassau; Vorsitzender zahlreicher internationaler Sozialversicherungskongresse.

Veröffentlichungen

„Zur Geschichte des Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften“, in: 50 Jahre landwirtschaftliche Unfallversicherung, 1937.

Literatur

NDB; Lengemann; Reichshandbuch.

Bild

Reichshandbuch, S. 1712.

Schultz, *Georg*

Landgerichtsdirektor

* 23.5.1860 in Karolewo/Krs. Bromberg, † 1.4.1945 in Bad Kissingen; ev.; V Karl Sch. (1825-89), Gutsbesitzer.

1872-80 Gymnasium; 1880-84 Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen und Berlin; 1884 Referendar; 1889 Gerichtsassessor; 1895-99 Amtsrichter in Wongrowitz; 1900 Landrichter in Bromberg; 1904-18 Landgerichtsrat ebd., 1918 ff. Landgerichtsdirektor in Breslau.

konservativer Politiker

DRP, DNVP

1910-12 2. Vizepräsident des Reichstags; 1918 Vorsitzender der DRP; Ende 1918/Anfang 1919 Mitglied des vorläufigen Ar-

beitsausschusses und des vorläufigen Vorstandes der DNVP;

RT 1907-18 WK 3 Bromberg (DRP); 1919-20 WK 8 Posen (DNVP); 1920-24 Reichswahlvorschlag (DNVP); 1924-30 WK 6 Pommern (DNVP); 1919 Mitglied der Nationalversammlung.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1926-28 Vorstandsmitglied der „Deutschen Stiftung“ (halbstaatl. Organisation zur Förderung des Deutschtums im Ausland).

Auszeichnungen

Geh. Justizrat; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: RVO 1911 Vors.

Literatur

HbRT 1912; Wer ist's?; MdR Weimar; Dombrowski, Georg Schultz-Bromberg. Ein konservativer Abgeordneter im Deutschen Reichstag, in: Westpreußen-Jahrbuch 30 (1980), S. 127-131.

Bild

HbRT 1912, S. 466.

Schulze, Julius

Handelskammersekretär

* 18.1.1836 in Bacharach, † 1888 in Königsberg/Pr.

1869/70 Vorsitzender des liberalen, arbeitgebernahen „Deutschen Arbeiterbundes“ (gemäßigte Abspaltung des VDAV mit Vorort Nürnberg) 1870-77 Sekretär des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins; 1872-74 zugleich Sekretär der Handelskammer Mainz; 1877-80 Sekretär der Hamburger Gewerbekammer; 1881-83 Hilfsarbeiter im Reichsamt des Innern; Anschluss an die sozialkonservative sog. Berliner Bewegung; danach Sekretär des Konservativen Wahlvereins in Königsberg.

zunächst liberaler, dann konservativer Politiker

NL

LT Hess. Landtag, 1875-77 WK Alsfeld (NL).

Sozialpolitische Aktivitäten

1873 Gründungsausschuss, 1874 Mitglied des Ausschusses VfSP; Sch. wirkte zunächst auf dem Gebiet der Arbeiterbildung bzw. liberalen Arbeiterbewegung, hier vertrat er arbeitgebernahe Positionen, seit 1870 organisierte er die Reformdiskussionen und -projekte rheinhessischer Unternehmer zur Arbeiterfrage, nach seiner antifreihändlerischen, konservativen „Wende“ (wohl 1880) von Bismarck zunächst im Reichsamt des Innern als Hilfsarbeiter „untergebracht“, wo er mehrere Denkschriften und Übersichten zu dessen Arbeiterversicherungsprojekten verfasste, u. a. zu Hilfskassen.

Veröffentlichungen

„Bemerkungen über die Einrichtung von Schieds- und Einigungs-Aemtern“, Schriften VfSP, Bd. 2, 1873; „Die Reform des Lehrlingswesens“, Schriften VfSP, Bd. 10, 1875; „Das heutige gewerbliche Lehrlingswesen, seine Mängel u. die Mittel zu seiner Beseitigung“, 1876; „Die Gesetzgebung des Deutschen Reiches im Lichte ihrer Ursachen und Wirkungen, sowie der neueren gewerbepolitischen Bestrebungen“, in: Zeitfragen, Jg. 1879; „Was will der Fürst Reichskanzler?“, in: Zeitfragen Jg. 1881.

Literatur

Götz; Engelhardt, „Nur vereinigt sind wir stark“, 1977; Vogel, Bismarcks Arbeiterversicherung, 1951, Q I. 5, 6, 8, II. 1, 5.

Schulze(-Delitzsch), Franz Hermann

Dr. iur. h. c.

Kreisrichter

* 29.8.1808 in Delitzsch, † 29.4.1883 in Potsdam; ev.; V August Wilhelm Sch. (1779-1861), Bürgermeister und Richter; M Wilhelmine geb. Schmorl (1784-1866); ∞ 1850 Berta Johanne Wilhelmine geb. Jacobs (1828-86); K 3 S, 2 T.

1821-27 Gymnasium in Leipzig; 1827-30 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig und Halle (Saale); 1830 Auskultor am Landgericht in Torgau; 1833-37

Referendar am Oberlandesgericht in Naumburg, zeitweise Verwalter des Patrimonialgerichts in Delitzsch; 1838-40 Assessor in Naumburg und am Berliner Kammergericht, 1841-49 Patrimonialrichter in Delitzsch; 1849-51 Kreisrichter in Wreschen/Posen; 1851-83 Journalist und Schriftsteller; 1859-83 Leiter und Anwalt des Genossenschaftsverbands deutscher Vorschuss- und Kreditvereine; seit 1862 in Potsdam wohnhaft.

liberaler Politiker

F

1859 Mitbegründer und Ausschussmitglied des deutschen Nationalvereins; 1861 Mitbegründer der Deutschen Fortschrittspartei; 1848 preußische Nationalversammlung (linkes Zentrum, Fraktion Mielentz); Mitglied der zweiten Preuß. Kammer; 1849 WK Merseburg-Delitzsch-Bitterfeld (Linke); 1861-62 WK 3 Berlin (F); RT 1867-74 WK 6 Berlin (F); 1874-83 WK 2 Wiesbaden (F); LT Pr. AbgeH 1867-72 WK 3 Berlin (F).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitbegründer der Genossenschaftsbank von Sörgel, Parrisius & Co.

Auszeichnungen

1873 Dr. iur. h. c. Heidelberg; Ehrenmitglied des Cobden Clubs.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: HaftpflichtG 1871, ReRT; VerGE 1871 u. 1872; GewGerG 1874. – Mitinitiator des preuß. Genossenschaftsgesetzes von 1867; 1849 Gründer einer Genossenschaft der Tischler und Schuhmacher; 1850 Gründer eines Vorschussvereins; 1858 Mitbegründer des Kongresses deutscher Volkswirte; 1859 Gründer des Allgemeinen Verbands der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften; 1865 Gründer der Deutschen Genossenschaften in Berlin; 1868 Mitbegründer der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker); 1871 Mitbegründer und Vorsitzender der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung; für Koalitions- und Kassenfreiheit engagiert; im preuß. Landtag (1867) u. im Reichstag (1871) bemüht, den Handwerker- und Arbeiter-Bildungsver-

einen eine eigenständige vereinsrechtliche Stellung zu verschaffen.

Veröffentlichungen

„Das Assoziationsbuch für deutsche Handwerker und Arbeiter“, 1853; „Die Vorschuss- und Kreditvereine als Volksbanken“, 1855; „Die arbeitenden Klassen und das Assoziationswesen in Deutschland als Programm zu einem deutschen Kongress“, 1858; Capitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus, 1863; Hrsg. Zeitschrift „Die Innung der Zukunft“; Thorwart [Hrsg.], Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, 4 Bde., 1909-13, ND 1990; Q I. 1, 2, 4, 5, 6, 8, II. 1, 4, 6.

Literatur

Hirth 1881; Aldenhoff, Schulze-Delitzsch, 1984; Wilde, Episoden um Hermann Schulze-Delitzsch, 2008; TNIs Heimatmuseum Delitzsch; TNIs Bundesarchiv Koblenz.

Bild

Haunfelder Norddt. Reichstag, S. 300.

Schwabe, Willmar Dr. phil.
Fabrikant

* 15.6.1839 in Auerbach/Vogtland, † 8.1.1917 in Leipzig; ev.; V Karl Robert Sch. (1809-54), Apotheker; M Karoline geb. Diebel (1816-?); ∞ 1870 Luise geb. Eder (-1906); K 3 S, 2 T.

Gymnasium in Dresden; Pharmazielehre in Dresden; 1861-63 Studium der Pharmazie in Leipzig; 1863 Dr. phil. in Leipzig; 1863 Apotheker in Leipzig; 1866 Gründung eines homöopathischen Versandgeschäfts; 1882 homöopathische Zentralapotheke.

K Stadtrat in Leipzig.

Auszeichnungen

Preuß. Kronenorden 3. Klasse; Offizier vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Kommerzienrat; Geh. Hofrat.

Sozialpolitische Aktivitäten

1892-1904 Vorsitzender der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend; 1895-1903 Vorsitzender des Zentralvereins von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich;

führend engagiert bei den Auseinandersetzungen zwischen Ortskrankenkasse und Ärzten in Leipzig (1901 u. 1904); stiftete der Ortskrankenkasse Leipzig zwei Rittergüter als Genesungsheime.

Veröffentlichungen

„Die Cholera, ihre schnelle und sichere Heilung durch Homöopathie“, 1866; „Deutsches homöopathisches Arzneibuch“, 1900; 1872- Herausgeber der „Pharmacopoea homoeopathica“; Herausgeber der „Leipziger populären Zeitschrift für Homöopathie“.

Literatur

NDB; Neubert; Zekert, Berühmte Apotheker; Willmar Schwabe GmbH (Hrsg.), 100 Jahre Arzneimittel Dr. Willmar Schwabe, 1966; Pfarrarchiv Auerbach.

Bild

Willmar Schwabe, S. 1.

Schwander, Johann *Rudolf* Dr. rer. pol., Dr. iur. h. c., Dr. med. h. c., Dr. phil. h. c. Oberpräsident

* 23.12.1868 in Colmar/Elsass, † 24.12.1950 in Oberursel/Taunus; ev.; V (mutmaßlich) Camille Schlumberger (1831-97), Bürgermeister von Colmar; M Anne Barbe geb. Schwander (1848-1931); ∞ 1894 Marie geb. Obrecht (1874-1953); K 4 S.

Volksschule und Spezialschule in Colmar; Sekretäranwärter im Magistrat von Colmar; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Straßburg (ohne Abitur); 1900 Generalsekretär des Armenwesens und der Hospitalverwaltung in Straßburg; 1904 Dr. rer. pol. in Straßburg; 1906-17 und 1918 Bürgermeister von Straßburg; 1917 kurzzeitig Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern und Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt; 1918 kurzzeitig Statthalter von Elsass-Lothringen; 1919-30 Oberpräsident von Hessen-Nassau; 1929-37 Aufsichtsratsvorsitzender des Societäts-Verlags der Frankfurter Zeitung; 1930- Verwalter des Städelschen Instituts und des Freien Deutschen Hochstifts in Frankfurt/M.

liberaler Politiker
DDP

LT Erste Kammer des Landtages von Elsass-Lothringen 1911-15;
K 1902-06 Beigeordneter in Straßburg; Mitglied im Landesausschuss von Elsass/Lothringen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1930-33 Mitglied im Rotary Club in Frankfurt/M.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; 1930 Ehrenmitglied des DV; Ehrensator der Universität Frankfurt/M.; Ehrenmitglied der Staatlichen Kunstakademie in Kassel.

Sozialpolitische Aktivitäten

1903-25 Mitglied im Hauptausschuss des DV, 1921-25 Vorstandsmitglied ebd.; Beirat ZfVW; Förderer des sozialen Wohnungsbaues in Straßburg; 1892/93 zusammen mit Heinrich Ruland Reorganisator des städtischen Armenwesens in Colmar; erstellte eine Statistik der Leistungen für Armenpflege im Reichsland Elsass-Lothringen der Jahre 1894/95; reformierte als Bürgermeister die städtische Armenpflege in Straßburg, das sog. Straßburger System aus Arbeitsvermittlung und moderner Stadtmodernisierung hatte Vorbildcharakter, es löste nach und nach das Elberfelder System auch in anderen Städten ab.

Veröffentlichungen

„Nachweisung der Leistungen der öffentlichen Armenpflege in Elsass-Lothringen für 1894/95“, Schriften des DV H. 27, 1896; „Das Armenrecht in Elsass-Lothringen“, 1899; „Die Einrichtung von Notstandsarbeiten und ihre Erfolge“ (mit Hartmann), Schriften des DV H. 58, 1902; „Die Armenpolitik Frankreichs während der großen Revolution und die Weiterentwicklung der französischen Armengesetzgebung bis zur Gegenwart“, 1904 (Diss.); „Bericht über die Entwicklung der Hausarmenpflege“, 1905; „Die heutigen Anforderungen an die öffentliche Armenpflege im Verhältnis zur bestehenden Armengesetzgebung“, Schriften des DV H. 73, 1905.

Literatur

NDB; Krug von Nidda; Reichshandbuch; Renkhoff; Sachße/Tennstedt; Dominicus, Straßburgs deutsche Bürgermeister Back und Schwander 1873-1918, 1939; Rotary Club (Hrsg.), Rudolf Schwander, 1950; Rehm, Rudolf Schwander und Kurt Blaum, Wegbereiter neuzeitlicher Kommunalpolitik aus dem Elsaß, 1974.

Bild

Sachße/Tennstedt, S. 299.

Sering, Max Dr. rer. pol., Dr. rer. pol. h. c.,
Dr. iur. h. c., Dr. agr. h. c., Dr. phil. h. c.
Universitätsprofessor

* 18.1.1857 in Barby/Krs. Kalbe, † 12.11.
1939 in Berlin; ev.; V Friedrich Wilhelm
S. (1822-1901), Musikprofessor und Kom-
ponist; M geb. Friedländer (-1939);
∞ 1889 Anna geb. Busch (1865/69-1939);
K 1 S, 1 T.

1867-72 Gymnasium zum Kloster Unserer
lieben Frauen in Magdeburg; 1872-76 Ly-
zeum in Straßburg; 1876-79 Studium der
Rechts- und Staatswissenschaften in Straß-
burg und Leipzig; 1881 Dr. rer. pol. in
Straßburg; 1879-83 Referendar im Justiz-
und Verwaltungsdienst in Elsass-Lothrin-
gen; 1882 im Auftrag der preuß. Regierung
Reise nach Nordamerika zum Studium der
dortigen Landwirtschaft; 1883 Habilitation
in Bonn; 1885-89 ao. Prof. der Staatswis-
senschaften in Bonn; 1889-1906 o. Prof. an
der landwirtschaftlichen Hochschule in Ber-
lin und 1889-97 Privatdozent an der Univer-
sität Berlin; 1897-1934 o. Prof. an der Uni-
versität Berlin; 1914-18 Vorsitzender der
Wissenschaftlichen Kommission des preu-
ßischen Kriegsministeriums; 1922 Direktor
des Deutschen Forschungsinstituts für
Agrar- und Siedlungswesen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vizepräsident der Internationalen Konfe-
renz für Agrarwissenschaft; Mitglied der
schwedischen Landbruks Akademie; Sen-
ator der Deutschen Akademie; Mitglied
des deutschen Landwirtschaftsrats; Mit-
glied des Preuß. Landesökonomiekolle-
giums; Mitglied der Preuß. Akademie der
Wissenschaften; Leiter der Vereinigung für
Staatswissenschaftliche Fortbildung in
Berlin; Direktor des staatswissenschaft-
lichen Seminars der Universität Berlin.

Auszeichnungen

Geh. Regierungsrat; Dr. iur. h. c. in Berlin;
Dr. rer. pol. h. c. in Heidelberg und Köln;

Dr. agr. h. c. der landwirtschaftlichen
Hochschule in Berlin; Preuß. Roter Adler-
orden 4. Klasse; Komtur vom mecklen-
burg.-schwerinischen Greifenorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied
1890, 1895, 1897, 1910, 1911; S. war füh-
render Landwirtschafts- und Siedlungs-
experte der Kaiserzeit, er förderte die sog.
innere Kolonisation, 1919 war er maßgeb-
lich am Reichssiedlungsgesetz beteiligt.

Veröffentlichungen

„Geschichte der preußisch-deutschen Eisen-
zölle“, 1882; „Die landwirtschaftliche Konkur-
renz Nordamerikas“, 1887; „Arbeiterrausschüsse
in der deutschen Industrie“, Schriften des VfSP
Bd. 46, 1890; „Die Lage der Landwirtschaft in
Preußen“, 1891; „Die innere Kolonisation im
östlichen Deutschland“, Schriften des VfSP
Bd. 56, 1893; „Das Sinken der Getreidepreise
und die Konkurrenz des Auslandes“, 1894; „Die
Vererbung des ländlichen Grundbesitzes im Kö-
nigreich Preußen“, 1897; „Erbrecht und Agrar-
verfassung in Schleswig-Holstein auf geschicht-
licher Grundlage“, 1908; „Grundbesitzvertei-
lung und Abwanderung vom Lande“, 1910;
„Untersuchungen über Preisbildung“ (Hrsg. der
Abteilung A: Preisbildung bei agrarischen Er-
zeugnissen), Schriften des VfSP Bd. 139-146,
1911-20; „Die Politik der Grundbesitzverteilung
in den großen Reichen“, 1912; „Entwurf einer
Verordnung zur Beschaffung von landwirt-
schaftlichem Siedlungsland“, 1919; „Das Frie-
densdiktat von Versailles und Deutschlands
wirtschaftliche Lage“, 1920; Herausgeber (zu-
sammen mit G. Schmoller) der „Staats- und so-
zialwissenschaftlichen Forschungen“; „Deutsch-
land unter dem Dawesplan“, 1928; „Die Ver-
schuldungs- und Kreditlage der deutschen
Landwirtschaft in ihrer Entwicklung von der
Währungsbefestigung bis Ende“, 1928; „Die
Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in der
Nachkriegszeit“ (Hrsg. mit C. v. Dietze), Schrif-
ten des VfSP Bd. 178, 1930; „Die Welt-
wirtschaftskrise und die Neuordnung Europas“,
1932.

Literatur

Wer ist's?; HdStW; Reichshandbuch; Wenig;
Wenzel; Vereinigung der Sozial- und Wirt-
schaftswissenschaftlichen Hochschullehrer. Wer-
degang und Schriften der Mitglieder, 1929;
Kürschner Gelehrte 1931; Q IV. 4; Nls Bundes-
archiv Koblenz.

Bild

Das goldene Buch, Wirtschaftsleben S. 21.

Seyffardt, Ludwig Friedrich
Fabrikbesitzer

* 16.6.1827 in Aachen, † 26.1.1901 in Krefeld; ev.; V Ludwig S. (1792-1871), Generalagent und Direktor der Aachen-Münchener Feuerversicherungsgesellschaft; M Mathilde geb. Scheibler (1805-33); ∞ 1856 Mathilde geb. vom Bruck (1837-80); K 6.

Ev. Elementarschule in Aachen; Höhere Bürgerschule bzw. spätere Realschule in Aachen; kaufmännische Lehre in Krefeld; Lehre in der Samtfabrik „H. vom Bruck & Söhne“; 1848 Reise nach England; 1856 Teilhaber, 1857 Mitinhaber, 1861 Geschäftsführer und später alleiniger Inhaber einer Samtfabrik in Krefeld; 1867-1901 ausschließlich öffentliche und gemeinnützige Tätigkeiten.

liberaler Politiker

NL

1848 Konstitutioneller Club;
1893-98 Zentralvorstandsmitglied der NL;
RT 1869-71 WK 11 Düsseldorf (NL);
LT Pr. AbgeH 1873-80 WK 10 Düsseldorf (NL);
1882-85 WK 10 Düsseldorf (NL);
1886-98 WK 4 Magdeburg (NL);
K 1869- Stadtverordneter in Krefeld, Beigeordneter ebd.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied im Nationalverein; Mitglied der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung; Mitglied im Deutschen Verein der Rheinprovinz; 1862-87 Mitglied der Krefelder Handelskammer; Präsident des Landwehrunterstützungsvereins; 1863-64 Mitglied im Deutschen Verein für Krefeld und Umgegend; Mitglied im Schulverein in Krefeld; Vorsitzender im Turnverein in Krefeld.

Auszeichnungen

Ehrevorsitzender des Handwerker- und Bildungsvereins in Krefeld.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1886, 1890, 1895, 1897, 1899; R (Schutz-zoll), 1879; 1881 Mitglied im Hauptausschuss des DV, 1886-1901 Mitglied des Vorstandes und Vorsitzender; Mitglied der Gesellschaft zur Verbreitung von Volks-

bildung; 1889 Mitglied des Hauptvorstandes des Vaterländischen Frauenvereins; Mitbegründer des Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke; 1873-75 Mitglied der Ständigen Deputation im Kongress deutscher Volkswirte; 1869-99 Vorsitzender der städtischen Armenkommission in Krefeld; Reorganisator der Armenpflege nach dem Elberfelder System; Mitglied im Arbeiterverein Krefeld.

Veröffentlichungen

„Organisation der freien Wohltätigkeit, Anlehnung derselben an die öffentliche Armenpflege“ (mit Röstel), Schriften des DV H. 1, 1880; „Die Entwicklung des Simultanschul-Wesens in der Stadt Crefeld im Auftrag des liberalen Schulvereins für Rheinland und Westfalen“, 1881; „Die Organisation der Armenpflege in den Gemeinden, insbesondere in den kleineren Verbänden“, Schriften des DV H. 3, 1882; „Die Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Klassen in Crefeld“, Schriften des VfSP Bd. 31, 1886; „Erinnerungen“, 1900; Nls Stadtarchiv Krefeld.

Literatur

Haunfelder/Pollmann; Krug von Nidda; Maier; Ludwig Friedrich Seyffardt, Erinnerungen, 1900; Nls Stadtarchiv Krefeld.

Bild

Sachße/Tennstedt, S. 293.

Siefart, Hugo Franz Albert
Ministerialbeamter

* 13.6.1858 in Berlin, † 5.1.1937 in Kasel; ev.; V Hugo S. (1818-1903), Arzt, Sanitätsrat; ∞ Marianne geb. Dobert (1862-nach 1939); K 3.

1867-77 Gymnasium in Berlin; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Heidelberg und Berlin; 1882 Referendar; 1887 Gerichtsassessor und danach Hilfsarbeiter im Reichsversicherungsamt; 1892-zugleich Regierungsassessor und Vorstandsmitglied der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt für die Provinz Brandenburg; 1896 Regierungsrat im Reichsversicherungsamt; 1907 Senatsvorsitzender ebd.; 1912 Geh. Regierungsrat im Reichsamt des Innern (Referent Sozialpolitik i. allg., Berufsvereine, gewerbl. Ar-

beitsbehörden, Arbeitseinstellungen, Gewerbeberichte, Koalitionsrecht, Kinderarbeit, Haus- u. Heimarbeit, Lohnstatistik, Streikstatistik u. a.); 1918 Geh. Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsamt; -1922 Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium (Unterabteilungsleiter Abt. IIa Sozialversicherung); 1922 Ruhestand.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: RVO 1911; VerG-Nov 1916.

Veröffentlichungen

„Der Begriff der Erwerbsunfähigkeit auf dem Gebiete des Versicherungswesens“, 1906; „Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926“, 1927; „Das deutsche und das österreichische Arbeitsgerichtswesen. Vergleichende Darstellung“, 1929.

Literatur

Wer ist's?; Q IV. 4; Stadtarchiv Kassel; ProtPrStM 10.

Sieffert, Emil Albert Karl Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 19.9.1846 in Stargard, † 7.1.1899 in Berlin; ev.; ∞ Marie geb. von Cramon (1835-nach 1900)

-1869 Rechtsstudium in Berlin, 1873 Promotion, 1874 Gerichtsassessor, 1875 Kreisrichter und Staatsanwaltsgehilfe in Frankfurt/O., 1876-81 Vermögensverwaltung kath. Diözesen in Breslau; 1878 Regierungsassessor ebd.; 1881-82 Regierungsassessor in Liegnitz; 1883 Regierungsassessor im preuß. Innenministerium bzw. beim Polizeipräsidium Berlin; 1885-88 Geh. Regierungsrat, 1889-97 Geh. Oberregierungsrat im preuß. Handelsministerium, hier Referent für Krankenversicherung und Handwerksangelegenheiten; er bereitete die Novelle zur Gewerbeordnung v. 26.7.1897 maßgeblich vor, die eine Neuregelung des Innungswesens und die Einführung von Handwerkskammern brachte; Mittelstandspolitiker.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse: Ehrenmeister der Berliner Bäckerinnung.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: KrankVersGNov 1892; GewONov 1897.

Im Rahmen konservativer bzw. innungsbezogener Handwerkerpolitik förderte S. vor allem die Einrichtung von Innungskrankenkassen in Preußen.

Literatur

GStA I. HA Rep. 77 185a Nr. 6 Bd. 5; Borchard; Q II. 4; ProtPrStM 8/II.

Sieveking, Karl Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 8.11.1863 in Hamburg, † 2.5.1932 in Altona; ev.; V Johannes Hermann S. (1827-84), Senatssekretär; M Maria Francisca geb. Schröder (1810-98); ∞ 1890 Anna Clara geb. Back (1865-1956); K 1 S, 1 T.

Gymnasium in Wandsbek; Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig, Genf und Berlin; 1885 Referendar am Amtsgericht Wandsbek und am Landgericht Altona; 1886 Verwaltungsdienst in Elsass-Lothringen; 1890 Regierungsassessor; 1892 am Bürgermeisteramt Straßburg beschäftigt; 1892-98 Regierungsrat im Reichsamt des Innern; 1898 kommissarischer und 1899 Kreisdirektor in Rapportweiler; 1903 Geh. Regierungsrat, 1906 Geh. Oberregierungsrat der Regierung in Straßburg; 1920 Ruhestand.

1909-11 Bundesratsbevollmächtigter für Elsass-Lothringen; 1913-18 ao. Gesandter und bevollmächtigter Minister von Hamburg, Bremen und Lübeck.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit Schleife; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Großkomtur vom Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael; Offizier vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Großkreuz vom Braunschweig. Hausorden Heinrich des

Löwen; Großkreuz vom Oldenburg. Haus- und Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig; Lipp. Ehrenkreuz 1. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: HausarbG 1911;
RVO 1911; VfA 1911.

Literatur

Wer ist's?; Deutsches Geschlechterbuch Bd. 13; Familien-NIs Staatsarchiv Hamburg.

Bild

Deutsches Geschlechterbuch Bd. 13, S. 492.

Silbergleit, Heinrich Dr. phil.
Statistiker

* 2.7.1858 in Gleiwitz, † 15.3.1939 in Berlin; jüd.; V Moritz S., Kaufmann; M Antoinette geb. Poppelauer; ∞ 1892 Margareta geb. Senator.

Studium der Mathematik und Staatswissenschaften in Breslau, Leipzig und Berlin; Dr. phil. in Gießen; 1886 Hilfsarbeiter im Statistischen Amt in Berlin; 1890-1903 Direktor des Statistischen Amtes in Magdeburg; 1903-06 Direktor des Statistischen Amtes in Schöneberg; 1906-23 Direktor des städtischen Statistischen Amtes in Berlin.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1899 Mitglied des Internationalen Statistischen Instituts.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1905-19 Mitglied im Hauptausschuss des DV.

Veröffentlichungen

„Finanzstatistik der Armenverwaltungen von 108 deutschen Städten“, Schriften des DV H. 61, 1902; „Die Immobilienverhältnisse deutscher Städte und die Krisis“, „Das Baugewerbe und die Krisis: Zur Bodenentwicklung in Magdeburg“, Schriften des VfSP Bd. 111, 1903;

„Finanzstatistik der Armenverwaltungen von 130 deutschen Städten 1901-1905“, Schriften des DV H. 78, 1908; „Städtische Betriebe zur Lebensmittelversorgung“, Schriften des VfSP Bd. 128, 1908; Herausgeber des 30.-34. Jahrgangs des „Statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin“; 1919-23 Herausgeber der Monatsschrift „Kosten des Ernährungsbedarfs“; „Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse der Juden in Preußen“, 1930.

Literatur

Wininger.

Sittart, Hubert

Lehrer

* 20.8.1860 in Floßdorf/Krs. Jülich, † 12.9.1942 in Krefeld; kath.; V Peter Mathias S. (1824-), Lehrer; ∞ Elisabeth geb. Vandenberg (1860-1940); K 1 S, 1 T.

1867-76 Domschule in Aachen und Collège Marie Thérèse in Herve/Belgien; 1877-80 Lehrerseminar in Kornelimünster; 1880 Volksschullehrer; 1883-88 Volksschullehrer in Aachen; 1887-88 Turnlehrer-Bildungsanstalt in Berlin; 1888-96 Lehrer an der Zeichen- und Kunstgewerbeschule in Aachen; 1884/85 Privatsekretär von Alfred von Reumont; 1921-33 Generalsekretär des Werkes der heilen Kindheit in Hochkirchen.

Zentrumspolitiker

Z

1903 ff. Mitglied des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei; RT 1901-18 WK 3 Aachen (Z); LT Preuß. AbgeH 1898-1908 WK 2 Aachen (Z).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1893 Mitbegründer der „Westdeutschen Lehrerzeitung“.

Auszeichnungen

Preuß. Kronenorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: KindSchG 1903 Ber.; Krank-VersGNov 1903.

Veröffentlichungen

„Sozialpolitik des Zentrums“, 1902.

Literatur

HbRT 1912; Hillger 1912; Haunfelder Zentrum; Wer ist's?; Q III. 3.

Bild

HbRT 1890-1912, S. 481.

Sombart, Anton Ludwig

Landschaftsdirektor, Rittergutsbesitzer

* 14.9.1816 in Hattingen (Ruhr), † 12.1.1898 in Elberfeld; ev.-ref.; V Karl Anton S. (1783-1832), Landwirt; M Maria Alexandrina geb. Duisberg (1790-1829); ∞ 1842 Clementine geb. Liebelt (1821-97); K 3 S, 1 T, Werner (1863-1941), Soziologe.

Hausunterricht; 1832-35 Realgymnasium Duisburg; Baueleve in Essen; 1838-48 Geometer in Genthin und Hettstedt, Spezialkommissar in den Provinzen Sachsen und Posen; 1848 Rittergutsbesitzer; 1850-75 Landwirt und Zuckerfabrikbesitzer ebd.; 1875-98 Rentier in Berlin.

liberaler Politiker

RT Konst. RT des Norddt. Bundes 1867-70 WK 5 Merseburg (NL); 1871-78 WK 5 Merseburg (NL);

LT Pr. AbgeH 1862-63 WK 5 Merseburg (linkes Zentrum); 1877-79 WK 5 Merseburg (NL); 1880-82 WK 4 Merseburg (NL); 1889-93 WK 1 Magdeburg (NL); K Stadtverordnetenvorsteher und Beigeordneter in Ermsleben; Bürgermeister von Ermsleben 1848-50; Kommunallandtag der Provinz Sachsen; Landschaftsdirektor der Provinz Sachsen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Direktoriums- und Ehrenmitglied des Vereins der deutschen Zuckerindustrie; Mitglied im Preuß. Landesökonomiekollegium; Direktoriumsmitglied des Landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen.

Auszeichnungen

1870 Mitglied der Deputation des Norddt. Reichstags zur Kaiserproklamation in Versailles; Preuß. Kronenorden 4. Klasse mit Erinnerungsband; Preuß. Kronenorden 4. Klasse mit dem Roten Kreuz; Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1873 Mitbegründer des VfSP; Ausschussmitglied 1872, 1873, 1874/75, 1875/76, 1877, 1886, 1890, 1895, 1897; R (Schutzzoll), 1879; Förderer der inneren Kolonisation Deutschlands; gilt als „Vater“ der Rentengüter.

Veröffentlichungen

„Getreidezölle“, Schriften des VfSP Bd. 16, 1879; „Steesow, ein projektiertes Bauerndorf in der Priegnitz“, Schriften des VfSP Bd. 32, 1886; „Innere Kolonisation“, Schriften des VfSP Bd. 33, 1887; „Die Reform der Landgemeindeordnung in Preußen“, Schriften des VfSP Bd. 47, 1890.

Literatur

Hirth 1877; Zeitschrift des Vereins der Zuckerindustrie Jg. 1898.

Bild

Zeitschrift des Vereins der Zuckerindustrie Jg. 1898, S. 28 f.

Spahn, Peter Dr. iur. h. c.

Staatsminister (Preußen)

* 22.5.1846 in Winkel/Rheingaukreis; † 31.8.1925 in Bad Wildungen/Krs. Eder; kath.; V Andreas S. (1803-81), Wagnermeister; M Elisabeth geb. Metz (-1850); ∞ 1874 Emilie geb. Helmer (1844-93); K 3.

1857-66 Gymnasium in Hadamar; 1866-69 Studium der Rechtswissenschaften in Würzburg, Tübingen, Berlin und Marburg; 1869 Gerichtsreferendar in Wiesbaden; 1873 Assessor in Marienburg/Westpreußen; 1874-87 Amtsrichter in Marienburg/Westpreußen; 1888-92 Landrichter in Bonn; 1892-96 Oberlandesgerichtsrat in Posen; 1896-98 Kammergerichtsrat in Berlin; 1898-1905 Reichsgerichtsrat in Leipzig; 1905-10 Oberlandesgerichtspräsident

in Kiel; 1910-17 Oberlandesgerichtspräsident in Frankfurt/M.; 1917-18 preuß. Justizminister.

Zentrumspolitiker

Z

1893-1917 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags; 1895-98 2. Vizepräsident des Reichstags; 1909-12 1. Vizepräsident des Reichstags; 1912 Präsident des Reichstags; 1897-1912 stellv. Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstags; 1904-08 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Pr. AbgeH; 1912 Beisitzer des Landesausschusses der preußischen Zentrumspartei; 1912-17 Parteivorsitzender; 1914- Vorsitzender des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei; 1917 Mitglied des Interfraktionellen Ausschusses im Reichstag; 1917-Vorstandsmitglied des Landesausschusses der preußischen Zentrumspartei; 1919 Beisitzer im Vorstand der Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung; 1920-25 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags; 1920-25 Ehrenvorsitzender der Deutschen Zentrumspartei und Mitglied des Reichsparteivorstandes;
RT 1884-90 WK 6 Königsberg (Z); 1890-1917 WK 4 Köln (Z); 1919-20 WK 20 Köln-Aachen (Z); 1920-25 Reichswahlvorschlag (Z/DNVP); Mitglied der Nationalversammlung;
LT Pr. AbgeH 1882-88 WK 8 Königsberg (Z); 1890-98 WK 2 Aachen (Z); 1904-08 WK 12 Kassel (Z);
 Herrenhaus 1917-18;
 1919 Mitglied der verfassungsgebenden preuß. Landesversammlung.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1899 Präsident des Deutschen Katholikentags in Neisse; 1915- Mitglied des Arbeitsausschusses zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkrieg; 1906- Mitglied des Zentralausschusses der Katholischen Schulorganisation Deutschlands.

Auszeichnungen

Wirklicher Geheimer Oberjustizrat mit Prädikat; Exzellenz; Kronsyndikus; 1896 Dr. iur. h. c. Tübingen, verliehen wegen

seiner Dienste um das BGB; 1909 Dr. h. c. Loewen; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse; Preuß. Kronenorden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: UnfVersGBau 1887; UnfVersGSee 1887; InvAltVersG 1889; KrankVersGNov 1892; BerufsVerGE 1890/92.

Veröffentlichungen

„Das Eherecht im Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches“, 1890; „Die Verwaltung des Vermögens der Kirche“, 1891; „Verwandtschaft und Vormundschaft nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch“, 1900; „Die deutsche Ostafrikabahn“, 1904.

Literatur

NDB; HbRT 1912; Zeitgenossen Lex.; Zeitgeschichte LB Bd. 1; Haunfelder Zentrum; Schubert.

Bild

Zeitgeschichte LB Bd. 1, S. 73.

Spiecker, *Friedrich* Albert Dr. theol. h. c. Fabrikdirektor

* 19.2.1854 in Boppard, † 10.7.1936 in Berlin; ev.; V Friedrich Albert S. (1817-69), Fabrikant; M Louise geb. Wirtz (1826-1900); ∞ 1883 Helene geb. Gundert (1857-1936); K 1 S, 1 T.

Gymnasium in Boppard; Ausbildung als Kaufmann in Hachenburg; -1873 als internationaler Kaufmann in Antwerpen; 1874-78 kaufmännischer Leiter einer Gasmotorenfabrik in Deutz; 1878 Kaufmann in London; 1879 Reise nach Südwestafrika und -1881 Kaufmann der Missionshandelsgesellschaft ebd.; 1883-87 Kaufmann für Beleuchtungskörper in Berlin; 1887-89 Kaufmann bei der Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln; 1889-1901 Geschäftsführer und danach Direktor der Rheinisch-Westfälischen Pulverfabriken ebd.; 1902-17 kaufmännischer Direktor bei Siemens & Halske in Berlin.

Aufsichtsratsmitglied der Bayer. Stickstoffwerke AG und der Eisen und Stahl Versicherung AG.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied im Club von Berlin; Mitglied im Christlichen Verein junger Männer; Präsident des Weltbunds für die Freundschaftsarbeit der Kirchen; Mitglied der Berliner Missionsgesellschaft.

Auszeichnungen

1908 Dr. theol. h. c. Berlin; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1906-23 Präsident und danach Ehrenpräsident des Zentralausschusses für Innere Mission; stellv. Mitglied des Beirats der ZfVW; 1906-34 Vorsitzender der Berufsgenossenschaft für Feinmechanik und Elektrotechnik; 1910-30 Vorsitzender des Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften; 1913-31 Präsident der Berliner Missionsgesellschaft; Mitbegründer des Vereins für christliche Volksbildung in Köln; Mitbegründer eines christlichen Arbeitervereins ebd.; Armenpfleger in Köln.

Literatur

Wenzel; Wer ist's?; F. A. Sp., in: Monatshefte für evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes, 1954, S. 138 ff.; Kaiser, Friedrich Albert Spiecker, in: Strohm (Hrsg.), Diakonie im Deutschen Kaiserreich (1871-1918), 1995; Nls Siemens-Archiv München.

Bild

Die Macht der Nächstenliebe 1998, S. 28.

Spielhagen, Walter August Dr. iur. h. c. Ministerialbeamter

* 7.8.1857 in Swinemünde, † 12.5.1930 in Berlin; ev.-ref.; V Werner S., Geh. Regierungsrat; M Emilie geb. Heyer; ∞ 1886 Elsa geb. Spielhagen; K 1 S, 1 T.

Wanckelsche Erziehungsanstalt in Breslau; 1866-69 Gymnasien in Saarbrücken, 1870-71 in Kassel, 1872-73 in Bromberg und 1873 in Bremen; 1875-76 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Heidelberg und 1877-79 in Breslau; 1879-82 Gerichtsreferendar in Breslau; 1882-83 Re-

gierungsreferendar in Breslau und 1883-84 in Magdeburg; 1885-86 Regierungsassessor in Breslau und 1887 in Stettin; 1888 Hilfsarbeiter, 1891 Regierungsrat, 1894 Geh. Regierungsrat und 1900 Senatsvorsitzender im Reichsversicherungsamt; 1903 Geh. Regierungsrat (Referent f. Knappschaftsvereine, Krankenversicherung, Prüfung der eingeschriebenen Hilfskassen nach § 75a KVG, seit 1912 Generalreferent für Reichsversicherungsordnung, Lehrlinge, Koalitionsrecht u. Berufsvereine); 1905-15 Geh. Oberregierungsrat (1913 erblindet) und 1916 Wirkl. Geh. Oberregierungsrat im Reichsamt des Innern; 1920-23 Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium; zugleich - 1909 Mitglied im Bundesamt für Heimatwesen im Hauptamt und danach -1923 im Nebenamt; 1923 Ruhestand.

Protokollführer im Bundesrat.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Komtur vom Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael; Komtur 2. Klasse vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Ehrenkomturkruz vom Oldenburg. Haus- und Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: InvVersG 1899; KaufmG 1904; VerG 1908; RVO 1911; Experte für Kranken- und Invalidenversicherung, deren Ausbau er förderte. Initiator der Witwen- und Waisenversicherung in der Arbeiterrentenversicherung; führte die Verhandlungen mit der organisierten Ärzteschaft seit dem Berliner Abkommen von 1913.

Veröffentlichungen

(mit Isenbart) „Das „Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899“, 2. Aufl., 1900; „Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung (kleiner Befähigungsnachweis) vom 30. Mai 1908, zugleich als Nachtrag zur 17. Auflage der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich“, 1908.

Literatur

BA R 3901/100879; GStA I. HA Rep. 77 tit. 849 Nr. 10 (1886) und Rep. 77 Nr. 2643; Q IV. 4; ProtPrStM 9, 10.

Bild

Reichsversicherungsamt, S. 71.

Spiess, Alexander Dr. med.
Arzt

* 6.4.1833 in Frankfurt/M., † 31.1./1.2.1904 ebd.; ev.; V Gustav Adolf S. (1802-75), Geh. Sanitätsrat; M Maria Theresia geb. Bernus (1810-87); ∞ 1) 1861 Auguste geb. Zickwolff (1838-72); 2) 1874 Clotilde geb. Zickwolff (1853-1922); K 1) 1 S, 1 T, Gustav (1862-1948), Arzt und Spezialist für Hals-Nasen-Ohren Erkrankungen, K 2) 1 S, 1 T.

Gymnasien in Frankfurt/M. und Göttingen; Studium der Medizin in Göttingen; 1856 Dr. med. in Göttingen; 1857-58 Reisen nach Preußen und Österreich-Ungarn; 1859-83 Arzt in Frankfurt/M.; 1883- Stadtarzt ebd.; zugleich Geschäftsführer der Armenärzte ebd.; zugleich Arzt an der Augenheilanstalt ebd.; Geh. Sanitätsrat; 1871 stellv. Leibarzt der deutschen Kaiserin.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1859 Mitglied, 1866 Schriftführer und 1876 Vorsitzender des Frankfurter Ärztevereins; Vorsitzender der Musikalischen Museums-gesellschaft in Frankfurt/M.; Vorsitzender des Medizinischen Lesezirkels ebd.

Sozialpolitische Aktivitäten

1873 Mitbegründer des DV für* öffentliche Gesundheitspflege, Sekretär 1872/73-1903/04, 1903 Ehrenmitglied.

S. war 1883 der erste Stadtarzt einer preuß. Stadt; in Frankfurt engagierte er sich tatkräftig für die Ausgestaltung der öffentlichen Gesundheitspflege.

1873- Sekretär, 1903 Ehrenmitglied des DV* für öffentliche Gesundheitspflege.

Veröffentlichungen

1866- Redakteur der „Jahresberichte über die Verwaltung des Medizinalwesens der Krankenanstalten und der öffentlichen Gesundheitspflege der Stadt Frankfurt/M.“; 1875- Redakteur der „Deutschen Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege“ (mit Varrentrapp); veröffentlichte dort alljährlich ein Repertorium der in deutschen und ausländischen Zeitschriften erschienenen Aufsätze über öffentliche Gesundheitspflege.

Literatur

DBJ 1906; Labisch/Tennstedt; Pagel; Deutsches Geschlechterbuch Bd. 198, 1991, S. 221.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 499.

Spiess, Gustav Adolf Dr. med.
Arzt

* 4.12.1802 in Duisburg, † 22.6.1875 in Frankfurt/M.; ev.; V Christoph S. (1771-1829), Pfarrer; M Johanna Elisabeth Sibilla geb. Peltzer (1774-1833); ∞ Maria Theresia geb. Bernus (1810-87); K mind. 1 S, Alexander (1833-1904), Arzt.

Gymnasium in Frankfurt/M.; 1820-23 Studium der Medizin in Heidelberg; 1823 Dr. med. in Heidelberg; 1823-24 Reisen nach England, Italien, Irland und Frankreich; 1824-75 Arzt in Frankfurt/M.; 1867 Geh. Sanitätsrat.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Direktor der Senckenbergischen Gesellschaft in Frankfurt/M.; 1845 Mitbegründer und Vorsitzender des Ärztlichen Vereins ebd.; Mitbegründer des Mikroskopischen Vereins ebd.; Mitglied der Museums-gesellschaft ebd.; Mitglied des Cäcilien Vereins ebd.; Verwaltungsratsmitglied des Städelschen Kunstinstituts ebd.

Sozialpolitische Aktivitäten

1873 Mitbegründer des DV* für öffentliche Gesundheitspflege; 1867 Mitbegründer der hygienischen Sektion der Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Frankfurt/M.

Veröffentlichungen

„Pathologische Physiologie. Grundzüge der allgemeinen Krankheitslehre“, 1857.

Literatur

Labisch/Tennstedt; Frankfurter Bio.; Deutsches Geschlechterbuch Bd. 198, 1991, S. 219; Institut f. Stadtgeschichte Frankfurt/M.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 500.

Stadthagen, Arthur

Rechtsanwalt/Schriftsteller

* 23.5.1857 in Berlin, † 5.12.1917 ebd.; jüd./diss.; V David St. (1822-89), Dr. phil. Philologe u. ehem. Oberrabbiner; M Bertha geb. Rieß.

1865-76 Gymnasium in Berlin; 1876-79 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin; 1879-84 Referendar; 1884 Assessor; 1884-92 Rechtsanwalt am Landgericht Berlin; Entzug der Arbeitserlaubnis als Rechtsanwalt; 1893-1917 Schriftsteller und Rechtsberater; u. a. Mitarbeiter bzw. Redakteur des „Vorwärts“ in Berlin; 1906-Dozent an der Reichsparteischule der SPD in Berlin.

sozialdemokratischer Politiker

SAPD, SPD, USPD

1884 oder 1887-90 SAP; 1890-1916 SPD; 1916 SAG; 1917 USPD; 1890-95 und 1897-1913 Teilnehmer an den SPD Parteitagen; 1893, 1904 und 1910 Teilnehmer an den Internationalen Sozialistenkongressen; 1917 Teilnehmer am Gründungsparteitag der USPD; 1917 Teilnehmer an der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Stockholm;

RT 1890-1917 WK 6 Potsdam (SPD/USPD);

K 1889-1917 Stadtverordneter in Berlin.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: InvVersG 1899; UnfVersG 1900; KrankVersGNov 1903; GewONov 1908.

Veröffentlichungen

„Das Arbeiterrecht. Rechte und Pflichten des Arbeiters in Deutschland aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag“, 1895 (mehrere Auflagen); „Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch“, 1900.

Literatur

HbRT 1912; Zeitgenossen Lex.; Wer ist's?; GdA Bio.; Schröder; Q II. 4, III. 3.

Bild

HbRT 1912, S. 520.

Steinbrinck, Otto

Ministerialbeamter

* 25.7.1857 in Siegen, † 2.5.1935 in Hildesheim.

-1876 Gymnasium in Bonn; -1879 Studium der Rechtswissenschaften in Bonn; 1885 Gerichtsassessor in Bonn; 1886 Hilfsarbeiter und 1892 Bergrat beim Oberbergamt in Bonn; 1893 Hilfsarbeiter im preuß. Handelsministerium; 1894 Oberbergrat am Oberbergamt in Bonn; 1900 stellv. Berghauptmann am Oberbergamt in Halle (Saale); 1900 Hilfsarbeiter, 1901 Geh. Bergrat und 1904 Geh. Oberbergrat im preuß. Handelsministerium; 1901-11 im Nebenamt Kommissar beim Allgemeinen Deutschen Knappschaftsverband; 1911-22 Berghauptmann und Direktor des Oberbergamts in Clausthal; 1922 Ruhestand; danach Mitglied im Verwaltungsrat der Reichsbahn; Vorstandsmitglied der Eisenwerks Gesellschaft Maximilianshütte und Sulzbach-Rosenberg Hütte; Vorstandsmitglied der Mitteldeutschen Stahlwerke AG; Aufsichtsratsmitglied der AG für Waggonbauwerke in Berlin; Aufsichtsratsmitglied der Linke-Hofmann Werke AG in Breslau; Aufsichtsratsmitglied der Siegener Eisenindustrie AG in Düsseldorf; Aufsichtsratsmitglied der Maschinenfabrik vormalig Busch in Bautzen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1903-11 Redakteur der Zeitschrift für Bergrecht.

Auszeichnungen

1914 Wirkl. Geh. Oberbergrat; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Komtur 2. Klasse vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Kommandeur vom Braunschweig. Hausorden Heinrich des Löwen.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: KrankVersGNov 1903; RVO 1911; S. wirkte entscheidend an der Abänderung des Titels 7 des Preuß. Allgemeinen Berggesetzes mit. Die Reform bewirkte tief greifende Änderungen in den Bestimmungen betreffend die Knappschaftsmitglieder und die Werksbe-

sitzer. Die Änderungen begrenzten die Aufspaltung der Knappschaftsvereine, sicherten die Kapitaldeckung der Pensionskassen und führten zur Gründung von eigenen Versicherungsanstalten für die Knappschaften.

Veröffentlichungen

„Gesetz betreffend die Abänderung des 7. Titels im Allgemeinen Berggesetz für die Preussischen Staaten vom 24. Juni 1865 vom 19. Juni 1906 (von den Knappschaftsvereinen), 1906.

Literatur

Serlo; Wer ist's?; ProtPrStM 10.

Stieda, Wilhelm Christian Hermann

Dr. phil. et oec. pol.

Universitätsprofessor

* 1.4.1852 in Riga, † 21.10.1933 in Leipzig; ev.; V Christian St., Kaufmann (1807-81); M Elmire geb. Querfeldt von der Seebeck (1810-94); ∞ 1880 Auguste geb. Koch (1857-1931); K 1 S, 1 T.

Realgymnasium und Gymnasium in Riga; 1869-73 Studium der Chemie und Staatswissenschaften in Dorpat und 1873-75 in Berlin, Straßburg und Paris; 1873-74 und 1875-76 Statistisches Seminar in Berlin; 1875 Dr. rer. pol. in Tübingen; 1875-76 Hilfsarbeiter am Königl. Preuß. Statistischen Bureau in Berlin; 1876-77 Habilitation und Privatdozent der Staatswissenschaften in Straßburg; 1878-79 ao. Prof. für Staatswissenschaften in Straßburg; 1878 ao. Prof. und 1879-82 o. Prof. für Nationalökonomie, Geographie, Ethnographie und Statistik in Dorpat; 1879 Dr. phil. in Dorpat; 1882-84 Regierungsrat im Kaiserl. Statistischen Amt in Berlin; 1884-98 o. Prof. für Staatswissenschaften in Rostock; 1898-1923 o. Prof. für Nationalökonomie in Leipzig.

konservativer Politiker.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Korrespondierendes Mitglied der Estländischen Literarischen Gesellschaft und der Gesellschaft für Geschichte und Altertums-

kunde in Riga; Mitglied des estländ. Staatsrats; 1898-1925 Mitglied des Landeskulturrats für Sachsen in Dresden; Mitglied der Gesellschaft der Wissenschaften in Leipzig.

Auszeichnungen

Wirkl. Sächs. Geh. Hofrat; Ritter vom Mecklenburgischen Hausorden der Wendischen Krone; Ritter 1. Klasse vom königl. sächs. Verdienstorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1890, 1895, 1897, 1910, 1911; 1900 entscheidend an der Durchsetzung des kommunalen Arbeitsnachweises in Leipzig beteiligt; Vorsitzender des Vereins für Arbeitsnachweis in Leipzig; führender Handwerksforscher.

Veröffentlichungen

„Das Enquetewesen in Frankreich“, Schriften des VfSP Bd. 13, 1877; „Die deutsche Hausindustrie Band 1“, Schriften des VfSP Bd. 40, 1889; „Das Gewerbegericht“, 1890; „Grundriß zu Vorlesungen über Sozialpolitik“, 1892; Mitarbeiter am Handwörterbuch der Staatswissenschaften; „Die Lebensfähigkeit des deutschen Handwerks“, 1894; „Wirtschaftliche Kartelle in Deutschland und im Auslande“, Schriften des VfSP Bd. 61, 1895; „Untersuchungen über die Lage des Hausierergewerbes in Deutschland“ (Hrsg.), 5 Bde., Schriften des VfSP Bd. 77-81, 1898/99; „Die gemeinnützige Arbeitsnachweismovement“, 1911; „Krieg und Sozialpolitik“, 1915.

Literatur

Deutschbalt. Bio.; HdStW; Goetz, Nachruf auf Wilhelm Stieda, in: Berichte über die Verhandlungen der sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Philologisch-Historische Klasse 1933, 1934; Q IV. 4; Nls Universitätsbibliothek Leipzig.

Bild

Meyers Großes Konversations-Lexikon, 6. Aufl., 24. Bd., S. 969.

Stoecker, Christian *Adolf* Dr. theol. h. c.
Hof- und Domprediger

* 11.12.1835 in Halberstadt, † 7.2.1909 in Gries b. Bozen; ev.; V Johann Christian St. (1806-73), Gefängnisinspektor; M Eleonore Auguste geb. Specht (1811-82); ∞ 1867 Anna geb. Krüger (1842-1910), K 1 Adoptivsohn.

1841-48 Höhere Bürgerschule in Halberstadt; 1848-54 Gymnasium ebd.; Studium der Theologie und der Philologie in Halle (Saale) und nach der Relegation ebd. in Berlin; 1857 Hauslehrer in Zernikow/Krs. Westprignitz und 1859 in Rinseln bei Riga; 1862 Oberlehrerexamen in Berlin und Italienreise; 1863-66 Pfarrer in Seggerde/Krs. Gardelegen; Mitarbeiter der Neuen Evangelischen Kirchenzeitung; 1866-71 Pfarrer in Hamersleben/Krs. Oschersleben; 1871 Militärpfarrer in Metz; gleichzeitig Gymnasiallehrer und Direktor der höheren Töchterschule in Metz; 1874-89/90 Hof- und Domprediger in Berlin; Feindschaft Bismarcks und Wilhelms II. führte zur Entlassung aus dem Hofpredigeramt; 1877 Leiter der Berliner Stadtmission; 1887-1905 Hrsg. der Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung; 1893-1909 Prediger am Johannisstift.

Corps Neoborussia Halle.

christlich-sozialer Politiker
K, CSAP/CSP

Mitglied des Elferausschusses der K; Gründer der CSAP (1878-81) bzw. CSP (1881-1918); 1878-1909 Präsident der CSAP bzw. CSP; 1896 Austritt K; *RT* 1881-93 WK 1 Arnsberg (K); 1898-1908 WK 1 Arnsberg (K/CSP); *LT* Pr. AbgeH 1879-93 WK 2 Minden (K); 1893-98 WK 1 Minden (K/CSP).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorstandsmitglied der Generalsynode der altpreußischen Landeskirche; erster geistlicher Beisitzer des Provinzial Synodalvorstands für Brandenburg; Mitglied des Synodalrats; kirchenpolitisch hielt er zur „Positiven Union“.

Auszeichnungen

1902 Dr. theol. h. c. Greifswald; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit Schwertern.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: UnfVersG 1900; 1877 Mitbegründer des Zentralvereins für Sozialreform; 1890-96 Mitbegründer und 2. Vorsitzender des evangelisch-sozialen Kongresses; 1897 Mitbegründer und Vorsitzender des Kirchlich-sozialen Kongresses; Mitbegründer des Gesamtverbands evangelischer Arbeitervereine Deutschlands; 1901-06 Mitglied im Ausschuss der Gesellschaft für Soziale Reform; St. führte sein frühzeitig gewecktes soziales Interesse zur politischen Betätigung, er war aber nur im Mittelstand erfolgreich, scharfer Gegner der Sozialdemokratie, des Liberalismus und des „modernen Judentums“, befürwortete den sog. Staatssozialismus Bismarcks, bedeutender Prediger.

Veröffentlichungen

Mitbegründer und Herausgeber „Der Staatssozialist“, 1878; „Das moderne Judentum in Deutschland“, 1880; „Christlich-Sozial“, 1884; „Den Armen wird das Evangelium gepredigt“, 1886; „Arm und Reich“, 1891; „Die Bibel und die soziale Frage“, 1891; „Innere Mission und soziale Frage“, 1891; „Sozialdemokratie und Sozialmonarchie“, 1891; „Unsere soziale Lage“, 1892; „Kann ein Christ Sozialdemokrat sein?“, 1894; „Das christliche Sittlichkeitsideal und der Goethebund“, 1901; „Die Rechte und Pflichten der Frau in der kirchlichen und bürgerlichen Gemeinde“, 1903; „Die Kirche und die Frauenfrage“, 1906.

Literatur

HbRT 1907; Bautz; DBJ 1909; von Oertzen, Adolf Stoecker – Lebensbild und Zeitgeschichte, 2 Bde., 1911; Brakelmann u. a., Protestantismus und Politik. Werk und Wirkung Adolf Stoeckers, 1982; Koch, Adolf Stoecker (1835-1909), 1993; TNIs Geheimes Staatsarchiv Preuß. Kulturbesitz Berlin; TNIs Bundesarchiv Koblenz; Q I. 3, 8, II. 1, 3, III. 3.

Bild

von Oertzen; Adolf Stoecker Bd. 1, S. 1; Biefang, S. 124.

Stötzel, Gerhard
Redakteur

* 4.12.1835 in Grissenbach/Krs. Siegen, † 1.6.1905 in Berlin-Charlottenburg; kath.; V Tillmann St., Landarbeiter; M Maria Christina geb. Müller; ∞ Adelheid geb. Schüttelhöfer; K mind. 1 T.

Autodidaktische Ausbildung; Wanderschaft; Metalldreher in Essen; Redakteur des „Rheinisch-Westfälischen Volksfreundes“ in Essen.

Zentrumspolitiker
Z

RT 1877-93 WK 5 Düsseldorf (Z); 1898-1905 WK 5 Düsseldorf (Z); erster Arbeiterabgeordneter seiner Fraktion; LT Pr. AbgeH 1886-1905 WK 3 Koblenz (Z).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1890-1901/02 Gründungs- und Vorstandsmitglied des Volksvereins für das katholische Deutschland.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1878; PensKass-GE 1879; UnfVersG 1881; KrankVersG 1883; HilfskGNov 1884; UnfVersG 1884; UnfKrankVersAusdG 1885; GewONov 1885/86; UnfVersGBau 1887; UnfVersG-See 1887; InvAltVersG 1889; GewONov 1891; KrankVersGNov 1892; UnfVersG 1900; KindSchG 1903; KrankVersGNov 1903; Mitglied des Christlichen Arbeitervereins Essen.

Literatur

HbRT 1903; Haunfelder Zentrum; Das Münster am Hellweg, Mitteilungsblatt des Vereins für Erhaltung des Essener Münsters 31, Jahrgang 1978, S. 67-76; Q I. 3, 5, II. 2, 3, 6, III.3.

Bild

Haunfelder Zentrum, S. 106.

Strassmann, Wolfgang Dr. med.
Arzt

* 8.10.1821 in Rawitz/Posen, † 6.12.1885 in Berlin; jüd.; V Heiman St. (1797-1881), Gelehrter; M Judith geb. Guhrauer (1795-1875); ∞ Louise geb. Cohen (1835-89); K 1 S, 1 T.

Elementarschule in Rawitz; 1834 Gymnasium in Lissa und Breslau; Studium der Philosophie in Breslau; Studium der Medizin in Berlin; 1848 wegen Teilnahme an der Revolution aus Berlin verbannt; 1854 Rückkehr nach Berlin; 1855 Dr. med. in Berlin; 1856-85 Arzt in Berlin.

liberaler Politiker

LT Pr. AbgeH 1877-85 (F); K 1863-85 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Berlin; 1876-84 Stadtverordnetenvorsteher in Berlin; Deputationen für Gesundheitspflege und Haushalt ebd.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1881-85 Mitglied im Hauptausschuss des DV, 1880-85 (faktischer) Vorsitzender des DV; 1869 Mitbegründer und Vorsitzender des Berliner Vereins gegen Verarmung; förderte als Stadtverordneter eine moderne Abfall- und Abwasserentsorgung in Berlin, die Errichtung von Parks und öffentlichen Badeanstalten sowie den Zugang zu frischem Trinkwasser für die gesamte Wohnbevölkerung.

Veröffentlichungen

„Geschichte, Verfassung und Wirksamkeit des Vereins gegen Verarmung“, 1873.

Literatur

Tennstedt, Der Arzt Dr. Wolfgang Strassmann, in: Leggewie/Sachße (Hrsg.), Soziale Demokratie, Zivilgesellschaft und Bürgertugenden, 2008, S. 73 ff.

Bild

Strassmann, Die Strassmanns, 2006, S. 64 f.

Strößenreuther, Otto Ritter von
Ministerialbeamter

* 4.9.1865 in Bayreuth, † 11.3.1958 in München; ev.; V Christoph Paulus von St. (1829-1908), Landgerichtspräsident; M Antonie geb. Landgraf (1831-1901); ∞ 1901 Emilie (Emmy) geb. Pöhlmann (1875-1946); K 2 S, 1 T.

Gymnasium in Bamberg; 1882-86 Studium der Rechtswissenschaften in München; 1889 Referendar; 1890 Gerichtsassessor; 1891 Bezirksamtsassessor in Donauwörth, 1893 Hilfsarbeiter, 1899 Referent für Wasserversorgung, Armenwesen und Staatshilfe bei öffentlichen Notständen beim bayer. Staatsministerium des Innern; 1900 Regierungsrat, 1903 Oberregierungsrat, 1906 Ministerialrat, 1911 Ministerialdirektor und 1912 Staatsrat ebd.; 1916-33 Regierungspräsident von Oberfranken.

1906 stellv. Bevollmächtigter für Bayern zum Bundesrat und dort Referent u. a. für Sozialwesen.

Auszeichnungen

1915 Prädikat Exzellenz; 1926 Ehrenbürger von Bayreuth; Komtur des Verdienstordens der Bayer. Krone; Komtur 1. Klasse vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Kommandeur 1. Klasse vom Würtemb. Friedrichsorden; Großkreuz vom Herzogl. Sachsen-Ernestinischen Hausorden; Preuß. Kronenorden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: VerG 1908; GewONov 1908; AkGE 1908; HausarbG 1911; RVO 1911; VfA 1911; VerGNov 1916; InvVersG 1916; förderte als Regierungspräsident die Errichtung einer Tuberkulose-Heilstätte in Bischofsgrün.

Literatur

Reichshandbuch.

Bild

Reichshandbuch, S. 1873.

Struckmann, Gustav Wilhelm Heinrich
Dr. iur. h. c.
Oberbürgermeister

* 21.1.1837 in Osnabrück, † 28.10.1919 in Hildesheim; ev.-luth.; V Gustav Wilhelm St. (1796-1840), Justizrat; M Sophie geb. Weber (1806-66); ∞ 1864 Charlotte Karoline Sophie Johanne (Anna) geb. von Gülich (1845-92); K 2 S, 6 T.

Ratsgymnasium in Osnabrück; 1856-59 Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg, Berlin und Göttingen; 1859 Referendar in Hannover; 1860-64 Auditor in Lehe, Lauenstein, Hameln; Auslandsreisen; 1864 Assessorexamen; 1864-70 Rechtsanwalt in Osnabrück; 1870-75 Obergerichtsanwalt ebd.; 1875-1909 Bürgermeister von Hildesheim, ab 1885-1909 Oberbürgermeister; nach 1900 verschiedene Reisen nach Italien, Frankreich, Schweiz.

Burschenschaft Hannovera.

liberaler Abgeordneter

NL

1870 Mitglied im preußischen Landesausschuss der NL; 1881-86 Hann. Provinzialwahlkomitee der NL; Provinzialvorstand der NL im Reg.-Bez. Hildesheim; 1887 Zentralwahlkomitee der NL; 1887-90 und 1903-18 Partei- bzw. Zentralvorstand der NL; RT 1874-77 WK 4 Hannover (NL); 1884-90 WK 5 Hannover (NL); LT Herrenhaus 1879-1909; K Hann. Provinziallandtag 1875-1909; Provinzialausschuss ebd. 1884-94 stellv. Mitglied, 1894-1910 Mitglied; Worthalter im Bürgervorsteherkollegium in Osnabrück.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorstandsmitglied im hann. Städtetag, Dt. Städtetag; Provinzialkommission zur Erforschung und Erhaltung der Denkmäler in der Provinz Hannover; Ständiger Beirat der baugewerblichen Fachabteilung des preußischen Landesgewerbeamts; Hildesheimer Landschaft; Kirchengvorsteher St. Katharinen in Osnabrück; Landessynode Hannover; Vorstandsmitglied im Hauptverein der Gustav-Adolf-Stiftung; Sekretär des landwirtschaftlichen Hauptvereins Osnabrück; Vorsitzender im Deutschen Verein gegen den Missbrauch geistiger Getränke.

Auszeichnungen

Dr. iur. h. c. Göttingen; Ehrenbürger von Hildesheim; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewGerG 1874; KrankVersGNov 1885; UnfKrankVersGLandw 1886; UnfVersGBau u. UnfVersGSee 1887 Ber.; InvAltVersg 1889. – 1908 Beirat der ZfVW.

Literatur

Hirth 1887; Haunfelder Lib. Abg.; Wer ist's?; Lesemann (Hrsg.), Lebenserinnerungen von Oberbürgermeister Dr. Gustav Struckmann zu Hildesheim, 1991; TNs Stadtarchiv Hildesheim; Q I. 4, II. 2, 4, 6.

Bild

Biefang, S. 207.

Stumm-Halberg, *Karl* Ferdinand Frhr. von Eisenhüttenbesitzer

* 30.3.1836 in Saarbrücken, † 8.3.1901 in Schloss Halberg/Krs. Saarbrücken; ev.; V Karl Friedrich St. (1797-1848), Fabrikbesitzer; M Marie Luise geb. Böcking (1813-64); ∞ 1860 Ida Charlotte geb. Böcking (1839-1918); K 1 S, 4 T.

1848-50 Realschule in Mainz; 1850-52 Realschule in Siegen; 1852-54 Lehrling im familieneigenen Neunkirchener Eisenwerk; 1854-57 Studium der Rechtswissenschaften, Volkswirtschaft und Hüttenkunde in Bonn und Berlin; Reisen in die Schweiz, Oberitalien, Tirol, den Orient und nach Frankreich; 1858 Eintritt in das Neunkirchener Eisenwerk; 1871-1901 Leiter des Neunkirchener Eisenwerks, Einführung des sog. Thomasverfahrens, zeitgleich Gründung und Erwerb mehrerer eisenverarbeitender Betriebe.

konservativer Politiker

DRP, FK

RT 1867-81 WK 6 Trier (FK/DRP); 1889-1901 WK 6 Trier (DRP); LT Pr. AbgeH 1867-70 WK 5 Trier Herrenhaus 1882-1901;

K Stadtverordneter Saarbrücken, Rheinischer Provinziallandtag 1871/72 u. 1889-1900/01; Kreistag Ottweiler 1862-1901.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender der Saarbrücker Handelskammer; 1883 Mitglied des Landeseisenbahnrates; Ausschussmitglied des Zentralverbands Deutscher Industrieller; Mitglied der Saarbrücker Casino-Gesellschaft; 1890-1901 preuß. Staatsrat.

Auszeichnungen

1888 und 1891 nobiliert; 1866 Kommerzienrat, später Geheimer Kommerzienrat; 1870/71 Rittmeister der Landwehr; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse ohne Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit dem Stern; Kreuz der Komtur vom Preuß. Hausorden von Hohenzollern; Kronenorden 4. Klasse mit dem Erinnerungsbande; Großoffizier mit Stern vom Belg. Leopoldsorden.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: VerGE 1871; GewGerG 1874; GewONov 1878 Antr.; PensKassGE 1879; GewONov 1891.

Veröffentlichungen

„Die Reden des Freiherrn Carl Ferdinand von Stumm-Halberg“, 12 Bde., 1907/15.

Literatur

HbRT [1893]; Matschoß, Männer der Technik 1925; Haunfelder/Pollmann; Hellwig, Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg, 1936; Q I. 3, 5.

Bild

Hellwig.

Sydow, *Reinhold* von Dr. iur. h. c. Preuß. Staatsminister

* 14.1.1851 in Berlin, † 16.1.1943 ebd.; ev.; V Friedrich Hermann S. (1824-1900), Unterstaatssekretär; M Bertha geb. Siecke; ∞ 1877 Juliane geb. Leonhardt; K 1 S, 3 T.

Gymnasium in Berlin; Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Heidelberg; 1870 Referendar in Münster; 1875

Assessor am Kammergericht in Berlin; 1875-76 Protokollführer der Justiz-Kommission im Reichstag; 1876 Kreisrichter in Halle (Saale); 1879 Landrichter und im Nebenamt Justitiar der Oberpostdirektion ebd.; 1882 Landgericht in Berlin; 1883 Hilfsarbeiter und Oberpostrat im Reichspostamt in Berlin; 1884 Geh. Postrat, 1889 Geh. Oberpostrat und 1897 Direktor im Reichspostamt; 1898 Reisen nach Österreich-Ungarn, Rumänien und in das Osmanische Reich; 1901 Unterstaatssekretär im Reichspostamt; 1908 Staatssekretär im Reichsschatzamt; 1909-18 Preuß. Handelsminister; 1918 Ruhestand.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1912-28 Vorsitzender und danach ab 1928 Ehrenvorsitzender im Hauptausschuss des Deutsch-Österr. Alpenvereins.

Auszeichnungen

1918 nobilitiert; 1905 Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; 1914 Dr. iur. h. c. in Königsberg; Preuß. Schwarzer Adlerorden; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Stern, Eichenlaub und Krone; Preuß. Kronenorden 1. Klasse; Großkreuz vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Großkomtur vom Oldenburg. Haus- und Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: InvAltVersG 1889; S. bemühte sich besonders um eine Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse im Bergbau und um einen Ausbau der Gewerbeaufsicht, förderte die Einrichtung gewerblicher Fortbildungsschulen.

Veröffentlichungen

„Civilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz, Kommentar“, 1877; „Konkursordnung mit Anfechtungsgesetz, Kommentar“, 1878; „Civilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz, 1881; „Gerichtskostengesetz und Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher nebst der Novelle vom 29. Juni 1881“, 1882.

Literatur

Wer ist's?; Nls GStA; Q IV. 3, 4; ProtPrStM 8/II, 9, 10.

Bild

Schütz, S. 36a.

Thiel, Hugo Dr. phil.
Ministerialbeamter

* 2.6.1839 in Bonn, † 15.1.1918 in Berlin; ev.; V Wilhelm T. (1791-1869), Universitätsquästor; M Elmire geb. Hoestermann (1810-75); ∞ Julie geb. Ulenberg (1851-1934), 4 K.

Gymnasialbesuch in Bonn, landwirtschaftl. Lehre in Uenglingen, Verwalter in Morsbroich, 1861 Studium der Agrarwissenschaften in Bonn und Poppelsdorf; 1865 Dr. phil.; 1867 Privatdozent in Poppelsdorf; 1869-72 o. Prof. für Agrarwissenschaft polytechnische Schule in Darmstadt und Prof. f. landw. Betriebslehre 1872-73 am Polytechnikum in München; 1873-85 Generalsekretär des Preuß. Landesökonomiekollegiums; 1879 Geh. Regierungsrat, 1885 Geh. Oberregierungsrat, 1897 Wirkl. Geh. Oberregierungsrat und Ministerialdirektor (Direktor der II. Abt., Verwaltung der Domänen), 1907 Wirkl. Geh. Rat im preuß. Landwirtschaftsministerium; Reisen nach Frankreich, England, Nordamerika, Österreich und Ungarn; 1910 Abschied, 1912 Honorarprofessor für landw. Verwaltung an der Landw. Hochschule Berlin.

liberaler Politiker

NL

RT 1874-77 WK 2 Magdeburg (NL);

LT Pr. AbgeH 1873-78 WK 2 Magdeburg (NL).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Kurator der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin; Mitbegründer der Preuß. Landwirtschaftskammern; 1892-1918 Vorstandsmitglied der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, 1896-1918 stellv. Vorsitzender; 1913 Verwaltungsratsmitglied der preuß. Central-Bodencredit AG; Vorsitzender der Gesellschaft für staatswissenschaftliche Fortbildung.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Stern und Eichenlaub; Komtur 1. Klasse vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Komtur 1. Klasse vom Herzogl. Sachsen-Ernestinischen Hausorden; Großkomtur vom Mecklenburg.-Schwerin. Greifenorden; Großkomtur vom Oldenburg Haus- und Verdienstorden

den des Herzogs Peter Friedrich Ludwig; Kommandeur der Franz. Ehrenlegion; Kommandeur 1. Klasse vom Schwed. Wasaorden; Türk. Medschidie-Orden 2. Klasse mit Stern; Kartoffelsorte „Geheimrat Thiel“; Goldene Nathusius-Medaille; Goldene Eyth-Medaille.

Sozialpolitische Aktivitäten

Stellv. Vorsitzender ZfVW; Mitglied im VfSP; Vorsitzender ZWAK; Mitglied der Gesellschaft für Soziale Reform; Mitglied im Verein für ländliche Wohlfahrts- u. Heimatpflege. Sein besonderes Interesse galt den landwirtschaftlichen Lehranstalten und Versuchsstationen; Ende der 1870er bis Anfang der 1890er Jahre war Th. eine der wichtigsten Stützen des VfSP, als dieser wesentliche landwirtschaftliche und agrarpolitische Fragen untersuchte. Förderer der akadem. Karrieren von Adolf Held und Max Sering.

Veröffentlichungen

„Albrecht Thaer's Grundsätze der rationellen Landwirtschaft“ (Mitherausgeber), 1880; 1879-1918 Herausgeber der „Landwirtschaftlichen Jahrbücher“; 1875-1918 Herausgeber des „Landwirtschaftlichen Hilfs- und Schreibkalenders“.

Literatur

Haunfelder Lib. Abg.; Mann; Tennstedt, Hugo Thiel und der Verein für Socialpolitik, Zeitschrift für Sozialreform, 1988, 524 ff.

Bild

Illustriertes Landwirtschafts-Lexikon (Parey), 4. Aufl. 1910, S. 856.

Tiedemann, Christoph Willers von Chef der Reichskanzlei

* 24.9.1836 in Schleswig, † 20.7.1907 in Berlin; ev.; V Heinrich T. von Johannisberg (1800-51), Landinspektor; M Karoline Amalie geb. Jessen (1812-87); ∞ 1862 Luise geb. Meyer (1836-1917); K 1 S, 6 T, Adolf, Generalstabsoffizier und Afrikaforscher.

Gymnasium in Rendsburg und Meldorf; 1861 Studium der Rechtswissenschaften

in Kiel, Leipzig und Berlin; 1862 Advokat in Segeberg (Holstein); 1864 Landvogt der Landschaft Stapelholm; 1865 Polizeimeister in Flensburg; 1870 Dezernt in der Regierungsabteilung des Berliner Polizeipräsidiums; 1872 Landrat des Kreises Mettmann; 1876 Hilfsarbeiter und danach Vortragender Rat im Staatsministerium; 1878-81 Chef der Reichskanzlei; 1881-99 Regierungspräsident in Bromberg.

Corps Saxonia in Kiel.

konservativer Politiker
DVP, FK

1865 Mitbegründer der Nationalen Partei in Schleswig-Holstein;
RT 1898-1907 WK 3 Bromberg (DRP/FK);
LT Pr. AbgeH 1873-76 WK 3 Düsseldorf (FK); 1879-82 WK 3 Düsseldorf (FK); 1882-1903 WK 3 Bromberg (FK); 1880 preuß. Bundesratsbevollmächtigter.

Auszeichnungen

1883 nobilitiert; 1886 Mitglied des preuß. Staatsrats; Wirkl. Geh. Oberregierungsrat; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Stern und Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern; Kommentur vom Orden der Württemb. Krone; Großoffizier vom Jap. Orden der aufgehenden Sonne (Kiokujitsusho).

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Ausschussmitglied 1872, 1873, 1874/75, 1875/76, 1877; als Vortragender Rat im Staatsministerium und Chef der Reichskanzlei war er Mitarbeiter und „Umsetzer“ der sozialpolitischen Intentionen Bismarcks.

Veröffentlichungen

„In welcher Weise ist eine Enquete über die Wirkungen der Fabrikgesetzgebung zu veranstalten“, Schriften des VfSP Bd. 2, 1873; „Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck“, 1898; „Aus sieben Jahrzehnten, 2 Bde., 1905.

Literatur

HbRT 1903; von Tiedemann, Aus sieben Jahrzehnten, 2 Bde.; Nls Bundesarchiv Berlin.

Bild

von Tiedemann, Bd. 1, S. 1.

Trimborn, Karl
Rechtsanwalt

* 2.12.1854 in Köln, † 25.7.1921 in Bonn; kath.; V Kornelius Balduin T. (1824-89), Rechtsanwalt, Justizrat; M Antoinette geb. Pauli (1827-1903); ∞ 1884 Jeanne geb. Mali (1862-1919); K 1 T.

Hausunterricht; 1863-64 Pffarschule St. Columba in Köln; 1864-73 Apostelgymnasium in Köln; 1873-74 Studium der Geschichte und der Philosophie in Leipzig; 1874-75 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig, 1875-76 desgl. in München und 1876-77 desgl. in Straßburg; 1877 Referendarsexamen; 1877-78 Referendar in Köln; 1881 Assessorexamen in Berlin; 1882-1904 Rechtsanwalt beim Landgericht in Köln; 1906 USA-Reise; Geschäftsführer der Immobiliengesellschaft Trimborn GmbH; Aufsichtsratsmitglied der Kölner Immobiliengesellschaft und der Feuerversicherungsgesellschaft Rheinland; 1914 Zivilkommissar im Arrondissement Verviers; 1914 (Nov.)-17 Generalreferent für Kultus und Unterricht beim dt. Generalgouverneur und dem Chef der Zivilverwaltung in Brüssel; 1918 Staatssekretär und Ressortchef des Reichsamts des Innern.

Mitbegründer (zusammen mit Adolf Gröber) der KStV Teutonia in Leipzig; Ottonia in München; Franconia in Straßburg.

Zentrumspolitiker

Z

1893-1918 Vorsitzender des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei; 1918-21 Ehrenvorsitzender ebd.; maßgeblicher Reformator der Parteistrukturen im Rheinland und später im Reich; 1903-18 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Pr. AbgeH; 1907-18 Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags; 1908-18 stellv. Vorsitzender des Landesausschusses der Zentrumspartei in Preußen; 1919-21 Ehrenvorsitzender ebd.; 1917-18 faktische Leitung der Zentrumsfraktion des Reichstags; 1919-21 Vorsitzender ders.; 1920-21 Parteivorsitzender; 1914- Vorstandsmitglied des Reichsausschusses der Zentrumspartei; RT 1896-1912 WK 1 Köln (Z); 1912-18 WK 5 Köln (Z); 1919-20 Mitglied der Na-

tionalversammlung in Weimar WK 20 Köln-Aachen (Z); 1920-21 WK 23 Köln (Z); LT Preußen AbgeH 1896-98 WK 1 Köln (Z); 1899-1918 WK 1 Köln (Z); K 1893-1913 Stadtverordneter in Köln.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied und 1881 Vorsitzender des Verwaltungsrats des Vinzenzvereins in Köln; Mitglied des Kolpingvereins in Köln; Mitglied des Augustinusvereins zur Pflege der kath. Presse; 1890-1915 2. Vorsitzender und 1915-21 1. Vorsitzender des Volksvereins für das katholische Deutschland; 1900 2. Präsident des Dt. Katholikentags in Bonn; 1901 Präsident des Dt. Katholikentags in Osnabrück; 1910 Mitbegründer und später Ehrenvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse; Ritter 1. Klasse vom Bad. Orden vom Zähringer Löwen.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: InvVersG 1899 Ref.; UnfVersG 1900 Ref.; GewGerGNov 1901 Antr.; KindSchG 1903; KrankVersGNov 1903; KaufmG 1904; VerG 1908 stellv. Vors.; GewONov 1908; AkGE 1908; RVO 1911 stellv. Vors.; BfAST 1904-06. – Maßgeblich an der Kommunalwahlreform beteiligt; 1901 - mind. 1918 Ausschussmitglied der GfSR.

Veröffentlichungen

„Die Tätigkeit der Gemeinden auf sozialem Gebiete“, 1900; „Centralstelle des Volksvereins für das kath. Deutschland“, 1900; „Soziale Tätigkeit der Gemeinde, eine Übersicht über die Aufgaben der kommunalen Sozialpolitik“, 1903; „Die Pflichten der höheren Stände auf sozialem und charitativem Gebiet“, 1908; „Das Zentrum und die Kriegspolitik“, 1918.

Mitbegründer und Herausgeber der Zeitschriften „Kommunalpolitische Blätter“, 1908, und „Das Zentrum“, 1921.

Literatur

HbRT 1907; Zeitgeschichte LB, Bd. 1; Haunfelder Zentrum; Rheinische Lebensbilder Bd. 3; Nls Historisches Archiv der Stadt Köln; Q III. 3, IV. 3, 4.

Bild

Zeitgeschichte LB Bd. 1, S. 89.

Varrentrapp, Johann *Georg* Dr. med.
Arzt

* 20.3.1809 in Frankfurt/M., † 15.3.1886 ebd.; ev.; V Johann Conrad V. (1779-1860), Arzt; M Marie Christine geb. Hofmann (1785-1859); ∞ 1840 Mathilde geb. Lutteroth (1817-90); K 2 S, 3 T, Adolf V. (1844-1916), Bürgermeister von Frankfurt/M.

Gymnasium in Frankfurt/M., 1827-28 Studium der Medizin in Heidelberg, 1828-30 in Straßburg und Paris sowie 1831 in Würzburg; 1831 Dr. med. in Würzburg; 1831-41 Assistenzarzt und 1842-72 Oberarzt in Frankfurt/M. (Chefarzt des Hospitals zum Heiligen Geist); 1832, 1838, 1847 und 1852 Reisen nach Österreich, Niederlande, Belgien und England; 1871 Geh. Sanitätsrat.

Burschenschaft in Heidelberg.

liberaler Politiker

NL

LT 1842-66 Mitglied der Gesetzgebenden Versammlung von Frankfurt/M. (liberal); K 1866-84 Stadtverordneter in Frankfurt/M.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1847-77 Vorsitzender des Pestalozziver eins; 1855-56 Direktor der Senckenberg-Gesellschaft; 1859 Mitbegründer des Nationalvereins; 1876 Mitbegründer und Vorsitzender des Vereins gegen Verfälschung der Nahrungsmittel; 1880- ao. Mitglied im Reichsgesundheitsamt; 1883 Mitbegründer des Deutschen Kolonialvereins.

Auszeichnungen

1871 Geh. Sanitätsrat.

Sozialpolitische Aktivitäten

1873 Mitbegründer des DV* für öffentliche Gesundheitspflege; 1834 Mitbegründer eines Armenhospitals („Armenklinik“) in Frankfurt/M.; 1845 Mitbegründer und 1852, 1863 und 1878 Vorsitzender des Frankfurter Ärztevereins; 1846 Leiter der ersten internationalen Versammlung für Gefängnisreform in Frankfurt/M.; 1860 Mitbegründer und -1886 Vorsitzender der

Gemeinnützigen Baugesellschaft in Frankfurt/M.; 1876 Mitbegründer des städtischen Gesundheitsrats in Frankfurt/M.; 1878 Mitbegründer der Ferienkolonie in Schönberg (Taunus).

Als Mitglied der gesetzgebenden Versammlung setzte V. die Anlage von Schlemmsielen durch, die Frankfurt eine vorbildliche Kanalisation brachte.

Veröffentlichungen

„Ueber Pönitentiarsysteme“, 1841; „De l'emprisonnement individuel sous le rapport sanitaire“, 1844; „Ueber Entwässerung der Städte, über Werth und Unwerth der Wasserclouette, über deren angeblichen Folgen“, 1868; „Verlust wertvollen Düngers, Verunreinigung der Flüsse, Benachteiligung der Gesundheit“, 1868; 1842-Mitherausgeber der „Jahrbücher für Gefängnis-kunde und Besserungsanstalten“; 1869 Mitbegründer und 1871-84 Redakteur der „Deutschen Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheits-pflege“ (mit Spiess); dort zahlreiche Aufsätze über Kanalisation, u. a.: Das Wasserversorgungswesen und seine Entwicklung im Königreich Württemberg XI, S. 489, München; Cana-lisation XII, 303; Die Entwässerungsarbeiten der Stadt Brüssel, XII, S. 508.

Literatur

Labisch/Tennstedt; Frankfurter Biographien; Pagel.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 507.

Vodel, *Gustav Adolf* Dr. phil. h. c.
Ministerialbeamter

* 6.5.1831 in Grünhain/Krs. Zwickau, † 5.8.1908; ev.; V Postverwalter; ∞ 1857 Pauline geb. Ullmann (1834-).

1854-56 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig; Referendar am Bezirksgericht Annaberg; 1866-68 Gerichtsamtmann in Burgstädt und 1868-71 in Bautzen; 1871 Regierungsrat der Kreisdirektion Leipzig; 1874-77 Amtshauptmann in Schwarzenberg und 1877-80 desgl. in Zwickau; 1880 Geh. Regierungsrat und 1893 Direktor im sächs. Innenministerium, Referent für Krankenversicherung; danach Geh. Regierungsrat im sächs. Handelsministerium.

1898-1903 stellv. Bevollmächtigter für Sachsen zum Bundesrat.

konservativer Politiker

K

LT Königl. Sächs. Landtag 1875-81 WK 20 (K).

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1880-1903 Kommissar und 1903-08 Vorsitzender des Sächs. landwirtschaftlichen Kreditvereins; 1892- Vorsitzender des Sächs. Landesversicherungsamts; 1892-Mitglied des Sächs. Kompetenzgerichtshofs; 1897-1908 Mitglied des Sächs. Disziplinarhofs.

Auszeichnungen

Dr. phil. h. c.; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern; Bayer. Verdienstorden vom heiligen Michael 1. Klasse mit Stern; Komtur 2. Klasse vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: KrankVersGNov 1892; 1887-93 vom Bundesrat gewähltes, nichtständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts.

Literatur

Döscher/Schröder; Poschinger Bd. 5.

Bild

Döscher/Schröder, S. 320.

Völk, Franz *Joseph* Dr. iur.

Rechtsanwalt

* 9.5.1819 in Mittelstetten b. Schwabmünchen; † 22.1.1882 in Augsburg; kath.; V Landwirt.

Gymnasium in Augsburg; 1838-41 Studium der Rechtswissenschaften in München; 1843 Dr. iur. in München und bayer. jur. Vorbereitungsdienst; 1848/49 Revolutionär; 1849-55 Berufsverbot als Rechtsanwalt bis zum Verzicht auf frühere politische Überzeugungen; 1855-82 Rechtsanwalt in Friedberg und danach in Augsburg.

liberaler Politiker

LRP, NL, F, LV

LRP; 1871-79 NL; FSP; LV; 1863 Mitbegründer der F in Bayern; 1869 Mitbegründer der liberalen Vereinigung Zur Mainbrücke;

RT 1871-81 WK 6 Schwaben (bkF/LRP/NL/LV);

LT Bayer. Landtag 1855-56; 1858-61; 1863-69; 1870-82; einer der Vorkämpfer der kleindeutschen Lösung im Landtag; 1868-70 Zollparlament F in Bayern.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1863 und 1866 Mitglied des Frankfurter Abgeordnetentags und des Sechsendreißiger-Ausschusses; 1865 und 1866 Mitglied des deutschen Abgeordnetenkongresses in Frankfurt/M. und Vertreter des Sechsendreißiger-Ausschusses.

Auszeichnungen

1880 Ehrenbürger von Kempten.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: VerGE 1871 u. 1872; Initiator der Völk-Stiftung (nach seinem Tod aus seinem Vermögen gebildet).

Veröffentlichungen

„Beiträge zur Geschichte der Entstehung der Handlöhne besonders in Bayern“, 1868; „Das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875, 1875; Die Rechtsanwaltsordnung für das Deutsche Reich, 1878; „Gebührenordnung für Rechtsanwälte für das Deutsche Reich. Mit Erläuterungen“, 1879.

Literatur

Hirth 1878; Haunfelder Lib. Abg.; Bosl; Drexl, Joseph Völk – ein Kämpfer für Deutschlands Einheit, in: Landsberger Geschichtsblätter, 10.89/90 (1991), S. 75-77; Nls Stadtarchiv Augsburg.

Bild

Haunfelder Lib. Abg., S. 483.

Wagener, He(r)mann
Politiker

* 15.3.1815 in Segeletz/Krs. Neuruppin, † 22.4.1889 in Berlin; ev., (1849-mind. 1857) Irvingianer; V Karl Friedrich Wilhelm W. (1768-1836), Pfarrer; M Luise Johanna Sophie geb. Engelmann (1786-1850); ∞ 1) geb. Müller (-1851); 2) 1852 Marie geb. Koeppen; K 3 S.

Gymnasium in Salzwedel; 1835-38 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin; 1841 Referendar am Landgericht Frankfurt/O.; danach bei der Preuß. Domänenverwaltung; 1847 Gerichts- und Konsistorialassessor in Magdeburg; 1848 Mitbegründer und -1853 Chefredakteur der „Neuen Preußischen Zeitung“ (Kreuzzeitung); 1853-Gutsbesitzer auf Dummerwitz Krs. Neustettin; zugleich Anwalt am Obertribunal in Berlin und Publizist; 1861-73 Herausgeber der „Berliner Revue“; 1866-68 Geh. Regierungsrat und 1868-73 Geh. Oberregierungsrat im preuß. Staatsministerium; 1870-73 Mitglied der Preuß. Statistischen Zentralkommission; 1870/73 amtlich und privatfinanziell Beteiligter bei der Pommerschen Zentralbahn; führte zur Verabschiedung; danach Publizist und Kopist (Kalligraph).

konservativer Politiker
K

1861 Mitbegründer des Preußischen Volksvereins;
RT 1867-70 Norddeutscher Reichstag WK 5 Köslin (K); 1871-73 WK 5 Köslin (K);
LT Pr. AbgeH 1853-58 WK 3 Köslin; 1861 WK 4 Stettin; 1863-68 WK 5 Köslin (K); 1868-69 WK 5 Köslin (bkF).

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitbegründer der Sozialkonservativen Vereinigung; sozialpolitischer Berater Bismarcks, dessen „Generalreferent für Inneres“ (Saile); 1864 Initiator der „Weber-Audienz“ und der Gründung einer Produktivassoziation in Wüstegiersdorf als sozialpolitisches Experiment; 1872 Initiator und Vorsitzender der preußisch-österreichischen Konferenz zur sozialen Frage mit Denkschrift zur Entwicklung der Sozialpolitik; Kooperation mit Rudolf Meyer; 1874 Beobachter des Vereins für Socialpolitik im Auftrag Bismarcks.

Veröffentlichungen

„Das Judentum und der Staat“, 1857; „Die Lösung der sozialen Frage vom Standpunkt der Wirklichkeit und Praxis“, 1878; „Die Politik Friedrich Wilhelms IV“, 1883; „Erlebtes“, 1884; „Die Mängel der christlich-sozialen Bewegung“, 1885; 1859-67 Herausgeber des „Staats- und Gesellschafts-Lexikons“, 24 Bde.

Literatur

Below; Mann; Kraus, Hermann Wagener (1815-1889), in: Heidenreich (Hrsg.), Politische Theorien des 19. Jahrhunderts, Bd. 3, 2000, S. 171 ff.; Albrecht, Die „Nebensonne“ in der Pflicht: Hermann Wagener als Mitarbeiter Bismarcks, in: Gall/Lappenküper (Hrsg.), Bismarcks Mitarbeiter, 2009, S. 17ff.; Q I. 1.

Bild

Heidenreich Bd. 3, S. 173.

Wagner, Adolph Heinrich Gotthilf

Dr. phil. et iur. et leg. et pol. et theol. h. c.
Universitätsprofessor und Schriftsteller

* 25.3.1835 in Erlangen, † 8.11.1917 in Berlin; ev.; V Rudolph W. (1805-64), Philologe; M Rosa (-1894); ∞ 1) 1861 Johanna geb. Buse (1837-68); K 2 S, 1 T; 2) 1869 Johanna (Jane) geb. Hahn (1839-72); K 2 T; 3) 1873 Martha geb. Schönberg (1848-1918); K 3 T.

Gymnasien in Göttingen und Bayreuth; 1853-57 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen und Heidelberg; 1857 Dr. phil. in Göttingen; 1858 Dozent an der Handelsakademie in Wien; 1863 Dozent an der kaufmännischen Fortbildungsanstalt in Hamburg; 1865 o. Prof. für Volkswirtschaftslehre und Statistik an der Hochschule in Dorpat; 1868 o. Prof. für Staatswissenschaft und Kameralistik in Freiburg; 1870-1917 o. Prof. für Staatswissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Kameralistik in Berlin; 1870 Lehrer am Statistischen Seminar (nebenamtlich); 1871-1917 Mitglied der Preuß. Statistischen Zentralkommission, Referent des Preuß. Statistischen Büros.

konservativer Politiker

1896 Ehrenvorsitzender der CSP; K

LT Pr. AbgeH 1882-85 WK 6 Potsdam (K), Herrenhaus 1910-17.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der Akademien der Wissenschaften in Mailand, Neapel, Rom, Venedig und Wien; Ehrenmitglied der Royal Statistical Society in London; Ehrenmitglied des Internationalen Statistischen Instituts; Mitglied im Verein der Wirtschafts- und Steuerreformer.

Auszeichnungen

Geh. Regierungsrat; Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; Dr. iur. h. c. in Czernowitz, Dublin, Münster und Wisconsin; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Ritter 1. Klasse vom Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausorden; Ritter 1. Klasse vom Bad. Orden vom Zähringer Löwen; Großkreuz vom Stern von Rumänien; Russ. St. Stanislaus-Orden 1. Kl.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitbegründer im VfSP; Ausschussmitglied 1872, 1873, 1874/75, 1875/76, 1895, 1897, 1899, 1905, 1910, 1911-17; Präsident und Ehrenpräsident im Evangelisch-Sozialen Kongress; 1896 Mitbegründer des Freiwilligen Erziehungsbeirats in Berlin.

Veröffentlichungen

„Beiträge zur Lehre von den Banken“, 1857; „Die Abschaffung des privaten Grundeigentums“, 1870; Elsaß u. Lothringen und ihre Wiedergewinnung für Deutschland, 1870; „Rede über die soziale Frage“, 1872; „Allgemeine oder theoretische Volkswirtschaftslehre“, 1876; „Aktiengeellschaftswesen“, Schriften des VfSP Bd. 4, 1873; „Kommunalsteuerfragen“, Schriften des VfSP Bd. 15, 1879; „Die akademische Nationalökonomie und der Sozialismus“, 1845; „Sozialismus, Sozialdemokratie, Katheder- und Staatssozialismus“, 1895.

Literatur

DBJ 1917-20; HdStW; Maier; Rubner (Hrsg.), Adolph Wagner: Briefe, Dokumente, Augenzeugenberichte 1851-1917, 1978; Q I. 8.

Bild

Rubner, S. 1.

Wandel, Konrad
Wirtschaftsjurist

* 18.11.1860 in Danzig, † 27.1.1930 in Bad Oeynhausen; ev.; V Philipp W. (-1882), Geh. Admiralitätsrat; M Agnes Elise W. (-1876); ∞ Marie Helene geb. Wilkes; K mind. 1.

1866-79 Gymnasium in Berlin; 1879-82 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin und Tübingen; 1882 Gerichtsreferendar bei der Staatsanwaltschaft in Berlin; 1887 Assessor am Amtsgericht Berlin; 1888 Rechtsanwalt, 1898 Prokurator und 1909-26 stellv. Direktoriumsmitglied bei Krupp in Essen; 1893- zugleich Rechtsanwalt in Essen.

K Stadtverordneter in Essen.

Auszeichnungen

Ehrenvorsitzender des Verbands zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen; Ehrenmitglied im Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften; Ehrenmitglied der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft; Preuß. Kronenorden 3. Klasse; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; 1906 Justizrat.

Sozialpolitische Aktivitäten

1904 Mitbegründer und stellv. Vorsitzender, sowie 1910-26 Vorsitzender des Verbands zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen; 1915-26 stellv. Vorsitzender des Verbands der deutschen Berufsgenossenschaften; 1888 Vorstandsmitglied und danach Vorsitzender der Sektion I der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft; 1894 Vorstandsmitglied und 1910 Vorsitzender des Hütten- und Walzwerk Genossenschaftsverbands; stellv. Aufsichtsratsvorsitzender im Haftpflichtverband der deutschen Eisen- und Stahlindustrie; Vorsitzender der Verbände der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaften; Vorsitzender der Betriebskrankenkasse bei Krupp.

Veröffentlichungen

„Das Patentgesetz vom 7. April 1891 und das Gesetz betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern vom 1. Juni 1891 mit Ausführungsvorschriften“, 1891.

Literatur

Krupp Mitteilungen Nr. 3 vom 7.2.1930; Die Betriebskrankenkasse 23. Jg. Nr. 3, 1930; Nls Historisches Archiv Krupp.

Bild

Krupp Mitteilungen, S. 1.

Wattendorff, Heinrich
Kaufmann

* 3.4.1845 in Ibbenbüren/Krs. Tecklenburg, † 14.2.1909 ebd.; kath.; V Bernhard Anton W. (1810-?), Kaufmann; M Maria Anna geb. Sweering.

1859-62 Gymnasium in Feldkirch und 1862-65 in Münster; Kaufmännische Ausbildung; Reisen nach England, Frankreich, Schweden, Norwegen, Österreich-Ungarn und Italien; Kaufmann in Ibbenbüren; Fabrikbesitzer ebd.; Mitbesitzer der Vereinsdruckerei in Ibbenbüren, später im Aufsichtsrat; Rentier ebd.

Zentrumspolitiker

Z

1876 Vorstandsmitglied des Wahlvereins der westf. Zentrumspartei; 1898-1909 Mitglied des Provinzialkomitees der westf. Zentrumspartei;
RT 1890-1909 WK 4 Münster (Z);
LT Pr. AbgeH 1903-09 WK 2 Münster (Z);
K Stadtverordneter in Ibbenbüren; -1909 Kreistag in Tecklenburg.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1897; KaufmG 1904 Vors.

Literatur

HbRT 1907; Hillger 1907; Haunfelder Zentrum; Abmeier, Ein Münsterländer Reichstagsabgeordneter. Heinrich Wattendorff aus Ibbenbüren, in: Westfälischer Heimatkalender, Bd. 30 (1976), S. 80-83.

Bild

Hillger 1907, S. 173.

Wehrenpfennig, Johann Friedrich Wilhelm
Dr. phil., Dr. ing. h. c.
Redakteur, Verwaltungsbeamter

* 25.3.1829 in Blankenburg a. Harz; † 25.7.1900 in Berlin; ev.; ∞ 1) Anna geb. Hoelzle; 2) Emilie geb. Kopp verw. von Breuls (1834-um 1910); K mind. 1 T.

Gymnasium in Blankenburg; 1847-50 Studium der Philosophie, Theologie und Geschichte in Jena und Berlin; 1853 Dr. phil. in Halle (Saale); 1855 Staatsprüfung; 1855 Referendar am Friedrich-Werderschen Gymnasium in Berlin; 1857-60 Oberlehrer am Friedrichsgymnasium in Berlin; 1859-62 Mitarbeiter des Literarischen Bureaus (Pressestelle) im preuß. Staatsministerium; 1860 provisorische Leitung, 1861 stellv. Direktor und 1861-62 Direktor; Ende 1862 in Dispositionsstellung; 1863-67 leitender Redakteur der „Preußischen Jahrbücher“ und ab 1867-71 zusammen mit Heinrich Treitschke Hrgs. ders.; 1871 alleiniger Hrgs. ders.; 1872-74 Chefredakteur der „Spenerischen Zeitung“ in Berlin; 1877 Wiedereintritt in den Staatsdienst: Geheimer Regierungsrat im (preuß.) Handelsministerium, Dezernent für technisches, gewerbliches und kunstgewerbliches Unterrichtswesen; mit seinem Dezernat zum preuß. Kultusministerium; 1879-99 Geheimer Regierungsrat vor allem für Angelegenheiten der technischen Hochschulen; 1885-99 Mitglied der Preuß. Statistischen Zentralkommission; 1900 Abschied als Wirkl. Geheimer Oberregierungsrat.

liberaler Politiker

NL

1874- Schriftleiter „Nationalliberale Korrespondenz“; 1874- Zentralwahlkomitee der NL; 1874-77 Geschäftsleitung des Zentralwahlkomitees; 1877-78 Vorstandsmitglied der NL;
RT 1869-71 Waldeck-Pyrmont (NL); 1871-81 WK 3 Kassel (NL);
LT Pr. AbgeH 1867-79 WK 8 Kassel (NL).

Auszeichnungen

1899 Dr. ing. h. c. Aachen; Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Adler der Komtur vom Königlichen Hausorden von Hohenzollern.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: GewONov 1878.

Veröffentlichungen

Die Gesetzgebung der letzten sechs Jahre im Reich und in Preußen. Dargest. von e. Mitglied d. Centralwahlcomités der nationalliberalen Partei, 1876.

Literatur

Hirth 1871; Haunfelder Lib. Abg.; Lüdicke, Nls GStA; Q II. 2, 6.

Bild

Aspekte der Gründerzeit. Ausstellung in der Akademie der Künste, 1974, S. 83.

Wendt-Papenhausen, *Karl* Hubert Maria
Frhr. von
Rittergutsbesitzer

* 21.1.1832 in Hovestadt/Krs. Soest, † 11.12.1903 in Gevelinghausen/Krs. Meschede; kath.; V Franz Wilhelm W. (1800-70); M Ida Bernhardine geb. von Plettenberg (1806-34); ∞ Maria geb. Freiin von Romberg (1848-1938); K 5 S, 4 T.

1842-48 Ritterakademie Bedburg; Gymnasium in Münster; Studium der Rechtswissenschaften in Bonn und Berlin; Referendar am Kreisgericht in Münster; Regierungsreferendar in Münster; Regierungsassessor in Arnsberg; 1868- Landwirt.

Corps Borussia Bonn.

Zentrumspolitiker

Z

1864-66 Teilnehmer an den Soester Konferenzen zur Belebung des Zentrums; 1876 Vorstandsmitglied des Wahlvereins der westfälischen Zentrumspartei; 1884 Vorstandsmitglied des Zentralwahlkomitees der westfälischen Zentrumspartei; RT 1874-93 WK 5 Minden (Z); LT Pr. AbgeH 1873-82 WK 4 Minden (Z); Herrenhaus 1885-1903 (Z); K Landesvertretung für Lippe-Detmold 1864-76; Provinziallandtag von Westfalen 1865, 1880, 1884-1903.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Präsident des Bonifatiusvereins.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: HilfskG 1876; UnfVersG 1882/83, Ber.; KrankVersG 1883; HilfskGNov 1884; UnfKrankVersAusdG 1885; UnfKrankVersGLandw 1886; UnfVersGBau 1887; InvAltVersG 1889; KrankVersGNov 1892 Vors.

Literatur

HbRT 1890; Haunfelder Zentrum; Nls Westf.-Lippescher Landschaftsverband Münster.

Bild

Biefang, S. 129.

Wermuth, *Adolf* Dr. theol. h. c.
Oberbürgermeister

* 23.3.1855 in Hannover, † 11./12.10.1927 in Berlin; ev.; V Karl Georg Ludwig W. (1803-67), Polizeidirektor; M Emmy geb. Domeier (1815-1904); ∞ Marie geb. Renken; K 2 S, 2 T.

Gymnasium in Hildesheim; Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig, Heidelberg und Göttingen; 1876 Gerichtsreferendar in Celle; 1881 Gerichtsassessor (Amtsrichter) in Peine; 1882 Regierungsassessor in Oppeln; 1883 Hilfsarbeiter, 1889 Regierungsrat (Referent Handwerker-gesetzgebung), 1900 Direktor und 1904-09 Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern (Leiter Abt. IV, Handelsabteilung); 1909-12 Staatssekretär im Reichsschatzamt; 1912-20 Oberbürgermeister von Berlin; 1920 Rücktritt.

-1912 stellv. Bevollmächtigter für Preußen zum Bundesrat.

LT Herrenhaus 1912-18.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1912-20 Vorsitzender des Deutschen und Preuß. Städtetags; 1896- Mitglied des Disziplinarhofs in Leipzig; 1897- Vorsitzender der Berufungskammer am Börsenehrengericht; Mitglied der Griechischen Gesellschaft in Berlin.

Auszeichnungen

1908 Wirkl. Geh. Rat mit Prädikat Exzellenz; 1917 Dr. theol. h. c. Berlin; Preuß. Roter Adlerorden 1. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 1. Klasse; Großkomtur vom Verdienstorden der Bayer. Krone; Komtur 1. Klasse vom Königl. Sächs. Albrechts-Orden; Großkreuz vom Großherzoglich Bad. Orden vom Zähringer Löwen.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRVertr.-RT-Komm.: VerG 1908; 1888-89 Reichskommissar für die Weltausstellung in Melbourne; 1891 Reichskommissar für die Weltausstellung in Chicago. Die Schaffung eines Groß-Berlin war weitgehend ein Verdienst von W., das er seit 1912 energisch betrieb, aber erst 1920 erfolgreich beenden konnte. Seine politischen Aktivitäten stützten sich seit 1914 zunehmend auch auf die Sozialdemokratie und die Berliner Arbeiterorganisationen.

Veröffentlichungen

„Ein Beamtenleben, Erinnerungen“, 1922.

Literatur

Verwaltung II; Berlinische Lebensbilder Bd. 7; Q IV. 3; ProtPrStM 8/II, 9, 10, 11/II.

Bild

Ein Beamtenleben, Titelbild.

Werthmann, Lorenz Dr. theol. et phil., Dr. med. h. c.

Theologe

* 1.10.1858 in Geisenheim, † 10.4.1921 in Freiburg/Br.; kath.; V Johann W. (1826-99), Verwalter; M Barbara geb. Blum (1823-1906).

1873-77 Gymnasium in Hadamar; 1877-84 Studium der Philosophie und Theologie in Rom; 1880 Dr. phil. und 1884 Dr. theol. in Rom; 1884 bischöflicher Sekretär in Limburg; 1885 Vikar in Frankfurt/M.; 1886 Hofkaplan und bischöflicher Sekretär in Freiburg/Br.; 1896 zugleich Assessor am erzbischöflichen Ordinariat ebd.; 1897-1920 Präsident des Caritasverbands; 1900 Päpstl. Geheimkammerer; 1913 Hausprälat; 1921 Päpstl. Protonotar.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied im Verein für kath. Krankenhausvorstände; Mitglied im Verband für das kath. Auslandsdeutschtum; Mitglied im Verband kath. Anstalten Deutschlands für Geistesschwache.

Auszeichnungen

1920 Dr. med. h. c. Freiburg/Br.; Päpstl. Kreuz.

Sozialpolitische Aktivitäten

1897 Mitbegründer und Präsident des Caritasverbands für das kath. Deutschland; Beirat ZfVW; 1888 Mitglied im Verein Arbeiterwohl; Leiter des Diözesanrats der bad. Vinzenzvereine; 1898-1918 Mitglied im Hauptausschuss des DV; Mitbegründer zahlreicher karitativer Einrichtungen in Freiburg/Br. (St. Annastift, Augustinusheim, Arbeiterinnenheim, Hedwighaus, Caritasschule etc.); Vorsitzender des St. Raphaelvereins; Mitbegründer des ersten deutschen Arbeitersekretariats für ital. Saisonarbeiter.

Veröffentlichungen

1895 Mitbegründer und -1920 Redakteur der Zeitschrift „Caritas“; 1907-1921 „Jahrbuch des Caritasverbands“, 1912- „Zeitschrift für katholische caritative Erziehungstätigkeit“; 1914- „Mitteilungen der freien Vereinigung für Seelsorgehilfe“ (ab 1920 umbenannt in „Krankendienst“).

Literatur

Bad. Bio. N. F.; DBJ 1921; Renkhoff; Nass. LB Bd. 6; Liese, Lorenz Werthmann und der DCV, 1929; Borgmann (Hrsg.), L. W., Reden und Schriften, 1958.

Bild

Liese, Lorenz Werthmann und der DCV, Titelbild.

Wichmann, Rudolf
Rittergutsbesitzer

* 19.8.1826 in Berlin, † 3.1.1900 in Nahmeist/Krs. Pr. Holland (Ostpreußen); ev.; V Ludwig W. (1788-1859), Bildhauer.

Gymnasium in Berlin; Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Heidelberg; Studium an der landwirtschaftlichen Aka-

demie in Möglin; Reisen nach England, Frankreich und Italien; 1852-1900 Gutsbesitzer in Nahmeist; Amtsvorsteher ebd.

konservativer Politiker

K

RT 1877-93 WK 7 Königsberg (K), Schriftführer;

K (-1890) Mitglied des Kreistages in Nahmeist; Mitglied des Kreis Ausschusses ebd.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1885- Mitglied der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

Auszeichnungen

Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: PensKassGE 1879; KrankVersG 1883; HilfskGNov 1884; UnfKrankVersAusdG 1885; UnfKrankVersGLandw 1886; UnfVersGBau 1887; InvAltVersG 1889; KrankVersGNov 1892; GewONov 1891.

Literatur

HbRT 1890; Q II. 2, 6.

Bild

Biefang, S. 124.

Wiedfeldt, Otto Dr. phil.

Ministerialbeamter

* 16.8.1871 in Thüritz/Krs. Salzwedel, † 5.7.1926 in Essen; ev.; V Karl Otto W. (1841-1915), Pfarrer; M Auguste Friederike geb. Bley (1871-1926); ∞ 1896 Anna geb. Bley (1867-1930); K 1 S.

1882-88 Gymnasium in Bernburg; 1888-90 Gymnasium in Salzwedel; Studium der Nationalökonomie in Berlin; 1894-95 Hilfsarbeiter im städtischen Statistischen Amt in Berlin; 1895-96 zugleich zweiter Redakteur der Sozialen Praxis in Berlin; 1896-99 Geschäftsführer des sächsischen Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften; 1897 zugleich zweiter Direktor der sächs. Landesgenossenschaftskasse in Dresden; 1897 Dr. phil. in Leipzig; 1899 Reise

nach Irland; 1900-02 Mitbegründer und Leiter des städtischen Statistischen Amtes in Essen; 1902-03 Leiter des städtischen Statistischen Amtes in Dresden; 1904-08 Beigeordneter für Finanzen (daneben auch Dezernent für Kultur und Soziales sowie 1905- Armen- und Waisenangelegenheiten) und Leiter des städtischen Statistischen Amtes in Essen; 1908 Hilfsarbeiter, 1909 Regierungsrat und 1911 Geh. Regierungsrat im Reichsamt des Innern; 1911-13 Berater der japanischen Regierung in Tokio und der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft; 1913-14 Reisen in Südostasien; 1914 Referent für Getreideversorgung im Reichsamt des Innern; 1915-16 zugleich Leiter der Reichsgetreidestelle; 1916 im Reichskommissariat für Übergangswirtschaft; 1918 Leiter der deutschen Landwirtschaftsdelegation in der Ukraine; 1918-22 Direktor bei Krupp in Essen; 1922-24 deutscher Botschafter in Washington; 1925-26 Direktoriums- und Aufsichtsratsmitglied bei Krupp in Essen.

liberaler Politiker

DVP.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1919 Leiter der wirtschaftlichen Abteilung der deutschen Delegation zu den Friedensgesprächen in Versailles; 1920 Mitglied der deutschen Delegation zu den Verhandlungen in Spa; Mitglied im Sachverständigenausschuss zur Beratung der Reparationsleistungen; Vorstandsmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstags; Vorsitzender der Essener Handelskammer.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: RVO 1911; 1905- Leiter des Essener Einigungsamtes zur Streikschilichtung; 1905 erfolgreicher Vermittler im rheinischen Bauarbeiterstreik, der einen Tarifvertrag für 250 (später 500) Ortschaften der Rheinprovinz erbrachte; 1907 Vermittler im Konflikt der Anstreicher und Maler, der einen Tarifvertrag für weite Teile Nordwestdeutschlands ermöglichte; 1908 Schlichter im Arbeits-

konflikt der Bauarbeiter in Deutschland; 1910 Leiter des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe; 1915 Mitentwickler des Brotkartensystems zur Versorgung der deutschen Bevölkerung im Ersten Weltkrieg.

Veröffentlichungen

„Die Klempnerei in Stadt und Kreis Salzwedel“, Schriften des VfSP Bd. 62, 1895; „Statistische Studien zur Entwicklungsgeschichte der Berliner Industrie von 1720 bis 1890“ (Diss.), 1897; „Die Bewirtschaftung von Korn, Mehl und Brot im Deutschen Reiche“, 1919; Mitbegründer und Herausgeber der „Beiträge zur Statistik der Stadt Essen“.

Literatur

Wer ist's?; Schröder, Otto Wiedfeldt, 1981; Q IV. 3; Nls Historisches Archiv Krupp, Essen; ProtPrStM 10.

Bild

Dickhoff, Essener Köpfe, S. 248.

Wilhelmi, Leopold Johann Dr. iur.

Ministerialbeamter, Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amtes

* 15.6.1853 in Xanten, † 16.1.1904 in Blankenburg/Harz; kath.; V August Leopold W. (* 1810), Apotheker; M Helena Josepha Leonhardina geb. Stroof (* 1818); ∞ 1884 Wilhelmine Therese geb. Giesbers; K 2 S.

Gymnasialbesuch in Bonn u. Göttingen; Studium der Staatswissenschaften in Bonn u. Göttingen; 1876 Dr. iur. in Göttingen; 1875 Gerichtsreferendar in Bonn u. Düsseldorf, 1881 Gerichtsassessor, Richter in Saargemünd u. 1883 in Straßburg; 1883 stellv. Direktor der Kaiser-Wilhelm-Spende; 1886 Hilfsarbeiter (kommissarisch zur Durchführung und Auswertung der Sonntagruhe-Enquête), 1887 Regierungsassessor, 1889 Regierungsrat der II. (wirtschaftlichen) Abt. des Reichsamtes des Innern (Referent Koalitionsrecht, Gewerbeinspektion, Sonntagruhe); 1892 Geh. Regierungsrat, 1895 Geh. Oberregierungsrat im Reichsamte des Innern (Referent für Berufsvereine, Arbeiterkammern, Arbeiterschutz/Arbeitszeit, die Angelegenheiten

der KfAST); 1890-97 nebenamtlich im preuß. Handelsministerium; 1901-04 Präsident des Kaiserl. Statistischen Amtes in Berlin; 1902-04 (nebenamtlich) Mitglied der Preuß. Statistischen Zentralkommission.

Auszeichnungen

Preuß. Kronenorden 3. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: InvAltVersG 1889; GewGerG 1890; GewONov 1891; BerufsVerGE 1890/92; GewONov 1897; GewGerNov 1901;

Mit Th. Lohmann und G. Koenigs war er der wichtigste Mitarbeiter v. Berlepschs bei den sozial- und gewerbepolitischen Initiativen des „Neuen Kurses“. Er war betraut mit der Bearbeitung sozial- und gewerbepolitischer Angelegenheiten. Als Statistiker bemühte er sich um die Erforschung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Lohnarbeiter, 1902 richtete er beim Kaiserl. Statistischen Amt die Abteilung für Arbeiterstatistik (Nachfolge d. KfAST) ein.

Veröffentlichungen

(mit Fürst), „Das Reichsgesetz betr. die Gewerbeberichte v. 29.7.1890“, 1891; „Kommentierte Textausgabe der Reichsgewerbeordnung“ (mit Fürst), 1895/99; „Kommentar zum Handwerker-gesetz vom 26. Juli 1897“; (bearb. mit Bewer), „Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, nebst allen Ausführungsbestimmungen“, 1902; in der Fassung d. Bekanntmachung v. 29.9.1901, 2. Aufl., 1903; 1903 Mitbegründer des „Reichsarbeitsblatts“.

Literatur

Reichsanzeiger vom 19.1.1904; Vjh. zur Statistik des Dt. Reichs, 1. Heft 1904; Q III. 3; ProtPrStM 8/II, 9.

Will, Dionysius Dr. theol. et oec. publ. Theologe

* 8.9.1867 in Landersheim/Krs. Zabern (Elsass), † 23.7.1912 in Hönheim bei Straßburg; kath.; V Landwirt.

1883-87 Bischöfliches Gymnasium in Zillisheim; 1887-89 und 1890-92 Studium der

Theologie in Straßburg; 1892-94 Vikar in Bischheim; 1894-96 Vikar in Mülhausen; 1896-1900 Volkswirtschaftsstudium in Münster, München und Berlin; 1899 Dr. oec. publ.; 1900-04 Vikar in Straßburg; 1904-06 Studium der Theologie in Freiburg i. Br. 1905, Dr. theol. in Freiburg i. Br.; 1906-12 Pfarrer in Hönheim; 1912 parlamentar. Geschäftsführer seiner Fraktion.

kath. Verbindung Unitas.

Zentrumspolitiker

Z

RT 1907-12 WK 9 Elsass-Lothringen (Z);
1912 WK 6 Elsass-Lothringen (Z).

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: AkGE 1908.

Veröffentlichungen

„Das Koalitionsrecht der Arbeiter in Elsaß-Lothringen“, 1899; „Mietvertrag“, 1902.

Literatur

HbRT 1912; Hillger 1907; Haunfelder Zentrum.

Bild

Hillger 1907, S. 391.

Winter, Leopold von
Bürgermeister

* 30.1.1823 in Schwetz, † 9.7.1893 in Gellens/Krs. Kulm; ev.; V Karl Adolf von W. (1797-1864), Lehrer; M Charlotte geb. Krüger (1795-1882); ∞ 1850 Henriette Wilhelmine Sophie geb. Dieterici (1828-98); K 1 S, 1 T.

Gymnasium in Bromberg; Studium der Rechtswissenschaften in Berlin; Regierungsreferendar in Marienwerder und Danzig; Regierungsassessor in Marienburg; 1850-59 Landrat in Lebus; 1859-61 Geh. Regierungsrat im preuß. Innenministerium; 1861-62 Leiter des Polizeipräsidiiums Berlin; 1862-90 Oberbürgermeister von Danzig.

liberaler Politiker

NL

RT 1871-78 WK 1 Marienwerder (NL);
LT Herrenhaus 1872-90;
K 1878-90 Vorsitzender des Provinzialausschusses von Westpreußen.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse; Preuß. Kronenorden 2. Klasse mit Stern; Russ. St. Annen-Orden 2. Klasse mit Brillanten; Russ. St. Stanislaus-Orden 2. Klasse mit goldener Krone und Schleife; Großoffizier vom Serbischen Takowo-Orden mit Stern.

Sozialpolitische Aktivitäten

1873 Mitbegründer des DV* für öffentliche Gesundheitspflege, Ausschussmitglied 1872/73-1874/75, 1877/78-1878/79.

Veröffentlichungen

Mitherausgeber der „Deutschen Vierteljahresschrift für öffentliche Gesundheitspflege“; KR Reichsgesundheitsamt, 1872; R Kanalisationsanlagen, 1874; R Danziger Wasserleitung, 1874.

Literatur

Hirth 1877; Bio. Altpreuß.; Labisch/Tennstedt; Pagel.

Bild

Labisch/Tennstedt, S. 514.

Wintzingeroda-Knorr, Levin Frhr. von
Landesrat

* 17.1.1830 in Adelsborn/Krs. Worbis, † 27.6.1902 in Göttingen; ev.; V Wilhelm Karl Frhr. v. W. (1806-76), Landesrat; M Antoinette Karoline geb. Freiin v. Wintzingerode-Adelsborn (1809-35); ∞ 1859 Bertha Charlotte Lilli geb. von Hanstein (1834-1903); K 1 S, 3 T.

Gymnasium in Rossleben; Studium der Staatswissenschaften und Geschichte in Göttingen und Bonn; 1857-71 Landrat des Krs. Mühlhausen; 1872-76 Landarmendirektor der Provinz Sachsen; 1876-84 erster Landesrat und stellv. Landeshauptmann ebd.; freiwilliger Abschied, danach als Heimatforscher tätig.

Corps Saxonia in Göttingen und Bonn.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der Hist. Kommission der Provinz Sachsen; Mitglied der Kommission zur Erhaltung der Denkmäler der Provinz Sachsen.

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse; Preuß. Kronenorden 3. Klasse; Rechtsritter des Johanniterordens; Ritter 1. Klasse vom Anhalt. Hausorden Albrecht des Bären; Komtur 2. Klasse vom vereinigten Sachsen-Ernestinischen Hausorden; Schwarzbürg. Ehrenkreuz 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

1881-85 Mitglied im Hauptausschuss des DV.

Veröffentlichungen

„Statistische Übersicht des Kreises Mühlhausen“, 1866; „Die deutschen Arbeitshäuser; ein Beitrag zur Lösung der Vagabonden-Frage, 1885; „Die Kämpfe und Leiden der Evangelischen auf dem Eichsfeld“, 1890/93; „Die Wüstungen der Eichsfelder“, 1903.

Literatur

Opfermann/Kuratorium der Burg Bodenstein (Hrsg.), Die Burg Bodenstein im Eichsfeld, 1996.

Wintzingerode, Wilko Levin Graf von

Dr. theol. h. c.

Landeshauptmann

* 12.7.1833 in Göttingen, † 18.7.1907 in Schloß Bodenstein/Krs. Worbis; ev.; V Heinrich Karl, Reichsgraf v. W. (1778-1856), Württemb. Staatsminister; M Aeone geb. Freiin vom Hagen (1800-35); ∞ 1859 Marie geb. Gräfin von Keller (1836-1924); K 3 S, 9 T.

Studium in Göttingen, München und Berlin; Landwirt; 1877-1900 Landeshauptmann der Provinz Sachsen.

konservativer Politiker

DRP, FK

RT 1873-74 WK 3 Erfurt (DRP);

LT Pr. AbgeH 1867-76 WK 3 Erfurt (FK); 1879-82 WK 1 Magdeburg (FK);

K 1876-1900 Provinziallandtag der Provinz Sachsen.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitbegründer, Vorsitzender und Ehrenpräsident des Evangelischen Bundes.

Auszeichnungen

1903 oder 1905 Dr. theol. h. c. in Jena; Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit Schleife; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Rechtsritter des Johanniter-Ordens; Kommandeur 1. Klasse vom Anhaltinischen Hausorden Albrecht des Bären; Komtur 2. Klasse vom vereinigten Sachsen-Ernestinischen Hausorden; Kommandeur 1. Klasse vom Schwed.-Norweg. Wasa-Orden.

Sozialpolitische Aktivitäten

1886-1907 Mitglied im Hauptausschuss des DV.

Veröffentlichungen

„Zur Reform der Personalbesteuerung“, Schriften des VfSP Bd. 3, 1873; Die deutschen Arbeitshäuser, Halle 1885, „Offene Pflege für ungefähliche Irre“ (mit Paetz), Schriften des DV H. 8, 1889; „Zur Reform der Landgemeindeverfassung in den östlichen Provinzen in Preußen“, Schriften des VfSP Bd. 44, 1890.

Literatur

Opfermann (Hrsg.), Die Burg Bodenstein im Eichsfeld, 1996.

Bild

Opfermann, S. 378.

Woedtke, Erich Felix Franz Viktor von Dr. iur. h. c.

Ministerialbeamter

* 9.4.1847 in Sydow/Krs. Schlawe, † 22.2.1902 in Wiesbaden; ev.; V Franz Karl von W. (1818-53), Gutsbesitzer; M Anna Charlotte geb. Freiin von Roberts (1820-1904); ∞ 1878 Elisabeth Adelheid geb. von Hatten (1855-1905); K 2 S, 4 T.

Studium der Rechtswissenschaften in Greifswald, Heidelberg und Berlin; 1868

Auskultator am Appellationsgericht in Köslin; 1874 Gerichtsassessor und Staatsanwalt in Mohrungen; 1876 Regierungsassessor in Köslin, Bromberg und Königsberg; 1876 Verwalter des Landratsamts in Gnesen; 1878 Regierungsassessor am Oberpräsidium in Stettin; 1881 (abgeordneter) Hilfsarbeiter und 1882 Regierungsrat im preuß. Handelsministerium; 1884 Geh. Regierungsrat (Referent Knappschaftsvereine, Invaliditäts- u. Altersvers., Unfallversicherungsgesetz), 1889 Geh. Oberregierungsrat (Referent Krankenversicherungsgesetz, Unterstützungswohnsitz) und 1896-1901 Direktor der II. (wirtschaftlichen) Abteilung im Reichsamt des Innern; zugleich Leiter des Kaiserl. Oberseamts; 1901 Weggang nach sozialdemokratischer Kritik (Annahme einer 12 000 M.-Spende für Agitationszwecke vom Zentralverband Deutscher Industrieller durch das Reichsamt des Innern, für die er die Verantwortung übernehmen musste); 1901 Präsident des Aufsichtsamts für Privatversicherung.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Stellv. Vorsitzender des Seamts in Königsberg; stellv. Mitglied des Verwaltungsgerichts Königsberg.

Auszeichnungen

Wirkl. Geh. Oberregierungsrat; 1895 Dr. iur. h. c. in Freiburg/Br.; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kreuz der Ritter vom Königl. Hausorden von Hohenzollern.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: KrankVersG 1883; UnfVersG 1884; UnfKrankVersAusdG 1885; UnfKrankVersGLandw 1886; UnfVersGBau 1887; UnfVersGSee 1887; InvAltVersG 1889; InvVersG 1899; UnfVersG 1900; GewONov 1897.

Als Korreferent bzw. Referent im Reichsamt des Innern war er zunehmend beteiligt an der Ausgestaltung der Arbeiterversicherungsgesetze, zu denen er innovative Anregungen gab und die maßgeblichen sog. Referentenkommentare schuf; in seiner konservativen Grundanschauung stand er Robert Bosse näher als Th. Lohmann.

Veröffentlichungen

Das Reichsgesetz, betr. die Krankenversicherung d. Arbeiter v. 15.6.1883 mit Einl. u. Erl., 1883, 4. Aufl. u. d. T.: Krankenversicherungsgesetz v. 15.6.1883 i. d. Fassung d. Novelle v. 10.4.1892; „Unfallversicherungsgesetz, Kommentar“, 1884; „Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, Kommentar“, 1886; (mit Bosse) „Reichsgesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung v. 22.6.1889, Kommentar“, 3. Aufl., 1891.

Literatur

GStA I. HA Rep. 77 tit. 185a Nr. 7 Bd. 5 und Rep. 77 Nr. 3055; Q II. 2, 6, III. 3; ProtPrStM 8/II; v. Bülow, Denkwürdigkeiten, Bd. 1, 1930, S. 467 ff.

Bild

Das goldene Buch, Wirtschaftsleben, S. 12.

Wöllmer, Ferdinand

Fabrikbesitzer

* 5.8.1836 in Falkenberg/Seehausen Krs. Osterburg, † 23.1.1909 in Berlin; ev.

Realgymnasium in Perleberg; 1853-56 kaufmännische Ausbildung; danach Kaufmann und Fabrikant in Berlin; 1883- Magistratsmitglied in Charlottenburg.

liberaler Politiker

F, DFrP

RT 1878-81 WK 10 Potsdam (F); 1890-93 WK 3 Magdeburg (DFrP);

K 1875-82 Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung Charlottenburg.

Sozialpolitische Aktivitäten

RT-Komm.: UnfVersGE 1881; BerufsVerGE 1890/92; GewONov 1891.

Veröffentlichungen

„Die Invaliden-Pensions-Kassen und die Gesetzgebung“, 1879; „Haftpflcht und Arbeiter-Versicherung“, 1880.

Literatur

HbRT 1890; Haunfelder Lib. Abg.; Q I. 6, III. 3.

Bild

Biefang, S. 134.

Wuermeling, Bernhard Dr. iur.
Ministerialbeamter

* 15.10.1854 in Schwetz a. d. Weichsel, † 29.8.1937 in Münster; kath.; V Bernhard W. (1821-68), Kreisrichter; M Agnes geb. Schmitz; ∞ 1) Maria geb. Melchers (1861-88), 2) 1893 Elisabeth geb. Terfloth (1876-1936); K 5 S, 2 T; Franz Josef W. (1900-86), Bundesfamilienminister.

-1872 Gymnasien in Kulm, Posen und Münster; 1872-76 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig, Tübingen, Heidelberg, Bonn und Breslau; Referendar in Greifswald; 1877-79 Kreisgericht in Münster; Dr. iur. in Göttingen; 1880- Gerichts-assessor in Essen, Duisburg, Wiesbaden und Münster; 1884 Rechtsanwalt am Landgericht in Münster; 1890-96 2. Bürgermeister von Münster; 1897-98 Rechtsanwalt am Landgericht in Wiesbaden; 1898-1901 Regierungsrat im Reichsversicherungsamt; 1901-18 Geh. Regierungsrat im Reichsamt des Innern (Referent Knappschaftsvereine, Gewinnbeteiligung der Arbeiter, Haftpflichtgesetz, ländl. Arbeiter, Wuchergesetzgebung); 1917 Ministerialdirigent ebd.; 1918 Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsamt und danach im Reichsarbeitsamt; 1919-22 Oberpräsident von Westfalen.

Zentrumspolitiker

Z

LT Pr. AbgeH 1886-93 WK 3 Münster (Z); 1910-18 WK 4 Minden (Z);

K 1889 Stadtverordneter in Münster; Vorsitzender im Armenausschuss zur Aufsicht über die Wohlfahrtseinrichtungen in Münster.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Kurator der Universität Münster; Mitglied des Diözesankomitees in Münster; Mitglied im Generalvorstand der Diözese in Paderborn.

Auszeichnungen

1914 Wirkl. Geh. Oberregierungsrat; Preuß. Roter Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub; Preuß. Kronenorden 2. Klasse.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: RVO 1911;

1897 Mitbegründer des Caritasverbands für das kath. Deutschland (DCV); 1913 Mitglied im Zentralvorstand des DCV; 1917-20 stellv. Vorsitzender im DCV; 1920 Ehrenmitglied ebd.; 1921-34 erneut Mitglied im Zentralvorstand und 1924-31 erster stellv. Vorsitzender des DCV; 1901 Mitbegründer und 1901-06 zweiter und 1907-16 1. Vorsitzender des Caritasverbands in Berlin; 1901- Vorsitzender im Verwaltungsrat und 1907-12 Vorsitzender im Oberverwaltungsrat des Vinzenzvereins in Berlin; Mitglied im Bonifatius Verein. Als 2. Bürgermeister reformierte W. die Armenverwaltung in Münster durch die Einrichtung von 15 städtischen Armenbezirken. Für die finanzielle Absicherung eines Bauprogramms von modernen Kleinwohnungen für Arbeiter initiierte W. eine Aktiengesellschaft.

1893 war er im Pr. AbgeH Berichterstatte für das Kommunalabgabengesetz.

Veröffentlichungen

(mit Hitze), „Zur Würdigung d. dt. Arbeiter-Sozialpolitik“, 1913.

Literatur

Mann; Archiv des DCV; Q IV. 4; ProtPrStM 11/II.

Zacher, Georg Dr. iur.

Ministerialbeamter

* 20.6.1854 in Königsberg i. Pr., † 1923 in Berlin; ev.; V Georg Friedrich Z. (1815-1881), Kaufmann und Gutsbesitzer; M Emilie geb. Heinrich (1830-1913); ledig.

1868-72 Gymnasium in Königsberg; 1872-75 Studium der Rechts- und Verwaltungswissenschaften in Königsberg und Leipzig; 1875-80 Gerichtsreferendar in Königsberg; 1880 Gerichtsassessor in Königsberg; 1880 Dr. iur. in Jena; 1880-81 Gerichtsassessor bei der Staatsanwaltschaft am Amtsgericht Stargard und am Landgericht Königsberg; 1881-87 Regierungsassessor und 1887-90 Regierungsrat beim Polizeipräsidenten Berlin (Politische Abt., Referent für die Arbeiterfrage bzw. sozialdemokratische Vereinigungen); 1890 kurz-

fristig stellv. Regierungspräsident in Gumbinnen, danach: Reichsdienst; 1891 Kaiserl. Regierungsrat, 1893 Kaiserl. Geh. Regierungsrat im Reichsversicherungsamt (Senatsvorsitzender); 1905-18 Direktor der Abt. für Arbeiterstatistik im Kaiserl. Statistischen Amt in Berlin.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1915-23 Stellv. Vorsitzender des Deutschen Wehrvereins; 1919-23 Sekretär der Staatswissenschaftlichen Gesellschaft

Auszeichnungen

Preuß. Roter Adlerorden 3. Klasse mit Schleife; Preuß. Kronenorden 3. Klasse; Offizier der Franz. Ehrenlegion.

Sozialpolitische Aktivitäten

BRvertr.-RT-Komm.: UnfVersG 1900; Vorstandsmitglied der GfSR, Ortsgruppe Berlin; Mitglied des ZWAK, führte genaue (statistische) Erhebungen über Ausbreitung und Wirksamkeit der sozialdemokratischen zentralisierten Hilfskassen unter dem Sozialistengesetz durch. Der sprachbegabte Z. war Pionier des internationalen Sozialrechtsvergleichs; er schuf ein monumentales Quellenwerk mit (übersetzten) Gesetzestexten der Arbeiterversicherung in 15 Ländern; Berater ausländischer Regierungen.

Veröffentlichungen

„Die rothe Internationale“, 1884; „Leitfaden zur Arbeiterversicherung des Deutschen Reichs“, 1893; „Arbeiterbewegung u. Sozialreform in Deutschland“, 1893; „Die Arbeiterversicherung im Auslande“, 5 Bde., 1898-1908; Mitarbeiter des HdStW, 2. Aufl. (Art. über Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- u. Altersversicherung, Unfallstatistik), 1897/1901; 3. Aufl. (Art. über Arbeiterversicherung in Frankreich u. Italien, Unfallstatistik, Unfallversicherung), 1909/11.

Literatur

Gramatzki, Staatswissenschaftlicher Literatur- und Schriftstellerkalender 1904; GStA I. HA Rep. 77 tit. 849 Nr. 2 (1890) und Rep. 77 Nr. 2702; Universitätsarchiv Jena; Altpreußische Geschlechterkunde Bd.3, 1969/70; Q II. 4.

Bild

Tennstedt, Das Reichsversicherungsamt und seine Mitglieder, in: Entwicklung des Sozialrechts. Aufgabe der Rechtsprechung, 1984.

Zahn, Karl Theodor Wilhelm *Friedrich*
Prof. Dr. phil. et iur. et rer. pol. h. c.
Ministerialdirektor

* 8.1.1869 in Wunsiedel/Oberfranken,
† 1.2.1946 in Immenstadt; ev.; V Markus
Z. (1839-1905), Oberlehrer; M Christiana
geb. Stoll; ∞ 1904 Charlotte geb. Lindner
(1882-1940); K 2 S, 2 T.

Gymnasium in Bayreuth; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften 1887-89/1890-91 in München und 1889/90 in Leipzig; 1890 Dr. phil. in Leipzig; 1895 Dr. iur. in Erlangen; 1895-96 Assessor an der oberbayer. Kammer des Innern und Hilfsarbeiter im Bayer. Statistischen Bureau; 1896 kommissarischer und 1900-06 Regierungsrat am Statistischen Bureau des Deutschen Reichs in Berlin; 1902-05 zugleich ao. Prof. der Staatswissenschaften, Sozialpolitik und Statistik in Berlin; 1906 2. Bürgermeister von Düsseldorf; 1907 Direktor des Bayer. Statistischen Landesamts, zunächst als Oberregierungsrat und 1909- als Ministerialrat; 1913 Honorar-Prof. für Statistik und Sozialpolitik in München; 1917-34 Präsident des Bayer. Statistischen Landesamts im Rang eines Ministerialdirektors.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Vorsitzender der Deutschen Statistischen Gesellschaft; Beisitzer des Kartellgerichts beim Reichswirtschaftsministerium; Mitglied des Reichsgesundheitsrats in Berlin; Mitglied des Reichsausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der Deutschen Wirtschaft; Mitglied des Reichsausschusses für Bevölkerungsfragen; Mitglied des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit; Ausschussmitglied des Vereins für Versicherungswissenschaft; 1914-24 Vorsitzender der Landesgetreidestelle für Bayern; Vorsitzender des Kriegswucheramts für Bayern 1914-18; 1918-23 Vorsitzender des Bayer. Landes-Fremdenverkehrsrats; Bayer. Landespreiskommissar 1932-34; Vorsitzender der Landespreisstelle 1934-; Mitglied der Kommission für juristische Referendarprüfung in München; Mitglied des Justizprüfungsamts München;
Vizepräsident des Internationalen Statistischen Instituts; Mitglied der Commission

mixte, Präsident und Ehrenpräsident des Internationalen Statistischen Instituts und des Instituts für geistige Zusammenarbeit.

Auszeichnungen

Dr. rer. pol. h. c. Frankfurt/M.; Ehrenbürger von Wunsiedel; Ehrenurkunde für Förderung der internationalen Hygiene Ausstellung in Dresden; Ehrenmitglied der Ungarischen Statistischen Gesellschaft; Ehrenmitglied der Royal Statistic Society in London; Ehrenmitglied der Tschechoslowakischen Statistischen Gesellschaft; Ehrenmitglied der American Statistical Association; Ehrenmitglied des Vereins für Geographie und Statistik; Ehrenmitglied des Landesverbands der Bayer. Volkswirte; Preuß. Roter Adlerorden 4. Klasse; Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Ehrenkreuz des Bayer. Ordens vom Heiligen Michael; Bayer. Orden vom Heiligen Michael 3. Klasse mit der Krone; Chinesischer Orden des Doppelten Drachen 3. Klasse; Französischer Palmen-Orden Officier de l'instruction publique; Großoffizier der Ital. Krone; Großoffizier vom Niederl. Orden von Oranien-Nassau.

Sozialpolitische Aktivitäten

Mitglied im VfSP; Mitglied der GfSR; Mitglied des Sachverständigenausschusses für Sozialversicherung des Internationalen Arbeitsamts; Vorsitzender einer Abteilung des Deutschen Komitees der Internationalen Vereinigung für Sozialen Fortschritt.

Veröffentlichungen

„Die Organisation der Prinzipale und der Gehilfen im deutschen Buchdruckgewerbe“, Schriften des VfSP Bd. 45, 1890 zugleich Diss.; „Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrags“, Schriften des VfSP Bd. 45, 1890; „Die Landwirtschaft im Deutschen Reich nach der Betriebszählung“, 1895; „Einrichtung und Wirkung der deutschen Arbeiterversicherung“, 1900; „Das Kind in der Statistik“, 1907; „Erwerbstätigkeit und Ehe“, 1907; „Die Frau im bayerischen Erwerbsleben“, 1909; „Arbeiterversicherung und Armenpflege“, 1910; „Die Säuglingsfürsorge“, 1912; „Die sozialhygienische und sozialpolitische Bedeutung der Arbeiterversicherung“, 1912; „Das deutsche Volk in seinen sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen“, 1913; „Der Geburtenrückgang in Deutschland“, 1913; „25 Jahre deutsche Arbeiterschutzgesetz-

gebung“, 1915; „Familie und Familienpolitik“, 1918; „Beruf und Berufsstatistik“, 1922; „Kriegskriminalität“, 1924; „Die Reichswirtschaftsenquete“, 1927.

Literatur

Reichshandbuch; Wer ist's?; Asen; W. Zils (Hrsg.), Geistiges und künstlerisches München in Selbstbiographien, 1913; Vereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer. Werdegang und Schriften der Mitglieder, 1929; Wenzel; Q IV. 4.

Bild

Reichshandbuch, S. 2080.

Zimmermann, Jakob Friedrich

Fabrikbesitzer (Eisenguss)

* 3.5.1831 in Frankfurt/M., † 10.5.1894 in Hanau; ev.; V Ernst Georg Z., Industrieller; M Jakobine Catharine geb. Lotz; ∞ Johanne Jacobine geb. Hoffmann (1830-59); K mind. 1 S.

liberaler Politiker

LT Pr. AbgeH 1886-93 WK 14 Kassel (NL); K 1868-93 Stadtrat und später Beigeordneter in Hanau.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

Mitglied der Handelskammer in Hanau.

Auszeichnungen

1885 Kommerzienrat.

Sozialpolitische Aktivitäten

1882, 1885 und 1888 Handelsrichter in Hanau; 1890 Mitglied im Hauptausschuss des DV; Mitglied und Vorsitzender aller gemeinnützigen Vereine in Hanau.

Veröffentlichungen

„Zwangsmassregeln gegen arbeitsfähige Personen, welche ihre Angehörigen, zu deren Unterhalt sie verpflichtet sind, der öffentlichen Armenpflege anheim fallen lassen“, Schriften des DV H. 16, 1892; „Ehrenamtliche und berufsamtliche Thätigkeit in der städtischen Armenpflege“ (mit Brinkmann), Schriften des DV H. 18, 1894.

Literatur

Stadtarchiv Hanau.

Zimmermann, Friedrich Wilhelm *Rudolf*
Dr. phil.
Finanzbeamter und Statistiker

* 21.5.1851 in Vorsfelde/Krs. Helmstedt,
† 3.2.1928 ebd.; ev.-luth.; V Rudolf Z.
(1816-90) Senatspräsident in Braunschweig; M Luise geb. Bode (1825-1908);
∞ Adelheid, geb. Andrée (1870-?), gesch.,
K 1 T (Hildegard).

-1870 Gymnasien in Braunschweig und
Wolfenbüttel; 1870-73 Studium der
Rechtswissenschaften in Leipzig, Heidel-
berg, Berlin und Göttingen; 1877 Assessor
der Verwaltung in Braunschweig; Regie-
rungsassessor und Regierungsrat der
Kreisdirektion in Holzminden und Blan-
kenburg, der Polizeidirektion in Braun-
schweig und im Herzogl. Staatsministe-
rium Braunschweig; seit 1887 nebenamt-
licher Vorsteher des Statistischen Bureaus
im Herzogl. Staatsministerium Braun-
schweig; 1888-90 Kabinettssekretär des
Regenten von Braunschweig; 1890 Mit-
glied des Finanzkollegiums und der Zoll-
und 1909-10 der Steuerektion für
Braunschweig; 1891 Dr. phil. (Leipzig);
1903 Geh. Finanzrat; 1909 Vorsitzender,
1913-21 Präsident der Kammer für Domä-
nen, Forsten und Bergwerke; 1913-21 Prä-
sident der Baudirektion und der Eisen-
bahnkommission in Braunschweig.

Ehrenämter und Mitgliedschaften

1887 Mitglied des Internationalen Statisti-
schen Instituts.

Auszeichnungen

Preuß. Kronenorden 2. Klasse; Bayer. Ver-
dienstorden vom heiligen Michael
3. Klasse; Ritter 1. Klasse vom Württemb.
Friedrichsorden; Ritter 1. Klasse vom
Braunschw. Hausorden Heinrich des Lö-
wen; Ritter 1. Klasse vom Bad. Orden vom
Zähringer Löwen.

Sozialpolitische Aktivitäten

1894-1909 Mitglied im Hauptausschuss
des DV;
hervorragender Kenner des braunschwei-
gischen Verwaltungswesens, wegweisende
Beiträge zur Armenstatistik.

Veröffentlichungen

„Die Ergebnisse und Statistik der öffentlichen
Armenpflege für 1885, nebst Übersicht über die
geschichtliche Entwicklung und den jetzigen
Stand der öffentlichen Armenpflege in Braun-
schweig, 1887; „Die braunschweigische Beam-
ten-, Witwen- und Waisenversorgungsanstalt in
ihrer gesetzlichen, finanziellen und geschicht-
lichen Entwicklung“, Beiträge zur Statistik des
Herzogtums Braunschweig, 1894; „Die Betei-
ligung grösserer Verbände an der Armenlast in
den deutschen Staaten, abgesehen vom König-
reich Preußen“ (mit Brandts), Schriften des DV
H. 32, 1897; „Das Hausierergewerbe im Her-
zogtum Braunschweig“, Schriften des VfSP
Bd. 77, 1898; „Die Finanzwirtschaft des Deut-
schen Reiches und der deutschen Bundesstaaten
bei Kriegsausbruch 1914“, 1916; Herausgeber
der „Beiträge zur Statistik des Herzogtums
Braunschweig Jg. 1887-1904“.

Literatur

Wer ist's?; Zeitgenossen Lex.; Braunschwei-
gische Staatszeitung v. 4.2.1928 (Nr. 31).

Übersicht: Personen und Tätigkeitsbereiche*

Achenbach, Heinrich von.....	MB	1
Ackermann, Karl	RT	1
Aders, Ewald	DV	2
Adickes, Franz	DVöG	2
Agahd, Konrad	GfSR	3
Albrecht, Adolf	RT	4
Albrecht, Heinrich	ZfVW	4
Arnstadt, Albert	RT	5
Aschrott, Paul	DV	5
Aurin, Ferdinand	MB	6
Bachem, Karl	RT	6
Ballestrem, Franz von	RT	7
Bamberger, Ludwig	RT	8
Barth, Theodor	RT	9
Baum, Marie	DV	9
Bebel, August	RT	10
Beck, Eugen	RT	11
Becker, Johannes	RT	11
Beckmann, Adolf	MB	12
Behrens, Franz	RT	13
Berlepsch, Hans von	MB, VfSP, GfSR	13
Berthold, Georg	DV	14
Bitzer, Friedrich von	VfSP	15
Boden, Friedrich	MB	15
Boeckh, Richard	DV	16
Bödiker, Tonio	MB	17
Böhmert, Victor	DV	18
Böttcher, Eduard	MB	19
Böttcher, Friedrich	RT	20
Boetticher, Karl Heinrich von	MB	20
Bosse, Robert	MB	21
Brandts, Max	DV	22
Brentano, Lujo	VfSP	23
Brinckmann, Justus	VfSP	24
Brinkmann, Karl	DV	24
Bücher, Karl	VfSP	25
Bueck, Henry Axel	VfSP	26
Buehl, Adolf	DV	26
Buhl, Franz	RT	27
Caspar, Franz	MB	28
Cohn, Gustav	VfSP	29
Cuno, Willi	DV	29
Dannenberg, Johann Franz	VfSP	30

* Diese Übersicht soll einen ersten Überblick über die Sozialpolitiker und ihren für die Aufnahme in dieses Lexikon ausschlaggebenden Tätigkeitsbereich geben: DV = Deutscher Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, DVöG = Deutscher Verein für öffentliche Gesundheitspflege, GfSR = Gesellschaft für Soziale Reform, KV = Krankenversicherung, MB = Ministerialbürokratie, RT = Reichstagsabgeordnete, RV = Rentenversicherung, UV = Unfallversicherung; VfSP = Verein für Socialpolitik, ZfVW = Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Die genauen Tätigkeitsbereiche und Mitgliedschaften, Verflechtungen und Vernetzungen ergeben sich aus den einzelnen Biographien.

Dehn-Rotfelser, Ludwig von	DV	30
Delbrück, Clemens von	MB	31
Diefenbach, Friedrich	DV	32
Dietrich, Eduard	MB	32
Dönhoff, Fritz	MB	33
Dönhoff-Friedrichstein, August von	RT	34
Doormann, Karl	RT	34
Dove, Heinrich von	RT	35
Dröschner, Wilhelm	RT	35
Düttmann, Augustin	Verband (RV)	36
Duncker, Franz	RT	36
Dziembowski-Pomian, Sigismund von	RT	37
Eberty, Eduard	RT	37
Eberty, Gustav	VfSP	38
Eck, Paul	MB	38
Elvers, Rudolf	DV	39
Emminghaus, Arwed	DV	39
Endemann, Friedrich	RT	40
Engel, Ernst	VfSP	41
Erhardt, Alois von	DVöG	42
Ernst, Franz	DV	42
Eucken-Addenhausen, Georg von	MB	43
Eysoldt, Arthur	RT	44
Falch, Karl Eberhard von	DV	44
Fischer, Ludwig von	RT	45
Fischer, Otto	MB	45
Fleischer, Paul	RT	46
Flesch, Karl	DV	47
Fräßdorf, Julius	Verband (KV)	48
Francke, Ernst	GfSR	49
Franckenstein, Georg von und zu	RT	49
Frankenberg (und Ludwigsdorf), Hermann von	DV	50
Frege-Weltzien, Arnold von	RT	51
Freund, Richard	DV	51
Frick, Johannes	MB	52
Friedenthal, Rudolf	RT	52
Fritzen, Aloys	RT	53
Fritzsche, Friedrich	RT	54
Fuchs, Johannes	VfSP	54
Fürst, Max	MB	55
Fuss, Paul	DVöG	55
Gaebel, Otto	MB	56
Galen, Ferdinand von	RT	57
Gamp, Karl von	MB	57
Gebhard, Herman	RT, Verband (RV)	58
Gensel, Julius	RT	59
Gerhardt, Christian	Verband (UV)	59
Goltz, Rüdiger von der	DV	60
Graf, Eduard	DVöG	60
Grillenberger, Karl	RT	61
Gutfleisch, Egidius	RT	61
Härtel, Richard	VfSP	62
Halbach, Hermann	Verband (KV)	62
Hallbauer, Anton Johannes	MB	63

Hammacher, Friedrich	RT	63
Hartmann, Alwin	RT	64
Hase, Oskar von	Verband (UV)	64
Hasenclever, Wilhelm	RT	65
Hauser, Wilhelm	DV	66
Heim, Ludwig	DVöG	66
Heinemann, Otto	Verband (KV)	66
Held, Adolf	VfSP	67
Helldorff, Otto von	RT	68
Henning, Adolf	RT	68
Hense, Fritz	MB	69
Herkner, Heinrich	VfSP	69
Herrmann, Josef von	MB	70
Hertling, Georg von	RT	71
Heydebrand und der Lasa, Wilhelm von	MB	71
Heyden-Rynsch, Hermann von der	MB	72
Heyl zu Herrnsheim, Cornelius Wilhelm	RT	73
Hieber, Johannes von	RT, GfSR	73
Hirsch, Max	RT	74
Hirschberg, Ernst	DV	75
Hitze, Franz	RT	75
Hobrecht, James	DVöG	77
Hoffmann, Franz	MB	77
Hofmann, Heinrich	RT	78
Hollander, Eduard von	DV	78
Huzel, Karl von	DV	79
Jacobi, Ludwig	VfSP	79
Jacobi, Rudolf von	MB	80
Jastrow, Ignatz	VfSP	81
Jaup, Bernhard	MB	82
Kalle, Fritz	VfSP	82
Kaufmann, Paul	MB	83
Kayser, Karl	DV	83
Kayser, Max	RT	84
Klausener, Peter	Verband (RV)	84
Kleist-Retzow, Hugo von	RT	85
Klüpfel, Ludwig	Verband (KV)	86
Klumker, Christian	DV	86
Knapp, Georg Friedrich	VfSP	87
Koch, Wilhelm	MB	88
Köhler, Ludwig von	MB	88
Köhne, Paul	DV	89
Koenigs, Gustav	MB	90
Krautwig, Peter	DVöG	90
Künzer, Franz	DV	91
Lammers, August	DV	91
Landmann, Robert von	MB	92
Lange, Karl	DV	93
Lass, Ludwig	MB	93
Legien, Carl	RT	94
Lehmann, Helmut	Verband (KV)	95
Lent, Eduard	DVöG	96
Letocha, Paul	RT	96
Levy, Albert	DV	97

Lieber, Ernst	RT	97
Liebrecht, Wilhelm	Verband (RV)	98
Loening, Edgar	VfSP	99
Löwe, Ludwig	RT	99
Lohmann, Theodor	MB	100
Lohren, Arnold	RT	101
Lohse, Otto	DV	101
Ludwig-Wolf, Leo	DV, VfSP	102
Luppe, Hermann	DV	102
Magdeburg, Eduard von	MB	103
Maltzahn-Gültz, Helmuth von	RT	104
Manteuffel, Otto von	RT	105
Marquardsen, Heinrich von	RT	105
Marschall von Bieberstein, Adolf	MB	106
Mayet, Paul	MB	107
Merbach, Kurt	MB	107
Merton, Wilhelm	DV	108
Meyer, Andreas	DVöG	109
Meyeren, Gottlieb von	MB	109
Möller, Theodor von	MB	110
Molkenbuhr, Hermann	RT	111
Moufang, Christoph	RT	111
Müller-Meiningen, Ernst	RT	112
Münsterberg, Emil	DV	113
Mugdan, Otto	RT	114
Nacken, Joseph	RT	115
Nasse, Erwin	VfSP	115
Neumann, Julius von	VfSP	116
Neumann, Wilhelm	MB	117
Nieberding, Arnold	MB	117
Nieser, Fritz	MB	118
Noetel, Heinrich	Verband (UV)	118
Oechelhäuser, Wilhelm von	RT	119
Oppenheim, Heinrich	RT	120
Pauli, August	RT	121
Paulssen, Arnold	MB	121
Petersen, Johannes	DV	122
Pieper, August	RT	123
Pistor, Moritz	DVöG	123
Porsch, Felix	RT	124
Posadowsky-Wehner, Arthur von	MB	125
Potthoff, Heinz	RT	126
Pütter, Ernst	DV	127
Reitzenstein, Friedrich von	DV, VfSP	127
Reuß, Max	MB	128
Richthofen-Damsdorf, Karl von	RT	128
Rickert, Heinrich	RT	129
Riedel, Emil von	MB	130
Roesicke, Richard	RT	130
Röstel, Hugo	DV	131
Roscher, Karl	VfSP	131
Roth, Karl	VfSP	132
Roth, Wilhelm	DVöG	132
Ruland, Heinrich	DV	133

Saldern-Plattenburg, Siegfried von	RT	133
Salomon, Alice	DV	134
Sander, Friedrich	DVöG	134
Schack, Wilhelm	RT	135
Schicker, Karl von	MB	135
Schirmer, Karl	RT	136
Schlosser, Georg	DV	137
Schmidt, Georg	DV	137
Schmidt, Reinhart	RT	138
Schmidt, Robert	RT	138
Schmoller, Gustav von	VfSP	139
Schnegelberger, Karl	Verband (KV)	140
Schneider, Fritz	RT	141
Schönberg, Gustav von	VfSP	141
Schorlemer-Alst, Burghard von	RT	142
Schrader, Karl	RT	143
Schröder, Theodor	Verband (RV, UV) ..	144
Schultz, Georg	RT	144
Schulze, Julius	VfSP	145
Schulze(-Delitzsch), Hermann	RT	145
Schwabe, Willmar	Verband (KV)	146
Schwander, Rudolf	DV	147
Sering, Max	VfSP	148
Seyffardt, Ludwig Friedrich	DV	149
Siefert, Hugo	MB	149
Sieffert, Emil	MB	150
Sieveking, Karl	MB	150
Silbergleit, Heinrich	DV	151
Sittart, Hubert	RT	151
Sombart, Anton	VfSP	152
Spahn, Peter	RT	152
Spiecker, Friedrich Albert	Verband (UV)	153
Spielhagen, Walter	MB	154
Spiess, Alexander	DVöG	155
Spiess, Gustav	DVöG	155
Stadthagen, Arthur	RT	156
Steinbrinck, Otto	MB	156
Stieda, Wilhlem	VfSP	157
Stoecker, Adolf	RT	158
Stötzel, Gerhard	RT	159
Strassmann, Wolfgang	DV	159
Strößenreuther, Otto von	MB	160
Struckmann, Gustav	RT	160
Stumm-Halberg, Karl von	RT	161
Sydow, Reinhold von	MB	161
Thiel, Hugo	VfSP, GfSR	162
Tiedemann, Christoph von	MB, VfSP	163
Trimborn, Karl	RT	164
Varrentrapp, Georg	DVöG	165
Vodel, Gustav Adolf	MB	165
Völk, Joseph	RT	166
Wagener, Her(r)mann	MB	167
Wagner, Adolph	VfSP	167
Wandel, Konrad	Verband (KV)	168

Wattendorff, Heinrich	RT	169
Wehrenpfennig, Wilhelm	RT	169
Wendt-Papenhausen, Karl von	RT	170
Wermuth, Adolf	MB	170
Werthmann, Lorenz	DV, Verband	171
Wichmann, Rudolf	RT	171
Wiedfeldt, Otto	RT	172
Wilhelmi, Leopold	MB	173
Will, Dionysius	RT	173
Winter, Leopold von	DVöG	174
Wintzingeroda-Knorr, Levin von	DV	174
Wintzingerode, Wilko von	DV	175
Woedtke, Erich von	MB	175
Wöllmer, Ferdinand	RT	176
Wuermeling, Bernhard	MB	177
Zacher, Georg	MB, GfSR	177
Zahn, Friedrich	VfSP	178
Zimmermann, Jakob	DV	179
Zimmermann, Rudolf	DV	180

Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914

Publikationsübersicht

I. Abteilung:

Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft
(1867-1881)

1. Band: Grundfragen staatlicher Sozialpolitik. Die Diskussion der Arbeiterfrage auf Regierungsseite vom preußischen Verfassungskonflikt bis zur Reichstagswahl von 1881 (1994)
2. Band: Von der Haftpflichtgesetzgebung zur ersten Unfallversicherungsvorlage (1993)
3. Band: Arbeiterschutz (1996)
4. Band: Arbeiterrecht (1997)
5. Band: Gewerbliche Unterstützungskassen (1999)
6. Band: Altersversorgungs- und Invalidenkassen (2002)
7. Band: Armengesetzgebung und Freizügigkeit (2000, 2 Halbbände)
8. Band: Grundfragen der Sozialpolitik in der öffentlichen Diskussion: Kirchen, Parteien, Vereine und Verbände (2006)

II. Abteilung:

Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II.
(1881-1890)

1. Band: Grundfragen der Sozialpolitik. Die Diskussion der Arbeiterfrage auf Regierungsseite und in der Öffentlichkeit (2003)
2. Band, 1. Teil: Von der zweiten Unfallversicherungsvorlage bis zum Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 (1995)
2. Band, 2. Teil: Die Ausdehnungsgesetzgebung und die Praxis der Unfallversicherung (2001)
3. Band: Arbeiterschutz (1998)
4. Band: Arbeiterrecht (2008)
5. Band: Die gesetzliche Krankenversicherung und die eingeschriebenen Hilfskassen (2009)
6. Band: Die gesetzliche Invaliditäts- und Altersversicherung und die Alternativen auf gewerkschaftlicher und betrieblicher Grundlage (2004)
7. Band: Kommunale Armenpflege und Wohlfahrtspolitik

III. Abteilung:

Ausbau und Differenzierung der Sozialpolitik seit Beginn des Neuen Kurses (1890-1904)

1. Band: Grundfragen der Sozialpolitik
2. Band: Die Revision der Unfallversicherungsgesetze und die Praxis der Unfallversicherung (2009)
3. Band: Arbeiterschutz (2005)
4. Band: Arbeiterrecht (2010)
5. Band: Die gesetzliche Krankenversicherung (2011)
6. Band: Die gesetzliche Invaliditäts- und Altersversicherung
7. Band: Armenwesen und kommunale Wohlfahrtspolitik

IV. Abteilung:

Die Sozialpolitik in den letzten Friedensjahren des Kaiserreiches (1905-1914)

1. Band: Das Jahr 1905 (1982)
2. Band: Das Jahr 1906 (1987)
3. Band, 1. Teil: Das Jahr 1907 (1994)
3. Band, 2. Teil: Das Jahr 1908 (1995)
3. Band, 3. Teil: Das Jahr 1909 (1997)
3. Band, 4. Teil: Das Jahr 1910 (2004)
4. Band, 1. Teil: Die Jahre 1911-1914 (1993)
4. Band, 2. Teil: Die Jahre 1911-1914 (1998)
4. Band, 3. Teil: Die Jahre 1911-1914 (2002)
4. Band, 4. Teil: Die Jahre 1911-1914 (2008)

Beihefte:

Dokumentationen zur Organisationsgeschichte von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen (1978 – 1985)

Kumulierte Verzeichnisse der abgedruckten Quellen in chronologischer Anordnung siehe: www.uni-kassel.de/fb4/akademie.

Die Porträtgalerie zeigt im oberen Teil Beamte und Funktionäre (v. l. n. r.: Robert Bosse, Tonio Bödiker, Erich v. Woedtke, Emil Münsterberg, Wilhelm Liebrecht, Willmar Schwabe, Otto Heinemann) und im unteren Teil Reichstagsabgeordnete (v. l. n. r.: Ludwig Bamberger, Gustav Ebert, Max Hirsch, Franz Buhl, Franz Hitze, Gerhard Stötzel, Karl Ferdinand Frhr. v. Stumm-Halberg).

Die Aufnahme bedeutet keine Wertung im Sinne von Hervorhebung.

ISBN 978-3-86219-038-6